

Umbrüche:

Beherrschbarkeit der Technik

Rationalisierungstyp

und Technologiepolitik

Tendenzen politischer Kultur

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 13

**Sozialistische
Einheitspartei Westberlins**
Kreisvorstand Schöneberg
Belziger Str. 1, 1 Berlin 62

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 13
II/1987

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Redaktion dieses Bandes:

Heinz Jung, André Leisewitz,
Kaspar Maase, Jürgen Reusch

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Umbrüche:

Beherrschbarkeit der Technik

Rationalisierungstyp

und Technologiepolitik

Tendenzen politischer Kultur

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF 13

II/1987

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Umbrüche: Beherrschbarkeit d. Technik, Rationalisierungstyp u. Technologiepolitik, Tendenzen polit. Kultur/hrsg. vom Institut für Marxist. Studien u. Forschungen (IMSF), Frankfurt am Main. Red. dieses Bd.: Heinz Jung . . .
Frankfurt am Main: IMSF, 1987.
(Marxistische Studien; 13 – 1987, II)
ISBN 3-88807-049-X
NE: Jung, Heinz [Red.]; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Frankfurt, Main); GT

©1987 by Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF),
6000 Frankfurt am Main, Oberlindau 15.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Speicherung in jeder Form,
auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.
Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.
ISBN 3-88807-049-X

Inhalt

Vorwort	7
Produktivkraftentwicklung: Fortschritt, Deformation, Beherrschbarkeit	
<i>André Leisewitz</i> , Wissenschaftlich-technische Revolution und deformierte Produktivkraftentwicklung	9
<i>Alexander von Pechmann</i> , Technischer Fortschritt – Umbruch im Weltbild? Zur Diskussion über die Notwendigkeit „alternativer Weltbilder“	33
<i>Edgar Gärtner</i> , Die Stabilisierung der Biosphäre. Über die Aufgaben der Ökologie vom Standpunkt des Marxismus	52
<i>Hans Mikosch</i> , Komplexe Systeme in Natur und Technik – Probleme und Lösungsmöglichkeiten	68
<i>Bernhelm Booß-Bavnbek/Martin Bohle-Carbonell</i> , Machbarkeit nicht-beherrschbarer Technik durch Fortschritte in der Erkennbarkeit der Natur	81
Tendenzen im Produktivkraftsystem der BRD	
<i>Ulrich Dolata/Arno Gottschalk</i> , Neue Technik – Rüstung – Destruktivkraftentwicklung. Empirische Hinweise für die Bundesrepublik	105
<i>Horst Holzer</i> , Der Weg der Bundesrepublik in die „Informationsgesellschaft“ – zu wessen Gunsten, auf wessen Kosten	121
Neue Technik, Rationalisierung, Arbeit	
<i>Lothar Peter</i> , Neue Formen der Rationalisierung. Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung	143
<i>Ursula Schumm-Garling</i> , Neue Technik und Rationalisierung von Angestelltenarbeit	164
<i>Johanna Hund</i> , „Neue Technik“ und Frauenarbeit	181
Klassenauseinandersetzungen und technologiepolitische Positionen	
<i>Klaus Pickshaus</i> , Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis	200
<i>Rainer Einkenkel/Gero von Randow</i> , Rationalisierung und betriebliche Gegenmacht – Opel-Belegschaft im Umbruch	229

<i>Hellmuth Lange</i> , Gewerkschaften und Technologiepolitik	239
<i>Werner Stürmann/Stephan Voets</i> , Politik und Technologie. Zu Ausgangspunkten technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung	261
Tendenzen politischer Kultur in der BRD	
<i>Friedhelm Kröll/Kaspar Maase</i> , Politische Kultur – ein Forschungsweg des Marxismus?	276
<i>Klaus Dörre</i> , Die Krisengeneration – zwischen Massenprotest und konservativer Hegemonie	291
<i>Jochen Dietrich</i> , Zwischen Stabilität und Wandel – Tendenzen im Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland	308
<i>Friedemann Schuster</i> , Veränderungen im Sozialismusbild der Bevölkerung der Bundesrepublik	325
<i>Eva Gottschaldt</i> , Zur Einschätzung eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation	334
<i>Vera Kissel</i> , Rassistische Erneuerung des Konservatismus	347
<i>Eberhard Dähne/Martin Kutscha</i> , Die Auseinandersetzung um die Volkszählung 1987 – Versuch einer Zwischenbilanz	363
Diskussionen	
<i>Alma Steinberg</i> , Die Linke und der Fortschritt. Diskussionskonferenz des IMSF	378
<i>Ulrich Dolata</i> , Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Tagungsbericht	390
<i>Hans-Georg Backhaus</i> , Elementare Mängel in der traditionellen Rezeption der Marx'schen Form-Analyse. Bemerkungen anlässlich von Band 12 der Marxistischen Studien „Internationale Marx-Engels-Forschung“	402
IMS F 1987. Publikationen, Veranstaltungen, wissenschaftliche Beiräte	415
Autorinnen und Autoren	421
Zusammenfassungen	424

Vorwort

Tiefgreifende Veränderungen und bedrohliche Entwicklungen, die sich in weiten Bereichen unserer Welt und unseres Lebens vollziehen, legen es offensichtlich quer durch alle politisch-theoretischen Lager nahe, die Situation der Gegenwart mit Begriffen wie „Umbruch“ zu kennzeichnen. Um so dringlicher ist es für Marxisten, zu einem tieferen materialistischen und historischen Verständnis vorzudringen. Band 9 der Marxistischen Studien fragte, ob sich die wesentlichen Entwicklungslinien der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 als Momente einer „Umbruchperiode“ verstehen lassen; Band 11 analysierte vor allem die Wandlungen in den ökonomischen Existenzbedingungen der kapitalistischen Staaten und erörterte imperialistische Entwicklungsvarianten sowie Alternativen der Arbeiterbewegung. Im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes stehen Fragen, die sich mit der neuen Qualität der Produktivkraftentwicklung in der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben: als Problem und Notwendigkeit, diese Kräfte gesellschaftlich zu beherrschen, wie als kapitalbestimmte Umwälzung von Technik und Arbeit, die Gegenmacht und Alternativkonzeptionen der Arbeiterbewegung herausfordert.

Wissenschaftliche Erkenntnis und menschliche Einflußnahme auf Natur und Gesellschaft erreichen gegenwärtig neue Dimensionen. Offensichtlich ist, daß expandierende Veränderung der gesamten Umwelt und komplexe Erkenntnis der globalen Folgen dieser Praxis auseinanderfallen, während die Diskussion über verantwortungsbewußte Konsequenzen aus diesem Widerspruch unentwickelt und einflußlos ist. Die Beiträge des ersten Blocks beschäftigen sich aus gesellschaftswissenschaftlicher wie aus mathematisch-naturwissenschaftlicher Sicht mit Aspekten dieses Problemkreises. Um zu bestimmen, was Regulierung oder Beherrschung des Stoffwechsels Mensch-Natur zukünftig sinnvoll nur sein kann, bedarf es genauerer Analyse der neuen Qualität der wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte, ihrer spezifischen Entwicklung und Deformation im Ergebnis der kapitalbestimmten Herausbildung sowie ihrer Widerspiegelung im Weltbild. Es bedarf gleichermaßen sachlicher Information über die gegenwärtigen Möglichkeiten, komplexe Systeme in Natur und Technik wissenschaftlich zu erkennen und technisch zu regeln. In diesem Zusammenhang ist auch der unter der Rubrik „Diskussionen“ plazierte Bericht von einer Konferenz zum Thema „Fortschritt“ zu lesen.

Die zwei folgenden Beiträge versuchen, in der Analyse konkreter Komplexe von Forschung, Technik, Produktion und Infrastruktur Widersprüche und Deformationstendenzen aktueller Produktivkraftentwicklung in der Bundesrepublik zu erfassen.

Gestützt auf die elektronischen informationsverarbeitenden Technologien, halten die Systeme „neuer Technik“ an den Arbeitsplätzen Einzug. Konzipiert und realisiert im unternehmerischen Verwertungsinteresse, dienen sie dem Übergang zu neuen Formen der Rationalisierung. Diesen Prozeß, seine Durchsetzung und seine Widersprüche auf verschiedenen Feldern der Arbeit

und der Beschäftigten erörtern die Beiträge des dritten Themenblocks. Sie werden ergänzt durch den Bericht von einem Kolloquium über wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus (unter „Diskussionen“).

Unter den Bedingungen von Krise, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Segmentierung der Arbeiterklasse bilden die neuen Technologien Grundlage und Legitimation einer weitgespannten Flexibilisierungsoffensive des Kapitals. Ungehemmte Verfügbarkeit der lebendigen Arbeit und Brechung autonomer Gegenmachtpotentiale der Arbeiterbewegung werden als Mittel im Kampf um die Weltmärkte angestrebt. Im vierten Themenblock wird das unternehmerische Konzept in seinen gesellschaftlichen und betrieblichen Dimensionen analysiert. „Kann der Kampf um das Normalarbeitsverhältnis eine vereinheitlichende und politisierende Perspektive gewerkschaftlicher Strategie werden?“ und „Wie sind Stand, Probleme und Anforderungen an technologiepolitische Positionen der Arbeiterbewegung in der Umbruchperiode zu bestimmen?“ lauten die zentralen Fragestellungen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beiträge zu Aspekten der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Angeregt durch neuere sowjetische Arbeiten, wird die Frage gestellt, ob das Konzept „politische Kultur“ der marxistischen Analyse eine weitere wichtige Dimension erschließt. Sachlich stehen im Zentrum neue Tendenzen politischen Bewußtseins und Verhaltens (v. a. der Jugend und der Wähler), die mit den Umbrüchen in der Sozial- und Generationenstruktur verbunden sind, sowie Untersuchungen zu Strategien und Potentialen im Bereich von Konservatismus und Neofaschismus.

Zu einigen Thesen, die in Band 12 der Marxistischen Studien „Internationale Marx-Engels-Forschung“ entwickelt wurden, veröffentlichen wir eine kritische Replik.

Der aufmerksame Leser der Rubrik „IMSF 1987“ wird bemerken, daß sich aus der Arbeitsrichtung Marxistische Friedensforschung ein „Zentrum für Marxistische Friedensforschung“ (ZMF) beim IMSF entwickelt hat; wir hoffen, daß seine Ergebnisse demnächst in den Marxistischen Studien vorgestellt werden können. Band 14 erscheint im Frühjahr 1988 und wird aus Anlaß des 200. Jahrestages ausschließlich dem Thema „Die Französische Revolution 1789–1989. Revolutionstheorie heute“ gewidmet sein. Die Fragestellungen der Gegenwart sollen dabei den gebührenden Platz einnehmen.

Gernot Kiefer ist zu danken für die redaktionelle und technische Mitarbeit bei der Fertigstellung des vorliegenden Bandes.

Frankfurt am Main
September 1987

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Wissenschaftlich-technische Revolution und deformierte Produktivkraftentwicklung

André Leisewitz

1. Zur Konzeption der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ – 2. Neuer Produktivkrafttyp – neuer Rationalisierungstyp? – 3. Deformationen der Produktivkraftentwicklung – 4. Kontrolle der Produktivkraftentwicklung – ein soziales und technisches Problem

1. Zur Konzeption der „wissenschaftlich-technischen Revolution“

In der marxistischen Diskussion wird der Begriff der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ zur Charakterisierung der industriellen Produktivkraftentwicklung der Gegenwart verwandt. Seine Verbreitung und inhaltliche Bestimmung sind wesentlich mit den Arbeiten J. D. Bernal's verbunden, der als einer der ersten marxistischen Wissenschaftler seit den dreißiger Jahren systematisch den vielschichtigen Zusammenhang zwischen Wissenschafts-, Technik- und Produktivkraftentwicklung in verschiedenen Gesellschaftsformationen erforschte.¹ Der Begriff knüpft direkt an die Marxschen Formulierungen über die permanente Revolutionierung der Produktivkräfte durch das Kapital an: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um.“²

Besonders in den Vorarbeiten zum „Kapital“ hatte Marx sich ausführlich der *historischen Dimension* der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung und der besonderen Bedeutung zugewandt, die dabei „die allgemeine wissenschaftliche Arbeit, (die) technologische Anwendung der Naturwissenschaften“, „die Verwandlung des Produktionsprozesses aus dem einfachen Arbeitsprozeß in einen wissenschaftlichen Prozeß, der die Naturgewalten seinem Dienst unterwirft“, gewinnt.³ Hier wurde auch der Begriff von der „Wissenschaft als Produktivkraft“ geprägt.⁴ Für die spätere Ausarbeitung der Konzep-

1 Vgl. J. D. Bernal, *Die soziale Funktion der Wissenschaft* (London 1939), Köln 1986.

2 Karl Marx, *Das Kapital*, I. Bd., in: MEW Bd. 23, S. 510f.

3 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin (DDR) 1953, S. 587, 588.

4 Ebd., S. 587. „Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine

tion der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ war nicht zuletzt die scharfe Akzentuierung von Bedeutung, mit der Marx die zu seinen Lebzeiten sich erst andeutende Tendenz hervorhob, daß wissenschaftliche (Natur-)Forschung zur unabdingbaren Voraussetzung und nicht mehr nur Begleit- oder Folgeerscheinung von Schüben der Produktivkraft- und Technikentwicklung wird⁵ – eine Tendenz, die inzwischen ihre eindrucksvolle Bestätigung gefunden hat und die gerade das Interesse von Bernal und anderen auf sich zog.

Die Konzeption der wissenschaftlich-technischen Revolution hat ihre Wurzeln also in der Marxschen Analyse der kapitalistischen Industrialisierung und Produktivkraftentwicklung. Der Begriff wird jedoch im einzelnen durchaus unterschiedlich interpretiert. Lange Zeit dominierte ein mehr deskriptiver, gelegentlich auch inflatorischer Gebrauch. Inzwischen zeichnen sich die Konturen der innermarxistischen Diskussion um eine schärfere Fassung deutlicher ab.⁶ Bekanntlich wird im gesellschaftlich-produktiven Stoffwechsel die Natur vom Menschen nicht direkt, sondern mittelbar, über die Vermittlung durch Arbeitsmittel, angeeignet. Für die Ausweitung dieses Stoffwechsels, also die umfassendere Nutzung der natürlichen Umwelt als Quelle von Stoff und Energie und die Ausdehnung der produktiv dienstbar gemachten Naturprozesse, ist die Entwicklung dieser Aneignungsmittel und damit die Übertragung von Funktionen leiblicher Organe des Menschen auf technische Mittel der entscheidende und notwendige Schlüsselprozeß.

Dieser Vorgang vollzieht sich mit der Entwicklung der Arbeitsinstrumente permanent, er kennt jedoch qualitative Einschnitte und Sprünge. Sie stehen im Mittelpunkt tiefgreifender Produktivkraftumwälzungen. Es ist daher auch keine formale Analogie, wenn das Wesen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sinne einer solch einschneidenden Umwälzung nicht primär in der Verfügbarmachung qualitativ neuer technologischer Verfahren gesehen wird, sondern – ebenso wie im Falle der von Marx studierten industriellen Revolution – *mit Blick auf den Arbeitsprozeß*: in der Übertragung jetzt geistig-intellektueller (Steuerungs- und Verarbeitungs-)Funktionen des Menschen auf technische Mittel. Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen für die Entwicklung solcher „Denkzeuge“ wurden vor ziemlich genau einem halben Jahrhundert geschaffen;⁷ die technologische Möglichkeit eines solchen Umbruchs deutete sich seit den fünfziger Jahren (oftmals vorschnell konstatiert) an, und der Umbruch beginnt sich nun seit Ende der siebziger Jahre mit

gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist . . .“ (Hervorhebung im Original), ebd., S. 594.

5 Ebd., S. 312 ff., 438 ff., 582 ff., 592 ff.

6 Vgl. u. a.: Mensch – Wissenschaft – Technik. Versuch einer marxistischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution (Moskau/Prag 1973), Berlin 1977; Yvette Lucas, *La révolution scientifique et technique. Un débat pour l'homme et la société*, Paris 1981; Harry Nick, *Wissenschaftlich-technische Revolution – historischer Platz, Entwicklungsetappen, soziales Wesen*, Berlin (DDR) 1983.

7 1936 wurde die Arbeit von Alan Turing zu den logischen Prinzipien von Rechenautomaten veröffentlicht. Vgl. dazu: Peter Brödner u. a., *Der programmierte Kopf. Eine Sozialgeschichte der Datenverarbeitung*, West-Berlin 1981, bes. S. 40 ff.; Dirk Hanson, *Die Geschichte der Mikroelektronik*, München 1984, S. 56 ff.

großem Tempo in faktisch allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit durchzusetzen.⁸ „Informatisierung“ und „Elektronisierung“ sind die technischen Formen dieses Umbruchs, dessen „allgemeiner Agent“⁹ heute der Prozessor als universell verwendbarer, logischer Zentralbaustein der mit der Informations- und Kommunikationstechnik auf Computerbasis verbundenen Rechentechnik ist.

Wenn hierin heute der entscheidende Inhalt der wissenschaftlich-technischen Revolution und das einen qualitativen Sprung bestimmende Moment gesehen wird, so wäre doch eine ausschließlich arbeitsprozeßlich-technologische Sicht oder Reduzierung auf einen technischen Umbruch eine unzulässige Verengung. Der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution bekommt für die Arbeiterbewegung überhaupt erst einen Sinn, wenn er mit Blick auf die Gesamtheit der Produktivkraftentwicklung, auf die Umwälzung der „Funktionen der Arbeiter“ und der „gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses“, mit Blick auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und seine neuen Widersprüche gesehen wird. Nur so kann er auch für die Diskussion um eine antikapitalistisch-antimonopolistische Strategie und Alternativenkonzeption der Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden.

Dies schließt die Notwendigkeit ein, die *Mensch-Umwelt-Beziehungen* als Teil der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung in die Betrachtung einzubeziehen. In der Vergangenheit dominierte die Konzentration auf die Entfaltung gesellschaftlicher Produktivkraft im Bereich der *Stoff- und Energieverarbeitungsverfahrenstechnologien* als Kernbereich der Produktion. Dies ist auch der Kernbereich kapitalistischer Industrialisierung und Vergesellschaftung der Arbeit, der die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung und Umbrüche bestimmt. Aber gerade die Dynamik in diesem Sektor ging einher mit der systematischen (und, wie noch zu diskutieren ist, formationspezifischen) Unterentwicklung der Produktivkräfte im Bereich der Ressourcenbewirtschaftung und Naturquellenreproduktion.

Es handelt sich hierbei jedoch nicht einfach um zwei voneinander getrennte „Abteilungen“ der Produktivkraftentwicklung; vielmehr schließt eine bestimmte Form der Entwicklung von Verarbeitungstechnologien zwangsläufig Raubbau an Naturressourcen und Schädigung der für die menschliche Existenz unabdingbaren Umweltbedingungen ein.¹⁰ Erst mit der Dynamik kapitalistischer Industrialisierung und der heute erreichten Dimension von Natureingriffen hat sich diese auch technologisch fixierte Mensch-Umwelt-Bezie-

8 Die Miniaturisierung der Großrechner begann 1970 mit der Entwicklung von Mikroprozessoren, dem „Computer auf einem Chip“, bei Intel. Vgl. D. Hanson, a. a. O., S. 146 ff. Ihre Verbreitung kam in Verbindung mit technischen Verbesserungen seit Mitte der siebziger Jahre in Gang.

9 K. Marx, *Das Kapital*, 1. Bd., a. a. O., S. 398, mit Blick auf den Motor in der industriellen Revolution. Die Parallele ziehen Klaus Fuchs-Kittowski und Bodo Wenzlaff, *Probleme der theoretischen und praktischen Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZPh)* H. 6/1987, S. 502 ff.

10 Vgl. hierzu: Autorenkollektiv, Leitung: Hans Roos/Günter Streibel, *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, Berlin (DDR) 1979.

hung zu einem globalen Problem ersten Ranges entwickelt.¹¹ Hierin äußert sich eine spezifische Deformation der Produktivkraftentwicklung. Sie verbietet es, die technologische Entwicklung sozusagen als einen „neutralen“ Prozeß zu betrachten und verweist auf die Notwendigkeit, die Konzeption der wissenschaftlich-technischen Revolution stärker im Kontext formationspezifischer Produktivkraft- und Technikentwicklung zu diskutieren.

Die folgenden Bemerkungen beziehen sich auf einige Probleme, die im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Produktivkraftumbruch diskutiert werden. Dabei wird versucht, diese Probleme – „Produktivkrafttyp“ und „neuer Rationalisierungstyp“, Deformationen der Produktivkraftentwicklung und Probleme ihrer technischen und gesellschaftlichen Beherrschbarkeit – mit Bezug auf die marxistische Produktivkrafttheorie zu diskutieren. Dies schließt die Herausarbeitung von Anforderungen an eine Alternativkonzeption der Arbeiterbewegung zur herrschenden Technik- und Produktivkraftentwicklung des Kapitals ein. Viele der dabei angedeuteten Fragestellungen werden im Rahmen von einzelnen Beiträgen dieses Jahrbuchs detaillierter und faktenbezogener behandelt. Auf diese Beiträge ist daher in erster Linie zu verweisen.

2. Neuer Produktivkrafttyp – neuer Rationalisierungstyp?

Bei dem Versuch, die *Besonderheiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung* genauer zu erfassen, soll in diesem Abschnitt noch einmal auf die entsprechenden Analysen gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung bei Marx zurückgegriffen werden. Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß der Mensch als Naturwesen in seiner Produktion nicht anders verfahren kann als die Natur selbst, „d. h. nur die Formen der Stoffe ändern“, und daß dies durch die über die Produktionsmittel bewirkte Aneignung von Naturprozessen („Naturkräften“) geschieht.¹² Die Form dieser Aneignung von Naturkräften und deren Charakter verändern sich aber. Damit bilden sich – in Verbindung mit den großen geschichtlichen Produktivkraftrevolutionen – auch *unterschiedliche Typen von gesellschaftlicher Produktivkraft* heraus.¹³

11 Dieser Zusammenhang wird bei Marx und Engels an vielen Stellen behandelt. Aber aufgrund des bei Beginn der kapitalistischen Industrialisierung noch niedrigen Niveaus des Stoffwechselprozesses Natur-Gesellschaft wird er nicht systematisch thematisiert. Vgl. dazu: Horst Paucke, Karl Marx und Friedrich Engels zum Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und rationeller Naturnutzung, Berlin (DDR) 1983 (Gesellschaftswiss. Informationen, H. 23). Eine der ersten Studien, die dies als Problem der Konzeption der wissenschaftlich-technischen Revolution diskutierte, war G. Goudojnik, La révolution scientifique et technique et l'écologie, Moskau, russ. 1975, franz. 1980. In der BRD: Edgar Gärtner, Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt/M. 1979.

12 K. Marx, Das Kapital, I. Bd., a. a. O., S. 57, 58.

13 Vgl. zum folgenden auch die in vieler Hinsicht anregende Dissertation von Rainer Land, Zum Zusammenhang von innerer Logik und sozialökonomischer Determination der Produktivkraftentwicklung in der monopolistischen Bewegungsform des Kapitals, Humboldt-Universität Berlin (DDR) 1984.

2.1 Geschichtliche Typen gesellschaftlicher Produktivkraft

1. In den nach der neolithischen oder agrarischen Revolution der Produktivkräfte auf landwirtschaftlicher Produktion beruhenden Gesellschaften zielt die an den Boden als wichtigstes Produktionsmittel gebundene Arbeit darauf ab, *ganzheitliche*, „komplexe“, nach biologischen Gesetzmäßigkeiten ablaufende Naturprozesse (Wachstumsprozesse) zu nutzen. Ihr innerer Ablauf bleibt unverstanden, aber sie können über die Regulation ihrer Randbedingungen empirisch in zunehmendem Maße und zumindest temporär beherrscht werden. Arbeit (Kultivierung, Bodenbearbeitung, Tierhütung, Ernte usw.) bezieht sich in erster Linie auf die Gestaltung dieser Ausgangs- und Rahmenbedingungen der ansonsten „von selbst“ ablaufenden Naturprozesse sowie auf die „Extraktion“ von Naturprodukten.¹⁴ Die genutzten Naturkräfte bedürfen, wie Marx dies für einen anderen, aber doch verwandten Fall charakterisiert, „menschlicher Nachhilfe“, vollziehen sich selbst aber ohne seine „Beihilfe“.¹⁵ Gemeint ist, daß der Produzent mit seiner Leiblichkeit nicht in den unmittelbaren „technischen“ (stoffwandelnden) Prozeß einbezogen ist. Eben deshalb wird die „Mitarbeit der Naturkräfte“ im Falle der Agrarproduktion von Marx auch als „Automat“ bezeichnet.¹⁶ Dieser Begriff findet später im Zusammenhang mit dem entwickelten Maschinensystem wieder Verwendung.

2. Demgegenüber wird beim handgeführten Werkzeuggebrauch der Produzent zur „Beihilfe“ in den technischen Prozeß eingegliedert. Er hat sowohl energetische wie Steuerungsfunktionen auszuführen. Damit bildet sich ein im Vergleich zur Nutzung „natürlicher Automaten“ anderer geschichtlicher Typ von Produktivkraft heraus, der zeitlich parallel auftritt und auf der Nutzung von *isolierten* Naturkräften und Wirkprinzipien beruht. Dieser Produktivkrafttyp bleibt weitgehend an die engen Schranken physischen Vermögens des individuellen Produzenten gebunden. Er vervollkommnet sich durch weitere Arbeitsteilung und Kombination der Einzelarbeit. Dies ist (zumindest im Kern und unabhängig von früheren Formen des Maschinengebrauchs) der Typ von Produktivkraft, der mit der kapitalistischen Industrialisierung umgewälzt und aufgehoben wird.

Die entscheidende Rolle fällt dabei der Werkzeugmaschine zu. Die Übertragung der Werkzeugführung auf die Maschine markiert jedoch nur den ersten (wenn auch entscheidenden) Schritt der Umwälzung, denn in der Maschine „erscheint das handwerksmäßige Instrument wieder, aber in zyklischem Umfang“.¹⁷ Das bedeutet, daß es im ersten Gang der Produktivkraftumwälzung noch bei der „*Isolierung der Sonderprozesse*“ bleibt.¹⁸ Auf diesem Prinzip beruht auch die Herausbildung der „modernen Wissenschaft der Technologie“, die alle Formen gesellschaftlicher Produktionsprozesse „in be-

14 Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, 1. Bd., Berlin (DDR) 1981, Stichworte „Landwirtschaft“, S. 309 ff., 363 ff., 442 ff. sowie „Agrare Produktivkräfte“, S. 478 ff.

15 K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., a. a. O., S. 402.

16 K. Marx, Theorien über den Mehrwert, I. T., in: MEW Bd. 26.1, S. 19.

17 K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., a. a. O., S. 406.

18 Ebd., S. 401.

wußt planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besondere Anwendungen der Naturwissenschaft“ auflöst.¹⁹

3. Mit dieser technologischen Aufsplitterung des Produktionsprozesses in seine Einzelvorgänge und mit deren technischer Fixierung im Rahmen der Maschinenanwendung wird jedoch eine Gegenbewegung ausgelöst.²⁰ Im entwickelten Fabrikssystem tritt an die Stelle ihrer Isolierung „die Kontinuität der Sonderprozesse“.²¹ Der Ausbau des Maschinensystems zielt auf einen möglichst *kontinuierlichen* Fluß der Arbeitsgegenstände, auf die *technisch vermittelte Kombination* der einzelnen Produktionsprozesse. Dies erfolgt zuerst in Form ihrer Addition und Hintereinanderschaltung. Zugleich wird der Gesamtprozeß von der energetischen Seite her durch eine zentrale Antriebskraft mit ihrem Netzwerk des Transmissionsapparates vereinheitlicht. Das Stichwort, das dem heutigen Leser einfällt, heißt „Vernetzung“, allerdings auf mechanischer Grundlage. Später findet der Motor als „allgemeiner Agent der großen Industrie“ mit der Elektrifizierung seine wirkungsvollere, dezentrale Form. Als Perspektive erscheint jetzt das „automatische System der Maschinerie“,²² wobei der Begriff des Automaten hier in klassischem Sinne energetisch gemeint ist. Automatische Steuerung und Regelung gehören noch nicht, wie heute, zum Begriffsinhalt.

Die neue Produktivkraft beruht sozial auf der Schaffung der Lohnarbeit, technisch auf der Loslösung der Arbeitsmittel von den Grenzen physischer Kraft und Geschicklichkeit des Menschen. Damit ist der Weg eröffnet, Naturkräfte in neuer Dimension und auf verwissenschaftlichter Grundlage anzuwenden. Beides sind einander entsprechende und sich wechselseitig bedingende Umwälzungen. Zugleich deutet sich mit der „Kontinuität der Sonderprozesse“ der Übergang zu einer Stufe an, bei der *komplexe Naturprozesse* und nicht mehr nur einzelne Wirkprinzipien im Rahmen von zu Anlagen weiterentwickelten Produktionsmitteln angewandt werden können. Dies hat – wie bei den frühen „natürlichen Automaten“, nun aber auf anderer, verwissenschaftlichter Grundlage – zur Folge, daß die Arbeitstätigkeit wieder aus dem unmittelbar technischen Prozeß herausgelöst wird. „Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält.“ „Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“ Diese Stufe der Produktivkraftentwicklung könnte auch als Anwendung „industrieller Naturprozesse“²³ bezeichnet werden.

19 Ebd., S. 510.

20 Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, 2. Bd., a. a. O., Stichwort „Industrielle Produktivkräfte“, S. 665 ff.

21 K. Marx, Das Kapital, I. Bd., a. a. O., S. 401.

22 Ebd., S. 402.

23 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 592, 593.

2.2 Herausbildung „industrieller Naturprozesse“

Die Entwicklung zu solchen „industriellen Naturprozessen“ bildet einen wichtigen Leitfaden für das Verständnis der Umbrüche in Technik und Arbeit, die mit der permanenten Produktivkraftrevolutionierung seit der industriellen Revolution verbunden sind. Das gilt gerade für die aktuelle Umbruchperiode, bei deren Interpretation ein Rückblick auf die wichtigsten großen Entwicklungslinien der Vergangenheit nützlich ist. Auch hier soll nur der industrielle Sektor als dynamikbestimmender Kernbereich der Wirtschaft betrachtet werden.²⁴

In einer Reihe von Industriezweigen, die seit Ende des 19. Jahrhunderts zu breiter Massenproduktion übergehen und in denen stoffverformend-montierende Produktions- und Fertigungsprozesse vorherrschen, ist dieser Übergang mit einschneidenden technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen verbunden. Die Werkzeugmaschine, die ursprünglich als Universalmaschine entwickelt wurde, wandelt sich im Rahmen des arbeitsteiligen Maschinensystems zur Sonder-(Spezial-)Maschine. Die mit dem elektrischen Maschinenantrieb gestiegene innerbetriebliche Flexibilität führt zu neuen Formen der Maschinenverkettung: Anordnung der Maschinen nach dem technologischen Prozeßablauf der Erzeugnisfertigung und Verkettung durch technische Hilfseinrichtungen. Dies gilt auch für die handarbeitsintensiven Fertigungsabschnitte, insbesondere die Montage, mit Verbreitung des Fließbandprinzips und der Taylorisierung der Arbeit (in den USA seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in Europa in den zwanziger Jahren sich durchsetzend). *Hier erreicht die Aufteilung in Sonderprozesse ihren Höhepunkt*, aber nur auf der Grundlage ihrer verketteten, Kontinuität des Produktionsflusses garantierenden Form. Erhöhung der Durchlaufgeschwindigkeit und taktgebundene Steigerung der Arbeitsintensität sind wesentliche Ziele. Diese Technologie wird typisch für auf Massenproduktion beruhende Industriezweige wie die Automobilindustrie, die hier Schrittmacher mit zugleich weitreichender Ausstrahlung auf andere Zweige ist, die Elektro- und Feinmechanische Industrie u. a.

Dies ist auch die ökonomisch-technologische Voraussetzung für die umfassende Durchsetzung der im kapitalistischen Produktionsprozeß immer wirkenden Tendenz zur Reduzierung komplizierter auf einfache Arbeit. Die technische Entwicklung der Werkzeugmaschine und das mit steigendem Maschinenwert gleichfalls steigende Interesse des Kapitalisten an intensiver Maschinenauslastung, an Reduzierung von Stillstandszeiten durch Fähigkeit des Arbeitspersonals zu Reparatur und Maschinenwartung usw. hatten zur Herausbildung von Maschinenfacharbeit geführt. Dort, wo der Übergang zur Massenfertigung auf Maschinenbasis sich vollziehen kann, wird diese Facharbeit weitgehend zersetzt und dominiert die Ausbeutung angelernter „Massenarbei-

24 Vgl. zum folgenden u. a.: Allgemeine Geschichte der Technik von 1870 bis etwa 1920 (Moskau 1982), Leipzig 1984; David S. Landes, *Der entfesselte Prometheus*, Köln 1979; *Handbuch Wirtschaftsgeschichte*, 2. Bd., a. a. O., Stichworte „Energiewirtschaft“, S. 644 ff., „Industrielle Produktivkräfte“, S. 665 ff., „Transport- und Nachrichtenwesen“, S. 763 ff.; Otto Bauer, *Rationalisierung – Fehlrationalisierung (Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*, 1. Bd.), Wien 1931, in: *Werkausgabe*, Bd. 3, Wien 1976, S. 719–914.

ter“. Jedoch bilden sich zugleich kleinere Segmente neuer, „sekundärer“ Facharbeit im Bereich der Instandhaltung und in anderen, vor- und nebengelegerten Betriebsabteilungen heraus.²⁵

Eine andere Entwicklung vollzieht sich in den (zahlenmäßig der Beschäftigung nach schmäleren) industriellen Sektoren, in denen kein Übergang zur Massenfertigung möglich ist, sondern sog. „klein- und mittelserige“ Fertigung (wie im Maschinenbau als hierfür typischem Zweig) vorherrscht. *Hier wird die Facharbeit als dominierender Arbeitstypus nicht aufgelöst.* Gerade die Durchsetzung der in hohem Maße auf Sondermaschinen beruhenden Technologie mechanisierter Massenfertigung und -produktion in anderen Zweigen ist die Basis, auf der sich hier der Typus qualifizierter Facharbeit als stabil erweisen kann. Die ökonomisch-technischen Determinanten sprechen gegen eine Taylorisierung der Arbeit.

Eine dritte Entwicklungslinie realisiert sich in den auf Prozeßtechnologien beruhenden Zweigen stoffumwandelnder Massenproduktion (Chemieindustrie, Stahlindustrie u. a.). Die Produktionsmittel haben hier bereits früh den Charakter von Anlagen. Der Übergang vom sog. „Chargen-“ zum kontinuierlichen Anlagenbetrieb vollzieht sich in wichtigen Abschnitten der Massenproduktion in den zwanziger und dreißiger Jahren. Er ist mit einer Mechanisierung der Produktionshilfsarbeiten verbunden, der schweren und körperlich stark belastenden Tätigkeiten, die in diesen Zweigen die Lohnarbeit von Anfang an dominierten. Ähnlich wie sich die Theorie der Fertigungstechnik der klein- und besonders der großserigen mechanischen Fertigung seit den zwanziger Jahren als wissenschaftliche Analyse der dort genutzten Verfahren herausbildet, entwickelt sich eine chemische Verfahrenstechnik, in der chemischen Industrie in erster Linie für den Bereich der Massenproduktion von Grundstoffen.²⁶ Sie schafft die Voraussetzung für eine Rationalisierung im Bereich der Apparatechnik und, seit den vierziger Jahren, die Einführung *erster Formen der Prozeßsteuerung.*²⁷

Dies ist ein Novum bei der Herausbildung „industrieller Naturprozesse“. Die Verfahrenstechnologie hatte die chemischen Produktionsprozesse in einzelne „Grundoperationen“ zerlegt, die für sich und in ihrer Koppelung nun einer *halbautomatischen Regelung* zugänglich gemacht werden konnten. Diese seit den vierziger Jahren eingeführte sog. pneumatische statt manueller Regelung unterscheidet sich jedoch von einer (rechnergestützten) automatisierten Prozeßführung dadurch, daß die Regler nur „Sollwerte“ einstellen können,

25 Vgl. Otfried Mickler, *Facharbeit im Wandel. Rationalisierung im industriellen Produktionsprozeß*, Frankfurt/M., New York 1981; zu den verschiedenen Arbeitstypen: Horst Kern/Michael Schumann, *Rationalisierung und Arbeiterverhalten*, in: R. Jokisch (Hrsg.), *Techniksoziologie*, Frankfurt/M. 1982, S. 368 ff.

26 Klaus Krug, *Zur Herausbildung der Verfahrenstechnik*, und: Siegfried H. Richter, *Zur Entwicklung der Fertigungstechnik als Technikwissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, beide in: W. Wendel (Hrsg.), *Wissenschaft und Gesellschaft 1917–1945*, Berlin (DDR) 1984, S. 183 ff. und 199 ff.

27 Vgl. Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984, S. 235 ff.; Otfried Mickler, Eckhard Dittrich, Uwe Neumann, *Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit*, Frankfurt/M. 1976, S. 85 ff.

daß sie aber nicht zu einer Integration und Verrechnung von Informationen aus dem Gesamtverlauf des Prozesses und zu seiner Optimierung geeignet sind. Dies bleibt nach wie vor die Funktion menschlicher Steuertätigkeit – Meßwartenarbeit. Diese „Halbautomatisierung“ ist ebensowenig geeignet, Prozesse an- und abzufahren oder Störfälle (Prozeßzusammenbrüche) aufzufangen. Es handelt sich also um eine technische Unterstützung der Anlagensteuerung für den Normalbetrieb. Die in den sechziger Jahren erstmals eingeführte Rechnersteuerung von Prozeßanlagen erwies sich wegen der seinerzeit vorherrschenden zentralen Rechnerkonfiguration als zu störanfällig, inflexibel und unökonomisch. Daher befindet sich die Prozeßführung zumindest im Bereich der Chemieindustrie heute noch auf dem Stand der Halbautomatisierung. Dabei hat sich hier eine sehr scharfe und rigide Arbeitsteilung durchgesetzt. Traditionellerweise ist der Chemiarbeiter als „Anlagenfahrer“ im Gegensatz zum Maschinenfacharbeiter etwa der Metallindustrie „nie Herr des Arbeitsprozesses“,²⁸ da die eigentliche Anlagenführung stets Aufgabe des (wissenschaftlich qualifizierten) Betriebsleiters bleibt.

Je nach ökonomischen Bedingungen und technologischen Verfahren haben sich in den industriellen Kernsektoren also „industrielle Naturprozesse“ bis zu einem bestimmten Grad ausformen können. Fließprinzip, Maschinenverkettung und kontinuierliche Stoffumwandlungsverfahren sind die Hauptprinzipien. Der Unterschied im Niveau ist bei gegebener Massenproduktion verfahrensabhängig. In den auf chemischen Verfahren beruhenden Zweigen erleichtert die Selbstreaktivität der Prozesse aufgrund der physikalisch-chemischen Eigenschaften der Stoffe bei bestimmten Rahmenbedingungen (Temperatur, Mengenverhältnisse, Katalysatoren) die Prozeßkontinuität. In der Masse gesellschaftlicher Produktion herrschen aber mechanische Verfahren vor. Hier muß, was in der chemischen Produktion aufgrund der Stoffeigenschaften weitgehend automatisch abläuft (räumliche Annäherung der in Reaktion zu bringenden Stoffe, wechselseitige Stoffverformung und -wandlung etc. unter Energiezufuhr und -freisetzung), jeweils gesteuert und unter Aufwendung gezielter, diskreter Energiemengen herbeigeführt werden. Der Steuerungsaufwand und Regelungsbedarf ist also sehr viel größer. Das produzierende Naturwesen Mensch bleibt in seiner konkreten Tätigkeit an die verschiedenen Verfahren der Natur oder „Bewegungsformen der Materie“ gebunden.

2.3 Produktivkraftsprung: Universelle Integrationstechnologie

Das mit der industriellen Revolution entstandene kapitalistische Maschinen- und Fabrikssystem hatte sofort seine inneren Widersprüche produziert, die zur technologischen Weiterentwicklung in einer bestimmten Richtung drängten. Diese Widersprüche zeigten sich auf den verschiedensten Ebenen – zwischen zentralem Antriebssystem und Einzelmaschinenbetrieb; in der Gliederung der Fabrik entgegen dem technologischen Fertigungsablauf; mit dem Eigenwillen der in den technischen Prozeß integrierten lebendigen Arbeit, der

28 H. Kern/M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?* a. a. O., S. 265.

nur durch die Dreieinigkeit von ökonomischem Zwang, Fabrikgesetzen und technischer Unterordnung durch Arbeitszerlegung und Maschinentakt zu brechen war.

Bei der Herausbildung der „industriellen Naturprozesse“ hat sich auf der technologischen Seite ein neuer Widerspruch in den Mittelpunkt geschoben, der Widerspruch zwischen den in zunehmendem Maße beherrschten, manuell oder instrumentell regel- und steuerbaren Einzelprozessen und dem technischen Produktionsprozeß insgesamt.²⁹ Die Herstellung von Kontinuität, die Erhöhung von Durchlauf- und Durchsatzgeschwindigkeiten erfordern ein größeres Maß an *Integration* des Gesamtablaufs. Diese Integration wird auch heute gewährleistet – dies ist auf der Stufe von Einzel- und Gesamtprozessen eine der wesentlichen Funktionen lebendiger Arbeit. Das einzige bisher natur- und sozialgeschichtlich entwickelte, den verschiedenen Bewegungsformen der Materie bezüglich der Informationsaufnahme und -Integration „gewachsene“ Organ ist aber das leibliche Organ des Menschen, sein Gehirn. Und da es bisher kaum eine Möglichkeit gab, abgesehen von den primitivsten „Sollregelungen“, entsprechende Steuerungs- und Integrationsaufgaben, wie sie etwa bei so wenig anspruchsvollen Tätigkeiten wie der Fließbandmontage in hohem Grade auftreten, auf technische Mittel zu übertragen, bleibt der produzierende Mensch technisch auch in entsprechend ermüdende, monotone, hoch belastende und im Grunde wenig menschenwürdige Produktionsvollzüge integriert – mit allen Restriktionen, die dies für „die Entwicklung der vollen Produktivkräfte der Einzelnen“³⁰ bedeutet.

Der Vorzug des leiblichen Organs Gehirn für die Informationsverarbeitungsprozesse kann, technisch betrachtet, auf dasselbe Stichwort gebracht werden, wie dies für das andere bedeutende menschliche Arbeitsorgan, die Hand, gilt: *Universalität*.³¹ Der Hauptinhalt des aktuellen Produktivkraftumbruchs besteht offenkundig darin, daß mit den neuen, dezentralisierbaren Informationsverarbeitungstechnologien nicht nur einfach eine schnellere, nicht ermüdbare, präzisere (zugleich: nicht-intelligente), sondern in erster Linie eine universelle Technologie der Informationsverarbeitung entsteht, die – über die bekannten Elemente der Hard- und Software vergegenständlicht – *Arbeitsinstrument* menschlicher Tätigkeit werden kann.³²

Die Universalität der neuen Arbeitsmittel beruht auf der *Digitalisierung* der Informationen. Sie erhalten damit eine von der stofflichen Spezifik der jeweiligen Vorgänge unabhängige Form, in der sie allgemeiner programmgesteuerter Integration und Verarbeitung zugänglich sind. Informationen aus verschiedenen Prozessen können damit verknüpft werden. Universalität ergibt sich

29 Vgl. dazu: Horst Wolffgramm, *Allgemeine Technologie. Elemente, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten technologischer Systeme*, Leipzig 1978, S. 179 ff.

30 K. Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, a. a. O., S. 595.

31 Vgl. Friedrich Engels, *Dialektik der Natur*, in: MEW Bd. 20, S. 322 f., 444 ff.

32 Wenn vom Ersatz menschlicher Funktionen oder Arbeitstätigkeit gesprochen wird, verwischt sich gerade dieser entscheidende Unterschied zwischen Arbeitsmittel als Bedingung der Arbeit und Arbeitstätigkeit. Vgl. Hans Heinz Holz, *Dialektik und Widerspiegelung*, Köln 1983, S. 33 ff.

ebenso aus der Möglichkeit der Dezentralisierung wie der inner- und überbetrieblichen Vernetzung. All das ist Voraussetzung für den „Zugriff“ auf industrielle Gesamtprozesse, gestattet eine genauere Abstimmung der zu koordinierenden Einzelabläufe, der Stoff-, Energie- und Informationsflüsse, ermöglicht mehr Flexibilität, steigert also die „Kontinuität der Sonderprozesse“ und ermöglicht einen weiteren Schritt in Richtung auf ihre Integration zu „industriellen Naturprozessen“, für die das Heraustreten des Produzenten aus dem unmittelbaren technischen Vorgang charakteristisch ist.

Zu unterstreichen bleibt: Es handelt sich um neue Arbeitsmittel, die bestimmte Formen menschlicher Tätigkeit ersetzen, aber Instrumente menschlichen Handelns sind. Sie gestatten einerseits, Komplexität zu reduzieren und damit steuerbar zu machen, sind aber andererseits selbst höchst komplexe, insofern schwer beherrschbare und störanfällige Instrumente.³³ Sie werden unter kapitalistischen Klassen- und Eigentumsverhältnissen *als Produktivkräfte des Kapitals* entwickelt, sind insofern keine „neutrale“ Technik, sondern Mittel der Intensivierung und Ökonomisierung der Kapitalreproduktion, was die Gestaltung ihrer betrieblichen Einsatz- und Anwendungsformen wesentlich beeinflusst. Ihre Universalität hebt ihre Bindung an das einzelkapitalistische Verwertungsinteresse nicht auf, ihre Anwendung bewegt sich vielmehr innerhalb des Widerspruchs von einzelkapitalistischer Rationalität und Planung und gesamtgesellschaftlicher Konkurrenz. Sie sind Instrumente kapitalistischer, auf Intensivierung von Lohnarbeit gerichteter Rationalisierung und nicht Mittel bewußter, geplanter Entfaltung von Persönlichkeit und Produktivkräften der Individuen.

2.4 Neuer Rationalisierungstyp und „Zukunft der Fabrik“

Das sind die sozialen Merkmale, die den heute zu konstatierenden „neuen Rationalisierungstyp“³⁴ auszeichnen; er bildet die technisch-arbeitsorganisatorische Umsetzung des in der Logik der Herausbildung „industrieller Naturprozesse“ liegenden Schritts zur Integration von Einzelprozessen der Produktion mit dem Gesamtprozeß. Er zielt, wie andernorts mehrfach dargelegt, auf eine Ökonomisierung aller Kapitalbestandteile, auf die Durchsetzung eines intensiven Reproduktionstyps unter den Bedingungen der neuen Technik.³⁵

Die in der ingenieurtechnischen Literatur formulierten Vorstellungen zur Zukunft der Fabrik verdienen es, trotz aller technikfixierten Übertreibung ernst genommen zu werden. Sie lassen sich weniger auf den Nenner einer „mensenleeren Fabrik“, sondern eher auf den eines datentechnisch durchdrungenen, flexiblen Produktions- und Ausbeutungsmechanismus bringen.

33 Dazu u. a. Peter Brödner, *Fabrik 2000. Alternative Entwicklungspfade in die Zukunft der Fabrik*, Westberlin 1985.

34 Eine Zusammenfassung aller Norbert Altmann u. a., *Ein „neuer Rationalisierungstyp“ – neue Anforderungen an die Industriosozologie*, in: *Soziale Welt*, H. 2–3/1986, S. 191–207.

35 Vgl. dazu u. a. verschiedene Beiträge in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 7, 1984; 9, 1985; 11, 1986; Autorenkollektiv unter Leitung von Reinhold Kowalski, *Staatsmonopolistische Intensivierung und Widersprüche der Reproduktion*, IPW-Forschungshefte 4/1986.

„Die Fabrik der Zukunft entsteht aus einer neuen Generation von Produktionstechnologien unter Einfluß rechnergestützter Informationssysteme und rechnergeführter Fertigungsprozesse. Ihre Einführung wird die Ablaufbedingungen der traditionellen Stückfertigung und Montage grundlegend verändern und voraussichtlich auch das Organisationsgefüge und die Wettbewerbsstrategien ganzer Unternehmen umgestalten. Die Fabrik der Zukunft ist rechnerintegriert und flexibel automatisiert. Sie ist frei von geschriebener Informationsübermittlung, verfügt über einen kontinuierlichen Fertigungsablauf und ist energietechnisch, materialtechnisch und informationstechnisch verknüpft.“³⁶

Die Technikfixiertheit und Borniertheit dieser Konzeption besteht darin, daß sie die Rolle der lebendigen Arbeit im Rahmen eines solchen Produktionsmechanismus als aktives, den Produktionsprozeß tragendes Element nicht reflektiert und ebensowenig die Grenzen und Probleme der Übertragung von Steuerungsfunktionen auf Rechner problematisiert.³⁷ Solche mathematisch-technischen, organisatorischen, ökonomischen Schranken zeigen sich heute in der betrieblichen Praxis allerorten; die entsprechende „Fachpresse“ ist voll davon. CAD, CAM, CIM und ähnliche computerunterstützte Technologien setzen sich, auch als Detaillösungen, nur schleppend und in immer noch engen Grenzen durch. Es herrscht eine Vielfalt inkompatibler Systeme vor, eine „babylonische Sprachverwirrung“ im Softwarebereich; je umfangreicher die Programme, je größer die zu bewältigenden Datenmengen, desto komplexer und störanfälliger werden die Systeme, desto mehr Redundanz ist aus Sicherheitsgründen erforderlich, desto mehr Rechenaufwand und desto unrentabler auch das Gesamtsystem. Auch unter Ingenieuren und Mathematikern gibt es eine Diskussion über die Grenzen mathematisch-technischer Realisierbarkeit und den betriebsökonomischen Sinn „vollautomatisierter“ Systeme – usw.

All dies sind jedoch Probleme, die zwar die Gestaltung der neuen Informationsverarbeitungssysteme und die Funktionsteilung Mensch-Technik nachhaltig betreffen, die aber den *Grundtrend in Richtung auf datentechnische Durchdringung und Integration der Betriebe* keineswegs brechen. Dieser Grundtrend zeigt sich gegenwärtig im Schub an Einführung datentechnischer Arbeitsmittel, in rationalisierungsbedingten Veränderungen von Arbeitsbedingungen und den entsprechenden gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und organisationsinternen Diskussionen.³⁸

Während technische Rationalisierung auf der Stufe der mechanischen Technologien im wesentlichen an einzelnen Arbeitsvollzügen und Fertigungsprozessen ansetzte, besteht das Neue des „neuen Rationalisierungstyps“ gerade in seinem Zugriff auf gesamtbetriebliche Abläufe und in der daran orien-

36 G. Spur, Aufschwung, Krisis und Zukunft der Fabrik, in: Produktionstechnisches Kolloquium West-Berlin 1983, Die Zukunft der Fabrik, S. 11. Vgl. auch: H. Dieter Jorissen u. a., Die neue Fabrik. Chance und Risiko industrieller Automatisierung, Düsseldorf 1986.

37 Vgl. dazu Peter Brödner, Fabrik 2000, a. a. O.

38 Vgl. zuletzt: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Düsseldorf o. J. (1987) (Infas-Studie).

tierten Verknüpfung von Informationsflüssen der verschiedensten Produktions-, Logistik- und Verwaltungsabläufe. Dem korrespondiert die überbetriebliche Datenintegration und Vernetzung über die staatliche kommunikationstechnologische Infrastruktur. Der neue Rationalisierungstyp zielt auf die „Flexibilitätpotentiale“ von Technik und Anlagen sowie auf arbeitsorganisatorisch an deren Abläufe und Auslastung angepaßte Arbeitskräfte. Dem universellen Zuschnitt seiner technischen Grundlagen entspricht der für die unterschiedlichsten Branchen und betrieblichen Abteilungen konstatierte „systemische“³⁹ Charakter dieses Rationalisierungstyps.

Die Integrationsprozesse vollziehen sich jedoch nicht, wie in früheren Konzeptionen der Rechnerintegration gedacht, in streng zentralistischer und ausschließlich hierarchisch organisierter Form. Es bilden sich vielmehr verschiedene Ebenen und unterschiedliche Regelkreise heraus. Auf der Ebene der Konzernführung geht es um die Abstimmung der „großen Ströme“ im Gesamtproduktionsprozeß – Logistik, Verknüpfung zwischen den Fertigungslinien, Abstimmung zwischen vor- und nachgelagerten Sektoren der Produktion, Realisierung von Just-in-Time-Verfahren und Eintaktung der Zulieferer, Koordination zwischen Verwaltung und Produktion usf. Eine zweite Ebene ist die der Neukombination von Anlagenlauf und Beschäftigung im Rahmen der Flexibilisierungsstrategien mit dem Ziel der intensiveren Anlagenausnutzung. Drittens geht es um den Aufbau „kleiner Regelkreise“ zur Optimierung der Arbeitsabläufe in Abteilungen, Einzelbetrieben etc. Das ist sozusagen der Unterbau der Flexibilisierungskonzeption und wichtigster Hebel der Intensivierung der Arbeit. Hier kommt voll die dezentrale Gestaltungsmöglichkeit der neuen Technik zum Tragen, die jetzt auch in bisher technisch nicht durchdringbare Arbeitsabläufe – traditionell Gestaltungs„reservate“ qualifizierter Arbeiter wie etwa im Maschinenbau⁴⁰ – Datentransparenz und damit Kontroll- und Intensivierungsmöglichkeiten bringt. Vom Betriebsmanagement wird dies als „neuer Gestaltungsspielraum“ der Betriebs- und Fabrikleiter begrüßt.⁴¹ Hier sind auch die neuen Motivationsstrategien als Konzeptionen einer Leistungssteigerung „mit den Beschäftigten“ einzuordnen. In diese Richtung zielen Team- und Arbeitsgruppenkonzepte, Qualitätszirkel usw.⁴² In ihnen reflektiert sich zugleich die Notwendigkeit der Mobilisierung qualifizierter Arbeit und Kenntnisse dort, wo die Anwendung der technisch komplizierten Systeme so ausgelegt ist, daß sie von den Beschäftigten kompetenten und raschen Eingriff in Programmablauf und Prozeßsteuerung verlangt – und es zeigt sich hierin der vielerorten beschriebene umfassendere Zugriff auf das Leistungsvermögen. Weder das „Ende der Massenproduktion“ noch das „En-

39 Der Begriff geht zurück auf Martin Baethge, Herbert Oberbeck, *Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung*, Frankfurt/M., New York 1986.

40 Fred Manske, *Ende oder Wandel des Taylorismus? Von der punktuellen zur systemischen Kontrolle des Produktionsprozesses*, in: *Soziale Welt*, H. 2/1987, S. 166–180.

41 Vgl. „Fabrik der Zukunft“, *Sonderteil der VDI-Nachrichten* v. 13. 6. 1986.

42 Vgl. dazu die Berichte von der „Analytik '87“, in: *Handelsblatt* v. 4. 3. 1987; *VDI-Nachrichten* v. 6. 3. 1987.

de der Arbeitsteilung“ sind eigentliche Merkmale des neuen Rationalisierungstyps, wohl aber die Flexibilisierung von Technik, Arbeitsorganisation und Beschäftigungsverhältnissen und die auf der wachsenden Transparenz von Abläufen beruhende, übergreifende Intensivierung der Arbeit.

3. Deformationen der Produktivkraftentwicklung

3.1 „Industrielle Naturprozesse“ und natürliche Kreisläufe

Als spezifische Form der mit der kapitalistischen Industrialisierung hervorgerufenen Produktivkraftentfaltung war die Entwicklung „industrieller Naturprozesse“ herausgestellt worden. Die als „wissenschaftlich-technische Revolution“ bezeichnete Produktivkraftumwälzung der Gegenwart, mehr noch der Zukunft, stellt einen Knotenpunkt in dieser Entwicklung dar.

Geht man nun vom „Stoffwechsel“-Begriff aus, den die Klassiker des Marxismus durchgängig für das durch Arbeit zu realisierende Wechselverhältnis Mensch-Natur verwenden⁴³ – dadurch auch im Begriff die Naturverhaftetheit dieses Gesellschaftsprozesses zum Ausdruck bringend –, so stellt sich sofort die Frage, ob die der Gewährleistung dieses Stoffwechsels dienenden Produktionsprozesse dieser Funktion wirklich angemessen sind. Die Menschen agieren, wie eingangs betont, nur als Teil der Natur und sind an die Bewegungsformen und Gesetzmäßigkeiten außermenschlicher Natur schon mit ihrer evolutiv entstandenen Leiblichkeit gebunden. Mit einer „zweiten“, anthropogenen Natur mögen sie deren Grenzen zwar hinausschieben und so lebenswidrigen Umständen begegnen; sie müssen jedoch auch dabei ihre natürlichen Existenzbedingungen (hinsichtlich Temperatur, Nahrung, Strahlungsbelastung, Qualität der Umweltmedien usw.) in engen Toleranzen einhalten, erhalten und reproduzieren, wenn sie überleben wollen. Als Teil der Natur müssen sie Natur erhalten, um als die eine Seite im widersprüchlichen Mensch-Natur-Verhältnis nicht mit der anderen unterzugehen.

„Stoffwechsel“ kann sich daher geschichtlich bei gegebenem Bevölkerungszuwachs nur temporär als rein „extraktive“ Naturnutzung im Sinne des „Nicht-Säens“ und „Nicht-Erntens“ vollziehen, wie dies für die vor-neolithischen Sammler gelten mochte, denen „die Natur selbst das Vorrathshaus (war), worin der Mensch... fertige Naturproducte zum Consum vorfindet“.⁴⁴ Mit dem Übergang zur aktiven, „umgestaltenden“ Naturaneignung⁴⁵ – wie sie

43 Die klassische Formulierung ist in Erinnerung zu rufen: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen.“ (K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., a. a. O., S. 192.)

44 Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863), in: MEGA II. 3.1, S. 58.

45 G. S. Gudoznik entwickelte ein interessantes Konzept der Geschichte der „gesellschaftlichen Produktionstechnologie“ aus einer sorgfältigen Analyse der Marxschen Studien zur Geschichte der Arbeit. Gudoznik weist darauf hin, daß die Marxschen Bezeichnungen für die Formen der Arbeit – das „Vermitteln“, „Regeln“, „Kontrollieren“ – keineswegs Synonyma darstellen,

mit der neolithisch-agrarischen Revolution einsetzte – war zugleich das Problem der Reproduktion ihrer wichtigsten Existenzgrundlage – des Bodens und der Bodenfruchtbarkeit als Träger des vom Menschen genutzten primitiven „Automaten“ – gegeben; über lange Zeit ein gesellschaftlich kaum zu lösendes Problem, das sich aber angesichts der Möglichkeit des lokalen oder regionalen Ausweichens auf andere Naturquellen bei Erschöpfung der Bodenfruchtbarkeit nicht zu einem überregionalen oder gar globalen Existenzproblem ausweitete.⁴⁶

Bis zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise blieben – trotz der vielen „Wüsten“, die die Zivilisation hinter sich ließ – die zerstörerischen Einflüsse nichtreproduktiver Naturnutzung lokal und aufgrund ihrer quantitativ im Vergleich zu den natürlich Stoff- und Energiekreisläufen noch geringen Dimension von den Selbstreinigungs- und Pufferungssystemen der Natur noch auffangbar. Das regional konzentrierte Hochschnellen der anthropogenen Eingriffe in die natürlichen Stoff- und Energiekreisläufe mit der kapitalistischen Industrialisierung und dem – über Weltmarkt und imperialistische Weltökonomie durchgesetzten – Zugriff auf globale Ressourcen und Naturpotentiale setzte dagegen eine Entwicklung in Gang, die die Dimension dieser Eingriffe inzwischen annähernd in die Größenordnung einiger natürlicher Kreisläufe selbst gesteigert hat⁴⁷ – was dem Problem der „Stoffwechsel-Adäquatheit“ der „industriellen Naturprozesse“ nun eine ganz neue Qualität verliehen hat: die Qualität eines „globalen Problems“.

3.2 Technologische Fixierung des kapitalistischen Naturverhältnisses

Die „industriellen Naturprozesse“, die sich mit der kapitalistischen Industrialisierung herausgebildet haben und die heute global, d. h. auch unter nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen, das Bild der industriellen Produktionstechnologien prägen, sind zwar insofern „Naturprozesse“, als sie die-

sondern unterschiedliche und geschichtlich zu unterschiedlichen Zeiten auftretende Formen der Arbeit, die ihrerseits geschichtliche Typen der umgestaltenden gesellschaftlichen Produktionstechnologie begründen. Vermitteln: das Herauslösen einzelner Stoffe und Elemente und ihre Nutzung in anderem Zusammenhang (Tierzähmung, Erzgewinnung, Pflanzenkultur, Werkzeuggebrauch usw.). Regeln: Veränderungen im Wechselverhältnis von Elementen und Naturprozessen (Nutzung von Muskelkraft, Windenergie usw.). Kontrollieren: Schaffung von Prozeßabläufen, die zu einem erwünschten Resultat führen. Die umgestaltende gesellschaftliche Produktionstechnologie bringt er dabei in Zusammenhang mit dem Prinzip der Zergliederung von Natursystemen und -kräften. Vgl. G. S. Gudoznik, Gesellschaftliche Produktionstechnologie als wissenschaftliche Kategorie, in: Vestnik Moskovskaja Universiteta, Ser. Filosofija, H. 6/1984, S. 10 ff. (Für Hinweis und Übersetzung danke ich Jan Vogeler, Moskau.)

46 Siehe dazu: Karl Hermann Tjaden, Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation, in: Dialektik 9. Ökologie – Naturaneignung und Naturtheorie (Red. E. Gärtner/A. Leisewitz), Köln 1985, S. 60 ff.

47 Vgl. Horst Paucke/Adolf Bauer, Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen, in: DZPh H. 8/1980, S. 905 ff.; P. Musiolek u. a., Zu Problemen von Gesellschaft und Umwelt in den vorkapitalistischen Produktionsweisen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4/1983, S. 105 ff.; Wilfried Strenz u. a., Zu den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt von der Industriellen Revolution bis zum Übergang zum Imperialismus, in: ebd., 1/1984, S. 81 ff.

se in einer zunehmend komplexen Form nutzen; sie unterscheiden sich aber zugleich von den natürlich vorzufindenden Naturprozessen i. d. R. dadurch, daß sie nicht in die großen Naturkreisläufe eingepaßt sind. Sie tragen vielmehr *linearen Charakter*. Während für die Naturprozesse die Kombination von Auf- und Abbauvorgängen in geschlossener, zyklischer Form über kürzere oder längere Zeiträume charakteristisch ist, beginnen die „industriellen Naturprozesse“ als Stoff- oder Energieentnahme und enden nach einem „linearen“ Verlauf mit dem Ausscheiden von Produktions- und Konsumtionsabfällen, die nur in sehr bescheidenem Ausmaß wieder rezykliert, das heißt zu (sekundären) Rohstoffen der Produktion gemacht werden. Dies ist jedoch nicht einfach eine Frage des Tuns oder Lassens; darüber, *wie* diese „linearen“ Prozesse zyklisch gestaltet werden können, liegen jedenfalls für die Masse der Produktionsprozesse noch kaum Stoff- und Verfahrenkenntnisse sowie technologische Erfahrungen vor. Die Größenordnung des Problems ergibt sich daraus, daß hier geschichtlich Produktivkraftsysteme in gewaltiger Dimension entstanden sind, die – ökonomisch vermittelt – ein bestimmtes, kapitalismusgeprägtes Naturverhältnis technologisch fixiert haben.

Das in weiten Bereichen nichtreproduktive und insofern raubbauhafte Verhältnis zur Natur hatte der Kapitalismus von vorkapitalistischen Produktionsweisen übernommen. Die spezifische, nicht gebrauchts-, sondern tauschwertorientierte und auf industrielle Warenproduktion als Träger von Tauschwert gerichtete kapitalistische Produktionsweise treibt es nun in besonderer Form voran. Wo die Übernutzung und unterbleibende Reproduktion von Naturquellen sich als gravierendes Hemmnis zu erweisen beginnt, ist eine solche Wirtschaftsform durchaus in der Lage, durch Aufbau entsprechender Industrien und Technologien Abhilfe zu schaffen. Dies geschieht jedoch in der Hauptsache *in Form der nachträglichen Ent-Sorgung* (bei über 90 Prozent der heutigen umwelttechnologischen Verfahren handelt es sich um „additive“ „End-of-pipe“-Technologien),⁴⁸ also ohne zyklische Gestaltung des Produktionsprozesses und damit ohne prinzipielle Lösung; und es geschieht in sozial parasitärer, weil vornehmlich (über Subventionen, Kostenabwälzung etc.) aus Einkommen der Lohnabhängigen finanzierter Form.

Zur kapitalistischen Warenproduktion gehört das ständige, durch die Konkurrenzverhältnisse aufgezwungene Bemühen, den Produktionsprozeß im Sinne *der Einsparung* nicht an aufgewandter, sondern an *bezahlter Arbeit* zu ökonomisieren. Die Maschinenanwendung ist hierbei ein entscheidendes Mittel.⁴⁹ Ökonomisierung des konstanten Kapitals in allen seinen Formen (Anlagen und Rohstoffe, Energie und Hilfsstoffe usw.) sowie der lebendigen Arbeit unterliegen diesem Prinzip der Kostenreduktion. Die Nutzung natürlicher Kreisläufe und Naturquellen als nicht zu reproduzierende „Gratisnaturkräfte“ (zu unterscheiden von den für ihre Ausbeutung und Konsumtion aufzuwendenden Investitionen) ist ein Grundzug dieser Form der Ökonomisierung. Seine produktionstechnologische Konsequenz besteht in der Entwicklung einer Ver-

48 R. U. Sprenger, Der Umweltschutzmarkt wächst, in: umweltmagazin 1/1986, S. 18 ff.

49 Vgl. K. Marx, Das Kapital, I. Bd., a. a. O., S. 414 f.; ebenda, Bd. 3, in: MEW Bd. 25, S. 272 f.

arbeitungstechnologie zum Zwecke der „Änderung der Form der Stoffe“, die auf Steigerung der Produktivität der Arbeit mit dem Ziel der Einsparung bezahlter Arbeit und damit zugleich auf eine *Erhöhung des* (auf eine Verwendung begrenzten) *Stoffumsatzvermögens* der Arbeitskraft gerichtet ist, ohne das *Stoffausnutzungsvermögen* in seiner ganzen Komplexität in gleicher Weise zu stimulieren.⁵⁰ Einsparung von gesellschaftlicher, zu bezahlender Arbeit, die für die Reproduktion der Naturquellen aufzuwenden wäre, und Entwicklung einer Produktionstechnologie, die primär auf Kostenreduktion durch Erhöhung des Stoff- und Energieumsatzvermögens orientiert ist, sind die Grundtendenzen, die sich in der Herausbildung der nichtzyklischen, linearen Produktionsstrukturen niedergeschlagen haben. Übermäßige Nutzung und Vergeudung von Rohstoffen und Energieträgern, Vergiftung von Naturkreisläufen, globale Schädigung von Ökosystemen sind die damit programmierten Folgen.⁵¹

Die oft zitierte Marxsche Formulierung über die kapitalistische Produktionsweise, daß sie „die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (nur entwickelt), indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“,⁵² bringt den genannten Zusammenhang deformierter Produktivkraftentwicklung prägnant zum Ausdruck. Die technische Fixierung dieses destruktiven Naturverhältnisses macht die Ökologisierung der Produktivkräfte zu einem wesentlichen Aspekt einer auf Erhaltung und Reproduktion der Naturquellen, auf rationellen Umgang mit den Naturgrundlagen der Gesellschaft orientierten nichtausbeuterischen Produktionsweise. Eine solche Ökologisierung im Sinne der Einpassung der „industriellen Naturprozesse“ in den Zusammenhang natürlicher Stoff- und Energiekreisläufe hat ihre radikale – auch technische – Umgestaltung in Richtung auf zyklische Prozesse zur Voraussetzung. Ein entsprechendes Konzept der Ökologisierung ist bei Marx im Zusammenhang mit solchen Fragen wie Recycling („Rückverwandlung der Exkremente der Produktion... in neue Produktionselemente“), abfallarme Technologien usw. angedeutet.⁵³

Geschichtlich ist auf die geschilderte Weise ein gewaltiges System linearer Produktionsabläufe entstanden, das mit den natürlichen Kreisläufen in dis-funktionaler Weise verbunden ist. Dieses System umzubauen und zu ökologi-

50 Dazu H. Roos/G. Streibel u. a., *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, a. a. O., S. 20–87. Dieser Ansatz ist in der Bundesrepublik insbesondere von K. H. Tjaden aufgenommen und im Sinne einer auf Umgestaltung der Produktivkraftentwicklung bezogenen antikapitalistischen Politik weiterentwickelt worden. Vgl. u. a. K. H. Tjaden, Was heißt: Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse?, in: *Moderne Zeiten* H. 5/1983, S. 46 ff.; Margarete Tjaden-Steinhauer, K. H. Tjaden, Vergeudung und Verelendung, in: *Das Argument* 141, 1983, S. 725 ff.; K. H. Tjaden, *Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation*, a. a. O.

51 Vgl. *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt/M. 1980; *Umwelt – weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 1972–1982*, West-Berlin 1983; Edgar Gärtner, Die ökologische Krise, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 9, 1985, S. 197 ff.

52 K. Marx, *Das Kapital*, 1. Bd., a. a. O., S. 530.

53 K. Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., a. a. O. S. 89. Vgl. auch ebd., S. 110 ff. zur Abfallwirtschaft.

sieren ist ein akutes und dringendes Problem. Seine Inangriffnahme bedarf einer völlig neuen Wissenschafts- und Technologieorientierung. Eine in diesem Sinne rationelle Regelung des Mensch-Natur-Stoffwechsels⁵⁴ findet unter Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Planung und einer gebrauchswertorientierten, sozialistischen Produktionsweise schon heute in vieler Hinsicht günstige Voraussetzungen; jedoch wird ein entsprechender Umbau des gesamten Produktivkraftsystems von Autoren sozialistischer Länder bei den gegebenen materiellen Voraussetzungen als ein langfristiger Prozeß angesehen. „Bei der Schaffung und dem Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus können zunächst nur die schlimmsten naturwidrigen Wirkungen dieses Produktivkraftsystems beschränkt werden... Dennoch kann der Sozialismus nicht umhin, die Masse der umweltschädigenden Wirkungen der modernen Produktivkräfte zunächst noch erweitert zu reproduzieren, nicht nur, weil er im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus steht, sondern vor allem, weil auch die kommunistische Formation das ihr adäquate Produktivkraftsystem nur im Verlauf eines längeren historischen Prozesses hervorbringen vermag.“⁵⁵

3.3 Gesamtgesellschaftliche Deformationen von Produktivkraftstrukturen

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution entwickelt sich heute ein Techniktyp, der nicht nur als arbeitskraftsparend, sondern auch als *kapital- und ressourcensparend* bezeichnet wird.⁵⁶ Für ihn ist offenbar die Umkehr des bisher vorherrschenden Trends charakteristisch, daß mit der Übertragung von Funktionen lebendiger Arbeit auf Maschinerie der Aufwand an vergegenständlichter Arbeit im Verhältnis zur Menge der erzeugten Produkte relativ ansteigt. Wachsende Produktivität der lebendigen Arbeit wurde so erkaufte mit abnehmender Produktivität der vergegenständlichten Arbeit. Die neuen Technologien repräsentieren nun einen Techniktyp, bei dem steigende Arbeitsproduktivität nicht mit einem Absinken der sog. „Kapitalproduktivität“ verbunden ist. Ein solcher Trend läßt sich inzwischen für die Kernbereiche der Industrie der BRD nachweisen, in denen ein steigender Bedarf an Investitionsgütern (besonders Rationalisierungstechnologien) mit einem relativ langsamer wachsenden Investitionsaufwand befriedigt werden kann.⁵⁷ Hierin drückt sich der Übergang zu einem Typ intensiver Kapitalreproduktion unter den Bedingungen der neuen Technik aus.

Dieser *neue Techniktyp*, der auf der Ebene einzelkapitalistisch angewandter Produktionsprozesse die relative Einsparung von Energie und Ressourcen begünstigt und insofern eine effektivere Nutzung von Naturpotentialen gestattet, entfaltet sich jedoch auch heute nur auf der Basis der gegebenen Grund-

54 Vgl. ebd., S. 828.

55 H. Paucke, A. Bauer, Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen, a. a. O., S. 912.

56 Vgl. zusammenfassend: Emil Rechtziegler, Neue Technologien und ihre Wirkungen auf die Reproduktion des fixen Kapitals, in: IPW-Berichte, H. 5/1987, S. 22 ff.

57 Siehe dazu: Jörg Goldberg, Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch, Köln 1987.

struktur linearer Produktionsabläufe und eines insgesamt im Vergleich zur Effektivität von Naturprozessen ausgeprägt extensiven Nutzungsgrades von Rohstoffen und Energie.⁵⁸ Wenn man die in der Vergangenheit in der Wirtschaft der Bundesrepublik durchgesetzten, durchaus beachtlichen Energieeinsparmaßnahmen betrachtet,⁵⁹ so sind auch hier das absolute Niveau des Energieverbrauchs, das nach wie vor raubbauhafte Verhältnis zu den für eine energetische Nutzung viel zu wertvollen Ressourcen, die gewaltige Vergeudung von Energie durch mangelnde Abwärme-Nutzung und andere vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus völlig unrationelle Strukturen der Energiewirtschaft als ökologisch disfunktionale Grundmerkmale erhalten geblieben. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution gegebene Möglichkeiten einer effektiveren Ressourcenbewirtschaftung, die auf der Ebene der Einzelkapitale und Konzerne mit Intensität genutzt werden, stoßen unweigerlich auf die Grenzen einer Wirtschaftsweise, der es nicht um die gesamtgesellschaftlich gesehen effektivste und sparsamste Erzeugung von Gebrauchswerten und Dienstleistungen bei sorgsamem Umgang mit den insgesamt zur Verfügung stehenden Ressourcen geht, sondern um einzelwirtschaftlichen Gewinn.

Deformationen gesellschaftlicher Produktivkraftstrukturen zeigen sich nicht nur in der formationsspezifischen Ausprägung des Mensch-Natur-Verhältnisses und der Gestaltung des gesellschaftlichen Naturstoffwechsels. Die Profitorientierung kapitalistischer Produktionsweise, Konkurrenz, ständige Störung der Proportionalitätserfordernisse wirtschaftlicher Entwicklung und der Ausbau des Macht- und Herrschaftsapparates erlegen der Gesellschaft einen hohen Tribut in Form der Vergeudung von nicht genutztem Arbeitsvermögen einerseits und von verausgabter (lebendiger und vergegenständlichter) Arbeit andererseits auf. *Maßstab ist hier die Möglichkeit einer rationellen, auf die gebrauchswertmäßige Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gerichteten Nutzung der gegebenen produktiven Potenzen der Gesellschaft.* Eine möglichst rationelle Bewirtschaftung dieser Ressourcen schließt neben ihrer optimalen Ausnutzung zugleich den pfleglichen und reproduktiven Umgang mit ihnen ein. Dies gilt für das Arbeitsvermögen der Gesellschaft ebenso wie für das vorhandene Anlagevermögen, die Naturressourcen usw. Daß die Realität kapitalistischer Wirtschaft und Vergesellschaftung dem Hohn spricht, ist seit ihrer Herausbildung offenkundig.⁶⁰

Die Verschwendung gesellschaftlicher Produktionsmittel und Ressourcen äußert sich nicht nur in „quantitativen Effekten“ wie der Überproduktion von Produktionsmitteln, der Brachlegung von Arbeitskräften durch „Freisetzung“

58 Vgl. H. Paucke/A. Bauer, Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen, a. a. O., S. 914.

59 Vgl. Staatsmonopolistische Intensivierung und Widersprüche der Reproduktion, IPW-Forschungshäfte, a. a. O., S. 51 ff.

60 „Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, neben einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger Funktionen.“ (K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., a. a. O., S. 552.)

und Massenarbeitslosigkeit und der Vernichtung überschüssiger Produkte und Produktionspotentiale. Sie findet ihren Ausdruck auch in durchaus „funktionierenden“, materiell fixierten Produktivkraftstrukturen. Für solche Systeme wie – um nur einige Beispiele zu nennen – Transport und Verkehr, Energieerzeugung und -nutzung, Agrarproduktion, Territorialstrukturen usw. läßt sich zeigen, daß die von ihnen zu erbringenden Funktionen gesellschaftlicher Produktion und Dienstleistung bei Abstreifung ihrer Kapitalform mit sehr viel geringerem Aufwand an Ressourcen, an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit erbracht werden können.⁶¹ Jedoch setzt auch dies nicht einfach eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik voraus, sondern erfordert zugleich einen tiefgreifenden materiellen Umbau.

Es ist daran zu erinnern, daß solche Deformationen gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung bereits von Lenin in seiner Imperialismus-Analyse thematisiert wurden. Lenin hatte dort vor allem den Widerspruch von außerordentlich rascher technischer Entwicklung und den von ihm als „Stagnation und Fäulnistendenz“ bezeichneten Deformationen und Disproportionen, Krisenprozessen und Vergeudungen gesellschaftlichen Reichtums herausgearbeitet.⁶² Technologische Produktivkraftrevolutionierung geht einher mit dem Aufbau materieller Strukturen in – dem imperialistischen Stadium kapitalistischer Entwicklung entsprechend – globaler Dimension. (Lenin demonstriert diesen Zusammenhang am internationalen Eisenbahnnetz). Methodisch ist dieser Gesichtspunkt mit Blick auf die heutigen Formen weltmarktorientierter Wirtschafts- und Strukturpolitik und die daraus resultierenden Deformationen nationaler Produktivkraftpotentiale wichtig; und er verweist uns nachhaltig auf die ungeheure Zerstörung subjektiver Entwicklungsmöglichkeiten und buchstäblich Lebenschancen der Massen in den Ländern der Dritten Welt.⁶³

Es braucht hier nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß der Aufbau des Macht- und Herrschaftsapparates und die Militarisierung der Wirtschaft durch den Entzug von finanziellen und materiellen Ressourcen sowie von Wissenschafts- und Forschungspotentialen eine besonders ausgeprägte und die für die Zukunft der Menschheit bedrohlichste Variante deformierter Produktivkraftentwicklung, ihrer Verkehrung in Destruktivkraft im wörtlichen Sinne, darstellt. Zudem sind hier die indirekten Auswirkungen der Militarisierung auf die Gesamtentwicklung der Produktivkräfte nicht zu unterschätzen: die besondere Dynamik, die militärische Aufträge der Entwicklung in einzelnen Bereichen verleihen, ihre spezifischen, sich auch in der Technik niederlegenden Anforderungen usw. Gerade die für die wissenschaftlich-technische Revolution so entscheidenden Bereiche der Elektronik und IuK-Technologien sind hierfür ein Paradebeispiel (von der Entstehung der Elektronik bis

61 Dies untersucht Winfried Schwarz, *Die große Vergeudung*, Köln 1987, mit Bezug auf die BRD.

62 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Lenin Werke*, Bd. 22, S. 189 ff. Vgl. besonders S. 194 f., 212, 244 f., 266, 305 f.

63 Zur Dramatik dieser Probleme siehe Hermann Bömer, *Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit*, Frankfurt/M. 1984; IMSF/ASK (Hrsg.), *Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen*, Frankfurt/M. 1986.

zu superschnellen Rechnern, Programmiersprachen und Softwaregestaltung, militärtechnischen Bedürfnissen angepaßten Chips usw.).⁶⁴ Hier wird von Experten die Auffassung vertreten, daß die Konversion derartiger militarisierter Strukturen wegen der zunehmenden Spezialisierung der Militärtechnik im Vergleich zur Vergangenheit eher schwerer denn leichter wird und auf jeden Fall viel umfassendere, gesamtgesellschaftliche Alternativkonzeptionen wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftsstruktureller Natur verlangt.⁶⁵

Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit bezeichnete Marx als „die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.“⁶⁶ Es ist der Widerspruch zwischen dem „beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals“ und dem „Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte“,⁶⁷ der Deformationen und destruktive Tendenzen bewirkt. Die *Kriterien solcher Beurteilung* ergeben sich nicht aus irgendeinem abstrakten Plan oder einer inneren Logik „harmonischer“ Wissenschafts-, Technik- und Produktivkraftentwicklung; sie sind allein dem eigentlichen geschichtlichen Ziel menschlicher Vergesellschaftung abzugewinnen: „Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt“, und die zur Voraussetzung hat, daß die Menschen „ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen . . .; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.“⁶⁸ Eben dieses Ziel muß auch Maßstab aktueller Politik sein.

4. Kontrolle der Produktivkraftentwicklung – ein soziales und technisches Problem

Die rationelle Gestaltung des Mensch-Natur-Stoffwechsels, seine gemeinschaftliche „Kontrolle“ schließt daher neben der sozialen Dimension der Entfaltung von Gegenmacht gegen die Grundtendenzen kapitalistischer Vergesellschaftung eine stoffliche Dimension ein. Der Begriff der „Kontrolle“ erhält insofern auch eine technisch-technologische Bedeutung. Alternativen der Produktivkraftentwicklung, Alternativen der betrieblichen Gestaltung von Technik und Arbeit gehören heute zunehmend zum Kanon der sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterbewegung.

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution gewinnt die technologi-

64 Aus der vielfältigen Literatur soll nur verwiesen werden auf Bernhelm Booß/Jens Høyrup, *Von Mathematik und Krieg*, Marburg 1984. Es scheint, als ob sich die gesamte US-amerikanische Halbleiterindustrie jetzt um eine solche militarisierte Struktur gruppieren könnte. Vgl. FAZ vom 9. 2. 1987 zu den Planungen der „Semiconductor Industry Association“ und des Pentagons.

65 Vgl. verschiedene Beiträge in Jörg Huffscheidt/Eric Burhop (Hrsg.), *Von der Kriegs- zur Friedensproduktion*, Köln 1980.

66 K. Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., a. a. O., S. 269.

67 Ebd., S. 260.

68 Ebd., S. 828.

sche Dimension der Kontrolle der Produktivkraftentwicklung außerordentlich an Bedeutung. Dies nicht nur wegen der bedrohlichen Steigerung des Gegensatzes von Forcierung der Stoffaneignungs- und -umsatztechnologien einerseits und dem Zurückbleiben auch der technischen Befähigung zur Naturquellenreproduktion oder wegen der Möglichkeiten betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaftsausübung durch die neuen IuK-Technologien usw. Die wissenschaftlich-technische Revolution schafft auch ganz neue Probleme der technischen Beherrschung von technologischen Prozessen selbst, die mit der Anwendung der neuen Arbeitsmittel auf elektronischer Basis und dem durch sie ermöglichten Zugriff auf *Naturprozesse höherer Komplexität und Dynamik* geschaffen werden. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich hier besonders an solchen Fragen wie der Beherrschbarkeit der neuen gentechnologischen Verfahren, der Reaktorsicherheit und Kernenergienutzung überhaupt, der Kontrollierbarkeit komplexer Datenverarbeitungssysteme, den Möglichkeiten und Grenzen von künstlicher Intelligenz, Expertensystemen usw. Hierzu einige abschließende Bemerkungen.

Produktionstechnologie bestand in der Vergangenheit im wesentlichen in der Nutzung einer großen Zahl von praktisch beherrschten Verfahren, deren technische Anwendung in hohem Maße „experimentell“ erprobt und weiterentwickelt wurde. Trotz des großen Schubs an Verwissenschaftlichung der Produktionstechnologie beruht auch heute noch die übergroße Zahl der Produktionsprozesse auf vorwiegend empirischer Grundlage.⁶⁹ Aber auch bei vollständiger *theoretischer* Beherrschung der einem Verfahren zugrunde liegenden Naturgesetze und -prozesse wirft die *technische* Beherrschung des Verfahrens weitergehende Probleme auf, weil auch die Kenntnis aller Rand- und Ausgangsbedingungen dann erforderlich ist, wenn der technische Prozeß in seinem Verlauf „absolut“ vorhersagbar sein soll.

Dies ist in totaler Vollständigkeit weder möglich noch notwendig. Gerade das „Versuch-und-Irrtum“-Verfahren bei der Entwicklung von Technologien und Anlagen war die ingenieurtechnische Form des Umgangs mit dieser Diskrepanz. Wie die Praxis zeigt, gestattete sie durchaus die Beherrschung entsprechender Technologien (trotz – wenn man das klassische Beispiel nimmt – der großen Zahl von Dampfkesselexplosionen).

Diese Form der Entwicklung und Erprobung ist jedoch bei bestimmten neuen Technologien und Großanlagen, die auf der Nutzung von hochdynamischen und -komplexen Prozessen mit außerordentlichem Risikopotential beruhen, nicht mehr zu verantworten. Und zwar deswegen, weil die Dimension des hier gegebenen Risikos (der „Folgewirkungen“) in globaler Form an die Dimension der natürlichen Existenz- oder Lebensbedingungen der Menschen heranreicht,⁷⁰ die in engen Toleranzen konstant gehalten werden müssen.

69 H. Wolffgramm, *Allgemeine Technologie*, a. a. O., S. 179.

70 Wolf Häfele, einer der zentralen Promotoren der Kernenergieindustrie in der Bundesrepublik, hatte dies Anfang der siebziger Jahre ohne Umschweife zum Ausdruck gebracht. Vgl. ders., *Hypothesität und die neuen Herausforderungen – Kernenergie als Wegbereiter*, dt. in: *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, Bd. 64, 1975, S. 541 ff. Häfele verband dies natürlich mit dem Hinweis darauf, daß auch die Schutzmaßnahmen bei kerntechnischen An-

Dies gilt z. B. für die Strahlenbelastung im Fall von Kernenergienutzung, und dies ist ebenso denkbar für den Fall unkontrollierter und unkontrollierbarer Verbreitung genetisch manipulierter Mikroorganismen. Die Entwicklung entsprechender Technologien – deren Folgeprobleme man zumindest nicht kennt – macht also prinzipiell andere Wege ihrer Erforschung, Erprobung und gesellschaftlich kontrollierten Beurteilung notwendig – was angesichts der möglichen Risikodimension die Entscheidungsmöglichkeit einschließen muß, entsprechende Systeme nicht zu entwickeln bzw. nicht anzuwenden.

Ähnliche Probleme zeigen sich bei der technischen Auslegung automatisierter Anlagen. Anwendung von Automationsmitteln auf elektronischer Basis der Informationsverarbeitung erfolgt gerade mit dem Ziel, die Grenzen der Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten des Menschen bei der Steuerung technischer Prozesse (besonders hinsichtlich der Komplexität von zu verarbeitenden Informationen und der dafür erforderlichen hohen Geschwindigkeit) zu überwinden. Das macht jedoch die Modellierung der ablaufenden Prozesse bei möglichst umfassender Berücksichtigung aller relevanten gegebenen und denkbaren Randbedingungen notwendig. Die Leistungsfähigkeit von Automatisierungssystemen hängt erheblich davon ab, „wie exakt die Bedingungen für das Treffen einer speziellen Entscheidung vorherbestimmbar sind. Für viele technische Systeme ist dies aber nur unvollständig möglich – u. a. weil der Aufwand, der erforderlich ist, um zu den aktuellen Prozeßzuständen die erforderlichen Steuerungen der Prozeßparameter zu bestimmen, exponentiell mit der Komplexität der zu beherrschenden Systeme wächst.“⁷¹ Auch hochautomatisierte Systeme erfordern insofern immer menschlichen Eingriff in den Prozeß – insbesondere dann, wenn „Störfälle“ auftreten, Prozesse zusammenbrechen oder „überschießen“. Dies aber sind Situationen besonders hoher Belastung mit großer Wahrscheinlichkeit von Fehlreaktionen, zumal gerade auf den „nicht vorhersehbaren Fall“ reagiert werden muß. Der Mensch tritt also als „Wächter und Regulator“ einerseits aus dem technischen Steuerungsprozeß heraus, muß aber in besonders komplizierter Situation in ihn eingreifen. Das wirft die Frage nach einem in der Natur gängigen, in technischen Systemen und der Mensch-Maschine-Interaktion aber kaum realisierten Prinzip, der „Fehlerfreundlichkeit“, auf. Technische Systeme, die die fehlerfreie Bedienung verlangen, sollten besser nicht eingeschaltet werden.

Der Prozessor als „allgemeiner Agent“ faktisch universeller Anwendung

lagen in gleichem Maße angepaßt seien. Wie man Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975*, Reinbek 1983, entnehmen kann, eine absolute Irreführung, denn eine Sicherheitsforschung auf diesem Gebiet wurde in der Bundesrepublik erst seit Anfang der siebziger Jahre betrieben. Konzepte der „inhärenten Sicherheit“ – eine durch die physikalischen Parameter von kerntechnischen Anlagen mögliche Schadensbegrenzung – wurden von Anfang an ausgeschaltet. Das Risiko wurde nach dem Entsorgungsverfahren behandelt – ein nachträglich durch zusätzliche Einrichtungen zu beseitigendes Folgeprodukt. Vgl. ebd., S. 344 ff.

Zum Problem der neuen Dimension von Risiken vgl. Patrick Lagadec, *Das große Risiko. Technische Katastrophen und gesellschaftliche Verantwortung*, Nördlingen 1987.

71 Uwe Fiedler, Frank Baldeweg, *Technische Diagnostik in komplexen Anlagen*, in: *wissenschaft und fortschritt*, H. 2/1987, S. 40.

schneller, dezentraler, verknüpfbarer Informationsverarbeitungstechnologie eröffnet den Zugang zum menschlichen Umgang mit Prozessen großer Dynamik, Komplexität und Energie. Gerade die Komplexität solcher Prozesse und die neue Dimension möglicher Folgewirkungen sind zentrale Probleme für einen verantwortungsvollen, planvollen und an gesamtgesellschaftlichen (statt verselbständigten Einzel-)Interessen ausgerichteten Umgang mit ihnen. Dies sind neue und ungelöste Probleme für die Wissenschaft wie für die Arbeiterbewegung.

Das Schlüsselwort für rationelle Gestaltung und Kontrolle der Produktivkraftentwicklung heißt heute *Demokratisierung*. Die Sensibilität gegenüber den Problemen der modernen Produktivkraft- und Technikentwicklung ist in den zurückliegenden Jahren auch in der Arbeiterklasse außerordentlich gewachsen. Umweltprobleme, Informations- und Kommunikationstechnologien, Fragen der Herrschaft und Kontrolle, Furcht vor Ausweitung technokratischer Macht, Belastung durch technologische Intensivierung der Arbeit sind heute wichtige Themen im Bewußtsein der Lohnabhängigen, mit denen sie ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse nach Mitentscheidung und Mitbestimmung über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in Verbindung bringen. Dies sind Ansatzpunkte, um den Alternativkonzeptionen der Arbeiterbewegung für eine den Interessen der Lohnabhängigen entsprechende Produktivkraft- und Technikentwicklung Rückhalt und Unterstützung zu gewinnen.

Technischer Fortschritt – Umbruch im Weltbild?

Zur Diskussion über die Notwendigkeit „alternativer Weltbilder“

Alexander von Pechmann

1. Das „ganzheitliche Weltbild“ (Capra, Roszak, Jantsch) – 1.1 Die Kritik des „mechanistischen Paradigmas“ der Neuzeit – 1.2 Die Wirklichkeit als „dynamisches System“ – 1.3 Die Technik als „Medium des Systemaustausches“ – 1.3.1 System-disfunktionale... – 1.3.2 ...und systemfunktionale Technologien – 1.4 Das „biokybernetische Modell“ als Paradigma der Zukunft? – 1.4.1 „Technizistische Romantik“ – 1.4.2 Der Verlust humanistischer Grundlagen – 2. Das „Prinzip Verantwortung“ (Jonas, Spaemann) – 2.1 Die globale Dimension des technischen Fortschritts – 2.2 Jonas' Kritik traditioneller Orientierungsmuster – 2.3 Verantwortung als Prinzip einer „Notstandsethik“ – 2.4 Jonas' Grundlagen einer „Zukunftsethik“ – 2.4.1 Die „Heuristik der Furcht“ – 2.4.2 Überwindung des „anthropozentrischen Weltbildes“ – 3. Die marxistische Diskussion über das „neue Denken“ – 3.1 „Globalistik“ als neuer Wissenschaftstyp – 3.2 Auf dem Weg zur „Computergesellschaft“? – 3.3 Der Mensch als „Konstrukteur der Natur“

Die kultursoziologischen Untersuchungen haben sich bislang weitgehend mit den Veränderungen der Lebensweise sozialer Klassen oder mit dem stattfindenden „Wertewandel“ befaßt. Genauere Analysen über die Stabilität bzw. Veränderungen von *Weltbildern* hingegen stehen noch aus. Dies dürfte insbesondere daran liegen, daß solch globale Orientierungsrahmen und übergeordnete „Sinnstiftungsmuster“ nur schwer der sozialwissenschaftlichen Erhebung und Analyse zugänglich sind. Betrachtet man jedoch die häufig konstatierte Distanzierung weiter Kreise von den traditionellen Institutionen, die zunehmende Kritik an der „Expertokratie“ sowie das wachsende Interesse an „Esoterischem“ als vorläufige Indizien, so läßt sich mit einiger Sicherheit annehmen, daß auch die Verbindlichkeit der traditionellen Weltbilder, ihrer Deutungs- und Orientierungsmuster sowohl im Alltagsleben als auch in den Wissenschaften nachläßt, daß sie mit neuen Erfahrungen und Erkenntnissen angereichert und damit komplexer, aber auch zunehmend diffuser geworden sind.

Auch die noch undeutlich geliebten Begriffe, wie „*Postmoderne*“ oder „*Post-Histoire*“, die der kulturwissenschaftlichen Diskussion, besonders in Frankreich, entstammen, oder die der amerikanischen Soziologie entnommen, ebenso verschwommenen Begriffe einer zukünftigen „*post-*“ oder „*superindustriellen Informationsgesellschaft*“ spiegeln im Bereich der Sozialwissen-

schaften das Bedürfnis nach einem veränderten Gesellschafts- und Kulturverständnis wider und nehmen zum Teil, soweit sie nicht einfach nur Fortschreibungen der alten Paradigmen mittels semantischer Neuschöpfungen sind, das auf, was seither an „alternativen Weltbildern“ formuliert wurde.

Die Diskussion über „*alternative Weltbilder*“, die als in sich geschlossene und begründete Konzepte die traditionellen ablösen könnten, findet derzeit überwiegend in außerinstitutionellen und informellen Kreisen, in der „Unübersichtlichkeit“ der öffentlichen Meinung statt, so daß sich ein Urteil über ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit schwer bilden läßt. Im folgenden soll es mir vor allem darum gehen, die beiden derzeit öffentlichkeitswirksamsten Konzeptionen vorzustellen und zu diskutieren, die sich explizit als neue Antworten auf die Herausforderungen des technischen Fortschritts verstehen: das eine Konzept läßt sich unter dem Stichwort der „Ganzheitlichkeit“, das andere unter dem einer neu geforderten „Verantwortung“ zusammenfassen.

1. Das „ganzheitliche Weltbild“ (Capra, Roszak, Jantsch)

Das Konzept des „ganzheitlichen Weltbildes“ – mittlerweile zum attraktiven Schlagwort geronnen – verdankt seine Entstehung anfangs durchaus heterogenen Strömungen. Es ist einmal das Resultat vorwiegend US-amerikanischer Diskussionen, die in der Spätphase der Studentenbewegung über Fragen alternativer Lebensformen und religiös-ethischer Sinnstiftungen geführt wurden. Sie griffen dabei – an christlichen Traditionen vorbei – auf alte mystische Überlieferungen der ostasiatischen Kulturen zurück, in denen die Erfahrung der „Ganzheitlichkeit“, die Überwindung von individuellen und endlichen Bewußtseinsformen und die „Verschmelzung“ des menschlichen mit dem kosmischen Bewußtsein im Mittelpunkt der Ethik und Religion gestanden hatten. Eines der Ergebnisse dieser Diskussion war das Konzept der „*transpersonalen*“ bzw. „*humanistischen Psychologie*“, wie es Ende der 60er Jahre von den Psychologen Abraham Maslow, Ronald Laing, Stanislaw Grof und Carl Rogers erarbeitet wurde.¹ Im Unterschied dazu ging dieser Vorgang in der Bundesrepublik überwiegend von der Rezeption der zivilisationskritischen Arbeiten Ivan Illichs, E. F. Schumachers und – später – Rudolf Steiners aus, die jedoch auch auf diese Weise den Weg zu den östlich inspirierten „Ganzheitsmustern“ fanden.

Eine weitere Quelle dieses „neuen Denkens“ bildeten die naturwissenschaftlichen Forschungen über die dynamischen Prozesse materieller Systeme in den 60er und 70er Jahren. Die Ergebnisse über dissipative Strukturen in der Thermodynamik (Ilya Prigogine und Isabelle Stengers) und über die Autopoiesis lebendiger Strukturen (Francisco Varela, Manfred Eigen) führten zu

¹ Abraham Maslow, *Psychologie des Sein*, München 1973; Stanislaw Grof, *Topographie des Unbewußten*, Stuttgart 1978.

der These der evolutiven *Selbstorganisation der Materie*, in der sich der einheitliche und dynamische Charakter des Kosmos offenbaren würde.²

Der dritte Baustein schließlich war das Ergebnis der internen Diskussionen über die Grundlagen der *Systemtheorie* und der *Kybernetik*, die sich schon in den 60er Jahren den Fragen der Funktionsweise sich selbst steuernder Systeme zugewandt hatten, und die mit den Namen Norbert Wiener, Ludwig von Bertalanffy und Ervin Laszlo verbunden sind.³

Diese unterschiedliche Herkunft des „neuen Weltbildes“, das in den 80er Jahren vor allem durch die Veröffentlichungen von Gregory Bateson (*Ökologie des Geistes*, Frankfurt 1981; *Geist und Natur. Eine notwendige Einheit*, Frankfurt 1982), Fritjof Capra (*Wendzeit. Bausteine für ein neues Weltbild*, Bern 1982; *Das Tao der Physik. Die Konvergenz von westlicher Wissenschaft und östlicher Philosophie*, Bern 1983) und Marilyn Ferguson (*Die sanfte Verschwörung. Persönliche und gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns*, Basel 1982), in der Bundesrepublik u. a. von Frederic Vester (*Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter*, München 1984) und Erich Jantsch (*Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist*, München 1982) populär gemacht wurde, verleiht ihm, wie im folgenden noch gezeigt werden soll, durchaus schildernd, sowohl mystisch-romantische Züge, als auch eminent technokratische Aspekte.

1.1 Die Kritik des „mechanistischen Paradigmas“ der Neuzeit

Ausgangspunkt der Begründung der „neuen Sichtweise“, die vor allem von Fritjof Capra in seinem Buch „Wendzeit“ ausformuliert wurde, ist die These vom Zusammenbruch des vorherrschenden Rationalitätsparadigmas, das einseitig auf kausale und lineare Abläufe in der Natur und der Gesellschaft orientiert gewesen sei und damit den Systemcharakter der Wirklichkeit verfehlt habe. Dieses traditionelle Denk- und Wissenschaftsschema sei zutiefst im „europäischen“ Prozeß der Rationalisierung und Technisierung der Lebensbereiche verwurzelt und habe seine philosophische Begründung in der Anfangsphase durch den Franzosen René Descartes und die Engländer Isaac Newton und Francis Bacon gefunden. Von Descartes stamme das Prinzip der substantiellen Trennung von Geist und Materie, das dazu geführt habe, strikt zwischen dem denkenden Subjekt des Wissenschaftlers auf der einen und seinem als leblos-materiell aufgefaßten Objekt auf der anderen Seite zu unterscheiden; Newton habe mit seiner mechanischen Physik die Auffassung von der Welt als einer nach festen Gesetzen ablaufenden „Weltmaschine“ beigesteuert; und von Bacon schließlich stamme der folgenreiche Satz, daß „Wissen Macht“, daß die Erforschung der Natur ihrer (rücksichtslosen) Beherrschung

2 Ilya Prigogine / Isabelle Stengers, *Dialog mit der Natur. Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens*, München 1981; Manfred Eigen, *Das Spiel. Naturgesetze steuern den Zufall*, München 1975.

3 Ervin Laszlo, *Introduction to Systems Philosophy*, New York 1972.

durch den Menschen diene.⁴ Die enormen Erfolge der Wissenschaften auf dem Wege der technischen Beherrschung der außermenschlichen wie der menschlichen Natur gründeten also letztlich in einer Sichtweise, die Natur als aus komplizierten mechanischen Apparaturen bestehend aufzufassen, deren Wirkungs- und Funktionsweisen im einzelnen studiert und erkannt werden könnten. Das Leitbild der neuzeitlichen Industriegesellschaft sei der sich rational und diszipliniert verhaltende „*homo faber*“, der durch den zielgerichteten Einsatz von technischem Wissen die Natur zu seinen Zwecken umformt.

Dieses traditionelle, mit der Industrialisierung verbundene „*mechanistische Paradigma*“ stoße heute auf praktische und theoretische Grenzen. Die ursprünglich positiven bzw. unschädlichen Folgen dieses vorwiegend technisch-praktischen Verhaltens hätten sich längst in ihr Gegenteil verkehrt; es sei zu einem aggressiven Verhalten gegen die Natur und damit zu einer selbstmörderischen Handlungsweise der Menschen gegen sich selbst geworden. Diese Gefährlichkeit des gegenwärtigen Industrie- und Technologiesystems, dessen exemplarischer Ausdruck die atomare Technologie sei, korrespondiere mit der Ratlosigkeit der Wissenschaften angesichts der neuen weltweiten ökologischen, ökonomischen, sozialen und internationalen Probleme.

„Unser bisheriges Verständnis der Wirklichkeit“, so Frederic Vesters Schlußfolgerung, „reicht offenbar nicht aus, um die richtigen Entscheidungshilfen zu finden. Da ist einmal die mangelnde Erkenntnis der Zusammenhänge ..., daß wir uns zwar ausgiebig mit Einzelmechanismen und Einzelstrukturen befassen, aber praktisch nie mit Systemen. Die Realität, in der sich alles Leben abspielt, ist jedoch nicht das, als was sie uns die Schulen und Universitäten präsentieren: ein Sammelsurium von getrennten Einzelbereichen wie Agrarwirtschaft, Verkehrswesen, Chemie, Geographie, Betriebswirtschaft, Abfallbeseitigung und Bauwesen – alles schön geordnet nach Ressorts und Fachbereichen und damit zu Bruchstücken auseinandergerissen, sondern diese Realität ist ein vernetztes System, in dem es oft weniger auf jene Einzelbereiche ankommt als auf die Beziehung zwischen ihnen.“⁵

1.2 Die Wirklichkeit als „dynamisches System“

Die Alternative zu diesem „mechanistischen Weltbild“ und zu der analytischen und linearen Denkweise sei das Konzept der „Ganzheitlichkeit“ oder eben des *Systemcharakters* der Wirklichkeit. Das ganzheitliche Weltbild geht dabei erstens von der unauflösbaren strukturellen Einheit des Kosmos, von der nicht nur äußerlich-mechanischen Verknüpfung, sondern der inneren Verbundenheit der Teile im Ganzen, zweitens von der in sich dynamischen Struk-

4 Theodore Roszak, Der Verlust des Denkens. Über die Mythen des Computerzeitalters, München 1986, S. 170 f.: „Fast die gesamte moderne Wissenschaft wurde aus einem kleinen Bestand von metaphysischen, ja sogar ästhetischen Ideen wie den folgenden abgeleitet: Das Universum besteht aus Materie in Bewegung (Descartes), Die Natur wird von universellen Gesetzen regiert (Newton), Wissen ist Macht (Bacon).“

5 Frederic Vester, Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter, München 1984, S. 18 f.

tur der Materie und ihrer evolutionären Selbstorganisationsfähigkeit, und damit drittens auch von der substantiellen Einheit von Mensch und Natur aus. „Der Mensch“, formuliert Paul Feyerabend diese „neue Rolle des Menschen in der Welt“, „ist nicht mehr ein Fremdling im Universum, der sich durch zielloses Herumprobieren allmählich von Irrtümern befreit und eine renitente Natur durch Gewalt für seine Zwecke verändern muß, sondern er ist ein Teil dieser Natur, in Harmonie mit ihr, zur Erhaltung dieser Harmonie entstanden und verpflichtet“.⁶ Dieses neue Weltbild stehe damit konträr zu jenem traditionellen cartesianisch-newtonschen der Industriegesellschaft, das den Menschen als außerhalb des natürlichen Zusammenhangs stehend betrachtet habe.

1.3 Die Technik als „Medium des Systemaustausches“

Wichtig für unseren Zusammenhang ist dabei ein verändertes Verständnis der Technik, das sich aus diesem integrierenden Konzept ergibt. Die Technik wird hier nicht im Sinne eines verlängerten – produktiven oder destruktiven – Organs, nicht als Werkzeug der Umgestaltung der Natur durch den Menschen verstanden, sondern als ein bewußt eingesetztes Instrument, das die *Harmonie* und den *dynamischen Systemaustausch* des Menschen mit seiner Umwelt koordiniert. Der Begriff der Technik erfährt dabei eine Erweiterung insofern, als er nicht nur die materiellen Werkzeuge der Produktion umfaßt, sondern auch diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sich auf den psychischen und geistigen Bereich beziehen.⁷ In diesem Sinne gilt „Technik“ als der Inbegriff der Methoden, die Ganzheitlichkeit, den harmonischen Austausch zwischen den Systemteilen aufrechtzuerhalten, herzustellen und zu befördern, also alles das, was der Ökologie, oder – besser – der „Gesundheit“ in einem umfassenden Sinne dient.⁸

1.3.1 System-disfunktionale...

Von diesem integralen Technikbegriff aus werden die traditionellen Technologien einer Beurteilung und Kritik unterzogen. Negativ beurteilt werden dabei alle die „harten Technologien“, die eindimensional auf die Produktion von Gebrauchsgütern bezogen sind, ohne die Folgen und Wechselwirkungen solcher Produktionsprozesse im Gesamtsystem zu berücksichtigen. Dies betrifft die mechanische, vor allem metallverarbeitende, sowie die chemische Technologie aufgrund ihres hohen Energieein- und Umsatzes, sowie die che-

6 Paul Feyerabend, Vorwort in: Erich Jantsch, Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist, München 1982, S. 14.

7 In diesen Bereich gehören alle die psychischen und spirituellen Techniken, die vor allem Marilyn Ferguson in „Die sanfte Verschwörung“, a. a. O. beschrieben hat.

8 „Unter den Wissenschaften“, nennt F. Capra die Adressaten seiner Konzeption, „werde ich mich auf diejenigen konzentrieren, die sich mit der Gesundheit im weitesten ökologischen Sinne befassen: von der Biologie und medizinischen Wissenschaft zur Psychologie und Psychotherapie, Soziologie, Volkswirtschaft und Politischen Wissenschaft.“ (Fritjof Capra, Wendezeit, a. a. O., S. 48).

mische und pharmazeutische Industrie, die aufgrund der Dislozierung ihrer Produkte und Abfälle zu langfristigen Vergiftungen der Biosphäre und der Menschen führt; vor allem jedoch die Atomindustrie, die zugunsten der Energieversorgung dieses Industriesystems unverantwortbare Folgeschäden in Kauf nimmt. Diese Technologiestruktur sei nur verständlich aufgrund einer Denkstruktur, die „blind“ gegenüber dem Systemcharakter der Umwelt gewesen sei.

1.3.2 ... und systemfunktionale Technologien

Nicht die Technik als solche wird also abgelehnt – wie dies der überwiegende Standpunkt der „Protestbewegung“ war und ist –, sondern eine veraltete, eindimensional der Naturbeherrschung durch den Menschen dienende Technik; demgegenüber wird der Einsatz solcher „sanften Technologien“ ausdrücklich befürwortet, der die Harmonie und Dynamik des Systemaustauschs zwischen den Subsystemen Mensch und Umwelt aufrechterhält, und die entscheidend Anteil am Übergang in ein „neues Zeitalter“ haben sollen. Dies betrifft insbesondere die Zukunftstechnologien der Mikroelektronik und der Biotechnologie, da diese aufgrund ihrer energiearmen, aber informationsreichen Prozesse elegante und entwicklungsfähige Methoden darstellen, die sich zugleich dem Energie- und Informationsaustausch der Biosphäre eher einpassen; sowie der Solartechnologien, die die vorhandene Sonnenenergie effektiv und umweltverträglich nutzen sollen. Mit dieser Orientierung auf die neuen Technologien geht ergänzend die Kritik an den „heutigen ungesunden und verschwenderischen Produktions- und Konsumtionsstrukturen“⁹ einher und – daraus folgend – die Ausrichtung auf eine weitgehende Konsumeinschränkung zugunsten der Verwirklichung neuer geistig-kreativer Bedürfnisse.

Trotz dieser Option für die Zukunftstechnologien zu Ungunsten der materiellen Gebrauchsgüterproduktion wäre es verfehlt, in der „New-Age“-Bewegung vorwiegend einen neuen „spirituellen Asketismus“ von Computer- und Öko-Freaks zu sehen. Das entscheidende Kriterium ihrer Beurteilung der Technologie und Produktion ist nicht die Art der Technik (ob mechanisch, chemisch, biologisch oder mikroelektronisch) oder der Produkte als solche, sondern ihre Integrations- und Entwicklungsfähigkeit im Rahmen des allgemeinen ökologischen Systemaustauschs. So wird etwa der Einsatz der modernen mikroelektronischen Technologien dann abgelehnt, wenn er nur den Zweck verfolgt, bestehende Produktionsstrukturen zu rationalisieren, oder in Gestalt der „künstlichen Intelligenz“ geistige Kreativität verhindert. Ziel der Technik müsse die Steigerung der allgemein-biologischen sowie der sozialen und individuellen Entwicklungsfähigkeit sein. Darauf verweist Theodore Roszak, einer der Hauptkritiker des „alten Denkens“ in den USA: „Ich will aber nachdrücklich betonen, daß Informationen, selbst wenn sie mit Lichtgeschwindigkeit übermittelt werden, nicht mehr sind als jemals zuvor: einzelne kleine Tatsachenbündel, die manchmal nützlich, manchmal trivial sind, die

9 Fritjof Capra, *Wendezeit*, a. a. O., S. 453.

aber niemals die Substanz des Denkens sein können ... (denn) der Geist denkt in Ideen, nicht in Informationen ... Ein Überfluß an Informationen kann Ideen sogar verdrängen und den Geist mit sterilen, zusammenhanglosen Fakten derart verwirren, daß er sich am Ende in einem Wust an Fakten verliert.“¹⁰

Das Leitbild des „New-Age-Denkens“ ist also nicht mehr der „cartesische“, in Körper und Geist getrennt lebende, sondern der „ganzheitliche Mensch“, der in der Entwicklung seiner physischen und geistigen Bedürfnisse „den harmonischen Zusammenhängen, die wir in der Natur beobachten“,¹¹ Rechnung trägt und sich die dafür geeigneten Techniken schafft.

1.4 Das „biokybernetische Modell“ als Paradigma der Zukunft?

Abgesehen von manchen sektiererhaft erscheinenden Vorlieben des einen oder anderen Vertreters bietet diese Konzeption durchaus ernstzunehmende und interessante Aspekte. So entspricht die Orientierung an den „lebenden Systemen“ der modernen Biologie, die das „mechanistische Paradigma“ der Physik als Leitwissenschaft abzulösen habe, nicht nur der Notwendigkeit einer vertiefteren Einsicht in die komplexen und dialektischen Zusammenhänge der Naturprozesse und -systeme – und hilft damit, die schon von Engels kritisierte sogenannte „metaphysische Denkweise“¹² in den Wissenschaften abzulösen –, sondern sie entspricht auch den Anforderungen sowohl einer umweltverträglichen Produktion als auch denen der neuen Technologien, in deren Mittelpunkt zunehmend weniger monokausale und hochenergetische Umformungsprozesse, sondern informationsreiche katalytische Verarbeitungs- und Veredelungsvorgänge stehen, die eher den Abläufen in biotischen Systemen als rein mechanischen Prozessen ähneln. Darüberhinaus dürfte diese Ausrichtung an den Funktionsweisen von „biokybernetischen Systemen“ (Vester) neue, interessante und weiterführende Aufgabenstellungen auch für die Analyse und die Organisation von sozialen und politischen Systemen und „Vernetzungen“ bieten.

Die Kritik an dieser „neuen Sichtweise“ hat allerdings da einzusetzen, wo das „biokybernetische Modell“ in unzulässiger Weise verallgemeinert und unter dem Prinzip der „Ganzheitlichkeit“ zu einem universellen Weltverständnis erweitert wird. Zwei Aspekte möchte ich hier nur benennen, ohne die Auseinandersetzung hier hinreichend führen zu können.

10 Theodore Roszak, a. a. O., S. 134f. – vgl. auch Frederic Vesters Unterscheidung zwischen dem Digital- und dem Analogrechner; a. a. O., S. 109f.

11 Capra, Wendezeit, a. a. O., S. 12.

12 Friedrich Engels, Anti-Dühring: „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz dialektisch und nicht metaphysisch hergeht, daß sie sich nicht im ewigen Einerlei eines stets wiederholten Kreises bewegt, sondern eine wirkliche Geschichte durchmacht... Da aber die Naturforscher bis jetzt zu zählen sind, die dialektisch zu denken gelernt haben, so erklärt sich aus diesem Konflikt der entdeckten Resultate mit der hergebrachten Denkweise die grenzenlose Verwirrung, die jetzt in der theoretischen Naturwissenschaft herrscht und Lehrer wie Schüler, Schriftsteller wie Leser zur Verzweiflung bringt.“ (MEW 20, S. 22)

1.4.1 „Technizistische Romantik“

Die ausschließliche Bemessung menschlicher Handlungen nach ihrer Funktionalität im ökologischen Gesamtsystem führt letztlich erneut zu einem „Reduktionismus“, der mit der systemtheoretischen Betrachtungsweise gerade überwunden werden sollte. Das „ganzheitliche Weltbild“ bietet keine vernünftige Erklärung dafür, warum die Menschen sich faktisch nicht wie „Systemteile“, sondern im Gegenteil oft äußerst disfunktional verhalten. Die Ursache hierfür entweder im neuzeitlichen Industrialisierungsprozeß oder im sog. „Cartesianisch-Newtonschen Weltbild“ zu sehen, ist wenig überzeugend und bleibt nur an den Oberflächenphänomenen der Geschichtsentwicklung hängen. Es fehlt diesem Weltbild eine konsistente Gesellschafts- und Geschichtstheorie, die die Formen der gesellschaftlichen Praxis und ihrer Veränderungen zu verstehen erlaubt.

Die politische Konsequenz dieses Defizites ist entweder die mystisch-romantische Hoffnung der „New-Age-Vertreter“ auf eine – irgendwie kosmische – „Wendezeit“, auf eine „stille Revolution“ oder „sanfte Verschwörung“, die das gesellschaftliche Denken und die gesellschaftliche Praxis weltweit umkehren würde, wie sie von Fritjof Capra, Ronald Inglehart und Marilyn Ferguson eher beschworen als begründet werden. Oder aber die politische Konsequenz ist, Einfluß auf die politischen und ökonomischen Eliten zu nehmen, um quasi durch eine „Revolution von oben“ öko-funktionales Verhalten in der Gesellschaft technokratisch durchzusetzen, wie dies insbesondere von Erich Jantsch oder auch von Frederic Vester betrieben wird.

Diese „*Doppelgestalt der technizistischen Romantik*“ ist auch bei Vertretern der „Grünen“ zu erkennen. So hebt etwa E. Becker in seiner Auseinandersetzung mit Manon Maren-Grisebachs „Philosophie der Grünen“ hervor, daß ihre Argumentationsstruktur „einerseits für ein ganzheitliches, lebensphilosophisches und manchmal auch existentialistisch eingefärbtes Denken (steht); andererseits erschließt sie die Vernetzungswissenschaft und das Bild der selbstregulierten biokybernetischen Weltmaschine. Die Chiffre (Ökologie) überdeckt die Doppelgestalt der technizistischen Romantik“.¹³ Das „neue Denken“ steht so in Gefahr, seine gesellschaftstheoretischen Defizite durch dogmatische Berufungen auf das Gefühl einer Wende, auf die innere Erfahrung der Umkehr oder – technokratisch – auf „Sachnotwendigkeiten“ zu kompensieren.

1.4.2 Der Verlust humanistischer Grundlagen

Die Übertragung des aus biologischen Abläufen gewonnenen „biokybernetischen Modells“ auf die Materie und den Kosmos als Ganzen hat letztlich, auch entgegen der eigenen Absicht, antihumanistische Konsequenzen. Wird

13 E. Becker, Natur als Politik?, in: Thomas Kluge (Hg.), Grüne Politik. Der Stand der Auseinandersetzung, Frankfurt/M. 1984, S. 121. Vgl. auch zur philosophischen Kritik der „Grünen“: Hans Mittermüller, Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung – Zur Konzeption einer „ökologischen Philosophie“, Frankfurt/Main 1987, S. 131–168.

nämlich das ganze Universum als eine Art sich selbst organisierendes „Lebewesen“ aufgefaßt, dem die biologischen Eigenschaften der Autopoiesis und Evolution zukommen, so wird die menschliche Gattung innerhalb dieses kosmischen Gesamtorganismus zu einem „Subsystem“ degradiert, dessen Funktionalität oder Disfunktionalität für das Ganze sich der menschlichen Erkenntnisfähigkeit entzieht. Erich Jantschs fatalistische Schlußfolgerungen dieser allgemeinen Systembetrachtung entbehren deshalb nicht der inneren Logik: „Dieses Gefühl des Eingebettetseins in eine universale, zusammenhängende Dynamik sollte uns nicht nur die Furcht vor dem eigenen biologischen Tod nehmen, sondern auch jene Furcht, die das ‚Überleben der Gattung‘ als höchsten Wert verteidigt. In der Selbsttranszendenz können wir nicht nur über uns selbst als Individuen, sondern auch über die Menschheit hinausgehen. Die Faszination, die die Evolution der Menschheit ausübt, verblaßt gegenüber der Faszination einer universalen Evolution, deren integraler Aspekt wir selbst sind“ (oder eben auch nicht).¹⁴

Die ursprüngliche Intention, das Überleben der menschlichen Gattung angesichts der möglichen Katastrophen und der neuen technischen Möglichkeiten durch ein Konzept der ganzheitlich-dynamischen Weltsicht zu gewährleisten, verkehrt sich zur fatalistischen Hinnahme eines möglichen Endes der menschlichen Gattung, dem dann auch noch ein religiös-mystischer „Sinn“ zuerkannt wird.

2. Das „Prinzip Verantwortung“ (Jonas, Spaemann)

Was dem „ganzheitlichen Weltbild“ fehlt, nämlich eine fundierte Begründung dafür, warum eigentlich die Menschheit angesichts möglicher Katastrophen als Gattung überleben solle, und wie dies geschehen könne, steht im Zentrum des Versuchs einer ethischen Neubegründung des Verhältnisses Mensch – Natur, das mit dem „Prinzip Verantwortung“ verbunden ist.

Anders als das ganzheitliche ist dieses Konzept nicht mit der Protest- und Ökologiebewegung verbunden, sondern entstammt Teilen des konservativen Bürgertums, die angesichts des Atomprogramms der Bundesregierung, der Bedrohung Mitteleuropas durch einen möglichen Nuklearkrieg sowie der Erweiterung der technischen Möglichkeiten vor allem im Bereich der Gentechnologie seit den 70er Jahren in Distanz zur dominierenden Wissenschaftspraxis und zum vorherrschenden Technikverständnis gegangen sind und nach Grundsätzen einer neuen politischen Ethik suchen. Initiator des Konzepts, das bislang vor allem in die kirchlichen Institutionen, aber auch in die bürgerlichen Parteien und in die SPD gewirkt hat, ist der in die USA emigrierte Philosoph Hans Jonas.

14 Erich Jantsch, *Die Selbstorganisation der Materie*, a. a. O., S. 414.

2.1 Die globale Dimension des technischen Fortschritts

Als Begründung für seine neue „politische Ethik“ geht Jonas von der These aus, daß der technischen Entwicklung heute eine „innere Dynamik“ „eingebaut“ sei, die gestoppt werden müsse, um vorherseh- und vorhersagbare Katastrophen zu verhindern. Ursprünglich, so Jonas, sei die Technik in den Zusammenhang menschlicher Zwecke einbezogen gewesen, diene sie sowohl in Form technischer Kenntnisse und Fertigkeiten als auch in Gestalt von Werkzeugen dem Handwerker als „Machtmittel“ zur Beherrschung der äußeren Natur. Dieses Verhältnis habe sich geändert; die Technik sei zu einer *verselbständigten Macht* geworden, in der jeder technische Fortschritt den nächsten „automatisch“ mit sich bringe: „Mit jedem Schritt (= ‚Fortschritt‘) der Großtechnik setzen wir uns schon unter den Zwang zum nächsten und vermachen denselben Zwang der Nachwelt.“¹⁵ Das kumulative Wachstum dieser entfesselten Technik aber habe zu bislang unbekanntem Eingriffsmöglichkeiten in Raum und Zeit geführt; es habe Verhältnisse geschaffen, die zum ersten globalen Dimensionen angenommen haben und nicht mehr regional steuer- und verantwortbar sind, in denen zum zweiten heutige Handlungen und Entscheidungen weit in die Zukunft reichen und u. U. irreversible Folgen für die künftigen Generationen haben, und in denen schließlich die Vernichtung der Menschheit und ihrer Umwelt zur realen Möglichkeit geworden ist. „Der springende Punkt hier ist“, faßt Jonas die neue Situation zusammen, „daß das Eindringen ferner, zukünftiger und globaler Dimensionen in unsere alltäglichen, weltlich-praktischen Entscheidungen ein ethisches Novum ist, das die Technik uns aufgeladen hat“.¹⁶

2.2 Jonas' Kritik traditioneller Orientierungsmuster

Angesichts dieser neuen Dimensionen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, so Jonas, versagen die herkömmlichen Orientierungsmuster. Alle traditionellen bürgerlichen Ethiken – so verschieden sie auch inhaltlich waren – gingen stillschweigend davon aus, daß bei allen menschlichen Aktivitäten die Existenz der Menschheit und der Biosphäre insgesamt unversehrt bleibe, daß also die Reichweite der Handlungen räumlich und zeitlich eng begrenzt sei. Gerade diese Voraussetzung aber gelte heute nicht mehr. Der Träger der relevanten Handlungen und damit das moralische Subjekt der Zurechenbarkeit sei nicht mehr ein Individuum, sondern sei das *Kollektiv* geworden. „Nicht ihr oder ich: es ist der kollektive Täter und die kollektive Tat, nicht der individuelle Täter und die individuelle Tat, die hier eine Rolle spielen; und es ist die unbestimmte Zukunft vielmehr als der zeitgenössische Raum der Handlung, die den relevanten Horizont der Verantwortung abgibt.“¹⁷

Jonas räumt ein, daß diese Kritik am Ungenügen des bürgerlichen Indivi-

15 Hans Jonas, Technik, Ethik und Biogenetische Kunst. Betrachtungen zur neuen Schöpferrolle des Menschen, in: Rainer Flöhl, Genforschung – Flucht oder Segen?, München 1985, S. 7.

16 Ebd., S. 3.

17 Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/M. 1982, S. 32.

dualismus in bestimmtem Maße mit der marxistischen Theorie übereinstimmt, die ebenfalls vom gesellschaftlichen Kollektiv als Handlungssubjekt ausgeht und eine Individualethik auch als ungenügend erachtet. Allerdings sieht er im Marxismus den entscheidenden – und für die gegenwärtige Situation mitverantwortlichen – ‚Fehler‘ darin, daß dieser nicht nur die weitere Entfaltung der Produktivkräfte befürworte, sondern daß er diese auch noch mit der Zukunftsvision einer besseren und gerechteren klassenlosen Gesellschaft verbinde, ja daß der Marxismus die Erweiterung der menschlichen Handlungsmöglichkeiten durch die Technik zur Voraussetzung der menschlichen Freiheit mache. Die soziale Revolution sei im Marxismus daraufhin angelegt, die Produktivkräfte erst von ihren Fesseln zu befreien, statt sie ihnen anzulegen. Aufgrund seines „Kults der Technik“ sowie seiner Utopie des befreiten „eigentlichen Menschen“ in der kommunistischen Gesellschaft sei der Marxismus als Orientierungsmuster kollektiven Handelns unfähig, dem „galoppierenden Vorwärts“¹⁸ der Technik die notwendig gewordenen Zügel anzulegen.

2.3 Verantwortung als Prinzip einer „Notstandsethik“

Jonas' Antwort auf diese ungebremschte Dynamik der Technikentwicklung ist – jenseits des marxistischen „Prinzips Hoffnung“ – die *Verantwortung* als Grundbegriff einer neuen politischen Ethik. Diese „Ethik der technologischen Zivilisation“ könne nur eine „Notstandsethik“ sein, die aus eben der Verantwortung entstamme, die Existenz und das Überleben der Menschheit zu sichern. Auf der Suche nach derjenigen politischen Macht und Organisationsstruktur, die in der Lage wäre, die entfesselte Technik wieder unter Kontrolle zu bringen, orientiert sich Jonas am Modell eines Kommunismus, der jedoch nicht der der Freiheit, sondern der der bitteren Not sein werde: „Da aber die ‚freie Wirtschaft‘ der westlichen Industriegesellschaften gerade der Herd der Dynamik ist, die der Todesgefahr zutreibt, so richtet sich der Blick natürlicherweise auf die Alternative des Kommunismus“¹⁹; aber nur, „wenn er seine Rolle vom Bringer des Heils zum Abwender des Unheils umdeutet, also mit Verzicht auf ... die Utopie“.²⁰

2.4 Jonas' Grundlagen einer „Zukunftsethik“

Den Inhalt seiner neuen – in der Tradition des „Fürstenspiegels“ deutlich an die politischen Eliten gerichteten – Ethik der Verantwortung versucht Jonas am Beispiel der *Eltern-Kind-Beziehung*, dem „Archetyp aller Verantwortung“²¹ zu erläutern. Die in diesem „nicht-reziproken Verhältnis“ zwischen Eltern und Kindern enthaltene Machtstruktur sei dergestalt, daß hier die Eltern gerade aufgrund ihrer – den Kindern überlegenen – Macht dazu verpflichtet seien, diese zum Schutz und zur Zukunftsvorsorge für ihre eigene

18 Ebd., S. 388.

19 Ebd., S. 254.

20 Ebd., S. 259.

21 Ebd., S. 189.

Nachkommenschaft einzusetzen. Auf die Ebene der Gesellschaft übertragen bedeutet dies, daß die heutige Generation aufgrund der der Menschheit als Ganzer durch die moderne Technologie zugewachsenen Macht und Verfügungsgewalt über die künftigen Generationen verpflichtet sei, diese Macht zu deren Schutz einzusetzen. Eine solche Verpflichtung heutiger Politik gegenüber der Zukunft sei nicht ohne den „*kategorischen Imperativ*“ zu denken, daß die Menschheit auch in Zukunft existieren müsse; und diese Forderung zwingen schon heute dazu, sich konkretere Vorstellungen über die zumutbaren Lebensbedingungen der künftigen Generationen zu machen, die durch die gegenwärtigen Technologien determiniert werden.

2.4.1 Die „Heuristik der Furcht“

Wegweiser zur Ausfüllung und zur Anwendung des „Prinzips Verantwortung“ ist für Jonas die sog. „*Heuristik der Furcht*“. Diese bemesse die Technologien und Handlungsmöglichkeiten nicht weiterhin an einer positiven Zielvorstellung, sondern im Gegenteil an ihren möglichen negativen, ‚fürchterlichen‘ Konsequenzen. Erst diese Orientierung erlaube es, sich des Unverzichtbaren und Erhaltenswerten bewußt zu werden. „Was wir *nicht* wollen, wissen wir viel eher als was wir wollen. Darum muß die Moralphilosophie unser Fürchten vor unserem Wünschen konsultieren, um zu ermitteln, was wir wirklich schätzen.“²²

Auf Grundlage dieser „Heuristik der Furcht“ seien die einzelnen Technologien in Hinblick auf ihren Eingriff in die Zukunft zu beurteilen. So lehnt etwa Robert Spaemann in Übereinstimmung mit Jonas die friedliche Nutzung der *Atomenergie* ab mit dem Argument, daß die Folgen einer – heute wirtschafts- und sozialpolitisch durchaus gut begründbaren – Atomwirtschaft den künftigen, noch nicht lebenden Generationen nicht zuzumuten seien.²³ Und für diejenigen, die in dieser Nutzung der Kernspaltung aufgrund ihrer möglichen Gefahren einen „Angriff auf die Integrität des menschlichen Lebens“²⁴ sehen, stelle sich gar die Loyalitätsfrage in bezug auf die staatliche Politik.

Noch deutlicher aber stelle sich dieser Konflikt im Bereich der *humangenetischen Technologien* dar. Die Abwägung zwischen den wissenschafts- und forschungsimmanenten, den medizinischen und vielleicht auch eugenischen Gründen eines Eingriffs in die genetische Ausstattung des Menschen einerseits und der Moralität des Eingriffs in dessen genetische Identität andererseits gelinge nicht ohne eine solche „Heuristik der Furcht“, die auch das Er-

22 Ebd., S. 64.

23 „Um in den nächsten 30 Jahren nicht unseren Konsum einschränken oder unser Gesellschaftssystem modifizieren zu müssen, unterwerfen wir für Jahrtausende die kommenden Generationen dem Zwang, ihr Gesellschaftssystem so zu gestalten, daß es die von uns geschaffenen neuen Gefahrenquellen unter Kontrolle zu halten vermag. Diese Zumutung kann auf keine Weise gerechtfertigt werden.“ (Robert Spaemann, *Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik*, in: Dieter Birnbacher [Hg.], *Ökologie und Ethik*, Stuttgart 1980, S. 201).

24 Ebd., S. 203.

schauern vor solchen Handlungen zu spüren lerne, „bei dem so uralte vergessene Begriffe wie ‚Frevel‘ und ‚Greuel‘ sich regen“.²⁵

2.4.2 Überwindung des „anthropozentrischen Weltbildes“

Hier – am Problem der Humangenetik – wird spätestens deutlich, daß dieses neue ethische Prinzip der Verantwortung für die Unversehrtheit der menschlichen Gattung letztlich auf ein neues Weltbild verweist. Ein Weltbild, das nicht mehr das anthropozentrische der Neuzeit ist, in dem der Mensch im Mittelpunkt gestanden habe, und „das *menschliche* Gut (es war), das gefördert werden sollte“,²⁶ sondern das den Menschen als Naturwesen eingebunden sieht in einen übergeordneten *Zusammenhang alles Biologischen*, den die jeweils lebende Generation zu erhalten habe.²⁷ „Nur wenn der Mensch heute die anthropozentrische Perspektive überschreitet und den Reichtum des Lebendigen als einen Wert an sich zu respektieren lernt“, faßt Robert Spaemann diese Position zusammen, „nur in einem wie immer begründeten religiösen Verhältnis zur Natur wird er imstande sein, auf lange Sicht die Basis für eine menschenwürdige Existenz des Menschen zu sichern. Der anthropologische Funktionalismus zerstört am Ende den Menschen selbst.“²⁸

Die neu entstandene Verantwortung gegenüber der Integrität der künftig Lebenden und damit der menschlichen Gattung *zwingt* also die jetzt Lebenden, den Menschen nicht als eigenes Wesen, sondern als Glied in einem umgreifenden organischen Ganzen zu sehen. Dabei ist klar ausgesprochen, daß dieser Zwang schließlich nur mit den diktatorischen Mitteln einer politischen Technik- und damit allerdings auch Bedürfnisbegrenzung zu realisieren ist.

Trotz dieser Flucht in die „Tyrannis“, die Jonas als das letzte Mittel sieht, das „Unheil“ der Menschheit zu verhindern, und die auf einem äußerst undifferenzierten Verständnis der Technik und deren Möglichkeiten zur Überwindung der sozialen und ökologischen Probleme beruht, ist dennoch insbesondere sein Hinweis auf die kollektive Verantwortung der Menschheit, sowie deren Begründung durch die weitreichende Bedeutung heutiger Entscheidungen für künftige Generationen auch für Marxisten ein ernstzunehmender Faktor der sozialen Ethik.

3. Die marxistische Diskussion über das „neue Denken“

Selten in der Geschichte des Marxismus ist seine Theorie so unterschiedlichen Beurteilungen ausgesetzt gewesen wie heute: während sie für viele

25 Hans Jonas, Technik, Ethik und Biogenetische Kunst, a. a. O., S. 15.

26 Ebd., S. 3.

27 „Gegenstand menschlicher Pflicht waren Menschen, äußerstenfalls: die Menschheit, und sonst nichts auf dieser Erde ... Aber jetzt beansprucht die ganze Biosphäre des Planeten mit all ihrer Fülle von Arten, in ihrer neu enthüllten Verletzlichkeit gegenüber den exzessiven Eingriffen des Menschen, ihren Anteil an der Achtung, die allem gebührt, das seinen Zweck in sich selbst trägt – d. h. allem Lebendigen“ (Hans Jonas, ebd., S. 4).

28 Robert Spaemann, a. a. O., S. 198.

Nicht-Marxisten noch immer als Prototyp eines traditionellen, sterilen, ja gefährlich gewordenen „Fortschrittsdenkens“ gilt, führen die Marxisten selbst auf der einen Seite den Nachweis, daß das vermeintlich Neue des „neuen Denkens“ schon von den Klassikern des Marxismus formuliert worden ist,²⁹ und fordern doch gleichzeitig zum „Umdenken“ auf, zu einem, den Gegenwartsproblemen angemessenen, „neuen Denken“.

Eine der Ursachen für diese Differenz zwischen der Fremd- und der Eigenbeurteilung des Marxismus ist nicht zuletzt die gegenwärtige Phase einer Selbstkritik an den Erstarrungstendenzen der Vergangenheit: „Wir sowjetischen Philosophen“, beschreibt Teodor I. Oiserman diesen Vorgang, „haben mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft nicht Schritt gehalten, nicht gesehen, daß das Leben selbst ein neues Herangehen an die Analyse des sozialen Fortschritts, an die Erforschung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, des Wesens des sozialistischen Eigentums usw. erfordert. Alle diese Fragen schienen uns von den Begründern des Marxismus ein für allemal gelöst. Wir haben sie wie elementare Wahrheiten behandelt, die keiner weiteren theoretischen Entwicklung und keinerlei Veränderung unterliegen. Dabei bleiben vom Standpunkt des dialektischen Materialismus alle – sogar die abstraktesten – Kategorien nicht unveränderlich: Sie erlangen im Verlaufe der historischen Entwicklung einen neuen Inhalt.“³⁰

In der Tat hat die marxistisch-leninistische Forschung auf die neuen Probleme der Technikentwicklung, die neuen Ansprüche einer ökologisch orientierten Produktion, auf die Bedürfnisse einer „ganzheitlichen Lebensweise“ und die Herausforderungen einer neu entstandenen Verantwortung gegenüber der Menschheit spät reagiert und allzulange alte Antworten auf neue Fragen gegeben. Diese mangelnde Sensibilität und Offenheit mußte denn auch ihrem eigenen Urteil zufolge mit einem Attraktivitätsschwund des Marxismus in den kapitalistischen Ländern Westeuropas seit den 70er Jahren sowie mit Stagnationserscheinungen in den sozialistischen Ländern bezahlt werden.

Einer der Gründe für diese Mißachtung war eine im Marxismus vorherrschende Tendenz zum „*politisch-ökonomischen Reduktionismus*“, der die positive Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der sozialistischen Produktionsverhältnisse als einen quasi automatischen Prozeß verstanden hat. So berechtigt diese Sicht während der Aufbauphase der sozialistischen Ökonomie auch war, so führte sie in den 70er Jahren dazu, den ernstzunehmenden Berechnungen über die globalen Nahrungsmittel, Ressourcen- und Umweltpro-

29 So stimmt Marxens Diktum, die Gesellschaften seien nicht Eigentümer, sondern Nutznießer der Erde, die sie als „boni patres familias“ (MEW 25, S. 784) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen haben, bis in die Wortwahl mit Jonas' Ethik der Verantwortung überein; und für Friedrich Engels galt die „Dialektik“ als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ (MEW 20, S. 307) der Dinge. Vgl. dazu A. v. Pechmann, Der Aufbruch in den Sonnenstaat – zu Fritjof Capras Kultbuch „Wendezeit“, in: Demokratische Erziehung 7-8, Köln 1984, S. 52 ff.

30 Theodor I. Oiserman, Aktuelle Probleme der philosophischen und soziologischen Forschung in der Sowjetunion, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/1987, S. 6.

bleme zunächst mit einer Art „hypothetischem Optimismus“³¹ zu begegnen, der die Lösung der neuen Fragen *allein* von den Gesellschaftsverhältnissen abhängig machte, und brachte die Haltung mit sich, die Stagnationserscheinungen im Sozialismus allzulang zu verdrängen.

3.1 „Globalistik“ als neuer Wissenschaftstyp

Dieser Reduktionismus wurde – spät, wie 1983 auf dem Allunionssymposium der UdSSR zu diesen Fragen selbstkritisch eingeräumt wurde – Anfang der 80er Jahre mit dem Konzept der „globalen Probleme“³² überwunden. An die Stelle naiv-optimistischer Zukunftsvisionen traten jetzt die „akuten Gegenwartsprobleme“ (I. Frolow), die gelöst werden müssen, um den Bestand und die Fortentwicklung der Menschheit zu sichern. Diese „globalen Probleme“, so die Studien, haben zwar ihre hauptsächliche Ursache im Bestehen des zunehmend labileren kapitalistischen Weltsystems und finden ihre endgültige Lösung nur auf der Basis des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab; sie entstammen aber auch „- innerhalb des damit gesetzten Rahmens – wissenschaftlich-technischen Entwicklungssprüngen“³³ und haben unter ihrem Einfluß globalen, systemübergreifenden Charakter angenommen. Die Bedrohung der Menschheit durch einen thermo-nuklearen Weltkrieg und die weltweite Aufrüstung, die Probleme der Unterentwicklung vor allem in der 3. Welt (Bevölkerungswachstum, Ernährung, Analphabetismus), sowie die globalen Fragen der Ressourcenbeschaffung und des Umweltschutzes sind Aufgaben, die nur von der Menschheit insgesamt gelöst werden können.³⁴

Seither hat sich in den sozialistischen Ländern unter dem Namen „Globalistik“ ein neuer Wissenschaftsansatz herausgebildet, der sich die Integration der verschiedenartigen Problemfelder, die Untersuchung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den internationalen, technologischen, ökonomischen und ökologischen Prozessen, als Aufgabe gestellt hat.³⁵ Die praktisch-politische Folge dieses Konzepts ist die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit; „Herzstück“ dieser Strategie, so Iwan Frolow, ist die

31 Hermann Bömer, Marxistische Autoren über globale Probleme, in: Dialektik 9, Köln 1984, S. 169.

32 W. Sagladin / I. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin 1982; M. Maximowa, Globale Probleme und Völkerfrieden, Moskau 1982.

33 Hellmuth Lange, Globale Probleme und Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/Main 1983, S. 434.

34 Vgl. dazu aus der neueren marxistischen Literatur der BRD, die zur Überwindung der theoretischen Defizite beigetragen hat: Edgar Gärtner, Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt / M. 1979; Hans Heinz Holz, Grundsätzliches zu Naturverhältnis und ökologischer Krise, in: IMSF (Hg.), „... einen großen Hebel der Geschichte“, Marxistische Studien, Sonderband I zum 100. Todestag von Karl Marx, Frankfurt/Main 1982, S. 155–171; ders., Historischer Materialismus und ökologische Krise, in: Dialektik 9, Köln 1984, S. 37; ders., Menschheit, Natur und gesellschaftlicher Fortschritt. Überlegungen zu Gegenwart und Zukunft, Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 9, II, Frankfurt/Main 1985, S. 46–60; Robert Steigerwald, Protestbewegung. Streitfragen und Gemeinsamkeiten, Frankfurt/Main 1982, S. 107–119.

35 Siehe Günter Klimaszewsky, Globale Probleme – ein internationales und interdisziplinäres Forschungsvorhaben, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/84, S. 70ff.

„Vereinigung der Anstrengungen der ganzen Menschheit bei der Lösung der globalen Probleme“³⁶ auf der Grundlage der Koexistenz und des Wettbewerbs von Sozialismus und Kapitalismus.

3.2 Auf dem Weg zur „Computergesellschaft“?

Über diese Fragen der globalen Verantwortung für den Erhalt der Menschheit hinaus sind in den letzten Jahren weitere, aus der wissenschaftlich-technischen Revolution selbst hervorgehende, Probleme entstanden, die an die marxistische Theorie neue Anforderungen stellen. Sie betreffen zum einen die zukünftige Stellung des Subjekts Mensch zur Computertechnologie, zum anderen die sich durch die Gentechnik wandelnde Beziehung des Menschen zur natürlichen Evolution.

Die Informationstechnologie ersetzt durch die Übernahme von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktionen nicht nur in vielen Bereichen die menschliche Arbeitskraft, sondern auch weitere Tätigkeiten, die traditionell der menschlichen Intelligenz zugesprochen wurden. Neben die computergestützten und -integrierten Planungs- und Produktionsverfahren werden in Zukunft vermehrt sog. „*Expertensysteme*“ treten, die die wissenschaftlichen Tätigkeiten der Beratung, Analyse, Diagnose und Prognose formalisieren und übernehmen werden. Dieser Trend wird sich im Zuge der Entwicklung der „5. Computer-Generation“ fortsetzen und verstärken.³⁷ Mit dieser Fortentwicklung von „Denkzeugen“ sind neue Fragestellungen über das Wesen der menschlichen Intelligenz entstanden, die auch unter marxistischen Technik- und Sozialwissenschaftlern und Philosophen kontroverse Diskussionen ausgelöst haben. So vertritt z. B. der DDR-Wissenschaftler K. Römer die Ansicht, daß es zwischen den Tätigkeiten der menschlichen Intelligenz und den logischen Operationen künstlicher Informationsverarbeitungssystemen *keinen qualitativen, zeitlos gültigen Unterschied* geben könne. „Mit der Schaffung einer anderen Art von Intelligenz, deren meßbare Leistungen die des menschlichen Gehirns übertreffen, wird der Beweis dafür geliefert, daß höhere Intelligenz prinzipiell in verschiedenen Varianten möglich und wissenschaftlich erklärbar ist.“³⁸

Dieser Auffassung steht die, u. a. vom sowjetischen Sozialphilosophen G. L. Smoljan vorgetragene These entgegen, daß zwischen den elektronischen Pro-

36 Iwan Frolow, Die Konzeption der globalen Probleme, in: Dialektik 9, Köln 1984, S. 53.

37 Siehe G. L. Simons, Die Fünfte Computer-Generation. Konzepte und Wege, München 1986.

38 Siehe Herbert Meyer, Computer und Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/1985, S. 748. Vgl. auch Georg Klaus/Manfred Buhr (Hg.), Philosophisches Wörterbuch, Stichwort: Intelligenz, Leipzig 1975, S. 579 f: „Der Versuch, ... einen prinzipiellen Unterschied zwischen dem intelligenten Verhalten des Menschen und den Leistungen elektronischer Rechenmaschinen zu machen, hält der Kritik nicht stand. Es läßt sich zeigen, daß jede der angeführten Komponenten der Intelligenz grundsätzlich maschinell imitiert werden kann... Es besteht kein vernünftiger Grund, anzunehmen, daß Maschinen der Zukunft nicht in der Lage sein sollten, die höchsten menschlichen Denkleistungen zu vollbringen und zu übertreffen.“ Siehe ferner: Gero von Randow (Hg.), Das andere Computerbuch, Dortmund 1985, S. 67.

zessen des Computers und den geistigen Aktivitäten des menschlichen Gehirns eine *wesentliche Differenz* besteht: „Denken, Vernunft, Intelligenz, Kreativität, also die höheren Ebenen der psychischen Aktivität, sind das Produkt menschlicher Tätigkeit, die zwar auch biologisch, in erster Linie aber sozial determiniert ist. Die logischen Fähigkeiten des Computers dagegen, wie entwickelt sie auch sein mögen, sind immer das Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, der spezialisierten Ingenieurstätigkeit der Menschen.“³⁹

Als Versuch, beide Standpunkte zu vermitteln, vertritt schließlich der sowjetische Soziologe Igor Bestushew-Lada die Position, daß die Übernahme bisheriger Denktätigkeiten des Menschen durch den Computer die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit freisetze, neue höhere, *kreative Formen* menschlicher Intelligenzleistungen zu entwickeln.⁴⁰

Diese Diskussion über das Verhältnis von menschlicher und künstlicher Intelligenz dürfte sich in dem Maße noch verstärken, in dem durch neue „Wissens- und Expertensysteme“ traditionelle Wissenschaftsleistungen des Menschen „entwertet“ werden. Auf der theoretischen Ebene wird dies zur Präzisierung des Begriffs „Intelligenz“, und auf der praktischen Ebene zur Konkretisierung dessen führen, was Bestushew-Lada emphatisch die Bereitstellung eines „uneingeschränkten Spielraums für begeistertes Schaffen“⁴¹ genannt hat. Dabei wird es für Marxisten darauf ankommen, die Schnittstelle zwischen „*Effektivität und Humanität*“,⁴² zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte durch die neue Informationstechnologie und der Entfaltung des Gestaltungs- und Freiraums der menschlichen Persönlichkeit, zu finden und die Konsequenzen für den Qualifikations- und Bildungsbereich sowie für die Organisationsstruktur von Produktion und Reproduktion in der künftigen „computerisierten Gesellschaft“ zu erkennen. Bei diesen Entwicklungen wird die Warnung zu beherzigen sein: „Gefordert sind Einsichten in die neuen Möglichkeiten der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und in die Fähigkeit, diese in einer Welt, in der die Roboter den Menschen mehr und mehr aus der unmittelbaren Teilnahme an der Produktion ‚verdrängen‘, so zu realisieren, daß die menschliche Existenz in dieser Welt nicht ihren Sinn verliert.“⁴³

39 G. L. Smoljan, Sozialphilosophische Probleme der Computerisierung, in: Marxistische Blätter 5/1985, S. 42.

40 „Soll sich der Mensch gekränkt fühlen, wenn er die potentielle Überlegenheit des Computers über sein heutiges Denkvermögen sieht? Unseres Erachtens sollte er das nicht tun. Er sollte daraus vielmehr die nötigen Konsequenzen ziehen und sein Denkvermögen weit über das heutige Niveau hinaus entwickeln, um wieder Herr der Lage zu sein, der für den Computer die Programme aufstellt.“ (Igor Bestushew-Lada, Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft, Freiburg 1984, S. 109).

41 Ebd., S. 114.

42 G. Banse / H. Hörz, Wissenschaftliche Revolution – Schöpfertum – Verantwortung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8-9/1984, S. 787.

43 I. Frolow / Galina Belkina, Kulturelle Aspekte der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/1985, S. 707.

3.3 Der Mensch als „Konstrukteur der Natur“

Das zweite Problemfeld ist durch die Entwicklung der modernen gentechnischen Verfahren und damit durch die neue Fähigkeit des Menschen gekennzeichnet, in die Gesetzmäßigkeiten der natürlichen Evolution einzugreifen und künstliche Evolutionsvorgänge auszulösen. Die Reichweite der – bislang noch in den Anfängen steckenden – Möglichkeiten erstreckt sich vom Einsatz gentechnisch manipulierter Mikroorganismen in der Landwirtschaft, dem Umweltschutz und der Medizin über den Einbau biomolekularer Strukturen in mikroelektronische Systeme bis hin zu gentechnischen Veränderungen von pflanzlichen, tierischen und menschlichen Keimbahnen.

Auf diesem Bereich der Zukunftstechnologie hat die Diskussion über die Möglichkeiten und die Grenzen – bei einhelliger Ablehnung ihres kapitalistischen Mißbrauchs – unter Marxisten erst begonnen; neben den Befürwortern der Gentechnologie erheben sich auch warnende Stimmen. Karin Zänker erkennt mit Blick auf die weltanschaulichen Grundlagen der neuen Technikwissenschaften zwar die Risiken der Gentechnik an und will die mit den biotechnischen Prozessen verbundene „Zufallsdeterminiertheit als Moment der Beherrschbarkeit problematisieren“; sie ist dennoch davon überzeugt, daß das „gegebene Erkenntnis- und Beherrschungsproblem ... nicht zu prinzipiellen Zweifeln an der Beherrschbarkeit derartiger technischer Lösungen oder gar Vorbehalten gegenüber einer *technischen Ausschöpfung des Natur-Möglichen überhaupt* (berechtigt)“;⁴⁴ die neuen Möglichkeiten seien vielmehr „als humanistische Alternativen zu einer Vielzahl heute noch existierender, Umwelt und Gesundheit des Menschen belastender Technologien zu erkennen“.⁴⁵ Doch an jenem Punkt der „technischen Ausschöpfung des Natur-Möglichen“ formulieren sich auch marxistischerseits Einwände. So hat erst vor kurzem Robert Steigerwald ein „*ethisches Erhaltungsgesetz*“ postuliert, aus dem folgt, daß nichts getan werden dürfe, was der Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer „Exemplare“, der Persönlichkeit, widerspricht: „was zwar (technisch, A. v. P.) möglich ist, wovon wir aber noch nicht sicher wissen, ob es diesem ‚ethischen Erhaltungsgesetz‘ widerspricht, ist zu unterlassen“.⁴⁶ Und Igor Bestushew-Lada geht in seinem Buch „Die Welt im Jahr 2000“ noch weiter und will auch den Artenschutz allgemein in diese Erhaltungspflicht des Menschen miteinbeziehen.⁴⁷

Diese neu aufgeworfenen Fragen einer Ethik der Wissenschaften werden die Grundprobleme des Verhältnisses von theoretischer Erkennbarkeit der Natur und ihrer technisch-praktischen Beherrschbarkeit⁴⁸ sowie der morali-

44 Karin Zänker, *Biologie – Technik – humanistische Verantwortung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 5/1984, S. 453 (Hervorhebung A. v. P.).

45 Ebd., S. 455.

46 Robert Steigerwald, *Forschung – Anwendung – Verantwortung*, in: *Marxistische Blätter* 2/1986, S. 84; ders., *Stellungnahme zur Ethik der Gentechnik*, in: *Widerspruch – Münchener Zeitschrift für Philosophie* 1/86, S. 30 ff.

47 Igor Bestushew-Lada, a. a. O., S. 111 f.

48 Vgl. dazu die Diskussion zwischen Willi Gerns, Klaus Peters und Willi Mayer-Buer in: *Marxistische Blätter* 4 und 6/1986.

schen Grenzen bestimmter technisch-möglicher Handlungsweisen zu klären haben. Die Fragen, was überhaupt ein „menschwürdiges Leben“ sei, woran sich sinnvoll die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen bemessen lassen, und worin die Kriterien des historischen Fortschritts liegen, stellen neue Aufgaben an die marxistische Philosophie und Wissenschaften. Die derzeit lebendige Diskussion zeigt, daß der Standpunkt, die mit dem raschen technischen-industriellen Fortschritt verbundenen Fragen schematisch zu lösen, weitgehend überwunden ist.

Die Stabilisierung der Biosphäre

Über die Aufgaben der Ökologie vom Standpunkt des Marxismus

Edgar Gärtner

1. Naturbeherrschung oder Stabilisierung? – 2. Was kann die Ökologie leisten? – 3. Zum Status der Ökologie – 4. Was heißt Stabilisierung der Lebensbedingungen?

Auf den ersten Blick scheint es sich bei unserem Thema um einen alten Hut zu handeln. Die Forderung nach Stabilisierung scheint dem zu entsprechen, was seit jeher Anliegen konservativ- (wenn nicht reaktionär-) romantischer Kulturkritik und Naturschutz-Forderungen war. Gleichzeitig scheint die Idee einer Stabilisierung der Natur jeglichem Denken fernzustehen, das sich vom Anspruch des Marxismus und der Aufklärung auf die Begründung einer vernunftgemäßen Veränderung und Beherrschung der Natur leiten läßt. Dieser Eindruck beruht aber, wie zu zeigen sein wird, auf einem Mißverständnis, das sowohl den gängigen Einschätzungen des Werkes von Rousseau zugrunde liegt als auch gewissen Auffassungen über das Verhältnis des historischen und dialektischen Materialismus zum Rationalismus von Bacon und Leibniz wie überhaupt zu den neuzeitlichen Naturwissenschaften.

Um deutlicher zu werden: Es geht mir darum, den von den marxistischen Klassikern von den Aufklärern formal (nicht in allen Dimensionen inhaltlich) übernommenen Begriff der Naturbeherrschung durch den Begriff der Stabilisierung zu ersetzen. Dabei soll es sich selbstredend um eine dialektische Aufhebung handeln. Notwendig ist diese Operation nicht nur deshalb, weil der Begriff der Naturbeherrschung, da mechanistisch vorbelastet, wiederholt zu Mißverständnissen Anlaß gab. Vielmehr entspricht die Forderung nach Stabilisierung unserer Beziehungen zur Biosphäre, der wir mit Fleisch und Blut angehören, angesichts der bedrohlichen globalen Probleme der Menschheit dem ureigensten Anliegen des Marxismus, der als Humanismus in gewisser Weise schon immer das beinhaltete, was heute als „Wertkonservativismus“ bezeichnet wird. Daß diese Aussage nicht den geringsten Versuch einer Versöhnung des Marxismus mit den in der grün-alternativen Bewegung verbreiteten romantischen bzw. lebensphilosophischen Vorstellungen beinhaltet, wird sich aus den folgenden (in manchen Punkten noch vorläufigen) Ausführungen ergeben.

1. Naturbeherrschung oder Stabilisierung?

Im Grunde genommen ist es ein Unding, die Geschichte der Ökologie schreiben zu wollen, ohne auf das Werk von Marx und Engels einzugehen. Ihr Begriff der Politischen Ökonomie, der im Unterschied zu den zu ihrer Zeit vorherrschenden bürgerlich-idealistischen Vorstellungen vom Primat des Verhältnisses der Menschen zur außermenschlichen Natur ausgeht, deckt sich mit dem Begriff der Ökologie im weitesten Sinne. (Die Gegenüberstellung der Begriffe „Ökologie“ und „Ökonomie“, die in die Alltagssprache Eingang gefunden hat, zeugt bereits von einem kapitalistisch verkürzten Verständnis von Ökonomie.)

Es ist alles andere als zufällig oder nebensächlich, wenn sich Friedrich Engels bereits im Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) mit einem im Vergleich zum damaligen Stand der biologischen und hygienischen Kenntnisse beachtlichen Durchblick am ausführlichsten mit den unhaltbaren ökologischen Lebensbedingungen des englischen Fabrikproletariats befaßt und wenn sich im „Kapital“ von Karl Marx (u. a. bezugnehmend auf die Agrikulturchemie Liebig's) seitenlange Ausführungen über die Wiederverwendung von Abfällen in der Industrie und in der Landwirtschaft sowie über andere Probleme der Stabilisierung des Naturhaushalts finden. Schließlich sollte man nicht vergessen, daß Friedrich Engels seinen Entwurf einer „Dialektik der Natur“, der „Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang“¹ von Natur und Gesellschaft als notwendige Ergänzung zur Marx'schen „Kritik der politischen Ökonomie“ verstand.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, besteht die eigentliche Leistung von Marx und Engels darin, als erste eine wissenschaftliche Methode entwickelt zu haben, mit deren Hilfe es allein möglich ist, das komplizierte Verhältnis von Natur und Geschichte, d. h. die Bedingungen der Selbstbefreiung der Menschen aus dem Tierreich zu klären: den dialektischen und historischen Materialismus.² Zu ihren unmittelbaren Vorläufern gehören dabei nicht nur die Rationalisten Bacon und Leibniz, sondern auch der objektive Idealist Hegel sowie nicht zuletzt der lange verkannte Rousseau.³ Marx und Engels waren die ersten, die die menschliche Freiheit sowohl an natürliche als auch an gesellschaftliche Bedingungen geknüpft begreifen konnten. Die bei ihren Vor-

1 MEW 20, S. 307.

2 Einen Teil dieser Anregungen habe ich bereits vor nunmehr fast zehn Jahren angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krise zu verarbeiten versucht (vgl. E. Gärtner, Arbeiterklasse und Ökologie, Frankfurt/M. 1979, S. 70 ff.). Schon damals sah ich mich veranlaßt, den Begriff der Naturbeherrschung zu problematisieren. In der Zwischenzeit hat sich Hans Heinz Holz wiederholt dieses Themas angenommen (vgl. u. a. H. H. Holz, Grundsätzliches zu Naturverhältnis und ökologischer Krise, in: Marxistische Studien. Sonderband I/1982 zum 100. Todestag von Karl Marx, Frankfurt/M. 1982, S. 155–171; ders., Historischer Materialismus und ökologische Krise, in: Dialektik 9 (Red. E. Gärtner/A. Leisewitz), Köln 1984, S. 30–42; ders., Einleitungsreferat zum Internationalen Symposium „Mensch, Natur und Umwelt im Werk von Friedrich Engels“ am 10. August 1985 in Wuppertal, in: Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 5, Wuppertal 1986, S. 7–22.

3 Vgl. G. Stiehler (Hrsg.), Veränderung und Entwicklung. Studien zur vormarxistischen Dialektik, Berlin/DDR 1974.

läufern noch auseinanderfallende Bestimmung der Freiheit als „Beherrschung der Natur“ und als „Einsicht in die Notwendigkeit“ konnten sie mit Hilfe der dialektischen Methode in Übereinstimmung bringen: Die Menschen werden zu Herren der Natur, indem sie, so Friedrich Engels, zu „Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung“⁴ werden. Dieser Freiheitsbegriff verweist auf das Programm des „Contrat social“ von Rousseau, der mit der oft (und nicht selten in übler Absicht) fehlinterpretierten Parole „Zurück zur Natur“ eigentlich ein „Vorwärts zur Natur“ im Sinne einer noch zu schaffenden menschlichen Heimat forderte, wie Wolfgang Harich⁵ richtig hervorhob. Statt mit den problematischen und zum Teil äußerst gefährlichen Schlußfolgerungen Harichs, die auf die Errichtung eines weltweiten autoritären Rationierungs- und Überwachungsstaates hinauslaufen, halte ich es aber im folgenden eher mit dem Ansatz des französischen Soziologen Michel Clouscard.⁶ Er arbeitete heraus, wie die von Sartre und anderen Neukantianern für sich allein beanspruchte Dimension der Subjektivität durch eine Rückbesinnung auf das enge Verhältnis der marxistischen Klassiker zu Rousseau in den Marxismus zurückgeholt werden könnte.

Die Vorstellungen über das, was Naturbeherrschung ausmacht, haben seit der Frühaufklärung erhebliche Wandlungen erfahren. Francis Bacon verglich die Beherrschung der Natur u. a. mit der Bändigung eines widerspenstigen und launischen Weibes. (Heute müssen wir hinzufügen, daß sich die Natur – wie eine Frau gegenüber einem starken Mann – nicht wirklich wehren, aber im nachhinein furchtbar rächen kann.) Dieses Bild dient zwar unseren Feministinnen als Bestärkung ihrer Überzeugung, die neuzeitliche Wissenschaft sei von vornherein durch männliches Denken entstellt worden; es trifft aber im Grunde ganz gut die wirklichen Verhältnisse, indem es die Natur als Partner mit eigenen, unbequemen Ansprüchen faßt. Erst später setzte sich im Zuge der Entwicklung der mechanischen Technologie und des Kapitalismus die Vorstellung von der Steuerung eines mechanischen Räderwerks durch. Heute werden die mechanischen Modelle von probabilistischen Ansätzen verdrängt, die von der unendlichen Komplexität und weitgehenden Unberechenbarkeit der Beziehungen in der Natur ausgehen und damit gewissermaßen wieder zum Ansatz Bacons zurückführen.

Alle Konzeptionen von Naturbeherrschung setzen voraus, daß es statt eines unbegreiflichen Chaos einen im Prinzip vernünftig beschreibbaren Gesamtzusammenhang der Naturprozesse gibt. (Materialisten muß diese Aussage übrigens tautologisch erscheinen: Die Natur ist ja deshalb vernünftig erklärbar, weil unsere Vernunft nur die mehr oder weniger tiefreichende Widerspiegelung von Naturbeziehungen sein kann.) Aber darüber, was „vernünftig“ ist, gibt es recht unterschiedliche, wenn nicht konträre Auffassungen. Der dem mechanistischen Weltbild zugrundeliegende Allmachtswahn beruhte auf der

4 MEW 19, S. 226.

5 Vgl. W. Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“*. Sechs Interviews mit Freimut Duwe und Briefe an ihn, Reinbek bei Hamburg 1975.

6 Vgl. M. Clouscard, *De la Modernité. Rousseau ou Sartre*, Paris 1985. Was dabei stört, sind überflüssige und teilweise auch irreführende Anleihen bei der Praxis-Philosophie.

Illusion, es sei im Prinzip möglich, das Naturganze in den Griff zu bekommen, wenn der (als linear verstandene) menschliche Erkenntnisprozeß nur weit genug fortgeschritten sei. Dagegen nahm sich der oft zitierte Laplace schon eher bescheiden aus, weil er realistischerweise das Allwissen nicht dem Menschen, sondern seinem berühmten Dämonen zukommen ließ. Gottähnlichkeit und sklavische Unfreiheit liegen in dieser von bornierten Natur-Nutzungsinteressen ausgehenden Weltsicht eng beieinander.

Ein wirklich menschliches Weltbild wird dagegen in Engels' „Dialektik der Natur“ vorbereitet. Drei grundlegende naturwissenschaftliche Theorien sind es, die, so Engels, dem Mechanizismus den Garaus machen: die Gesetze der Erhaltung und Umwandlung der Energie (Thermodynamik), die Theorie der Zelle als Grundbaustein der Lebewelt von Schwann und Schleiden und nicht zuletzt die Theorie der Evolution der Organismenarten durch natürliche Zuchtwahl von Darwin. Diese Theorien brachten auf verschiedene Weise zum Ausdruck, daß die Natur viel reicher an Beziehungen ist, als es dem Interesse der Ausbeuter am totalen Zugriff lieb sein kann. Eine weitere wesentliche Bereicherung erfuhr unser Naturbild später durch die Quantenmechanik.

Das in diesen und anderen naturwissenschaftlichen Theorien angelegte neue Weltbild trägt deshalb menschliche Züge, weil es den Zufall im Naturgeschehen anerkennt und damit einen Möglichkeitsspielraum aufzeigt: die komplexe Verknüpfung von Zufall und Notwendigkeit im Naturgeschehen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Emanzipation des Menschen aus dem Tierreich. Die Tatsache, daß in der Natur nicht alles hundertprozentig festgelegt ist, daß es somit auf jeder Stufe der natürlichen Evolution zahlreiche nicht realisierte Entwicklungsmöglichkeiten gibt, läßt Raum für die schöpferische Betätigung der Menschen. Es ist (wenigstens im Prinzip) möglich, nach demokratischer Diskussion aus einem Spektrum möglicher Entwicklungen den Weg auszuwählen, der dem menschlichen Bedürfnis nach produktiver Selbstverwirklichung am ehesten entspricht.

Die Bestimmung des Wesens menschlicher Freiheit als Aufhebung der Entfremdung zwischen den Menschen und der Natur beinhaltet die Zurückweisung jeglicher Versuche, der Natur Beliebiges aufzwingen zu wollen, d. h. Ziele der Umweltgestaltung anzusteuern, die nicht bereits potenzmäßig in einem gegebenen Naturzustand angelegt sind. Gleichzeitig versteht es sich von selbst, daß nicht alles, was in der Natur möglich wäre, auch gesellschaftlich wünschenswert ist. Die Naturgestaltung muß also klaren Regeln und Normen unterworfen werden, was nur möglich ist, wenn die Menschen ihre eigenen Vergesellschaftungsprozesse in den Griff bekommen. Auf diese Weise wird die Natur, wie es Hans Heinz Holz in Anlehnung an Engels formulierte, „in uns und durch uns frei.“⁷

Worin ich mit Hans Heinz Holz nicht übereinstimme, ist die Frage der Naturveränderung. Es fragt sich nämlich, ob die Gesellschaft angesichts der Zuspitzung globaler Probleme sich überhaupt noch ein anderes Ziel setzen kann als das der Bewahrung vorhandener menschlicher Lebensbedingungen. Dabei

7 H. H. Holz, Einleitungsreferat zum Internationalen Symposium..., a. a. O., S. 12.

müßten sich die bewußten Veränderungen der Umwelt darauf konzentrieren, Gebiete, deren Zustände schon heute nicht mehr als menschenwürdig gelten können, so weit wie möglich wieder auf einen früheren „gesünderen“ Zustand zurückzuführen.

Wie Wadim Sagladin und Iwan Frolow⁸ hervorheben, darf sich die Menschheit heute nicht mehr irren. Konnten die Menschen in früheren Geschichtsepochen nach Fehlgriffen mit katastrophalen Auswirkungen für ihre natürlichen Lebensbedingungen auf noch jungfräuliche Teile der Erde ausweichen, so beschwören sie heute damit ihren Untergang als Gattung herauf. Das betonen auch Igor Bestuschew-Lada⁹ und Nikita Moissejew.¹⁰ Die angeführten sowjetischen Autoren gehen jedoch implizit oder explizit davon aus, die Menschheit besäße in Gestalt der globalen Modellierung und Computersimulation bereits Methoden der Voraussicht, mit deren Hilfe sich solche Mißgriffe vermeiden ließen.

Die Situation, in der die Menschheit sich heute befindet, ist aber m. E. in Wirklichkeit gerade deshalb äußerst kritisch, weil die Menschen auf der einen Seite zum ersten Mal in ihrer Geschichte Eingriffsmöglichkeiten in die Biosphäre haben, die die Größenordnung globaler ökologischer Kreisläufe erreichen und teilweise bereits übersteigen, während sie auf der anderen Seite selbst nach der Überwindung der einer Lösung globaler Probleme entgegengesetzten sozialökonomischen Gegensätze längst nicht über alle wissenschaftlichen Voraussetzungen einer vernünftigen Abstimmung und Planung ihrer Eingriffe in den Naturhaushalt verfügen.¹¹

Allerdings darf diese Einschätzung nicht in fatalistischer Manier interpretiert werden. Obwohl sich die Menschheit (bislang ungebremst) dem Rande eines Abgrundes nähert, verfügt sie in Gestalt der Informatik, der Elektronik, der Feinchemie und der Biotechnologien zum ersten Mal in ihrer Geschichte wenigstens im Prinzip über die technologischen Voraussetzungen einer „sauberen“ Produktion und einer weitgehend automatisierten Kontrolle ihrer Umweltauswirkungen. Das heißt: Wir verfügen zwar nach wie vor nicht über wissenschaftliche Methoden, um die ferneren Folgen unseres Tuns abschätzen zu können, aber wir sind zumindest in den Industrieländern technisch in der Lage, unsere Eingriffe in den Naturhaushalt (über Energiesparmaßnahmen, die Mehrfachnutzung von Ressourcen, usw.) zu minimieren.

In den folgenden Kapiteln soll näher begründet werden, daß eine Politik der Umweltvorsorge sich nur am Ziel der Bewahrung der noch vorhandenen Reichtümer der Biosphäre orientieren kann. Dieses Ziel muß angesichts der vorprogrammierten Verdoppelung der Weltbevölkerung von 5 auf 10 Milliarden Menschen bereits als reichlich utopisch gelten, zumal die Rettung zahlreicher bedrohter Organismenarten nur auf dem Wege einer Zurücknahme

8 Vgl. W. Sagladin / I. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin/DDR 1982.

9 Vgl. I. Bestuschew-Lada, Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft (Hrsg. G. Erler), Freiburg i. Br. 1984.

10 Vgl. N. Moissejew, Man, Nature and the Future of Civilisation, Moskau 1986.

11 Bernhelm Booß-Bavnbek und Martin Bohle-Carbonell kommen in ihrem Beitrag in diesem Band über einen anderen Einstieg zu einem ähnlichen Schluß.

schon eingeleiteter Beeinträchtigungen ihrer Lebensräume möglich sein dürfte. Trotzdem sollten wir am Ziel der Stabilisierung der Biosphäre festhalten, weil es das einzige Ziel ist, auf das sich die Menschen in der Situation des Wettlaufs mit der Zeit noch einigen können, und weil es gleichzeitig das einzige Ziel ist, das auf demokratischem Wege angesteuert werden kann: Jeder einzelne kann und muß für die Stabilisierung bzw. Wiederherstellung seiner eigenen natürlichen Lebensumstände eintreten. Zielkonflikte zwischen Einzel- und Allgemeininteressen werden so (allerdings nur auf der Basis der sozialen Gleichheit!) von vornherein ausgeschlossen. Die Aktualität des „Contrat social“ liegt auf der Hand.

2. Was kann die Ökologie leisten?

Die Vorstellungen vieler Marxisten über die Aufgaben der Ökologie wurden und werden noch heute stark von den Ideen des russischen Biogeochemikers Wladimir I. Wernadski beeinflusst, der 1921 den vom französischen Theologen Teilhard de Chardin in einem idealistischen Sinn gebrauchten Begriff „Noosphäre“ als Bezeichnung für die vernunftgemäß umgestaltete Biosphäre eingeführt hat.¹² Verschiedentlich wurde die Noosphäre (abweichend von Wernadski, der darunter ein durchaus widersprüchliches Verhältnis verstand) als Harmonie von Mensch und Biosphäre gedeutet. Heute wird die Noosphäre im Sinne einer spannungsreichen Koevolution interpretiert, die aus dem Blickwinkel der menschlichen Evolutionspartner einer schwierigen Gratwanderung oder, wie es N. Moissejew noch treffender ausdrückt, der Suche nach einer sicheren Passage durch ein Barriere-Riff ähnelt.

Moissejew meint jedoch, Computersimulationen auf der Grundlage globaler mathematischer Modelle seien prinzipiell in der Lage, zumindest jene kritischen Schwellen auszumachen, die die Menschen bei Eingriffen in die Biosphäre nicht überschreiten dürfen, wollen sie nicht die Bedingungen ihres Überlebens als Gattung durch die Auslösung irreversibler Evolutionsschritte ins Unbekannte aufs Spiel setzen. Damit bestimmt er die Aufgabe der Ökologie von vornherein ausschließlich defensiv, d. h. er fragt gar nicht erst danach, ob es auch möglich ist, aus der Ökologie auch positive Orientierungen für die gesellschaftliche Entwicklung abzuleiten. Damit kommt Moissejew dem Ansatzpunkt der Stabilisierungskonzeption recht nahe.

Die zahlreichen Grundlagendisziplinen der Ökologie wie die Geophysik, die Chemie und nicht zuletzt verschiedene Zweige der Biologie können uns in der Tat nur verhältnismäßig selten sagen, was geht, d. h. welche gesellschaftlichen Ziele längerfristig mit den gegebenen bzw. erreichbaren lokalen und globalen Naturbedingungen vereinbar sind. Aber sie sagen uns ziemlich oft, was nicht geht. Zum Beispiel ist es bislang nicht möglich, im einzelnen abzuleiten, was alles getan werden muß, um unsere dahinsiechenden Wälder zu retten. Im Prinzip wußte man aber schon im 19. Jahrhundert, welche Belastungen

12 Vgl. W. I. Wernadski, Einige Worte über die Noosphäre (Übersetzung eines Aufsatzes von 1944), in: *Biologie in der Schule*, Berlin/DDR, 21. Jg., Nr. 6/1972, S. 222–231.

den Wäldern nicht hätten zugemutet werden dürfen. Es gibt viele ähnliche Beispiele.

Moissejew gründet seine Zuversicht, was die Computersimulation angeht, auf seine Erfahrungen bei der Abschätzung der ökologischen Auswirkungen eines Atomkrieges („nuklearer Winter“). Die Tatsache, daß in diesem Fall die recht unterschiedlich aufgebauten sowjetischen und US-amerikanischen Computermodelle zu übereinstimmenden Ergebnissen kamen, spricht eigentlich nicht für die Sensibilität der ihnen zugrundeliegenden Modellierungsmethoden. Sie muß eher als Hinweis dafür gewertet werden, daß bei so kolossalen Eingriffen in die Biosphäre Computersimulationen gar nicht nötig sind, um die katastrophalen Konsequenzen ausrechnen zu können. Es gibt aber auch Beispiele die zeigen, daß die Ökologie selbst bei der Bestimmung relativ grober Belastungsgrenzen des Naturhaushaltes völlig überfordert sein kann. Das ist der Fall bei dem von Moissejew angeführten Problem der Abschätzung des Einflusses der globalen Zunahme des Kohlendioxidgehaltes der Atmosphäre auf das Klima.

Die asymmetrische Leistungsfähigkeit der Ökologie hängt nämlich nur zu einem Teil mit aktuellen Forschungslücken zusammen. Vielmehr steht dahinter auch unser grundsätzliches Unvermögen, die Naturzusammenhänge jemals in ihrem ganzen Reichtum erfassen zu können. Trotz beeindruckender Fortschritte der Naturwissenschaften in den letzten Jahrzehnten, bleibt die Natur sowohl auf der Mikroebene wie auch auf der mittleren (ökologischen) Ebene der Wechselwirkungen größtenteils unberechenbar. Die Natur läßt sich weder als präzises Uhrwerk noch als intelligent und harmonisch gefügtes Netzwerk begreifen. Der Zufall ist eine unumstößliche Grundtatsache, mit der wir uns abfinden müssen. Das bedeutet nicht, es gebe keine Ordnung in der Natur. Nur müssen wir in unseren Vorstellungen von Ordnung dem Zufall einen gebührenden Platz einräumen.

Das gilt bereits für das streng determinierte und analytisch-mathematisch einfach beschreibbare System eines schwingenden Pendels, dessen Verhalten von den zufälligen und nicht kontrollierbaren Anfangsbedingungen abhängig ist.¹³ Determiniertheit und Vorhersagbarkeit von Entwicklungen müssen also streng unterschieden werden. Das gilt erst recht für mechanische Systeme mit mehr Freiheitsgraden, ganz zu schweigen von ökologischen Systemen. Robert M. May, einer der Pioniere der mathematischen Ökologie, hat demonstriert, daß bereits einfache und vollkommen deterministische Modelle der Populationsentwicklung nur einer einzigen Organismenart, deren biologische Parameter vollständig bekannt sind, bei Ausblendung zufälliger Umweltveränderungen, aber starker Nichtlinearität (Dichteabhängigkeit) zu einem Verhalten führen, das nicht mehr von einem Zufallsprozeß unterscheidbar ist.¹⁴

Zwar ist es möglich, mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitsabschätzungen und der künstlichen Isolierung von Teilbereichen, einzelne Naturprozesse kurz-

13 Vgl. M. Dubois / P. Atten / P. Bergé, L'ordre chaotique, in: La Recherche, Paris, No. 185 (Februar 1987), S. 190-201.

14 Vgl. R. M. May (Hrsg.), Theoretische Ökologie, Weinheim 1980.

und mittelfristig halbwegs in den Griff zu bekommen, doch muß dabei immer von einem unbegriffenen Rest abstrahiert werden. Dieser „Rest“ kann so bedeutend sein, daß er ein Eigenleben gewinnt und unsere Kalkulationen irgendwann über den Haufen wirft. Damit ist noch gar nichts zum Problem des „menschlichen Versagens“ bei der Bedienung komplizierter Anlagen gesagt.

Immer mehr Naturwissenschaftler geben sich heute zwar Mühe, der ungeheuren Komplexität der Naturzusammenhänge gerecht zu werden, indem sie, inspiriert von den Arbeiten des Chemie-Nobelpreisträgers Ilya Prigogine,¹⁵ das Ideal des mechanistischen Weltbildes, alles auf einfachste Prinzipien zurückführen zu wollen, aufgeben. Doch werden sie sich dabei bewußt, wie arm selbst ihre kompliziertesten Modelle im Vergleich zur natürlichen Mannigfaltigkeit bleiben. Die Annäherung der Modelle an die Realität ist nur als unendlicher Prozeß vorstellbar. Das hat Lenin schon 1909 in seinem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“ herausgearbeitet.

Obwohl wir der unendlichen Komplexität der Natur nur durch unendlich komplexe Modelle gerecht werden könnten, brauchen wir einfache und übersichtliche Modelle, um uns in der Welt zurechtzufinden. Auch in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie sind wir ständig gezwungen, mit vereinfachten Modellen materieller und ideeller Natur zu arbeiten. Wir müssen uns allerdings davor hüten, diese Modelle mit der Realität gleichzusetzen. Vielmehr gilt es im Hinterkopf zu behalten, daß die Beziehungen in der Natur wie übrigens die Beziehungen zwischen den menschlichen Individuen und der Natur (darin eingeschlossen die Gesellschaft als „zweite Natur“) viel reicher sind als alle Bilder und Vorstellungen, die wir uns jemals darüber machen können.

Unsere Modelle können nur gewisse Aspekte der objektiven Realität widerspiegeln, die von der jeweiligen Fragestellung abhängig sind. Bei der praktischen Anwendung der Modelle macht sich diese Ausblendung von Dimensionen des Reichtums der Wirklichkeit dadurch bemerkbar, daß sich die erhofften Resultate nicht mit einer absoluten Sicherheit, sondern nur mit einer mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit einstellen. Der Weg von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zur technischen Entwicklung verdeutlicht, wie ein Modell in Abhängigkeit von konkreten Zwecksetzungen gleichzeitig auf Einzelaspekte verengt und dabei trotzdem komplizierter wird; denn vieles von dem, was zunächst an Randbedingungen experimentell ausgeblendet werden mußte, um den prinzipiellen Ablauf eines Naturprozesses theoretisch verstehen zu können, muß in späteren Etappen der technischen Entwicklung wieder schrittweise (das heißt in der Praxis durch empirisches Herumprobieren) soweit ins Modell zurückgeholt werden, bis sich der Naturprozeß in akzeptablen Toleranzgrenzen technisch meistern läßt. Mehr kann Naturbeherrschung nicht bedeuten.

Das Problem besteht nun darin, daß dieses im Kleinen durchaus befriedigende Vorgehen nicht auf unser Verhalten gegenüber größeren Naturstücken

15 Vgl. I. Prigogine/I. Stengers, Dialog mit der Natur – Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens, München/Zürich 1981.

oder gar gegenüber der ganzen Biosphäre übertragbar ist. Die bei der technischen Beherrschung winzig kleiner Ausschnitte aus dem Naturganzen bewährte Methode von Versuch und Irrtum ist höchst gefährlich, sobald unsere globalen Lebensbedingungen auf dem Spiel stehen. Naturbeherrschung mußte nun mit der globalen Steuerung der Evolution des Lebens identisch werden. Dazu aber fehlen uns die elementarsten theoretischen Voraussetzungen.

3. Zum Status der Ökologie

Im Universitätsbetrieb fristete die Ökologie als biologische Spezialdisziplin noch vor nicht allzu langer Zeit ein ausgesprochenes Schattendasein. Das hat sich zwar inzwischen geändert. Aber noch immer ist es nicht ratsam, die Ökologie zu wählen, wenn man es auf eine glänzende wissenschaftliche Karriere oder gar auf den Nobelpreis abgesehen hat. Ganz anders ist die Einschätzung der Ökologie bei der grün-alternativen Oppositionsbewegung. Hier spielt sie die Rolle einer Leitwissenschaft oder eines Religionsersatzes, wie das vor allem bei den Jüngern des „Wendezeit“-Propheten Fritjof Capra der Fall ist.¹⁶ Problematisch sind hier v. a. antihumanistische (und damit antidemokratische) Forderungen. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob diese Forderungen religiös begründet werden (wie die Forderung nach einem mystisch-kontemplativen Aufgehen der menschlichen Individuen in einer kosmischen Harmonie) oder mechanisch-materialistisch (wie die Forderung nach einer passiven Anpassung der Menschen an die ehernen Gesetze des biologischen Gleichgewichts).

Wissenschaftsgläubigkeit und Biologismen der plattesten Sorte, deren die vermeintlichen Wachstumsfetischisten beschuldigt werden, feiern in der grünen und alternativen Bewegung fröhliche Urständ; denn viele „Fundamentalisten“ gehen von der unhinterfragten Annahme aus, man könne aus der Ökologie unvermittelt objektive Maßstäbe für die mittel- und längerfristige Umweltgestaltung und für die Tagespolitik ableiten, die ein Eingehen auf die unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Interessen gesellschaftlicher Gruppen und Schichten sowie die Berücksichtigung gesellschaftswissenschaftlicher Erklärungsansätze erübrigten. Doch diese Annahme erweist sich aus mehreren Gründen als Illusion.¹⁷

Einer der Gründe liegt im Rückstand der ökologischen Grundlagenforschung. Mehr und mehr setzt sich die Einsicht durch, daß die modernen

16 Vgl. J.P. Regelmann/E. Schramm (Hrsg.), *Wissenschaft der Wendezeit – Systemtheorie als Alternative?*, Frankfurt/M. 1986.

17 Die Schwierigkeiten der Vermittlung zwischen Ökologie und Politik rechtfertigen aber noch lange nicht den Versuch von Ludwig Trepl (vgl. L. Trepl, *Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1987), den politischen Charakter der Ökologie wieder in Zweifel zu stellen. M.E. ist eine Bestimmung des gesellschaftlichen und wissenschaftssystematischen Status der Ökologie nur dann möglich, wenn man nicht in erster Linie die z. T. höchst bedenklichen Arbeitsmethoden und historischen Wurzeln der Ökologie im Auge hat, sondern ihre aktuellen Aufgaben, die sich mit denen einer allgemeinen Präventivmedizin decken (vgl. E. Gärtner, *Zum Status der Ökologie. Die Analogie von Medizin und Ökologie*, in: *Dialektik* 9, a. a. O., S. 107–116).

Hilfsmittel der Forschung beim Versuch der Vertiefung unseres Verständnisses ökologischer Beziehungen die Erfahrung und die Intuition „alter Hasen“ der Naturgeschichte nicht zu ersetzen vermögen. Und das um so mehr, als es in der Ökologie nicht wie in der Physik um die Herleitung allgemeiner Theorien geht, sondern um das Begreifen des historisch Einmaligen.

Hermann Remmert, einer der zur Zeit führenden Theoretiker in der deutschen Gesellschaft für Ökologie, schrieb in seinem Ökologie-Lehrbuch: „Es ist ein Trugschluß, daß einfache Antworten auf einfach erscheinende Fragen in der Ökologie möglich sind. Der Ökologe, der heute Voraussagen machen soll über die Wirkung dieser oder jener Änderungen im Faktorengefüge, kann nicht auf generalisierende Modelle zurückgreifen. (...) Ebenso wie der Arzt den Einzelfall analysieren muß, ehe er zu einer Therapie schreitet, ebenso muß der Ökologe den Einzelfall... erforschen, ehe er eine wirkliche Voraussage macht... Die Erfahrung, die ein Ökologe über viele Jahre hinweg mit einander widersprechend erscheinenden Befunden gemacht hat..., taugt dabei im allgemeinen mehr zu Vorhersagen als eine einzelne, mit modernstem technischem Aufwand durchgeführte Analyse mit Konstruktion eines generalisierenden Modells.“¹⁸

Doch geht die Parallele zwischen der Ökologie und der Medizin noch viel tiefer. Im historischen Überblick fällt auf, daß die Ökologen nur dann begriffliche Fortschritte machten, wenn sie sich – ausgesprochen oder unausgesprochen – als Ärzte gesellschaftlich geprägter Naturstücke begriffen bzw. die Art und Weise der gesellschaftlichen Naturaneignung problematisierten. Beim Chemiker Justus von Liebig war es die Überbeanspruchung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit infolge solcher Begleiterscheinungen der industriellen Revolution wie der unkontrollierten Urbanisierung und des explosiven Bevölkerungswachstums, die zur Konzeption des Stickstoff- und Phosphorkreislaufs bei der Ernährung von Pflanzen und Tieren und damit zur Konzeption des Ausgleichs dieser Nährstoffverluste durch gezielte Düngung führte. Beim Zoologen Karl Möbius, der als eigentlicher Begründer der biologischen Ökologie gilt, war es die Suche nach Alternativen zur Überausbeutung der Austerbänke vor der deutschen Küste, die den Anstoß gab für die Erkenntnis von der Einheit einer Lebensgemeinschaft von Pflanzen und Tieren mit ihrem Lebensraum.

Auch die Weiterentwicklung der ökologischen Grundkonzepte im 20. Jahrhundert erfolgte fast immer als direkte oder indirekte Antwort auf Engpässe der (kapitalistischen) Naturaneignung. Ausschlaggebend war die Zuspitzung solcher Umweltprobleme wie die Überlastung von Flüssen und Seen mit Industrie- und Siedlungsabwässern, die Massenvermehrung von Schadinsekten in Wirtschaftswäldern und landwirtschaftlichen Kulturen, die Überjagung von Pelztieren usw.

Aber ungeachtet der Tatsache, daß ein Großteil der theoretischen Fortschritte mit der Anwendungsorientierung der ökologischen Forschung zusam-

18 H. Remmert, *Ökologie. Ein Lehrbuch*, 2., neubearb. u. erw. Auflage, Berlin-Heidelberg-New York 1980, S. 282.

menhängt, erwecken viele Autoren nach wie vor den Eindruck, es gehe bei der Ökologie nicht primär um die bessere Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern um die Erhaltung möglichst unberührter Naturstücke bzw. um die Bewahrung eines als ideal verstandenen natürlichen Gleichgewichts vor den zerstörerischen Eingriffen der Menschen. Dementsprechend sind die wenigen „naturnahen“ bzw. wilden Inseln viel eingehender erforscht worden als die sie umgebende Kulturlandschaft, deren Antlitz die Spuren Jahrhunderte bis Jahrtausende wählender menschlicher Nutzung und Gestaltung trägt. Das ist der wohl wichtigste Grund dafür, daß die Ökologie die heute in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen kann.

Die Ausblendung des Aspekts der Naturnutzung aus der ökologischen Theorie erfolgt allerdings nicht zufällig. Sie geht nicht auf die Vergeßlichkeit oder Nachlässigkeit der Ökologen zurück. Vielmehr wäre eine Ökologie, die stärker die Naturnutzung thematisierte, automatisch mit den in einer Klassengesellschaft notwendigerweise widersprüchlichen Nutzungsinteressen konfrontiert und könnte es kaum vermeiden, für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen.

Die Ökologie befindet sich also in der gleichen Situation wie die im ursprünglichen Sinne des jungen Rudolf Virchow verstandene Medizin. Beide stehen vor dem grundlegenden Problem der Normativierung, d. h., sie müssen Aussagen darüber treffen, was „gesund“ und was „krank“ ist. Die Normen für die Naturgestaltung wie für die menschliche Lebensweise können nicht aus naturimmanenten Kriterien abgeleitet werden. Nicht alles, was „natürlich“ ist, ist gut für die Menschen. Zum Beispiel ist das Botulinus-Toxin, der für tödliche Fleischvergiftungen verantwortliche Giftstoff, der von einem im Boden weit verbreiteten Bakterium produziert wird, gefährlicher als alle Gifte, die in der chemischen Industrie jemals willentlich (als Kampfstoffe) oder als ungewollte Nebenprodukte (wie das Seveso-Dioxin) hergestellt wurden. Und für die Hinterbliebenen der Opfer von Fleischvergiftungen ist es sicher ein schwacher Trost zu wissen, daß ihre Angehörigen eigentlich eines ganz natürlichen Todes gestorben sind. Dieses Beispiel soll verdeutlichen, warum uns nur gesellschaftliche Kriterien weiterhelfen.

Das wichtigste, wenn auch nicht das einzige Kriterium für eine Öko-Medizin ist zweifelsohne das Überleben der menschlichen Gattung. Es wäre ganz natürlich, wenn die biologische Art *Homo*, die sich etwas voreilig mit dem Beinamen *sapiens* schmückt, wie schätzungsweise 90 Prozent aller Organismenarten vor ihr in absehbarer Zeit wieder von unserem Planeten verschwände – sei es nun infolge der Umweltverschmutzung, einer dadurch ausgelösten globalen Klimakatastrophe oder eines Atomkrieges, der auf das gleiche hinausliefe. Die natürliche Evolution des Lebens würde auch danach, allerdings ausgehend von einem viel niedrigeren Entwicklungsniveau, weitergehen. *Homo*, der sich bis jetzt erst in Ansätzen aus dem Tierreich emporgearbeitet hat, wird sich letztlich erst dann als *sapiens* erweisen, wenn es ihm gelingt, sich diesem natürlichen Schicksal zu entziehen.

Im Unterschied zu den Tieren, so heißt es, seien die Menschen zur zielgerichteten Veränderung der Natur zum Zwecke der Befriedigung ihrer leibli-

chen und seelischen Bedürfnisse befähigt. Bei einem Rückblick über die bisherige Geschichte der Menschheit fällt es jedoch schwer, dieser im Prinzip zutreffenden Aussage zuzustimmen. Mögen die Ergebnisse der menschlichen Tätigkeit kurzfristig mit den Absichten der Individuen übereingestimmt haben, längerfristig kam fast immer etwas heraus, das keiner gewollt hatte.

Obwohl auf allen Stufen der Kultur- bzw. Produktivkraftentwicklung nachhaltige Formen der Naturnutzung denkbar waren, konnten sie sich nur in Ausnahmefällen durchsetzen. Schon die Steinzeitmenschen untergruben ihre eigenen Lebensgrundlagen, indem sie in ihrer Unmäßigkeit das Mammut ausrotteten. Selbst bei den Indianerstämmen, die uns heute als Musterbeispiele für einen behutsamen Umgang mit der Natur vorgeführt werden, fanden Archäologen deutliche Hinweise auf Phasen katastrophalen Raubbaus in der Vergangenheit, was darauf schließen läßt, daß gerade diese Völker erst durch Schaden klug geworden sind.

Allgemein gilt bis heute der Ausspruch des französischen Frühromantikers Chateaubriand: „Wälder gehen den Völkern voraus, Wüsten folgen ihnen.“ Je länger ein Landstrich eine menschliche Kultur ertragen hat, desto weiter heruntergekommen ist seine Lebewelt. Und wenn die globale ökologische Krise nicht schon früher eingetreten ist, lag das hauptsächlich daran, daß die Menschen bis vor wenigen Jahrzehnten noch gar nicht über die Kräfte verfügten, um die Biosphäre als Ganzes irreversibel zu schädigen. Wenn die Natur in Mitteleuropa vom Endzustand der Wüste noch weiter entfernt ist als das Mittelmeergebiet, dann geht das nicht nur auf günstigere klimatische Bedingungen zurück, sondern offenbar auch darauf, daß die Kulturentwicklung hier viel jüngeren Datums ist, wobei, um das nochmals zu betonen, der Naturzustand nicht an einem Ideal der Unberührtheit, sondern an den Möglichkeiten der menschlichen Bedürfnisbefriedigung gemessen wird.

Nichts wäre allerdings abwegiger, als in der bisherigen Kulturentwicklung lediglich einen permanenten Prozeß der Umweltzerstörung sehen zu wollen. Denn trotz zahlreicher schmerzlicher und z.T. katastrophaler Rückschläge war diese Entwicklung, global betrachtet, ein eindeutiger, wenn auch nicht selten teuer erkaufter Fortschritt. Die Art *Homo* konnte sich im Kampf ums Dasein nicht nur behaupten, sondern ihren Lebensraum auf Kosten anderer Organismenarten erheblich ausweiten. Das drückt sich nicht zuletzt in der starken Zunahme der Weltbevölkerung aus.

Doch zeigt sich gerade in der Bevölkerungsexplosion der letzten Jahrzehnte sowie in ähnlich rapide und unkontrolliert verlaufenden Umweltveränderungen, daß die Mittel und Wege, die bisher zum Erfolg im Kampf ums Dasein führten, nun das weitere Überleben der menschlichen Gattung in Frage stellen. Dabei steht nicht die Technik an sich zur Debatte, sondern ihre Anwendung zum Zwecke der Ausbeutung von Mensch und Natur (wobei es sich von selbst versteht, daß der ausbeuterische Zweck sich in der konkreten Gestaltung der Mittel niederschlug).

Daraus läßt sich die Hauptaufgabe der als Teil einer alle Lebensbereiche umfassenden Präventivmedizin verstandenen Ökologie ableiten. Notwendig ist die generelle Verlangsamung und ein in Teilbereichen gänzliches Aufhal-

ten von Umweltveränderungen (darin eingeschlossen natürliche Entwicklungen, die ohne unser Zutun ablaufen) mit dem Ziel einer Stabilisierung solcher Lebensbedingungen, die als menschlich bezeichnet zu werden verdienen. Das muß allerdings konkretisiert werden.

4. Was heißt Stabilisierung der Lebensbedingungen?

Wie bereits im 2. Kapitel hergeleitet wurde, kann es nur darum gehen, vernünftige Formen der Koexistenz zwischen der Spezies *Homo* und den übrigen Millionen von Organismenarten zu finden. Der von Moissejew verwendete Begriff „Koevolution“ erscheint aus mehreren Gründen unangebracht. Es bleibt völlig unklar, wer mit wem wohin evolvieren soll. Demgegenüber gilt es festzuhalten: Evolvieren soll einzig der Mensch als gesellschaftliches Wesen, was voraussetzt, daß er biologisch nicht mehr evolviert. Die Verlagerung der Anpassungsleistungen vom genetischen auf das kulturelle Erbe ist eine der wichtigsten Bedingungen des Menschseins. (Darauf muß gerade in der Ethikdiskussion im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Genmanipulation bestanden werden.) Ferner sollte aus dem Vorstehenden klargeworden sein, daß die gesellschaftliche Entwicklung nur dann fortgeführt werden kann, wenn die Evolution der Biosphäre insgesamt erheblich verlangsamt wird. (Ganz anhalten können wir sie nicht.)

Der letzte Punkt ist deshalb so wichtig, weil die Menschen in den letzten Jahrzehnten die Evolution der Biosphäre in beängstigender Weise beschleunigt haben. Noch von geringer Bedeutung ist dabei bis jetzt die Schaffung neuer bzw. der Umbau vorhandener Arten durch Genmanipulationen und andere moderne Biotechniken. Weitaus gewichtiger ist die massive Ausrottung von Organismenarten durch die großflächige Zerstörung von Lebensräumen, die in großen Teilen der Welt nicht mit Hilfe moderner, sondern unter dem Druck der Armut mit primitivster Technik bewerkstelligt wird.¹⁹

Eine grobe Regel besagt, daß sich die gegebene Artenzahl halbiert, wenn ihr ursprünglicher Lebensraum auf 10 Prozent zusammenschrumpft.²⁰ Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird global mit einem Verlust von einer Million Arten gerechnet. Schon 50 Jahre später könnte ein Viertel aller heute noch vorhandenen Arten verschwunden sein.²¹

In der 1980 von den bedeutendsten Naturschutzorganisationen vorgelegten „Weltstrategie für die Erhaltung der Natur“, deren ökologie- und entwicklungspolitische Ansätze auch in die folgenden Überlegungen einfließen, heißt es dazu: „Die Menschen sind zu einer bedeutenden Entwicklungskraft geworden. Wenngleich uns das Wissen fehlt, die Biosphäre zu beherrschen, so haben wir doch die Macht, sie drastisch zu verändern. Wir sind unseren Nachkommen wie auch anderen Kreaturen gegenüber moralisch verpflichtet, dabei

19 Vgl. E. Gärtner, Armutsbedingte Umweltprobleme, in: AIB – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, 17. Jg., Nr. 7 / 1986, S. 33–36.

20 Vgl. R. M. May, a. a. O.

21 Vgl. N. Myers (Hrsg.), GAIA. Der Öko-Atlas unserer Erde, Frankfurt/M. 1985.

wohlüberlegt zu handeln. (...) Wir können nicht voraussagen, welche Arten für uns nützlich sein können. Es kann durchaus sein, daß wir erkennen lernen, daß viele Arten, die entbehrlich erscheinen, wichtige Produkte liefern können, wie etwa Arzneimittel, oder daß sie wesentliche Bestandteile ökologischer Lebensgrundlagen sind, von denen wir abhängen. Aus Gründen der Ethik und des Eigeninteresses sollten wir deshalb niemals das Aussterben auch nur einer Art bewußt verursachen.“²²

Das bedeutet keineswegs, den größten Teil unserer Erde in ein Naturschutz-Reservat zu verwandeln. Es ist gerade das Verdienst der „Weltstrategie“ und des darauf aufbauenden „Öko-Atlas“ von N. Myers u. a., Wege einer vielfältigen und nachhaltigen Naturnutzung aufgezeigt zu haben. Eine sich selbst überlassene Biosphäre wäre alles andere als stabil. Eine Stabilisierung ist nur durch den intelligenten Einsatz menschlicher Arbeit²³ zu erreichen. Bei uns in Mitteleuropa mit seiner klimatisch bedingten Tendenz zur Ausbildung von Dominanz-Ökosystemen („natürliche Monokulturen“) ist das besonders einleuchtend: eine Aufgabe traditioneller landwirtschaftlicher Nutzungsformen führt hier im Endeffekt zu einer Artenverarmung. Eine Stabilisierung wäre deshalb nicht durch die EG-Politik der „Flächenstilllegung“ zu erreichen, sondern eher durch eine Rückkehr zum Vorkriegsstand der Naturnutzung. (Das gilt übrigens auch für die Schadstoffbelastung der Wälder.)

Auf globaler Ebene beinhaltet Stabilisierung die schrittweise allgemeine militärische Abrüstung, einen Stopp der Bevölkerungsexplosion und der unkontrollierten Urbanisierung durch bewußte und möglichst freiwillige Familienplanung, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit (die in weiten Teilen der Erde infolge der natürlichen Auswaschung von Pflanzennährstoffen auch ohne zerstörerische menschliche Eingriffe abnahme), die weitestgehende Erhaltung der Artenmannigfaltigkeit durch die Rettung der Wälder und der Lebewelt der Meere sowie die Verhinderung einer neuen Eiszeit bzw. ihres Gegenteils, der Aufheizung der Erdatmosphäre. (Solche globalen Klimaumschwünge können sich, wie wir heute wissen, innerhalb weniger Jahrzehnte vollziehen.) Es handelt sich dabei z. T. um kolossale Aufgaben, die mit der von manchen als Allheilmittel angepriesenen Kleintechnik mit Sicherheit nicht zu bewältigen sein werden. Allerdings werden Katastrophen geologischen oder kosmischen Ursprungs auch mit der größten Technik allein nicht zu verhindern sein.

Auf lokaler bzw. regionaler Ebene geht es um die Erhaltung bzw. Schaffung dessen, was in der deutschen Sprache Heimat genannt wird: eine Landschaft,

22 IUCN, Weltstrategie für die Erhaltung der Natur. Ausgearbeitet von der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Lebensräume (IUCN) in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dem World Wildlife Fund (WWF), der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco). Herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1980.

23 Gernot Böhme und Engelbert Schramm sprechen von „Reproduktionsarbeit“ (vgl. G. Böhme/E. Schramm (Hrsg.), Soziale Naturwissenschaft. Wege zu einer Erweiterung der Ökologie, Frankfurt/M. 1985).

deren Bewohner hier dauerhaft ihr Auskommen finden und sich heimisch fühlen können.²⁴

Es ist notwendig, den hier verwendeten Heimatbegriff ansatzweise inhaltlich auszufüllen. Die Stabilisierung unserer Lebensbedingungen bedeutet alles andere als ein Einfrieren der Produktivkraftentwicklung. Im Gegenteil: Sie ist auf dem erreichten Niveau der menschlichen Naturaneignung nur durch einen erheblichen gesellschaftlichen Arbeitsaufwand erreichbar. Wir gelangen zur Heimat, der vermenschlichten Natur, nur vorwärtsschreitend und nicht im Rückwärtsgang und schon gar nicht gebeugt oder auf allen Vieren. (Ich spreche deshalb bewußt nicht einfach von der Erhaltung „stabiler“ Ökosysteme, weil diese Formulierung den Menschen von vornherein nur als Störenfried einer vorgegebenen Harmonie erscheinen läßt.)

Die Verlangsamung der Umweltveränderung erfordert in verschiedenen Bereichen, die heute aus kurzfristigen Erwägungen vernachlässigt werden (so die Techniken der Energie- und Materialeinsparung sowie der Vermeidung gefährlicher Abfälle), gerade eine erhebliche Beschleunigung technischer Fortschritte. Andere Entwicklungen hingegen, die heute aus Profitgier und Machtstreben gefördert werden (wie die Atomenergie, die Genmanipulationen und die immer weiter gehende Chemisierung und Standardisierung der Agrarproduktion), gilt es zu bremsen oder in verschiedenen Fällen ganz abzustoppen bzw. rückgängig zu machen. (Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß verschiedene Folgen dieser Fehlentwicklungen, wie insbesondere die Ausrottung von Organismenarten oder die Verseuchung der Biosphäre mit langlebigen Radionukliden, so gut wie irreparabel sind.)

Die Forderung nach Stabilisierung, Heimatbewahrung und -gestaltung mag konservativ erscheinen. Tatsächlich beinhaltet sie im gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext aber mehr revolutionäre Konsequenzen, als viele ahnen. Die Stabilisierung unserer Lebensbedingungen ist unvereinbar mit der ungezügelter kapitalistischer Profitjagd, d.h. das Heimatrecht (nicht zu verwechseln mit der revanchistischen Forderung der „Landmannschaften“) kann nur im Kampf gegen die Kapitalherrschaft durchgesetzt werden. Gerade in den Auseinandersetzungen um die Gentechnologien zeigt es sich, daß die vorgeblich Konservativen in Wirklichkeit vor kaum einer technischen und moralischen Umwälzung zurückschrecken, sofern nur die bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse unangetastet bleiben. Ethische Diskussionen bedeuten da nur Zeitverlust im Wettrennen mit der Konkurrenz.

24 Dazu wäre eine eigene Abhandlung nötig. Die Schwierigkeiten mit dem Heimatbegriff rühren nicht nur daher, daß er teilweise reaktionär vorbelastet ist. Noch problematischer ist vielleicht die Tatsache, daß der im deutschen Sprachraum relativ eindeutigen Bezeichnung in anderen Sprachen eine hinreichend genaue Entsprechung fehlt. Beispielsweise tritt im Französischen das unserem Heimatbegriff noch am ehesten entsprechende Wort „pays“ eindeutig hinter „patrie“ (Vaterland) zurück. Dieses aber reicht bis in den Südpazifik, d.h. an Orte, die von anderen Völkern mit einigem Recht als Heimat beansprucht werden. Zu Konflikten dürfte es in vielen Teilen der „Dritten Welt“ kommen: Wessen Heimat ist z.B. das Amazonasbecken? Gehört es den indianischen Ureinwohnern oder den Brasilianern? Wo ist die Heimat der landlosen Bauern?

Die ethischen Überlegungen sollten aber nicht um das nackte Überleben kreisen. Eine progressive Besetzung des Heimatbegriffs könnte sich m. E. gerade deshalb als äußerst fruchtbar erweisen, weil sie es erlaubt, den Kampf um die Sicherung unserer Lebensgrundlagen gegen kurzfristige Kapitalinteressen mit dem Ziel der allseitigen Entfaltung der menschlichen Individuen zu verbinden. Menschliche Freiheit als Beherrschung der Vergesellschaftungsprozesse ist undenkbar ohne die Schaffung überschaubarer Lebensumstände auf lokaler und regionaler Ebene unter Einschluß von Formen direkter Demokratie.

Diese lokalen Formen der Demokratie dürfen allerdings nicht vom nationalen und internationalen Kampf für Frieden, soziale Gleichheit und Brüderlichkeit getrennt werden. Das heißt: Stabilisierung und Heimatbewahrung und -gestaltung dürfen nicht darauf hinauslaufen, den Kapitalismus und die mit ihm notwendig verbundenen Tendenzen zur Vergeudung natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen und zur Verschärfung der sozialen und regionalen Ungleichheiten gleichsam unter Naturschutz zu stellen. Es ist notwendig, auf regionaler Ebene konkrete stofflich-technische Alternativen zur kapitalistischen Vergeudungswirtschaft auszuarbeiten.

Aufbauend auf theoretischen Vorarbeiten von Hans Roos, Günter Streibel u. a.²⁵ sowie von K. H. Tjaden²⁶ hat die Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen (FPN) an der Gesamthochschule Kassel in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit Ingenieuren ein solches Regionalmodell (Energie- und Strukturkonzept) für den Schwalm-Eder-Kreis in Nordhessen erarbeitet.²⁷ Diese Studie rechnet am Beispiel einer gleichzeitig überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und Umweltgefährdungen betroffenen Region vor, wie den gewerkschaftlichen Vorstellungen einer Verbindung von Umweltschutz und Beschäftigungsförderung²⁸ entsprochen werden kann. In ähnlicher Weise müßte das Konzept der Stabilisierung überall konkretisiert werden.

25 H. Roos/G. Streibel (Leiter des Autorenkollektivs), *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, Berlin/DDR 1979.

26 K.H. Tjaden, *Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation. Thesen zur Genese und Perspektive kapitalistischer Mensch-Natur-Beziehungen*, in: *Dialektik* 9, a. a. O., S. 60–72.

27 Siehe D. Düe / P. Strutynski / K. H. Tjaden, *Die ESSEK-Studien: Energie- und Ressourcenpolitik in einer Strategie regionaler Entwicklung für den Schwalm-Eder-Kreis*, in: E. Gärtner (Hrsg.), *Grünbuch V*, Köln 1987.

28 Vgl. E. Gärtner, *Gewerkschaften und Ökologie*, Nachrichten-Reihe 32, Frankfurt/M. 1985.

Komplexe Systeme in Natur und Technik – Probleme und Lösungsmöglichkeiten

*Hans Mikosch**

1. Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen – 2. Sondersituationen und Standardfälle in Natur und Technik – 3. Theoretische Behandlung von Nicht-Gleichgewichts-Zuständen – 4. Eine Analogie zwischen natürlichen und künstlichen Systemen – 5. Störfälle von technischen Anlagen – 6. Notwendigkeit und Zufall, auch in technischen Anlagen – 7. Möglichkeiten zur Steuerung komplexer Anlagen ... – 8. ... und weitere ungelöste Probleme – 9. Neue Rechnerarchitekturen ... – 10. ... und Künstliche Intelligenz – 11. Schlußbemerkung

Es zählt schon zu Standardaussagen, daß der quantitative Umfang der Nutzung und der Veränderung der Natur durch den Menschen ein neues qualitatives Niveau erreicht hat und bei unveränderter Fortführung irreversible globale Schädigungen der Natur erwarten läßt. Aber selbst „alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“¹ Nachdenklich und zweifelnd muß man, diese wahren Worte von Marx im Kopf, das heute erreichte Niveau der Produktivkraftentwicklung betrachten, und ernste Kritik ist genauso erforderlich wie eine wissenschaftliche Analyse, um insbesondere dem hohen Anspruch der *Verbesserung* der natürlichen Umwelt gerecht zu werden.

1. Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

Bei der Analyse der ökonomischen Verhältnisse als Grundlage der Produktionsverhältnisse und von deren mittelbarem Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte, den materiellen Teil der Gesellschaft, wird im Kapitalismus zu Recht das Profitmotiv als das bestimmende Element für die gesellschaftliche Entwicklung und deren Deformationen gesehen. Mit der richtigen Bezeichnung als *Hauptmotiv* für die gesellschaftliche Entwicklung stellt sich aber sowohl die Frage, welche – alte oder neue – Motive nach seiner Beseiti-

* Ich möchte meinen Kollegen und Freunden, im besonderen Reinhart Gausterer, Thomas Grechenig und Reinhold Sturm, für die konstruktive Diskussion und damit für die Unterstützung danken, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, den folgenden Beitrag fertigzustellen.

1 K. Marx „Das Kapital“, Bd. 3, MEW 25, S. 784.

gung in einer sozialistischen Gesellschaft wirken, welche Motive die relativ unabhängige Entwicklung der Produktivkräfte und im speziellen der Produktionsinstrumente als „Knochen- und Muskelsystem der Produktion“² bestimmen.

Es gibt im gesellschaftlichen Rahmen – auch auf konkret historische Bedingungen rückführbare – Ursachen dafür, daß auch bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln Maßnahmen ergriffen werden, die mit Langzeitwirkung und Komplexität die Umwelt schädigen; ebenso besteht objektiv ein „in der notwendigen Bedürfnisbefriedigung der Menschen begründeter ökologischer Grundwiderspruch“³ zwischen Mensch und Natur, zwischen „der Arbeit als dem Vater des Reichtums und der Natur als ihrer Mutter“. Es greift daher wahrscheinlich zu kurz, alle Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte und im speziellen der Produktionsinstrumente als deren mechanisch-technischer Teil dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und den sich daraus ergebenden Gesetzmäßigkeiten zuzuschreiben.

Mit der Entwicklung der Wissenschaft zur direkten Produktivkraft bestimmt sie immer mehr Technologien als ihre materialisierten Produkte. „In früheren Zeiten folgte die Wissenschaft der Industrie, heute besteht für sie die Tendenz zum Überholen und zum Führen“, stellte der britische Kristallograph John D. Bernal schon vor mehr als 30 Jahren fest.⁴ Die Tendenz hat sich durchgesetzt und ist entscheidend geworden. Um so wichtiger wird es zu untersuchen, welche objektiven, im Entwicklungsstand der Produktionsinstrumente selbst liegenden Ursachen bestimmend sind für die Gefährdung der Natur bei deren Verwendung und ob und welche Möglichkeiten sich abzeichnen, negative Auswirkungen zu beseitigen. Diese Art der Fragestellung ist sicherlich nicht neu, neu ist aber wahrscheinlich die Qualität ihrer Bedeutung, die dieser auf Grund der globalen Bedrohung der Natur zukommt.

Es ist unerläßlich klarzustellen, daß unmittelbar verfügbare, beträchtliche Reserven vorhanden sind, die durch gesellschaftliche, politische und organisatorische Maßnahmen verfügbar gemacht werden müssen, um verschiedene unmittelbare Gefährdungen durch technische Einrichtungen zu verringern oder zu beseitigen. Die größte verfügbare Reserve stellen dabei Abrüstungsmaßnahmen besonders auf nuklearem, aber auch auf konventionellem Gebiet dar, wobei zuerst die unvergleichlich größten Gefahren, die von Raketenkernwaffen ausgehen, beseitigt werden müssen; dadurch kann auch das relativ größte verfügbare Potential an Wissenschaftlern und Technikern dafür eingesetzt werden, an der Lösung der tatsächlichen globalen Probleme der Menschheit wie Hunger, Trinkwasserversorgung, den verschiedenen kulturellen und klimatischen Gegebenheiten angepaßte Formen der Energieversorgung, Krankheiten von Malaria über Bilharziose bis zu Aids usw. zu arbeiten.

Aber trotz der verschiedenen technisch-apparativen Mängel und der rein ökonomischen Entscheidungen für ein altes Produktionsverfahren bleibt doch

2 Ebd., Bd. 1, MEW 23, S. 195.

3 H. Hörz „Philosophie und Ökologie“, Sitzungsberichte d. ADW d. DDR, 5N/1986, S. 14 ff.

4 J. D. Bernal „Science in History“, London 1954, p. 23.

die eigentliche Ursache für den schweren Chemieunfall in Seveso 1976 eine nach der damaligen wissenschaftlichen Kenntnis unbekanntes wärmeabgebende Reaktion, die beginnend in dünnen Schichten der Reaktionslösung nach Abschalten des Reaktors in mehr als 7 Stunden den gesamten Tankinhalt von mehr als 6 t schließlich um mehr als 60 °C weiter erhitzte,⁵ so das schwere Gift Dioxin (TCDD) produzierte und den Tank zur Explosion brachte.

Es ist also wohl auch berechtigt, gezielt die technische Seite zu untersuchen, um die Bedingungen zu beherrschen oder zu beseitigen, die für ganze Städte und Länder beträchtliche Gefahrensituationen herbeiführen können.

2. Sondersituationen und Standardfälle in Natur und Technik

Es scheint sinnvoll, sowohl zu unterscheiden zwischen Unfällen, Sondersituationen und Standard- oder Normalfällen als auch zwischen natürlichen und, vom Menschen herbeigeführten, künstlichen Situationen. Als gemeinsames Kennzeichen soll nur gegeben sein ein vielfältiges, wechselseitiges Beziehungssystem zwischen einer meist großen Zahl von Einzelelementen und dem Gesamtsystem und, im allgemeinen, Energie- und Stoffaustausch mit der Umgebung (offene Systeme). Das Verhalten einzelner Elemente kann dabei sehr wohl weitgehend genau bekannt sein, es wird aber unter Einfluß anderer Elemente zu einem bestimmten Spielraum, zu einer Veränderung der Ergebnisse ihres Wirkens kommen.

Es sei als erstes Beispiel für eine natürliche Normalsituation der globale Wetterablauf angeführt, wobei unter der dauernden Energiezufuhr der Sonne in der Atmosphäre aus ungeordneten Teilchen wieder neue Strukturen, Wolken, entstehen. Sowohl die große Zahl verschiedener, nebeneinander ablaufender Vorgänge als auch ihre spezielle Art (z. B. Diffusionsvorgänge) machen es sogar bei (praktisch nie zu erreichender) Kenntnis aller Fakten auch theoretisch unmöglich, exakte Aussagen über den Zustand in allen Teilen des Systems und, darauf aufbauend, zutreffende Vorhersagen zu machen.⁶ Verschärft wird diese Problemstellung durch die ununterbrochenen Veränderungen des Gesamtsystems durch die Natur selbst (CO₂-Produktion im jahreszeitlichen Wechsel) und durch den Menschen, indem verschiedene Stoffe produziert werden, die vorher nicht oder nicht in diesen Mengen in der Atmosphäre vorhanden waren. So wurde die Untersuchung der Auswirkungen von Stickoxiden auf die Atmosphäre zuerst begonnen zur Abschätzung der Folgen von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre und des massenhaften Einsatzes von Überschallverkehrsflugzeugen in hohen Schichten der Atmosphäre.⁷ Schon diese ursprüngliche Beschreibung des Gesamtsystems mit mehr als 56 gleichzeitig ablaufenden Gasreaktionen ist auch theoretisch nur unter stark vereinfachenden Annahmen zu beherrschen; in jedem Fall ist das Ergebnis

5 T. G. Theofanus, *Nature* 291, 640–2 (1981); J. Sambeth, *Nachr.Chem.Tech.Lab.*30, 367–71 (1982).

6 Siehe dazu auch den Beitrag von Booß-Bavnbek/Bohle-Carbonell in diesem Band.

7 P. Crutzen, *Ambio* 1, 41 (1971); 3, 201–10 (1974); P. Crutzen, *D. Ehhalt, Ambio* 6, 112–7 (1977).

stark beeinflußt durch die Veränderung einzelner Parameter auf Grund von exakteren Messungen der Kenngrößen von Einzelreaktionen. Dazu kommt, daß die wesentlich mitzubeherrschenden Diffusionsvorgänge zum Transport der Reaktionspartner typisch irreversible Prozesse sind, deren Behandlung zwar die „Nichtgleichgewichtsthermodynamik“ beschreibt, die aber im Rechenmodell nur durch verschiedene halbempirische Parameter berücksichtigt werden können.

Die Folge dieser Schwierigkeiten ist zuerst ein beträchtliches Auseinanderklaffen zwischen Rechenergebnissen und tatsächlichen Meßwerten und weiters, darauf zurückgehend, ein Anzweifeln von Methode und Ergebnis. So lassen sich eindeutig und präzise weder die Auswirkungen von chlorierten und fluorierten Kohlenwasserstoffen auf die Ozonschicht der Erde zeigen, noch lassen sich besonders die klimatischen Auswirkungen der Umleitung sibirischer Ströme in den Süden der Sowjetunion abschätzen. Die Schwierigkeiten sind auch enorm: Zum ersten zeigen neue Untersuchungen der Ozonschicht der Erde eine räumlich (vertikal und horizontal) und zeitlich stark unterschiedliche Verteilung, wobei noch keine Abschätzung über vermutete menschliche Einflüsse möglich erscheint, zum zweiten fehlen einfach Untersuchungen über klimatische Auswirkungen des Rückgangs der Vereisung der Nordpolkappe, wenn durch geringere Süßwasserzufuhr der Salzgehalt des Meerwassers steigt und damit der Gefrierpunkt sinkt – um nur ein Problem zu nennen.

Es ist aber jedenfalls zu befürworten, daß Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, da in jedem Fall irreversible Veränderungen zu erwarten sind. Dies um so mehr, da durch verbesserte Modelle und genauere Reaktionsparameter die Tendenz der ersten Ergebnisse (im Fall des Abbaus der Ozonschicht) bestätigt wurde.⁸

Aber inwieweit ist es überhaupt möglich, sichere Aussagen über das Verhalten komplexer natürlicher Systeme zu geben?

3. Theoretische Behandlung von Nicht-Gleichgewichts-Zuständen

Beginnend in der Mitte der 60er Jahre wurden, ausgehend von der klassischen Thermodynamik (oder besser, richtiger: Thermostatik), neue Konzepte entwickelt, die beschreiben, wie unter gleichgewichtsfernen Bedingungen verschiedene Arten von Prozessen der Selbstorganisation zu „dissipativen Strukturen“ führen können.⁹ Es können oszillierende chemische Reaktionen oder neue, räumliche Strukturen auftreten, die das Verhalten des Gesamtsystems wesentlich beeinflussen. Neben deren durchaus anspruchsvoller mathematischer Beschreibung soll aber vor allem auf die schwierige experimentelle Zu-

8 I.S.A. Isaksen, F. Stordal, *Ambio* 10, 9–17 (1981); siehe auch: U. Feister, *spectrum* 18 (6), 6 (1987).

9 I. Prigogine, G. Nicolis, *J.Chem.Phys.* 46, 3542–50 (1967); I. Prigogine, R. Lefever, *J.Chem.Phys.* 48, 1695–700 (1968); P. Glansdorff, I. Prigogine „*Thermodynamic Theory of Structure, Stability and Fluctuations*“, London 1971; I. Prigogine „*Vom Sein zum Werden*“, München 1979; H. Haken „*Synergetics*“, Berlin (W.) 1978.

gänglichkeit – vor allem die unsichere Reproduzierbarkeit schon von Laborversuchen – hingewiesen werden, wodurch wesentliche Probleme bei der Überprüfung theoretischer Ergebnisse entstehen.

Bei der Simulation dissipativer Strukturen müssen räumliche, dreidimensionale Probleme beschrieben werden, wodurch beträchtliche Anforderungen an die Rechnerleistung gestellt werden. So sind z. B. dreidimensionale Modelle zur Klimabeschreibung auch gegenwärtig schon rein rechentechnisch nur auf „Supercomputern“ (Cray u. ä.) zu realisieren.

4. Eine Analogie zwischen natürlichen und künstlichen Systemen

Unter den oben angeführten Voraussetzungen (wechselseitiges Beziehungssystem zwischen Element und Gesamtsystem) kann eine Analogie hergestellt werden zu hochkomplexen technischen Einrichtungen, zu denen vor allem kerntechnische Anlagen, Produktions- und Verarbeitungsbereiche der Industrie (besonders der chemischen) und die Großraketen-(Weltraum-)Technik zu zählen sind. Als in allen Bereichen zur Konstruktion, Betriebssimulation, Betriebskontrolle und -steuerung angewendete Technologie muß die Elektronik in Form von Rechenanlagen verschiedenster Größe und Aufgabenstellung besonders beachtet werden. Ohne auf die Vielfalt der Prozesse eingehen zu müssen, die durch Prozeßrechnernetze gesteuert werden sollen und in Großrechenanlagen simuliert werden, ist schon beim Betrieb von „Nur“-Rechenanlagen festzustellen,

- daß nichtüberblickbare Eigenschaften vorliegen, die sich vor allem durch Auswirkungen des Zusammenspiels verschiedener Teilkomponenten ergeben;
- daß für die gesamte Anlage eine hohe Situationsabhängigkeit besteht, die vor allem auf die hohe, stets wechselnde Belastung durch (mehrere) verschiedene Benutzer zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich weiters,
- daß die Reproduzierbarkeit auftretender Störungen sehr schlecht ist und daher die Fehlereingrenzung und -beseitigung wesentlich erschwert wird.

Es wäre trivial, ja leichtfertig und überheblich, derartige Probleme einfach auf schlechte Ausbildung oder unzureichenden Arbeitseinsatz zurückführen zu wollen. Auch kann nicht erwartet werden, daß auftretende unerwünschte Eigenschaften auf konkrete, echte „Fehler“, z. B. in der Hardware, der Software oder in der Bedienung zurückzuführen sind und daher bei vollständig exaktem Betrieb zu vermeiden wären; es ist umgekehrt: Derartige Überlegungen sind fehlerhaft.

- Die Fertigung der Hardware erfolgt unter Berücksichtigung einer bestimmten Fehlerquote derart, daß die Mindestzahl der fehlerfreien Schaltelemente den Abnahmebedingungen entspricht; d. h., schon kein Bauteil ist vollständig fehlerfrei, sondern es erfüllt nur die Anforderungen spezieller Testprogramme.¹⁰

- Auch bei vollkommen ausgetesteten Programmen rechnet man mit einem Fehler je 1000 Programmzeilen, d. h., es gibt praktisch keine fehlerfreien Programme.

¹⁰ H. Queisser „Kristallne Krisen“, München 1985, S. 307.

– Eine *perfekte* Bedienungsmannschaft anzustreben, muß statt als vernünftiges Ziel eher als menschenunwürdig bezeichnet werden und wäre auch praktisch nicht zu realisieren.

In Fachkreisen sind die Beispiele Legion für simple Programmfehler, die zum Verlust von Großraketen führten, für den Totalausfall von – natürlich vielfach ausgetesteten, durch Mehrfachsysteme gesicherten – digitalen Telefonanlagen oder Funkleiteinrichtungen von Flughäfen. Es liegt offenbar auch bei technischen Anlagen ein neues, prinzipielles Problem vor, das sich aus der Komplexität des Systems ergibt. All das gilt schon für den Normalzustand, für den Standardfall. Ungleich verschärft wird die Problemstellung für Sonder- und Störfälle.

Als derartige Beispiele für die Natur seien – der Vollständigkeit wegen – Vulkanausbrüche oder Anomalien von Meeresströmungen (z.B. „El Niño“ vor der pazifischen Küste von Mittel- und Südamerika) angeführt. Hier ist keinerlei experimentelle Reproduzierbarkeit des Gesamt ereignisses mehr gegeben. Dasselbe gilt auch für Störfälle von technischen Anlagen, die etwas ausführlicher zu behandeln sind.

5. Störfälle von technischen Anlagen

Hier sollen vier große Industrieunfälle der letzten Jahre verglichen werden¹¹ – und zwar (in chronologischer Reihenfolge): Kühlmittelverlustunfall bei einem Druckwasserreaktor in Three Mile Island,¹² Explosion eines Methyl-Isocyanat-Tanks in Bhopal,¹³ Wasserstoffexplosion mit teilweiser Freilegung des Reaktorcores in Tschernobyl¹⁴ und Brand eines (Alt-)Chemikalienlagers bei Sandoz in Basel.¹⁵ Die Unfallbeherrschung war in Bhopal sowohl technisch als auch wissenschaftlich relativ am wenigsten problematisch (auch bei dem früher angeführten Unfall in Seveso reichte schon ein Wiedereinschalten der Kühlung zur Beseitigung der Unfallursache). Aber gerade für Bhopal konnte die Vermutung der aktiven Sabotage (durch Einleiten von 450–900 l Wasser in den Lagertank) nicht zweifelsfrei ausgeräumt werden.

11 Es wäre sicherlich korrekter, eine systematische Untersuchung über Industrieunfälle während eines bestimmten Zeitraums nach verschiedenen Kriterien auszuwerten. Eine derartige Untersuchung ist dem Autor nicht bekannt; es ist daher sowohl die Auswahl sicherlich etwas willkürlich als auch der Vergleich nicht streng systematisch.

12 The President's Commission (J.G. Kemeny, chairman), Report on „The Accident at Three Mile Island“, Düsseldorf 1979 (deutsch: „Der Störfall von Harrisburg“); im folgenden: TMI-2.

13 Union Carbide Corporation „Bhopal Methyl Isocyanat Incident Investigation Team Report“, Danbury, Conn. 1985; Special Issue: Bhopal, Chem.Eng.News. 63 (6), 14 (1985); R. Klinger, Nachr.Chem.Tech.Lab. 33 (7), 590 (1985).

Zur Toxizität von MIC (Mutagenität, Gentoxizität, Chromosomenshädigung): E. E. McConnell et al., Environ.Sci.Technol. 21 (2), 188–93 (1987).

14 USSR State Committee on the Utilization of Atomic Energy „The Accident at the Chernobyl Nuclear Power Plant and its Consequences“, IAEA, Wien 1986; im folgenden: RBMK-1000.

15 Nachr.Chem.Tech.Lab. 34 (12), 1184 (1986).

Hingegen stellte der Vollbrand von mehr als 1200 t und fast 30 verschiedenen Chemikalien (darunter 1,9 t Quecksilber) in Basel schon für einen Chemiker einen Alptraum dar und überforderte auch gutausgebildete Löschmannschaften weitgehend; dies betraf insbesondere die Abschätzung möglicher Folgen bei der Wahl unterschiedlicher Löschmittel.

Bezüglich der Unfallursache mögen Basel (Selbstentzündung [?]) und Three Mile Island (Vergessen eines geschlossenen Haupthahns im Kühlsystem nach einer Wartung) ähnlich „geringfügig“ gewesen sein, bei der Unfallbeherrschung stellte doch letzterer ungleich größere wissenschaftliche Anforderungen. Der Störfall in Harrisburg wurde aber vor allem kritisch auf Grund von schwerem Fehlverhalten der (früheren Atom-U-Boot-)Bedienungsmannschaft eineinhalb Stunden nach Störfalleintritt.¹⁶

Sowohl von der Analyse der Unfallursache als auch von den Problemen bei der Unfallbeherrschung her stellte der Unfall im KKW Tschernobyl den kompliziertesten Fall dar. Erst die bewußte Ausschaltung von mehreren Sicherheitssystemen über einen Zeitraum von einigen Stunden führte kurz nach Beginn des beabsichtigten Turbinenversuchs zu einer lokalen Überhitzung im Reaktor und zu einer Wasserstoff-(Knallgas-)Explosion.¹⁷

Es sei an dieser Stelle betont, daß alle angeführten Unfälle durch verschiedene gesellschaftliche, politische und organisatorische Maßnahmen hätten vermieden werden können. Dieser Aspekt der vielschichtigen Problemstellung soll hier nicht diskutiert werden; nicht weil er unerheblich wäre, sondern weil entsprechende gesellschaftliche Verhältnisse wohl die Voraussetzungen für mögliche Problemlösungen schaffen können, dies aber noch nicht die Problemlösung selbst darstellt.

6. Notwendigkeit und Zufall, auch in technischen Anlagen

Besonders in den beiden zuletzt angeführten Fällen stellte die Unfallbeherrschung selbst maximale wissenschaftliche und – bei Tschernobyl – auch technische Anforderungen. Allgemein lautet die Problemstellung, wie die Wiederherstellung von Normalzuständen durch technische Maßnahmen unterstützt werden kann, wenn man chaotische Zustände weitab von Planungs- oder Auslegungsgrößen vorfindet. Auch hier treten systembedingte Instabilitäten auf, wobei die große Zahl von Einflußparametern und die große Entfernung vom Normalzustand maßgeblich mitbestimmend sind.

Für solche Situationen gilt auch in technischen Anlagen zumindest, daß rein deterministische Beschreibungen aller Größen für alle Zeitpunkte nicht mehr möglich sind. Die Schlußfolgerung daraus ist aber nicht notwendigerweise, daß eine Beschreibung prinzipiell unmöglich wäre: Die Quantenmechanik beschreibt schon seit bald 60 Jahren diskrete Zustände von Atomen und Molekülen mit statistischen Erwartungswerten, die mit den experimentellen Meßwerten ausgezeichnet übereinstimmen. Damit zeichnet sich aber auch

16 E. Finckh, U. Waas, Phys.i.u.Z. 10 (4), 114–8 (1979).

17 RBMK-1000, Part I, p. 15 ff.

eine Beschreibung von komplexen technischen Anlagen sowohl im Normalbetrieb als auch in Störfallsituationen ab.

In der Wirklichkeit laufen stets neben notwendigen, deterministischen Vorgängen auch zufällige, statistische ab. Zufällige Ereignisse sind dabei sowohl Ergänzung als auch Erscheinungsform der notwendigen; sie erfordern eine ihnen entsprechende Beschreibung durch statistische Gesetze. Diese treten überall dort auf, wo die Beziehungen zwischen System und Elementen wesentlich werden und/oder Rückschlüsse vom System auf das Verhalten der Einzelelemente gezogen werden sollen. In keinem Fall bedeutet dies aber eine Abkehr von der prinzipiellen Möglichkeit der Beschreibung und Darstellung der Realität.

„Die Diskussion um das Verhältnis von dynamischen und statistischen Gesetzen führte zur Präzisierung der Gesetzesauffassung im dialektischen Determinismus. Die Anerkennung der objektiven Existenz von Möglichkeitsfeldern, die Bestimmung von Wahrscheinlichkeiten für zukünftige Ereignisse und die Auffassung von der Existenz einer Systemmöglichkeit, die notwendig Wirklichkeit wird, ändert nichts an der von den Klassikern entwickelten Auffassung, nach der objektive Gesetze allgemein-notwendige, das heißt reproduzierbare und wesentliche, das heißt den Charakter der Erscheinung bestimmende Zusammenhänge sind, sie führen vielmehr zu einem besseren Verständnis des gesetzmäßigen Verlaufs von natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen.“¹⁸ Diese Aussage kann ohne Vernachlässigung der Allgemeinheit der Überlegungen ausgeweitet werden auf künstliche (technische) Prozesse.

Praktisch angewendet würde dies bedeuten, daß Betriebsabnahmeprüfungen und Zulassungsentscheidungen von staatlichen, öffentlichen Stellen auf Grundlage von stochastischen Analysen des Verhaltens von technischen Anlagen durchgeführt werden müssen. Voraussetzung dafür wären aber zuerst die theoretische Entwicklung dazu geeigneter Methoden, diesen entsprechende Steuer- und Kontrolleinrichtungen und deren praktische Überprüfung.¹⁹

Die bisherige Vorgangsweise besteht zum einen darin, für bestimmte, als „unsicher“ erkannte Teile Zusatzeinrichtungen (oder Neuplanungen) vorzuschreiben. Ob derartige Veränderungen jeder Art neben der (notwendigerweise) erhöhten Komplexität auch die Zuverlässigkeit insgesamt erhöhen, ist zu bezweifeln, jedenfalls nicht zu demonstrieren.²⁰ (Um Mißverständnisse zu vermeiden: Selbstverständlich ist das aktuelle Niveau von [im konkreten Fall] Sicherheitseinrichtungen heute praktisch in jedem Fall niedriger als das potentiell mögliche; und eine Schranke zur „Unüberblickbarkeit“ der Gesamtanlage ist nicht fix, sondern abhängig von Meß- und Steuereinrichtungen. Trotz allfälliger objektiver Grenzen sind daher unmittelbare Maßnahmen möglich, um Betriebssicherheiten zu erhöhen.)

Zum anderen wird versucht, Interpretationen oder Entscheidungen von

18 H. Hörz „Zufall – eine philosophische Untersuchung“, Berlin (DDR) 1980, S. 209; siehe auch: Acad. F. V. Konstantinov (ed.) „The Fundamentals of Marxist-Leninist Philosophy“, Moskau 1982 (engl.), p. 134 ff.

19 Siehe z. B. U. Fiedler, F. Baldeweg, *wissensch.u.fortschr.* 37 (2), 39–42 (1987).

20 R. K. Lester, *Spektr.Wiss.* 1986 (5), 42–52.

großen automatischen Anlagen an (mehreren) entscheidenden Stellen durch Menschen zu überprüfen, um derart über Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten zu verfügen. Gleichzeitig damit schafft man aber Möglichkeiten, ganze Sicherheitssysteme bei guter Kenntnis des Gesamtsystems auszuschalten oder zu umgehen. Daß dies zu Betriebszuständen führen kann, die keine Planung für den Normalbetrieb oder für Störfälle berücksichtigen könnte,²¹ ist eine entscheidende Einschränkung und die schwerwiegendste sicherheitstechnische Konsequenz aus dem Unfall in Tschernobyl.

Gibt es dann überhaupt realisierbare Methoden, um die Betriebssicherheit und die Zuverlässigkeit von großtechnischen Anlagen zu erhöhen, ohne sich durch Ausschaltung des Menschen vollkommen auf automatische Systeme verlassen zu müssen, oder ist die Grenze der Beherrschbarkeit von komplexer Technik schon erreicht oder überschritten?

7. Möglichkeiten zur Steuerung komplexer Anlagen ...

Ein Blick in die Natur zeigt, daß ungleich kompliziertere Aufgaben ungleich schneller und zuverlässig gelöst werden. Das gilt selbstverständlich für das menschliche Gehirn als die höchstentwickelte materielle Struktur; aber auch die „dezentrale, real-time“ Bildverarbeitung z. B. der beiden unabhängig voneinander beutesuchenden Chamäleonaugen zeigt durch ihre unvergleichliche Überlegenheit gegenüber dem derzeitigen Stand der elektronischen Bildverarbeitung Entwicklungsmöglichkeiten auf, die schon bei teilweiser Nutzung beträchtliche Verbesserungen der Leistungsfähigkeit künstlicher Systeme bringen müssen.

Diese großen Aufgaben stellen Anwendungsgebiete für Künstliche Intelligenz (auf die später noch eingegangen wird) dar, die gegenwärtig intensiv erforscht werden, aber für die entsprechenden Einrichtungen heute nicht zur Verfügung stehen; daneben gibt es aber eine ganze Reihe von anderen technischen Möglichkeiten zur Verbesserung der aktuellen Situation. Eine davon wäre vor allem die stärkere Ausnutzung der graphischen und farblichen Erkennungsfähigkeit des menschlichen Auges zur Darstellung von Zuständen und/oder Vorgängen. Die Verwendung von Graphik-Farbbildschirmen²² in Schaltwarten von Großanlagen stellt eine beträchtliche Arbeitsverbesserung für den Normalbetrieb und eine Entscheidungsunterstützung für geplante Änderungen des Betriebszustandes (An- und Abschaltphasen) und für Störfälle dar.

8. ... und weitere ungelöste Probleme

Durch die so erzielte Zusammenfassung verschiedener Daten und die Verbesserung ihrer Erfäßbarkeit wird trotzdem bestenfalls ein Schritt getan zur Lösung eines Hauptproblems, das besonders bei Störfällen gravierend wird,

21 RBMK-1000, Part I, p. 23.

22 Chem.Anl. + Verf. Elektronik, 1987 Juli, 18; H.-F. Brinckmann, wissensch.u.fortschr. 37 (6), 136-9 (1987).

und zwar das Problem der Informationsreduktion. So lief bei dem Störfall in Harrisburg der Drucker des Prozeßrechners zweieinhalb Stunden hinter den aktuellen Ereignissen nach, seine Daten waren praktisch nicht zu verwenden.²³ Es sind also Methoden erforderlich, die in Abhängigkeit von der anfallenden Datenmenge Entscheidungen treffen über die Wichtigkeit von Informationen. Dies ist zwar ein gegenwärtig ungelöstes, jedoch keineswegs unlösbares Problem der modernen elektronischen Informationsverarbeitung; es ist offenbar gerade die Fähigkeit zum Vergleich mit ganzen Mustern (anstelle des Vergleichs von Einzelbildpunkten) der entscheidende Grund für die Überlegenheit aller natürlichen Systeme. Dies ist eine vom Prinzip her ähnliche Aufgabenstellung wie für das bildhafte Erkennen und für Erinnerungsvorgänge im menschlichen Gehirn.

Es wurde in jüngster Zeit auch experimentell bestätigt, daß die natürliche Bildverarbeitung auf einem stufenweisen Wahrnehmungsprozeß beruht, der von Umrissen und Merkmalen weitergeht zu Einzelheiten und Details.²⁴ Dem entsprechen schon länger entwickelte Methoden, Kennzeichen und Eigenschaften (z. B. von Stoffen) zu Klassifikatoren zusammenzufassen, um so die Suche in großen Datenbanken sowohl zu beschleunigen als auch zuverlässiger, treffsicherer zu machen.²⁵ Entscheidend wird dabei natürlich die Wahl, der Aufbau des Klassifikators und die Methode des Suchens in einer Daten-(Wissens-)Bank.

Damit folgt das nächste Problem auf dem Fuß: Ein Mensch mit mehr Wissen und Erfahrung (ein „Experte“) fällt (normalerweise) in neuen Situationen raschere Entscheidungen als eine Vergleichsperson mit weniger Wissen; wird hingegen bei einem automatischen System die Wissensbasis erhöht, d. h. vergrößert, so verlängert sich unmittelbar auch die zur Entscheidungsfindung erforderliche Zeit. Das ist einer der Hauptgründe dafür, daß Fachleute grundsätzlich bestreiten, wissensbasierte Systeme (Künstliche Intelligenz) seien geeignet zur Steuerung und Kontrolle hochkomplexer Systeme.²⁶ Diese Einschätzung trifft sicherlich zu auf die heute aktuellen Methoden, aber mit diesen sind nicht alle Möglichkeiten erschöpft.

9. Neue Rechnerarchitekturen . . .

Der beschriebene Effekt der Entscheidungsverzögerung bei Erhöhung der Wissensbasis kann nur überwunden werden durch neue technische Konzepte

23 TMI-2, S. 51, weiters: „Über 100 Alarmmeldungen wurden in den frühen Stadien des Störfalls ausgelöst, ohne daß eine Möglichkeit bestand, die unwichtigen zu unterdrücken und die wichtigen zu identifizieren.“

S. 120: Faust (Operator): „Ich hätte die Schalttafel an die Wand werfen mögen. Sie gab uns zwar viele, aber keine wirklich wichtigen Informationen.“

24 R. Finke, *Spektr. Wiss.* 1986 (5), 78–86.

25 K. Fukunaga „Introduction to Statistical Pattern Recognition“, New York 1972; siehe z. B. auch: K. Varmuza „Pattern Recognition in Chemistry“, Berlin (W.) 1980.

26 H. L. Dreyfus, S. E. Dreyfus „Künstliche Intelligenz“, Reinbek 1987, S. 32 u. S. 167.

und, eng damit verbunden, durch neue Programmmethoden. Daß eine einfache Erhöhung der Rechengeschwindigkeit nicht zum Ziel führen kann, mag die Tatsache zeigen, daß schon die heutigen Bauteile um ein Vielfaches „schneller“ sind als menschliche Neuronen, die Schaltteile im Gehirn.

Die auf von Neumann zurückgehende Zusammenfassung von Programm und Rechenwerk in einer Rechnerarchitektur mit je einem Speicher, Rechenwerk und Steuereinheit für eine sequentielle Abarbeitung des Programms kann diese Aufgaben jedenfalls nicht lösen. Andere, schon vielfach im Einsatz befindliche Rechnerkonzepte erlauben zuerst eine parallele, gleichzeitige Verarbeitung mehrerer gleichartiger Schritte durch eine Vergrößerung der Zahl der Rechenwerke (Vektorrechner) oder, als nächste Stufe der Vernetzung, Parallelprozessoren mit mehr als 65 k Prozessoren, die untereinander entsprechend ihrer Aufgabenstellung vernetzt werden können.²⁷ Derartige Rechner ermöglichen – vor allem auf Grund der neuen Architektur – durch eine entscheidend höhere Verarbeitungsgeschwindigkeit das Lösen einer Vielzahl von Aufgabenstellungen in der Bild- und Signalverarbeitung und der Mustererkennung. Ihre Arbeitsweise ähnelt wahrscheinlich mehr der natürlichen Informationsverarbeitung als die Von-Neumann-Architektur.

Die hardwaremäßige Simulation der natürlichen Mustererkennung wird mit „holistischen Maschinen“ versucht. Dabei sollen spezielle Eigenschaften von holographischen Bildern genutzt werden: Diese speichern auf Grund ihrer speziellen Aufnahmetechnik (Interferogramme) in jedem Bildpunkt die gesamte Information des Bildes. Wird also ein Hologramm zerbrochen, so liefert jedes Bruchstück trotzdem ein vollständiges Bild, nur mit einer etwas geringeren Auflösung. Entscheidend ist aber, daß ein Vergleich der Ähnlichkeit zweier Muster möglich wird – nicht durch Überprüfung ihrer Einzelmerkmale, sondern durch den direkten Vergleich des gesamten Bildes.²⁸

Schließlich seien noch „dedicated systems“ erwähnt, die nicht mehr universell die verschiedensten Aufgaben erfüllen können, sondern ausschließlich ganz bestimmte, hardwaremäßig festgelegte, diese aber dafür schnell und fehlerfrei. Derartige Systeme sollen helfen, programminhärente Fehler zu vermeiden oder ihre Folgen unwirksam zu machen.

Ähnliche Veränderungen wie bei den Rechnern sind auch bei den Programmen in dem Ausmaß erforderlich, wie an Stelle der Lösung rein numerischer Aufgabenstellungen die Behandlung vielfacher logischer Entscheidungen auf Grundlage von Wahrscheinlichkeitskalkülen²⁹ angestrebt wird. Die bisherigen ablauforientierten Programme (Algorithmen) müssen dafür ersetzt werden durch symbolorientierte Programme in entsprechenden Sprachen (LISP, PROLOG u. ä.), die, verbunden mit einer neuen, fünften Rechnergeneration, Aufgaben der Künstlichen Intelligenz (Bild- und Sprachverarbeitung, Expertensysteme mit Lernfähigkeit) lösen sollen.

27 W. D. Hillis, *Spektr. Wiss.* 1987 (8), 52–60.

28 Dreyfus, Dreyfus, a. a. O., S. 91.

29 E. Charniak, D. McDermott „Introduction to Artificial Intelligence“, Reading Mass. 1985, p. 460: Bayes' Theorem.

10. ... und Künstliche Intelligenz

Die Verwendung wissensbasierter Systeme setzt allerdings den Aufbau ihrer Wissensbasis voraus, und damit entstehen aktuelle, große Schwierigkeiten: Es sind grundlegende Fragen zu lösen, die die Wissensdarstellung und die Wissensorganisation betreffen.³⁰ Darüber hinaus ist aber gegenwärtig weder klar, wie die subjektive Entscheidungsfindung und die Motivation für eine bestimmte Entscheidungsstrategie eines Experten formalisierbar ist, noch wie „Alltagswissen“ als Datenbank dem Rechner zur Verfügung gestellt werden kann oder auf welchen Wegen er dieses „erlernen“ soll.

Es ist bisher zwar gelungen, Faktenwissen zu speichern; die Methode aber, wie Experten ihr Wissen nutzen, läßt sich bisher nicht (vielleicht prinzipiell nicht?) simulieren. Alle Versuche scheiterten bisher eigentlich schon daran, daß Experten selbst ihre meist richtigen Entscheidungen weder vorher noch nachträglich rational nachvollziehbar beschreiben können.³¹

Auch so einfache Tätigkeiten wie „Gehen“ und „Radfahren“ entziehen sich nicht nur einer elektronischen Darstellung und Simulation – nicht zuletzt wegen der ungeheuren Datenflut, die für jede Einzelentscheidung verarbeitet werden muß –, sondern stellen auch ingenieurtechnisch unlösbare Probleme bei der Konstruktion entsprechender Apparate.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß auch technische, informationstheoretische Zugänge zur Frage der Repräsentation von Allgemeinwissen zur Erkenntnis führen, daß dazu soziale Beziehungen formalisiert³² und dem Computer verfügbar gemacht werden müssen – eine nicht nur praktisch unlösbare Aufgabe. Die philosophisch-weltanschauliche Frage des Menschenbildes in seiner sozialen Umwelt und der Möglichkeiten seiner Darstellung in logischen Systemen soll hier nicht diskutiert werden, weil beim Betrieb technischer Anlagen der Mensch nicht ersetzt, sondern in seinen Entscheidungen unterstützt werden soll.

Wohl wird auch die Frage, wie und ob Expertensysteme für Teilbereiche (z. B. Medizin – MYCIN,³³ Analytische Chemie – DENDRAL³⁴ u. a. m.) tatsächlich leistungsfähiger sind als Fachleute oder ob sie ihnen Routinetätigkeiten abnehmen können, durchaus kontroversiell diskutiert. Aber die schon vor einigen Jahren begonnene und sich ausweitende Speicherung der verschiedensten umfangreichen Datenmengen und ihre prompte Verfügbarkeit für schnelle Rechner wird erst in einiger Zeit Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Wertungen von Anwendungen der Künstlichen Intelligenz erlauben.

Die zweite industrielle Revolution, mit der durch informationsverarbeitende Maschinen in Produktions- und Arbeitsprozessen Schranken des geistigen

30 Ebenda, p. 393.

31 Dreyfus, Dreyfus, a. a. O., S. 37 ff.

32 Ebenda, S. 113 f.

33 Siehe z. B. R. Davis, R. Buchanan, E. Shortliffe, *Artificial Intelligence* 8, 15–45 (1977).

34 DENDRAL geht zurück auf eine Anregung von E. A. Feigenbaum u. J. Lederberg; für eine weiterentwickelte Version siehe: D. H. Smith et al. „Heuristic DENDRAL: Analysis of Molecular Structure“, pp 287–315 in: W. T. Wipke et al. (eds.) „Computer Representation and Manipulation of Chemical Information“, New York 1974.

Arbeitsvermögens der Menschen überwunden werden,³⁵ hat jedenfalls noch einen weiten Weg vor sich.

11. Schlußbemerkung

Es wurde versucht, einige Probleme zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren, die sich aus dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktionsinstrumente ergeben. Die Produktivkräfte als Ganzes mit ihrem Hauptbestandteil, dem Menschen, sind bestimmender Teil bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft und erfordern immer wieder die Anpassung der gesellschaftlichen Verhältnisse.³⁶ Diese müssen auch Entscheidungen ermöglichen, aus der Vielzahl der Anwendungsmöglichkeiten von Technologien die unangemessenen, gefährlichen nicht zu verwirklichen. Letzteres ist auch dann erforderlich, wenn ihr Betrieb nicht sicher kontrollierbar oder ihre Auswirkungen nicht abschätzbar und damit nicht verantwortbar sind.

35 H. Nick, K. Seinitz, *Wirtschaftswissenschaft* 1982 (11), 1622.

36 J. Ligatschow, *Probleme des Friedens und des Sozialismus* 30 (7), 867–77 (1987), im speziellen (S. 868): „Erstens: Der ökonomische Inhalt der Umgestaltung (in der UdSSR, H.M.) besteht darin, daß die Produktionsverhältnisse mit dem neuen Stand der Produktivkräfte in Übereinstimmung gebracht werden. Das ist ein revolutionäres Merkmal.“

Machbarkeit nichtbeherrschbarer Technik durch Fortschritte in der Erkennbarkeit der Natur

Bernhelm Booß-Bavnbek / Martin Bohle-Carbonell

1. Einleitung – 2. Zuverlässigkeit und Unzuverlässigkeit mathematisch-naturwissenschaftlicher Berechnungen – 3. Verschiedenartigkeit der „Qualität“ mathematisch-naturwissenschaftlichen Wissens – 4. Machbarkeit ohne Beherrschbarkeit – 4.1 Diffusionsgleichung: Vom Ad-hoc-Einzelwissen zur theoretischen Einbettung – 4.2 Theorieleere Praxis – 4.3 Menschliche Erkenntnisstrahlen – 4.4 Problemlösung ohne „Erfassung der Situation“ – 4.5 Betonierung von Lösungsverfahren – 4.6 Technikromantik, KI und Realität – 5. Absolute Erkenntnisstrahlen? – 6. Gesellschaftliche Ethik wissenschaftlich-technischer Veränderungen – 6.1 Zweifel und Risiko – 6.2 Wie soll es weitergehen?

1. Einleitung

Auf den folgenden Seiten wird von mathematisch-naturwissenschaftlichen Methoden und Ergebnissen die Rede sein. Das wird für manche Leser mühsam sein, Nachschlagen einzelner Begriffe im Lexikon oder in alten Schulbüchern erfordern und weitere Fragen auslösen. Einige werden auch fragen, ob sich der Aufwand lohnt, ob man nicht die Erörterung der Fachprobleme den Fachleuten überlassen und von den Autoren schneller lesbare, leichter verständliche und universell anwendbare erkenntnistheoretische und politische Verallgemeinerungen und Folgerungen verlangen kann. Doch sowenig wie es Aufgabe der Marxisten war, Arbeiterbewegung und fortschrittliche Intelligenz mit den Anstrengungen einer wissenschaftlichen Theorie der Gesellschaft zu verschonen, kann es heute darum gehen, den Bürger, Funktionär oder Gesellschaftswissenschaftler vor naturwissenschaftlich-technischem Grundwissen zu bewahren.

Vorschnelle Verallgemeinerung ist mit einem systematischen Fehler behaftet: Je größer die Entfernung vom Gegenstand ist, desto leichter läßt sich der Philosoph (so kritisch er sich auch gibt) dazu verführen, aus der Unbegrenztheit unseres mathematisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisvermögens auf die Beherrschbarkeit der Technik zu schließen, *wenn* nur günstige gesellschaftliche Voraussetzungen, Demokratie, Sozialismus, Frieden und ein gewisser Wohlstand vorliegen. Je näher man dem Gegenstand ist, desto einschränkender sind aber die Bedingungen, um Zweifel der Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker (so verliebt sie auch in ihr Spielzeug sind)

schon an der bloßen technisch-naturwissenschaftlichen Beherrschbarkeit der Technik auszuräumen.

Das war nicht immer so. Am Anfang unseres Jahrhunderts war die Vorstellung auch unter Mathematikern und Naturwissenschaftlern noch weit verbreitet: Wenn wir nur etwas mehr wüßten, hätten wir alles im Griff. Heute wird das kein Fachmann mehr im Ernst behaupten. Mit dem explosionsartigen Zuwachs an mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen wurden nämlich handfeste Erfahrungen gemacht.

GESELLSCHAFTLICH: Die Fortschritte in der Erkennbarkeit der Natur, die Erweiterung der konkreten Naturerkenntnis und des Arsenal der Theorien, Methoden und Instrumente weiteten den Horizont des technisch Machbaren und tatsächlich Gemachten ins Unermeßliche aus. Die Paarung von hochspezialisiertem Fachwissen mit Beschränktheit und Rücksichtslosigkeit hat zu einer Lawine neuer Probleme, zu der katastrophalen Situation geführt, daß wir heute in großen gesellschaftlichen Bereichen am Rande unserer Erkenntnis hantieren.

NATURWISSENSCHAFTLICH – TECHNISCH: Je mehr wir wissen, desto mehr Bereiche der Unkenntnis wurden sichtbar. Noch jede neue wissenschaftlich-technische Errungenschaft ist von niederschmetternden Erfahrungen mit der Komplexität von isolierten, menschengeschaffenen technischen Objekten begleitet. Die komplexen Materialeigenschaften einfacher Legierungen, die Wirkungsweise bescheidener Programme der Wirtschaftsinformatik, die Zuverlässigkeit von Space Shuttle und SDI lassen sich nicht vorhersagen. Diese – im Vergleich zur Komplexität der globalen Fragen – läppischen Systeme erweisen sich als technisch nichtbeherrschbar für ihre eigenen Schöpfer.¹ Deshalb gibt es keinen Raum mehr für die Vorstellung, daß unsere gewohnte Art der Gestaltung des Wechselverhältnisses zwischen Mensch, Technik und Natur beherrschbar wäre – wo wir die vielfältigen Komponenten nicht einmal überschauen oder abschätzen und damit auch nicht kontrollieren können.

Auf der Grundlage unserer Berufserfahrung mit mathematischen Methoden in Naturwissenschaften und Technik: mit Sicherheit und Unzuverlässigkeit mathematischer Berechnungen (Abschnitt 2) und den Gründen dafür (Abschnitt 3), mit Machbarkeit ohne Verstehen und Kontrolle (Abschnitt 4), mit der Sensibilität von Mathematik und Physik für die innerfachlichen Risiken im Grenzbereich unseres gegenwärtigen Wissens (Abschnitt 5) plädieren wir für eine Neuorientierung unseres Denkens, Diskutierens und Handelns (Abschnitt 6).

¹ Unser Thema ist das Verhältnis von Handeln und *Erkenntnis*; d. h., wir untersuchen einstweilen nicht die gesellschaftliche, sondern die gedankliche und technische Beherrschbarkeit von durch die Menschen geschaffenen Gegenständen und Verhältnissen. Ohne technische Beherrschung, ohne die gedankliche Erfassung aller möglichen und wesentlichen Bedingungen und Folgerungen ist es kaum sinnvoll, über gesellschaftliche Beherrschbarkeit, über gesellschaftliche Kontrolle, über eine vernünftige gesellschaftliche Beschlußfassung über Einsatz oder Verzicht auf technisch Machbares zu spekulieren.

Wir danken W. Coy (Bremen), J. H. Jensen (Roskilde) und G. Pate (Hamburg) und einer Anzahl weiterer Genossen, Freunde und Kollegen für Beratung bei der Abfassung des Manuskripts.

2. Zuverlässigkeit und Unzuverlässigkeit mathematisch-naturwissenschaftlicher Berechnungen

Während die Bedeutung mathematisch-naturwissenschaftlicher Argumente überall wächst,² bleibt das öffentliche Denken über die Glaubwürdigkeit von mathematischen Modellen bei Schablonen stehen. Wie können wir ein realistischeres Verhältnis zu mathematisch-naturwissenschaftlichen Berechnungen gewinnen?

THESE 1. *Auf mathematische Berechnungen kann und muß man sich verlassen.*

Diese These gilt für den Kranführer auf der Baustelle: Nach den Hebelgesetzen ist „Kraft \times Kraftarm = Last \times Lastarm“. Daraus läßt sich eine Begrenzung für zu hebende Lasten ableiten, so daß der Kran nicht umkippen und das Leben der Bauarbeiter gefährden kann. Die These gilt auch für das Konsortium, das einen Nachrichtensatelliten auf eine geostationäre Umlaufbahn um die Erde hochschießen will. Die schon Newton bekannten Gravitationsgesetze erlauben die Berechnung der Höhe für die Umlaufbahn mit der für die Sicherheit der Geldanlage des Konsortiums erforderlichen Präzision. Wer sein Leben oder sein Geld liebhat, darf These 1 nicht bezweifeln.

Und doch kennt der Sicherheitsbeauftragte auf der Baustelle die Gefahr von Windstößen und bugsierenden Lastzügen, der Anlageberater die Häufigkeit von Explosionen der Trägerraketen, wodurch die Anwendung der mathematischen Berechnungen außer Kraft gesetzt wird. Genauer:

THESE 2. *Auf mathematische Berechnungen kann und darf man sich nicht verlassen.*

Die These gilt für den Fischteichbesitzer: Man kann Grundgleichungen über die Sterblichkeit von Fischen und ihre Gewichtszunahme aufstellen und daraus auf mathematischem Weg – ganz ähnlich wie bei der Satellitberechnung – die optimale Wartezeit bis zum Abfischen bestimmen. In der Praxis kann sich aber zeigen, daß eine u. U. erheblich kürzere oder erheblich längere Wartezeit doch rentabler ist. Nicht wegen eines Rechenfehlers, sondern weil unser Modell offensichtlich wesentliche Beziehungen nicht korrekt widerspiegelte. Dann ändert man eben die Werte und den Aufbau der Grundgleichungen, führt neue Größen ein, unterscheidet nach Arten, Altersklassen, Jahreszeiten, regionalen Besonderheiten und legt dieses nachjustierte und verfeinerte, aber deswegen nicht notwendig treffendere oder realistischere Modell den weiteren Berechnungen über Aussatz von Fischlaich, Abfischen und Rentabilität zugrunde, bis sich ein neuer Fehler zeigt, die eigenen Fische einer Infek-

² L. L. Smarr, An approach to complexity: numerical computations, Science 228 (1985), 403–470.

tion erliegen und die des Konkurrenten wegen einer geringfügigen Änderung der Fütterung plötzlich viel schneller zunehmen.³

These 2 bestätigte sich auch beim legendären Einsturz der Tacoma-Hängebrücke in den USA am 7. November 1940, vier Monate nach ihrer Einweihung. Die baustatischen Berechnungen und die Qualität der ausgeführten Bauarbeiten waren nicht zu beanstanden. Fachfremde Strömungsmechaniker der Automobil- und Flugzeugindustrie fanden dann erst den Grund: Der Winddruck auf die aus Sicherheitsgründen besonders kräftig ausgelegte Stahlkonstruktion hatte zu rhythmischen Schwingungen der Brücke geführt, die sich durch eine unglückliche Resonanz zum „Galopp“ aufschaukelten. Mehr Sicherheit ließ sich nicht durch genauere Berechnungen oder bessere Qualität der Ausführung erreichen, sondern nur durch Überschreiten der zu engen Fachgrenzen.⁴

Ein anderes Beispiel spektakulären Versagens bieten die weltweit vernetzten Börsencomputersysteme. Hierbei gibt es zwei Aspekte. Der *Ausfall* des Londoner Börsencomputersystems am Tage der Inbetriebnahme im Oktober 1986 war noch ein für die Branche ganz normaler Vorgang, wie er überall bei der Entwicklung großer ziviler oder militärischer Informationssysteme auftritt, die nicht termingerecht fertiggestellt und deren Grundfunktionen nicht ausreichend vom Schreibtisch, sondern erst in der Installation und in Probeläufen bestimmt und eingestellt werden können.⁵ Tatsächlich waren in London die Anforderungen an das Computersystem, nämlich eine genaue vertragliche Zugriffsbreite für jeden Benutzer, wodurch eine Überlastung ausgeschlossen ist, richtig spezifiziert und nur nicht termingerecht installiert worden. Zur Vermeidung von Schadensersatzforderungen wurde allen Benutzern zunächst die volle Zugriffsbreite zugeteilt, worauf das System abstürzte, da kein Modell der Überlastung und kein entsprechendes Notprogramm existierten.

Viel dramatischer ist aber die Nichtvorhersagbarkeit der Wirkungsweise von *fertig installierten* und *„fehlerfrei“* arbeitenden Börsencomputersystemen. Genauere Untersuchungen über die Wirkungsweise von Rechnern im Börsenverkehr zeigen hier eine weitere Seite unserer These: Die immer bessere und schnellere Funktionsweise des einzelnen Börsenautomaten (10 Abfragen pro Sekunde im Devisengeschäft) gefährdet die regulierende Funktion der Börse schon bei verhältnismäßig schwachen Kursschwankungen, die nicht geglättet, sondern elektronisch in Kollapsnähe aufgeschaukelt werden.⁶

3 J.H. Jensen, *Mathematisk modeller – vejledning eller vildledning?* Naturkampen 18 (1980), 14–22.

4 M. Braun, *Differential Equations and Their Applications*, New York 1978, 167–169.

5 Vgl. die umfangreiche Literatur zur technischen, mathematischen, physikalischen und datalogischen Kritik von SDI.

6 *City hopes for steady state after Big Bang*, *New Scientist*, 23. 10. 1986, 32.

3. Verschiedenartigkeit der „Qualität“ mathematisch-naturwissenschaftlichen Wissens

Mathematische Modelle erhalten ihre politische Brisanz weder aus der Sicherheit noch aus der Unzuverlässigkeit der Berechnung, sondern daraus, daß in jedem neuen Einzelfall die Glaubwürdigkeit konkret beurteilt werden muß, statt sich nur auf nachweisliche Erfahrungen mit der Korrektheit oder Schwindelhaftigkeit mathematischer Modelle und Berechnungen in anderen Zusammenhängen zu berufen. Das Urteil wird dadurch erschwert, daß viele mathematische Formeln äußerlich ähnlich aussehen, auch wenn ihr wissenschaftstheoretischer Status, ihre Aussagekraft, die Art ihrer Nachprüfung und die Grenzen ihrer Anwendung recht unterschiedlich sein können:

Der binomische Lehrsatz $(a+b)(a-b)=a^2-b^2$ drückt eine Eigenschaft unseres traditionellen Zahlensystems aus, die allerdings für die Gleitkomma-Arithmetik im Computer nicht mehr gilt. Der pythagoräische Lehrsatz $a^2+b^2=c^2$ folgt aus dem Axiomensystem der euklidischen Geometrie, gilt aber nicht mehr in gekrümmten Räumen wie z. B. die Kugel- oder Erdoberfläche. Die Formel $K=m \times b$ ist schlicht eine Definition, die Erklärung des Begriffs der Kraft. Die Gravitationsformel $K=G \times m_1 \times m_2/r^2$ drückt dagegen ein universelles Naturgesetz aus; schon der Verdacht auf eine kleinste Abweichung von der Formel ist *aufregend*.⁷ Einsteins $E=m \times c^2$ wird heute als Definition der Energie benutzt, obschon ursprünglich ein Naturgesetz. Das Ohmsche Gesetz $U=R \times I$ ist dagegen nur die Linearisierung viel komplizierterer Beziehungen, obwohl es sehr zuverlässig in den Temperatur-, Spannungs- und Stromstärkebereichen des Alltags ist. Die Risikoformel $R=P \times F$, wo P die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Ereignisses mit der Folge F ist, besagt eigentlich gar nichts oder höchstens, daß das Risiko mit der Wahrscheinlichkeit und dem Ausmaß der Folgen wächst.

Folgen wir der in der Angewandten Mathematik üblichen Unterscheidung von Modellierung, rechnerischem Ansatz und Algorithmus,⁸ so können wir für jede Ebene Unterscheidungsmerkmale und Qualitätskriterien angeben. Da gibt es Ad-hoc-Modelle, die wie im Fischteichbeispiel so lange glaubwürdig sind, wie sie empirisch nachprüfbar Sachverhalte darstellen. Dann können sie sogar hervorragend und unersetzbar sein wie ein gültiger Fahrplan oder ein anderes gutes Tabellenwerk. Ihre Anwendung außerhalb des empirisch zuvor nachgeprüften Gültigkeitsbereichs kann wie ein veralteter Fahrplan oder das Kursbuch des Nachbarlandes Anhaltspunkte geben, wird aber in der Regel wertlos und bei Übertragung der zuvor erworbenen Autorität auf die neue Situation irreführend und gefährlich sein. Theoretisch begründete Modelle wie das der Newtonschen Himmelsmechanik sind nicht notwendig genauer als die Ad-hoc-Modelle; die Kodierung von Erfahrung in der Form von

7 J. Maddox, Newtonian gravitation corrected, Nature 319 (1986), 173; Polar ice test of the scale dependance of G , Nature 326 (19.3.1987), 250f.

8 R.S. Anderssen, F.R. de Hoog, The nature of numerical processes, Math. Scientist 1983, 115-141.

Theorie erlaubt aber einen flexibleren Gebrauch des Modells und die Abschätzung seiner Genauigkeit und möglicher Abweichungen auf theoretischem Wege, mit den Mitteln des Modells selbst.

Beim rechnerischen Ansatz unterscheiden wir zwischen einerseits der infinitesimalen Approximation, die ein großes, aber doch endliches System von Atomen, Molekülen, Tröpfchen, Bauelementen endlicher Größe als unendliches System unendlich kleiner „Punkte“ auffaßt mit allen rechnerischen Vorteilen und Grenzen der klassischen Analyse, die sich daraus ergeben, und andererseits den finiten Methoden der Approximation von Systemen mit z. B. 10^{18} wechselwirkenden Einheiten durch ein System mit vielleicht nur 10^3 wechselwirkenden größeren Einheiten oder Klumpen. Hierzu gehören auch Fragen der Abhängigkeit eines Urteils, einer Prognose, eines Qualitätsvergleichs von der Klasseneinteilung, die u. a. für statistische Tests wesentlich ist.

Eine Sonderstellung nimmt die Diskretisierung infinitesimaler Modelle ein, die aus historischen Gründen noch immer im Mittelpunkt des Interesses der Angewandten Mathematik steht. Es ist hier wirklich eine Wissenschaft für sich zu ermitteln, wann die Ergebnisse zu gebrauchen sind – und wann die Ergebnisse nur Eigenschaften der gewählten Verfahren widerspiegeln, ohne viel mit dem realen Ausgangspunkt zu tun zu haben.⁹ Wir müssen auch untersuchen, ob ihrem Wesen nach nichtlineare Beziehungen durch lineare approximiert werden und welchen Einfluß das auf die Ergebnisse haben wird: Beim Pendel ist z. B. der Unterschied zwischen der harmonischen und der gedämpften Schwingung nicht wesentlich, wenn man etwa die Geschwindigkeiten eines einzelnen Pendelschwungs oder die Kräfte in den Gleichgewichtslagen untersuchen will. Anders ist es bei der Synchronisierung zweier Pendel, wo die Linearisierung qualitativ irreführend ist.¹⁰ In der Strömungslehre kann man die wesentlichen Wirbel weglineararisieren.¹¹

Bei der Realisierung im Rechner kommt es zu Hardwarefehlern und Programmierfehlern; das können Tippfehler sein oder logische Fehler, defekte

9 Vgl. J. Rappaz, Approximation of the spectrum of a non-compact operator given by the magnetohydrodynamic stability of a plasma, *Numer. Math.* 28 (1977), 15–24; B.J. Jamart, J. Ozer, Numerical boundary layers and spurious residual flows, *Journal of Geophysical Research* 91 (1986), 10621–10631.

10 P. Bak, The devil's staircase, *Physics Today*, December 1986, 39–45.

11 Das weiß man seit langem und ist so Allgemeingut dieser wissenschaftlich-technischen Branche geworden: Sorgfältige Untersuchungen darüber, wie weit die Wirbelbildung vernachlässigt werden kann, gehören zum Geschäft und lassen sich auf einem Stück Papier, im Windkanal oder mit Hilfe von anderen Experimenten durchführen. Ein neues Problem ist aber die Unsicherheit, wenn eine auf eine Linearisierung aufbauende Computersimulation einer Strömung aufgrund „numerischer Reibungsverluste“ (durch Diskretisierung) zu Wirbeln führt, die dem Modell auch für nicht-laminare Strömungen den Anschein von Zuverlässigkeit geben. Hier liegt das Problem nicht im Abweichen des Modells von der Realität, sondern in einer Übereinstimmung, deren Grenzen sich einstweilen weder theoretisch noch experimentell abschätzen lassen. Vgl. M. B. Abbott, J. Larsen, J. Tao, Modelling circulations in depth-integrated flows. Part 1: The accumulation of the evidence, *Journal of Hydr. Research* 23 (1985), 309–326.

Compiler oder Programme, die die Abweichungen der Computerarithmetik von der gewöhnlichen Arithmetik nicht angemessen berücksichtigen, sondern bis ins Groteske steigern.¹²

4. Machbarkeit ohne Beherrschbarkeit

Die Geschichte der Technik und der mathematischen Physik gibt nur wenige Belege für das idyllische Bild vom Fortschreiten der Erkenntnis und des Handelns der Menschheit in inniger Wechselwirkung. Typischer ist die Kluft zwischen Theorie und Praxis. Sie hat zwei Seiten:

Häufig kommt es zu einem Vorlauf der Theorie, der grundwissenschaftlichen Ergebnisse vor ihrer Überführung in die Praxis. Wir kennen das zähe Weiterleben des überholten ptolemäischen Weltbildes in den astronomischen Tabellen der Schifffahrt oder die vielen tausend Mannjahre, Schaffung riesiger Forschungs- und Entwicklungszentren, spezieller neuartiger Fabriken, ja ganzer Industriezweige, die zwischen dem grundlegenden Hahn-Straßmann-Experiment zur Kernspaltungskettenreaktion und dem Abschluß des Manhattanprojekts, der Atombombenproduktion, lagen. Hier handelte es sich um die Schwierigkeit, theoretische Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Wissenschaftstheoretisch ein normaler Vorgang, durch den unmittelbar keine falschen theoretischen Vorstellungen, keine Illusionen erzeugt werden.

Die Kehrseite der Medaille ist die relative Selbständigkeit der Praxis, die sich oft im theoretisch nicht geklärten Raum bewegen muß. Sie ist geneigt, ihre situationsgebundenen Annahmen und Vorstellungen als Theorie auszugeben und damit Illusionen zu erzeugen. So wird Tag für Tag in der Strömungsmechanik mit numerischen Annäherungen an die Lösung von Navier-Stokes-Gleichungen gerechnet, und zwar auch dort, wo die Existenz der eigentlichen Lösungen bisher nicht nachweisbar ist.¹³ Technische Machbarkeit und mathematische Berechenbarkeit des Einzelfalls werden mit Kontrolle und Beherrschbarkeit verwechselt. Diese liegt aber nicht vor, solange die wissenschaftliche Grundlage, das Verstehen des „Umfeldes“, des Verhaltens unter veränderten Bedingungen, die empirische Verbreiterung oder die theoretische Einbettung des Ad-hoc-Einzelwissens fehlt. Es ist nicht immer fehlendes Wissen allein, sondern oft gerade der stürmische Fortschritt bei der Anhäufung von ad-hoc-Einzelwissen, der unsere Sicherheit, unser Leben, unsere Gesundheit gefährdet. Das ist das erkenntnistheoretische und politische Problem vieler neuer Technologien, der Reaktortechnik, der Gentechnik und der Informatik.

12 W. Coy, Die Außenwelt der Innenwelt – Über einige Schwierigkeiten mit der maschinellen Intelligenz, Umbruch 5,1 (März/April 1986), 32–40.

13 Vgl. O. A. Ladyzhenskaya, Mathematical analysis of Navier-Stokes equations for incompressible liquids, Ann. Review of Fluid Mechanics 7 (1975), 249–272; E. Turkel, Progress in computational physics, Computers and Fluids 11 (1983), 121–144; V. A. Solonnikov, A. V. Kazhikhov, Existence theorems for the equations of motion of a compressible viscous fluid, Ann. Review of Fluid Mechanics 13 (1981), 79–95.

Die politische Bedeutung erfordert eine erkenntnistheoretische Diskussion, erschwert sie aber auch durch Voreingenommenheit und Glaubensbekenntnisse. Wir möchten deshalb das Problem des Vorlaufes von „Machbarkeit“ vor „Beherrschbarkeit“, von „Einzelwissen“ vor „Theorie“ zunächst an einem politisch weniger brisanten Beispiel erläutern, der Herausbildung unseres Wissens über Diffusionsprozesse.

4.1 Diffusionsgleichung: Vom Ad-hoc-Einzelwissen zur theoretischen Einbettung

Diffusion ist der Massetransport in Gasen, Flüssigkeiten oder Festkörpern durch die mikroskopische Relativbewegung der Teilchen. Die Moleküle eines Parfüms diffundieren durch die Zimmerluft auch bei deren Stillstand. Schwefeldioxyd breitet sich in der Luft aus und dringt in Bibliotheksbestände ein, wo es im Papier Schwefelsäuerlinge bildet und das Papier zersetzt. Die Vermischung von Gasen, unser erstes Beispiel, ist gut untersucht. Es gilt das Ficksche Gesetz, daß die Masse der in einer Sekunde durch einen Querschnitt von einem Quadratmeter hindurchdiffundierenden Parfümmoleküle proportional zum Konzentrationsgefälle ist. Die Parfümmoleküle breiten sich also im Durchschnitt dahin aus, wo weniger Parfümmoleküle sich befinden, und insgesamt um so schneller, je größer der Konzentrationsunterschied ist.

Bei seiner Formulierung im Jahr 1855 hatte das Ficksche Gesetz zwei Grundlagen, die Analogie zur Wärmeausbreitung, die physikalisch etwas ganz anderes, nämlich Energietransport und kein Massetransport ist, und die gute experimentelle Nachprüfung. Das genügte, um lange Tabellen von Diffusionskoeffizienten anzulegen – für bestimmte Gemische und Temperaturen – und daraus mit großer Präzision den zeitlichen und räumlichen Verlauf von Diffusionen zu berechnen und vorherzusagen. Alle Berechnungen galten aber immer nur für die genau spezifizierte Situation. Übertragung der Ergebnisse auf verwandte, aber experimentell noch unerforschte Situationen war strenggenommen nicht möglich, da noch das theoretische Verständnis z. B. für die Abhängigkeit des Diffusionskoeffizienten von Temperatur und Molekulargewicht und die Gewißheit der Proportionalität, der Linearität der grundlegenden Beziehung zwischen Massetransport und Konzentrationsgefälle fehlte.

Das theoretische Verständnis wurde 1905 von Einstein mit seiner Erklärung der Diffusion aus der Statistik der thermischen Irrwege der Moleküle nachgeliefert. Das erlaubt noch immer keine zuverlässige Berechnung der Diffusion von SO_2 durch die Luftporen von Papier, weil die begleitenden chemischen Reaktionen die charakteristische Ausbreitungszeit (ein Maß für den „Zeitzünder“ zwischen Vergiftung der Bücher und ihrem Verfall) vom berechneten Sekundenbereich in historische Größen von Jahrzehnten oder Jahrhunderten bringt. Das gewonnene theoretische Verständnis sichert auch nicht gegen die Erzeugung von „verrückten“, völlig verkehrten Lösungen bei der Simulation auf dem Rechner durch ein verkehrtes Verhältnis von Zeit- und Raumschritt bei der Diskretisierung. Aber es gibt den theoretischen Rahmen, in dem Zu-

verlässigkeit, Übertragbarkeit und Grenzen des Modells formuliert werden können.¹⁴ Alles in allem: eine Erfolgsgeschichte.

4.2 Theorielose Praxis

Arbeit mit mathematischen Modellen und Simulation im Rechner vermittelt die folgenden Erfahrungen:

1. **ERFAHRUNG.** *Die Diffusion ist kein Einzelfall. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat immer mehr Situationen hervorgebracht, wo ohne ausreichende theoretische Grundlagen nur mit Hilfe von isolierten Einzelerkenntnissen hantiert wird im Vertrauen darauf, daß die Praxis das nicht denunziert und die Theorie es nachträglich legitimiert. In begrenzten Situationen mag das angehen, in nichteingrenzbaaren wachsen die Risiken ins Unerträgliche.*

BEISPIEL: Rechnergestützte, quantenchemische Methoden haben sich in der technischen Chemie vielfach bewährt, um die Übersicht über die endlichen Kombinationsmöglichkeiten vorgegebener Atome zu Molekülen zu behalten. Sie werden auch in der Feststoffphysik bei der Suche nach neuen Stoffen mit bestimmten Materialeigenschaften angewandt, obwohl nun auch komplexere Beziehungen wie die Kristallstruktur und die Beweglichkeit der Elektronen modelliert werden müssen und einfache Beschreibungen der wesentlichen, bestimmenden Faktoren immer noch fehlen.¹⁵ Kein Wunder, daß sich bei den jüngsten bahnbrechenden Entdeckungen des militärtechnisch relevanten Galliumarsenid-Halbleiters¹⁶ und der neuen supraleitenden Stoffe¹⁷ nicht die Computermodelle, sondern eine an die Alchimie erinnernde Herumprobiererei bewährt haben. So ist also die Situation in der mit wohldefinierten Fragen und nahezu unbegrenzten Mitteln ausgestatteten Materialwissenschaft. Wie kann man dann glauben, daß sich die nicht weniger komplexen medizinischen „Materialeigenschaften“, die biologischen Risiken neuer Stoffe, z. B. bei der Genmanipulation, im voraus berechnen und damit ausschließen lassen?

2. **ERFAHRUNG.** *Guter Wille nützt nichts, wenn er auf technologische Lösungen im Grenzbereich unseres Wissens und jenseits davon abzielt und die mathematisch-naturwissenschaftliche Komplexität und die Risiken weiter erhöht.*

BEISPIEL: Müllverbrennungsanlagen wurden als Alternative zu grundwasserbedrohenden Deponien konzipiert. Später lernte man, daß sich bei der Müllverbrennung *HCl* und Dioxin bilden. „Naturschutz“ und die Bewahrung entlegener Naßbiotope gewannen Vorrang vor dem Schutz der Menschen in Ballungsgebieten. Schlimmer, die Machbarkeit von technologischen Scheinalternativen verhinderte das Beschreiten von gesellschaftlichen realen Alternativen: Statt zu Materialwiederverwendung, Müllsortierung und einem radikalen

14 J. Crank, *The Mathematics of Diffusion*, Oxford 1975.

15 H. Ehrenreich, *Electronic theory for material science*, *Science* 235 (1987), 1029–1035.

16 Sh. Karp, S. Roosild, Darpa, SDI, and GaAs, *Computer*, October 1986, 17–19.

17 M. Strongin, D. O. Welch, J. W. Davenport, *Superconductivity at high temperatures in doped oxides*, *Nature* 325 (1987), 664–665.

Eingriff in die Produktion, Verpackung und Zirkulation industrieller Lebensmittel – ein naturwissenschaftlich überschaubarer, aber gesellschaftlich gewiß komplexer Ansatz – kam es durch die Entscheidung für die gesellschaftlich einfachere, aber naturwissenschaftlich einstweilen noch unüberschaubare Lösung der Müllverbrennungsanlagen zu einer zusätzlichen Krebsgefährdung der Stadtbevölkerung in einer dem Tabakrauchen möglicherweise vergleichbaren Größenordnung.¹⁸ Nun wird über kompliziertere Rauchreinigungsanlagen nachgedacht.

3. *ERFAHRUNG. Komplexität und Unsicherheit wachsen rasant bei der Vernetzung von Prozessen, wenn einzelne allein schon nicht völlig beherrschbare Knotenpunkte verknüpft werden.*

BEISPIEL: Zur Vernetzung gehört auch der synergetische Effekt, die qualitativ neue und oft unvorhersehbare kombinierte Wirkung zweier an sich gutartiger, aber unzureichend erforschter Stoffe. So gibt es im Alltag des Bauern Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel, die in der Tankmischung mit anderen Schädlingsbekämpfungsmitteln deren Eindringfähigkeit durch das menschliche Fettgewebe um ein Vielfaches erhöhen.¹⁹

4. *ERFAHRUNG. Nicht weniger riskant ist die unkontrollierte Vernetzung einer großen Anzahl individuell sogar ganz gut beherrschbarer Knotenpunkte; sie ist besonders riskant, wenn die Sicherheit im Umgang mit dem Teilprozeß auf das Ganze projiziert wird, da die Vernetzung eine Fortpflanzung von Abweichungen und Unglücksfällen weiter über den unmittelbaren Anlaß hinaus erlaubt und so die Größenordnung möglicher Schäden drastisch verändert.*

BEISPIEL: Blei gehört zu den ältesten und am besten erforschten Giften. Als aber 1923 die Beimischung von organischen und medizinisch besonders riskanten Bleiverbindungen zum Benzin als Antiklopffmittel begann, fehlte es in den USA an gesellschaftlichen Kräften, um die offensichtlichen Risiken zu thematisieren. Nur im betrieblichen Bereich der Produktion und Distribution konnten von den Gewerkschaften Sicherheitsmaßnahmen, Grenzwerte und begleitende medizinische Untersuchungen durchgesetzt werden. In der Sowjetunion wurde dagegen für alle Städte der Gebrauch von verbleitem Benzin verboten.²⁰ Vom Standpunkt der an den Raffineriearbeitern durchgeführten Untersuchungen war dieses Verbot unnötig, da die meisten Arbeiter viel höhere Konzentrationen ohne Gesundheitsschädigung überstanden hatten; vom Standpunkt der Schonung der Ressourcen war das Verbot schädlich, weil die Lebensdauer der Benzinmotoren erheblich verkürzt wurde.

Vom Standpunkt der Komplexitätstheorie war es jedoch richtig, weil es sich um ein hochvernetztes Problem mit ungeklärtem Zusammenwirken handelt: Produktion und Transport der Gifte; Verbrennung im Motor, Rückstand und Emission; Ausbreitung in der Luft, Niederschlag, Deponierung in der Erde; räumliche Verteilung von Transportadern, Wohnverhältnisse, Platzierung von

18 B. Comner, Incinerators: The City's half-baked and hazardous solution to the solid-waste problem, New York Affairs 9 (1985), no. 2, 19–33.

19 Miljømessige og toksikologiske effekter ved blanding af pesticider (tankblandinger), Miljøstyrelsen, København 1983.

20 H. A., Waldron, Lead, in: H. A. Waldron (Hrsg.), Metals in Environment, London 1980.

Kindergärten, Schulen und Spielplätzen; Aufnahme in den Körper durch Lunge und Magen und Transport in der Blutbahn; physiologische Mechanismen, Enzymwirkung etc. Die meisten dieser Fragen hätte man damals schon genauer untersuchen können. Es gab aber keine Gesamtanalyse und keine scharfe Trennung in die Einzelprobleme; die medizinischen Teilprobleme waren in sich schon hoch vernetzt und unklar. So lag damals zwar schon viel statistisches Material vor, aber noch keine ausreichende biochemische Erklärung für den Mechanismus der Bleivergiftung und seiner hemmenden und fördernden Bedingungen. Tatsächlich fand man dann Anfang der 70er Jahre erdrückende statistische Beweise für starke neurologische Schäden bei Kleinkindern mit erhöhter Bleikonzentration in Blut und Gehirn, wobei zunächst unklar war, ob Autoabgase oder Knabbern an Gegenständen mit Bleifarben für die Vergiftungen verantwortlich waren. Es zeigte sich dann, daß Blei für Kinder deshalb besonders giftig ist, weil ihr Gehirn noch nicht durch die „Blutbarriere“ geschützt ist.²¹

5. *ERFAHRUNG. Die Auflösung komplexer Probleme in ein Netz von Prozessen mit möglichst schmaler Schnittstelle kann dagegen durchaus ein Gewinn sein, wenn die Einzelknoten voll durchschaubar sind.*

BEISPIEL: Computermodelle über die globalen Wirkungen eines begrenzten Nuklearkriegs führten zu der Untersuchung von möglichen Klimaänderungen aufgrund von Staub- und Rauchemission, eine Fragestellung, die zuvor im militärischen wie im antimilitaristischen Zusammenhang mit dem Hauptaugenmerk auf die großen Energieumsetzungen übersehen worden war. Das Computermodell war also heuristisch eingesetzt worden – zur Generierung von Fragestellungen und Hypothesen, während die Antwort, die Prognose des nuklearen Winters, dann aus den konkreten, von der Fragestellung angeregten, präzise definierten und untereinander unabhängigen astrophysikalischen, vulkanologischen, aerodynamischen etc. Einzeluntersuchungen abgeleitet wurde.²²

6. *ERFAHRUNG. Gepufferte Systeme haben die Tendenz, erst zu einem Zeitpunkt zu reagieren, wenn große und u. U. irreversible Schäden bereits entstanden sind. Die sichtbare Warnung kommt verspätet, oft zu einem Zeitpunkt, wo die Entsorgung nicht mehr oder nur äußerst schwierig durchgeführt werden kann.*

21 Vgl. D. Barltrop, Children and environmental lead, in: P. Hepple (Hrsg.), Lead in the Environment, Barking, Essex, on behalf of The Institute of Petroleum, London 1973, 52–60. In glücklicher Übereinstimmung mit den Interessen der Auftraggeber kam Dr. Barltrop noch zu folgender Wertung: „The relative contributions of atmospheric and dietary lead to the soft tissue lead concentration of children has not yet been established ... children have not been shown to be more susceptible to lead than adults ...“ Inzwischen kann die Flut von gegenteiligen Untersuchungen nicht mehr abgetan werden; siehe P. Grandjean, Widening perspectives of lead toxicity, Environmental Research 17 (1978), 303–321.

22 Vgl. C. Covey et al., Global atmospheric effects of massive smoke injections from a nuclear war: results from general circulation model simulations, Nature 308 (1984), 21–25; R. P. Turco, The climatic effects of nuclear war, Scientific American 251 (1984), 23–33; M. A. Harwell, Nuclear Winter, New York 1984; M. Chown, Smoking out the facts of nuclear winter, New Scientist, 11. 12. 1986, 24–25; dort auch C. Sagan: „The very idea of nuclear winter was misled for 38 years. What else have we missed? What other consequences?“

BEISPIEL: Die Wirkung der Luftverschmutzung auf die Wälder blieb lange verborgen, da das System Wald eine gewisse Menge von Schadstoffen abpuffern kann; das System reagiert auf die Störung mit Verzögerung. Ähnliches gilt wahrscheinlich auch für den Treibhauseffekt durch die erhöhte CO_2 -Konzentration der Atmosphäre mit einer Abpufferung in der Vermischung der Wassermassen der Ozeane.²³ Wenn schon von den drei wärmsten Jahren seit 1861 keines länger als sieben Jahre zurückliegt,²⁴ so haben wir es hier möglicherweise „nur“ mit den Spätfolgen früheren Raubbaus zu tun, die es unter widrigen Bedingungen unsicher erscheinen lassen, ob wir oder unsere Nachfahren noch die Folgen der von uns erzeugten Verschmutzung erleben werden.

FOLGERUNG. Nach Kenntnis der Unbeherrschbarkeit einzelner Komponenten und Prozesse, nach Kenntnis der hier demonstrierten Schwierigkeiten bei der Prognose von Materialeigenschaften und medizinischen Wirkungen bestimmter Grundstoffe und Verbindungen und Vernetzungen gibt es keine Grundlage für irgendeine Beruhigung angesichts der leichtsinnig hergestellten und täglich weiter synthetisierten Chemikalienvielfalt in Millionenzahl.²⁵

Wir begannen die Erörterung von Risiken der Technik in Abschnitt 3 mit einer Beurteilung der unterschiedlichen Qualität mathematischer Berechnungen, wobei wir die Ebenen der Modellierung, der Approximation und Analyse und der Realisierung im Rechner unterschieden. Das nun vorgelegte Bündel von Erfahrungen mit theorieloser Praxis, mit der Machbarkeit nichtbeherrschbarer Technik *heftet sich allein an die Unsicherheiten der Modellierung*, ohne die anderen Unsicherheitsebenen zu bagatellisieren. Unsere Beispiele belegen verschiedene objektive Erkenntnisprobleme:

- Das Fehlen von theoretisch begründeten oder allseitig empirisch geprüften Modellen für Handlungsbereiche.
- Die Vernetzung von Prozessen und Wirkungen.
- Die Verschleierung von Wirkungen in gepufferten Systemen.
- Die gigantische Komplexität möglicher Wechselwirkungen.

23 J. Hansen et al., Climate response time: dependance on climate sensitivity and ocean mixing, Science 229 (1985), 857–859.

24 P.D. Jones et al., Global temperature variations between 1861 and 1984, Nature 322 (1986), 430–434.

25 Es ist ein großes Verdienst der Grünen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses Problem gelenkt zu haben: „Das Ausmaß der Gefahr ist unübersehbar ... Etwa 9 Millionen Chemikalien wurden synthetisiert, und weltweit kommen pro Tag 800 bis 1000 neue hinzu, deren Wirkungen weitgehend unbekannt sind. 60 000 bis 70 000 Chemikalien gelten heute als umweltrelevant, sie verändern etwas, wenn sie mit der Natur in Berührung kommen. Die Untersuchung einer einzigen Substanz, allein auf ihre unmittelbaren und isolierten Wirkungen hin, dauert etwa zwei Jahre...“. Th. Ebermann, R. Trampert, Die Zukunft der Grünen: Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1984, S. 28.

4.3 Menschliche Erkenntnisstrranken

Neben diesen objektiven, in der Sache begründeten Schwierigkeiten beim Versuch, alle wesentlichen Auswirkungen komplexer Prozesse zu überschauen, besteht eine Reihe wirksamer Erkenntnisstrranken auch in den Köpfen, im Wissenschaftsbetrieb und in der Gesellschaft. Noch gibt es freilich keine Sozialpsychologie wissenschaftlich-technischer Berechnungen, die diese menschlichen Erkenntnisstrranken systematisch untersucht. Wir können deshalb hier nur Anhaltspunkte geben.

INDIVIDUUM: Langsam ablaufende Veränderungen sind für den einzelnen Menschen oft schwer erkennbar. Die Veränderungen sind graduell. Die Erwartung des Mittelalters, daß alles so bleibt, wie es war, ist längst untergegangen im Erlebnis großer drastischer Umwälzungen. Es fehlt aber nun die Sensibilität für die mögliche Bedeutung kleiner, unscheinbarer Veränderungen. Dazu kommt die Einübung in die „üblichen“ Lösungsstrategien, z. B. die „lineare“ Reaktion, die Erwartung doppelter Wirkung bei doppelter Leistung. Die Erfahrung, daß Dinge sich nach anderen Gesetzen entwickeln, ist selten; die spontane Reaktion, da ungebildet, falsch. Der Bremsweg eines PKWs wächst schneller als linear mit der Geschwindigkeit, doch die „Faustregel“ für die zu übersehende Strecke heißt „halber Tacho“.

Der Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler, J.-M. Legay, hat hierzu einmal die folgende Gedankenkette vorgetragen: (I) Die Welt stellt sich komplex dar; die Wirklichkeit ist unerschöpflich. (II) „Folglich können unsere Probleme nicht mit einer magischen Zauberformel gelöst werden. Auch nicht durch eine dogmatische Entscheidung.“ (III) Der große „Fehler“ der Wissenschaft, ihr komplexer Aufbau, der Verstehen an zahlreiche Voraussetzungen knüpft, ist eine Notwendigkeit und eine Errungenschaft. (IV) Dagegen steht, daß die Mehrzahl der Menschen in einem großen Teil der Welt sich dieser Komplexität nicht bewußt, wissenschaftlich ungebildet ist – u. a. aufgrund der abstrakten Form des wenigen vermittelten Wissens. (V) Ihre Sucht nach einfachen Antworten, ihr Widerwillen gegen komplizierte Untersuchungen müssen überwunden werden.²⁶

WISSENSCHAFTSBETRIEB: Das Fehlen zuverlässiger wissenschaftlicher Grundlagen in vielen Handlungsbereichen, das Ungleichgewicht zwischen Machbarkeit und Beherrschbarkeit, lenkt die Aufmerksamkeit darauf, wie die Hervorbringung wissenschaftlicher Erkenntnisse organisiert ist. Mal wird die Bedrohung der Menschheit durch Kernwaffen und Umweltverschmutzung auf Schwächen im Wissenschaftsbetrieb zurückgeführt, mal wird ihre Erlösung von seiner Reorganisation erwartet; mal wird das Fachidiotentum angeprangert, mal die smarte Geschäftigkeit und Anpassungsfähigkeit

²⁶ J.-M. Legay, *Qui a peur de la science*, Paris 1981, dt. *Wer hat Angst vor der Wissenschaft*, Leipzig 1984, 29–31. Legay gibt dort das folgende Gleichnis: „Wenn ich ein altes Schloß betrete und einen Balken knarren höre, dann habe ich die Wahl zwischen zwei Lösungen: Entweder ich denke an ein Gespenst, dessen Existenz das Knarren vollständig und einfach erklären würde, oder ich bin zu einer (langen, vielleicht verdrießlichen und sicher komplexen) Analyse der Vorgänge bereit, die zu dem Ereignis geführt haben...“

von Institutsdirektoren bloßgestellt; mal wird der Wissenschaftsbetrieb als Elfenbeinturm belächelt, mal als Machtzentrum dämonisiert.

Diese Zerrbilder passen allesamt recht schlecht auf den Alltag der Wissenschaft, weder auf das Leben an den wissenschaftlichen Hochschulen noch an den Forschungsinstituten der Industriezweige²⁷: Nicht der enge Spezialist ist heute tonangebend, sondern das Forscherteam oder die herausragende Einzelpersonlichkeit, die enge vorgegebene Bahnen überwinden können. Umgekehrt dürften auch heute kaum die Think-Thanks der Rand Corporation das letzte Wort bei der Finanzierung von SDI haben.

Und doch gehört zum Wissenschaftsbetrieb auch die Konzentration auf eine Seite einer Beziehung, d. h. Arbeitsdisziplin und geistige Enge, sowie z. B. das Einwerben von finanziellen Mitteln und die Rechenschaftslegung, d. h. Reklame, Anpassung und Fremdsteuerung. Hier in der Außensteuerung oder Außenorientierung liegen die Hauptquellen der Erkenntnisschranken im Wissenschaftsbetrieb, der Verzerrungen aufgrund der Auswahl, Zuweisung oder Ablehnung von Thematik, Mitteln und Methoden. Im Vergleich dazu sind die Erkenntnisschranken aufgrund des Spezialistentums vernachlässigbar; ohnehin liegt das Problem dort ja nicht in der bewußten Ableitung von Einzelresultaten mit wohldefinierten Gültigkeits- und Anwendungsgrenzflächen (wenn dabei die Dinge nicht unnötig kompliziert werden, liegt darin gerade die Voraussetzung für ein gemeinschaftliches Herangehen, für die organisierte Kombination verschiedener Erfahrungen, für die Einbeziehung der Öffentlichkeit), sondern im spontanen nichtkontrollierten Überschreiten der Kompetenzgrenzen, wieder in der voreiligen Überführung erworbener Sicherheit im eigenen Gebiet auf Nachbargebiete und Zusammenhänge. Das äußert sich so:

Die verallgemeinerten Kenntnisse über Nachbargebiete des eigenen Fachgebietes sind meistens veraltet. Verallgemeinerungen der eigenen Arbeit finden deshalb häufig auf einer historisch überholten Stufe statt.

Das ist der wissenschaftsinterne Grund, warum die Aussagen von Experten paradoxerweise meistens mehr wert sind, wenn sie nur Detaillösungen im Rahmen ihres Faches vorschlagen — und sei es auch ohne Berücksichtigung der Verflechtungen mit den Nachbargebieten —, als wenn sie ihre enge Fachautorität in illegitimer Weise auf selbstgebastelte naive und hinterwäldlerische Vorstellungen vom Zusammenhang ihres eigenen Gebietes mit anderen Bereichen übertragen. Ein tüchtiger Kraftfahrzeugingenieur verdient viel Vertrauen bei der Suche nach einer Verbesserung bestehender Verbrennungsmotoren und, wenn es hoch kommt, auch bei der Suche nach Alternativen zum Ottomotor als Antriebsmaschine; erst seinen weitergehenden Überlegungen als „Transportexperte“ muß mit größtem Mißtrauen begegnet werden, wenn er z. B. nicht den anarchischen, rohstoffverbrauchenden, umweltverschmutzen-

27 Vgl. J.-M. Legay, a. a. O., S. 11, oder das empirische Material und die Analyse auch und gerade zur jüngeren Mathematikgeschichte in B. Booß, J. Høyrup, Von Mathematik und Krieg, Schriftenreihe des BdWi, Marburg 1984.

den Individualverkehr und die irrationale Art der Arbeits- und Wohnplatzallokation in Frage stellt.

ÖFFENTLICHKEIT: Der neue Charakter der Wissenschaft, die als Produktivkraft und als Destruktionsmittel die Lebensumstände der Menschheit beeinflusst, hat den Begriff der Öffentlichkeit auf eine neue Stufe gehoben: Entscheidungen über neue Waffensysteme sind nicht mehr den Kriegskabinetten, die Beschlußfassung über chemische Produktionsverfahren nicht mehr den Konzerndirektoren vorbehalten. Mit der gewachsenen Bedeutung von Wissenschaft mußte durch Einbeziehung der „Experten“ auch die soziale Basis von Entscheidungen verbreitert werden; abweichende Expertenmeinungen erwiesen sich als ein Vehikel, um die Entscheidungen – oder zumindest die Erörterung von Entscheidungen – weiter zu objektivieren, in der Tendenz zu demokratisieren, in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.²⁸

Dieser Prozeß ist in Wirklichkeit allerdings noch recht zwiespältig: Statt eines organischen Zusammenspiels zwischen Bevölkerung, Experten und Mediatoren finden wir die Delegation von Entscheidungen an diese Experten und Mediatoren oder die Verschanzung anderer sachfremder Interessen hinter ausgewählten und in den Vordergrund geschobenen Experten und Mediatoren. Auf diese Weise tun sich neue Erkenntnisstränken auf: Werden z. B. mit dem Gefühl unzureichender eigener Qualifikation für die Beurteilung schädlicher oder positiver Wirkungen Entscheidungen an Experten delegiert, so ändern sich die Kriterien, da nunmehr nur fachspezifisch geprüft wird, welche Aussagen im Rahmen welcher Voraussetzungen richtig sind. Oftmals wird man diese Frage nicht abschließend entscheiden können; es bleiben also Zweifel. Die Gründe für eine bestimmte Entscheidung (oder für ihre Unterlassung) werden dann durch Dritte, die Medi(ator)en, vermittelt. Auf diese Weise wird die anstehende Entscheidung zu eng, oft nur aus einem einzigen beschränkten Gesichtspunkt als „fachlich richtig – ja oder nein“ beurteilt und dann etwa in dem Sinne „die Fachleute sind sich über mögliche negative Folgen nicht einig, also sollten wir doch die augenscheinlichen Vorteile nutzen“ zwischenbeurteilt. So hat der glänzende Statistiker R. A. Fisher als Berater der britischen Tabakindustrie mehrere Jahre seines Lebens und sein ganzes wissenschaftliches Renommee dafür benutzt, um die Evidenz der gesundheitli-

28 Ähnlich J.-M. Legay, a. a. O., S. 13: „Manche Diskussionen irritieren, weil sie schlecht verstanden werden, weil sie von den Spezialisten, die wenig geneigt sind, ihr Wissen zu teilen, schlecht vorbereitet sind, und weil sie von den herrschenden politischen Kräften, die daraus einen Vorteil ziehen, in die falsche Richtung gelenkt werden. Dennoch bleibt festzustellen, daß das Interesse, das durch die Verbreitung der Kernwaffen, durch die Energieversorgung und die nuklearen Energiequellen sowie den ökologischen Standpunkt zu unserer Umwelt geweckt wird, ein Anzeichen dafür darstellt, daß die aufgeworfenen Probleme und ihre Lösungswege schon nicht mehr nur die Angelegenheit einer kleinen Elite sind, die niemandem Rechenschaft ablegen muß.“ Vgl. auch die jüngsten Fallstudien von S. Salygin, Wie die Umleitung der sibirischen Flüsse gestoppt wurde – Ein Lehrstück über „glasnost“, Bürgerinitiative und die Schwierigkeiten der „perestrojka“, Blätter für deutsche und internationale Politik 32 (5-1987), 666–685, Übersetzung aus Nowy Mir; und von A. Wolkow, Nach dem Unglück – Die sowjetische Öffentlichkeit und die Katastrophe von Tschernobyl, Probleme des Friedens und des Sozialismus, 30 (4-1987), 540–545.

chen Schädlichkeit des Rauchens mit wissenschaftlichen Zweifeln zu überziehen und Warner vor dem Rauchen mundtot zu machen: eine tragische Verknüpfung und wechselseitige Verstärkung von Korruption, Arroganz, extremer zur Fachidiotie verkümmelter Kompetenz und Sensationspresse.²⁹

Mit der Delegation an „Experten“ und „Mediatoren“ geht die politische Entscheidung eines jeden verloren, welches Handeln man sich trotz begründeter Zweifel noch leisten will. Als Ersatzreaktion finden wir dafür entweder die Losung „Das Machbare Machen“ oder „Nichts Verändern“. Nur allseitig gebildete Bürger, deren Selbstachtung und Verantwortungsgefühl nicht durch zu langes Verweilen in undurchschaubarer und für sie unbeherrschbarer Umgebung zerstört worden ist, können die Informationsflut von Experten und Mediatoren nutzen und die Initiative behalten oder wiedergewinnen.³⁰

DAS KAPITAL: Die einfachste Erkenntnisstranke wirkt in den Köpfen derer, die vom Profit leben. Sie werden nicht leicht akzeptieren, daß mit der bisherigen Rücksichtslosigkeit nicht mehr produziert werden kann, und sie sind selten zur Revision ihrer Profiterwartungen bereit. Die Eigentumsfrage darf aber nicht zum Ruhebett, die Systemauseinandersetzung nicht zur Universalerklärung werden: *„Das 20. Jahrhundert mit seiner beispiellosen wissenschaftlich-technischen Explosion implantierte ein künstliches Organ – die Weltwirtschaft – in die Biosphäre, und nun vergiftet dieses Organ sie langsam, aber sicher... Viele haben begriffen, daß die Umweltkrise viele Gründe hat, vor allem aber auf die Verbrauchermentalität auch im Hinblick auf die Natur zurückzuführen ist.“*³¹

Zu Recht war dort nicht die Rede von irgendeinem bestimmten Teil der Weltwirtschaft, da die ohnehin unterschiedlich gewerteten spezifischen Systembeiträge in diesem Zusammenhang nebensächlich sind. Die Relevanz der Systemfrage kann sich aber in der Fähigkeit zur Umsetzung der verspäteten Einsicht in wirkliche Umsteuerung der Produktion erweisen. (Das ist aber noch eine offene Frage. Immerhin ist aber die Ausdehnung des Produktionsprozesses als Vergrößerung des Kapitals eine Existenzbedingung nur des Kapitalismus, während sie im Sozialismus Gegenstand von politischen Entscheidungen ist.)

29 Vgl. R. A. Fisher, *Smoking: The Cancer Controversy – Some Attempts to Assess the Evidence*, Edinburgh 1959; nachgedruckt in J. H. Bennett (Hrsg.), *Collected Papers of R. A. Fisher*, Vol. V, 376–431; J. Fisher Box, *R. A. Fisher – The Life of a Scientist*, New York 1978, 472–476.

30 Das alarmierende Vordringen neureligiöser und mystischer Weltvorstellungen – auch bei der Intelligenz; so wurde kürzlich ein Sonderheft der Zeitschrift *Physics Education* (1/1987) und nun am 25. 3. 1987 die ganze Wissenschaftsbeilage der Zürcher Zeitung unter der Überschrift „Technologie und Gesellschaft“ ausschließlich von Theologen bestritten – muß in Wiederaufnahme der marxistischen Religionstheorie aus dem Rückfall in unbeherrschte und undurchschaubare – jetzt aber nicht mehr natürliche und auch nur zum Teil gesellschaftliche, sondern künstliche, von der Technik geschaffene – Verhältnisse erklärt werden.

31 G. Pissarewski, *Die „schwarzen“ Flecken löschen! Neue Zeit, Moskauer Hefte für Politik* 12.87 (März 1987), Themanummer über die Umweltkatastrophe, 18 f.

4.4 Problemlösung ohne „Erfassung der Situation“

Man hört oft, daß zwischen Theorie und Methode, zwischen Modell und Werkzeug unterschieden wird. Danach liefern Methode und Werkzeug Problemlösungen und Theorie und Modell Beschreibungen und Erklärungen. Aber sind diese Schubladen sauber getrennt? Zum Beispiel kann man mit Hilfe des „Pledge-Algorithmus“ der Suchtheorie aus jedem ebenen Labyrinth mit Ausgang herausfinden. Doch das Verfahren löst nur das Problem, zum Ausgang zu finden, und liefert keinen Plan des Labyrinths; es ist also wertlos zum Beschreiben und Erklären und sammelt für einen zweiten Versuch, aus demselben Labyrinth zu entkommen, keine Erfahrung an. Aber indem das Verfahren immer unter den angegebenen Bedingungen zur Lösung führt, enthält es etwas Allgemeines. Es erklärt eine Seite des Begriffs „Labyrinth“ und wird so zur Theorie.³²

Für weite Teile der mathematischen Physik fällt es schwer, zwischen Methode und Theorie scharf zu trennen. Wir kennen nicht vollständig die Natur des Lichtes, aber wir kennen die Kriterien, wann Licht am besten als Strahl, als Welle oder als Teilchen zu modellieren ist. Wir haben es gelernt, hier mit unserer Unwissenheit korrekt umzugehen.

Schließlich gibt es Technologien wie die Turbine, die nur deshalb eingeführt werden konnten, weil sich die Techniker und Ingenieure rigoros über die vorhandene Unwissenheit und die akademische und patentamtliche Forderung des theoretischen Verständnisses ihrer Erfindung hinwegsetzten.

Problemlösung ohne Erfassung der Situation ist also ein ganz normaler Vorgang, sei es, daß die Methode eine verkappte Theorie ist oder eine bestimmte Facette der Wirklichkeit erfaßt oder ohne allzu großes Risiko nachträglich in der Praxis erforscht werden kann.

4.5 Betonierung von Lösungsverfahren

Die berechtigte und erfolgreiche Anwendung von Methoden zur Problemlösung ohne entsprechende Erfassung der Situation kann aber auch sehr negative Folgen haben.

Einmal: Wo keine Theorie da ist, um Wege zu vergleichen, wird die Grenze zwischen dem angemessenen und dem unangemessenen Verfolgen von Wegen verwischt. Der Leichtsinns wird ermuntert; fehlerhafte Methoden werden nur wegen eines illusionären Anspruchs auf allgemeine Gültigkeit schon für Theorie gehalten; grobe Verzerrungen werden als notwendige Vereinseitigungen ausgegeben; und die Gesundheit und das Leben von Millionen Menschen werden für die praktische Erprobung theoretisch noch nicht ausreichend verstandener Verfahren aufs Spiel gesetzt.

Zum anderen: Neben der Ermunterung zum Leichtsinns steht die Ermunterung zum Starrsinns, die Betonierung von in gewissen Situationen bewährten

32 M. Otte, Wege durch das Labyrinth – Notiz über eine cartesische Methode, Debatte 4/86, 39–48.

unverstandenen Lösungsverfahren. Gerade weil der Zusammenhang unverstanden bleibt, kann die Tragweite einer Methode schwer abgeschätzt werden.

Deshalb haben sich die Programmiersprachen Fortran und die abgemagerte Version Basic aufgrund ihrer bloßen Existenz und wegen des Fehlens einer Theorie des Programmierens als Voraussetzung einer Qualitätsbeurteilung so lange halten können. Basic fand übrigens zu einem Zeitpunkt massenhafte Verbreitung, als die Fehlanlage der Sprache bereits wissenschaftlich erkannt war und viele wissenschaftlich begründete Alternativen bereitstanden.

Die gleiche Geschichte können wir von der mathematischen Statistik erzählen, wo Momente noch immer meistens durch den Mittelwert geschätzt werden, obwohl die zugrundeliegende Methode der kleinsten Fehlerquadrate nur bei normalverteilten Werten „richtig“ ist und sonst riskant und „nicht-robust“.³³

Oder wir sehen, wie die Methode der finiten Elemente, die aus der Baustatik kommt und da theoretisch begründet ist, auch zunehmend in der Strömungsmechanik angewendet wird, obwohl ganz andere Kräfte zwischen den kontinuierlich verteilten Flüssigkeits- oder Gasteilchen wirken als zwischen den diskreten Trägerelementen einer architektonischen Struktur.³⁴

Wieso konnte es dazu kommen? Bei Massenprozessen gibt es immer viele Handelnde. Viele hatten keinen Zugang zur Theorie, konnten es nicht besser wissen; einige haben sich wohl nicht sonderlich für die Folgen ihres Handelns interessiert. So belegt die Geschichte nicht nur, wie folgenreich eine Praxis ist, die die Theorie verschmäht, sondern auch, wie leicht Handhabbarkeit mit Beherrschbarkeit verwechselt wird.

4.6 Technikromantik, KI und Realität

Viel können wir zum Thema „Erkennbarkeit“ und „Beherrschbarkeit“ aus der Fachliteratur der „Künstlichen Intelligenz“ der letzten zwanzig Jahre lernen. Von dem frischen Bastlergeist der ausgehenden 60er Jahre ist nicht viel übriggeblieben. Statt dessen finden wir einen gewiß nützlichen Austausch von technischen Kniffen und unvermittelt daneben utopische Visionen.

Keine der Prognosen von damals über die Wunder der 80er Jahre ist in Erfüllung gegangen:³⁵ Noch gibt es keine mobilen Roboter, die sich relativ frei

33 P.J. Huber, Robust statistics: a review, *The Annals of Mathematical Statistics* 43 (1972), 1041 – 1067.

34 Vgl. G. Pinder, W. Gray, *Finite Element Simulation in Surface and Subsurface Hydrology*, New York 1977; K. P. Holz, U. Meissner, W. Zilke, C. A. Brebbia, G. Pinder, W. Gray, *Finite Elements in Water Resources*, Berlin (West) 1982.

35 Vgl. W. Coy, a.a.O; siehe auch: W. Coy, *Industrieroboter – Zur Archäologie der zweiten Schöpfung*, Berlin (West) 1985; H. L. Dreyfus, S. E. Dreyfus, *Mind over Machine – The Power of Human Intuition and Expertise in the Era of the Computer*, New York 1986, dt.: *Künstliche Intelligenz – Von den Grenzen der Denkmachine und dem Wert der Intuition*, Reinbek 1987; T. Winograd, F. Flores, *Understanding Computers and Cognition – A New Foundation for Design*, Norwood, N.J. 1986. Dort wird KI nicht von außen, nicht von einem allgemeinen, philosophischen Standpunkt abgekanzelt; die Verfasser, selbst ausgewiesen in unterschiedlichen Feldern der KI-Forschung, zeigen vielmehr konkret und im einzelnen, wie

in einer industriellen Umgebung bewegen können, oder fahrerlose Autos auf unseren Straßen; noch ist die Bildverarbeitung, z. B. beim Schriftlesen, und die maschinelle Verarbeitung menschlicher Sprache nicht universell, sondern nur durch Training auf den jeweiligen Schrift- oder Sprachtyp gelöst; eine Formalisierung des Alltagswissens ist nicht gelungen; die praktischen Erfahrungen mit Expertensystemen sind bescheiden; einzig die Spielprogrammierung, z. B. beim Schach, hat zu bedeutenden Erfolgen geführt. Nur in den wenigen Fällen, wo die zu simulierende Tätigkeit bereits theoretisch gut verstanden war, kam es zum Durchbruch. Ansonsten nützte auch ein großer materieller und gedanklicher Aufwand wenig.

Eine ähnliche Kluft wie in der KI-Forschung zwischen außen glänzender Verpackung und teuren Versprechen und innen eher bescheidenen Ergebnissen bildet sich auch in den traditionelleren Zweigen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschung mit dem Vordringen des „Darstellungspfektionismus“, der sich den Forschungsgegenstand, die Methode, die Datenerhebung und die Art der Auswertung von den verfügbaren imposantesten elektronischen Werkzeugen bestimmen läßt.

Eine weitere Parallele zwischen KI-Forschung und der modernen instrumentellen Mathematik liegt in dem Riesenaufwand, der für neue Rechnerarchitekturen betrieben wird. Er bestätigt das Versagen der bisherigen Mittel der mathematischen Simulation in Naturwissenschaft und Technik und die extremen Erwartungen, die dennoch darauf gerichtet sind. Wieder finden wir z. B. bei den zellularen Automaten einen erheblichen Aufwand, obwohl die Grundlagen nicht geklärt sind.³⁶

5. Absolute Erkenntnisstranken?

Bewegen wir uns zum Rand der Wissenschaft, so erscheint immer eine Reihe von Problemen, die bei dem derzeitigen Stand unseres Wissens verwirrend sind. Das gilt nicht nur für die technischen Anwendungen, sondern auch in der Grundlagenforschung. Die große Beunruhigung, die von neuen grundwissenschaftlichen Erkenntnissen, Rätseln und Widersprüchen ausgeht, sollte als Vorbild für die noch weitgehend fehlende Sensibilität gegenüber interdisziplinären Fragen im Grenzbereich der Wissenschaft dienen und auf keinen Fall den Blick auf die unmittelbar viel folgenreicheren Schranken der Erkennbarkeit und Beherrschbarkeit verstellen, die im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Alltag hervortreten. Dafür ist zuallererst eine nüchterne Sicht auf die fachinternen Erkenntnisprobleme nötig. Gegen die Neigung, zu weitgehende erkenntnistheoretische Konsequenzen aus diesen einzelwissenschaftlichen Resultaten oder Problemen zu ziehen, wollen wir die folgenden Thesen stellen:

illusionäre und verfehlte Konzepte notwendig Schiffbruch erleiden und erleiden mußten und nicht nur an der Rezession der 70er und 80er Jahre scheiterten.

36 S. Wolfram, Cellular automaton supercomputing, Preprint, University of Illinois at Urbana-Champaign, 1987.

1. Der Logiker Kurt Gödel hat in den 30er Jahren gezeigt, daß in jedem nicht zu engen formalen System „zwei seltsame Dinge“ (H. Weyl) passieren: Es lassen sich arithmetische Sätze von verhältnismäßig elementarer Natur angeben, die richtig sind und doch innerhalb des Formalismus nicht abgeleitet werden können; und: Gäbe es einen formellen Beweis der Widerspruchslöslichkeit des gegebenen formalen Systems, so ließe sich daraus ein Widerspruch konstruieren. Damit hat Gödel wichtige Aussagen einmal über die Grenzen automatischer Beweisverfahren durch einen endlichen kombinatorischen Suchprozeß gemacht und des weiteren die Naturwissenschaftlern und materialistischen Philosophen wohlvertraute Unerschöpfbarkeit unserer Naturerkenntnis auch für ein so einfach erscheinendes künstliches Gedankengebilde wie die natürlichen Zahlen nachgewiesen.³⁷

2. Neueren Datums ist die mathematische Theorie des deterministischen Chaos dynamischer Systeme: Es wurden verhältnismäßig einfache gewöhnliche Differentialgleichungen entdeckt, bei denen kleinste Abweichungen der Anfangsbedingungen die Entwicklung der Zustände des Systems in weiter Zukunft entscheidend verändern können. Danach kann prinzipiell nicht ausgeschlossen werden, daß es z. B. für die Bildung von Großwetterlagen heute vielleicht Jahrhunderte zurückliegende kritische Augenblicke gibt, wo ein Schmetterling in Hintertupfing mit dem Schlag seiner Flügel entschied, ob ein atlantisches Störungstief über Labrador nun auf uns zukommt oder nach Süden abdreht. Tatsächlich wissen wir genug über thermische Fluktuationen, um nicht erst aus dem deterministischen Chaos Zweifel an der Zuverlässigkeit von Langzeitwettervorhersagen abzuleiten; und auf keinen Fall folgt daraus die prinzipielle Unvorhersagbarkeit aller mechanischen Systeme.³⁸

3. Was besagt die moderne „Stringtheorie“ des zehndimensionalen Universums? Nicht den illusionären Charakter unserer vierdimensionalen Auffassung von Raum und Zeit, sondern die Annahme weiterer Dimensionen für den subatomaren Bereich, die für eine einheitliche Theorie von Gravitation, Elektromagnetismus und schwacher und starker Wechselwirkungen hilfreich erscheinen, aber nur bei hypothetischen Beschleunigern mit Energien von astrophysikalischer Größenordnung im Experiment beobachtbar sind.³⁹

4. Was besagt das Aspektexperiment im Bohr-Einstein-Streit über den „Realismus“ der Quantenmechanik? Nicht die Schaffung von Geschichte und

37 Vgl. H. Weyl, *Philosophie der Mathematik und Naturwissenschaft*, München 1966, 279–281; W. Heitsch, *Mathematik und Weltanschauung*, Berlin (DDR) 1976, 208–213; G. Kreisel, *Die formalistisch-positivistische Doktrin der mathematischen Präzision im Lichte der Erfahrung*, in: M. Otte (Hrsg.), *Mathematiker über die Mathematik*, Berlin (West) 1974, 65–120; hier 104 f.

38 Vgl. M. C. Mackey, L. Glass, *Oscillation and chaos in physiological control systems*, *Science* 197 (15. 7. 1977), 287–289; D. Ruelle, *The Lorenz attractor and the problem of turbulence*, in: A. Dold, B. Eckmann (Hrsg.), *Turbulence and Navier-Stokes Equation* (Orsay 1975), Berlin (DDR) 1976; ders., *Turbulent dynamic systems*, *Proceedings of the International Congress of Mathematicians*, August 1983, Warszawa, Amsterdam 1984; E. N. Lorenz, *Irregularity: a fundamental property of the atmosphere*, *Tellus* 36A (1984), 98–110.

39 S. Anthony, *Superstrings: a theory of everything?* *New Scientist* 29. 8. 1985, 34 f.

Universum durch den messenden Quantenmechaniker, nicht die Auflösung von Raum und Zeit, sondern das einstweilen unerklärliche Polarisationsverhalten von zwei „ähnlichen“ Photonen: Nach Einwirkung auf das eine Photon ändert sich das Verhalten des anderen, das sich mit Lichtgeschwindigkeit in entgegengesetzter Richtung entfernt hatte, ohne daß wir den Charakter der Informationsübertragung durch die Meßapparatur oder zwischen den beiden Photonen kennen.⁴⁰

6. Gesellschaftliche Ethik wissenschaftlich-technischer Veränderungen

„Zweifel“ und „Risiko“ wurden zu ethischen Kernbegriffen der modernen mathematisch-naturwissenschaftlichen Berechnungen. Der „Zweifel“, weil der Charakter der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung es mit sich bringt, daß die möglichen Antworten nur vorläufige Antworten sind. „Risiko“, da bei Strafe des Unterganges der Art oder vieler Menschen in die um uns ablaufenden Prozesse eingegriffen werden muß. Also: „Zweifel“, da wir mit nichtperfekten Werkzeugen, Modellen arbeiten müssen. „Risiko“, da wir aus den Modellen Handlungslinien ableiten müssen, die möglicherweise später zu korrigieren sind.⁴¹

6.1 Zweifel und Risiko

Vom Standpunkt des Naturwissenschaftlers und Mathematikers läßt sich der „Zweifel“ an einer vorgeschlagenen Lösung und damit das mit der Lösung verbundene Risiko aus zwei Dingen abschätzen: aus dem Grad der Einbettung des verwendeten Modells in sein empirisches und theoretisches Umfeld und aus der Unschärfe, mit der die verwendeten Gleichsetzungen im Modell formuliert wurden. Modellergebnisse extremer Situationen sind schlechter eingebettet und mit größerer Unschärfe behaftet, d. h. Aussagen eines Modells für normale und extreme Situationen sind nicht gleichwertig. Da in der Regel die negativen Auswirkungen von Fehlverhalten in extremen Situationen schwerwiegender sind als die von Fehlverhalten in normalen Situationen – man denke an das Verhalten der Bedienungsmannschaft im Kernkraftwerk

40 Vgl. A. Einstein, B. Podolsky, N. Rosen, Can quantummechanical description of physical reality be considered complete? Phys. Rev. 47 (1935), 777 – 780; die volle Serie der Orsay-Experimente (Experimental tests of realistic local theories via Bell's theorem) ist beschrieben in: A. Aspect, P. Grangier, Proc. Int. Symp. Foundations of Quantum Mechanics, Tokyo 1983, 215 – 224; P. V. Christiansen, Retur til virkligheden, Gamma – Tidsskrift for fysik 52 (marts 1983); vom gl. Verf., The Semiotics of Quantum-Non-Locality, IMFUFAtext nr. 93/1985; vgl. auch: J. Scheer, Fauler Zauber? Führt die moderne Physik zu Magie und Aberglauben? Wechselwirkung 28 (Februar 1986), 40 – 43.

41 Nicles „... und hoffen, daß nichts geschieht“ aus „Ein bißchen Frieden“ ist eben in allen Richtungen ein bißchen zu wenig. Vgl. J. Brandt, Om afgrunden mellem landskabsøkologi og landskabsplanlægning, vervielfältigt, Roskilde 1987.

Tschernobyl⁴² – , sinkt die Vorhersagequalität des Modelles nicht nur im Takt mit der Abweichung von der Normalsituation, sondern schneller.

Hier streifen wir das Gebiet der Psychologie. Der Umfang der Umweltkatastrophe und die widersprüchliche Stellung der großen Mehrheit der Menschheit dazu als bewußtlose Täter und Opfer legt die Parallele nahe zu dem Inferno, das die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg letztendlich sich selbst bereiteten. Historiker definieren dabei die faschistische Manipulation als zusammenhängendes System von Terror, Ideologie und Korruption.⁴³ Danach reicht der Terror nicht für die Erklärung aus, wieso die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg so lange dem Nationalsozialismus die Treue hielten und die Augen vor der sich spätestens mit Stalingrad abzeichnenden militärischen Niederlage verschlossen. Noch mehr als zwei Jahre ging der Krieg danach weiter; immer unerbittlicher; noch viele weitere Millionen deutscher Soldaten ließen sich abschlachten oder invalidisieren. Warum liefen nur so wenige über und retteten ihr Leben? Vermutlich versuchten sie, nicht an ihr Ende oder das Kriegsende zu denken. Vermutlich setzten sie noch immer auf die technologische Lösung, die Wunderwaffe, oder das politische Wunder, das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition oder die unmerkliche Ablösung des eigenen Regimes, Separatfrieden im Westen etc. etc. Erleben wir heute nicht ganz ähnliche Verdrängungen, das Warten auf den technischen „Fix“ oder das politische Wunder, wenn es um die Beraubung der Zukunft für die nächste Generation und vielleicht schon die Untergrabung der eigenen Lebensgrundlagen geht?⁴⁴

Besitzer, Benutzer oder Nachbar von Gegenständen oder Einrichtungen – seien es Glühlampen, Autos, Milchtüten, Krane, Fischteiche oder Kernkraftwerke –, die nach einem bestimmten Modell entworfen wurden und wirken, stehen vor der Frage: Wie groß muß das Risiko für euch werden, damit ihr euer Interesse an den Grundlagen des Modells artikuliert und eine Fähigkeit zur Beurteilung von Komplexität, von Vernetzungen, Pufferungen und Berechnungen extremer Situationen erwerbt und anwendet? Niemand wird euch letztlich diese Verantwortung abnehmen können. Und es wird keinen anderen

42 B. Goss Levi, Soviets assess cause of Chernobyl accident, *Physics Today*, December 1986, 17–20.

43 So K. Pätzold, Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: W. Kowalski (Hrsg.), *Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Teil I*, Wiss. Beiträge 1980/42 (C16) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 1980, 48 ff.

44 Diese Einsicht in vermeintliche Notwendigkeiten, diese sich vernünftig gebende Entschlossenheit, einmal Angefangenes zu Ende zu bringen, dies Fehlen der Fähigkeit zur Umkehr, zur Korrektur, dieser Glaube an technische Möglichkeiten, der die Lizenz zum Schließen der Augen gibt, werden von Dreyfus und Dreyfus (a. a. O., S. 63) als Tunnelvision charakterisiert: „Eine allgemeine, organisierende Perspektive, unverzichtbarer Bestandteil des intuitiven Verstehens, kann . . . auch zur Katastrophe führen. Tunnelperspektive nennt man eine solche trotz anhaltender beunruhigender Anzeichen aufrechterhaltene Perspektive. Etwas aus der Tunnelperspektive betrachten heißt, eine mögliche neue Perspektive zu übersehen, die jüngste Ereignisse besser erklären und künftige Handlungen angemessener festlegen würde.“

Weg zu einem verantwortlichen Handeln geben als durch die Massenaufklärung und -mobilisierung, durch den Kopf, nicht durchs Gefühl, nicht durch die Religion und hoffentlich auch nicht durch zu brutale plötzliche Katastrophen.

Wann kommt es endlich zu einer demokratischen Neubewertung der Materialintensität und -umlaufgeschwindigkeit? Sämtliche Materialflüsse müssen analysiert und umgestaltet werden: in der Konsumtion (einschließlich des Militärs als Konsumtion), in der Produktion – und bei der Verwaltung der Altlasten, die einen rasch wachsenden Aufwand hier zur Heilung, Entsorgung und Entgiftung, dort zur Siechenpflege, Überbrückung und Absperrung erfordern?⁴⁵

6.2 Wie soll es weitergehen?

Wir waren angetreten, um einen Bericht von der Innenseite der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Forschung zu geben. Darüber hinausgehenden wissenschaftlich-technischen oder gesellschaftlichen Optimismus können wir nicht liefern. Genauer:

1. Die Auswirkungen des Produktionsapparates auf die Lebensumstände der Menschheit sind so massiv geworden, daß die sorglose Pragmatik, alles nach seiner eigenen Dynamik laufen zu lassen, überholt ist. Wird es im Wettlauf mit der Zeit gelingen, unsere Wechselwirkung mit der Natur von der Atomrüstung bis zu den Konsumgewohnheiten auf einen nach unseren Wertmaßstäben akzeptablen Zustand (wir meinen damit ein materiell abgesichertes und kulturell reiches Leben unter Verzicht auf viele gewohnte Konsumgüter) umzustellen? Man ist schon Optimist, wenn man das noch als offene Frage ansieht.

Hoffen wir also, daß es noch nicht zu spät ist, die Risikobereitschaft im Militärwesen, in der Industrie, in der Tier- und Pflanzenproduktion, im Umgang mit neuen Stoffen und Verfahren drastisch zu senken.

2. Fortschritte in der Erkenntnis, in Kompetenz, Kritik und Zweifel dürfen nicht der Resignation zugute kommen, sondern müssen zu ihrer Ablösung durch bewußtes Handeln, darunter auch bewußtes Eingreifen und Anhalten, führen.

⁴⁵ Vgl. H. Roos, *Natürliche Umweltbedingungen und volkswirtschaftlicher Reproduktionsprozeß*, *Geographische Berichte* 80 (1976), Nr. 3, 179–189, wo vor dem Zurückbleiben der Stoffausnutzung im Verhältnis zur Stoffumsetzung gewarnt wurde. Roos fand darin ein charakteristisches Mißverhältnis für die vorherrschende Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den hochindustrialisierten Ländern, kapitalistischen wie sozialistischen. In Übereinstimmung mit sowjetischen Studien und Regierungserklärungen aus den Jahren (und tatsächlich in Verlängerung und Konkretisierung älterer progressiver US-amerikanischer Analysen wie B. Commoner's, *The Closing Circle*, Jonathan Cape, London 1972) forderte Roos eine Reorganisation von Produktion und Konsumtion nach dem Prinzip der geschlossenen Stoffkreisläufe. Vgl. auch H. Roos, G. Streibel, *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, Berlin 1979, und weiter u. a. H. Paucke, G. Streibel, *Wirtschaftswissenschaft* 28 (1980), 405–421. Es muß unbedingt untersucht werden, warum so wenig aus diesen scharfsinnigen Analysen und Forderungen in der Praxis des Sozialismus wurde.

3. Nicht Fortschritte der Wissenschaft an sich, auch nicht eigentlich die begleitenden immer neuen Grenzen unseres Wissens, sondern die verantwortungslose Ignorierung dieser Grenzen haben unerträgliche Risiken in unser Leben gebracht. Daraus folgen neue Anforderungen an die polytechnische, aber auch an die politische, ökonomische und ethische Allgemeinbildung. Es liegt ja nicht so sehr an Unsicherheiten der Reaktortechnik, noch immer fehlendem Wissen über ökonomische Filter für Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen und nicht immer am Profitsystem und am Privateigentum, wenn wir Menschen großen gesundheitlichen Belastungen und Risiken aussetzen. Es liegt viel mehr an dem mangelnden Interesse und mangelnder Verantwortung gegenüber den Nah- und Fernwirkungen unseres Tuns – wenn wir z. B. im Verlauf von Jahrzehnten von der jahrtausendealten Gewohnheit der Menschen abgehen, sich im Winter warm anzuziehen, und statt dessen lieber den Temperaturunterschied zwischen drinnen und draußen radikal erhöhen.

4. Ist es kein naturwissenschaftliches Problem, so ist es auch kein ausschließlich moralisches Problem. Gegen die Freude am Gewinn, der Interesse und Verantwortung für die Folgen verdrängt, kann man genau so erfolglos moralisieren wie gegen die resignative Haltung, die – angesichts bestehender Schwierigkeiten bei der Herbeiführung von Veränderungen – es aufgibt, alle Grundlagen und Folgen des eigenen Tuns selbst abzuschätzen. Wird die Verantwortungslosigkeit und Interesselosigkeit in unserer überholten Gesellschaftsordnung auch mit allen Mitteln gefördert, so zeigt doch die jüngste Diskussion in der Sowjetunion, daß alles schwierig genug bleibt – selbst wenn die gesellschaftlichen Propagandamittel über Jahrzehnte in entgegengesetzter Richtung eingesetzt waren. Wir müssen also auch bei uns, und zwar schon jetzt, gesellschaftliche Veränderungen einleiten, die der Verantwortungslosigkeit und Interesselosigkeit in ihren unterschiedlichen Bedingungen und Ausprägungen entgegenwirken.

5. Wenn wir also etwas von unserer wissenschaftstheoretischen Diskussion verallgemeinern können, dann ist es das Problem der Komplexität: So wie die Modellierung von Einzelaspekten verhältnismäßig gut gelingt und die meisten Unsicherheiten aus dem unkontrollierbaren Zusammenwirken oder der unsachgerechten Dominanz von einzeln gesehen vernünftigen Ansätzen entstehen, müssen auch gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen werden, bei denen die zügellose Vernetzung aller Lebensbereiche begrenzt wird⁴⁶ und durch eine geeignete gesellschaftliche Organisation die persönliche Verantwortung, das persönliche Interesse, die persönlichen und damit letztlich auch die gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten erweitert werden.

46 Vgl. die eindrucksvolle Warnung von Marx davor, bei der „Vernetzung“ durch den Weltmarkt, dem „sachlichen Zusammenhang“, stehenzubleiben: K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau 1939, 79 – 80.

Neue Technik – Rüstung – Destruktivkraftentwicklung

Empirische Hinweise für die Bundesrepublik

Ulrich Dolata/Arno Gottschalk

1. Wissenschaftlich-technischer Umbruch und Produktivkraftentwicklung im Staatsmonopolistischen Kapitalismus: Deformierte Dynamik – 2. Rüstung und Destruktivkraftentwicklung: Potentiale und Struktureffekte – 3. Forschungspolitik im Spannungsfeld von Modernisierung und Remilitarisierung – 4. Auswirkungen der Rüstung auf die strukturellen Probleme der bundesdeutschen Wirtschaft – 4.1 Rüstung und Branchen – 4.2 Rüstung und Regionen – 5. Rüstung und das Problem einer militärisch präformierten Technologieentwicklung – 5.1 Zur Kerntechnik – 5.2 Weltraumtechnik

Im Zuge der Auseinandersetzungen um das amerikanische SDI-Projekt hat eine im Grunde alte Kontroverse erneute Aktualität erlangt: die Debatte um die Wirkungen von militärischer Forschung und Rüstungsproduktion auf den technologischen Innovationsprozeß und ökonomischen Strukturwandel. Ganz in der Tradition ihrer Vorgänger argumentieren viele Befürworter dieses Vorhabens vornehmlich mit seiner industriepolitischen Funktion: Sie unterstellen einen beträchtlichen Technologieschub durch Weltraumrüstung und heben SDI damit in den Rang eines großangelegten Technologie- und Strukturprogramms, ohne das Westeuropa, so etwa Lothar Späth, „spätestens in zehn bis fünfzehn Jahren technologisch irreversibel ins zweite oder sogar dritte Glied zurückfallen“ würde.¹ Der immer wieder vorgebrachte Grund für diese Annahmen – „die moderne Rüstungsforschung ist ein Motor des technischen Fortschritts“² – zeugt nicht nur von politischer Verantwortungslosigkeit, sondern ist auch ökonomisch unhaltbar. Wir wollen dazu einige auf die Bundesrepublik bezogene empirische Hinweise zusammentragen und auf dieser Grundlage Auswirkungen von Rüstungsforschung und -produktion auf den ökonomischen Reproduktionsprozeß und die Entwicklungsbedingungen der gesellschaftlichen Produktivkräfte erörtern.

1 L. Späth, Wissen die Europäer, was sie riskieren?, in: Der Spiegel 11/1985, S. 128.

2 K. Seitz, SDI – die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv 13/1985, S. 384.

1. Wissenschaftlich-technischer Umbruch und Produktivkraftentwicklung im Staatsmonopolistischen Kapitalismus: Deformierte Dynamik

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – des menschlichen Arbeitsvermögens ebenso wie der materiell-technischen Produktionsmittel, der Arbeitsgegenstände oder des Wissenschaftssystems – ist heute in allen entwickelten Industrieländern von einer dynamischen Verbreitung wissenschaftlich-technischer Innovationen und einer tiefgreifenden Umwälzung der technologischen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion geprägt. Stoffliche Träger dieses wissenschaftlich-technischen und arbeitsorganisatorischen Umbruchprozesses sind die neuen, auf schnellen Fortschritten in der Mikroelektronik, Computer- und Gentechnik basierenden Informations-, Kommunikations-³ und Biotechnologien.⁴ Sie prägen den heutigen Strukturwandel und eröffnen weitreichende Möglichkeiten einer Neuverteilung natürlicher Ressourcen und gesellschaftlicher Arbeit. Ihre Einführung und Verbreitung vollzieht sich auch unter den Bedingungen staatsmonopolistischer Vergesellschaftung nicht auf der Grundlage einer gesellschaftlichen Bedarfsplanung und einer entsprechenden Verteilung wissenschaftlicher, materiell-technischer, humaner und finanzieller Ressourcen, also als gesellschaftlich bewußt regulierter und demokratisch kontrollierter Prozeß, sondern unter dem Druck einer scharfen, oftmals ruinösen und konzentrationsfördernden Konkurrenz. Der *international agierende Konzern* ist heute der zentrale Maßstab von Produktivkraftentwicklung im SMK, sein Verwertungsbedürfnis ihre entscheidende Triebkraft. Er ist zugleich *Ausgangspunkt der beachtlichen Dynamik*, die den wissenschaftlich-technischen Umbruch kennzeichnet, und *Ursache gravierender Verzerrungen und Blockierungen* im Prozeß seiner Durchsetzung:⁵

– Er schließt *erstens* die *Vernichtung von Kapital und Produktivkräften* zwangsläufig ein. Modernisierungspolitik ist unter diesen Bedingungen Kampf um die Monopolisierung entscheidender Forschungspotentiale ebenso wie Konkurrenz um überdurchschnittlich gute Produktionsbedingungen und Rationalisierungsvorsprünge. Sie beschleunigt die Überproduktion, stimuliert den Konzentrationsprozeß und treibt die Zahl der Firmenpleiten zusätzlich in die Höhe. Zum Teil hochmoderne Produktionsanlagen werden stillgelegt oder nicht ausgelastet, zum Teil hochqualifizierte Arbeitskräfte müssen kurzarbeiten oder werden arbeitslos. Es ist dies direkte Vergeudung sachlicher Produktionsmittel und menschlichen Arbeitsvermögens.

3 Vgl. U. Briefs, Informationstechnologien und Zukunft der Arbeit, Köln 1984, S. 28ff; L. Zimmermann (Hg.): Computereinsatz – Auswirkungen auf die Arbeit (Humane Arbeit, Bd. 3), Reinbek 1982; Fabrik der Zukunft (Teile 1 bis 5), in: bild der wissenschaft 4–8/1987.

4 Vgl. R. Scheller, Das Gen-Geschäft. Chancen und Gefahren der Bio-Technologie, Dortmund 1985; Große Versprechungen, k(!)leine Probleme? Von Nutzen und Unabwägbarkeiten der Gentechnologie, in: Forum Wissenschaft 4/1985, S. 6 ff.

5 Vgl. R. Katzenstein: Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung, Berlin/W. 1974; U. Dolata: Neue Technik, Produktionsstrukturen und Anpassungsreaktionen im SMK, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, Frankfurt/M. 1986, S. 289 ff.

– Er führt zweitens auch zu *Deformationen in der regionalen und sektoralen Struktur der Produktivkräfte*. Getragen von der Investitions- und Ansiedlungspolitik der Konzerne verstärken sich ohnehin vorhandene Disparitäten zwischen High-Tech-Landschaften mit dichten Netzwerken von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Industrie und ausgesprochen strukturschwachen Krisenregionen. Gleichzeitig führt diese profitorientierte Ressourcenlenkung immer wieder auch zu schnellen, überdimensionierten Kapitalwanderungen in gewinnträchtige Zukunftsindustrien (die ihrerseits oft nach verhältnismäßig kurzer Zeit vor Überproduktions- und Anpassungsproblemen stehen) und blockiert den notwendigen Strukturwandel in krisengeschüttelten Bereichen, deren ökonomischer und sozialer Sprengstoff in der Regel der staatlichen Strukturpolitik überantwortet wird.

2. Rüstung und Destruktivkraftentwicklung: Potentiale und Struktureffekte

Entscheidende Deformationen und Hemmnisse in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte setzen also bereits unterhalb des Einflusses von Rüstung und Krieg an und entspringen den Eigentümlichkeiten kapitalistischer Produktion und Ressourcenlenkung selbst. Die Politik der Hochrüstung vertieft diesen säkularen Trend allerdings erheblich und verleiht ihm z. T. neue Züge.

Die heutige Rüstungsindustrie ist ein ausgesprochener High-Tech-Sektor. Rüstungsgüter sind in der Regel sehr forschungs- und technologieintensiv und werden überdies in hochmodernen Produktionskomplexen gefertigt. Rüstungswirtschaft und Militärapparat absorbieren in großem Umfang modernste Produktionsmittel, qualifizierte Arbeitskräfte und Rohstoffe, binden und beeinflussen einen beträchtlichen Teil der Forschungs- und Wissenschaftsressourcen und belasten in zunehmendem Maße die staatlichen Finanzhaushalte – all dies, ohne daß sie zur Reproduktion der materiellen Produktionsbasis oder zur Erhöhung des Lebensstandards einen positiven Beitrag leisten würden. Ein Großteil der für Rüstungszwecke bereitgestellten Mittel wird dem zivilen Bereich entzogen, das stoffliche Resultat (z. B. in Gestalt neuer Waffensysteme) tritt in der Regel jedoch nicht wieder in den ökonomischen Reproduktionsprozeß ein. Rüstungsproduktion und Militärausgaben sind daher zunächst nichts anderes als Vernichtung von Produktivkräften und gesellschaftlichen Reichtümern.⁶

Die Ressourcen, die für militärische Zwecke in der Bundesrepublik in Anspruch genommen werden, sind beachtlich:

– Die BRD weist – etwa gleichauf mit Frankreich und Großbritannien – den drittgrößten *Militäretat* der Welt auf. 1986 beliefen sich die Militärausgaben,

⁶ Vgl. J. Huffschild (Hg.): *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, Köln 1981, S. 163 ff.; ders.: *Kapitalismus und Rüstung – die ökonomischen Aspekte bei Marx und die heutigen Probleme*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1982, S. 131 ff.*

gemessen an den von der NATO festgelegten Kriterien,⁷ auf 60,4 Mrd. DM oder 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.⁸

– Die *Zahl der militärisch abhängig Beschäftigten* in der BRD – Bundeswehrsoldaten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes, zivile Beamte, Angestellte und Arbeiter des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) und der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie direkt und indirekt in der Rüstungsproduktion Beschäftigte – liegt bei rund 4 Prozent der Erwerbspersonen oder gut 1,1 Mio. Menschen, die damit dem zivilen Produktionsprozeß entzogen werden.⁹

– Gäbe es eine entsprechende statistische Abgrenzung, dann wäre die *Rüstungsindustrie* mit 275 000 bis 300 000 Arbeitskräften und einem Wertschöpfungsanteil von rund 4 Prozent am Verarbeitenden Gewerbe der sechstgrößte Industriezweig der BRD. Über 80 Prozent der militärischen Produktion sind in fünf Branchen konzentriert, wobei das jeweilige Gewicht der Rüstungsproduktion sehr unterschiedlich ist. „Für den Straßenfahrzeugbau, die Elektroindustrie und den Maschinenbau, auf die 60 Prozent der Rüstungsaufträge entfallen, lag der Anteil des Militärgeschäfts zu Beginn der 80er Jahre zwischen 3,6 und 6,3 Prozent ihrer gesamten für den inländischen Absatz bestimmten Produktion. Beim Schiffbau entfiel 1981 ein gutes Drittel, und beim Luftfahrzeugbau gut die Hälfte der Gesamtproduktion auf Kriegsschiffe bzw. Kampfflugzeuge, Hubschrauber usw.“¹⁰

– Für ausschließlich militärische Zwecke wird in der BRD nach Angaben des BMVg eine *Fläche* von 402 800 Hektar genutzt, deren Verkehrswert rund 40 Mrd. DM beträgt und deren jährlicher Nutzwert mit zwei Mrd. DM beziffert wird.¹¹ Nach Berechnungen der Arbeits- und Forschungsstelle Militär, Ökologie und Planung dürfte die militärische Landnutzung tatsächlich allerdings bei rund 600 000 Hektar liegen – zuzüglich ca. 800 000 Hektar „Schutzbereiche“ rund um die militärischen Liegenschaften, in denen die Bodennutzung starken Einschränkungen unterliegt. Insgesamt sind damit 5,6 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik ganz oder teilweise ziviler Nutzung entzogen.¹² Dies entspricht etwa zwei Dritteln des Landes Hessen und dem fünf- bis sechsfachen der bundesdeutschen Naturschutzgebiete.

7 Die tatsächlichen militärischen Aufwendungen und Belastungen liegen aufgrund „versteckter“ Ausgaben – je nachdem, ob man die Belastungen der Bundesländer und Kommunen mit einbezieht sowie die Kosten der Haushaltsverschuldung anteilig verrechnet oder nicht – um mehr als 10 bis rd. 30 Prozent höher. Vgl. E. Dähne, Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? (IMSF-Arbeitsmaterial 9), Frankfurt/M. 1981; ders., Rüstungslasten auf der Ebene der Länder und Gemeinden, in: Die Last der Rüstung. Hearing der Friedensliste zum Rüstungshaushalt 1986, Bonn 1985, S. 31 ff.; Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF) (Hg.), Auf dem Weg in den Rüstungsstaat?, Frankfurt/M. 1987, S. 18 ff.

8 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Stichworte zur Sicherheitspolitik 1/1987, S. 32 f.

9 Vgl. N. Zdrowomyslaw, Wirtschaft, Krise und Rüstung, Bremen 1985, S. 114 ff., 189.

10 J. Huffschild/W. Voß/N. Zdrowomyslaw, Neue Rüstung – neue Armut, Köln 1986, S. 88.

11 Vgl. Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (hg. v. Bundesminister der Verteidigung), Bonn 1983, S. 129.

12 Vgl. antimilitarismus-information 12/1986, S. 184; A. Mechtersheimer/P. Barth (Hg.), Militarisierungsatlas der Bundesrepublik, Darmstadt und Neuwied 1986, S. 144 ff.

Der Rüstungssektor entzieht dem zivilen Bereich jedoch nicht einfach nur Mittel und Ressourcen, sondern wirkt damit und darüber hinaus auch qualitativ, strukturverzerrend und hemmend auf die Entwicklung der Produktivkräfte und des wissenschaftlich-technischen Umbruchs ein: Militärische Anforderungen präformieren technologische Entwicklungsrichtungen und beeinflussen Struktur und Ausrichtung auch des zivilen Forschungssektors; ganze Industriezweige (wie z. B. die Luft- und Raumfahrt) und Regionen (wie z. B. der Raum München) gehorchen vornehmlich den Bedürfnissen des Rüstungs- und Militärapparates.

3. Forschungspolitik im Spannungsfeld von Modernisierung und Remilitarisierung

Die *konzeptionelle Ausrichtung und finanzielle Ausstattung von Forschungspolitik und Wissenschaftsapparat in der Bundesrepublik* orientiert sich heute an zwei entscheidenden Vorgaben:

Zum einen erhöht sich der Stellenwert von Forschung, Entwicklung und staatlicher Technologiepolitik im Durchsetzungsprozeß des wissenschaftlich-technischen Umbruchs. Die zielgerichtete, effektive und profitable Erforschung und Entwicklung technologischer Spitzenprodukte wird unter diesen Bedingungen einer ausgesprochenen Innovationsdynamik zu einer zentralen Voraussetzung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der großen Konzerne. Sie schlägt sich nicht nur in schnellem Wachstum und hoher Konzentration privatwirtschaftlicher Forschungstätigkeit nieder, sondern auch in wachsenden Anforderungen an die staatliche Forschungspolitik, insbesondere die Grundlagenforschung. Allen Deregulierungsbemühungen zum Trotz fordert etwa der Bundesforschungsbericht von 1984 jene deutliche Hinwendung zu einer längerfristig ausgerichteten, komplexen und abgestimmten Planung und Organisation des Wissenschaftsprozesses vor allem im Bereich der Hochtechnologien, die Staat, Privatkapital und Forschungseinrichtungen gemeinsam erarbeiten sollen.¹³ Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik soll hier als *Mittler und Triebkraft der Modernisierungsstrategie* fungieren.

Vor dem Hintergrund der Rüstungsdynamik des vergangenen Jahrzehnts und der Rüstungsprojekte der kommenden Jahre¹⁴ erfährt *zum anderen* auch die *Instrumentalisierung von Forschung und Wissenschaft für militärische Zwecke* eine erneute und deutliche Aufwertung: Seit dem Antritt der konservativen Koalition in Bonn hat es eine „überproportionale Steigerung der Anstrengungen zu wehrtechnischer Forschung und Technologie“ gegeben.¹⁵

Schon die offiziell ausgewiesenen Forschungsmittel des BMVg belegen diesen Trend: Die im Einzelplan 14, Kapitel 1420 aufgeführten Ausgaben für militärische Forschung nahmen zwischen 1982 und 1987 um ca. 70 Prozent zu

13 Vgl. BMFT (Hg.), Bundesbericht Forschung, Bonn 1984, S. 11 ff.; zur Entwicklung und Organisation des Wissenschaftsapparates siehe auch: R. Kreibich, Die Wissenschaftsgesellschaft, Frankfurt/M. 1986, insbesondere S. 355 ff.

14 Vgl. J. Huffschnid u. a., Neue Rüstung, a. a. O., S. 26 ff.

15 D. Fondran, Das Forschungs- und Technologiekonzept, in: Wehrtechnik 7/1986, S. 82.

und werden in diesem Jahr mit 2,84 Mrd. DM ausgewiesen. Ihr Anteil an den gesamten F&E-Ausgaben des Bundes, die im selben Zeitraum lediglich um ca. 20 Prozent stiegen, erhöhte sich entsprechend deutlich von 13,9 Prozent auf über 20 Prozent. Rechnet man zu diesen BMVg-Ausgaben die Mittel, die über andere Ministerien – vor allem das BMFT und das BMWi – für entsprechende Zwecke bereitgestellt werden, hinzu, so erhöht sich die Summe der für Rüstungsforschung verwendeten finanziellen Ressourcen auf ca. 4 Mrd. DM. Dies sind knapp 30 Prozent aller Forschungsmittel, die 1987 vom Bund verausgabt werden. D.h., nahezu jede dritte Mark, die der Staat heute für Forschungszwecke ausgibt, fließt bereits nach offiziellen Angaben direkt in die Rüstungsforschung.¹⁶

Im Trend kommt es damit schon auf der Grundlage eher konservativer Schätzungen seit einigen Jahren in der staatlichen Forschungspolitik zu deutlichen *Akzentverschiebungen in Richtung Rüstungsforschung* – eine Entwicklung, die sich auch in einem Zuwachs an Forschungsressourcen und -kompetenzen beim BMVg niedergeschlagen hat.

Neben dieser unmittelbaren Absorption eines wachsenden Teils der F&E-Ressourcen für militärische Zwecke verstärkt sich im Zuge des wissenschaftlich-technischen Umbruchs auch der *Zugriff des Militärapparates auf die zivilen Forschungsergebnisse und -planungen*: Basistechnologien wie die Mikro- und Optoelektronik, die Computer- und Lasertechnik, neue Werkstoffverfahren oder Metallverarbeitungstechniken sind größtenteils „*dual-use-technologies*“, d.h. zivil wie militärisch verwendbar.¹⁷ Für die konservative Forschungspolitik war dies *einerseits* Anlaß, die militärische und die zivile Forschung auch institutionell enger zu verzahnen. So hat die Bundesregierung in ihrer „Konzeption zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken“ festgelegt, daß das Verteidigungsministerium „von den anderen Ressorts (insbesondere BMFT und BMP – d.V.) schon bei der Formulierung von Fachprogrammen und sich daraus ergebenden Einzelaufgaben beteiligt werden (soll), um seine mittel- bis langfristigen Erfordernisse ressortübergreifend in die Planung einzubringen.“¹⁸ *Andererseits* werden zugleich vor allem jene zivilen Forschungsbereiche in verstärktem Maße gefördert, die angesichts der genannten „dualen Nutzungsmöglichkeiten“ offenkundig militärische Relevanz besitzen. Es sind dies insbesondere die Informationstechnik, die Materialforschung sowie die Luft-

16 Vgl. R. Rilling, Militärische Forschung: Die Remilitarisierung der Wissenschaft, in: BdWi (Hg.), Forschungs- und Technologiepolitik. Kritik und Alternativen, Marburg o.J. (1986), S. 23 f.; G. Ahrweiler, Der Forschungshaushalt 1987 – Fakten und Vergleiche, in: Forum Wissenschaft 1/1987, S. 34 ff.; BMFT (Hg.) Faktenbericht 1986 zum Bundesbericht Forschung, Bonn 1986, S. 23 ff.

17 Vgl. H. Lange, Warum die Zugspitze an der Militärforschung beteiligt ist. Über den Zusammenhang von ziviler und militärischer Forschung, in: Deutsche Volkszeitung 2/1984, S. 15; M. Moodie, Bewältigung des technologischen Wandels: Eine zwingende Aufgabe für das Bündnis, in: NATO-Brief 4/1986, S. 23 ff.

18 BMFT (Hg.), Informationstechnik. Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, Bonn 1984, S. 65.

fahrt- und Weltraumforschung bzw. -technik, die 1986 mit knapp 2,6 Mrd. DM annähernd die gleiche Summe an Bundesmitteln erhalten haben wie offiziell für die militärische F & E ausgewiesen wird – und die gegenüber 1982 mit gut 37 Prozent (Material-, Luftfahrt- und Weltraumforschung) und rund 60 Prozent (Informationstechnik) ebenfalls weit überdurchschnittliche Steigerungsraten verbuchen.¹⁹ Wie die offizielle Rhetorik nahelegt, hält die Bundesregierung die schnelle Steigerung der Rüstungsforschung, die enge Verknüpfung ziviler und militärischer Forschungsplanung und die gezielte Förderung der rüstungsrelevanten Forschungsbereiche nicht nur für vereinbar mit der angestrebten Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Unternehmen. Vielmehr erwartet man von dieser Politik sogar zusätzliche Impulse für die zivile Innovationsdynamik der Wirtschaft insgesamt.

Zumindestens die letzte Erwartung wird mit Sicherheit nicht in Erfüllung gehen.

Gegen eine derartige Hoffnung spricht *erstens*, daß bislang alle grundlegenden Erfindungen oder Vorarbeiten zu bedeutsamen Neuerungen in zivilen Laboratorien entstanden sind. Selbst zahlreiche Entdeckungen, die für die Entwicklung des Militärwesens von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind – z. B. der Fahrzeug-, Flugzeug- und Raketenbau, die Halbleiter- und Lasertechnik, die Kernspaltung –, entstammen dem zivilen Bereich.²⁰ Daß sich dies künftig ändern wird, ist kaum zu erwarten, denn bedeutsame Erfindungen sind in aller Regel das Produkt systematischer Grundlagenforschung. Deren Anteil an den Ausgaben für „Wehrforschung und -technik“ belief sich 1984 aber auf ganze 700 000 DM oder 0,04 Prozent (gegenüber 32,3 Prozent in den zivilen Förderbereichen des Bundes).²¹ Anders als der Mythos von den vielen „spin-off“-Effekten vermuten läßt, ist die Rüstungsforschung also zunächst einmal parasitär, d. h. auf einen grundlegenden „*spin-in*“ aus den zivilen Forschungsbereichen angewiesen.²²

Zweitens hat der militärische Bereich in der Vergangenheit (und speziell in den USA) zwar insofern eine durchaus relevante innovationspolitische Rolle gespielt, als faktisch nur dort jene finanziellen Mittel bereitstanden, um risikoreiche und aufwendige Technologien weiterzuentwickeln und unberührt von Verwertungszwängen in erste Nutzenwendungen zu bringen. Wenngleich letztlich im Schnitt sechs- bis zehnmal teurer,²³ hatte dieser forschungs- und

19 Dass. (Hg.), Faktenbericht 1986, a. a. O., S. 258 ff.

20 Vgl. L. Wingerdt, Rüstungsforschung und kapitalistischer Reproduktionsprozeß, in: IPW-Berichte 11/1986, S. 27.

21 Vgl. BMFT (Hg.), Faktenbericht 1986, a. a. O., S. 35.

22 Mit der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften e. V. (FGAN) und dem Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen sind dementsprechend auch zwei Forschungseinrichtungen geschaffen worden, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, rüstungsrelevante Entwicklungstrends aufzuspüren und zu beobachten. Für die USA siehe: R. Rilling, Die Aufrüstung der Köpfe – Neue Entwicklungstendenzen in der militärischen Forschung, in: H. Bähren/J. Tatz (Hg.), Wissenschaft und Rüstung, Braunschweig 1985, S. 75 f.

23 Vgl. R. Rilling, Welchen zivilen Nutzen hat SDI?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1985, S. 570.

entwicklungspolitische Umweg über die Rüstung zu zivilen Produkten immerhin noch eine systemimmanente Logik.²⁴ In dem Maße, wie einerseits in den meisten kapitalistischen Staaten die zivile Innovationsförderung ausgebaut und effektiviert wird und sich andererseits der Innovationsprozeß im Zuge des High-tech-Wettlaufs zu einem zeitkritischen Unterfangen entwickelt,²⁵ erweist sich diese „Umwegstrategie“ allerdings zunehmend als kontraproduktiv. Die technologischen Bodengewinne Japans und auch der Bundesrepublik gegenüber den USA liefern hierfür reichlich Anschauungsmaterial.

Drittens schließlich haben eine Reihe von Untersuchungen gezeigt, daß die nachweisbare Zahl der zivil genutzten „Abfallprodukte“, die auf militärisch motivierte F & E zurückgehen, bemerkenswert gering ist: Der vielbeschworene *spin-off* liegt bei maximal 5 bis 10 Prozent, d. h., höchstens ein Zehntel aller militärischen Forschungsarbeit wird für zivile Anwendungen überhaupt relevant.²⁶ Verantwortlich dafür sind zum Teil Geheimhaltungsgründe. Noch stärker scheint sich aber die Tatsache auszuwirken, daß sich die technischen Spezifikationen ziviler und militärischer Produkte immer weiter auseinanderentwickeln: die extremen Anforderungen, die heute für die meisten militärischen Produkte gelten, stellen sich in dieser Form für den zivilen Bereich gar nicht – eine Tatsache, die etwa am Beispiel eines Kampfbombers und eines Passagierflugzeugs augenscheinlich wird. Wie ein bundesdeutsches Projekt gezeigt hat, scheitert an diesem Problem nicht nur der spontane, sondern auch der organisierte Transfer: Das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung hat über einen Zeitraum von 10 Jahren versucht, fast 7000 Patente oder Patentanmeldungen, die sich aus öffentlicher Forschungsförderung ergeben hatten, in andere Unternehmen und Anwendungsbereiche zu transferieren. Der Erfolg bestand in nur zehn (!) Lizenzvergaben – ein geradezu niederschmetterndes Ergebnis.²⁷

Die Hoffnungen auf breit streuende technologische Impulse aus der Rüstungsforschung werden also absehbar enttäuscht werden. Dies bedeutet allerdings noch nicht – wie es in manchen Kritiken anklingt – daß die Ausweitung militärischer F & E zwangsläufig auch in Konflikt gerät mit der Maxime, die internationale Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Unternehmen steigern zu wollen. Denn *einerseits* sind die wachsenden militärischen Forschungsausgaben eben ein gutes Stück weit auch „Wettbewerbsförderung“, nämlich für jene Bundeswehrlieferanten, die es zunehmend auf die internatio-

24 Siehe auch: K. Schomacker/P. Wilke/H. Wulf, *Alternative Produktion statt Rüstung*, Köln 1987, S. 76 ff.

25 Siehe K. H. Beckurts/M. Hoefle, *Innovationsstärke und Wettbewerbsfähigkeit*, in: *Siemens-Zeitschrift* 5/1984.

26 Vgl. K. Engelhardt/W. Schwarz, *Technologieschub durch Weltraumrüstung?*, in: *IPW-Berichte* 11/1985, S. 2; *Industrieanlagen-Beratungsgesellschaft, Ziviler Nutzen militärisch motivierter Forschung und Entwicklung*, Bonn 1985; R. Rilling/J. Eisbach, *Mit SDI in die Zweitklassigkeit – ökonomische Gefahren einer einseitigen Ausrichtung der Forschungspolitik* (PIW-Studien Nr. 2), Bremen 1985; *Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs. Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen*, in: *Militärpolitik Dokumentation*, H. 8, Stuttgart 1978.

27 Vgl. H. Krupp, *Die bemannte Raumfahrt ist unsinnig*, in: *Industriemagazin* 10/1986, S. 20.

nalen Rüstungsmärkte drängt. Und *andererseits* ist zumindest bislang nicht erkennbar, daß die Ausweitung der Rüstungsforschung tatsächlich zu Lasten der zivilen F&E-Vorhaben und -Aufgaben der exportorientierten Konzerne und Industrien geht.²⁸ Vielmehr hat es den Anschein, als sei die militärische F&E ein Vehikel, um *zusätzliche* Mittel in forschungspolitisch ohnehin schon privilegierte High-Tech-Sektoren fließen zu lassen. Das Problem der Verdrängung und Vernachlässigung ziviler Forschungsaufgaben ist daher bislang weniger im Bereich „wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit“ zu verorten als auf den ökologischen und sozialpolitischen Problemfeldern. Dort zeigen sich die eigentlich brisanten Forschungsdefizite und wird eine Fehlallokation von Ressourcen offenkundig, die nicht allein der (wachsenden) Rüstungsforschung geschuldet ist, durch diese aber zusätzlich gefördert wird.

4. Auswirkungen der Rüstung auf die strukturellen Probleme der bundesdeutschen Wirtschaft

Die Verschärfung ohnehin vorhandener Disproportionen scheint eine Auswirkung zu sein, die generell für die Rüstung in der Bundesrepublik gilt. Wenngleich die empirische Datenbasis in dieser Hinsicht nach wie vor überaus unbefriedigend ist, lassen sich doch einige begründete Hypothesen formulieren.

4.1 Rüstung und Branchen

Aufmerksamkeit verdient zunächst die Tatsache, daß der wertmäßig größte Teil der Bundeswehraufträge auf lediglich fünf Industriezweige entfällt. So flossen von den Inlandszahlungen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) im Durchschnitt der Jahre 1981, 1983 und 1985 gut vier Fünftel der Mittel in den Maschinenbau (27 Prozent), die Elektrotechnische Industrie (22 Prozent), den Luftfahrzeugbau (15 Prozent), den Straßenfahrzeugbau (12 Prozent) und den Schiffbau (7 Prozent).²⁹ Bei diesen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, daß über das BWB lediglich zwei Drittel bis drei Viertel der Rüstungsnachfrage abgewickelt werden. Der Rest wird entweder dezentral von Wehrbereichsverwaltungen oder direkt über das BMVg vergeben. Letzteres geschieht gegenwärtig bei der Beschaffung der MRCA-Tor-

28 Die strukturelle Entwicklung der F&E-Ausgaben des Bundes darf in dieser Hinsicht nicht einfach als Maßstab genommen werden. Gemessen am F&E-Gesamtbudget der Bundesrepublik hat sich der Anteil der offiziell ausgewiesenen Ausgaben für die Rüstungsforschung von 1982 bis 1985 lediglich von 3,9 auf 4,8 Prozent erhöht. Auch unter Berücksichtigung notwendiger Korrekturen ergibt sich somit bislang keine dramatische Verschiebung zugunsten des militärischen Bereichs. Außerdem ist zu beachten, daß die Rüstungsquote an den staatlichen F&E-Ausgaben in der Bundesrepublik nach wie vor erheblich unter der Frankreichs, Großbritanniens und der USA liegt. Vgl. BMFT (Hg.), Faktenbericht, a. a. O., S. 80/81, 251, 261, 293.

29 Eigene Berechnungen nach: W. Clauß/G. Gugel/U. Rau/W. Schwegler-Rohmeis, Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg, hrsg. v. Verein für Friedenspädagogik Tübingen e. V., Tübingen 1987, S. 3; J. Huffs Schmid u. a., Neue Armut . . . , a. a. O., S. 87 f.

nados und verweist darauf, daß vor allem die Auftragsquote des Luftfahrzeugbaus bei Einberechnung aller Aufträge erheblich höher liegen würde. Weiterhin ist zu beachten, daß obige Aufstellung nur die direkten Zahlungen des BWB wiedergibt, also keine branchenmäßige Verteilung entsprechend der Vorleistungsproduktion vornimmt. Dadurch dürfte der tatsächliche Auftragsanteil der Elektrotechnischen Industrie weit unterbewertet (und der des Maschinenbaus, dem die gesamte Kampfpanzerproduktion zugerechnet wird, überbewertet) werden, denn verschiedene Hinweise in einschlägigen Zeitschriften zeigen, daß sich der Kostenanteil der elektronischen Komponenten hochentwickelter Waffensysteme häufig auf über 40 Prozent und z. T. bis zu 60 Prozent beläuft.

Eingedenk der notwendigen Korrekturen ist also *zum einen* davon auszugehen, daß vor allem die Elektroindustrie von der anhaltenden Aufrüstung profitiert. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet ergibt sich damit der unsinnige Sachverhalt, daß ausgerechnet eine der ohnehin leistungsfähigsten Branchen über den Hebel staatlicher Umverteilung und Auftragsvergabe jährlich in Milliardenhöhe gefördert wird. Ähnliches läßt sich für den Fahrzeugbau und – mit größeren Abstrichen – auch für den Maschinenbau feststellen.

Zum anderen hat es allerdings auch den Anschein, als würde die Rüstung z. T. zu einer gewissen „Vollständigkeit“ des Branchenspektrums in der BRD beitragen. Neben der Luftfahrzeugindustrie (auf die unten noch eingegangen wird) betrifft dies insbesondere den Schiffbau, dessen Militäranteil an der für den Inlandsabsatz bestimmten Produktion annähernd 40 Prozent erreicht.³⁰ Bei ihm drängt sich angesichts der Rationalisierungs- und Stilllegungspolitik der letzten Jahre der Eindruck auf, daß lediglich noch rüstungs- und militärpolitische Interessen an einem Mindestmaß an Kapazitäten die völlige Preisgabe der ganzen Branche verhindern.³¹ Zu beachten ist dabei jedoch, daß die Rüstung auch einem nochmals stark geschrumpften Schiffbau mittel- und längerfristig keine Überlebensperspektive eröffnen kann.³² Gerade der Umstand, daß gegenteilige Hoffnungen genährt werden, dürfte deshalb dazu beitragen, daß notwendige Maßnahmen einer zukunftsorientierten Umstrukturierung der Produktion unterbleiben – und somit perspektivisch die Zukunft der Werften um so gründlicher verspielt wird.

4.2 Rüstung und Regionen

Strukturpolitische Brisanz besitzt die Rüstung als Faktor deformierter Produktivkraftentwicklung auch im Hinblick auf die regionalen Disproportionen, denn offenbar besteht seit langem ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle bei der Verteilung der Rüstungsaufträge. So hatten 1984 fast 40 Prozent der direkten

30 Vgl. ebenda, S. 88.

31 Siehe hierzu die Aussage des ehemaligen Marine- und jetzigen Generalinspektors der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, zit. bei W. Flume, Schiffbau: Jeder ist sich selbst der Nächste, in: Wehrtechnik 11/1986, S. 32.

32 Dies behauptet nicht einmal die Marine-Lobby. Vgl. ebenda.

Auftragnehmer des BWB ihren Sitz in Bayern oder Baden-Württemberg. An sie flossen rund 60% der Inlandszahlungen des Beschaffungsamtes.³³ Ihr Anteil an den Mitteln für militärische Forschung und Technologie belief sich sogar auf rund 68 Prozent.³⁴ In den beiden Ländern sind zudem vier der sechs Forschungsinstitute der Fraunhofer-Gesellschaft angesiedelt, die vom Verteidigungsministerium grundfinanziert werden – darunter das Institut für Hydroakustik, das man eigentlich kaum in Ottobrunn bei München suchen würde.³⁵ Verglichen mit ihrem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (ein Drittel) ziehen beide Länder – und insbesondere Bayern – in deutlich überproportionalem Maße Gelder aus dem BMVg an sich. Relativ übertroffen werden sie dabei zwar noch vom Bundesland Bremen, das als Stadtstaat aber nur bedingt vergleichbar ist.

Auch die hier wiedergegebenen Zahlen zeichnen natürlich ein mehr oder weniger verzerrtes Bild.³⁶ Es fehlen wiederum die Militäraufträge, die nicht über das BWB abgewickelt werden. Nicht berücksichtigt sind die interregionalen Vorleistungsverflechtungen. Zusätzliche Verzerrungen können sich daraus ergeben, daß der Firmensitz, an den die Zahlungen fließen, und das Werk, in dem die Aufträge abgearbeitet werden, nicht im selben Bundesland liegen.

Obwohl erhebliche Abweichungen in Rechnung gestellt werden müssen, dürfte sich an dem festgestellten Süd-Nord-Gefälle allerdings kaum etwas ändern. Denn soweit feststellbar, haben die maßgeblichen Rüstungsproduzenten nicht nur ihre Konzernzentralen überwiegend in Bayern oder Baden-Württemberg. Dort ist auch das Gros ihrer mit militärischen Aufträgen befaßten Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten angesiedelt – inklusive der High-Tech-Abteilungen.³⁷

Betrachtet man nicht nur Bundesländer, sondern Städte und Regionen, so zeigt sich, daß zwar einige strukturpolitische Problemgebiete (Bremen, Emden, Kiel, Kassel) in überdurchschnittlichem Maße von der Rüstung abhängig sind bzw. davon profitieren. Als *das* bundesdeutsche Rüstungszentrum erweist sich aber – absolut gesehen – der Großraum München, der auch zivil schon zu den „Hauptgewinnern“ des Strukturwandels zählt. Daß gerade diese Region auch in Zukunft mittels ausgedehnter Militäraufträge vorrangig „gefördert“ werden wird, verdeutlicht, daß Rüstung (wenn nicht notwendig, so doch faktisch) die regionalen Disproportionen in der Bundesrepublik eher verschärft als nivelliert.³⁸

33 Vgl. J. Huffs Schmid u. a.: Neue Armut . . . , a. a. O., S. 90.

34 Vgl. D. Fondran, Das Forschungs- und Technologiekonzept, in: Wehrtechnik 7/1986, S. 82 ff.

35 Vgl. Wehrdienst v. 3. 5. 1982.

36 Siehe hierzu: W. Voß, Regionale Bedeutung der Rüstungsproduktion in Norddeutschland, in: K. Schomaker u. a., Alternative Produktion . . . , a. a. O., S. 92 ff.

37 Siehe hierzu: F. Schmid/A. Cullmann, Das Pulverfaß. Rüstungs- und Raketenzentrum Südbayern, 3. überarbeitete Auflage, München 1981, S. 93 ff.; W. Clauß u. a., Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg, a. a. O., S. 7 ff.

38 Siehe auch: U. Albrecht u. a., Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit?, Reinbek 1982, S. 36 ff.

5. Rüstung und das Problem einer militärisch präformierten Technologieentwicklung

Bislang ist entwickelt worden, daß Militär und Rüstung die Produktivkraftentwicklung tendenziell hemmen und systembedingte Deformationen zusätzlich verstärken. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Rüstung und militärische Interessen gewissermaßen eigenständige Deformationen in der Produktivkraftentwicklung hervorrufen – indem sie etwa bestimmte technologische Entwicklungslinien präformieren.

So weit ersichtlich, ist dieses Problem bis heute nur wenig untersucht worden, geschweige denn Gegenstand einer theoriegeleiteten systematischen Analyse gewesen. Zumeist wird auf empirische Beispiele dafür verwiesen, daß die Genese einer bestimmten Technologie in mehr oder weniger großem Maße unter Ausrichtung auf militärische Anforderungen und/oder finanziert aus dem Militäretat vorangetrieben worden ist. Wie das Beispiel Mikroelektronik/Computertechnik zeigt, reicht eine derartig historisch-deskriptive Herangehensweise aber nicht aus. Denn: Kann man sagen, daß die gegenwärtige Informationstechnik, die nachhaltig unter militärischer Dominanz vorangetrieben worden ist, ihrem Wesen nach eine der Rüstung geschuldete „Fehlentwicklung“ ist? Dies erscheint wenig plausibel. Aber andererseits: Hat die Rüstung bloß die Rolle eines Vehikels oder Katalysators für die Durchsetzung einer objektiv-rationalen informationstechnologischen Entwicklung gespielt? Das wäre jedenfalls noch zu beweisen oder eben zu widerlegen.

Im Kern geht es also offensichtlich um die *Frage, ob Rüstung bestimmte Technologien bloß mißbraucht, oder ob die Verwirklichung und konkrete Ausprägung bestimmter Technologien selbst maßgeblich der Rüstung geschuldet sind*. Letzteres wäre dann begründeterweise zu vermuten, wenn *erstens* gezeigt werden könnte, daß militärische Interessen auch im zivilen Bereich einer Technologie zum Durchbruch verholfen haben, die andernfalls wahrscheinlich nicht realisiert worden wäre, weil für sie keine ökonomische Notwendigkeit bestand bzw. rein ökonomische Kriterien sogar gegen sie sprachen. Und/oder wenn *zweitens* dargelegt werden könnte, daß in einem zivilen (oder als zivil bezeichneten) Technologiefeld aus dem Spektrum möglicher Entwicklungsalternativen gerade diejenigen ausgewählt werden, die von militärischem Interesse sind.

In der Bundesrepublik richtet sich der Verdacht einer derartigen *Präformierung* zumindestens auf zwei Richtungen moderner Produktivkraftentwicklung: auf die Kerntechnik und die Weltraumtechnik.

5.1 Zur Kerntechnik

In diesem Bereich sind offenbar beide genannten Kriterien erfüllt:

Zum einen kann mittlerweile kaum noch Zweifel daran bestehen, daß für den bundesdeutschen *Einstieg* in die Kernenergie und Atomtechnik – neben und zusammen mit den finanzkapitalistischen Verwertungsinteressen – vor allem militärische bzw. weiter gefaßt: machtpolitische Motive den Ausschlag

gegeben haben. Die energiepolitischen Begründungen waren demgegenüber zumindest anfänglich eindeutig vorgeschoben: Tatsächlich wurde die Atompolitik zunächst sogar gegen den Widerstand der Energieversorgungsunternehmen, insbesondere des RWE, betrieben. Planungen etwa bezüglich des auszuwählenden Reaktortyps waren dementsprechend anfangs von dem Ziel geleitet, so schnell wie möglich an Plutonium zu kommen.³⁹

Bemerkenswert ist zudem, daß auch das amerikanische „Atoms-for-Peace“-Programm, von dem wichtige Impulse und die maßgebliche Hilfestellung für die bundesdeutschen Nuklearaktivitäten ausgingen, keineswegs von energiepolitischen oder wenigstens friedfertigen Absichten getragen wurde, sondern Teil der „Kalte-Kriegs“- und Hegemonialpolitik der USA war: Seine wahren Ziele bestanden darin, in propagandistisch groß angelegtem Stil von der forcierten atomaren Aufrüstung abzulenken und den USA gegenüber ihren Partnerstaaten – die auf lange Zeit auf Zulieferungen von angereichertem Uran angewiesen bleiben sollten – zusätzliche politische Einflußmöglichkeiten zu eröffnen.⁴⁰

Zum anderen ist festzustellen, daß die in der Bundesrepublik erbauten, (mit-)entwickelten oder geplanten Atomanlagen in technischer Hinsicht *entweder* eine militärisch vorstrukturierte Entwicklungsgeschichte aufweisen – wie der vorherrschende Leichtwasser-Reaktor-Typ, der ursprünglich im Rahmen des militärischen Nuklearprogramms der USA als U-Boot-Antrieb entwickelt wurde und seine Verbreitung dem eben genannten „Atoms-for-Peace“-Programm verdankt⁴¹ – oder so „ausgewählt“ wurden, daß sie auf dem Weg zur Atombombenherstellung lagen und nahe an dieses Ziel heranführten. Diese brisante Tatsache läßt sich bei den beiden (mit-)entwickelten Verfahren zur Urananreicherung beobachten: dem *Trenndüsenverfahren*, dessen Export nach Südafrika und Brasilien dazu beigetragen hat, eine tatsächliche und eine potentielle Atommacht zu schaffen, sowie dem (in britisch-niederländisch-deutscher Kooperation erarbeiteten) *Gaszentrifugenverfahren*, das bei den britischen Kommentatoren sowohl die „Hoffnung auf mögliche leichte Atomwaffen“⁴² als auch die Angst vor der „deutschen Atombombe“⁴³ weckte. Diese duale Nutzungsmöglichkeit läßt sich weiterhin beobachten bei dem „*Schnellen Brüter*“, dessen französisches Pendant die „Force de Frappe“ mit dem explosivsten Stoff der Welt versorgt, und bei der *Wiederaufarbeitungsanlage* (WAA) in Wackersdorf, die allen Dementis zum Trotz zwar nicht das reinste, aber dennoch waffenfähiges Plutonium produzieren wird.⁴⁴

39 Vgl. J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 – 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 120 ff., 185 ff.

40 Vgl. M. Eckert, US-Dokumente enthüllen: „Atoms for Peace“ - eine Waffe im Kalten Krieg, in: bild der wissenschaft 5/1987, S. 64 ff.

41 Vgl. ebenda, S. 64, 74.

42 Vgl. St. L. Harrison, Strategy Tomorrow, in: Military Review 8/1972, S. 65.

43 Vgl. J. Radkau, Aufstieg und Krise..., a. a. O., S. 339.

44 Vgl. Auf dem Weg zum Atomwaffenstaat?, in: Mediatius. Zeitschrift für handlungsorientierte Friedensforschung, Starnberg 3/1987, S. 14 ff.

Kennzeichnend für diese Projekte ist zudem, daß hier keineswegs die zivil wirtschaftlichste Technologie ungewollt die am ehesten militärisch mißbrauchbare ist. Vielmehr ist die zivile Unwirtschaftlichkeit – wie insbesondere der „Schnelle Brüter“, aber absehbar auch die WAA zeigen – ein hervorragendes Merkmal dieser Vorhaben.⁴⁵ Daß sie trotzdem verwirklicht werden sollen, verstärkt den Verdacht auf andere als zivile ökonomische Absichten – zumal auch politisch häufig genug der Wunsch nach einem bundesdeutschen „Finger am atomaren Abzug“ geäußert worden ist.⁴⁶ Schließlich paßt dazu, daß die gewöhnlich sehr gut informierte Zeitschrift „Wehrtechnik“ anläßlich des Überschreitens der 50-Milliarden-DM-Grenze bei den Verteidigungsausgaben darauf verwiesen hat, daß „*der geheime Anteil an der Kern- und Weltraumforschung nicht einmal hinzugerechnet*“ ist zu dieser Summe – daß also demnach ein „schwarzer Etat“ existiert!⁴⁷

5.2 Zur Weltraumtechnik

Wie das vorstehende Zitat andeutet, gibt es auch in diesem Bereich offenbar seit längerem verdeckte militärische Aktivitäten. Soweit ersichtlich, liegen bislang allerdings noch keine überzeugenden Nachweise vor, daß der bundesdeutsche Einstieg in die Weltraumforschung und -technik maßgeblich auf rüstungspolitische Überlegungen zurückzuführen ist. Immerhin gibt es aber – vom vagen Verdacht bis zu handfesten Indizien – einiges, was in diese Richtung verweist und sich als ergiebiges Forschungsfeld erweisen dürfte: Da ist zunächst der historische Vorlauf des faschistischen Raketen- und „Wunderwaffen“-Projektes in Peenemünde, dessen Kontinuitätslinien zwar durch den erzwungenen „brain-drift“ nach den USA nachhaltig gestört, aber – wie in anderen Bereichen – wohl kaum völlig zerstört worden sind.⁴⁸ Da muß weiterhin nachdenklich stimmen, daß die für weltraumtechnische Aufgaben vorrangig in Frage kommende Luftfahrtindustrie ihr (Wieder-)Entstehen in der Bundesrepublik nahezu ausschließlich der Rüstung verdankt.⁴⁹ Seltsam mutet zudem an, daß auf der staatlichen Ebene die Luft- und Raumfahrtforschung dem Atomministerium angegliedert, also organisatorisch sofort eine Verzahnung von Atom- und Raketentechnologie herbeigeführt wurde. Auffällig sind auch die frühen und teils geheimen Kontakte nach Brasilien, an dessen überwiegend militärischem Weltraumprogramm die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) sowie MBB beteiligt sind und wo mit der Sonda-IV-Rakete bereits die „Kategorie einer Mittelstreckenrake-

45 Vgl. W. Karl, Atomwaffen für die Bundesrepublik?, in: antimilitarismus-information 6/1985, S. III–57 ff.

46 Vgl. M. Küntzel, Atomwaffensperrvertrag und nukleare Optionen der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1985, S. 941 ff.

47 Wehrtechnik 9/1977, S. 22f.

48 Darauf verweist u. a. das Beispiel des ehemaligen Peenemünder Mitarbeiters L. Kayser, der in den 70er Jahren mit seiner dubiosen, gleichwohl von der DFVLR unterstützten Raketenfirma OTRAG einige Furore machte. Vgl. IMSF (Hg.), Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 86 f.

49 Siehe z. B. H.-J. Bontrup, Preisbildung bei Rüstungsgütern, Köln 1986, S. 31 ff.

te“ erreicht worden ist.⁵⁰ Bei dem zivil angelegten europäischen Weltraumprogramm konnten demgegenüber lange Zeit nur bündnispolitische Rücksichten auf Frankreich die Bundesrepublik zur Teilnahme bewegen.⁵¹

Wenn also schon rückblickend Zweifel an den ausschließlich friedlichen Zielen des bundesdeutschen Engagements in der Weltraumforschung und -technik angebracht sind, so gilt dies noch viel mehr für die künftigen Vorhaben. Gemeint ist damit nicht nur das eindeutig militärische Projekt eines französisch-deutschen Aufklärungssatelliten, sondern vor allem der geplante großdimensionierte Einstieg in die bemannte Raumfahrt, der sich insbesondere in vier Vorhaben konkretisiert: COLUMBUS, der westeuropäische Beitrag zur amerikanischen Weltraumstation; HERMES, eine bemannte europäische Raumfähre; ARIANE V, eine in der Schubkraft erheblich verstärkte Trägerrakete, sowie perspektivisch eine eigenständige westeuropäische Raumstation.

Was diese Projekte so verdächtig macht, ist dreierlei:

– *Erstens* ergeben sie in ziviler Hinsicht offenbar keinen Sinn. Die diesbezüglich angeführten Argumente sind entweder (wie der Verweis auf die vielen „spin-off“-Effekte) schlicht falsch bzw. (wie die postulierte künftige „Produktion im Weltraum“) spekulativ, oder aber sie widersprechen ökonomischem Kalkül und praktischer Erfahrung. Dies gilt speziell für die bislang genannten wissenschaftlich-technischen Nutzungsmöglichkeiten, die (sofern ihr Wert nicht ohnehin fragwürdig ist oder entsprechende Erkenntnisse auch unter Schwerkraftbedingungen gewonnen werden können) preiswerter im Rahmen der unbemannten Weltraumforschung zu realisieren sind – zumal der Mensch bei den hochempfindlichen und zumeist automatisierten Experimenten eher als Störfaktor gilt.⁵²

– *Zweitens* ist festzustellen, daß die maßgeblichen Partnerländer bei diesen Projekten – Frankreich und die USA – wenig Hehl daraus machen, daß für sie militärische Motive im Vordergrund stehen. Seitens der USA ist dies angesichts SDI und dem Ausschluß kommerzieller Missionen bei der künftigen Space-Shuttle-Nutzung bekannt. Die französische Haltung, vorgetragen von Staatspräsident Mitterrand, ist nicht weniger eindeutig: „Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Weltraum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hin getan haben.“ Eine europäische Weltraumgemeinschaft, die die oben genannten Projekte verwirklicht, gilt daher als „die beste Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen“.⁵³

– *Drittens* fällt auf, daß zum harten Kern der bundesdeutschen Weltraum-

50 Vgl. H. Lorscheid, Bombaderos in Brasilien, in: Konkret 2/1987, S. 20 ff.

51 Vgl. K. Kaiser, Argumente für eine deutsche Weltraumpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30.10.1985.

52 Vgl. K.-H. Seyfried, Sterngucker, in: Capital 9/1986, S. 237 ff.; H. Krupp, Die bemannte Raumfahrt ist unsinnig, in: Industriemagazin 10/1986, S. 19 f.; J. Weyer, Weltraumforschung, in: BdWi (Hg.), Forschungs- und Technologiepolitik, a. a. O., S. 12.

53 Vgl. J. Scheffran, Die europäische Weltraumgemeinschaft – Aufbruch in die Zukunft?, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 5/1984, S. 8.

lobby – neben den Profiteuren rund um MBB und die DFVLR – gerade jene außen-, sicherheits- und machtpolitischen Strategen und „Denkfabriken“ gehören, die gemeinhin dem militärischen Faktor einen hohen Stellenwert zusprechen – wie etwa das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit ihrem NATO-Preisträger Karl Kaiser an der Spitze oder die Konrad-Adenauer-Stiftung.⁵⁴ Für diese Kreise steht seit der Verkündung des amerikanischen SDI-Programms fest, daß der Kampf um „geopolitische und militärische Vorteile“ sich verstärkt mit dem Streben nach „Vorherrschaft im Weltraum“ verbindet. Statt kritischer Distanz fordern sie die aktive und (vermehrt) eigenständig orientierte Teilnahme der Westeuropäer und speziell der Bundesrepublik an diesem Wettlauf im All. Unverhohlenes Ziel ist es, „das machtpolitische Mißverhältnis zwischen den Supermächten und den europäischen Staaten“ zugunsten letzterer zu verändern und dabei insbesondere der Bundesrepublik im „Club der Weltraummächte“ jenen gewichtigen Platz zu sichern, der ihr im „Atomclub“ nach wie vor verweigert werde. Daß diese Politik in klarer Frontstellung zur Sowjetunion erfolgen soll, steht dabei ebenso außer Zweifel wie das Festhalten am „gleichberechtigter“ zu gestaltenden Bündnis mit den USA. Folgerichtig wird am Horizont der neuzugestaltenden Weltraumpolitik – kaum kaschiert – die Verwirklichung einer „Europäischen Verteidigungsinitiative“ bzw. einer eigenständigen Raketenabwehrfähigkeit gesehen, in der der westeuropäische Autonomieanspruch, die Anknüpfung an die USA und SDI sowie die aggressive Gegnerschaft zu den sozialistischen Staaten gleichermaßen ihren materiellen Ausdruck und ihre neue Basis finden sollen.

Alles in allem ergibt sich folglich der Eindruck, daß es auch hier – neben und zusammen mit profanen Profitinteressen – vor allem militärische Motive sind,⁵⁵ die auf den Einstieg in eine neue Großtechnologie hinwirken, deren ziviler Nutzen absehbar gering bleibt, deren Kosten und Gefahren aber kaum zu überschätzen sind.

54 Siehe K. Kaiser, *Argumente ...*, a.a.O.; Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hg.), *Deutsche Weltraumpolitik an der Jahrhundertsschwelle. Analyse und Vorschläge für die Zukunft*, Bonn 1986; W. Schreiber, *Die Bedeutung der Erforschung und Nutzung des Weltraums für die militärische Sicherheit*, in: *Europa-Archiv*, Folge 21/1986, S.629 ff.

55 Darauf verweist in ungewöhnlicher Offenheit auch der Leiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, Helmar Krupp: „Ressortmäßig sollte die bemannte Raumfahrt in die Zuständigkeit des Bundesministers für Verteidigung übergehen, wo sie hingehört“. Vgl. H. Krupp, *Die bemannte Raumfahrt ist unsinnig*, a.a.O., S.20.

Der Weg der Bundesrepublik in die „Informationsgesellschaft“ – zu wessen Gunsten, auf wessen Kosten

Horst Holzer

1. Ausgangspunkt – 2. Die Grundlage der „Informationsgesellschaft“: die telekommunikative Vernetzung – 3. Telekommunikation in staatsmonopolistischer Form – 4. Konzern- und Staatsinteressen – 5. Konsequenzen für die Lebensweise der Werktätigen und ihrer Familien – 5.1 Arbeitsplatz – 5.2 Haushalt – 5.3 Staatliche Bürokratie – 6. Ebenen der politischen Auseinandersetzung

1. Ausgangspunkt

Das Gerede von der „Informationsgesellschaft“, das diese als eine arbeitskräfte- und umweltschonende, rohstoff- und energiesparende, kommunikations- und wissensdemokratische Lebensform verkürt,¹ hüllt mit Absicht in Nebel, was sich mit dem Auf- und Ausbau des gesamtgesellschaftlich dimensionierten „technischen Kommunikationssystems“ gegenwärtig und künftig in der Bundesrepublik vollzieht. Ein solches Verschleiertegebe hat nach wie vor Erfolg, obwohl spätestens seit 1976 – zu dem Zeitpunkt veröffentlichte die damals vom SPD/FDP-Bundeskabinett initiierte „Kommission zum Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)“ ihren Abschlußbericht – klar ist, daß die Qualitäten jener „Informationsgesellschaft“ offensichtlich nicht ein Kommunikationsparadies garantieren, sondern in ihrer Form und in ihrem Inhalt von den herrschenden kapitalökonomischen und staatlich-bürokratischen Imperativen bestimmt werden.

2. Die Grundlage der „Informationsgesellschaft“: die telekommunikative Vernetzung

Der wahre Kern, der in der Formel „Informationsgesellschaft“ steckt, verweist auf die besondere Form, in der zur Zeit die wissenschaftlich-technische Basis des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses reorganisiert wird. „Setzte die erste wissenschaftlich-technische Revolution bei der manuellen Komponente menschlichen Arbeitsvermögens an und maschinisierte sie zusehends, ergreift die im Moment stattfindende zweite industrielle Revolution die geistige Arbeit, d.h. die Steuerung und Verwaltung des Pro-

¹ Vgl. dazu stellvertretend C. Schwarz-Schilling / D. Weirich, 10 Thesen zum Thema „Neue Medien“, in: G. E. Hoffmann (Hg.), *Der verkabelte Mensch*, Braunschweig 1983, S. 56 ff.

duktions- und Reproduktionsprozesses. Im Mittelpunkt des technischen Zugriffs steht der Informationsprozeß in seinen drei Phasenprozessen, der Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung von Informationen“.² Die sich in Gestalt dieses Zugriffs vollziehende (und außerordentlich intensiv von der Militärtechnik beeinflusste) „Übertragung geistig-intellektueller, informationsverarbeitender oder logischer Arbeitsfunktionen des Menschen auf technische Arbeitsmittel“³ ist damit zu einem wesentlichen Bestandteil der aktuellen profitökonomischen Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungsstrategie geworden. Unter technischen Gesichtspunkten basiert diese Strategie einerseits auf der Informations-(Mikroelektronik/Computer), andererseits auf der (Tele-)Kommunikationstechnologie⁴ (Nachrichtenübertragung). „Diese Verbindung zwischen zwei bisher getrennten technischen Entwicklungen ist das technisch Neue und rechtfertigt es, von ‚Neuen Informations- und Kommunikationstechniken‘ zu sprechen“.⁵

Die Kombination von Informations- und Kommunikationstechniken zur *Telematik* (Telekommunikation und Informatik) ist somit der materielle Gehalt, auf den sich die Vokabel „Informationsgesellschaft“ bezieht. Damit wird gleichzeitig verdeutlicht, daß die entscheidende Qualität der „Informationsgesellschaft“ vor allem von einem abhängt: von dem Ausmaß nämlich, in dem die in den Betrieben, Behörden und anderen Einrichtungen *computertechnisch* aufbereiteten Informationen über ein leistungsfähiges, gesamtgesellschaftlich ausgelegtes und auf die (schnelle) Beförderung von Computersignalen abgestimmtes Transportnetz ausgetauscht werden können. Auf diese Problematik der *telekommunikativen Vernetzung*, verstanden als den ausschlaggebenden Indikator der „Informationsgesellschaft“, werde ich mich im folgenden vor allem beziehen.

3. Telekommunikation in staatsmonopolistischer Form⁶

Eine solche „flächendeckende Infrastruktur aus Informationstechnologien“⁷ wird in der Bundesrepublik seit kurzem mit Vehemenz etabliert. Auf Basis dieser Infrastruktur soll langfristig die massenhafte Übertragung von Daten, Text, Sprache und (bewegtem) Bild in einem einheitlichen, äußerst kapazitäts- und geschwindigkeitsstarken Netz vonstatten gehen. Der zuvor erwähnte Auf- und Ausbau des „technischen Kommunikationssystems“ gilt also allen Aktivitäten, mit denen jetzt und in den kommenden Jahren jene Infra-

2 H. Ebinger, *Neue Medien*, Frankfurt/Main 1983, S. 15.

3 A. Leisewitz, *Neue Technologien und Arbeiterklasse*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6*, Frankfurt/Main 1983, S. 91.

4 Zum Bereich der Telekommunikation wird im vorliegenden Zusammenhang nicht die drahtlose terrestrische Hörfunk- und Fernsehübertragung gerechnet.

5 H. Kubicek / A. Rolf, *Mikropolis*, Hamburg 1985, S. 17.

6 Vgl. dazu H. Holzer, *Technik zwischen Kapital und Staatsinteresse: Grundlagen der Telekommunikationspolitik in der BRD*, in: *Hochschule der Künste Berlin / DGB Landesbezirk Berlin* (Hg.), *Technik, Kultur, Gesellschaft*, Berlin (West) 1985, S. 116 ff.

7 U. Briefs, *Alternativen zur Rationalisierungstechnologie*, in: O. Ullrich (Hg.), *Die Informationsgesellschaft als Herausforderung an den Menschen*, Frankfurt/Main 1984, S. 79.

struktur für eine *umfassende Elektronisierung der Informationsproduktion, -distribution und -verarbeitung* geschaffen werden soll. Es handelt sich hierbei um einen – dem Jargon der „Technikfolgenabschätzer“ entlehnten – Implementationsprozeß, der alle gesellschaftlichen Bereiche gleichermaßen betrifft. Der Vorgang dürfte (falls er wie von Kapital und Staat geplant zustandekommt) den nationalen wie transnationalen, den individuell wie massenmedial betriebenen Informationsfluß grundlegend verändern und insbesondere bei jenen zu einschneidenden Konsequenzen führen, denen – als werktätige Klasse – diese Kapital- und Staatsaktion aufgeherrscht wird.

Schaut man sich das Unterfangen an, mit dem in der Bundesrepublik die telekommunikationstechnische Infrastruktur durchgesetzt wird, springt einem die praktische Widerlegung der These in die Augen, die Telekommunikationsgesellschaft verwirkliche einen „hohen Demokratie- und Freiheitsanspruch“⁸ und schaffe für die Mehrheit der Bevölkerung, damit vor allem für die werktätigen Menschen und ihre Familien, eine „gerechtere Gesellschaft“.⁹ Denn die faktische Existenz, Form und Anwendung der Techniken werden offensichtlich durch die Absichten des großen Kapitals und des Staates geprägt. Solche Zielstellungen sind vor allem:

- den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß auf Basis der bereits akkumulierten Computer- und Informationstechnik sozusagen übertragungstechnisch zu rationalisieren, seine (internationale) Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und nicht zuletzt die „Chancen“ seiner (militärischen) Verteidigung zu heben;
- die Arbeitsproduktivität zu steigern, Arbeitsplätze massenhaft zu vernichten und die (noch) tätige menschliche Arbeitskraft durch rücksichtslose Steigerung der Arbeitsintensität und unter Androhung möglicher Arbeitslosigkeit gezielter auszubeuten;
- die durch Kapital und Staat begründete politische und „kommunikative“ Herrschaft in ihrem (Daten und Personen) kontrollierenden, ideologisierenden und auch kommerzialisierenden Zugriff zu effektivieren;
- damit insgesamt profitabwerfende Anlagemöglichkeiten für das technikanbietende Kapital zu schaffen.

Aufgrund dieser Zielstellungen werden den Telekommunikationsnetzen die folgenden *konkreten, auf Fabrik, Büro, Behörde und Privathaushalt bezogenen Funktionen* zugewiesen: Die Netze sollen

- die so bezeichnete Geschäfts- und Behördenkommunikation in ihrer Informationskapazität, Geschwindigkeit und (nationalen wie internationalen) Reichweite um ein Vielfaches ausweiten und gleichzeitig arbeitsplatz- und kostensparend organisieren helfen;
- die Privathaushalte elektronisch an die Betriebe und Behörden koppeln, um dadurch eine ebenfalls arbeitsplatz- und kostensparende Telearbeit und Kundenversorgung zu ermöglichen;

8 C. Schwarz-Schilling, Die künftige Kommunikationsgesellschaft, in: Der Landkreis 8/9–1983, S. 370.

9 Ebenda.

- der massenhaften Verbreitung und dem individuellen Abruf von Hörfunk- und Fernsehprogrammen kommerziell nutzbare Übertragungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen;
- im „Verteidigungsfall“ den militärischen Aktivitäten (die nachrichtentechnisch gesehen weitgehend über eigenständige Systeme übertragen werden) die gebührende Unterstützung gewähren;
- sich schließlich für das technikanbietende Kapital gewinnbringend absetzen lassen.

Dieser Funktionszuweisung und damit der Qualifizierung der Telekommunikationsnetze als der entscheidenden Mittel, die die *Rationalisierungs-, Intensivierungs-, Kontroll- und Überwachungspotentiale* der Informations- und Computertechnik erst „voll“ zum Zuge kommen lassen, haben sowohl CDU/CSU/FDP wie auch die SPD zugestimmt: Letztere allerdings zögernd (obwohl bekanntermaßen der Ausbau der Telekommunikation unter der Schirmherrschaft der Forschungs- und Postminister Ehmke, Matthöfer und Gscheidle begann) und zumindest formal immer um die Frage nach der sozialen Beherrschbarkeit des „technischen Kommunikationssystems“ besorgt. Insbesondere von seiten der CDU/CSU liegen inzwischen zahlreiche Dokumente vor, die einerseits die kapital- und staatspolitische Bedeutung der telekommunikativen Vernetzung herausstellen, andererseits – das vor allem seit der 1982/83 vollzogenen „Wende“ – eine Fülle von Aktivitäten begründen, die den Telekommunikationsausbau vorantreiben sollen. Nachzulesen ist das in dem 1983 publizierten, noch von der sozial-liberalen Koalition angeregten Bericht der Bundestags-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“; in den Empfehlungen der drei Expertenkommissionen, die von der baden-württembergischen Landesregierung ab 1982 eingesetzt worden sind; in dem 1984 veröffentlichten Bundesregierungsbericht „Informationstechnik“.

Umgesetzt werden die in den Dokumenten enthaltenen Vorhaben durch die Bundespost, die sich seit ihrer Inbesitznahme durch die Rechtskoalition sehr dezidiert um den zügigen Ausbau des „technischen Kommunikationssystems“ kümmert. Der Post ist gesetzlich die Kompetenz zuerteilt worden, im Rahmen der staatlichen Aktivitäten die – öffentlich zugänglichen – Telekommunikations- oder Fernmeldenetze und die darin betriebenen Dienste als allgemeine Bedingungen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses zu organisieren und zu betreiben. (Die Postkompetenz reicht jeweils bis zu den „Schnittstellen“ oder „Übergabepunkten“; das sind die Stellen, an denen sich der Netzteilnehmer mit seinen Endgeräten dem Netz anschließt. Im Fernsprech- und Fernschreibbereich erstreckt sich diese Kompetenz auch auf die Endgeräte.)

Im Hinblick auf den weiteren Telekommunikationsausbau orientiert sich das Postmanagement – in Abstimmung mit dem äußerst kapitalfreundlichen Postverwaltungsrat und der sonstigen Kapital-Lobby – an zwei (langfristig zu lösenden) Aufgaben. Diese ergeben sich aus dem Verhältnis der Informations- und Computer- zur Telekommunikationstechnik und aus deren Bedeutung für die adäquate Nutzung der betrieblich und behördlich realisierten informations- und computertechnischen Potentiale. „Die Ausbaupläne der Bun-

despost sind darauf gerichtet, die bislang getrennten technischen Entwicklungslinien der elektronischen Daten-, Text-, Sprach- und Bildverarbeitung zu kombinieren und mit der Nachrichtentechnik (Digitalisierung und optoelektronische Übertragung mittels Glasfaserkabeln) zusammenzuführen.“¹⁰ Um verdeutlichen zu können, was dieser postalische „Ansatz“ beinhaltet, in welchem zeitlichen Ablauf er verwirklicht werden soll und welche Konsequenzen seine Realisierung für die telekommunikative Vernetzung und deren oben skizzierte Funktionen hat, gehe ich zunächst von der aktuellen Situation aus.

Ein Telekommunikationsnetz¹¹ besteht aus drei Hauptkomponenten: der Übertragungstechnik (Kabel, Verstärker), der Steuerungs- und Vermittlungstechnik und den über beide Techniken definierten Schnittstellen der Endgeräte, die an das Netz angeschlossen werden. Über ein solches Netz können verschiedene Dienste abgewickelt werden, die „Nachrichtenformen“¹² (Sprache, Texte, Stand- und Bewegtbilder) in standardisierter Fassung befördern. In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit drei Netztypen: das (analoge) Fernsprechnetz, das Digitale Integrierte Fernschreib- und Datennetz (IDN) und das Breitband-Verteilnetz (Gemeinschaftsantennenanlagen). Über das *analoge*¹³ *Telefonnetz* laufen Fernsprechverkehr und langsame, über ein Modem bewerkstelligte Computerdatenübertragung. Die Datenübertragung erfordert dabei die Umwandlung der digitalen Computersignale in analoge, dem Fernsprechnetz angepaßte Signale. Zum Fernsprechnetz zählten 1985 rund 6300 Orts- und Fernvermittlungsstellen sowie 22 Mio. Haupt- und 8 Mio. Nebenanschlüsse (Nebenstellenanlagen). Das IDN ermöglicht mit Hilfe der Datex-Dienste schnelle Datenfernübertragung und ist die Grundlage für Teletex (Fernschreiben) und Telefax (Fernkopieren). Auch das IDN wird über die Schmalbandkabel des Telefonnetzes befördert, verfügt aber über eine andere Vermittlungstechnik als das Fernsprechnetz, eben über die digitale Vermittlungstechnik. Der Vorteil des IDN liegt darin, daß hier keine Analog-/Digitalumwandlung erforderlich und dadurch eine computergerechte Übertragung mit hoher Vermittlungsgeschwindigkeit möglich ist. Dem IDN waren 1985 knapp 400 000 Teilnehmer angeschlossen. Das Breitband-Verteilnetz (auf Basis von Kupferkoaxialkabeln und ergänzt durch postalisch gemietete Fernmeldesatellitenkanäle) ist von den beiden zuvor genannten Netztypen völlig unabhängig und dient allein zur Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen. An Breitbandverteilnetze waren Anfang 1987 1,8 Mio. Haushalte angeschlossen.

10 D. Sträter/R. Fischer-Krippendorf/H. Häbler/K. Irle/S. Köhler, Sozialräumliche Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, München 1986, S. 25.

11 Die drahtlose Hörfunk- und Fernsehübertragung bleibt hier ausgeklammert.

12 H. Kubicek/A. Rolf, a. a. O., S. 79.

13 „Analoge Netze: Hier entsprechen bei der Sprachübertragung die Schwingungen des Stroms den akustischen Schwingungen des Schalls... Digitale Netze: Hier nimmt das Signal nur zwei physikalische Zustände an (bit = binary digit). Die Übertragungskapazität wird in bit/Sekunde gemessen. Signale aus Datenverarbeitungsanlagen liegen in dieser Form vor. Sprache und Bilder müssen erst in bits aufgelöst werden (digitalisiert werden)“ (H. Kubicek/A. Rolf, a. a. O., S. 83). Das „analoge“ bzw. „digitale“ Prinzip wird sowohl in der Vermittlungs- wie in der Übertragungstechnik verwendet.

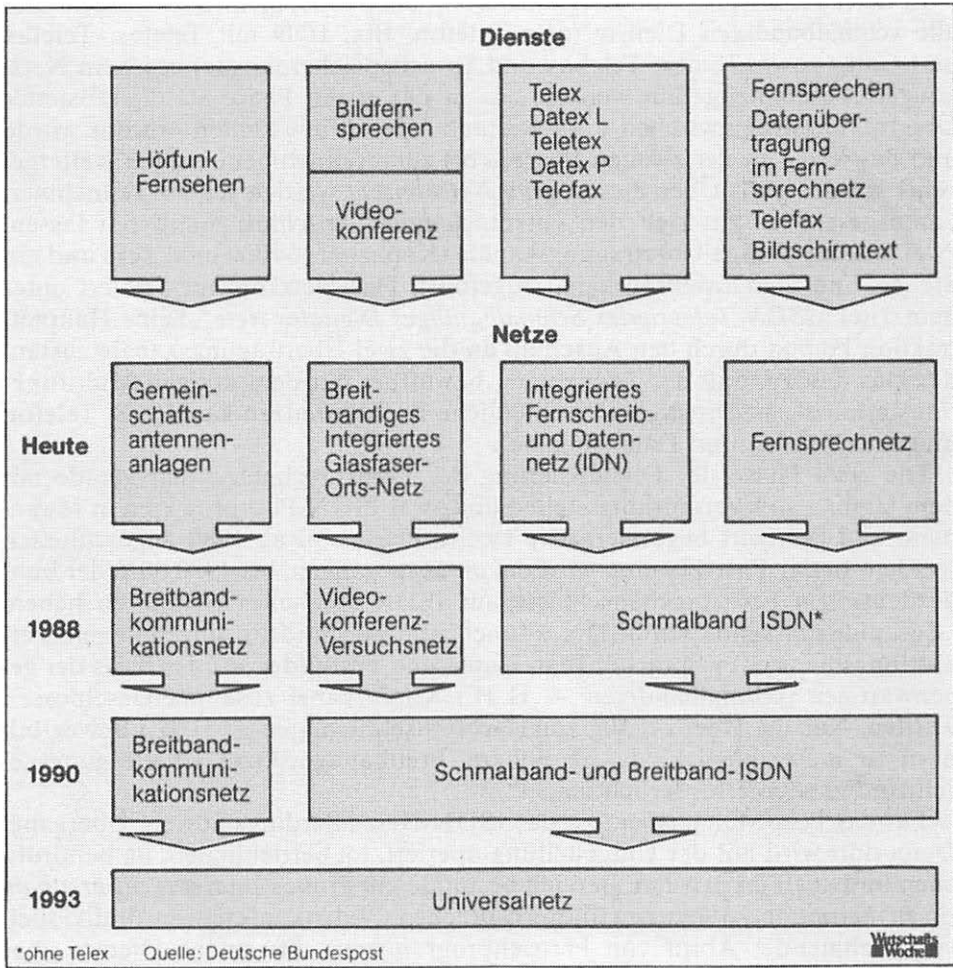
Von diesen Netztypen ausgehend verfolgt die Bundespost *zwei Linien*. Sie richtet erstens *zusätzliche Dienste auf den bestehenden Netzen* ein (insbesondere auf dem analogen Fernsprechnetzt unter Einsatz von Analog-/Digitalumwandlern); sie entwickelt zweitens — unter Anknüpfung an die bestehenden Netze — eine *neue Netzkonfiguration*, in die alte, zusätzliche und neue Dienste integriert werden.

Zusätzliche Dienste, die zur Zeit installiert oder erprobt werden, sind Telemetric Exchange (Temex), Telebox, Sprachspeicherdienste und Bildschirmtext. Das momentan im Test befindliche *Temex*, das nicht benötigte Übertragungskapazitäten des Fernsprechnetzes nützt, ist ein Fernwirk- und -meßsystem. Es soll insbesondere zum Ablesen von Zählerständen und zum Fernschalten (Ampeln, Beleuchtungen, Heizungen) herangezogen werden. *Telebox*, ebenfalls in der Erprobung, ist ein computergesteuertes Textübertragungs- und -speichersystem, das — vermittelt über eine Zentralstelle — jeder (angemeldeten) Dateneingabestation die Zwischenspeicherung von Texten in einem „persönlichen elektronischen Briefkasten“ (Originalton Bundespost) und den Abruf von Nachrichten aus anderen „Briefkästen“ gestattet. *Sprachspeicherdienste* übertragen das Telebox-Prinzip auf den Bereich der Sprache und dienen zum Zwischenspeichern und Abrufen gesprochener und dann digitalisierter Wörter, Sätze, Passagen. Diese Dienste werden als Ersatz für Anrufbeantworter angeboten. Das *Bildschirmtextverfahren* ermöglicht (mit Hilfe eines Telefons, eines Modems, eines TV-Gerätes, einer Fernbedienung oder alpha-numerischen Tastatur) den Abruf von Daten, Texten und Graphiken aus der Btx-Zentrale und (mit Hilfe eines Kassettenrecorders) deren Speicherung. Die besondere Qualität des Btx-Systems besteht darin, daß es aufgrund der Kopplung seines Großcomputers (und seiner Nebenstellen) an das IDN als Rechnerverbund arbeitet und dadurch vor allem eine Brücke zwischen den (privaten) Fernsprechteilnehmern und den (überwiegend betrieblich und behördlich genutzten) IDN-Datexdiensten herstellen kann. Ende 1986 gab es 50 000 Btx-Anschlüsse.

Bedeutender als die skizzierte Einrichtung zusätzlicher Dienste dürfte das Vorhaben der Bundespost sein, das bestehende Fernsprechnetzt in eine vollintegrierte computerkompatible Informationsinfrastruktur umzugestalten: mit dem „strategischen Ziel“,¹⁴ *alle Dienste / Nachrichtenformen* (Daten, Texte, Sprache, Stand- und bewegte Farbfernsehbilder) über *ein* Netz und *eine* (Digital-)Vermittlungsstelle laufen zu lassen sowie über *einen* Anschluß und *ein* Multifunktionsterminal den Teilnehmern verfügbar zu machen. In welcher Konstruktionsform und in welchem zeitlichen Rahmen ein solches *Universalnetz* realisiert werden soll, zeigt das Schaubild.

14 Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.), Informationstechnik. Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, Bonn 1984, S. 59.

Schaubild: Entwicklung der Netze und Dienste der Deutschen Bundespost¹⁵



Die in dem Schaubild dokumentierte Netze- und Diensteintegration soll sich stufenförmig vollziehen. Grundlage der Integration ist die *Digitalisierung des Fernsprechnetzes*, die in zwei Schritten erfolgt. Zunächst werden die Orts- und Fernvermittlungsstellen mit *digitaler Vermittlungstechnik* ausgestattet und zwischen ausgewählten Vermittlungsstellen auch *digitale Übertragungswege* geschaffen. Durch letzteres wird *zwischen* diesen Vermittlungsstellen die digitalisierte Fernübertragung, das heißt: die Übertragung von (digitalisierten) Daten, Texten und Sprache über *eine* Leitung möglich. Die Verbindung zwischen

15 Wirtschaftswoche v. 31. I. 1986, S. 64.

den Teilnehmeranschlüssen und den Ortsvermittlungsstellen basiert allerdings weiterhin auf der analogen Übertragungstechnik.

In der zweiten Phase der Digitalisierung des Fernsprechnetzes sollen dann alle schmalbandigen Dienste (also Telefon, Btx, IDN mit Teletex, Telefax und Datex sowie Temex, Telebox und Sprachspeicherdienste) in jenem Netzkonzept zusammengefaßt werden, das in der ersten Phase als digitalisierter Übertragungsweg zwischen ausgewählten Vermittlungsstellen erprobt wurde und das jetzt – in der zweiten Phase – bis zum Teilnehmeranschluß weitergeführt werden soll. Über dieses *neue Netzkonzept* werden jedem Teilnehmer, vorausgesetzt er hat sich den entsprechenden Anschluß montieren lassen, zwei leistungsfähige Übertragungskanäle (Kapazität: 64 000 bits / sek) und ein Steuer- und Signalisierungskanal zugeführt. Das Netzkonzept firmiert unter dem Titel „*ISDN/Integriertes Schmalbandiges Digitales Netz*“. Seine Hauptattraktion kommt durch den Anschluß an die zwei Übertragungskanäle zustande: Das läßt zu, daß der Teilnehmer, bewaffnet mit dem nötigen Multifunktionsterminal, *gleichzeitig* unterschiedliche Dienste nutzen kann (z. B. Telefon und Btx, Telefon und Dateneingabe).

Die erste Phase der Digitalisierung des Fernsprechnetzes hat gerade mit dem Umbau von Vermittlungsstellen und zwei ISDN-Pilotprojekten in Mannheim und Stuttgart begonnen. Die zweite Phase soll ab 1988 angeschlossen werden. In der Post-Planung wird davon ausgegangen, bis 1990 50% der bundesdeutschen Fernsprechanchlüsse auf ISDN-taugliches Niveau zu heben. „Zusammenfassend: mit ISDN können alle gegenwärtig angebotenen Vermittlungsdienste für Sprache, Text, Daten und Festbilder auf der Basis der gegenwärtigen (schmalbandigen – H. H.) Kupferkabel zusammengeschlossen werden. Nur die Übertragung von (farbfernsehtüchtigen – H. H.) Bewegtbildern ist nicht möglich, da sie höhere, breitbandgestützte Übertragungsgeschwindigkeiten erforderlich macht“.¹⁶

Für das Post-Management ist das ISDN-Netz allerdings nur ein Übergang. Denn dort wird mit der Unterstellung operiert, im betrieblichen, im behördlichen und auch im privaten Bereich bestünde ein großes Interesse an *breitbandigen Vermittlungsdiensten* (Bildfernsprechen, Videokonferenzen, individuell vorzunehmender Abruf von Fernsehprogrammen). Da solche Dienste aber nicht über schmal-, sondern nur über *breitbandige* Kabel transportiert werden können, sollen ab 1990 erstere durch *Glasfaserkabel* ersetzt werden. Das hätte zur Folge, daß – nach der Zwischenstufe eines Breitband-ISDN (Bildfernsprechen, Videokonferenzen) – über das *eine* Glasfasernetz *alle* Nachrichtenformen übertragen und dann auch Fernseh- (und Hörfunk-)programme nicht mehr nur von einem Sender *verteilt* würden: diese wären vielmehr von der jeweiligen Vermittlungsstelle *individuell abrufbar* – vorausgesetzt, das entsprechende Endgerät ist zur Hand.

Da die Organisation eines solchen vollintegrierten Universalnetzes mit erheblichen Kosten verbunden ist, werden die Möglichkeiten dieser Netzkonstruktion seit 1983 in den sogenannten BIGFON-Versuchen getestet (BIG-

16 D. Sträter u. a., a. a. O., S. 31.

FON = Breitbandiges Integriertes Glasfaserfernmeldeortsnetz; die Projekte finden – mit geringer Teilnehmerzahl – in sieben Großstädten statt; ein BIG-FON-Anschluß verfügt über zwei digitale Fernsprech-, Daten- und Textkanäle, zwei Kanäle für die Vermittlung von Fernsehprogrammen, mehrere Hörfunkkanäle und einen Bildtelefonkanal). Interessant ist, daß die Post den Aufbau des Glasfaser-Universalnetzes nicht erst nach der Beendigung der zweiten ISDN-Phase beginnen, sondern diesen bereits parallel zur ISDN-Installation anlaufen lassen will. Das heißt im Hinblick auf die unmittelbar anstehenden Post-Aktionen: 1. Neben der Einrichtung des ISDN baut die Post mit Hilfe von Glasfaserkabeln und Fernmeldesatelliten (u. a. mit dem 1988 startenden BRD-Satelliten „Kopernikus“) ein grobmaschiges (Overlay-)Netz zwischen städtischen Ballungsräumen auf, das Videokonferenzen und schnellste Datenfernübertragung gewährleisten soll. 2. Ab 1990 fängt der Austausch der schmalbandigen Kupfer- durch die Glasfaserkabel und der Aufbau des Breitband-ISDN an (inklusive der Zusatzdienste Bildfernsprechen und Videokonferenzen). 3. 1992 soll die Hörfunk- und Fernsehübertragung in das bis dahin realisierte Breitband-ISDN einbezogen und dieses dann mit Volldampf in das Glasfaser-Universalnetz, das Integrierte Breitbandfernmeldenetz (IBFN) transformiert werden.

4. Konzern- und Staatsinteressen

Daß der Kapital / Post-Verbund darauf aus ist, jeden Widerstand vor allem von seiten der arbeitenden Bevölkerung zu überrollen, ist augenfällig. Erwartet wird von ihr allein, daß sie zur Bezahlung der Telekommunikationsnetze und -dienste Erhebliches beiträgt. Denn die Netze- und Diensteeinrichtung wird, da die anderen Dienstleistungen der Post keine überschüssigen Einnahmen bringen, weitestgehend durch die sehr gewinnträchtigen, hauptsächlich von den Werkträgern beigebrachten Fernsprechgebühren und durch Kapitalanleihen finanziert, die vor allem auf die künftigen Erträge aus diesen Gebühreneinnahmen (ISDN, IBFN) ausgerichtet sind. (Das Satellitenübertragungsnetz wird zudem über Steuergelder aus dem BMFT-Etat mitgetragen.) Wenn also die Werkträgern und ihre Familien schon nichts bei der Installation des Telekommunikationssystems zu vermelden haben, sollen sie zumindest maßgeblich an dessen Kosten beteiligt werden: an den *300 Mrd. DM*, die die Digitalisierung des Fernsprechsystems sowie der Aufbau von ISDN, IBFN und der Fernmeldesatellitenübertragung verschlingen; an den *50 Mrd. DM*, die das Breitbandverteilsnetz, die Kabelrundfunktechnik und die (Rundfunk-)Direktsatellitenausstrahlung erfordern.

Solche Summen sollen in den kommenden 15 bis 20 Jahren über den postalischen Investitionshaushalt bereitgestellt werden (1986: Gewinn 3,4 Mrd., Gesamtverschuldung 60 Mrd., Investitionssumme im Fernmeldebereich 14 Mrd.). Am Umfang jenes Haushaltes sind insbesondere zwei Gruppen interessiert: die technik-anbietenden und die technik-anwendenden Kapitale (wobei die technik-anbietenden Kapitale oft in sehr intensivem Maße auch technik-anwendend sind). Die eine Gruppe versucht, die Planungs- und Orga-

nisationstätigkeit der Post auf ihre Produktions- und Absatzkalkulationen auszurichten; die andere Gruppe versucht, jene Tätigkeit in den Dienst ihrer inner-, zwischen- und überbetrieblichen Rationalisierungs-, Kontroll- und Programmverwertungsstrategien zu stellen. Zu diesen beiden Interessentengruppen kommen dann noch als wichtige Anwender die staatlichen Behörden hinzu, die die postalischen Leistungen für ihre Rationalisierungs-, Kontroll- und Überwachungsabsichten nutzen wollen.

Der Telekommunikations-Industrie-Komplex (T. I. K.)

Die zuvor erwähnte Verzahnung von technik-anbietenden Kapitalen und Post formt deren Verhältnis zu einem staatsmonopolistischen Komplex. „Die Entstehung staatsmonopolistischer Komplexe hängt sehr eng mit der durch die Produktivkraftentwicklung stimulierten Ausbildung neuer (Verwertungs-) Bedürfnisse und Reproduktionserfordernisse zusammen, die sich maßgeblich über die Interessen des Monopolkapitals definieren, jedoch weder unter stofflichen noch unter Verwertungsgesichtspunkten allein über die private Kapitalbewegung befriedigt werden können. Dies trifft beispielsweise für den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur ... zu.“¹⁷ Zum Zwecke der Herstellung der (Tele-)Kommunikationsinfrastruktur als einer allgemeinen Grundlage der staatsmonopolistisch organisierten Produktion und Reproduktion leisten Technik-Kapital und Post dabei in spezifischer Weise ihren Beitrag, der sowohl den potentiellen Technik-Anwendern wie vor allem ihnen selbst zugute kommt: In Absprache mit dem Kapital (Postverwaltungsrat, Fernmeldekommissionen) schafft die Post als Hauptnachfrager den Technik-Markt – oder stimuliert ihn, wenn sie dort nicht selbst als Käufer tätig ist; auf diesen Markt wiederum richtet das technik-anbietende Kapital seine entsprechenden Kapitalverwertungs- und Absatzstrategien aus.

Den *industriellen* Sektor des T. I. K. bestimmt der monopolistische Kern, der im wesentlichen aus den „alteingesessenen“ Konzernen Siemens, SEL/ITT, Philips Kommunikationsindustrie und Bosch/ANT besteht. Flankiert werden diese Unternehmen durch einige Konzerne, die in jüngster Zeit im Telekommunikationsbereich Fuß gefaßt haben (MBB, Wacker/AT&T, IBM Deutschland, Nixdorf, Dornier), und von einer Reihe mittlerer (Fuba, Krone, Kabelmetall) und kleinerer Unternehmen. Zum *staatlichen* Sektor des T. I. K. gehören neben der Bundespost (und dem Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen) das Fernmeldetechnische Zentralamt (FTZ) als Exekutionsbehörde der Post, das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie jene universitären und außeruniversitären nachrichtentechnischen Institute, in denen die Grundlagenforschung konzentriert ist.

Auf Basis der Kapital / Post-Verflechtung setzen sich bei Planung und Realisierung der Kommunikationsinfrastruktur die Verwertungsinteressen des

17 U. Dolata / A. Gottschalk / J. Huffschnid, Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, Frankfurt/Main 1986, S. 227; vgl. dazu IMSF (Hg.), Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik, Köln 1986.

Technik-Kapitals ohne Schwierigkeiten durch.¹⁸ Gerade das Konzept der Post, eine glasfasergetragene Integration der Netze und Dienste zu verwirklichen, verdeutlicht anschaulich, wie sich jene Interessen Raum verschaffen. Denn die von der Post propagierte tiefgreifende Umstellung der Netz- und Dienstetechnik resultiert zweifellos aus dem Verlangen der Kapitale, langfristig mit umfangreichen und vielfältigen Absatzmöglichkeiten kalkulieren zu können. Diese sollen, so hofft das Kapital-Management, garantiert werden: durch die Kupfer- und Glasfaserverkabelung (Siemens, SEL, Philips, Wacker / AT & T, Kabelmetall); durch den Aufbau der Digitalisierungs- und Vermittlungstechnik (Siemens, SEL); durch die Einführung von ISDN-Anschlüssen und -Systemen (Siemens, IBM Deutschland, SEL, ANT); durch die Satellitenanlagen (Siemens, MBB, SEL, ANT und Dornier); durch die für Kabel- und Satellitenrundfunk erforderliche Sende- und Empfangstechnik (ANT, SEL, Philips, Fuba / Nixdorf); durch die Endgeräte, die vom Datensichtgerät über den kabel- und satellitentauglichen TV-Apparat bis zum Bildtelefon mit Multifunktionsterminal reichen (Siemens / Bosch, SEL, Philips / Grundig, Fuba / Nixdorf, Blaupunkt, IBM, Commodore, Apple); schließlich durch die Software, die als Betriebs- und Steuerungsmittel integraler Bestandteil der Computertechnik ist (IBM, Ashton, Microsoft, Micropro, Lotus).

In diesem Zusammenhang möchte ich an dreierlei erinnern. Erstens handelt es sich vordringlich um die Planungen und Erwartungen einer hochkonzentrierten Kapitalfraktion, die nicht nur im Telekommunikations-, sondern auch im Militär-Industrie-Komplex fest verankert ist. Zweitens ist die Post nicht nur von hart miteinander konkurrierenden Konzernen umstellt; sie hängt zudem von wenigen „Verbundsystemen“ ab (Daimler / AEG / Dornier; Siemens / Bosch / ANT / Philips). Drittens kann die skizzierte Funktionsaufteilung zwischen Technik-Kapital und Post im Rahmen des T. I. K. durchaus verändert werden, insbesondere dann, wenn die Konzernwünsche in den organisatorischen Tätigkeiten der Post nicht entsprechend „aufgehoben“ sind (siehe die Privatisierungsdiskussion und die Kommerzialisierungsmodelle im Breitbandverteilstetz).

Betriebe und Staat als dominante Anwender¹⁹

Im folgenden möchte ich die an früherer Stelle allgemein bestimmte Konstellation der betrieblichen und staatlichen Telekommunikationsnutzer etwas konkretisieren. Hauptanwender der in der Bundesrepublik bereits vorhandenen Telekommunikationsverfahren wie auch des geplanten Schmalband-ISDN (Telefon, Btx, Teletex, Telefax, Datex), Breitband-ISDN (Bildtelefon, Videokonferenz) und IBFN sind zunächst jene (nicht nur Groß-)Unternehmen, die die bei ihnen installierte Informations- und Computertechnik in umfassende Übermittlungs- und Austauschsysteme integrieren wollen. Dadurch

18 Vgl. dazu K. Betz/H. Ebinger/B. Goergens/H. Holzer, *Die Post im Griff der Konzerne 1*, Frankfurt/Main 1986, S. 32 ff.

19 Vgl. dazu H. Holzer, a. a. O., S. 136 ff.

soll der Rationalisierungs- und Kontrolleffekt dieser Technik gleichermaßen innerbetrieblich (Ziel: Inhouse-Systeme oder Local Area Networks / LAN) und im nationalen wie internationalen Verkehr mit Filialen, anderen Betrieben, Behörden, sozialen Einrichtungen und Privathaushalten (Fernarbeit, Kundenklientel) voll ausgeschöpft werden. Es geht hierbei insbesondere um

- die (interne und zwischenbetriebliche) Vernetzung von Computern und Computerteilsystemen zum schnellen Datenaustausch;
- den (internen und zwischenbetrieblichen) Verbund von Textverarbeitungs-, Fernschreib- und Fernkopiersystemen;
- den Zusammenschluß personaldatenverarbeitender Systeme;
- den Anschluß an Datenbanken, Rechenzentren, Behörden und spezielle Dienstleistungs- und Überwachungsunternehmen;
- den Kundenservice vor allem in den Bereichen Handel, Banken, Versicherungen, Touristik („elektronische Selbstbedienung“);
- die Einrichtung von Telearbeitsplätzen („Nachbarschaftsbüros“) für Schreibtätigkeit, Sachbearbeitung, Planung, Konstruktion und andere Fabrikationsvorbereitungen („elektronische Fernarbeit“).

Indem die telekommunikative Vernetzung die betriebsübergreifende Verflechtung der Computer(teil)systeme realisiert, soll sie zu dreierlei beitragen: Sie soll erstens die informationelle Systematisierung, Rationalisierung und Kontrolle der gesamten Arbeitsorganisation wesentlich verbessern; dadurch zweitens die profitabwerfende Arbeitsintensität und -produktivität steigern; und auf diese Weise drittens zu einer massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere in personal- und lohnintensiven Tätigkeitsfeldern beitragen (vor allem durch „dezentrale“ Daten- und Textverarbeitung, computerisierte Sachbearbeitung, Videokonferenzen und – das gilt insbesondere für Handel, Banken, Versicherungen – Kundenbetreuung per ISDN-Btx).

Laut aktuellen Berechnungen ist davon auszugehen, daß durch das Wirksamwerden allein schon des ISDN-Rationalisierungspotentials in der Fabrikationsvorbereitung, in Büro und Verwaltung sowie im Banken-, Versicherungs- und Handelssektor 10 bis 15% der dortigen 13 Mio. „informationsverarbeitenden“ Arbeitsplätze zur „Wegrationalisierung“ oder mindestens zur „Flexibilisierung“ anstehen. (In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit rund 25 Mio. Arbeitsplätze.²⁰) Gemessen an solchen Konsequenzen des ISDN-Einsatzes fällt die geringfügige Anzahl von Arbeitsplätzen nicht ins Gewicht, die angeblich im (gesamtwirtschaftlich gesehen: kleinen und für sein „jobless growth“ bekannten) Herstellerbereich geschaffen werden sollen.

Eine weitere Gruppe von Unternehmen, die sich allerdings nur für spezielle telekommunikative Verfahren (Btx, speziell ISDN-Btx, Breitbandverteiltz, Satelliten, Glasfaser-Universalnetz) interessieren, sind jene, die publizistische und / oder werbliche Dienste und Programme absetzen wollen. Hierzu zählen

20 Vgl. dazu A. Zerdick, Die Auswirkung der Informations- und Kommunikationstechniken auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsche Postgewerkschaft, Kommunikation und Gesellschaft – Verantwortung der Deutschen Bundespost, Fachtagung Bonn 1984.

die kommerziellen Bildschirmtextanbieter (Datenbanken, Verlage, Werbeagenturen) und die privaten Veranstalter von Kabel- und Satellitenrundfunk. Während sich um die Bildschirmtextübertragung eine relativ breite Vielfalt von Interessenten schart, von denen allerdings einige – insbesondere die großen Verlage (Springer) – eine starke Position innehaben, sieht es im Kabel- und Satellitenrundfunk anders aus. Hier beherrscht eine kleine Anzahl großkapitalistischer und international verzweigter Konzerne (insbesondere Bertelsmann, Leo Kirch, Springer) die Szene mit den werbefinanzierten „Massenunterhaltungsprogrammen“ SAT 1, RTL Plus und musicbox.

Ebenfalls ausgiebige Nutzer der Telekommunikationsverfahren sind die bundes- und landesstaatlichen sowie die kommunalen Behörden. Basierend auf der behördlich eingesetzten Informations- und Computertechnik gehen hier Rationalisierungs-, Kontroll-, Überwachungs- und „Mobilisierungs“-absichten Hand in Hand. Das zeigt die Anwendung von Telekommunikationsverfahren bei

- der Herstellung von Daten- und Text„schnellstraßen“ zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden (aktuelles Beispiel: Schleppnetzfahndung; „Abfragen“ des maschinenlesbaren Personalausweises);
- der Integration nationaler Behörden in „grenzüberschreitende“ nachrichtendienstliche und militärische Zusammenhänge;
- dem Anschluß von Behörden an Datenbanken und Rechenzentren;
- dem Informations- und Serviceverkehr zwischen (kommunalen) Behörden und Klientel;
- der Einrichtung von Fernmeß- und -alarmdiensten durch kommunale Behörden;
- der Integration staatlicher Leistungs- und Verwaltungsbereiche auf Basis von (automatisierter) Daten- und Textverarbeitung.

Daß Bundes- und Landesstaat sowie Kommunen in dieser Weise an den Telekommunikationsverfahren hängen, resultiert vor allem aus dem ordnungspolitischen Interesse, die Bürger systematisch mit einem Geflecht elektronisch gestützter Verwaltungs-, Kontroll- und Überwachungsaktivitäten zu überziehen. Mittlerweile erstreckt sich das Netz, mit dem Daten für solche Aktivitäten gesammelt und telekommunikativ ausgetauscht werden sollen, von den Einwohnermelde- und Finanzämtern über die Sozial- und Rentenversicherungsanstalten (Sozialdatenbank / Ministerium für Arbeit und Sozialordnung), das Kraftfahrzeugbundesamt (System ZEVIS) und die Polizei (System INPOL) bis zu den Nachrichten- und Verfassungsschutzdiensten (System NADIS) und zur Bundeswehr / NATO (System NICS).²¹ Prägnante Ausgeburten dieser „Beherrschungs-Großtechnologie“²² sind die Schleppnetzfahndung und der maschinenlesbare Personalausweis.

21 Zum Interesse von Bundeswehr / NATO (deren entscheidende Kommunikationsaktivitäten nicht über zivile, sondern über eigene Netze laufen) am Glasfaser-Universalnetz siehe: K. Betz, BIGFON als elektronischer Totalitarismus?, in: H. Holzer (Hg.), *Orwell & Bundesrepublik*, Frankfurt / Main 1984, S. 262 ff.

22 W. Steinmüller, *Informationstechnologien, Menschenrechte, demokratische Bewegung*, in: *Forum Wissenschaft* 2 / 1984, S. 13.

5. Konsequenzen für die Lebensweise der Werktätigen und ihrer Familien

Bekanntermaßen bestimmen unter kapitalistischen Gesellschaftsbedingungen die Profitproduktion und das zu deren Absicherung nötige staatliche Handeln die Form und damit die Qualität der gesellschaftlichen Verhältnisse – gebrochen allerdings durch den jeweiligen Stand der Klassenauseinandersetzungen. Das gilt für die gesellschaftliche Anwendung der Telekommunikationstechnik ebenso. Auch hier werden die werktätigen Menschen Entscheidungsprozessen unterworfen, deren Zielstellung, Zustandekommen und Auswirkung zu beeinflussen sie nur die Gelegenheit haben, die sie sich erkämpfen.

Das hat mit Maschinenstürmerei nichts zu tun. Denn dieser Kampf orientiert sich keineswegs an der Vorstellung einer prinzipiellen Technikverweigerung. Das kann auch gar nicht anders sein, da stofflich die Entwicklung der Telekommunikationstechnik Teil der Produktivkraftentfaltung, der Entfaltung des menschlichen Arbeitsvermögens in Auseinandersetzung mit dessen natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ist. Anzugehen ist vielmehr gegen das spezifische Wie, Was und Warum einer Telekommunikationstechnik, über die nicht die menschliche Arbeitskraft, also die Werktätigen gemäß ihren Bedürfnissen und Perspektiven verfügen, sondern das (monopolistische) Kapital und der kapitalistische Staat. Denn aufgrund dieser kapitalistischen Formbestimmung richtet sich die Technik gegen die Werktätigen (und ihre Familien) und wird diesen als das aufgeherrscht, was für den (staatsmonopolistischen) Kapitalismus und seine „Lebensqualität“ typisch ist:

- Sie werden – in Betrieb und Gesellschaft – nahezu mitbestimmungslos einem zugunsten von Kapital und Staat angelegten „Implementationsprozeß“ unterworfen.
- Sie müssen dazu herhalten, einen Großteil der Kosten zu zahlen, die die Installation der Telekommunikationstechnik erfordert.
- Sie werden teils genötigt, teils durch Verlockungen („Jeder Telefonanschluß eine Breitbanddose“, „individuell abrufbare Rundfunkprogramme“) dazu gebracht, die Telekommunikationstechnik im Rahmen ihres Privathaushalts zu nutzen und damit nicht nur zum Teleklientel der Anwender (Fernarbeit, Fernbestellung, Buchungsverkehr, Kundenbetreuung), sondern auch zum Absatzmarkt der Endgerätehersteller zu werden.
- Und schließlich sind sie dazu ausersehen, die tiefgreifenden Folgen, die der Einsatz der Telekommunikationstechnik für ihre gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen hat, als ihre ureigenen „Risiken“ zu bewältigen.

Gerade durch letzteres werden die Werktätigen und ihre Familien in eine Situation gedrängt, die nachzuvollziehen und praktisch zu beeinflussen einen präzisen Durchblick und ein enormes (arbeitsplatz- und gesellschaftspolitisches) Stehvermögen erfordert. Beides wird – trotz der bereits realisierten und der künftig zu erwartenden Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisationen – nur unter großen Schwierigkeiten aufzubauen sein. Beides muß allerdings hergestellt werden: Allein dann kann es den Werktätigen und ihren Fa-

milien gelingen, jene Folgen in Grenzen zu halten und Offensiven zu starten, die – veränderte gesellschaftliche Bedingungen vorausgesetzt – auf eine alternative Techniknutzung verweisen.

Anschließend möchte ich einige schwerwiegende Konsequenzen benennen, die die Anwendung der Telekommunikationstechnik in den Bereichen „Arbeitsplatz“, „Haushalt“ und „Staatliche Bürokratie“ für die Werk tätigen und ihre Familien mit sich bringt.

5.1 Arbeitsplatz

Das gravierendste Problem, das die inner- und zwischenbetriebliche (und -behördliche) Nutzung der Telekommunikationstechnik großen Gruppen der Werk tätigen beschert, besteht in der Arbeitsplatzvernichtung. Das räumt selbst die Bundestags-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ ein – vor allem mit dem Hinweis auf die Qualitäten und die „Anwendungsbreite“ der jetzt einsetzbaren Verfahrensweisen: „Erstens sind bis 1980 nur solche I + K-Techniken zum Einsatz gelangt, die hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkungen relativ harmlos sind (z. B. zentrale EDV-Großanlagen, 1. und 2. Generation von Textverarbeitungssystemen) im Vergleich zu den I + K-Techniken, die in den 80er Jahren zur Anwendung gelangen werden (z. B. dezentrale On-line-Datenverarbeitung, Kleincomputer, computerunterstützte und kommunikationsfähige Textverarbeitungssysteme, Teletex, Btx), und zweitens ist zu erwarten, daß infolge der Preisentwicklung die Anwendungsbreite dieser Techniken erheblich zunimmt.“²³

Geht man davon aus, daß bis 1990 10% bis 15% der in der Bundesrepublik vorhandenen 13 Mio. „informationsverarbeitenden“ Arbeitsplätze demontiert werden („ISDN-Rationalisierungspotential“) und zu diesem Zeitpunkt das gegenwärtige Ausmaß der Arbeitslosigkeit noch gilt, wäre am Ende der 80er Jahre mit einer beträchtlichen Steigerung der Arbeitslosenquote zu rechnen. Der erste Schritt gegen eine solche Arbeitsplatzvernichtung kann für die Werk tätigen nur darin bestehen, eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich) durchzusetzen. Der zweite Schritt muß sich dann darauf richten, effektive Informations- und Mitbestimmungsrechte zu verankern, mit deren Hilfe die Anwendung der Telekommunikationstechnik arbeitsplatz- und lohnpolitisch (Investitionskontrolle, „Umverteilung“ von Rationalisierungsgewinnen) beeinflußt werden kann.

Informations- und Mitbestimmungsrechte dieser Art, die im Betriebsverfasungs- oder Personalvertretungsgesetz, in Tarifverträgen, in Betriebsvereinbarungen, Rationalisierungsschutzabkommen, Lohngruppierungsklauseln oder Umschulungsforderungen zu fixieren sind, haben außerdem weiteres zu leisten: Sie müssen dazu tauglich sein, der telekommunikationstechnisch erzwungenen Arbeitsintensivierung und Umstrukturierung der Arbeitsorganisation (personelle „Ausdünnung“, Isolierung und „Individualisierung“ der Ar-

²³ Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“, BT-Drucksache 9/2442 (28. 3. 1983), S. 99.

beitenden; Entwertung von Qualifikationen) Widerstand entgegenzusetzen. Beides führt nicht nur zu einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeitenden, sondern auch zu erheblichen physischen, psychischen und intellektuellen (Über-)Belastungen und zu einer ebenso nachdrücklichen Beschädigung der Sozialbeziehungen. Die Konsequenzen, die die telekommunikationstechnisch bedingte Veränderung von Arbeitsweise und Arbeitsorganisation für die Mehrheit der davon betroffenen Werkstätigen bringt (und die keineswegs durch „Rationalisierungsgewinne“ auf seiten einer sehr kleinen, größtenteils bisher auch schon privilegierten Gruppe von Arbeitenden kompensiert werden), lassen sich verkürzt folgendermaßen zusammenfassen:

- Diese Veränderung produziert außergewöhnliche Ermüdungserscheinungen und beträchtlichen physischen Verschleiß.
- Sie setzt die Arbeitenden unter massiven, ständige Konzentration fordernden Zeitdruck.
- Sie fixiert die Arbeitenden und ihren Arbeitsinhalt auf die Technik und verschleiern den Herrschaftscharakter der Arbeit mit dem Hinweis auf die telekommunikationstechnische „Sachrationalität“.
- Sie reduziert die Informations- und Kommunikationsbeziehungen tendenziell auf das telekommunikationstechnisch und das heißt vor allem: auf das formalisiert und standardisiert Mach- und Transportierbare und entwertet dadurch telekommunikationstechnisch ersetzbare, abrufbare oder kostenreich zu integrierende Qualifikationen (insbesondere in den Bereichen „Planung“, „Konstruktion“, „Sachbearbeitung“ und „Schriftverkehr“).
- Sie verstärkt die Abhängigkeit der Arbeitenden, indem sie (im Rahmen scheinbar dezentralisiert tätiger Arbeitsstationen) den internen und externen Informations- und Kommunikationsverkehr von Betrieb und Behörde über eine entscheidungskompetente, mit den relevanten „essentials“ bestückte Computerzentrale zu steuern erlaubt.
- Sie untergräbt die alltägliche Interaktion und Kommunikation am Arbeitsplatz und beschädigt damit das politische Interesse und die praktisch-sozialen Kompetenzen der Betroffenen.
- Sie bringt diese schließlich - aufgrund der mit der Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik gegebenen umfassenden Protokollierung aller Ein- und Ausgaben - in eine Situation ständigen Kontrolliertseins. (Dieser Zustand wird noch dadurch besonders verschärft, daß die elektronische Überwachung mit Hilfe von Personalinformations- und -dispositionssystemen ein wichtiges Element der betrieblichen und behördlichen Rationalisierung und Arbeitsintensivierung ist.)

Ein besonderes Verfahren, das die eben genannten Auswirkungen den Werkstätigen und ihren Familien in spezieller Weise auflastet, ist die telekommunikativ betriebene Fernarbeit, die - rückgebunden an Betrieb oder Behörde - in Privathaushalte oder in Nachbarschaftsbüros ausgegliedert wird. Diese Fernarbeit (Textverarbeitung, Sachbearbeitung) dürfte in dem Maße expandieren, in dem sich der früher erwähnte ISDN-Doppelanschluß - kombiniert mit dem entsprechenden multifunktionalen Endgerät - verbreitet. Mit Hilfe dieses Anschlusses/Endgeräts ist beispielsweise gleichzeitig Fernspre-

chen / Bildschirmtextdialog / Datenfernübertragung oder Fernschreiben-Teletex / Fernkopieren-Telefax und damit ein effektiver Austausch zwischen der auftragserteilenden Zentrale und den auftragsbearbeitenden De-Zentralen („Heimarbeitsplätzen“) möglich. Zur Zeit gibt es für Betriebe und Behörden drei Varianten, eine solche Fernarbeit zu organisieren: die Auslagerung von Arbeitsplätzen unter Beibehaltung des sogenannten „Arbeitnehmerstatus“ der Beschäftigten; die Fernarbeit als Beschäftigungsverhältnis auf Basis des Heimarbeitsgesetzes; die Fernarbeit auf Basis von Werkverträgen.

Die letztgenannte Variante ist profitwirtschaftlich am interessantesten: Ist bei Lösung 1 die Anbindung der Fernarbeit an die gesetzlich garantierten, von Betriebs- oder Personalrat sowie der gewerkschaftlichen Interessenvertretung überwachten Schutzrechte ein großer und bei Lösung 2 das Heimarbeitsgesetz ein kleiner Stein des Anstoßes, so bietet Lösung 3 den vogelfreien Tele-Selbständigen, der entsprechend eines Werkvertrages und für individuelles Entgelt arbeitet, keinen Schutz durch das kollektive Arbeitsrecht erhält, seine soziale Sicherung allein zu gewährleisten hat und für die Ausstattung seiner Fernarbeitsstation selbst aufkommen muß. Die mit Lösung 3 mögliche Ausgestaltung der Fernarbeit als besonders recht- und schutzlose Form der Ausbeutung (die offensichtlich vor allem Frauen angedient werden soll), wiegt noch dadurch um so schwerer, als sie – den bisher publizierten Untersuchungen folgend²⁴ – mit erheblichen Folgeproblemen verbunden ist. Solche Folgeprobleme sind:

- Vernichtung von Vollarbeitsplätzen durch zeitflexible Arbeitsformen;
- Reduzierung arbeitsinhaltlicher Anforderungen und von Qualifikationsmöglichkeiten;
- extreme Gefährdung der Gesundheit (monotone Tätigkeit, Arbeit an ergonomisch untauglichen Billig-Geräten, Leistungsdruck);
- soziale Isolierung;
- permanente Leistungs- und Verhaltenskontrolle;
- Vermischung beruflicher und nicht-beruflicher, von Erwerbs- und familialen Tätigkeiten.

Daß angesichts der geschilderten Attribute insbesondere die Stufe 3 der „elektronischen Heimarbeit“ in den Gewerkschaften, vor allem in der HBV, auf konsequente Ablehnung stößt und – wie die Personalinformationssysteme – die Prädikatisierung „Nein danke“ erhält, kann nicht verwundern.

5.2 Haushalt

Die Möglichkeit, künftig Arbeitsplätze in die Privathaushalte auszulagern und diese elektronisch an Betrieb oder Behörde zu koppeln, hängt logischerweise vor allem von der Bereitschaft der Beschäftigten ab, sich zuhause – und zwar unter entsprechender Kostenbeteiligung – einen ISDN-Anschluß legen und ein entsprechendes Endgerät montieren zu lassen. Damit sich eine solche

24 Vgl. dazu A. Bahl-Benker, Elektronische Heimarbeit – die „schöne neue Arbeitswelt“?, in: Die Mitbestimmung 12/1983, S. 572 ff.

Bereitschaft nicht nur bei jenen herstellt, die in der Fernarbeit eine günstige Beschäftigungschance erhoffen (beispielsweise Frauen mit Kleinkindern), lockt die Post damit, daß über die ISDN-Anlage zusätzlich Fernbestellen, Fernbuchen, Fernauskunft, Fernberatung, Telespielen sowie Fernmeß- und -alarmdienste abgewickelt werden können.

Daß der Mehrheit der Werk tätigen hier etwas vorgegaukelt wird, braucht nicht besonders betont zu werden. Denn erstens haben nur wenige dieser telekommunikativen Aktivitäten einen Gebrauchswert für die Werk tätigen; zweitens verursacht die elektronische Selbstbedienung beträchtliche Kosten; drittens werden in die Privathaushalte Tätigkeiten verlagert, für die zuvor Beschäftigte bei der Bank, dem Reisebüro, dem Handel, der Versicherung bezahlt wurden; viertens werden die Privathaushalte, also die Beschäftigten, gerade mit dieser „Selbstbetätigung“ in die Arbeitsplatzvernichtung sozusagen als „treibende Faktoren“ miteinbezogen. Gerade letzteres macht deutlich, daß die Einführung elektronischer Selbstbedienungsverfahren die betrieblich / behördlich organisierte Interessenvertretung der Arbeitenden und die Gewerkschaften insofern vor schwierige Probleme stellt, als die mit jener Selbstbedienung einhergehenden Folgen (Arbeitsplatzabbau) nur zu einem Teil als innerbetriebliche / innerbehördliche Probleme gehandhabt werden können, weil sie zum anderen Teil außerhalb des Betriebes, der Behörde „verursacht“ werden (ISDN-„Anschlußwilligkeit“ der Privathaushalte).

Sollte die Anschlußbereitschaft der Privathaushalte im Hinblick auf ISDN mäßig bleiben (davon ist realistischerweise wohl auszugehen), vertraut die Post auf weitere Lockmittel, die mit dem Ausbau des Schmalband- zum Breitband-ISDN und zum Glasfaseruniversalnetz verbunden sind: das mit der Einrichtung des Breitband-ISDN angebotene Bildtelefon und den auf Basis des Glasfaser-Universalnetzes möglichen individuellen Abruf von Rundfunkprogrammen. Besonders mit letzterem soll das zusammengetrommelt werden, was Post und Kapital „Massenpublikum“ nennen – ein Publikum, das allerdings keineswegs nur als Abnehmer von Rundfunkprogrammen dienen soll, sondern auch – vermittelt über die dann alle Nachrichtenformen ausspuckende Breitbanddose – als Telearbeiter und Telespieler, als Teilnehmer von Fernbestellung, Fernbuchung, Fernauskunft und Fernberatung sowie als Kunden von Fernmeß- und -alarmdiensten. Daß die in Aussicht gestellte individuelle Vermittlung von Rundfunkprogrammen von Post und interessiertem Kapital nicht als Basis für eine am Prinzip „Rundfunkfreiheit“ orientierte Programm-, Kommunikations- und Meinungsvielfalt angesehen wird, sondern als profitversprechende Stärkung des Kommerzfunks und effektives Instrument gegen das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, versteht sich von selbst.

Die hiermit angesagte Ausweitung der Rundfunkkapitalisierung – zu sehen im Rahmen der verabschiedeten Landesmediengesetze, des gerade vereinbarten Rundfunkstaatsvertrags und des kürzlich ergangenen Bundesverfassungsgerichtsurteils – stellt somit einen weiteren Tatbestand dar, gegen den und dessen Konsequenzen²⁵ sich die Werk tätigen und ihre gewerkschaftlichen

25 Vgl. dazu J. Prott, *Die zerstörte Öffentlichkeit*, Göttingen 1986.

Organisationen zur Wehr zu setzen haben. Erschwert wird eine solche Abwehr nicht nur dadurch, daß der weitere Ausbau des Kommerzfunks in den Händen einer selbstherrlich agierenden Großkapital/Post-Allianz liegt. Erschwert wird eine Gegenwehr auch dadurch, daß die Gewerkschaften (und der DGB-Bundesvorstand) – im Gegensatz zu ihrem mittlerweile eindeutigen Engagement gegen die der Telekommunikationstechnik zu verdankenden Rationalisierungs-, Intensivierungs- und Überwachungsverfahren – in Sachen Kommerzfunk nur eine programmatische, aber keine aktionsorientierte Gegnerschaft demonstrieren. Zu hoffen ist hier vor allem auf die künftige politische Praxis der IG Medien.

5.3 Staatliche Bürokratie

Die Konsequenzen, die die Anwendung der Telekommunikationstechnik für die Bereiche „Arbeitsplatz“/„(Privat-)Haushalt“ bringt, werden durch das wirkungsvoll ergänzt, was sich auf den Ebenen der staatlichen Verwaltung mit dem dort eingerichteten Kontroll- und Überwachungspotential vollzieht. In dem hierauf basierenden Datennetz sind die Bürger als „Datenschatten“ gehortet, deren Merkmale per Amtshilfe telekommunikativ weitervermittelt, anlässlich unterschiedlicher Zwecke „re-kombiniert“ und insofern zu einer weder zeit- noch ortsgebundenen Dauerdurchleuchtung herangezogen werden können.²⁶

Es ist nicht zu bestreiten, daß eine solche Datennutzung derzeit noch an einige technische Grenzen stößt: Doch diese sind mit ISDN und Glasfasernetz leicht zu überwinden. Zu bestreiten ist ebenfalls nicht, daß der ausgemalten Datennutzung sogenannte Datenschutzgesetze entgegenstehen: Doch auch diese stellen weder eine konsequente Barriere gegen den Datenmißbrauch dar; noch sind sie der expandierenden telekommunikativen Vernetzung gewachsen, deren Ausdehnung schon jetzt für die Bürger nicht zu überschauen und nachzuvollziehen ist.

In welche Richtung die staatlichen Ordnungs- und Überwachungsambitionen weisen, demonstrieren aktuell die Projekte „Schleppnetzfangdung“ und „elektronische Ausweiskontrolle“ sowie die beabsichtigte „flächendeckende“ Auswertung der (erhofften, allerdings noch nicht vorhandenen) Volksaushorchungsergebnisse. Solche Ambitionen, gegen die nicht genug Dampf gemacht werden kann, haben allerdings eine noch weiterreichende, geradezu totalitäre Perspektive, wenn man sie auf das angestrebte Glasfaser-Universalnetz (IBFN) bezieht. „Wenn alle Nachrichtenformen über ein einziges Netz und von einer einzigen Vermittlungsstelle an die Teilnehmer vermittelt werden, so erfolgt in dem Vermittlungsrechner eine totale Protokollierung aller Nutzungen... In der ... Zentrale würde die permanente ‚Kommunikationszählung‘ stattfinden.“²⁷

26 Vgl. dazu P. Dippoldsmann/H. Genrich, Informatik im Dienste der Sicherheit, in: Forum Wissenschaft 3/1986, S. 9 ff.

27 H. Kubicek/A. Rolf, a. a. O., S. 235.

6. Ebenen der politischen Auseinandersetzung

Der Versuch, sich mit der bereits verwirklichten und für die Zukunft geplanten Telekommunikationspolitik auseinanderzusetzen und gezielt Ausformung und Anwendung der Telekommunikationstechnik zu beeinflussen, stellt die Werktätigen und ihre wichtigsten Vertreter, die gewerkschaftlichen Organisationen, vor erhebliche Schwierigkeiten. Deren Hauptgrund liegt darin, daß die Auseinandersetzung mit der Telekommunikationspolitik *gleichzeitig* auf vier Ebenen erfolgen muß, die den Werktätigen und den gewerkschaftlichen Organisationen sehr unterschiedliche und teilweise schwer zu realisierende Aktionsmöglichkeiten aufzwingen:

- auf der Ebene, in der die Allianz aus Kapital und Post die Richtlinien für die Realisation der kommunikationstechnischen Infrastruktur setzt;
- auf der Ebene des Telekommunikations-Industrie-Komplexes, der die Einrichtung der kommunikationstechnischen Infrastruktur betreibt;
- auf der Ebene der Betriebe und Behörden, in denen diese Infrastruktur zum Zwecke der Rationalisierung, (elektronischen) Selbstbedienung, Telearbeit, Leistungs- und Verhaltenskontrolle sowie zum Rundfunkprogrammvertrieb genutzt wird;
- auf der Ebene der privaten Haushalte, die erstens das Gros der Telefongebührenzahler (der Hauptfinanciers von ISDN und IBFN), zweitens das wichtigste Potential des angepeilten Selbstbedienungs-, Telearbeits- und Rundfunkklientels und damit drittens eine Massenkundschaft für Endgeräte stellen.

In der ersten Ebene werden die auf Ebene 2 und 3 artikulierten Interessen gebündelt und zu entsprechenden Entscheidungen verdichtet. Das Gremium hierfür ist der Postverwaltungsrat (24 Mitglieder: je 5 aus Bundestag und Bundesrat, 5 aus der „Gesamtwirtschaft“, 7 Vertreter der Postbeschäftigten, 2 wissenschaftliche Experten für Nachrichten- und Finanzwesen). Gerade auf den Postverwaltungsrat, dessen Mehrheitsverhältnisse und Entscheidungen, muß künftig von seiten der Gewerkschaften nachhaltig eingewirkt werden. Das würde die Gewerkschaften in die Lage versetzen, öffentlichkeits- und breitenwirksam die Technikpolitik der Post und die diese antreibenden Kapitalinteressen (insbesondere die des Telekommunikations-Industrie-Komplexes) aufzudecken und drei Fragen zu Themen eines „technologiepolitischen Bürgerdialogs“²⁸ zu machen:

- Welche Möglichkeiten gibt es, die von der Post teils schon realisierte, teils geplante Telekommunikationspolitik so zu beeinflussen, daß die Werktätigen nicht Verfahren (mit-)finanzieren und in ihren sozialen und physisch-psychischen Konsequenzen erleiden müssen, die ausschließlich der Profitproduktion und den Prinzipien staatlich-kapitalistischer Organisation untergeordnet sind?
- Was beispielsweise konkret heißen würde: Kann die bisher in Richtung „Schmalband-ISDN“ gelaufene Entwicklung so umgelenkt werden, daß de-

28 H. Kubicek / A. Rolf, a. a. O., S. 299.

ren Fortführung zur folgenschweren Integration der schmalbandigen Dienste, zum Breitband-ISDN und zu dem alle Übertragungsformen zentralisierenden Glasfaseruniversalnetz unterbunden wird?

- Was wiederum konkret heißen würde: Kann diese Umlenkung Grundlage für eine Kampagne sein, die statt der Universal-Strategie der Post einerseits die *begrenzte* Nutzung der (glasfaser- und digitalisierungs-)technischen Möglichkeiten, andererseits *drei voneinander getrennte Netzbereiche* fordert: nämlich das öffentliche Fernsprechnet (mit Btx und langsamer Datenübertragung), das (satellitengestützte) Breitbandverteilstromnetz für Hörfunk und Fernsehen und ein (ebenfalls satellitengestütztes) Netz für die sogenannte Geschäftskommunikation (siehe das heutige IDN), dessen Kosten allein die kommerziellen Interessenten zu tragen haben – was deren Rationalisierungs- und Kontroll-„Lust“ erheblich tangieren dürfte?

Solche Klärungsprozesse²⁹ könnten einen geeigneten Rahmen für die Mitbestimmungsdiskussionen (Betriebsvereinbarungen; Rationalisierungsschutzabkommen; Regeln für den Personaldatenschutz; Forderungen nach alternativer, an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichteter Technikanwendung) abgeben, die auf der Ebene der anwendungsorientierten Betriebe und Behörden um die dort organisierte oder vorgesehene Nutzung der Telekommunikationstechnik stattfinden.³⁰ Die besondere Bedeutung solcher Diskussionen resultiert daraus, daß in ihnen entschieden wird, ob und wie die auf Ebene 1 ablaufenden Auseinandersetzungen mit gewerkschaftspolitischem Leben gefüllt werden.

In die Aktivitäten der Gewerkschaften müssen aber auch die Entscheidungen miteinbezogen werden, die die Privathaushalte gegenüber der Telekommunikationstechnik und deren Anwendung im außerbetrieblichen und -behördlichen Bereich fällen. Das deshalb, weil die Entschlüsse der Privathaushalte – zu verstehen als künftige Telearbeits-, Selbstbedienungs- und Programmabrufklientel – ganz wesentlich die weitere Entwicklung der informationstechnischen Rationalisierung und Verdichtung in Betrieb und Behörde beeinflussen. Wenn es auch vielen Führungen und Gremien in den Gewerkschaften immer noch schwerfällt, über den Arbeitsplatz als zentralen Ort der Auseinandersetzung hinauszugehen, muß eine solche Orientierung unter den Bedingungen der „Informationsgesellschaft“ und deren spezifischer kommunikationstechnischer Verkettung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit aufgegeben werden.

Ob solche von Werktätigen und Gewerkschaften getragenen Aktivitäten zum Erfolg gebracht werden können, hängt entscheidend von einem ab: von der Eindämmung jener Imperative, denen die Entwicklung und Anwendung der Telekommunikationstechnik unter den Bedingungen staatsmonopolisti-

29 Vgl. dazu B. Mettler-Meibom, Soziale Kosten der Informationsgesellschaft, Frankfurt/Main 1987, S. 85 ff.

30 Vgl. dazu U. Briefs, Informationstechnologien und Zukunft der Arbeit, Köln 1985 (2. Auflage), und U. Briefs, Ansatzpunkte für Alternativproduktion bei informationstechnologischen Systemen, in: U. Briefs (Hg.), Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben, Köln 1986, S. 166 ff.

scher Klassenherrschaft zu gehorchen haben. „An diesen Macht- und Eigentumsverhältnissen vorbei läßt sich kein gesellschaftliches Problem lösen.“³¹ Insofern kann eine Einflußnahme auf das von Kapital und Post durchgedrückte Telekommunikationsvorhaben nur in dem Maße zugunsten der Werktätigen und ihrer Familien verwirklicht werden, in dem die Zurückdrängung der Profitproduktion und der diese sichernden staatlichen Verwaltung gelingt. Nur dann kann – gemessen an den (naturbewußten) Entfaltungsbedürfnissen der werktätigen Menschen und ihrer Familien und orientiert an deren Entwicklung zu „eigenschafts- und beziehungsreichen Wesen“ (Marx) – das „Vorwärtsweisende“ in der Telekommunikationstechnik konsequent verwirklicht werden: die Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und -organisation, der Umgang mit Informations- und Wissensvielfalt, die Vermehrung der Lebenschancen, die Schonung der Umwelt und der Energieressourcen, die Stimulierung kreativer Möglichkeiten.

31 *Kommunisten und Neue Technologien. Stellungnahme der DKP zur Technologiepolitik*, Düsseldorf 1985, S. 8.

Neue Formen der Rationalisierung

Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung

Lothar Peter

1. Was heißt „neuer Rationalisierungstyp“? – 2. Konkrete Formen des „neuen Rationalisierungstyps“ – 3. Kontroverse industriesoziologische Analysen – 4. Reale Widersprüche und Problemfelder des Rationalisierungsprozesses – 5. Herausforderungen für die Arbeiterbewegung: „Soziale Beherrschbarkeit“, „neue Produktionskonzepte“ und antikapitalistische Perspektiven

Wenn heute über die Zukunft der Gesellschaft diskutiert wird, wird auch über die Zukunft der Arbeit gesprochen und nachgedacht.

Das widersprüchliche Ineinandergreifen von ökonomischer Krise und sprunghafter Produktivkraftentwicklung auf der technischen Grundlage elektronischer Datenverarbeitung hat zu vielfältigen Versuchen angeregt, die Veränderungen der Arbeit zu analysieren, die soziale Bedeutung dieser Veränderungen zu erfassen und ihre zukünftigen Entwicklungslinien zu prognostizieren. Allerdings lassen sich – zumindest auf dem Feld der sozialwissenschaftlichen Diskussion – Brüche und Widersprüche zwischen empirischen Analysen oft eng begrenzter Gegenstände einerseits und abstrakt-spekulativen Visionen andererseits feststellen.¹

Ausgehend von der arbeits- und industriesoziologischen Analyse und Deutung gegenwärtiger Rationalisierungsprozesse soll im folgenden versucht werden, den großen Abstand zwischen empirischen Teilanalysen und verallgemeinernden Entwicklungsprognosen ein Stück weit zu verringern und gleichzeitig Aspekte einer auf die Handlungsbedingungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bezogenen marxistischen Interpretation in die kontroverse Debatte einzubringen.

¹ Vgl. zu dieser Diskussion u. a. André Gorz, *Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit*, West-Berlin 1984; Lothar Späth, *Wende in die Zukunft*, Hamburg 1985; Joachim Hirsch, Roland Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986; aus marxistischer Sicht Albert Engelhardt, *Bundesrepublik 2000. Umbruch – Alternativen – Zukunft*, Köln 1986.

1. Was heißt „neuer Rationalisierungstyp“?

N. Altmann, M. Deiß, V. Döhl und D. Sauer haben kürzlich den verdienstvollen Versuch unternommen, die vielfältigen, teilweise sehr heterogenen empirischen Erscheinungs- und Verlaufsformen der Rationalisierung der Arbeit auf verallgemeinerbare Merkmale hin zu untersuchen und zu systematisieren.² Zur Charakterisierung zukünftiger Rationalisierungsprozesse schlagen sie den Begriff des „neuen Rationalisierungstyps“ vor. Er soll hier ausführlicher referiert werden, da er Grundzüge und relevante Probleme der Umstrukturierung der Arbeit in einer gut diskutierbaren Form darstellt.

Der Ansatz von N. Altmann u. a. ist einem von ihnen konstatierten Defizit industriesoziologischer Forschung geschuldet: Nach ihrer Meinung reichen die bisherigen Erklärungsmuster der Industriosociologie nicht mehr aus, die Dimensionen und Konsequenzen gegenwärtig sich vollziehender Rationalisierungsprozesse hinlänglich zu erfassen. Den realen Ausgangspunkt für diese kritische Annahme bildet die durch nationale und internationale Konkurrenz vorangetriebene Entwicklung „neuer Strategien der Flexibilisierung und Ökonomisierung betrieblicher Produktions-, Administrations- und Distributionsprozesse“, die neue Anstrengungen industriesoziologischer Verarbeitung und Bewertung erforderlich machten. Charakteristische Merkmale des „neuen Rationalisierungstyps“ sind nach N. Altmann u. a. der „strategische Bezug auf gesamtbetriebliche Prozesse, auf zwischenbetriebliche Zusammenhänge und auf Technik als elastisches Potential“.³ Damit wird zugleich auf Unterschiede zu den bisher dominierenden Rationalisierungsstrategien verwiesen, die überwiegend auf partikulare und „insulare“ Effektivierungsbemühungen hinausgelaufen seien und sich dementsprechend auf einzelne Teilbereiche und Teilprozesse bezogen hätten. Auf der Ebene des Gesamtbetriebs gehe es jetzt dagegen um gezielte Integration aller Elemente und Bereiche des Betriebsablaufs, um Integration der Steuerungs- und Realisierungsprozesse und um räumlich-zeitliche Optimierung der betrieblichen Teilfunktionen wie Arbeitsvorbereitung, Konstruktion, Fertigung, Lagerung und Vertrieb etc. auf der Basis elektronischer Technologien der Information, Organisation und Steuerung.

Das von N. Altmann u. a. vertretene Konzept des „neuen Rationalisierungstyps“ beruht auf der Erkenntnis, daß die Elastizität neuer Technologien ebenso die Integrationsmöglichkeiten verbessert wie die Koordination von Teilprozessen gerade da zu optimieren erlaubt, wo bisher „insulare“ Rationalisierungen vorherrschten. In der vergleichsweise geringer entwickelten Elastizität bisheriger Technik spiegelte sich eine stoffliche Widerständigkeit des Arbeitsprozesses wider, deren Überwindung nun begonnen zu haben scheint. Durch die Algorithmisierbarkeit stofflich unterschiedlicher Einzelprozesse wird es jetzt möglich, eine neue Qualität gesamtbetrieblicher Integration und

2 Vgl. im folgenden Norbert Altmann, Manfred Deiß, Volker Döhl und Dieter Sauer, Ein „Neuer Rationalisierungstyp“ – neue Anforderungen an die Industriosociologie. In: Soziale Welt, Heft 2/3/1986, S. 189–208.

3 Ebenda, S. 191.

Koordination zu realisieren. Aber die neue Rationalisierungsstrategie beschränkt sich nicht auf den einzelnen Betrieb. Was die neuen Technologien hinsichtlich der Umstrukturierung der betrieblichen Binnendimension an Möglichkeiten erschließen, läßt sich teilweise schon auf die Verknüpfung von zwei oder mehreren Betrieben übertragen. Insbesondere im Verhältnis von Fertigungsbetrieben (bzw. Montage) und Zulieferbetrieben kann mit dem „neuen Rationalisierungstyp“ eine höhere Stufe ökonomischer Optimierung erreicht werden, indem – über herkömmliche Anforderungen an die Gebrauchswerteigenschaften der zugelieferten Teile oder Halbfabrikate hinaus – die jeweiligen Produktionsbedingungen, Ist-Zustände, Bearbeitungszeiten etc. in die Ablaufsteuerung der nachgeordneten Betriebe daten- und informationstechnologisch einbezogen werden. Beschaffungsentscheidungen von der Art des „make or buy“ werden durch zwischenbetriebliche Rationalisierung wesentlich erleichtert und sachlich zuverlässiger. N. Altmann u. a. heben hervor, daß bei der zwischenbetrieblichen Rationalisierung der „Logistik“ ein zentraler Stellenwert zukommt, worauf später noch ausführlicher einzugehen sein wird.

Als dritte wichtige Dimension der Entfaltung des „neuen Rationalisierungstyps“ bezeichnen N. Altmann u. a. die Ausschöpfung des „elastischen Potentials von Technik“. Dabei handelt es sich vor allem um eine systematische Ökonomisierung des konstanten fixen Kapitals, also um Maßnahmen wie optimale Maschinenauslastung, flexible Verkettung von Fertigungsprozessen, Integration von Fertigungs- und Maschinensteuerung, „Verstetigung von Durchlaufzeiten“ und das Fahren von „Geisterschichten“.

Die ausschlaggebende, durch den „neuen Rationalisierungstyp“ erzeugte Veränderungsqualität sehen N. Altmann u. a. in der stofflich nicht an bestimmte Produkte, Herstellungsverfahren, Werkstoffe oder Maschinen gebundenen, gleichsam „abstrakten“ Funktionsweise der neuen mikroelektronischen Technologien, die zugleich Offenheit gegenüber gestalterischen Alternativen einschließen.

Untersucht man, welche Konsequenzen sich aus der Interpretation N. Altmanns u. a. für die Arbeitsbedingungen ergeben, so ist festzustellen, daß nach ihrer Meinung „quantitative und qualifikatorische personelle Auswirkungen des neuen Rationalisierungstyps (...) zunächst *unbestimmt* (sind)“.⁴ Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß (da der „neue Rationalisierungstyp“ nicht auf Personalabbau ziele wie etwa traditionelle Rationalisierungsmaßnahmen in arbeitsintensiven Bereichen) Arbeitsfolgen nicht punktuell ursachenbezogen zuzuordnen seien, sondern relativ diffus und anonym bleiben. Erst über die Analyse des durch Technologie gestifteten Gesamtzusammenhangs des Rationalisierungsprozesses lassen sich eventuell Arbeitsfolgen für die Beschäftigten nachweisen. Welche konkreten Auswirkungen entstehen, hänge des weiteren ganz erheblich von den „betrieblichen Schlüsselgruppen“ ab, die mit der Entwicklung, Einführung und Organisation der neuen Technologien befaßt seien. Ihnen komme, da sie sich im Schnittpunkt zwischen ökonomischen und technologischen Optimierungsprozessen befänden, eine

4 Ebenda, S. 201.

strategische Schlüsselstellung im Betrieb zu. Diese Gruppen der Rationalisierungskader beschränken sich nicht mehr auf Gruppen des Managements, sondern können auch Beschäftigte ohne Leitungsfunktionen in der Arbeitsvorbereitung, den Finanz- und Controlling-Abteilungen sowie Fachleute der EDV umfassen.

In den Auswirkungen des „neuen Rationalisierungstyps“ sehen N. Altmann u. a. eine Art schleichender Destruktion der bisherigen, auf kollektive Regelungen gerichteten gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung. Das aus der intimen Kenntnis des herkömmlichen Arbeitsprozesses erwachsene Handlungspotential betrieblicher Interessenpolitik verliere angesichts des empirisch weniger manifesten Charakters des „neuen Rationalisierungstyps“ an Bedeutung.

Komplementär zum Begriff des hauptsächlich auf die industrielle Produktion bezogenen „neuen Rationalisierungstyps“ entwickeln M. Baethge/H. Oberbeck in einer umfangreichen empirischen Studie über die „Zukunft der Angestellten“ ihrerseits den Begriff der „systemischen Rationalisierung“ für die Arbeit in der Zirkulationssphäre.⁵ Im Kern beinhaltet die Bestimmung „systemischer Rationalisierung“ durchaus ähnliche, teilweise sogar gleichartige Strukturmerkmale, was die Annahme unterstützt, daß der kapitalistische Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß in ein neues Stadium eingetreten ist, das nicht einfach als lineare Kontinuität bisheriger Rationalisierung betrachtet werden darf, sondern als qualitativ neue Entwicklungsstufe mit genuin andersartigen Problemen und Herausforderungen gedacht werden muß.

„Systemische Rationalisierung“ definieren M. Baethge/H. Oberbeck folgendermaßen: „*Systemische Rationalisierungsprozesse* sind dadurch gekennzeichnet, daß unter Nutzung neuer, mikroelektronisch basierter *Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik der betriebliche und überbetriebliche Informationsfluß, die Kommunikation über und die Kombination von Daten, die Organisation der Betriebsabläufe und die Steuerung der unterschiedlichen Funktionsbereiche* in einer Verwaltung bzw. in einem Unternehmen in *einem Zug* neu gestaltet werden. Die bisher gültige Grenzziehung, nach der in erster Linie massenhaft anfallende Hilfsfunktionen und routinisierte Elemente der Vorgangsbearbeitung wie Datenerfassung, Datensortierung, Datendokumentation und Textverarbeitung sowie Berechnungs- und Buchungsvorgänge durch Technik-Einsatz verändert bzw. substituiert werden, wird durch systemische Rationalisierung aufgehoben.“⁶

2. Konkrete Formen des „neuen Rationalisierungstyps“

Die Darstellung des „neuen Rationalisierungstyps“ oder „systemischer Rationalisierung“ darf nicht als Beschreibung einer empirisch schon vollständig

⁵ Vgl. Martin Baethge, Herbert Oberbeck, Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung, Frankfurt/M. 1986.

⁶ Ebenda, S. 21/22.

ausgebildeten Realität mißverstanden werden. Sie will vielmehr eine Trendbestimmung liefern und zur genaueren Prognose der zukünftigen Rationalisierungsformen beitragen. Allerdings lassen sich schon heute in zahlreichen Fällen mehr oder weniger ausgereifte Formen des „neuen Rationalisierungstyps“ feststellen, die auf eine ebenso tiefgreifende wie weiträumige Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitslandschaft verweisen. So hat zum Beispiel, vorangetrieben durch einen unerbittlichen Verdrängungswettbewerb, seit Ende der siebziger Jahre in der Automobilindustrie ein Modernisierungsschub eingesetzt, in dessen Zentrum ein neues „Rationalisierungs-Paradigma“ steht.⁷ Sein ökonomisch-technischer „Sinn“ liegt im wesentlichen darin, „Effizienz durch Flexibilität“ zu bewirken, d. h. eine möglichst hohe „Änderungsflexibilität“ bei der Maschinenumrüstung und eine hohe „Fertigungsflexibilität“ durch rasche Variationsfähigkeit hinsichtlich der Seriengrößen oder eines Typenwechsels zu erreichen. Diesem Rationalisierungsparadigma, das wiederum die strategische Antwort auf die Herausforderungen der hart umkämpften Absatzmärkte in der Automobilindustrie ist, entspricht heute funktional am weitestgehenden die Produktionstechnologie flexibler Fertigungssysteme, die starre Verkettungen von Einzweckmaschinen, Transferstraßen und Bandarbeit durch lose Verkettungen und Flexibilität der Bearbeitungsvorgänge ersetzt.⁸ Daß die Automobilindustrie in der Realisierung flexibler Fertigungssysteme besonders weit vorgestoßen ist, hängt indes nicht nur mit massiven Marktimpulsen zusammen, sondern verdankt sich auch der Tatsache, daß die Automobilindustrie als „klassisches Muster der fordistischen Massenfabrik“⁹ für systematische Rationalisierungen geradezu prädestiniert schien.

Inzwischen nähert sich die empirische Entfaltung des „neuen Rationalisierungstyps“ schon dem Vorfeld der „Fabrik 2000“. So versucht etwa die Adam Opel AG mit einem gigantischen Innovationsaufwand von mehr als 1 Mrd. DM, bei der Produktion des neuen Wagentyps OMEGA die Perfektionierung der Fertigungstechnologie mit einem Vernetzungssystem für die Computerschnittstellen zu kombinieren.¹⁰ Dieses als MAP (Manufacturing Automation Protocol) bezeichnete System, das zuerst beim amerikanischen Mutterkonzern General Motors entwickelt wurde, führt ein bisher besonders widerständiges und hartnäckiges Problem seiner Lösung näher, weil es erlaubt, früher nicht kompatible Computerschnittstellen einheitlich zu vernetzen und so, wie es in der konzerneigenen Zeitschrift „Opel Post“ griffig formuliert wurde, „die Sprachbarrieren zwischen Computern überwinden hilft“.¹¹ Als übergreifendes Kommunikationssystem heterogener Einzelcomputer präsentiert sich MAP

7 Vgl. Horst Kern, Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München 1984, S. 43.

8 Vgl. ebenda, S. 40 ff.

9 André Leisewitz, Flexibilisierung und Kontrolle. Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 179.

10 Vgl. Rainer Eienkel, Wissenschaftlich-technische Revolution am Beispiel eines Großbetriebs der Automobilindustrie. In: Marxistische Blätter, 6/1986, S. 24/25. (Vgl. auch den Beitrag von R. Eienkel und G. v. Randow in diesem Band.)

11 Ebenda, S. 25.

zugleich als Vorbote der vollautomatisierten Fabrik der Zukunft, die zwar heute noch eher Assoziationen von „science fiction“ auslöst, nichtsdestoweniger aber mit dem am weitesten fortgeschrittenen Rationalisierungskonzept für die industrielle Produktion, dem CIM (Computer Integrated Manufacturing), realistischere Konturen erhalten hat. Neben der Vernetzung der einzelnen unterschiedlichen Systeme umfaßt CIM auch die Möglichkeit, erforderliche Daten bearbeitungssynchron zu aktualisieren und permanent abrufbar zu halten.¹²

Als strategischer Ansatzpunkt für den „neuen Rationalisierungstyp“ erweist sich neben den steuerungs- und fertigungstechnologischen Innovationen mehr und mehr die Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals und seines stofflichen und ökonomischen Formwechsels. Konkret bedeutet das für die Unternehmen und Betriebe u. a., die Durchlaufgeschwindigkeiten zu erhöhen, die Materialfluß- und Produktionsentscheidungen der Betriebe der Endfertigung einzubeziehen und die Balance zwischen Nachfrage und Produktion zu vervollkommen. Die Betriebe richten dementsprechend, gestützt auf funktionsadäquate EDV, ihre Bemühungen systematisch darauf, das Anwachsen von Zwischenlagern und Puffern zu verhindern und ihre Lagerhaltung bis zum Idealzustand des „Just-in-time“, also bis zur optimalen Ausgewogenheit von Produktion und Zirkulation der hergestellten Waren, zu reduzieren.¹³ Die erfolgreiche Anwendung des strategischen Prinzips des „Just-in-time“ setzt kontinuierlichen Materialzufluß und reibungslose Teileanlieferung voraus, damit es vor Beginn der Endfertigung nicht zu Materialstaus und unwirtschaftlicher Belegung kostspieliger Lagerungskapazität kommt. Die Rationalisierungsmethode des aus Japan stammenden „kanban“,¹⁴ also der Anlieferung von Materialien und Teilen zum exakt richtigen Zeitpunkt im Produktionsrhythmus des Fertigungsbetriebs, trägt den Erfordernissen der Ökonomisierung des Kapitalumschlags auf effektive Weise Rechnung. Die Varianten der neuen Produktionslogistik haben, wie zahlreiche Beispiele zeigen, zu einer drastischen Absenkung der Durchlaufzeiten, der Lagerbestände, der Umlaufbestände und der „overhead“-Kosten geführt. Bosch senkte seinen Rohstoff- und Teilebestand bei der Herstellung von Elektrowerkzeugen um 48%, den Bestand im Fertigungsumlauf um 55% und den Bestand an Fertigwaren um 35%. VDO konnte seinen Materialbestand an Baugruppen für Armaturen sogar um 60% senken.¹⁵

In der Serienmontage, die wegen ihres arbeitsintensiven und repetitiven Arbeitscharakters noch immer ein bevorzugtes Feld für Rationalisierungsmaßnahmen ist, lassen sich gegenwärtig vor allem folgende Strategien unterscheiden: Maßnahmen konventioneller „starrer“ Rationalisierung und Maßnah-

12 Vgl. Wolfgang Müller, Mit CIM-Salabim in die Fabrik 2000. In: *Unsere Zeit*, 19. 12. 1986, S. 12.

13 Vgl. Werner Olle, Neue Dimensionen der Produktionslogistik. Die Zukunft hat schon begonnen. In: *WSI-Mitteilungen*, 4/ 1986, S. 312 ff.

14 Vgl. zur Entstehung von „kanban“ Michael J. Piore, Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, West-Berlin 1985, S. 224.

15 Vgl. Werner Olle, a. a. O., S. 315.

men „flexibler“ Rationalisierung. Zwar ist die flexible Rationalisierung die fortgeschrittenere Variante, aber sie besteht vorerst noch immer überwiegend in „Insellösungen“ (z. B. Piloteinsatz von Industrierobotern oder Baukastenmontagegruppen) und begrenzten Umstrukturierungen, während gleichzeitig die Anwendung traditioneller Methoden der starren Verkettung und Vertaktung sowie die Kombination von „inselförmig“ organisierten Produktionsanlagen und herkömmlichen Montagelinien fort dauert.¹⁶

3. Kontroverse industriesoziologische Analysen

Befragt man die Ergebnisse der arbeits- und industriesoziologischen Forschung nach den spezifischen Anforderungen, die der „neue Rationalisierungstyp“ an die „lebendige Arbeit“ stellt, so ergibt sich ein uneinheitliches, teilweise sogar in sich kontroverses Bild.

Auf der einen Seite gruppieren sich um die von H. Kern / M. Schumann vertretene „Reprofessionalisierungsthese“ eine Reihe von Erklärungs- und Prognoseansätzen, denen bei aller Differenzierung im Detail, unterschiedlichen Argumenten und Akzentuierungen dennoch die Auffassung gemeinsam ist, daß die Entwicklung der Automation im wesentlichen auf eine Aufwertung der lebendigen Arbeit verweist und das traditionelle Rationalisierungsparadigma des Taylorismus an Bedeutung verliert, indem „neue Produktionskonzepte“¹⁷ vortragen werden, die wiederum einen auf Ganzheitlichkeit und professionelle Autonomie zugeschnittenen Arbeitsbegriff beinhalten. Ähnlich wie H. Kern / M. Schumann argumentiert die „Projektgruppe Automation und Qualifikation“ (PAQ), die in einer Zusammenfassung ihrer zahlreichen Studien noch einmal die in der Automation vermutete Tendenz zur Höherqualifizierung hervorhebt: „Allgemein gesagt, greifen die Arbeitenden zunehmend organisierend und optimierend in automatische Abläufe ein. Damit wird die Notwendigkeit allgemein, über Denkformen zu verfügen, die in der verwissenschaftlichten Informations- und Interventionsstruktur objektiviert sind. In der gesellschaftlichen Arbeit wird ein Erfahrungslernen ohne theoretisierende Unterstützung zu einer Fessel. Es muß Grundlagenwissen vermittelt werden, das es den Arbeitenden erlaubt, mit der technischen Entwicklung mitzuhalten; andernfalls droht – wie im Falle der Programmierer der ersten Generation mit der Überholung ihres pragmatischen Wissens – auch der Verlust ihrer Arbeitsplätze ... Die Automation ermöglicht die Emanzipierung der Arbeiter von der Fessel, für die Ausführung einer Teilfunktion eine beschränkte und damit einschränkende Kompetenz ausbilden zu müssen.“¹⁸

In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse anderer empirischer Studien. H. Hirsch-Kreinsen / R. Springer unterstellen für den Einsatz von CNC-Ma-

16 Vgl. Dieter Seitz, Rationalisierung und Beschäftigungsentwicklung in der Serienmontage. In: WSI-Mitteilungen 2/1986, S. 59.

17 Dieser Begriff ist von Horst Kern, Michael Schumann in „Ende der Arbeitsteilung?“ entwickelt worden.

18 Projektgruppe Automation und Qualifikation, Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch, West-Berlin 1987, S. 57/58.

schinen, daß „Dequalifizierungsprozesse eher temporären Charakter haben“¹⁹ und daß sich programmierende und planende Aufgaben von der Arbeitsvorbereitung stärker auf die Werkstatt verlagern werden. M. Hartmann versucht am Beispiel der Umstrukturierung der Wellenfertigung bei VW in Kassel zu belegen, daß die Ablösung starrer Maschinenverkettungen durch EDV-gesteuerten Materialfluß zu einer Neukomposition der Abteilungsbelegschaft auf einem eindeutig höheren Qualifikationsniveau geführt habe.²⁰

Die Resultate dieser und weiterer Studien sind für Hartmann ein klarer Beweis für die Unhaltbarkeit der These von der „reellen Subsumtion“, die einerseits von einer Verabsolutierung der ökonomischen Logik des Kapitals und andererseits von einer Unterschätzung der stofflichen Autonomie des Arbeitsprozesses ausgeht.²¹ Gegen die Auffassung von der „reellen Subsumtion“, die, um eine Formulierung von R. Schmiede / B. von Greiff zu benutzen, die Tendenz zur „Enteignung der individuellen, von Erfahrung und autonomen Entscheidungen getragenen Arbeitsweise durch Analyse und Zergliederung der Arbeit“²² in den Mittelpunkt stellt, unterstreicht M. Hartmann die gegenläufigen Auswirkungen der Modernisierung und Rationalisierung. Obwohl er nicht bezweifelt, daß das kapitalistische Rentabilitätskalkül die entscheidende Determinante der Umstrukturierung und Neuorganisation des Arbeitsprozesses bildet, sieht er Kapitalinteresse zum einen und „Requalifizierung von Industriearbeit“ zum anderen nicht als unvereinbar an, wobei er sich ähnlicher Argumente bedient wie H. Kern / M. Schumann. Während sich zukünftig im Arbeitsprozeß selbst eine „Wiederangleichung von Hand- und Kopfarbeit“ vollziehen werde, verlagere sich der strukturelle Widerspruch des gesellschaftlichen Produktionsprozesses auf das soziale Verhältnis zwischen „Arbeitenden und Arbeitslosen“.²³

Spricht M. Hartmann von einer „Trendwende hin zur Requalifizierung“, so sehen W. Littek / U. Heisig in der Entwicklung höherer Qualifikationsanforderungen bei Angestellten die Fortsetzung einer schon länger wirksamen Tendenz.²⁴ Nach ihrer Meinung stabilisiert sich der Zusammenhang zwischen Rationalisierung, anti-tayloristischer Arbeitsorganisation und Qualifikationserhöhung. W. Littek / U. Heisig haben in einer Befragung von qualifizierten kaufmännischen und technischen Angestellten festgestellt, daß auch in Kern-

19 Hartmut Hirsch-Kreinsen, Roland Springer, Alternativen der Arbeitsorganisation bei CNC-Einsatz. In: VDI-Zeitschrift, 5 / 1984, S. 114 ff.; ähnlich auch Roland Springer, Die Entkopplung von Produktions- und Arbeitsprozeß. Zur Gestaltbarkeit von Arbeitsorganisation – dargestellt am Beispiel des Maschinenbaus. In: Zeitschrift für Soziologie, 1 / 1987, S. 33-43.

20 Michael Hartmann, Dequalifizierung oder Requalifizierung der Arbeit? – Über das Theorem der „reellen Subsumtion“. In: Leviathan, 2 / 1985, S. 282.

21 Ebenda, besonders S. 285 ff.

22 Rudi Schmiede, Bodo von Greiff, Industriesoziologie als positive Geschichtsphilosophie? Über die „Trendwende“ in der Industriesoziologie und den Begriff der „reellen Subsumtion“. In: Leviathan, 2 / 1985, S. 300.

23 Vgl. Michael Hartmann, a. a. O., S. 289.

24 Vgl. im folgenden Wolfgang Littek, Ulrich Heisig, Rationalisierung von Arbeit als Aushandlungsprozeß. Beteiligung bei Rationalisierungsverläufen im Angestelltenbereich. In: Soziale Welt, Heft 2/3/1986, S. 237-262.

bereichen typischer Angestelltenarbeit Qualifikation, Kompetenz, berufliche Handlungsautonomie und Betriebsloyalität beträchtlich an Bedeutung gewinnen, während gleichzeitig tayloristische Formen der Arbeitsorganisation abzubrockeln beginnen. W. Littek / U. Heisig betrachten diese Entwicklung jedoch nicht als gradlinigen Siegeszug der Höherqualifizierung, sondern sie unterscheiden drei Kategorien unterschiedlicher sozialer Betroffenheit durch Rationalisierung:²⁵

1. Angestelltengruppen, die ihre berufsfachliche Position und ihren betrieblichen Sozialstatus verbessern konnten.

2. Angestelltengruppen, deren Position zwar infolge Rationalisierung negativ beeinflusst wurde, die aber im wesentlichen ihren sozialen Besitzstand wahren konnten und deshalb weder ihr berufliches Selbstbewußtsein noch ihr Vertrauen in die Leitungskompetenzen des Managements verloren.

3. Angestelltengruppen, die – arbeitsfunktionell und ökonomisch betrachtet – Nachteile und Einbußen hinnehmen mußten und nun vor der prekären Aufgabe stehen, ihre Situation im Kontext weitreichender Rationalisierungen neu zu definieren.

Allerdings lassen W. Littek / U. Heisig eigentlich keinen Zweifel daran, daß die erste Gruppe der „Rationalisierungsgewinner“, um mit H. Kern / M. Schumann zu sprechen, die dominante Entwicklungslinie der Angestelltentätigkeit repräsentiert. Während W. Littek / U. Heisig für die von ihnen untersuchten Gruppen der Angestellten zu Ergebnissen gelangen, die in mancher Hinsicht mit denen von H. Kern / M. Schumann vergleichbar sind, sehen sie die Bedingungen für eine günstige Entwicklung der Qualifikationen und Arbeitsinhalte weniger, wie schon angedeutet, in einem säkularen arbeitspolitischen Paradigmenwechsel als vielmehr darin, daß die Erscheinungsformen der gegenwärtigen Rationalisierungsbewegung im Grunde genommen schon in der Entwicklung der sechziger und siebziger Jahre angelegt waren und nur von der Arbeits- und Industriesoziologie nicht als solche wahrgenommen worden seien. Insofern modifizieren W. Littek / U. Heisig zumindest für den Angestelltenbereich die Resultate von H. Kern / M. Schumann, wenn sie auch in vielen Punkten – und das gilt vor allem für die angeblich konsensualen Beziehungen zwischen qualifizierten Angestellten und Management – mit der Interpretation von H. Kern / M. Schumann übereinstimmen: „Persönliche Qualifikationen, Kenntnisse und Kompetenzen sind zugleich auch Grundlage für die Beteiligung von Beschäftigten an der sachlichen und sozialen Gestaltung ihrer Arbeitsbeziehungen. Qualifizierte Beschäftigte, die aufgrund ihres Fachwissens ihre Arbeit selbst ausgestalten und betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen mittragen, sind nicht nur als durch Veränderungen der Arbeit *Betroffene*, sondern auch als an betrieblichen Prozessen *Beteiligte* zu begreifen. Die Beschäftigten der qualifizierten Kerngruppen bestimmen in unterschiedlichem Umfang und verschiedener Weise die sachlichen und sozialen Arbeitsbedingungen und -beziehungen mit. Um die Mitarbeit dieser Gruppe zu gewinnen, läßt das Management sie an der Rationalisierung partizipie-

25 Ebenda, S. 255.

ren, indem es ökonomische und soziale Kompromisse schließt und arbeitsinhaltliche Zugeständnisse macht.“²⁶

Andere Akzente setzt die Studie von M. Baethge / H. Oberbeck, die sich weniger auf Kontinuität berufen, sondern ein zukunftsorientiertes, mit bisherigen Traditionen brechendes Bild von der Zukunft der Angestelltenarbeit entwerfen. Nach M. Baethge / H. Oberbeck lassen sich gegenwärtig zwei Entwicklungslinien rationalisierungsbedingter Veränderungen in den Tätigkeitsstrukturen und Qualifikationsprofilen von Angestellten unterscheiden. Einerseits entzieht die EDV-verursachte Abspaltung innerbetrieblicher Verwaltungsaufgaben von den marktbezogenen Aufgaben den Sachbearbeitern in den Banken, Versicherungen und Handelsfirmen traditionelle Elemente qualifizierter Berufsarbeit. Rationalisierung auf EDV-Basis erweist sich hier unbestreitbar als Mittel zur Substituierung qualifizierter „lebendiger Arbeit“, auch wenn häufig Dequalifizierung erst längerfristig zu einem subjektiv erfahrung- und identifizierbaren sozialen Tatbestand werde. Andererseits stoße die Rationalisierung eine zweite Entwicklungslinie an, in deren Verlauf neue Tätigkeitsinhalte und höherwertige berufliche Handlungsstrukturen erzeugt werden. Kennzeichen dieser zweiten Entwicklungslinie sei eine „verstärkte Aktualisierung der berufsfachlichen und sozialkommunikativen Kompetenzen.“²⁷ In diesem Zusammenhang prognostizieren M. Baethge / H. Oberbeck für die Angestelltenarbeit auf der Stufe qualifizierter Sachbearbeitung die Entstehung eines neuen, sowohl den technologischen Veränderungen als auch den ökonomischen Anforderungen entsprechenden „professionellen Verhaltensstils“,²⁸ der gewisse Parallelen zum Arbeitscharakter der von H. Kern / M. Schumann beschriebenen „Produktionsintelligenz“ aufweist. Dennoch halten M. Baethge / H. Oberbeck, was die Perspektiven der gesamten Angestelltenschaft vor dem Horizont zukünftiger Rationalisierungsprozesse anbetrifft, an der Vorstellung einer „polarisierenden Verschränkung einer verstärkten Aktualisierung von Fachqualifikation mit Dequalifizierungstendenzen“ fest.

4. Reale Widersprüche und Problemfelder des Rationalisierungsprozesses

Studien wie die von H. Kern / M. Schumann, die der Wechselbeziehung zwischen Rationalisierung und Qualifikation eine optimistische Prognose stellen, können sich zweifellos auf empirische Tatsachen berufen, die die Richtigkeit ihrer Überlegungen zu bestätigen scheinen. So zeigt sich beispielsweise, daß der durch den „neuen Rationalisierungstyp“ ausgelöste Umbruch in der Arbeit zu einer Verringerung der unteren Qualifikationsgruppen führt und gleichzeitig diejenigen Gruppen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, beträchtlich zunehmen. Zwischen 1976 und 1982 sank der Anteil der Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluß

26 Ebenda, S. 254 (Hervorh. im Orig.).

27 Martin Baethge, Herbert Oberbeck, a. a. O., S. 289.

28 Ebenda, S. 290.

an den Erwerbstätigen von 37% auf 32%, der Anteil der Beschäftigten mit berufsfachlicher oder betrieblicher Ausbildung stieg von 50 auf 53%, und der Anteil der Hoch- und Fachhochschulabsolventen stieg von 6,5% auf 8,5%.²⁹ Die Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur, die im Prinzip ebenso auf weibliche wie männliche Arbeitskräfte zutreffen, erfolgen offensichtlich vor allem als Ergebnis des Abbaus der unteren Qualifikationsgruppen, deren Arbeitsplätze noch immer ein privilegiertes Feld für Rationalisierungen darstellen. Noch deutlicher als auf der Ebene der gesellschaftlichen Gesamtarbeit läßt sich die aufstrebende Tendenz der Qualifikationsniveaus an der Zusammensetzung von Belegschaften in solchen Unternehmen und Betrieben ablesen, die als „technologische Avantgarde“ „High-Tech“ sowohl selbst produzieren als auch anwenden. Die Belegschaftsstruktur der Siemens AG spiegelt den skizzierten Sachverhalt eindrucksvoll wider. Hier nahm die Gruppe der technischen Angestellten (einschließlich der technischen Intelligenz) bei einer relativ konstanten Gesamtbelegschaft von 18,2% im Jahr 1962 über 25% im Jahr 1973 auf 30,8% im Jahr 1982 zu, während gleichzeitig die Zahl der an- und ungelernen gewerblichen Arbeiter zwischen 1962 und 1982 von rund 44,5% auf 29,5% gesunken ist.³⁰

Aber Prognosen der Rationalisierungsentwicklung, in denen der Aspekt der Aufwertung und des Kreativitätszuwachses menschlicher Arbeit im Zeichen der modernen Produktivkräfte dominiert, gewinnen leicht eine Eigendynamik. Allzu rasch geraten dann Erscheinungen und Auswirkungen aus dem Blickfeld des wissenschaftlichen Interesses, die sich nicht bruchlos in den Rahmen optimistischer Vorhersagen einfügen wollen. Zwar wird in keiner der wissenschaftlich diskussionsfähigen Studien,³¹ die sich gegen die Taylorisierungsthese und das Subsumtionstheorem wenden, das empirische Auftreten von Dequalifizierung, Autonomieverlust und Belastungszunahme rundherum bestritten, aber diese Erscheinungsformen verblassen neben dem attraktiven Szenario von der Reprofessionalisierung und neuen Ganzheitlichkeit der Industriearbeit. Die Vereinseitigung der positiven Aspekte verzerrt jedoch die Wirklichkeit kapitalistisch determinierter Rationalisierung, die nach wie vor durch sehr widersprüchliche Elemente in der Entwicklung der „lebendigen Arbeit“ geprägt wird. Insbesondere die Tatsache, daß der Modernisierungsprozeß unter den Bedingungen krisenhafter Kapitalverwertung notwendig Ar-

29 Nach: IMSF-Autorengruppe, Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus der BRD: Aktuelle Widersprüche und Konflikte in den Klassenbeziehungen und im staatlich-politischen System. Vorbereitungsmaterial zur gemeinsamen Konferenz von IMEMO (Moskau), IPW (Berlin / DDR) und IMSF: „Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, Frankfurt / M., 1987, S. 6 (Veröffentlichung in der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ in Vorbereitung).

30 Vgl. Bernd M. Semmler, Die Großbetriebe und ihre Belegschaften. Angaben zum großbetrieblichen Sektor der Bundesrepublik. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt / M. 1984, Tabelle 8, S. 167, eigene Berechnungen.

31 Auszunehmen sind hier z. B. platten Optimismus propagierende Studien wie die im Auftrag von „Gesamtmetall“ durchgeführte Untersuchung von Gerhard Schmidtchen, Menschen im Wandel der Technik. Wie bewältigen die Mitarbeiter in der Metallindustrie die Veränderungen der Arbeitswelt?, Köln 1986.

beitslosigkeit verursacht, ist schon für sich genommen eine zwingende Widerlegung der Annahme, daß die Zukunft der Arbeit im Zeichen eines neuen, wissenschaftlich-technisch versierten, seine Arbeitsrolle souverän handhabenden Produzententyps stehen werde, der das Schicksal des repetitive Teilarbeit verrichtenden, von Arbeitslosigkeit bedrohten „Massenarbeiters“ als unwiderlich vergangen erscheinen lasse. Das Hauptproblem in der Studie von H. Kern/M. Schumann und anderer, im Tenor vergleichbarer Untersuchungen besteht nicht in erster Linie darin, daß die von ihnen beschriebenen Formen der „Produktionsintelligenz“ empirisch nirgends existierten, sondern daß sie aus diesen Formen eine verallgemeinerbare Perspektive ableiten, die wiederum als Grundlage für politische Strategieempfehlungen an die Adresse der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dienen soll. Zutreffend haben W. Fach/U. Weigel auf die Affinität des Theorems der „neuen Produktionskonzepte“, die angeblich die „privatistischen Verengungen“ der Produktionsgestaltung aufsprengen sollen, zur Ideologie des „technologischen Determinismus“ hingewiesen, derzufolge die Technik kraft der ihr eingeschriebenen Rationalität auch auf der gesellschaftlichen Ebene vernünftige Verhältnisse schaffe: „D.h., es gibt offensichtlich eine techno-logische Tendenz zur Generalisierung, die darauf drängt, daß Partikularismen eingeebnet und Segmente aufgebrochen werden. Wie sich der Technik diese Logik hätte einpflanzen können, bleibt allerdings im Dunkeln – dem Gegenstand (Fließband, Maschine) wird mystifizierend das überschießende Moment einfach zugeschrieben. Technik, als potentieller Selbstläufer (...), spiegelt einen verdinglichten Fortschrittsglauben daran wider, daß sich unterhalb des Kapitalverhältnisses und hinter seinem Rücken die Vernunft zur Macht schleicht – von einem übermenschlichen Gesetz vorangetrieben, das zu seiner Realisierung freilich menschlicher Agenten bedarf.“³²

Versuche, die Thesen von der „Reprofessionalisierung der Industriearbeit“ und den „neuen Produktionskonzepten“ zu verallgemeinern, stoßen nicht nur auf die harten Fakten der Massenarbeitslosigkeit, die ja die schärfste Form der Entwertung lebendiger Arbeit im Kapitalismus ist,³³ sondern sie gehen auch da keineswegs widerspruchsfrei in der Realität auf, wo sich der „neue Rationalisierungstyp“ praktisch entfaltet. Immerhin belegen breit angelegte Umfragen der Gewerkschaften, daß die Beschäftigten in den Betrieben, die rationalisiert wurden und werden, überwiegend Verschlechterungen hinnehmen mußten, auch wenn sich die technischen Neuerungen und organisatorischen Veränderungen nicht in allen Dimensionen der Arbeit negativ auswirkten. Gerade Betriebe mit einem hohen Innovationstempo weisen drastische Erhöhungen der Arbeitsbelastungen auf. Dabei steht die Leistungsverdichtung durch Steigerung des Arbeitstempos sowohl in der Produktion als auch

32 Wolfgang Fach, Ulrich Weigel, Die Lücke als Leistung. Über das lautlose „Ende der Arbeitsteilung“. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 2/1986, S. 137.

33 Vgl. dazu Lothar Peter, Polarisierung oder Höherqualifizierung? Zur Kontroverse um den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Arbeitsqualifikation. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981.

in der Industrieverwaltung an erster Stelle.³⁴ Selbst da, wo Rationalisierung nicht durchgängig Dequalifizierung nach sich zieht und herkömmliche hohe Qualifikationen bewahrt bleiben, kann der „neue Rationalisierungstyp“ eine Schwächung der arbeitsprozeßlichen Stellung der Beschäftigten hervorrufen und damit ihren professionellen und sozialen Status im Betrieb auf mittelbare Weise verschlechtern. M. Baethge / H. Oberbeck haben herausgearbeitet, daß trotz möglicher individueller Qualifikationsanreicherung und Kompetenzerweiterung im Angestelltensektor die arbeitsprozeßliche Position breiter Angestelltenschichten durch die neuen Methoden übergreifender, vernetzender Rationalisierung destabilisiert werden könnten: „Denn selbst dort, wo es über die breitere Aktualisierung hinaus zu einem Anstieg der Qualifikationsanforderungen an die Arbeit kommt, ist die *betriebliche Position* des einzelnen Angestellten mit Einführung der neuen Technologien unwiderruflich schwächer geworden ... Die strukturelle positionelle Schwächung der Angestellten resultiert nicht allein aus dem Einsatz der neuen Technologien – es kommen auch die Angebotsstrukturen auf dem Arbeitsmarkt hinzu –, wird aber doch wesentlich von ihnen her bestimmt, da sich mit ihrem breiten Einsatz das *betriebliche Herrschaftsverhältnis* recht grundlegend zuungunsten der Angestellten umgestaltet.“³⁵

Allerdings beschränken sich die Möglichkeiten kapitalistischer Nutzung der neuen Technologien nicht auf eine eher schleichende, subjektiv nicht ohne weiteres erfahrbare Unterminierung der arbeitsprozeßlichen Stellung der Lohnabhängigen. In bestimmten Fällen kommt es schon jetzt zur kollektiven Dequalifizierung und zur technologischen Entmachtung der Stellung der Beschäftigten, wie es der australische Pressezar R. Murdoch jüngst auf bedrückende Weise der britischen und internationalen Arbeiterbewegung vorgeführt hat, indem er die Arbeit von 5000 streikenden Druckern einigen hundert „arbeitswilligen“ Elektrikern übertrug, die sie mit Hilfe modernster Technik erfolgreich bewältigten. Die Fortschritte moderner Technologie haben hier nicht nur die „rebellische Hand der Arbeit zur Gelehrigkeit“ gezwungen,³⁶ wie es bei K. Marx anschaulich heißt, sondern auch dem kollektiven Widerstand der Beschäftigten arbeitsprozeßlich die Grundlage entzogen. Die berühmte proletarische Losung „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“ hat, wie der Arbeitskampf in Wapping (London) zeigte, eine bedrückende Umdeutung erfahren; denn das Kapital ist im Begriff, sich in der neuen Technik nun seinerseits einen „starken Arm“ gegen die Arbeiterklasse zu schaffen und mit dessen Hilfe die Betriebe zu „arbeitskampfsicheren“ Festungen auszubauen.

34 Vgl. IG Metall, „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht.“ Rationalisierung in der Metallwirtschaft, Frankfurt/M. 1983.

35 Martin Baethge, Herbert Oberbeck, a. a. O., S. 36 (Hervorh. im Orig.). Zur Überschätzung der Reprofessionalisierungstendenz insbesondere bei Kern/Schumann vgl. auch Thomas Malsch/Rüdiger Seltz (Hrg.), Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand. Beiträge zur Entwicklung der Industriearbeit, West-Berlin 1987.

36 Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Berlin / DDR 1962, S. 460 (Marx zitiert A. Ure).

Wenn N. Altmann u. a. die Vermutung aussprechen, daß der „neue Rationalisierungstyp“ quasi lautlos und nicht fühlbar an den Beschäftigten vorbeilaufe, weil sich die Rationalisierungsmaßnahmen auf die Produktionstechnik konzentrierten,³⁷ dann übersehen sie, daß das kapitalistische Management immer auch versuchen wird, die angewandte „lebendige Arbeit“ im Verhältnis zum erwarteten Produktionsergebnis zu ökonomisieren, also die Arbeitsleistung zu steigern, die Löhne zu senken und die Arbeitsbedingungen kostenminimierend zu gestalten (Ergonomie, Arbeitsschutz, betriebliche Einrichtungen usw.). Inwieweit dies gelingt, hängt von den konkreten Bedingungen ab. Oft mag es vom Interessenstandpunkt des Kapitals her betrachtet vorteilhafter sein, Qualifikationen und Handlungsspielräume der Beschäftigten zu erweitern, anstatt sich starr an rein technische Lösungen zu klammern. Aber aus dieser konkreten Möglichkeit eine allgemeine Prognose dergestalt abzuleiten, daß der „neue Rationalisierungstyp“ die Arbeitskraft gleichsam umgehe und ungeschoren lasse, wie N. Altmann u. a. offensichtlich vermuten, kontrastiert mit der spröden Realität des kapitalistischen Rationalisierungsalltags, wo Vorgabezeiten gekürzt, Abgruppierungen vorgenommen, Mehrstellenbedienung durchgesetzt und der Leistungsdruck erhöht werden.³⁸

Die kapitalistische Formbestimmung des „neuen Rationalisierungstyps“ wird nicht nur empirisch greifbar in widersprüchlichen und negativen Arbeitsfolgen, sondern schlägt auch da durch, wo vom Entwicklungsgrad der Technologie und der Beschaffenheit der Arbeitsmittel her alternative Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung, aber auch der Produktgestaltung gegeben wären. Als Beispiel für eine alternative Gestaltbarkeit des unmittelbaren Arbeitsprozesses kann die Werkstattprogrammierung im Maschinenbau gelten.³⁹ Beim Einsatz von CNC-Maschinen sind ganz entgegengesetzte Varianten der Arbeitsgestaltung realisierbar: Einerseits können die CNC-Maschinen zentral programmiert und gesteuert werden, so daß sich die Maschinenbedienung auf relativ geringe Anforderungen reduziert, andererseits ermöglichen sie aber auch eine Rückverlagerung von Qualifikationen in die Werkstätten, weil die Programmierung der CNC-Maschinen direkt „vor Ort“ erledigt werden kann und nicht länger eine Domäne der Arbeitsvorbereitung bleiben muß. Informationstechnisch ist die Maschinenprogrammierung so weit fortgeschritten, daß früher notwendige Zusatzeinrichtungen wie gesonderte NC-Büros und kostenintensive Arbeitsplätze für Programmierer entfallen können. Der sukzessive Ablauf von Programmierung und Werkstückbearbeitung kann durch den Wechsel, die variierende Kombination von Programmierungs- und Bearbeitungsfunktionen abgelöst werden. Werkstattprogrammierung stellt an die NC-Maschinenarbeiter durchaus hohe Qualifikationsanforderungen. Sie reichen von der Fähigkeit, Zeichnungen in Bearbeitungsprogramme zu übertragen und selbständig Parameter wie etwa die Schnittgeschwindigkeit festzulegen,

37 Vgl. Norbert Altmann u. a., a. a. O., S. 203.

38 Vgl. die Ergebnisse der Rationalisierungserhebung der IG Metall, „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht“, a. a. O.

39 Vgl. Hartmut Hirsch-Kreinsen, Voraussetzungen und Bedingungen für Werkstattprogrammierung. In: WSI-Mitteilungen, 1/1985, S. 33 ff.

bis zu relativ komplexen Software-Kenntnissen. Obwohl sich also von der technisch-funktionellen Seite her ein alternativer, arbeitsanreichernder Tätigkeitszuschnitt anbietet, verhalten sich viele Maschinenbetriebe reserviert oder sogar ablehnend gegenüber der Werkstattprogrammierung.⁴⁰ Offensichtlich ist diese Haltung nicht allein durch das ökonomische Profittkalkül determiniert, sondern auch durch betriebliche Herrschaftsinteressen beeinflusst; denn jeder Schritt auf dem Weg zu Höherqualifikation, beruflichem Autonomiezuwachs und Stärkung der arbeitsprozeßlichen Stellung der Lohnabhängigen vergrößert das arbeitspolitische Druckpotential und kann so in kritischen Situationen die uneingeschränkte Hegemonie des Kapitals über die Produktivkräfte in Frage stellen. Daß das Herrschaftskalkül bei der Wahl von Rationalisierungsstrategien nachweislich eine erhebliche Rolle spielt, läßt sich exemplarisch aus den Reaktionen des Managements auf einen (in der Konsequenz erfolglosen) Vorstoß unabhängiger linker Betriebsräte bei Daimler-Benz in Untertürkheim ablesen. Betriebsratsmitglieder der sogenannten „Plakat-Gruppe“ hatten der seit Ende der siebziger Jahre eingeführten computergesteuerten Transfertechnik, die sich negativ auf die Arbeitsbedingungen und Qualifikationen der Montearbeiter auswirkte, ein Konzept von CNC-gestützten Fertigungsinseln gegenübergestellt. Die Verwirklichung des Konzepts hätte zur Beschäftigungssicherung und Qualifikationsverbesserung beigetragen. Aber die Betriebsleitung lehnte die Vorstellungen zur Reorganisation der Transfer-technik ab, und auch bei der Mehrheit der Betriebsräte fanden die Anregungen keine Zustimmung.⁴¹

Versucht man die vielfältigen widersprüchlichen und heterogenen Erscheinungsformen und Folgen der Rationalisierung zu systematisieren und ihre wesentliche Entwicklungsrichtung abzuschätzen, so läßt sich vorab feststellen, daß weder von einer generellen Höherqualifizierung noch von einem „Ende der Massenproduktion“ (M. J. Piore / C. F. Sabel), aber auch nicht von einem definitiven Triumph des Taylorismus und Fordismus gesprochen werden kann.⁴² Tendenzen einer realen Höherqualifizierung in bestimmten Wirtschaftsbereichen, Industriezweigen und Betrieben stehen Entlassungen und dequalifizierende Rationalisierungskonsequenzen in anderen Branchen und Betrieben gegenüber, vermittelt durch ein breites Übergangsfeld empirisch schwer durchschaubarer, kaum eindeutig klassifizierbarer, konkreter Formen der Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsprofile.

Der „neue Rationalisierungstyp“ beschränkt sich in seiner sozialökonomi-

40 Ebenda, S. 34: „In den Betrieben wird freilich die Realisierbarkeit der Werkstattprogrammierung insgesamt sehr zurückhaltend eingeschätzt. Dies reicht von expliziter Ablehnung und starken Vorbehalten auf der Managementseite bis hin zu zumindest starker Skepsis bei vielen Betriebsratsmitgliedern.“

41 Vgl. Flexible Menschen oder flexible Maschinen? Gespräch mit Betriebsräten der Plakatgruppe bei Daimler-Benz. In: Eckard Hildebrandt, Eberhard Schmidt, Hans Joachim Sperling (Hg.), High-Tech-down, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/87, West-Berlin 1986, S. 39-47.

42 Vgl. zur theoretischen Begründung der Taylorisierungs- und Fordisierungs-These z. B. Rudi Schmiede, Abstrakte Arbeit und Automation. Zum Verhältnis von Industriosozologie und Gesellschaftstheorie. In: Leviathan, 1/1983, S. 50 ff.

schen Wirkungsweise aber nicht auf Differenzierungen und Segmentierungen im Arbeitsprozeß, sondern trägt unter den gegebenen Produktionsverhältnissen auch zur Vertiefung der Gegensätze und Ungleichheiten zwischen den noch Beschäftigten und Arbeitslosen bei. Die Logik des Kapitals und die ihr immanente Tendenz, die Produktivkraft der Arbeit bei gleichzeitiger Verringerung von Arbeitskrafteinsatz zu erhöhen, wirkt ungebrochen fort, auch wenn sich die Einzelkapitale nicht voluntaristisch über die stofflichen Schranken des Arbeitsprozesses und damit auch nicht über die Gebrauchswerteigenschaften der lebendigen Arbeit hinwegsetzen, also lebendige Arbeit beliebig ersetzen bzw. reduzieren können. Wenn die Rationalisierung aber zukünftig eine Stufe erreichen wird, auf der auch komplexe geistige Arbeitsoperationen algorithmisierbar und programmierbar werden, dann sind allerdings massenhafte Dequalifizierungen und ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit nicht auszuschließen. Der optimistische Abschied vom angeblichen „Verelendungsdiskurs“ in der Marxschen Analyse gesellschaftlicher Arbeit und Produktivkraftentwicklung erscheint angesichts dieser Möglichkeit nicht sehr überzeugend.⁴³

Gegenwärtig jedoch erweist sich für die Beschäftigten nicht das Problem massenhafter Dequalifizierung und Taylorisierung als vorrangig. Es sind vielmehr die durch den „neuen Rationalisierungstyp“ hervorgerufenen und verschärften Prozesse sozialer Segmentierung, Hierarchisierung und Entsolidarisierung, die eine subjektiv nachvollziehbare Vereinheitlichung der Interessen verhindern und damit ein an kollektiven Grundinteressen aller Lohnabhängigen orientiertes Eingreifen in die Produktivkraftentwicklung erschweren.

Der „neue Rationalisierungstyp“ fungiert heute durchaus als technologisches Medium der korporatistischen Zersplitterung und Individualisierung im Arbeitsprozeß, denn die ökonomisch bedingte, krisenhafte Dekomposition der Arbeiterklasse setzt sich in technologisch und arbeitsorganisatorisch vermittelten Spaltungs- und Entfremdungsprozessen in der Arbeit fort. Flexibilisierung und Deregulierung von „Normalarbeitsverhältnissen“ sind nicht nur der aktuell angemessene Ausdruck ökonomischer Verwertungslogik, sondern spiegeln auch die mit dem „neuen Rationalisierungstyp“ eröffneten Möglichkeiten wider, Formen kollektiver Interaktion im Arbeitsprozeß und gemeinschaftliche Arbeitserfahrung als unabdingbares soziales Substrat von Solidarität auszuhöhlen. An der „Entkoppelung von Produktions- und Arbeitsprozeß“⁴⁴ (R. Springer) zeigt sich einmal mehr die janusköpfige Wirkung kapitalistischer Rationalisierung: Die technisch gewährten Chancen für eine Verdichtung kooperativer Arbeitsformen, für einen Abbau hierarchischer Sozialbeziehungen und arbeitsteiliger Trennlinien zwischen einzelnen Belegschaftsgruppen verkehren sich unter dem Druck kapitalistischer Konkurrenz ins Gegen-

43 Vgl. Frigga Haug, Verelendungsdiskurs oder Logik der Krisen und Brüche? Marx neu gelesen vom Standpunkt der Arbeitsforschung. In: Detlev Albers u. a., Aktualisierung Marx', Argument-Sonderband AS 100, West-Berlin 1983.

44 Vgl. Roland Springer, a. a. O.

teil. Die Distanz zwischen hochqualifizierten „Betriebseliten“ einerseits, „Massenarbeitern“ und gering qualifizierten Gruppen der Randbelegschaften andererseits nimmt zu, kommunikative Arbeitsbeziehungen werden technologisch aufgelöst und versachlicht, der einheitliche zeitliche Arbeitsrhythmus als wichtige Dimension gemeinsamer Arbeitserfahrung weicht der flexibilisierenden Zeitsouveränität des Kapitals über die Arbeitskraft.

5. Herausforderungen für die Arbeiterbewegung: „Soziale Beherrschbarkeit“, „neue Produktionskonzepte“ und antikapitalistische Perspektiven

Die Erfahrungen der Krise haben in den Gewerkschaften hinsichtlich der Bewertung des technischen Fortschritts zweifellos einen Prozeß des Umdenkens ausgelöst. Deutlicher und nachdrücklicher als in der langen Prosperitätsperiode bis Anfang der siebziger Jahre wird heute in den Gewerkschaften betont, daß Modernisierung und Rationalisierung keinem gesellschaftsindifferenten Sachzwang folgen, sondern „sozial beherrschbar“ und „gestaltbar“ seien.⁴⁵ Auch weiß man heute besser als vor fünfzehn oder zwanzig Jahren, daß ohne Einbeziehung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ohne Verwissenschaftlichung der eigenen Problemlösungskapazität ernsthafte Vorstöße in der Frage der Technikgestaltung und Arbeitsstrukturierung kaum unternommen werden können. Weiterhin ist inzwischen von gewerkschaftlicher Seite erkannt worden, daß sich ein kritisches Verständnis von Rationalisierung und Automation längst nicht mehr auf die materielle Produktion beschränken darf, sondern die Umwälzung der traditionellen Arbeitskultur in den Büros und Verwaltungen mitdenken muß. Die intensiven Bemühungen um Erhöhung des gewerkschaftlichen Einflusses unter den Angestellten sind dafür ein Beleg.⁴⁶

Technische Rationalität und soziale Vernunft gelten nicht mehr als unbedingt identisch; Technik, Arbeitsorganisation und Produktgestaltung werden als Politikfelder betrachtet, auf denen gegensätzliche Interessen aufeinanderstoßen. Besonders klar hat sich diese Erkenntnis im Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ der IG Metall niedergeschlagen, wo die lange auch in der Arbeiterbewegung dominierende Ideologie des „technologischen Determinismus“ unmißverständlich zurückgewiesen wird: „Nicht die Technik, nicht die Maschinen, sondern das dahinterstehende System der ‚Maschinenbesitzer‘ – also die Besitzverhältnisse und die alleinige Verfügungsgewalt über Entwicklung, Einführung, Anwendung und Gestaltung von Maschinen und Technik – ist die Ursache für soziale Unsicherheit und negative Rationalisierungsfolgen für Arbeitnehmer und Gesellschaft. (...) Eine Strategie, mit der arbeitsorientierte Alternativen zum Technikeinsatz, zur Produktentwicklung und -gestaltung durchgesetzt werden sollen, hat diese Tatsachen zu berücksichtigen.

45 Vgl. dazu den Beitrag von Hellmuth Lange in diesem Band.

46 Vgl. Siegfried Bleicher, Solidarität 2000. Neun Thesen zur selbstkritischen Diskussion der Angestelltenpolitik in der IG Metall. In: Sozialismus, 3/1987.

Die jeweiligen Macht- und damit Kräfteverhältnisse bestimmen letztlich die Möglichkeiten solcher Alternativen.“⁴⁷

Aber die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist kein monolithischer Block, und die politische Verarbeitung der Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse verläuft nicht einheitlich und widerspruchsfrei.

Selbst Erkenntnisse, die einen beträchtlichen Zuwachs an Problem- und Gestaltungsbewußtsein im Hinblick auf den technischen Fortschritt anzeigen, sind gegen ambivalente Ausdeutungen und Operationalisierungen nicht gefeit. Das trifft auch für die Interpretation der Formel von der „sozialen Beherrschbarkeit“ und „sozialen Gestaltbarkeit“ der neuen Technik zu, die inzwischen eine Art strategischer Leitfunktion in gewerkschaftlichen Überlegungen wahrnimmt. Aber diese Formel erfährt, kaum daß sie als Kritik am „technologischen Determinismus“ und am Mythos der Eigendynamik der Produktivkräfte entwickelt wurde, schon wieder eine Umdeutung durch jene gewerkschaftlichen Kräfte, die eine sozialpartnerschaftlich-korporatistische Lösung der durch Rationalisierung hervorgerufenen Probleme anvisieren. H. Rappe, Vorsitzender der IG Chemie und einflußreicher rechtssozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, hat in einem Rundtischgespräch vehement für einen Modernisierungspakt geworben, mit dem die als soziales Ganzes und klassenübergreifend gedachten Anforderungen der Volkswirtschaft gebieterisch durchgesetzt werden sollen: „Ich glaube, daß die Kraft der Volkswirtschaft von der weiteren technologischen Entwicklung abhängt. Und ich sehe keine Möglichkeit, sich aus der internationalen Konkurrenz dieser technologischen Entwicklung abzumelden. Wir dürfen es noch nicht einmal wollen ... Jedenfalls wird die Chance der deutschen Volkswirtschaft in der Hochtechnologie liegen und nicht im Abbremsen der Technologie. Wer hingegen sagt, das könne und solle nicht so verlaufen, weil wir die sozialen Folgen nicht in den Griff bekämen, begibt sich in die Defensive und scheitert, denn die Entwicklung kommt sowieso, ob wir es wollen oder nicht.“⁴⁸

Zweifellos erfüllt der politische Ertrag von Studien wie „Das Ende der Arbeitsteilung?“ von H. Kern/M. Schumann ungeachtet ihrer wissenschaftlichen Qualitäten für einen Rationalisierungskonsens zwischen Kapital und Arbeit, wie er von einer starken integrationistischen Strömung in den Gewerkschaften gefordert wird, eine wichtige Legitimationsfunktion. Wo die „aufgeklärte Fraktion“ der Managements (H. Kern/M. Schumann) mit der Elite der „Protagonisten der Rationalisierung“ bei den Arbeitern die „neuen Produktionskonzepte“ in die Tat umsetzen soll, reproduziert sich unter dem Schleier der Formel von der „sozialen Beherrschbarkeit“ unversehens die Ideologie des „technologischen Determinismus“, deren Hegemonie gerade erst zaghaft in Frage gestellt worden ist. Ein auf Klassenkonsens ausgelegtes Denken der „gesamtgesellschaftlichen Verabredung“ (H. Rappe) kann bruchlos an die ar-

47 IG Metall, Aktionsprogramm: Arbeit und Technik. „Der Mensch muß bleiben!“, Frankfurt/M. 1984, S. 6.

48 Verlierer und Gewinner. Neue Technologien, Arbeitnehmer und Gewerkschaften. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 3/1985, S. 203.

beitspolitischen Interpretationen von H. Kern / M. Schumann anknüpfen, die der Rationalisierungsentwicklung an und für sich eine antitayloristische, die lebendige Arbeit aufwertende und bereichernde Logik zuschreiben. Allerdings findet, wie bereits dargestellt, die Idee der „neuen Produktionskonzepte“ in der „Welt der Arbeit“ durchaus empirische Anknüpfungspunkte. In Branchen und Betrieben, die ökonomisch einigermaßen intakt und technologisch innovativ sind, können sich Arbeitsbeziehungen herausbilden, die die „neuen Produktionskonzepte“ tragen. W. Streeck hat den Wandel kollektiver Arbeitsbeziehungen dergestalt, daß sie eine Verankerung des Modernisierungskonsenses an der Basis des Arbeitsprozesses gewährleisten, für die Automobilindustrie dargestellt. Noch entschiedener als H. Kern / M. Schumann vertraut W. Streeck darauf, daß die Gewerkschaften, sofern sie nur die Entwicklungspfade industrieller Produktion vorausschauend erfassen und sich von einer unfruchtbaren, defensiven Ablehnungshaltung lösen, den Interessen ihrer Mitglieder am besten dienen und zugleich die Macht des unternehmerischen Managements durch eigene ökonomische Szenarien konterkarieren können: „Für personell und finanziell gut ausgestattete Gewerkschaften sollte es nicht von vornherein unmöglich sein, sich genug Expertisen und unternehmerisches Denken anzueignen, um mit den Arbeitgebern auf deren eigenem Territorium zu konkurrieren – in einem diesmal produktiven Angriff auf deren Autorität.“⁴⁹ Gegen die Verallgemeinerbarkeit der „neuen Produktionskonzepte“ und des „unternehmerischen Denkens“ der Gewerkschaften als erfolgreiche Strategie „sozialer Beherrschung“ von Rationalisierung und neuer Technik sprechen jedoch mehrere Argumente.

1. Die Wirksamkeit der „neuen Produktionskonzepte“ beschränkt sich allenfalls auf Minderheiten qualifizierter Beschäftigter und trägt zu ihrer „korporatistischen“ Abkoppelung von der Mehrheit der Lohnabhängigen bei. Die Konsequenz „erfolgreicher“ Handhabung der neuen Produktionskonzepte besteht ja gerade darin, daß die begrenzten Vorteile für die „Rationalisierungsgewinner“ in der Regel mit um so größeren Nachteilen anderer Beschäftigtenkategorien erkaufte werden und im Ergebnis kein nivellierender Abbau sozialer und beruflicher Ungleichheiten stattfindet, sondern sich im Gegenteil Segmentierungen und Fragmentierungen verschärfen.⁵⁰

2. „Neue Produktionskonzepte“ und gewerkschaftliche oder betriebsrätliche Partizipation am Rationalisierungsmanagement können überhaupt nur dann positive Ergebnisse bringen, wenn die konjunkturellen und strukturellen Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung es zulassen. Insofern ist nicht die antitayloristische Logik der „neuen Produktionskonzepte“ die Ursache

49 Wolfgang Streeck, Kollektive Arbeitsbeziehungen und industrieller Wandel: Das Beispiel der Automobilindustrie, Discussion Paper IIM / LMP 86-2, Wissenschaftszentrum West-Berlin 1986, S. 28.

50 Vgl. dazu kritisch Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an die Weltmarktbedingungen, Frankfurt / M. 1982; vgl. zu konkreten Segmentierungsauswirkungen bei Einführung neuer Technologien die Beiträge von Manfred Muster und Ulrich Briefs, in: ASTA d. Universität Göttingen (Hrsg.), Menschen ohne Arbeit – Arbeit ohne Menschen? Die Zukunft der Automobilindustrie, Göttingen 1986.

von eventuellen Teilverbesserungen der Arbeitssituation, sondern diese verdanken sich Spielräumen der Kapitalverwertung, die partielle Konzessionen an die Beschäftigten ökonomisch und betriebspolitisch geraten erscheinen lassen. Die Krise von Industriebranchen wie Stahlerzeugung und Schiffbau zeigt unmißverständlich, daß modernste Technik, hohes Qualifikationsniveau und eine traditionsgemäß positiv normative Arbeitshaltung der Beschäftigten nicht einmal Betriebsstillegungen verhindern, geschweige denn eine „Reprofessionalisierung der Industriearbeit“ in Gang setzen können, wenn dies nicht in Einklang mit der Profitrationalität steht.⁵¹

3. Arrangements im Umkreis „neuer Produktionskonzepte“ funktionieren nur so lange, wie die Lohnabhängigen keine über technokratische Lösungen hinausgehenden oder grundsätzlichen Ansprüche (wie etwa die Forderung nach Vergesellschaftung und/oder antikapitalistischer „Arbeiterkontrolle“) geltend machen. Schon eine konfliktorientierte, auf Durchsetzung „traditioneller“ und „quantitativer“ Forderungen bestehende betriebliche Interessenvertretung bringt die Harmonie der „neuen Produktionskonzepte“ durcheinander. Zutreffend hat B. Zeuner am Beispiel des Konflikts zwischen dem Management von BMW und einigen oppositionellen Betriebsräten im Motorradwerk Spandau (West-Berlin) aufgezeigt, daß Belegschaftsvertreter, die hartnäckig für bessere Akkordbedingungen und Arbeitszeiten eintreten, den Rationalitätsmythos der „neuen Produktionskonzepte“ und des Modernisierungspaktes zwischen Unternehmensleitung und Betriebsratsmehrheit sichtbar in Frage stellen; denn die mit dem „neuen Rationalisierungstyp“ verbundenen Probleme und Widersprüche verweisen auf eine Ursachenstruktur, die tiefer liegt als die Reichweite „fortschrittlicher“ Managementkonzepte: „Bei BMW Berlin zeigt sich, daß die Interessen der Dulder und potentiellen Verlierer, hier der – 1984 noch mehrheitlich ausländischen – Produktionsarbeiter, trotz technischer Modernisierung und motivationsfreundlichem Personal-Management nichts von ihrer Widerständigkeit verlieren.“⁵²

Kritik an solchen gewerkschaftlichen Vorstellungen „sozialer Beherrschbarkeit“ des technischen Fortschritts zu üben, die auf konsensuale, von Kapital und Arbeit gemeinsam getragene Lösungen bauen, bedeutet nicht, auf konkrete Spielräume zu verzichten, die sich aus Bindungen der Kapitalverwertung an stoffliche und gebrauchswertmäßige Bedingungen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit ergeben. Insofern mag die Idee von den „neuen Produktionskonzepten“ im Einzelfall tatsächlich gewisse Verbesserungen ermöglichen, ohne indes „die privatistischen Verengungen“ kapitalistischer Rationalisierung durchbrechen zu können.

„Soziale Beherrschbarkeit“ als Leitmotiv für eine gesamtgesellschaftlich orientierte Gestaltung der modernen Produktivkräfte setzt das Bewußtsein

51 Vgl. Norbert Arndt, Gero von Randow, Zukunft der Stahlarbeit. In: Marxistische Blätter, 4/1987.

52 Bodo Zeuner, Vier gegen die arbeitgeberfreundliche „Mannschaft der Vernunft“. Der BMW-Fall – ein Lehrstück über gewerkschaftliche Probleme / Eine Weltfirma versucht unbequemen Betriebsrat loszuwerden. In: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 6. 5. 1987 (Nr. 104), S. 10.

voraus, daß auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse nur Teilverbesserungen im Kampf um die Gestaltung neuer Technik und Rationalisierung möglich sind und daß wirkliche Alternativen die Schranken des Kapitalverhältnisses überschreiten. Mit überzeugenden Argumenten hat M. Balder von der IG Druck und Papier davor gewarnt, die notwendige antikapitalistische Dimension von Begriffen wie „Alternative“ und „soziale Beherrschbarkeit“ zu verschleiern und in integrale Aspekte kapitalistischer Modernisierung umzudeuten.⁵³

Praktischer Einfluß der Arbeiterbewegung auf Struktur und Folgen des „neuen Rationalisierungstyps“, der die technische und soziale Kultur des Arbeitsprozesses tiefgreifend verändern wird, setzt eine Politisierung der jeweiligen Konfliktebenen und Konfliktgegenstände voraus. Politisierung meint hier, daß Probleme der Produktivkraftentwicklung eindeutig als Moment antagonistischer Klasseninteressen verstanden werden müssen, die sich nicht aus dem Gesamtzusammenhang krisenhafter Arbeitsvergesellschaftung herauslösen lassen. Dementsprechend sind Reformen der Technikgestaltung, Arbeitsstrukturierung und Produktinnovation, die sich ihrer eigenen Zielstellung nach nicht in einem Modernisierungspakt zwischen Kapital und Arbeit erschöpfen, sondern eine antikapitalistische Entwicklungsperspektive offenhalten, nur als politische Veränderung von Kräfteverhältnissen zwischen gegensätzlichen sozialen Klassen durchsetzbar. Während der vergangenen Jahre hat die Arbeiterbewegung viel dazugelernt, was ihre Kompetenz hinsichtlich der Gestaltbarkeit der stofflichen Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses anbetrifft. Die Notwendigkeit einer weiteren Sensibilisierung in dieser Richtung darf aber eine andere Notwendigkeit nicht verdecken, nämlich die Aufgabe, an der Basis der Arbeiterbewegung ein kollektives Bewußtsein zu entwickeln, daß auch die Auseinandersetzung um Formen und Wirkungsweise der modernen Produktivkräfte ein politischer Kampf ist, der mit politischen Mitteln geführt und letztlich – im Betrieb ebenso wie in der Region oder auf zentraler gesellschaftlicher Ebene – durch politische Macht entschieden wird. Eine lohnende Aufgabe der gesellschaftskritischen Arbeitsforschung könnte in diesem Zusammenhang darin bestehen, Anregungen zu geben, in welchen Formen die abhängig Beschäftigten als politische Subjekte in den Klassenkampf um die Produktivkräfte eingreifen könnten. Eine Belebung und Aktualisierung der teils in Vergessenheit geratenen, teils erfahrungsmäßig negativ besetzten Diskussion über „Vergesellschaftung“, „Mitbestimmung“, „Arbeiterkontrolle“ und „Produktionsdemokratie“ wäre dabei gewiß ein wichtiger Gegenstand.

53 Vgl. Manfred Balder, *Skepsis gegen soziale Beherrschbarkeit neuer Technologien*. In: *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, 1/1986, S. 20 ff.

Neue Technik und Rationalisierung von Angestelltenarbeit

Ursula Schumm-Garling

1. Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft? – 2. Zur Zukunft der Angestelltenarbeit – 2.1 Der neue Rationalisierungstyp – 2.2 Ende des Taylorismus? – 2.3 Qualifizierte Sachbearbeitung – neue Technik und Intensivierungsstrategien – 2.4 Zunehmende Verfügbarkeit der Arbeitskraft – 3. Rationalisierung und Angestelltenbewußtsein – 4. Klassegebundenheit sozialer Strukturveränderungen und neuer Technik – Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Orientierung von Angestellten

In der Diskussion um die Zukunft der Angestellten spielt die Frage nach der Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft eine zentrale Rolle. Waren bisherige kapitalistisch-industrielle Gesellschaften in erster Linie gekennzeichnet von den sogenannten sekundären Sektoren, d.h. der Industrieproduktion, und durch die gewerkschaftlichen Organisationen als Interventionsmacht der Arbeiterschaft, so scheinen sich heutzutage zentrale Veränderungen abzuzeichnen. Der Dienstleistungsbereich nimmt zu und damit die Zahl der Angestellten. Über die Auswirkungen der Rationalisierung auf ihre Arbeitssituation gibt es widersprüchliche Auffassungen. Die Konsequenzen für Politik und gewerkschaftliche Angestelltenarbeit werden lebhaft diskutiert. Im folgenden soll zu einigen in diesem Zusammenhang wichtigen Fragestellungen und neueren Publikationen Stellung genommen werden.

1. Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft?

Die Diskussion um die Zukunft der Angestellten hat eine gewisse Tradition. Schon Mitte der 50er Jahre, als in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über die Folgen sektoraler Verschiebungen für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung diskutiert wurde, verwiesen Autoren (wie z.B. Fourastié) auf die Angestellten als eine immer bedeutender werdende Gruppe der Lohnabhängigen. Nach diesen Auffassungen verlagern sich die Beschäftigungsschwerpunkte im Verlaufe der Industrialisierung vom primären (Agricultur) zum sekundären (industrielle Warenproduktion) und anschließend zum tertiären Sektor, den Dienstleistungen. In diesem Bereich sind nahezu ausschließlich Angestellte beschäftigt. Diese Entwicklung wird mit Zahlen belegt, aus denen hervorgeht, daß in den Dienstleistungssektoren und den entsprechenden Berufen die Zahl der Beschäftigten ständig steigt. Tiefgreifende Veränderungen der Arbeits- und Sozialverhältnisse liegen den Veränderungen

der Beschäftigungsstruktur zugrunde. Von Baethge und Oberbeck wird dieser Prozeß folgendermaßen beschrieben: „Dem Wandel der Beschäftigungsstruktur liegen säkulare, irreversible Vergesellschaftungsprozesse der Arbeits- und Verkehrsformen zugrunde, die ein Resultat fortschreitender Industrialisierung sind und die sich in einer Verallgemeinerung der Monetarisierung und Mediatisierung von Austauschbeziehungen sowie in einer flankierenden öffentlichen Gewährleistung privater Daseinsvorsorge und privaten Wirtschaftshandelns ausdrücken.“¹ Folge dieses Prozesses ist, daß die privaten und öffentlichen Dienstleistungsunternehmen wie beispielsweise Banken, Versicherungen oder Handelsbetriebe sowie auch die öffentlichen Verwaltungen und Sozialversicherungen ständig wachsen.

Angesichts der Tatsache, daß der Expansion des Dienstleistungsbereichs und zeitweilig auch dem Anwachsen der Zahl der hier Beschäftigten ein Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Sektor gegenübersteht, ist die These von der „spätbürgerlichen Gesellschaft“ (Spätkapitalismus) entwickelt worden. Sozialstrukturelle Verschiebungen zugunsten der Angestellten haben dazu geführt, sich von Theorien zu verabschieden, die die Struktur kapitalistischer Klassengesellschaft vor allem an der Existenz einer Arbeiterklasse festgemacht haben. Bei diesen sehr pauschal geführten Diskussionen um Produktion versus Dienstleistung oder Arbeiter versus Angestellte und daraus abgeleiteten gesellschaftstheoretischen Spekulationen werden die Arbeitsbedingungen und die Stellung der Beschäftigten im Herstellungsprozeß von Produkten wie Dienstleistungen zuwenig berücksichtigt. Das Paradigma der Dienstleistungsgesellschaft liegt auch der These vom „Ende der Arbeitsteilung“ zugrunde.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, daß die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft einer differenzierten Betrachtung bedarf. Franz Josef Bade untersucht die Beschäftigungsexpansion im Bereich der Dienstleistungen. Er vertritt folgende These: „Im Mittelpunkt des Interesses steht die Beschäftigungsexpansion im Bereich der Dienstleistungen. Ihre Zunahme kommt aber nicht allein in dem sektoralen Strukturwandel, also in der Verschiebung der Anteile einzelner Wirtschaftszweige zum Ausdruck. Noch stärker ist die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft, wenn die Tätigkeit der Beschäftigten – also die Art des Arbeitseinsatzes, mit dem die Waren und Dienstleistungen hergestellt werden – zugrunde gelegt wird.“² Aus diesem Grunde untersucht er nicht nur sektorale, sondern auch funktionale Besonderheiten. Er unterscheidet Personen- und Konsumdienste, Dienstleistungen in der Distribution und Dienstleistungen in der Produktion und der Fertigung. Er unterteilt grob in haushaltsorientierte und produktionsorientierte Dienste. Diese Differenzierung wird ergänzt durch regionalspezifische Entwicklungen. Bade kommt zu dem Schluß, daß die Produktionsdienste in den Verdichtungszen-

1 Martin Baethge, Herbert Oberbeck, *Die Zukunft der Angestellten*, Frankfurt/New York 1986, S. 15.

2 Franz-Josef Bade, *Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen*, DIW Sonderheft 143, Berlin/West 1987, S. 11.

tren den größten Zuwachs aufweisen. „Vergleicht man die einzelnen Agglomerationen untereinander, so liegen die Kerne von Stuttgart, München und des Rhein-Main-Gebietes eindeutig an der Spitze. Sie besaßen nicht nur 1976 einen sehr hohen Anteil an Produktionsdiensten – rund 40% aller Beschäftigten waren in diesem Funktionsbereich tätig. Auch ihre Zunahme gerade an den höherwertigen Produktionsdiensten liegt weit über dem Durchschnitt, gemessen sowohl als Anteilszuwachs wie auch als Veränderungsrate der Beschäftigtenzahl. Schließlich erreichen auch die Ränder die höchsten Anteils- und Veränderungswerte (im Vergleich zu den übrigen Randgebieten) – ein Zeichen dafür, daß inzwischen in diesen Agglomerationen, in denen die Spezialisierung auf die höherwertigen Produktionsdienste am weitesten fortgeschritten ist, der funktionale Strukturwandel auch auf Randgebiete übergreift.“³

Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß produktionsnahe Dienstleistungen im besonderen Maße angestiegen sind. Die Umstrukturierung der Beschäftigten im industriellen Sektor zugunsten technischer und kaufmännischer Funktionen übt auf den Zuwachs an Angestelltenarbeitsplätzen gesamtwirtschaftlich gesehen dagegen nur wenig Einfluß aus. Bei der Differenzierung von funktionaler und regionaler Betrachtung wird deutlich, daß das Wachstum von Dienstleistungen nicht allein auf personen- und konsumorientierte Dienste zurückgeführt werden kann. Von den 4,1 Mio. Erwerbstätigen, um die sich der Dienstleistungsbereich zwischen 1961 und 1982 ausgedehnt hat, entfielen 1,9 Mio. auf Funktionsbereiche, die zum großen Teil vom Staat angeboten werden, also z. B. Bildung oder Gesundheit. Umfangreicher ist jedoch der Zuwachs in den produktionsorientierten Diensten, die um 2,6 Mio. Erwerbstätige zugenommen haben. „Bei diesen Dienstleistungen handelt es sich um Aktivitäten, die der eigentlichen Produktion vor- und nachgelagert sind und deshalb viel stärker über die einzelnen Wirtschaftszweige gestreut sind. Verwaltungs- und technische Funktionen werden zwar auch von Dienstleistungsunternehmen angeboten, zu einem erheblichen Teil aber werden sie innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes selbst durchgeführt. 1982 z. B. (...) war ungefähr ein Drittel (30%) aller Personen, die Verwaltungsfunktionen ausübten, im warenproduzierenden Gewerbe beschäftigt. Von den Beschäftigten im technischen Dienst waren sogar zwei Drittel (66%) in Unternehmen des sekundären Sektors tätig.“⁴

Obwohl im warenproduzierenden Gewerbe zwischen 1961 und 1982 die Zahl der Beschäftigten um rund 1,9 Mio. abgenommen hat, ist der Umfang der Produktionsdienste in diesem Sektor um 800.000 Erwerbstätige angestiegen. Damit trägt das warenproduzierende Gewerbe mit fast ein Drittel zum gesamten Zuwachs an Produktionsdiensten bei. Betrachtet man allein die technischen Dienste, dann liegt der Beitrag sogar bei fast zwei Drittel.⁵

3 Ebd., S. 143.

4 Franz-Josef Bade, Funktionale Arbeitsteilung und regionale Beschäftigungsentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, 1986, S. 697.

5 Ebd.

„So ist gerade in schrumpfenden Branchen mit starker internationaler Konkurrenz wie in der Stahl- und Bekleidungs- oder Textilindustrie häufig zu beobachten, daß Unternehmen die eigene Fertigung einschränken und statt dessen Produkte der Konkurrenten übernehmen. So gewinnt in diesen Unternehmen die Handelsfunktion an Gewicht, auch wenn sie noch als Industriebetrieb eingestuft werden.“⁶

Die Umstrukturierung der abhängig Beschäftigten zugunsten von Angestelltentätigkeiten ist auch darauf zurückzuführen, daß der Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der Arbeiter erheblich schneller vonstatten ging als im Bereich der Angestellten. Allerdings hat sich dieser Trend seit 1980 nur noch verhalten fortgesetzt, was nicht darauf zurückzuführen ist, daß im Angestelltenbereich neue Arbeitsplätze geschaffen würden. „Die Gesamtzahl der Industriebeschäftigten ging zurück, die der Arbeiter jedoch noch stärker als die der Angestellten.“⁷ Metzner/Rohde vertreten die These, daß gegenwärtig Tätigkeiten von Arbeitern nicht oder noch nicht von eher theoretisch geschulten technischen Angestellten übernommen werden können. Als Beweis weisen sie darauf hin, daß nur in ganz wenigen Fällen im Fertigungsbereich Angestellte in der Lage seien, die Produktion eine Zeitlang aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeiter ihre Mitwirkung verweigerten. Funktionen der Prozeßüberwachung und der Instandhaltung verbleiben auch in hochautomatisierten Fertigungsbereichen in den Händen von Arbeitern.⁸

Es ist davon auszugehen, daß sich der Dienstleistungssektor in Zukunft nicht in dem Maße ausdehnen wird wie in den vergangenen 20 Jahren. Bei einer differenzierten Betrachtung zeigt sich, daß im Handel von 1970 bis 1980 die Zahl der Beschäftigten abgenommen hat. Eine Zunahme an Arbeitsplätzen fand im privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereich bei Banken und Versicherungen statt und bei privaten Dienstleistungen, wie z. B. bei der Wirtschafts- und Rechtsberatung, den Architektur- oder Ingenieurbüros. Neue Arbeitsplätze wurden in verschiedenen staatlichen Bereichen geschaffen; rund 60% der Zunahme an Arbeitsplätzen im Tertiärsektor ist auf staatliche Nachfrage zurückzuführen.⁹ Die Zunahme der Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen hat nie ausgereicht, den Verlust an Arbeitsplätzen in der Produktion auszugleichen. Insofern ist das Argument, Arbeitsplätze in der Produktion würden durch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich substituiert, schon immer falsch gewesen.

Aufgrund verstärkter Rationalisierungsbemühungen in öffentlichen und privaten Dienstleistungsbetrieben und aufgrund des Rückzuges des Staates aus der Beschäftigungspolitik wird sich die Zunahme der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbetrieb in Zukunft nur noch gebrochen fortsetzen. Diejenigen, die weder beim Staat noch in der privaten Wirtschaft einen Arbeitsplatz erhal-

6 Franz-Josef Bade, Produktionsorientierte Dienste – Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel, in: DIW-Wochenbericht 16/85, S.205.

7 Ulrike Metzner, Gerhard Rohde, Widersprüchliche Entwicklungen im Arbeitnehmerdasein von Angestellten, in: WSI-Mitteilungen 8/1985, S.440.

8 Ebd.

9 Ebd.

ten, werden „ihre Dienste“ auf dem sogenannten freien Markt anbieten – vom Brötchenausstragen bis zu Ingenieurbüros. Diese „privaten Unternehmen“ werden keine soziale Absicherung haben wie Beschäftigte in einem normalen Arbeitsverhältnis. Die meisten von ihnen können aufgrund der zunehmenden Konkurrenz auch keine längerfristige berufliche Perspektive entwickeln. Generell gilt hier: In der Diskussion um die Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft und um die Zukunft der Angestellten werden die angedeuteten Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen zu wenig berücksichtigt. Dies zu tun ist allerdings ein schwieriges Unterfangen, weil der Bereich der Angestelltenarbeit sehr breit gefächert ist und einer differenzierten Betrachtung bedarf.

Beispiele und Analysen sowie Konzepte der Arbeitsbedingungen, ihrer Veränderung und der Konsequenzen für die Beschäftigten werden im folgenden am Beispiel der Angestellten in privaten Dienstleistungsbetrieben erläutert. Die Ausführungen konzentrieren sich auf die Einführung computerunterstützter Sachbearbeitung. Mit der Einführung computerunterstützter Sachbearbeitung werden zugleich Arbeitseinsatz und Arbeitsorganisation verändert.

2. Zur Zukunft der Angestelltenarbeit

Die Studie über die „Zukunft der Angestellten“ von Baethge und Oberbeck ist eingebunden in die Diskussion um die Dienstleistungsgesellschaft. Die Autoren machen die Antwort auf die Frage, inwiefern neue Technologien und berufliche Perspektiven von Angestellten miteinander verbunden sind, von zwei Implikationen abhängig: Erstens wird unterstellt, daß der bisherige Trend zu Dienstleistungen anhält, und zweitens, daß die Nachfrage nach Dienstleistungen und damit ihr Wachstum größer bleiben als deren Rationalisierbarkeit. Bei der Beurteilung dieser Trends und Möglichkeiten spielt sowohl der Gesichtspunkt eine Rolle, daß Leistungen für eine bestimmte Klientel durch Rationalisierungsmaßnahmen ganz wegfallen oder sich durch Standardisierung verringern, als auch der andere Gesichtspunkt, wie die Rationalisierung den Arbeitsprozeß der Beschäftigten verändert, die mit der Erbringung dieser Leistungen befaßt sind.

Im folgenden werden Wandlungen der Rationalisierung in den Büros analysiert, die der These von der besonderen Rationalisierungsresistenz der Dienstleistungsarbeit weitestgehend die empirische Basis entziehen. In neuerer Zeit wird diese These beispielsweise von Ulrike Berger¹⁰ vertreten. Sie geht davon aus, daß im Dienstleistungssektor ein im Vergleich zur industriellen Produktion bedeutend geringeres Rationalisierungspotential vorhanden sei, weil sich die spezifischen Dienstleistungstätigkeiten einem weitgehenden Technikeinsatz widersetzen. „Effizienzorientierte Rationalisierung, d. h. Organisation und Technisierung einzelner Produktionsprozesse unter der Maxime, ihre Wirtschaftlichkeit zu steigern, setzt sachliche und zeitliche Sicherheit voraus. Im Maße, wie die Produktionsprozesse von Dienstleistungen mit

10 Ulrike Berger, Wachstum und Rationalisierung der industriellen Dienstleistungsarbeit, Frankfurt/New York 1984.

Komplexität und Unsicherheit zu tun haben, läuft die Orientierung am Wirtschaftlichkeitsprinzip Gefahr, disfunktional zu werden.“¹¹

2.1 Der neue Rationalisierungstyp

Traditionelle Formen der Rationalisierung von Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeiten bestärken einmal die Trennung von ausführenden und dispositiven Tätigkeiten; zum anderen zielen sie auf einzelne Funktions- oder Arbeitsabläufe. So werden vor allem die ausführenden Tätigkeiten durch Einsatz von Technologien rationalisiert.

Mit der Einführung mikroelektronischer Datenverarbeitung, also von Informations- und Kommunikationstechnologien, verändern sich die Rationalisierungsstrategien grundlegend. „Systemische Rationalisierungsprozesse sind dadurch gekennzeichnet, daß unter Nutzung neuer, mikroelektronisch basierter Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik der betriebliche und überbetriebliche Informationsfluß, die Kommunikation über und die Kombination von Daten, die Organisation der Betriebsabläufe und die Steuerung der unterschiedlichen Funktionsbereiche in einer Verwaltung bzw. in einem Unternehmen in einem Zug neu gestaltet werden.“¹² Nach Baethge/Oberbeck ist für die von ihnen so genannte „systemische“ Rationalisierung entscheidend, daß unter Berücksichtigung der Besonderheit qualifizierter Angestelltenarbeit die Ebene der Sachbearbeitung, die auf die Organisation von Markt- und Austauschprozessen gerichtet ist, in den Griff zu bekommen sein muß; Ziel der systemischen Rationalisierung ist die Antizipation von Marktentwicklungen und – soweit möglich – die Erhöhung der Kapazitäten zur Marktsteuerung. Sekundär erscheinen demgegenüber die Weiterentwicklung und der Einsatz neuer Technologien zur Kompensation menschlicher Arbeit. Wurden – so konstatieren Baethge/Oberbeck – die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen eher von unten und vom Arbeitsmittel her, also auf die einzelne Funktion hin bezogen durchgeführt, so werden die systemischen Rationalisierungskonzepte eher von oben unter Einbeziehung der gesamten Funktionen eingeführt.

Die technischen Rationalisierungspotentiale, die durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vorhanden sind und weiterentwickelt werden, können in verschiedener Weise zur Veränderung der Angestelltenarbeit genutzt werden. So ist schon heute technisch die vollständige Automatisierung einzelner Funktionsabläufe denkbar. Ebenso ist es möglich, die Datenverarbeitung als bloßes Auskunftssystem zu verwenden (computerunterstützte Sachbearbeitung) oder als Steuerungssystem ganzer Arbeitsprozesse (computergesteuerte Vorgangssachbearbeitung). Bei der Wahl von konkreten Technikeinsatzkonzepten und der Auswahl von Rationalisierungspotentialen lassen sich die Unternehmen – so eine zentrale These von Baethge/Oberbeck – von der Antizipation der Rationalisierungsfolgen für die Gestaltung der

¹¹ Ebd., S. 198.

¹² Baethge/Oberbeck, a. a. O., S. 22.

Markt- und Kundenbeziehungen leiten. Anstöße für eine Zunahme der betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie von Baethge und Oberbeck geschildert werden, kommen eindeutig aus äußeren Veränderungen der Verwertungsbedingungen. Sie resultieren aus der Einsicht, daß die Marktantizipation und die Marktsteuerung optimiert werden müssen.

2.2 Ende des Taylorismus?

Im Zusammenhang mit der systemischen Rationalisierung wird von Baethge/Oberbeck auch von einem Richtungswechsel in der Arbeitsorganisation gesprochen. Ein Problem, das sich generell durch die Diskussion um die Analyse und die Perspektiven von Arbeitsbedingungen zieht, ist die Frage, ob diese Entwicklung nach wie vor durch die von Taylor entwickelten Prinzipien des Scientific-Management gekennzeichnet ist, oder ob eine geradezu antitayloristische Entwicklung in Zukunft die Arbeitsbedingungen bestimmen wird.

Der Begriff des Taylorismus steht für Ausformungen der Arbeitsorganisation, deren Kennzeichen in der Ablösung des Wissens der Arbeiter vom Produktionsprozeß, in verschärfter Kontrolle und Arbeitsintensivierung, d. h. im Ersetzen lebendiger Arbeit durch Maschinenarbeit und in Differenzierungsprozessen der Arbeitsteilung zu sehen sind. Baethge/Oberbeck sprechen von der „Entmythologisierung“ geistiger Arbeit. Danach können sich mit dem Einsatz neuer Technologien „eine Aufgabenerweiterung und/oder Erhöhung der Komplexität oder des Schwierigkeitsgrades der Aufgabenzumessung“ ergeben.¹³ Darin erschöpfen sich die Veränderungen nach ihrer Auffassung jedoch nicht. „Das unauflösbar und enger werdende Zusammenspiel von forciertem Technologieeinsatz und Modifikationen in den Geschäftspolitiken führt langfristig zu einem qualifikatorisch folgenreichen Wandel im Habitus, im alltäglichen Verhaltensstil in der Dienstleistungsarbeit.“¹⁴

Folgenreich ist dieser Wandel deswegen, weil eine Verhaltensstiländerung in der Dienstleistung mit einer veränderten Geschäftspolitik verbunden ist, „die sich stichwortartig mit höherer Aggressivität am Markt und Radikalisierung des innerbetrieblichen Ertragsdenkens umreißen läßt“.¹⁵ Ergänzt werden diese veränderten Anforderungen durch einen neuen Arbeitshabitus, der aus dem Umgang mit neuen Technologien entsteht. „Die Interaktion mit dem EDV-System verlangt demgegenüber einen Arbeitsstil, der durch eine Verbindung von Reaktionsschnelligkeit, Abstraktionsfähigkeit, Konzentrationsfähigkeit und Genauigkeit gekennzeichnet ist.“¹⁶ Fachliche und inhaltliche Anforderungen treten dementsprechend in den Hintergrund. Rationalisierungsstrategien sind geradezu darauf angelegt, diese Qualifikationen von den Beschäftigten abzulösen; die Angestelltenarbeit wird für die Unternehmensleitungen verfügbarer, und die Angestellten werden zunehmend austauschbar. Das

13 Baethge/Oberbeck, a. a. O., S. 32/33.

14 Ebd., S. 33.

15 Ebd.

16 Ebd.

Scientific-Management umfaßt nicht nur die Trennung von ausführenden und dispositiven Aufgaben, sondern auch die Ablösung des Wissens der Arbeiter bzw. hier der Angestellten vom Arbeitsprozeß. Bei den Banken geschieht dies z. B. dadurch, daß geschäftspolitische Aufgaben an zentrale Stäbe delegiert werden, oder durch den Aufbau von Informationssystemen, mit deren Hilfe Daten von Kunden und von Personal als Wissen auf der Managementebene zentralisiert werden.¹⁷ Das ist auch das Ergebnis der Recherche von Baethge/Oberbeck. Dazu zwei Beispiele: „Faßt man das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung betrieblicher Entscheidungsstrukturen nicht nur als Verhältnis formaler Kompetenzverteilung, sondern in der Perspektive prozessualer Teilhabe an und Kontrolle von unternehmensstrategischen und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen, so ist heute bereits deutlich erkennbar, daß die Unternehmensleitungen ihre Steuerungspotentiale in den Unternehmen auf der Basis von integrierten EDV-Systemen haben ausbauen können. Die Möglichkeiten, Arbeitsprozesse in den Fachabteilungen entlang festgelegter unternehmenspolitischer Handlungsoptionen am Markt zentral steuern zu können, sind aus der Perspektive der Unternehmensleitungen größer geworden, d. h., sie haben ihre innerbetriebliche Machtposition gegenüber den Fachabteilungen stärken können.“¹⁸

Auch an einer anderen Stelle betonen Baethge und Oberbeck, daß als die markanteste Neuerung innerbetrieblicher Machtverhältnisse die nunmehr in nahezu allen Dienstleistungsunternehmen zu beobachtende Herauslösung von Leitungs- und Planungsfunktionen aus den Fachabteilungen zu bezeichnen sei. Der Technikeinsatz, so muß interpretiert werden, hat dazu geführt, daß stärker als bisher Kompetenzen an den Führungsspitzen konzentriert werden. Betriebliche Herrschaft und Wissen lassen sich nicht mehr voneinander trennen: Die Herrschaft durch Informationen einerseits und die Bereitstellung der Informationen an die Herrschenden bedingen sich wechselseitig und schließen andere systematisch aus diesem Prozeß aus.

2.3 Qualifizierte Sachbearbeitung – neue Technik und Intensivierungsstrategien

Interpretiert man die verschiedenen Ergebnisse der Untersuchung von Baethge/Oberbeck zur Rationalisierungsentwicklung, so ist nicht eindeutig ausgemacht, in welche Richtung diese tendieren. Dies gilt besonders für die qualifizierten Sachbearbeiter. Während für die ausführenden Sachbearbeiter ebenso wie für alle Hilfs- und Routinetätigkeiten festzustehen scheint, daß entweder ihr völliger Wegfall droht oder Reste von qualifizierten Funktionen auf EDV-Systeme übertragen werden, so verhält sich dies auf nähere Sicht für die qualifizierten Sachbearbeitertätigkeiten anders. Für diese Gruppe von Beschäftigten stellt sich die Entwicklung nach bisher vorliegenden Erkenntnis-

17 Vgl. Dieter Czech, Ursula Schumm-Garling, Gerhard Weiß, *Rationalisierung der Sachbearbeitung im Bankgewerbe* (Manuskript, Dortmund 1987), Frankfurt/M., New York, im Erscheinen.

18 Baethge/Oberbeck, a. a. O., S. 172.

sen widersprüchlich dar.¹⁹ Beispielsweise im Bankenbereich haben sich durch technische und organisatorische Veränderungen für die Kundenberater oder Kreditsachbearbeiter erhöhte Anforderungen an ihre Qualifikation ergeben. Gerade diese Gruppen werden auch herangezogen, wenn es darum geht, die These vom Abschied vom Taylorismus zu begründen. So trifft es zu, daß für die einfachen dispositiven Sachbearbeiter, also beispielsweise für Unversalkundenberater in Banken, sich Verbesserungen der Arbeitssituation ergeben können. Zu nennen ist hier die Zunahme kognitiver Anforderungen durch erhöhte Fachkenntnisse; außerdem wachsen fachübergreifende Anforderungen wie z. B. Initiative, Flexibilität, Innovationsfähigkeit oder Abstraktionsfähigkeit. Die Lernchancen im Arbeitsprozeß werden ausgeweitet. Diese Sachbearbeiter können in der Unternehmenshierarchie aufsteigen und damit in der Regel Verbesserungen ihrer Bezahlung oder eine höhere tarifliche Eingruppierung durchsetzen. Außerdem vergrößern sich ihre Arbeitsplatzsicherheit und Aufstiegschancen sowie außerbetrieblichen Mobilitätsmöglichkeiten. Aber schon heute wird deutlich, daß diese positiven Momente im Zuge von verstärkten, nach innen und außen gerichteten Intensivierungsstrategien bedroht sein können. So werden Funktionen isoliert und von zentralisierten Stabsabteilungen übernommen. Die maschinelle Bearbeitung wird ausgeweitet, so z. B. durch computerunterstützte Beratungsprogramme. Rationalisierungseffekte werden weiterhin erreicht durch eine fortschreitende Standardisierung der Verkaufsangebote, eine zunehmende Differenzierung der Kundengruppen, die Abspaltung des qualitativen Wertpapiergeschäfts vom einfachen Geschäft sowie durch vermehrte Vergabe von Verkaufsschwerpunkten.

Auch für den Arbeitsbereich der spezialisierten dispositiven Sachbearbeiter zielt der Technikeinsatz primär darauf, die Kundenbeziehungen zu intensivieren und das Geschäft zu erweitern. Das Terminal wird hauptsächlich zur Abfrage von Daten und Informationen z. B. aus Kunden- und Wertpapierinformationssystemen oder zu verschiedenen Berechnungen herangezogen. Da z. B. vor allem in Sparkassen und Genossenschaftsbanken, im gehobenen Wertpapiergeschäft und im Auslandsgeschäft noch Expansionsmöglichkeiten gesehen und angestrebt werden, ist mittelfristig ein Personalzuwachs in diesem Bereich zu erwarten, so daß diese Beschäftigtengruppen für die nähere Zukunft keine Problemgruppen des Arbeitsmarktes darstellen.

Obwohl die betriebliche Stellung dieser Sachbearbeiter viele Vorteile aufweist, werden infolge von betrieblichen Intensivierungsstrategien auch für spezialisierte dispositive Sachbearbeiter spezifische Problembereiche sichtbar. Dazu gehören: eine erhöhte Arbeitsintensivierung, zunehmende Vorbestimmung der Arbeitsleistung und zunehmende Orientierung auf aktiven Verkauf sowie die Vorgabe von Leistungszielen, erhöhte Transparenz des Arbeitshandelns, verstärkte Kontrolle der Ergebnisse als Folge der Zentralisierung und Maschinisierung von Fach- und Kundeninformationen sowie der Vergleich und die Kontrolle von Verkaufs- und Leistungsergebnissen.

¹⁹ Vgl. dazu Dieter Czech; Gerhard Weiß, Technologische Entwicklung und Arbeitsgestaltung im Bankenbereich, in: WSI-Mitteilungen 3/1985.

Die Konzentration auf qualifizierte Spezialaufgaben kann nicht nur als Vorteil für die Beschäftigten interpretiert werden. Die organisatorische und technische Entwicklung verstärkt Tendenzen, qualifizierte Tätigkeiten zu konzentrieren, und zwar durch Orientierung auf den aktiven Verkauf und die Segmentierung von Kundengruppen. Dies setzt eine permanent hohe Konzentration und hohe Anforderungen im kognitiven und intellektuellen Bereich voraus. Die Intensivierung ist eine weitere herausragende Komponente der Rationalisierung auch bei den Tätigkeiten von Angestellten. Die Arbeitsintensivierung wird dadurch vorangetrieben, daß Routinetätigkeiten auf EDV übertragen und die Sachbearbeiter so zwar einerseits entlastet, andererseits aber intensiver für ein breiteres Aufgabenspektrum oder für andere anspruchsvolle Tätigkeiten eingesetzt werden. Gerade weil Routinetätigkeiten im Zusammenhang mit dispositiver Sachbearbeitung stehen, muß in Zukunft hier genauer untersucht werden, inwiefern Routine nicht auch Entlastung bedeutet. Routine kann auch ein Teil der Qualifikation darstellen. Dafür, daß die Rationalisierungsstrategien auf Arbeitsintensivierung gerichtet sind, spricht auch der empirische Befund, daß die zu bearbeitenden Fallzahlen in der Regel steigen.

Um die vornehmlich aus qualitativer wie quantitativer Überforderung resultierenden Risikomomente zu verringern, bietet es sich an, die Aufgaben der spezialisierten dispositiven Sachbearbeiter in andere dispositive und ausführende Aufgabenbereiche zu reintegrieren. Befürchtungen einer allgemeinen Abwertung der Funktionen der spezialisierten dispositiven Sachbearbeiter würden nur dann zutreffen, wenn die Beschäftigten keine neuen qualitativ anspruchsvollen Tätigkeiten übertragen bekommen. Diese können bei der Bildung von Arbeitsgruppen beispielsweise aus der Dezentralisierung von bereichs- und unternehmensbezogenen Planungs-, Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben erwachsen.

2.4 Zunehmende Verfügbarkeit der Arbeitskraft

Der Gesichtspunkt der Kontrolle und der zunehmenden Transparenz des Arbeitsprozesses wird in allen empirischen Untersuchungen als besondere Gefahr hervorgehoben. Baethge/Oberbeck sprechen geradezu von einem epochalen Wandel, der sich in bezug auf die Kontrolle vollzogen hat, nämlich dadurch, „daß durch die neue EDV-Technologie nicht nur das *Arbeitsergebnis* schneller, sondern vor allem auch der *Arbeitsablauf* fast lückenlos in seinen einzelnen Schritten transparent wird“.²⁰

Die Argumente, die demgegenüber gegen eine tayloristische Interpretation eingewendet werden, beziehen sich auf verschiedene Ebenen. Eine Ebene ist die Auseinandersetzung um die Frage, ob es sich bei der Angestelltenarbeit im Gegensatz zu Tätigkeiten der Arbeiter um geistige Arbeit handelt. In dieser Schärfe hat der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit auch in früheren Zeiten jedoch nicht bestanden. Aufgrund der Arbeitssituation und der Tätigkeitsinhalte konnten Arbeiter und Angestellte systematisch noch nie von-

20 Baethge/Oberbeck, a. a. O., S.37.

einander getrennt werden. Aus der These, daß sich die Arbeitsbedingungen weiterhin nach tayloristischen Prinzipien entwickeln, kann nicht geschlossen werden, die Angestellten würden sich auch in ihren Bewußtseinsstrukturen der Arbeiterschaft angleichen. Das Argument von der Exklusivität der Kopfarbeit hatte schon immer auch ideologischen Charakter. Bedrohungen wie Arbeitsplatzverlust oder Entqualifizierung machen aus den Angestellten noch keine klassenbewußten Proletarier.

Die Entwicklungsdynamik der Arbeit im Angestelltenbereich trifft auf andere Voraussetzungen als im Produktionsbereich. Selbst wenn die Arbeitsbedingungen bei den Angestellten sich tendenziell denjenigen der Arbeiter im Produktionsbereich angleichen (und umgekehrt), entsteht nicht automatisch ein Handlungsdruck in Richtung auf gewerkschaftliche Organisation und kollektive Gegenwehr. Objektive und subjektive Voraussetzungen unterscheiden sich erheblich. So werden bei der Rationalisierung der Verwaltungsarbeit Stufen der Mechanisierung übersprungen, die im Produktionsbereich vollzogen worden sind. Das heißt, die Erfahrungen der Angestellten mit Rationalisierung sind bei weitem nicht so ausgeprägt wie die Erfahrungen der Arbeiter.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist die vieldiskutierte Bewußtseinslage der Angestellten. Hier lautet die allgemeine These, das traditionelle Bewußtsein von Angestellten sei dadurch gekennzeichnet, daß sie an individueller Qualifizierung und Leistung orientiert sind. Ihre Lebensperspektive liege im beruflichen Aufstieg. Auftretende Konflikte würden individuell verarbeitet und personalisiert. Entsprechend dieser Auffassung müssen die Probleme auch individuell gelöst werden.

Die Begründungen für einen Richtungswechsel in der Arbeitsorganisation – also der Aufgabenerweiterung, einer Veränderung des Habitus und des Verhaltensstils von Angestellten und einer Qualifikationsentwicklung, die durch Reaktionsschnelligkeit, Abstraktionsfähigkeit und Konzentrationsfähigkeit gekennzeichnet ist – widersprechen andere Resultate, die Baethge/Oberbeck in ihrer Untersuchung anführen. So verweisen sie auf die Zentralisierung von Informationen, auf verstärkte Kontrolle und auf Arbeitsintensivierung. Letztlich bleibt ein Vertrauen darauf, daß geistige Arbeit im Grunde doch nicht computerisierbar sei. So nehmen sich die Begründungen für das Ende der Arbeitsteilung vergleichsweise hilflos aus, wenn beispielsweise gefragt wird: „Was . . . bliebe von gedanklicher Arbeit eigentlich übrig, wenn man sie immer weiter zerlegte?“²¹ oder wenn die Hoffnung darauf gelegt wird, daß eine strikte Technisierung sich in den marktbezogenen Fachabteilungen u. U. sogar kontraproduktiv zu spezifischen geschäftspolitischen Zielen verhalten könnte. „Noch wirkt jedenfalls der fachlich versierte und von Computeraussagen unabhängige kaufmännische Berater vertrauenswürdiger als ein durch Programmsteuerung zum bloßen Verbalisierer von Systementscheidungen degradiertes Sachbearbeiter.“²² Rationalisierungsprozesse wären nach der Konzeption von Baethge/Oberbeck nicht durch innerbetriebliche Interessen und

21 Ebd., S. 32.

22 Ebd., S. 68.

Strukturen bestimmt, sondern ausschließlich durch Marktanforderungen und Kundeninteressen.

Schließlich erweist sich die These von der Höherqualifizierung bestenfalls als Ausdruck einer für gegenwärtige Zeiträume aufrechtzuerhaltenden Notwendigkeit, um gerade die systemische Rationalisierung des Arbeitsprozesses voranzutreiben. Die systemische Rationalisierung umfaßt nicht nur den gesamten Arbeitsprozeß in seiner traditionell-tayloristischen Form, sondern sie bezieht sich auch auf die zusammengefaßten und kognitiven Aufgaben. Damit tun sich neue Horizonte der Rationalisierung auf: Die Verfügung über die Arbeitskräfte – auch die Angestellten – vergrößert sich zusehends.

3. Rationalisierung und Angestelltenbewußtsein

Die subjektive Verarbeitung der Rationalisierung und ihrer Folgen ist im Angestelltenbereich nur zu einem geringen Teil aufgearbeitet. Es ist wichtig dabei zu beachten, daß die Vielfalt der beruflichen Ausgangslagen berücksichtigt und nicht vorschnell allgemeine Tendenzaussagen abgeleitet werden. Ulf Kadritzke vertritt die These, daß die individuelle Grundausstattung des einzelnen Angestellten sehr weitgehend darüber entscheidet, wie Rationalisierungsmaßnahmen einer konkreten Arbeitssituation empfunden werden und welche beruflichen Perspektiven daran geknüpft sind.

„In dieser genauen Rekonstruktion, die spezifische Ausprägungen des Rationalisierungsprozesses nicht vorschnell in allgemeinen Tendenzaussagen berdigt, wird gegenüber den Meinungsumfragen die Vielfalt der beruflichen *Ausgangslagen* deutlich, in die betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen folgenreich eingreifen. Damit entscheidet – und das wird für die Entwicklungsformen des Bewußtseins von Bedeutung sein – die persönliche berufliche ‚Grundausstattung‘ der einzelnen Angestellten, das fachliche Niveau und der Zuschnitt ihrer Qualifikation ein gutes Stück weit darüber, in welchem Maße ihre konkrete Tätigkeit, ihre Position und Berufsperspektive durch betriebliche Veränderungen aufgewertet oder degradiert, verschont oder weitgehend erfaßt wird.“²³ Mit dieser auf einer objektiven Basis beruhenden Individualisierung haben sich die Gewerkschaften auseinanderzusetzen. Diese Entwicklung gilt nicht nur für Angestellte, sondern auch für Arbeiter in den Produktionsbereichen. Nach Ergebnissen von Baethge/Oberbeck ist gerade diese berufliche Orientierung für Teile der Angestellten in Frage gestellt. Das Bewußtsein von Angestellten ist, bezogen auf die Wahrnehmung von Veränderungen der Arbeitssituation, stark durch die realen Erfahrungen geprägt. Für die Mehrzahl der qualifizierten Sachbearbeiter in Banken und Versicherungen gilt, daß bisher Ängste vor Arbeitslosigkeit kaum ausgeprägt vorhanden sind – anders als bei Arbeitern oder Angestellten, die einfache Arbeiten verrichten und die in der Vergangenheit auch von Entlassungen betroffen wurden. Die

23 Ulf Kadritzke, „Angestelltenbewußtsein“ und Anknüpfungspunkte für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit, in: WSI-Mitteilungen 8/1985, S. 452.

Arbeitsmarktsituation und das Risiko des Arbeitsplatzverlustes gerät bei bisher in qualifizierten Berufen beschäftigten Angestellten weniger in den Blick.

Nach wie vor ungebrochen, so stellen Baethge/Oberbeck fest, ist die Orientierung auf beruflichen Aufstieg und Karriere als wesentlicher Bestandteil des beruflichen Selbstverständnisses der Angestellten. „Nach unseren Gesprächen mit den Angestellten besitzt das, zumindest dem männlichen qualifizierten Angestellten seit langem nachgesagte Berufsbewußtsein, das in einem individuellen Leistungs- und Karrieredenken mit stark arbeitsinhaltlich geprägten Zügen und einer hohen Identifikation mit dem Unternehmen sein Zentrum hat (. . .), in seiner normativen Kraft ein seltsam stabiles Beharrungsvermögen. Allenfalls die Loyalitätsbindung an das Unternehmen beginnt sich zu lockern.“²⁴ Die Aufstiegs- und Karriereerwartungen sind jedoch nicht illusorisch, sondern die Angestellten entwickeln Perspektiven, die sich auf ihre konkreten Möglichkeiten beziehen. Sie orientieren sich an einem größeren Aufgabenspektrum, an mehr Selbständigkeit und an einem angesehenen betrieblichen Status. Bei der Frage, ob die Angestellten bereit sind, mehr Verantwortung zu übernehmen, antworten immerhin 70% der Frauen und 85% der Männer mit „Ja“. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß vor allem die kaufmännischen Angestellten damit eine Auffassung von Arbeit verbinden, die es ihnen gestattet, fachlich qualifizierte und inhaltsreiche Aufgaben zu bearbeiten und sich mit ihnen zu identifizieren. In der Arbeit wollen die Angestellten ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit weiterentwickeln.

Vor dem Hintergrund dieser Orientierung auf inhaltsreiche und anspruchsvolle Arbeit und der ungebrochen vorhandenen Aufstiegserwartungen werden betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen und die Einführung von EDV interpretiert. So ausgeprägt die Hoffnungen des beruflichen Aufstiegs sind, so skeptisch werden deren Realisierungschancen eingeschätzt. Insbesondere die Frauen beurteilen die Chancen ihres beruflichen Fortkommens sehr skeptisch. Diese Einschätzung der weiblichen Angestellten, vor allem in Kreditinstituten und Versicherungen, beruht offensichtlich auf realen Erfahrungen. Sie haben häufig hierarchisch untergeordnete Sachbearbeiterpositionen mit geringen Entscheidungskompetenzen und Qualifikationsanforderungen. Die Aufstiegschancen sind entweder aus Gründen der formalen Qualifikation (z. B. der beruflichen Weiterbildung) oder durch die Personalpolitik, Vorgesetztenpositionen mit Männern zu besetzen, blockiert.

Die Identifikation mit der Arbeit beruht auf der Vorstellung, erworbenes Wissen und gesammelte Erfahrungen, die aufgrund betrieblicher Besonderheiten und individueller Arbeitsstile entwickelt und geprägt sind, wären weder durch eine andere Arbeitskraft und schon gar nicht durch Computer zu ersetzen. Diese Auffassung verschaffte den Angestellten in der Vergangenheit eine relativ starke innerbetriebliche Verhandlungsposition.

Viele Angestellte erleben nun den Einsatz neuer Technologien und organisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen als Bedrohung ihrer betrieblichen

24 Baethge/Oberbeck, a. a. O., S.351.

Stellung. Insbesondere bei den Arbeitsplätzen, an denen vielfältige Funktionen durch den EDV-Einsatz übernommen und die in ein zentralisiertes System eingebunden werden, beurteilen die Angestellten sich selbst als leicht zu ersetzende Arbeitskräfte. Der Verlust der Fachqualifikationen durch organisatorische und technische Rationalisierung führt zur Befürchtung, den Expertenstatus einzubüßen. So ist beispielsweise durch die Standardisierung der Korrespondenz (Textbausteine) der Sachbearbeiter um eine wesentliche Dimension seines Arbeitshandeln beraubt worden. Durch solche Vorgaben wird die Arbeit standardisiert, schablonenhafter, und Entscheidungs- und Handlungsspielräume werden beschnitten.

Die Berufsfachlichkeit, der individuelle Arbeitsstil und die hohe Bewertung geistiger Arbeit – für große Teile der Angestellten schon immer Ideologie – verlieren damit zunehmend an realer Basis. Die Individualität im Arbeitsprozeß als Moment der Berufsideologie der Angestellten gilt heute nur noch für eine begrenzte Minderheit. Mit dem Schwinden dieser objektiven Grundlage bleibt die Frage, welche Entwicklungen die Berufsideologie der Angestellten in Zukunft nehmen wird. Die als „Arbeitsorientierung“ charakterisierten Bedürfnisse der Angestellten können aufgegriffen und als Forderungen an die Gestaltung der Arbeit gewerkschaftlich genutzt werden. Solange der Anspruch an Beruflichkeit und Entfaltung der Persönlichkeit von den Angestellten aufrechterhalten bleibt, so lange können diese Ansprüche nicht durch Arbeitsmotivations- und Managementstrategien eingelöst werden. Die Überprüfung solcher Motivationsstrategien in der Realität zeigt in der Regel, daß keine realen Verbesserungen der Arbeitsgestaltung und der Stellung der Angestellten in der Hierarchie mit ihrer Einführung verbunden sind.

4. Klassegebundenheit sozialer Strukturveränderungen und neuer Technik – Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Orientierung von Angestellten

Der Topos „Dienstleistungsgesellschaft“ legt den Eindruck nahe, es gehe bei ihrer Herausbildung in erster Linie darum, individuelle oder gesellschaftliche Problemlagen durch Hilfen zu mildern oder abzuschaffen. Die Analyse der mit der Ausweitung der „Dienste“ verbundenen Veränderungen der Arbeitsprozesse macht jedoch deutlich, daß dies keineswegs der Fall ist. Sogenannte Serviceleistungen wie die persönliche Bedienung beim Einkaufen oder der Schaffner in der Straßenbahn werden wegrationalisiert. Die Organisationsformen der Dienstleistungsgesellschaft drücken sich vielmehr darin aus, daß in den Betrieben die unterschiedlichsten Abteilungen oder Funktionen als Dienstleistungen definiert werden, wie beispielsweise die EDV-Abteilung, die Reparatur- oder Instandhaltung, Hausdruckereien, Werkstätten zur Betreuung von Elektroinstallationen oder Forschungsabteilungen, Laboratorien etc. Völlig willkürlich werden solche Differenzierungen bei Reinigungsarbeiten oder Kantinentätigkeiten, bei Fahrern, Portiers, Pförtnern oder der Bewachung von Betrieben. Sobald sie als Leistung von außen in Anspruch genom-

men werden, gelten sie als Dienstleistungsarbeiten, sonst fallen sie in den Bereich der gewerblichen Arbeit.

Aus dem Labyrinth der konkreten Vielfalt der Einzelphänomene im gesamten Bereich der Dienstleistungstätigkeiten unterschiedlichster Art gelangt man erst dann, wenn man die gesellschaftliche Formbestimmtheit der kapitalistischen und industriellen Struktur aller organisierten Arbeitsbereiche ins Auge faßt. Gesellschaftliche Strukturveränderungen, wie sie mit der Ausweitung der Angestelltenarbeit verbunden sind, setzen nicht die Logik kapitalistischer Vergesellschaftung außer Kraft. Die Kapitalisierung und Kommerzialisierung großer Bereiche außerhalb der materiellen Produktionssphäre bewirken Form- und Strukturveränderungen, denen kaufmännische, technische oder wissenschaftliche Arbeiten unterworfen werden. Wenn auch die umfassende und systematische, d. h. die ökonomisch durchstrukturierte und technisch geformte Rationalisierung kaufmännischer und technischer Tätigkeiten noch relativ neu ist, so ist doch deutlich geworden, daß sogenannte geistige Arbeiten industrialisierbar geworden sind. Ihre Durchrationalisierung erfolgt einerseits nach Vorgaben aus der erprobten Rationalisierung materieller Produktionsprozesse, andererseits unter Berücksichtigung des grundlegenden Unterschieds zwischen materiellen Produkten, wie Autos oder Kühlschränken, auf der einen Seite und Informationen und Wissen auf der anderen. Das Muster, Informationen zu gewinnen, zu verarbeiten und zu speichern, entspricht dem der materiellen Güterproduktion. Gleichzeitig wird deutlich, daß sich Informationen als immaterielle Güter durch einen Grad an Abstraktion auszeichnen, der beispielsweise ihre beliebig häufige Wiederverwertbarkeit zuläßt. Die Differenzierung liegt also eindeutig auf der stofflichen Seite.

Wir haben es also mit einer Situation zu tun, in der die kapitalistische Industrialisierung und Vergesellschaftung der Arbeit rasch voranschreitet, ein Schlüsselgesichtspunkt gerade für die Entwicklung gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik in Auseinandersetzung mit dem neuen Rationalisierungstyp²⁵; aber zugleich werden die sozialen Klassen mancherorts theoretisch wegdefiniert, so daß beispielsweise in der Individualisierung der sogenannten Risikogesellschaft sich die Klassenstrukturen verlieren.²⁶ Ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus ist der beschleunigte Umschlag beruflichen Wissens und beruflicher Fähigkeiten. Maxime des Handels ist, daß jeder einzelne für die Aufrechterhaltung bzw. Erneuerung seiner Arbeitskraft individuell verantwortlich ist. Das hat in der Tat Auswirkungen auf gesellschaftlich bedingte Individuierung und Vereinzelung. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Überwindung von Klassenverhältnissen vorangeschritten ist, sondern ist deren historisch spezifischer Ausdruck.

Der gegenwärtige Stand der Entwicklung der kapitalistischen Industriegesellschaft, der durch die Industrialisierung immaterieller Produktionsprozesse

25 Vgl. auch Siegfried Bleicher, Gemeinsame und solidarische Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten (Interview), in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 6/1987.

26 Siehe etwa Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

und durch die Verwissenschaftlichung von Arbeits- und Lebensprozessen gekennzeichnet ist, hat auch den gesellschaftlichen Strukturkonflikt zwischen Kapital und Arbeit nicht unberührt gelassen. Er ist abstrakter, undurchschaubarer und weniger faßbar geworden. In vieler Hinsicht scheint er sich durch diese Differenziertheit seiner Substanz dem theoretischen Zugriff zu entziehen.

Es gibt im Rahmen und Umfeld der Arbeiterklasse immer weniger Ansatzpunkte für die Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten. Bedeutend sind gegenüber diesen arbeitsrechtlichen Abgrenzungen nach wie vor die Unterschiede in den Einkommenniveaus und damit den Lebenschancen. Wird zusätzlich berücksichtigt, unter welchen konkreten Arbeitsbedingungen das jeweilige Einkommen erzielt wird, so lassen sich die sozialen Schichtungen und Differenzierungen bis in die alltägliche Arbeits- und Lebenssituation hinein verfolgen; unabhängig davon, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt.

In der 1987 erschienenen Infas-Untersuchung über die Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre wird als ein zentrales Ergebnis festgehalten, daß eine Annäherung, wenn nicht völlige Angleichung, bei Facharbeitern und Angestellten mit einfachen Tätigkeiten im Hinblick auf Problemsensibilisierung und Vorstellungen über die Steuerung der Technik stattgefunden hat.²⁷ Auch zwischen Sachbearbeitern und Facharbeitern ergeben sich Annäherungen in ihrer Beurteilung der Folgen der technologischen Entwicklung. Unterschiede ergeben sich allerdings in ihren Ansichten über das Ausmaß der negativen Arbeitsplatzeffekte. „32 Prozent der Facharbeiter und nur 23 Prozent der Sachbearbeiter sehen eine große Gefahr im Hinblick auf die Vernichtung von Arbeitsplätzen.“²⁸

In diesem Zusammenhang fällt ein innerer Widerspruch bei der Beurteilung der Folgen der technischen Entwicklung auf. Über die Hälfte der befragten Berufstätigen beurteilt die globalen Folgen des Technikeinsatzes ausschließlich negativ, nur 9% der Befragten sehen überhaupt keine negativen Auswirkungen. Bezogen auf die Situation am eigenen Arbeitsplatz, überwiegen jedoch die positiven Erwartungen. „Faßt man die zahlreichen Einzelergebnisse zusammen, so läßt sich insgesamt eine positive Erwartungshaltung der Arbeitnehmer gegenüber den Auswirkungen technischer Neuerungen auf den eigenen Arbeitsplatz feststellen. Insbesondere in den High-Tech-Bereichen des sekundären Sektors und in zentralen Bereichen des Dienstleistungssektors ist die Zahl der Optimisten drei- bis viermal so groß wie die Zahl der Pessimisten. Dieses Ergebnis kann durchaus als hohe Akzeptanz technischer Neuerungen am eigenen Arbeitsplatz in hochtechnologieintensiven Bereichen interpretiert werden. Die Akzeptanz wird jedoch begleitet bzw. erst erzeugt von der Forderung nach einer sozialverträglichen Gestaltung dieser Technolo-

27 Vgl. Infas, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Forschungsbericht, Bad Godesberg 1987, S. 78.

28 Ebd., S. 86.

gien.“²⁹ Mit den positiven Erwartungen verbunden ist offensichtlich die Vorstellung, daß die Gewerkschaften sich an der gesellschaftlichen Steuerung des technischen Wandels beteiligen. Dies wünscht sich jedenfalls mehr als die Hälfte der Befragten. „Die Arbeitnehmer wünschen keine gewerkschaftliche Verweigerungsstrategie gegenüber dem technischen Wandel, sondern eine Strategie, die konstruktive Antworten auf ihre komplexe Problemsituation liefert.“³⁰

Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung sind zwar weitreichende allgemeine Befürchtungen bei den Beschäftigten im Zusammenhang mit neuen Technologien vorhanden, aber die Forderung nach Sozialverträglichkeit der Technikeinführung wirkt gleichsam als ein Versprechen und trägt sogar zur Akzeptanz bei. Die kritische Haltung gegenüber neuen Technologien kann als Ansatzpunkt einer gewerkschaftlichen Politik auch im Angestelltenbereich gelten, aber die konkrete Ausfüllung der damit verbundenen Forderungen ist noch nicht besonders weit fortgeschritten. Hier bedarf es trotz aller Differenziertheit, Abstraktheit und Kompliziertheit erst der Einsicht in die Klassegebundenheit des Einsatzes von Technologien als Rationalisierungsinstrument. Alle Forderungen nach sozialverträglicher Gestaltung stoßen im Zweifel an die Grenzen des Verwertungsinteresses. Deswegen bedarf es zweitens sehr detaillierter Vorstellungen über die Organisation von Arbeit, um humane Arbeitsbedingungen zu realisieren. Diese Aufgabe kann nicht als abstrakte Forderung an die Gewerkschaften gestellt werden, sondern es bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und vor allem der Mitarbeit der betroffenen Angestellten, die das Wissen um den Arbeitsprozeß besitzen. Hier kann an die Beruflichkeit als wesentliches Indiz für das Angestelltenbewußtsein ideologisch angeknüpft werden.

29 Ebd., S. 69.

30 Ebd., S. 70.

„Neue Technik“ und Frauenarbeit

Johanna Hund

1. Voraussetzungen – 2. Tendenzen – 3. Möglichkeiten – 4. Objektive Widersprüche – 5. Der subjektive Faktor

Aus einer großangelegten Studie, gemeinsam mit dem Institut „Frau und Gesellschaft“ durchgeführt, veröffentlicht die Frauenzeitschrift *Brigitte*: 58% der erwerbstätigen Frauen (in der Pro-Computer-Gruppe sind es sogar 73%) glauben, „daß der Einsatz von Computern die Arbeit erleichtere.“¹ Schweben diese Frauen in Wunschträumen? Denn gegenwärtig sind – nach eigener Angabe – erst 5%, hin und wieder 10%, an Arbeitsplätzen, die mit Neuer Technik ausgestattet sind, tätig.² Gerade von daher aber rührt die Erfahrung mit z. B. Bildschirmarbeit, an der über die Hälfte der Befragten – also wesentlich mehr als die unmittelbar Betroffenen – gesundheitsgefährdende Risiken kritisieren. Darüber hinaus sind auch relativ viele (36%) um die Zukunft besorgt und bejahen die (irreführend vorgegebene) Vorstellung vom Computer als „Maschine, die Menschen arbeitslos macht“.³

Erstaunt waren die Sozialwissenschaftlerinnen, daß zwar die „positiven Erwartungen“ überwiegen, gleichzeitig aber eine durchaus „ambivalente Einstellung gegenüber den Auswirkungen der Computertechnologie“,⁴ die vor allem aus der Angst vor Arbeitslosigkeit herrührt, ausgeprägt ist. Aber wie sich entscheiden, wenn die Realität selbst sich so widersprüchlich zeigt?

1. Voraussetzungen

In den Einstellungen der Frauen zur neuen Technologie widerspiegeln sich, fast „listig“ zutage tretend, weil von den Untersuchenden unbeabsichtigt, zwei

1 Uta Brandes/Christiane Schiermann (Hrsg. „Brigitte“, das Magazin für Frauen/Institut Frau und Gesellschaft), Frauen, Männer und Computer. Eine repräsentative Untersuchung über die Einstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema Computer, Hamburg 1986, Bericht S. 12 u. S. 50.

Nicht erwerbstätige Frauen sind skeptischer. Sie glauben an eine Arbeiterleichterung durch Computer nur zu 35%. Vgl. a. a. O., S. 12.

2 Vgl. a. a. O., Seite 62.

Tatsächlich arbeiteten schon 1983 nahezu 8% aller abhängig Erwerbstätigen hauptsächlich mit programmgesteuerten Arbeitsmitteln und 22,5% zumindest gelegentlich oder zeitweise. Vgl. Roland Schneider, Bildschirme am Arbeitsplatz – Wegweiser der postindustriellen Informationsgesellschaft?, in: Die Mitbestimmung 4/1987, S. 160.

3 Vgl. Brandes/Schiermann, a. a. O., Tabellen, hier: Fragebogen.

4 Vgl. ebd., Bericht, S. 64.

Seiten ein und derselben gesellschaftlichen Entwicklung: nämlich die der Produktivkräfte und die der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Und in der Dialektik dieser beiden Seiten, d.h. in ihrer konkreten wechselseitigen Verschränkung liegt auch unser Problem, das es zu entfalten und zu diskutieren gilt.

Wie Arbeitsplätze technisch ausgerüstet werden können, hängt im wesentlichen davon ab, wie fortgeschritten die Instrumente und Verfahren der Arbeit, also die *Produktivkräfte*, entwickelt sind. Auch die Qualifikationen, d.h. Wissen, Fähigkeiten und Können der Arbeitenden sind den Produktivkräften zuzurechnen und genauso wichtig. Einerseits entscheidet das Niveau der Produktivkräfte darüber, welche Probleme gelöst werden können, z. B. ob sich Arbeit erleichtern läßt, wie die Menschen sich selbst in ihren Fähigkeiten entfalten können. Andererseits befinden sich gerade die Qualifikationen der Arbeitskräfte an der Nahtstelle zwischen Produktivkraftentwicklung und *Produktionsverhältnissen*, und das Kapital versucht stets, über die konkrete Organisation der Arbeit (und über seinen Einfluß auf das Bildungs- und Ausbildungssystem) sich einer gesellschaftlich fortschrittlichen Tendenz der Produktivkräfte entgegenzustellen.

Um das Kapitalinteresse immer und auf allen Ebenen der Arbeitstätigkeit zu realisieren, konnten sich die bürgerlich kapitalistischen Verhältnisse von Anbeginn auch die aus vergangenen Klassengesellschaften überkommene uralte Diskriminierung der Frauen zunutze machen, die darin bestand, daß sie mehrheitlich sowohl aus der handwerklichen und gewerblichen Produktion als auch aus dem öffentlichen politischen Leben ausgeschlossen waren. Diese „Tradition“ schlug zu Buche, indem schon bei Ausbreitung der Industrialisierung Massen von Frauen unqualifiziert, wie sie waren, zu Billiglöhnen und zu menschenunwürdigen Bedingungen in die einfache Fabrikarbeit geschleust wurden.

Nicht als „Segen“ einer neuen Technik, sondern nur als unerträgliche Qual und knechtende Schinderei erlebten sie ihre Arbeit. Jede handwerkliche oder hauswirtschaftliche Nische, die das neue Fabriksystem übrig ließ, erschien als erstrebenswerte Alternative. Auch damals schon war Frauenerwerbsarbeit von einer tiefgreifenden Ungleichbehandlung der Frauen, bloß weil sie weiblichen Geschlechts waren, geprägt. Die allgemeine gesellschaftliche Diskriminierung setzt sich bruchlos in den Arbeitsbedingungen der Frauen fort, und umgekehrt: Die prägende Erfahrung in der Arbeitssphäre schien / scheint das gleiche auch andern Orts zu legitimieren. Als damals mehr und mehr Maschinen die Handarbeit zu ersetzen begannen, schien es (wie heute) den Arbeitenden, daß die Maschinen (Computer) sie arbeitslos machen und nicht die Verhältnisse, die deren Einsatz vorantrieben.

2. Tendenzen

Natürlich veränderten sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Laufe ihrer Geschichte und somit auch die Arbeitsbedingungen für Frauen (vgl. z. B. Arbeits- und Mutterschutz-Bestimmungen), wenngleich sie nach wie

vor prinzipiell unterprivilegiert sind. Im Resultat waren und sind Veränderungen immer sowohl ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Arbeiter- und Frauenbewegung als auch eine Anpassung an sich entwickelnde Produktivkräfte (so z. B. an ein stets sich erhöhendes Qualifikationsniveau, das zu Buche schlägt als steigende Löhne = Reproduktionskosten; oder an neue Formen der Arbeitsorganisation, die mehr Handlungsspielraum lassen), gerade weil es immer um die optimalen Verwertungsbedingungen des Kapitals geht, also darum, die Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Betrachten wir – etwas herausgesondert aus dem allgemeinen Zusammenhang – die Frauenerwerbsarbeit heute: Je weiter und breiter die neuen Technologien (im folgenden soll es sich um Informations- und Kommunikationstechnologien handeln) eingesetzt werden, um so deutlicher zeichnen sich zwei Tendenzen ab, deren Entwicklungslinien geradezu scherenartig auseinanderlaufen: Zum einen werden sich die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen weiter gravierend schmälern, verbliebe die Entwicklung dem Kapitalinteresse allein untergeordnet; zum anderen sind nahezu in allen Arbeitsbereichen neue Arbeitsweisen und Arbeitsabläufe möglich, die von der Sache her eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern immer weniger rechtfertigen. Dennoch, eine mögliche gleichberechtigte Integration von Frauen wird sich nicht so ohne weiteres realisieren lassen. Solange reibungslose Arbeitsabläufe garantiert sind, wird das Kapital immer versucht sein, periphere, um Kernarbeitsprozesse herumgruppierte, einfache Tätigkeiten herauszulösen, um hierfür billige nichtqualifizierte (Teilzeit-)Arbeitskräfte, in der Regel Frauen, anzuheuern.

Mit anderen Worten: Stärker als Männer sind Frauen gegenwärtig (zusammen mit ausländischen Arbeitenden) von der ökonomischen und sozialen Krise des Kapitalismus betroffen. Dies nimmt seinen Anfang in der Angst erzeugenden, ständig wachsenden Frauenarbeitslosigkeit (10,5% 1986; einschließlich „stiller Reserve“ liegt ihre Erwerbslosenquote sogar bei 16%, in absoluten Zahlen insgesamt etwa 1,6 Mio arbeitslose Frauen)⁵; sie gerät nicht selten zur bloßen Vorstufe von Sozialhilfe, die ihrerseits an die Grenzen von oder direkt in die Armut führt.⁶ Mehr noch, neu ist auch, daß nunmehr zusätzlich zu den üblichen arbeitsinhaltenen Zuschnitten, wodurch den Frauen in der Regel die ausführenden, einfachen Routinetätigkeiten zugeteilt werden, die allgemeinen Bedingungen der Arbeit sich zunehmend geschlechtsspezifisch polarisieren. Denn über 90% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Was gepriesen wird als Chance, Frauen einen Wiedereintritt ins Erwerbsleben zu ermögli-

5 DGB-Bundesvorstand, Information zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, 2/1987, S. 2/3. Vgl. Karin Gottschall: Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Verdrängung statt Integration?, in: WSI-Mitteilungen, 8/1986, S. 514 ff.

6 Anzumerken ist, daß Marx den Begriff „Armut“ unterschied von „Pauperismus“ als der Lebenssituation von Menschen, die nicht ohne fremde Hilfe existieren können; heute landläufig mit „neuer Armut“ umschrieben. Dagegen leben – nach Marx – alle Menschen, die nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft existieren können, im Kapitalismus in Armut, weil ohne sonstiges Eigentum. Vgl. Margarete Tjaden-Steinhauer, Die verwaltete Armut. Pauperismus in der Bundesrepublik, Hamburg 1985.

chen, ist keine Emanzipation zur ökonomischen und sozialen Selbständigkeit. „Teilzeit ist ... nach wie vor wesentlich Erwerbsarbeit von Ehefrauen. (...) Mehr als vier Fünftel (83 Prozent) der teilzeitbeschäftigten Frauen sind verheiratet. (...) Entsprechend leben Teilzeitbeschäftigte zu über 90 Prozent in Mehrpersonenhaushalten. (...) Doppelt so häufig wie bei den vollzeitbeschäftigten Frauen (26 Prozent) gibt es im Haushalt von teilzeitbeschäftigten Frauen (48 Prozent) gleichzeitig Kinder unter 16 Jahren.“⁷

Verglichen mit Frauen, die vollzeitbeschäftigt sind, kumulieren bei Teilzeitbeschäftigten alle Umstände in negativer Tendenz: Weil diese Frauen mehrheitlich im Handels- und Dienstleistungsbereich arbeiten, sind sie konfrontiert mit den dort herrschenden Beschäftigungs- und Entlohnungsbedingungen, d.h. insbesondere als Teilzeitkräfte werden sie konzentriert für einfach(st)e Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen eingesetzt; die meisten von ihnen sind als un- bzw. angelernte Arbeitskräfte tätig. Folglich sind die Arbeitsplätze von niedrigem Qualifikationsniveau. Das Gefälle im Ausbildungsniveau ist, verglichen mit vollzeitbeschäftigten Frauen, gravierend. Auffallend auch die Beschäftigung in Klein- bzw. Kleinstbetrieben. Teilzeitkräfte sind zu 41 %, sogenannte geringfügig Beschäftigte sogar zu 51 % in Kleinstbetrieben mit weniger als 20 Arbeitskräften tätig.⁸ Und schließlich die Löhne: Knapp 80% erhalten monatlich weniger als 1000 DM netto; jede dritte Teilzeitbeschäftigte sogar weniger als 540 DM.⁹

„Teilzeitarbeit hat in unserer Gesellschaft bei vielen immer noch kein sonderlich gutes Image. Vielleicht liegt das einfach daran, daß der Begriff unglücklich gewählt ist. Wer will schon nur einen Teil und nicht ganze Arbeit leisten?“ So lamentiert Bundesarbeitsminister Blüm.¹⁰

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter der wohlklingenden Fassade einer Chance zum Wiedereintritt ins Berufsleben (übrigens gehören 18% der Teilzeitbeschäftigten der Altersgruppe bis zu 30 Jahren an!) oder eines Angebots zur individuellen Zeitsouveränität ein schonungsloser Feldzug des Kapitals gegen die Interessen der Lohnabhängigen, um insbesondere die rechtlichen Absicherungen, die sie sich mit ihren Gewerkschaften erkämpfen konnten, zu demontieren. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten bedeutet, daß die Unternehmer souverän über (kürzere) Arbeitszeiten verfügen (wollen). Die extremsten bisher praktizierten Formen sind kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten (Kapovaz) im Einzelhandel. In abgewandelter Form werden sie jetzt auch bei Vollzeitbeschäftigten und in der Produktion eingeführt, um „flexibel“ zwischen sogenannten Stoßzeiten und Flautezeiten für das Kapital rentabel jonglieren zu können, ohne sich auf eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich tariflich festlegen zu lassen. All dies sind auch Formen der Verdichtung von Arbeitsprozessen, wie sie für die Phase einer intensiv erweiterten Repro-

7 Frankfurter Rundschau v. 30.1.87 (eine Dokumentation aus der Studie C. F. Büchtemann / J. Schupp, Zur Sozio-Ökonomie der Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik. Empirische Analyse und Auswertung von Querschnittsdaten 1984, Wissenschaftszentrum Berlin, 1986).

8 Vgl. ebd.

9 Ebd.

10 Ebd.

duktion des Kapitals typisch sind, denn diese Phase ist nicht nur durch ständiges Revolutionieren der Produktionstechnologie gekennzeichnet. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse, solche ohne jeglichen Sozialversicherungs- und Arbeitslosenschutz sowie tarifvertragliche Ansprüche, die sogenannte geringfügig oder unregelmäßig beschäftigte weibliche und / oder ausländische Telearbeitskräfte eingehen müssen, sind die nackten und rigorosesten Ausbeutungsverhältnisse unserer Tage. Schon wird versucht, weiteres Terrain zu erobern, wie z. B. mit dem von der baden-württembergischen Landesregierung ins Leben gesetzten Modellversuch „Dezentrale Arbeitsplätze durch Einsatz von Teletex“, d. h. Heimarbeit. Immer noch sehen verhältnismäßig viele Frauen in Teleheimarbeit „eine gute Möglichkeit für Frauen mit kleinen Kindern, Erwerbsarbeit und Familienaufgaben miteinander zu verbinden“, z. B. von den ganz jungen (14- bis 19jährigen) 56%, den erwerbstätigen 50% und den befragten Frauen insgesamt 44%.¹¹

„Bislang gibt es in der Bundesrepublik vermutlich nicht mehr als 1000 Tele-Heimarbeitsplätze (präzise Angaben sind nicht verfügbar). Die Gefahr liegt jedoch darin, daß sich diese Zahl in dem Maße schnell erhöhen kann, wie sich eine derartige Arbeitsform für die Betriebe als interessant erweist. Das könnte dann der Fall sein, wenn in größerem Umfang der Raum- und Gebäudebedarf sinkt, Leer- und Wartezeiten reduziert werden und in wirtschaftschwachen Gebieten niedrige Löhne ausgehandelt werden können.“¹² Zu Recht wird in der Brigitte-Studie die hohe Zustimmung zu Tele-Heimarbeit als „eine gefährliche Illusion“¹³ der Frauen interpretiert.

3. Möglichkeiten

Und doch stellt sich hierin nur die eine Seite gegenwärtiger gesellschaftlicher Realität dar, in ihrer Totalität ist sie zutiefst widersprüchlich. Denn auf der anderen Seite entstehen auch günstigere Voraussetzungen als je zuvor für ein annähernd selbständiges und wenigstens gleichberechtigtes Dasein von Frauen. Sie zu erkennen fällt schwer, gerade weil das Erscheinungsbild, insbesondere was die soziale und ökonomische Situation von Frauen anbetrifft, sich alles andere als optimistisch ausnimmt. Aber nicht nur die negativen (nur scheinbar unmittelbar durch die Neue Technologie verursachten), sondern auch die positiven Möglichkeiten sind in den sich Bahn brechenden Informations- und Kommunikationstechnologien, ihren spezifischen Veränderungen der menschlichen Arbeitstätigkeit und den neuen Anforderungen an Qualifikation zu suchen.

Zwei – offensichtlich etwas verborgene – Entwicklungslinien wären hier herauszuheben; in ihrer Gänze realisiert, würden auch ihre fortschrittlichen Möglichkeiten, gesellschaftliche Probleme zu bewältigen, und ihr nützlicher Zweck, menschlicher Arbeit dienlich zu sein, zum Tragen kommen.

11 Vgl. Brandes / Schiermann, a. a. O., S. 68 / 69.

12 Ebd., S. 68.

13 Ebd., S. 69.

Erstens werden es neue, anders strukturierte Arbeitsinhalte sein, die auch Frauen die Chance bieten – wenn es ihnen gelingt, im Erwerbsleben zu bleiben –, qualifizierte Arbeitstätigkeiten auszuüben. Und gleichzeitig verändert sich das Verhältnis der Menschen zu Produktionsmaschinen und Produktionsanlagen, ebenso wie z. B. zu Buchungs- und selbst Schreibmaschinen im Büro. Lückenbüßer im sonst selbsttätig sich bewegenden System oder Anhängsel einer lediglich zu bedienenden Maschine müssen nicht mehr Menschen (vielfach Frauen) sein, sondern die elektronische Steuerung läßt Lücken und Bedienung entfallen. „Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält.“¹⁴

Zweitens realisiert sich gegenwärtig gleichzeitig mit einer „Erleichterung der Arbeit“ geradezu schubartig das Gesetz der Ökonomie der Zeit, eine letztendlich die Existenz eines jeden Menschen elementar berührende, historische Entwicklung der Produktivkräfte: Arbeitswerkzeuge und Produktionsmethoden werden ständig weiterentwickelt und produktiver gestaltet, wodurch sich die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit für „die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens (...) ... die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen ...“¹⁵ verkürzt. Den Kapitalinteressen und nicht denen der Arbeitenden dienend, entartet die freiwerdende Zeit in Arbeitslosigkeit.

Mit anderen Worten: Neue *Arbeitsinhalte* bedeuten vor allem, daß bisher arbeitsteilig getrennte Tätigkeiten wieder zusammengeführt werden. Zusätzlich fallen stupide Routinearbeiten weg, weil sie über elektronische Datenverarbeitung schneller, fehlerfrei und in nahezu endloser Menge, vielfach noch kombiniert mit anderen Daten, abgewickelt werden können. Also werden die für den Menschen verbleibenden Arbeitsinhalte im wesentlichen aus nicht-standardisierbaren, problemlösenden und umfassenderen Aufgaben mit größerer Autonomie und Verantwortung bestehen. Hierfür sind inzwischen bereits Bezeichnungen wie „Rundumsachbearbeitung“ z. B. für Verwaltungs- und kaufmännische Tätigkeiten entstanden, die diese Entwicklung andeuten. Auf ähnliche Veränderungen verweist die Forderung der Gewerkschaften nach „Mischarbeitsplätzen“ dort, wo Textverarbeitungssysteme (eingeschlossenen Textautomaten) oder Bildschirmarbeitsplätze zur Datenersteingabe eingerichtet werden sollen.

Längst ließen sich die Schwerpunkte eines Arbeitsplatzes „umgewichten“: Sekretariatstätigkeit wäre zu ergänzen mit einem Textverarbeitungssystem. Vor allem „entmischte“ reine Schreibarbeitsplätze werden von der Entwicklung überholt, weil Schreib„gut“herstellung – einfache standardisierbare Routinearbeiten im Büro – sich ohne weiteres automatisieren läßt. Inzwischen sind Textautomaten, bestehend aus vorgefertigten Textbausteinen zu allen an-

14 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin / DDR 1953, S. 592.

15 F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Vorwort zur 1. Auflage 1884, MEW 21, S. 27 f.

fallenden Standardtexten (z. B. für Korrespondenz, Mahnungen, Ein- und Ausgangsbestätigungen, Reklame und Angebote usw.), entwickelt worden; die Bausteine lassen sich natürlich auch in Fremdsprachen anfertigen; Adressen können gespeichert, Kontoauszüge eingesetzt werden. Jedem Baustein ist ein kurzer Code zugeordnet zur Bedienung des Automaten. Insofern wäre ein Textautomat für die anfallenden „Schreibarbeiten“ in eine Sachbearbeitungs- oder Sekretariatstätigkeit zu integrieren und nicht umgekehrt herauszulösen, um einen auf bloße Textautomatenbedienung beschränkten Arbeitsplatz zu gestalten.

„Zu den expandierenden Aufgabenfeldern zählen“ u. a. „integrierte Sach- / Antragsbearbeitung.“¹⁶ In einer von Prognos vorgenommenen Trendanalyse wird bis zum Jahre 2000 eine Steigerung von 19 Prozent ermittelt.¹⁷ Natürlich wird es an jedem Arbeitsplatz einen Rest Routine geben, aber „die Tätigkeiten bleiben nicht dieselben, bringt man sie in einen anderen Zusammenhang“; „die grundsätzlich andere Bedeutung, die einzelne Handlungsvollzüge“ haben, richtet sich „je nach der Struktur der Gesamthandlung.“¹⁸

„Der neue Trend heißt Vernetzung und Integration. (...) Informationstechnik und die modernen Kommunikations- und Nachrichtentechniken (wachsen) zusammen. (...) Im Büro werden die Funktionen von Schreibmaschine, Computer und Telefon verbunden. Die Vielzahl der vorhandenen elektronischen Geräte wird miteinander verknüpft. In der Fabrik reichen die Automatisierungsschritte von der Konstruktionszeichnung bis zur Steuerung der Fertigung und der Zulieferung.“¹⁹ So ohne weiteres werden sich entmischte Arbeitsplätze alten Stils, wenn die materiell-technischen Anforderungen dem entgegenstehen, nicht mehr aufrechterhalten lassen.

Das veränderte *Verhältnis* der Menschen zu den Arbeitsmitteln oder die veränderte *Stellung im Produktionsprozeß* erscheint im Prinzip darin, daß die Arbeitsmittel (Maschinen, Anlagen und Prozesse), einmal selbsttätig funktionierend, nunmehr wieder zu tatsächlichen Hilfsmitteln menschlicher Arbeitskraft werden könnten, auf „Befehl“, nach vom Menschen entworfenem Programm in Gang gesetzt. Marx charakterisiert die mechanisierte Fabrikarbeit, deren extremste Form weibliche Akkordarbeit an Fließbändern war (ist), noch folgendermaßen: „In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter die Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie

16 F. Stooß, I. Weidig, Der Wandel der Arbeitslandschaft bis zum Jahr 2000 nach Tätigkeitsfeldern, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1986, S. 98.

17 Ebd.

18 Projekt Automation und Qualifikation, Band IV: Automationsarbeit, Empirie 1, AS 43, Berlin (West) 1980, S. 175.

19 Arbeitsplätze mit „elektronischen Zwangsjacken“ darf es nicht geben. Der HBV-Vorsitzende Günter Volkmann über Gefahren und Chancen Neuer Techniken im Angestelltenbereich, Frankfurter Rundschau v. 16. 5. 1987.

werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt.²⁰ Die gegenwärtige qualitativ neue Entwicklungsstufe der Produktivkräfte mit der Möglichkeit, Steuerung, Regelung, Optimierung ganzer Prozesse zu automatisieren, besteht darin, daß sich der Mensch aus der knechtenden Umklammerung des Maschinenmechanismus wieder befreien kann.

Konstruieren, Programmieren und Überwachen sind der menschlichen Arbeitskraft adäquate Aufgaben, weil sie kreative, problemlösende, nur dem Menschen eigene Fähigkeiten fordern und aktivieren. Inwieweit sich diese Fähigkeiten werden massenhaft entfalten können, unter den Bedingungen der Lohnabhängigkeit und bei Ausschluß von der Zweckbestimmung der Arbeit, bleibt fraglich. Schon glaubt das Kapital, lediglich auf eine High-Tech-Elite setzen zu können. Aber selbst da zeigen sich die Widersprüche: Z. B. drohten hochqualifizierte Arbeitskräfte der Deutschen Bank bei Arbeitskämpfen im diesjährigen Rekordjahr der Gewinne: „Wenn wir den Kasten da oben dichtmachen, dann läuft draußen nichts mehr. Wir können das ganze empfindlich stören, wenn wir nur wollen“, sagt einer, der ‚den Kasten da‘, eines von drei Gebietsrechenzentren der Deutschen Bank im Bundesgebiet, täglich mit knapp 100 weiteren Kollegen überwacht und bedient, ein Master Terminal Operator“.²¹

Schließlich beobachten wir die *Verkürzung notwendiger Arbeitszeit*. An fast jedem Arbeitsplatz springt den dort Tätigen täglich sichtbar ins Auge, wieviel mehr in kürzerer Zeit (mit weniger Arbeitskräften) herzustellen / zu bearbeiten ist. Wenn es gelänge, daß dieser objektiv erreichte Fortschritt sich auch in täglich kürzerer Arbeitszeit niederschläge, wäre es ein enormer Gewinn für jeden arbeitenden Menschen, wäre die Folge weniger Verschleiß von Gesundheit und Psyche, mehr Freizeit für Muße und Kultur; wäre es ein Meilenstein auf dem Weg zur gleichmäßigen Verteilung von Kindererziehung und Hausarbeit; käme dies gerade den Bedürfnissen und Interessen von Frauen entgegen. Während umgekehrt Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit auf der einen, Überstunden und Ausweitung von Schichtarbeit auf der anderen Seite das Ungleichgewicht von Erwerbsarbeit und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern weiterhin festschreiben. Dem Kapital geht es immer um möglichst günstige Aneignungsraten von Mehrwert (auch bei Teilzeit ist die Mehrwertrate günstig, eben weil die Produktivität der eingesetzten Technik so enorm gestiegen ist), während seine parlamentarischen Vertreter von Blüm bis Süßmuth von Gleichberechtigung und Partnerschaft faseln.²²

20 K. Marx, Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 445.

21 Frankfurter Rundschau, 13. 5. 1987.

22 „Die Entscheidung sowohl zwischen Vollzeit- und Teilzeiterwerbsbeteiligung wie auch zwischen verschiedenen Varianten der Teilzeitbeschäftigung (folgt) weniger einem rationalen ‚Einkommen-versus-Freizeit‘-Kalkül ... (wie dies etwa vom Sachverständigenrat, SVR, 1983/84, Ziff. 450 unterstellt wird), sondern wird vor dem Hintergrund fortbestehender geschlechtsspezifischer Rollenmuster vorrangig durch den jeweiligen Grad an außerberuflichen Belastungen bestimmt“. (Frankfurter Rundschau, 30. 1. 1987, Dokumentation, a. a. O.)

4. Objektive Widersprüche

Welches sind nun die spezifischen Elemente gegenwärtiger Veränderungen, die sich für Frauen fortschrittlich auswirken könnten? Wir können zwei sich zeitlich teilweise überlappende Phasen der Automatisierung als Resultat angewandeter mikroelektronischer Informationstechnologien unterscheiden: Wurden im ersten praktischen Anlauf vorwiegend Prozesse der unmittelbar materiellen Produktion automatisiert – es entstanden die großen Meßwarten als einzig sichtbare Kontrollstationen –, so konzentriert sich der zweite Schub auf nahezu alle darum gruppierten Bereiche: z.B. Verwaltungen, Informations- und Kommunikationszentralen, Lagerhaltung; von Produktionsvorbereitung über Labors bis hin zu Forschung und Entwicklung. Wurde im Bereich der materiellen Produktion die verkrustete Arbeitsteilung zwischen manueller und geistiger Arbeit aufgebrochen, so werden künftig auch die starr voneinander abgeschotteten hierarchischen arbeitsorganisatorischen Zuschnitte geistiger Tätigkeit in Büros und Verwaltungen sich eher hemmend als förderlich erweisen. Alle routinemäßigen, standardisierbaren (manuellen oder intellektuellen) Arbeitsverrichtungen, in der vorautomatischen Produktionsstufe nach Taylor'schen Prinzipien²³ der Arbeitsteilung in kleinste Einheiten zerlegt, sind praktisch über elektronische Datenverarbeitung (EDV) automatisierbar.

Routinemäßige, sich ständig wiederholende, auf bloße Handgriffe vereinfachte Tätigkeit war charakteristisches Erscheinungsbild der noch nicht elektronisch automatisierten, sondern mechanisierten Massenproduktion. Mit Ausnahme von stoffumwandelnden Prozessen wie z.B. Stahl- oder Chemieproduktion, wo schwere körperliche und/oder stark gesundheitsgefährdende Arbeit vorherrschte, waren entweder Maschinen zu bedienen oder Teile an Fließbändern zu montieren. In hohem Maße war dies Frauenarbeit.²⁴ Auch Büro- und Verwaltungsarbeiten sind, je weiter sie expandierten, desto mehr wie materielle Fertigungsprozesse zergliedert, auf einfachste, sich ständig gleichbleibende Standardtätigkeiten reduziert worden. Sogenannte Schreibpools sind nichts anderes als die Fließbänder der Büros.

An dieser Flanke der *Arbeitsorganisation* werden durch die veränderten stofflichen Bedingungen, d.h. durch eingesetzte Informations- und Kommunikationstechnologie, dem Kapital neue Grenzen gesetzt. Eine Taylorisierung alten Stils ist aus zwei Gründen überholt: 1. weil z.B. einfachste Verrichtungen auf der untersten Stufe der Fertigungspyramide nicht mehr existieren –

23 Eine geradezu klassische Form dieser Prinzipien verkörperten die auf einfachste Handgriffe reduzierten, zeitlich getakteten Montagefließbänder. In der Regel herrschte für die Arbeitenden gleichzeitig die Knute der Akkordlöhne. Derartige Fließbänder, über die zwei oder drei Arbeiterinnengenerationen bis an die Grenze physischer und psychischer Erträglichkeit ausgebeutet wurden, sind, von heute aus betrachtet, die organisatorische Vorstufe einer Automatisierung, also ihrer unmittelbaren Aufhebung.

24 „Noch vor Einführung mikroelektronischer Bausteine waren z.B. in der Feinmechanik 83% und in der Elektronik 82% aller Hilfsarbeiterarbeitsplätze von Frauen besetzt.“ (Johanna Hund, Frauenarbeit in Fabriken, in: Emanzipation in der Krise? Materialien zur Lebenslage der Frauen, Hrsg. Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF, Informationsbericht Nr. 43, Frankfurt/M. 1985, S. 124.)

leicht vorstellbar am Beispiel heutiger und früherer Uhrenherstellung. Wurden früher zahllose (oft über 100) Teilchen zu einem komplizierten Mechanismus zusammenmontiert, so werden heute in eine Quarzuhr lediglich ein oder zwei Chips eingebaut. 2. lassen Reichweite und vielseitig verknüpfte Breite der Tätigkeiten nicht mehr so ohne weiteres deren Zerstückelung zu. Wir müssen uns immer wieder das Prinzip technischer Informationsverarbeitung – Daten aufnehmen, in Beziehung zueinander bringen und Befehle ausgeben als ein blitzschnell ablaufender Arbeitsgang – vergegenwärtigen, im Gegensatz zu menschlicher Arbeitstätigkeit, die sowohl nach Produktionsstufen als auch in sich, weil so am schnellsten erlernbar und produktiver, zu zergliedern war.

Die Arbeit einer Bekleidungsschneiderin mit technischer Zusatzausbildung am Bildschirmgerät sieht heute so aus: „Mit einer Art elektronischem Steuerknüppel ... fährt sie auf einem weißen ‚Tablet‘ unterhalb ihres Terminals hin und her, dabei schaut sie unentwegt auf den grün flimmernden Bildschirm. Dort ‚bewegt‘ sie nämlich analog einen kleinen Lichtpfeil und schiebt damit Symbole für Jackenärmel, Kragen, Vorder- und Rückenteile in eine durch zwei Parallelen im unteren Bildteil gekennzeichnete ‚Stoffbahn‘, dreht und wendet sie darin solange hin und her, bis sie möglichst eng an dem Teil sitzen, das sie vorhin schon ‚hereingeholt‘ hat. Das sieht aus wie ein Videospiel, ist aber harte Arbeit. Denn so ‚errechnet‘ sie – ohne wirklich zu rechnen – die optimale Stoffbahnausnutzung. Ist eine Stoffbahn ‚voll‘, wird das Ergebnis als große Computerzeichnung ausgedruckt, die als Vorlage dient für die Arbeit im Zuschneidesaal.“²⁵

Nur: Müßte sie, wozu sie heute noch gezwungen wird, ausschließlich diese Arbeit und dann noch unbedingt 8 Stunden lang machen? Wäre nicht der „grünflimmernde Bildschirm“ aus dem Verkehr zu ziehen (längst sind technisch bessere Bildschirme entwickelt worden)?

Wie diese neue Arbeitstätigkeit erlebt und beschrieben wird, ist in doppelter Hinsicht typisch, denn einerseits überwiegen die negativen Erfahrungen – hohe Konzentration (sie „errechnet“ ... die optimale Stoffbahnausnutzung“ nicht nur für ein Kleidungsstück, sondern eine ganze Serie) während der *gesamten* Arbeitszeit bei ständig flimmerndem Bildschirm. Belastungen, ob sie nun einen zeitlich kleinen Raum einnehmen oder während der ganzen Arbeitszeit vorhanden sind, beeinträchtigen den Arbeitenden faktisch in irgendeiner Form physisch oder psychisch immer und bestimmen damit auch sein Urteil über die Arbeitstätigkeit. Andererseits scheinen die positiven Veränderungen eher „von außen“, lediglich in der Betrachtung sichtbar zu werden. Zuschneiden nach der alten Methode, insbesondere qualifizierte Tätigkeit wie optimale Disposition einzelner Teile auf den Stoffbahnen, gehörte zu den wenigen Bastionen männlicher Arbeitskräfte in der Bekleidungsindustrie;²⁶ Tä-

25 Michaela Huber, Abschied von gestern. Frauenarbeit, in: *Psychologie heute*, special 1987, S. 80.

26 Gleichwohl war / ist der Anteil der Facharbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie höher als in sog. typischen Männerbranchen (z. B. Chemieindustrie, Maschinenbau). Hierdurch wird die skandalöse Tatsache, daß nur 6% aller Facharbeiter Frauen sind, „beschönigt“. Gerade Fach-

tigkeiten, bei denen eine berufliche Ausbildung (3 Jahre Lehre) vorausgesetzt wurde/ wird und die zu den am höchsten bezahlten Tätigkeiten (Facharbeit) im gewerblichen Bereich der Bekleidungsindustrie zählten. Den angelernten weiblichen Arbeitskräften im Zuschneidebereich wurden einfache, stark zerstückelte subalterne Arbeiten zugeteilt, z. B. nur Ärmel oder nur Kragen (u. U. auch davon nur Teile) zuzuschneiden. Diese auf kleinste Teile reduzierte, repetitive Zuschneidearbeit ist inzwischen automatisierbar, ihre Vorbereitung wird computergesteuert – wie im Beispiel beschrieben – optimal²⁷ abgewickelt.

Ein anderes Beispiel, der Bericht einer Buchhalterin bei einer Computerfirma: „Früher mußte ich immer, wenn jemand anrief und mich nach irgendwelchen Daten fragte (Wieviel Urlaub vom alten Jahr habe ich noch? oder so), mühsam in meiner Kartei herumwühlen. Mit stupider Arbeit wie Listenschreiben und -vergleichen war ich mehr ausgelastet als mit meiner eigentlichen Aufgabe. Jetzt ist alles, was ich vorher hier machen mußte“, sie tippt sich an die Stirn, ‚da drin‘, ein Klaps für ihren Terminal. ‚Heute habe ich mehr Zeit und Ruhe, die Anfragen der Leute zu beantworten ... Ein paar Tasten getippt – schon kann ich die Zahl vom Bildschirm ablesen.‘“²⁸

In einem fiktiven Experiment zur Arbeitsorganisation mit neuer Bürotechnik, in dem die Frauen über die Zeitersparnis autonom verfügen, nicht zusätzliche Aufträge hereinnehmen, sondern Kaffee trinken, miteinander reden, lesen, auch mal mit dem einen oder anderen Kind – die Kinder werden im Nebenraum betreut – etwas zu tun haben, werden Arbeiten mit einem Textautomaten beschrieben. Maria berichtete gerade eintreffenden Kolleginnen: „Sie habe noch den gestrigen Rundbrief adressiert; er werde gerade ausgedruckt ... und deutete auf eine Glastür, hinter der man sehen konnte, wie eine Druckstation arbeitete und zeilenweise die geschriebenen Briefe vorschob. Außerdem habe sie die Sonderüberweisungen geschrieben ... Für Sonderüberweisungen mußten die Auftragsformulare früher immer mit der Schreibmaschine ausgefüllt werden ... Aber jetzt benutzten sie dafür die neuen Apparate, und das ging etwa doppelt so schnell. Zum Beispiel schrieb der Automat selbständig den Namen und die Anschrift der Empfängerbank, wenn man nur die Bankleitzahl eintippte, und außerdem brauchte man sich nicht mehr um die Formularfelder zu kümmern. Die suchte die Maschine ebenfalls automatisch auf. Und das sei im übrigen nur einer von vielen Bereichen, in denen die Arbeit jetzt wesentlich schneller und leichter erledigt werden könne.“²⁹

arbeiter/innen wird eine Neuqualifikation für computergestützte Arbeitstätigkeiten am ehesten gelingen und zugestanden werden.

27 „Optimal“ trifft hier einen doppelten Sachverhalt: Einmal errechnet und verteilt der Computer zuzuschneidende Teile auf vorhandene Stofflänge präziser, als menschliches Augenmaß dies vermag, auch wenn durch lange Erfahrung hoch trainiert. Zum anderen „optimal“, weil ökonomisch günstiger für die Kapitalrentabilität. Ob Ressourcen sparend – ein nicht unerheblicher Effekt neuer Technologie – auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse, bleibt einer sozialistischen Gesellschaft vorbehalten.

28 Huber, Abschied..., a. a. O., S. 77.

29 EDV, Textverarbeitung, Bildschirmarbeit – Gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen einer Technologie. Schriftenreihe Gewerkschaftspolitische Studien, Berlin / W. 1983, S. 11.

Bei diesem konstruierten Experiment („Die Geschichte von der Insel“) wird der Zusammenhang zwischen neuer Bürotechnik und Arbeitsorganisation herausgearbeitet, auf den es entscheidend ankommt, wenn der Fortschritt neuer Technologie auch als fortschrittlich für die Arbeitenden erfahrbar sein soll.

Ein Resümee dieser Beispiele wäre: Ob und wie die Arbeit mit neuer Technologie als Fortschritt oder als Streß unter neuen Bedingungen erfahren wird, hängt entscheidend von der konkreten Arbeitsorganisation ab, und zwar um so stärker, je mehr die Datentechniken tatsächlich als „Hilfsmittel“, menschlicher Arbeit lediglich assistierendes Gerät, benutzt werden. Hierin liegt der tiefere Sinn der gewerkschaftlichen Forderung, die Arbeit am (sollte heißen: mit dem) Bildschirm müsse auf ein Minimum beschränkt werden, also keine Arbeitsplätze mit Arbeiten, die ausschließlich in Bedienung von Textautomaten, Bildschirmen u.ä. bestehen, sondern integrierte Mischarbeitsplätze. Zu lange hatten sich die Gewerkschaften vorwiegend auf die ergonomische Gestaltung von „Bildschirmarbeitsplätzen“ beschränkt; „dadurch wurde der Frage nach den Folgen des Bildschirmeinsatzes auf Kommunikations- und Arbeitsstrukturen sowie auf Qualifikationsanforderungen keine ausreichende Aufmerksamkeit zuteil. Heute wissen wir, daß eine humane Arbeitsgestaltung mit dem Ziel des Abbaus von Belastungen, der Sicherung und Erweiterung von Qualifikationen sowie der Gewährleistung individueller und gruppenbezogener Dispositionsmöglichkeiten bei Bildschirmarbeit nur im Rahmen integrierter Mischarbeit zu verwirklichen ist.“³⁰

Und noch eins. Wenn ein typisches Merkmal von Informations-, Kommunikationstechnologie deren universelle Einsatzmöglichkeit ist – keine nur denkbare menschliche Arbeit, wie immer sie ausgeführt wurde / wird, läßt sich ohne einen geistigen Anteil an Information und Steuerung, wenn auch nur minimalen Ausmaßes, vorstellen –, so werden folgerichtig die Tätigkeiten einander angeglichen, nivelliert. So z. B. die Tätigkeiten der oben beschriebenen Bekleidungsschneiderin und die einer technischen Zeichnerin an einem CAD-Gerät,³¹ oder mit anderen Worten: „Nivelliert werden auch unterschiedliche Berufsbereiche: Eine Großhandelskauffrau und eine Industriekauffrau werden beispielsweise ähnlich arbeiten: Überwiegend am Terminal sitzen, Aufträge eintippen, Informationen aus Datenbanken abrufen, Standardantworten eingeben, mit Kunden telefonieren (dazu gehört auch die Datenübermittlung per Telefon direkt in den Rechner)“.³² Neben einer fachspezifischen Qualifikation wird immer häufiger eine Computerzusatzausbildung gefordert sein.

Es werden also auf allen Ebenen der betrieblichen Hierarchie – ihr pyramidenartiger Aufbau reduziert sich dadurch, daß Information und Kompetenz nach „unten“ delegiert werden muß – und in allen beruflichen Sparten, wo

30 Schneider, Bildschirme ..., a. a. O., S. 161.

31 CAD = Computer Aided Design, Computerunterstütztes Konstruieren. Vgl. auch Gerhard Zimmer, Automatisierung der Konstruktionsarbeit. Folgen und Perspektiven für die Qualifikationsentwicklung, in: Johanna Hund (Hrsg.), Unterm Rad des Fortschritts? Technik, Umwelt, Gesellschaft, Köln 1981, S. 105 ff.

32 Huber, Abschied ..., a. a. O., S. 77.

mit einer deutlichen quantitativen Verschiebung von Produktions- und Instandhaltungsberufen zu Dienstleistungs- und Infrastrukturberufen³³ zu rechnen ist, qualifiziertere Arbeiten anfallen. Zwar werden Niveauunterschiede je nach Aufgabe bestehen bleiben, aber vor allem werden sich Tätigkeiten an den unteren Rangskalen verändern. Wenn auch unterschiedlich, so doch mehr oder weniger durchgängig und ausgeprägt sind „Arbeitstugenden“ wie Diagnose- und Reaktionsfähigkeit, Verantwortung, Risikobereitschaft und Entscheidungsfreudigkeit gefordert, um größere Handlungsspielräume zu nutzen, aber „dabei die Grenzen und Regeln des funktional Erforderlichen einzuhalten.“³⁴

Freilich sollen die allgemeinen Grenzen der kapitalistischen Ausbeutung gewahrt bleiben, schon gar nicht darf die generelle Zweckbestimmung der Unternehmungen in Zweifel geraten. Dieser Widerspruch wird immer wieder politische Schwierigkeiten bereiten und sich mit ausbreitendem Einsatz neuer Technologie verschärfen: Arbeitende, die auf der einen Seite mitdenken und selbständig handeln müssen, erfahren andererseits willkürliche Schranken. „Schließlich sei“, so der Betriebsratsvorsitzende einer Bank „gerade jenen Angestellten, überwiegend studierte Betriebswirte, die sich innerhalb der Bank, besonders mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die Gewinnentwicklung kennen, Bilanzen lesen können ...“, nichts vorzumachen: ‚Da schlug das Wissen des Bankers durch‘.³⁵ So sind z. B. auch einige Naturwissenschaftler aus dem für ihre individuelle Karriere möglicherweise lukrativen Projekt SDI ausgestiegen und haben sich der Initiative „Naturwissenschaftler für Frieden“ zugesellt.

Der Widerspruch zwischen den stofflichen (wissenschaftlich-technischen) Anforderungen einer Arbeitsaufgabe – sie bestimmt den Einsatz der Technologie (auf historisch aktuellem Niveau), die Qualifikation der Arbeitskräfte, die Form der Arbeitsorganisation – und den wertmäßigen (ökonomischen) Interessen, denen sie letztlich untergeordnet ist, wird den Arbeitenden zunehmend als fremdbestimmt, d. h. der Logik einer Aufgabe zuwiderlaufend, erfahrbar. Wenn auf der einen Seite alle traditionellen – jetzt auch geistigen – Tätigkeiten gründlich nach automatisierbaren und standardisierbaren – d. h. dem Menschen abzunehmenden – Bestandteilen durchgeforstet werden, so sind logischerweise die neuen (künftigen), von Arbeitskräften zu übernehmenden Aufgaben im Kern gerade durch nicht standardisierte, ihre kombinatorischen, problemlösenden, kreativen, intellektuellen Fähigkeiten fordernde Tätigkeiten charakterisiert. Der „Balanceakt“ zwischen technologisch erforderlichem maximalem Handlungsspielraum und seiner gleichzeitigen Einschränk-

33 Vgl. Stooß / Weidig, Der Wandel ..., a. a. O., S. 93; dort sind die Verschiebungen für den vergangenen Zehnjahreszeitraum wie folgt angegeben:

	1970	1980
A) Produktions-, Instandhaltungsberufe	41%	32%
B) Dienstleistungs-, Infrastrukturberufe	59%	68%

34 Walter Volpert, Die Lohnarbeitswissenschaft und die Psychologie der Arbeitstätigkeit, in: P. Groskurth / W. Volpert, Lohnarbeitspsychologie. Berufliche Sozialisation: Emanzipation zur Anpassung, Frankfurt a.M. 1975, S. 55.

35 Frankfurter Rundschau, 13. 5. 1987.

kung durch das kapitalistische Profitprinzip soll mit Hilfe der Arbeitsorganisation bewerkstelligt werden. Hierin liegt die Chance für die Arbeitenden, wenn der Kampf um die Gestaltung der neuen Arbeitsplätze aufgenommen wird. Weil aber die sozialen Auswirkungen durch den Einsatz neuer Technologie „vor Ort“ und „draußen“ sich unvermeidlich so bedrohlich in den Vordergrund drängen, geht die Schärfe des Blicks verloren, die notwendig ist, um zu erkennen, daß 1. vielfach noch nicht weit genug entwickelte, „unvollkommene“ und in ihrem praktischen Einsatz ungenügend erprobte Technologie auf dem Rücken der Lohnabhängigen eingeführt wird und daß 2. die Art und Weise, wie sie in den Massentätigkeitsbereichen eingesetzt wird, bis heute nahezu überall ausschließlich den Interessen des Kapitals untergeordnet ist. Insofern wird, je weiter und vollkommener sich die technologischen Möglichkeiten herausbilden, um so bedeutender der Einfluß auf die konkrete Arbeitsorganisation. Außerdem würde der Kampf um alternative Arbeitsgestaltung nicht nur konkrete Arbeitsbedingungen im besonderen verbessern, sondern auch im allgemeinen Technik als den Bedürfnissen der Arbeitenden unterzuordnend bewußt machen.

5. Der subjektive Faktor

Auch wenn die nur skizzenhaft dargestellten Auswirkungen des Einsatzes „Neuer Technik“ auf die Arbeitstätigkeiten sich erst in ihrer Tendenz erkennen lassen, weil die praktische Ausbreitung noch am Anfang steht, müssen wir uns schon heute fragen, um eingreifen zu können: Wo bleiben die Frauen?

„Die neuen Maschinen sprengen“ auch „die alten“ (geschlechtsspezifischen) „Arbeitsteilungen“.³⁶ Warum sollten hier im allgemeinen skizzierte und in ihren neuen Aspekten charakterisierte Arbeitstätigkeiten nicht auch für Frauen geeignet sein? Das Kapital hat den Warencharakter, d.h. die Verfügbarkeit weiblicher Arbeitskraft zu seinen Zwecken (und möglichst auch zu seinen Bedingungen) in den letzten Jahren enorm vorangetrieben. Das zeigt sich darin, daß z. B. die Zahlen der „mithelfenden Familienangehörigen“ (fast ausschließlich Frauen) zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft sind, auf der anderen Seite die Erwerbsquote der Frauen³⁷ sich von 48,2% 1975 auf 52,7% 1985³⁸ erhöht hat. Auch sind weit über 90% der Frauen im Laufe ihres Lebens zu irgendeinem Zeitpunkt erwerbstätig, wenn auch evtl. nicht aktuell und nicht kontinuierlich. Hierin ist eine entscheidende Voraussetzung für die doch überraschend reibungslose „Rekrutierung“ von Frauen für Teilzeitarbeit jeglicher Art zu suchen. Auf diese Art und Weise werden Frauen an Arbeitsplätze geholt, die in der Regel keine hohen qualifikatorischen Anforderungen stellen, oftmals transitorischen Charakter, lang- oder kurzfristige Lückenbüßerfunk-

36 Frigga Haug, Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik – Das Beispiel: Setzen, in: Das Argument 135, 1982, S. 650.

37 Anteil erwerbstätiger Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung.

38 DGB-Bundesvorstand, a. a. O., S. 5.

tionen haben. Generell handelt es sich um Arbeitsplätze ohne weitreichende Perspektive, dienen sie doch lediglich kurzfristigen Interessen des Kapitals.

Wir befinden uns an einer Art Scheideweg: Einerseits bestehen große Gefahren, daß die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen daran gehindert wird, im Arbeitsleben überhaupt feste Wurzeln zu schlagen. Schon heute kennzeichnen Frauenerwerbsarbeit hohe (dauerhafte) Arbeitslosigkeit, diskontinuierliche, wechselnde, zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit (oft rechtlich ungeschützt) und schließlich Tele-Heimarbeit. All dies erschwert ihnen auch, für ihre Lebensperspektive – wie dies Männer tun – eine kontinuierliche Erwerbsorientierung zu entwickeln; sich für eine langfristig zu denkende Priorität persönlichkeitsentwickelnder Arbeitstätigkeit – ohne damit Kinder und Partner minder zu bewerten – zu entscheiden. Andererseits hätten Frauen die Chance, gleichberechtigt mit den Männern, qualifizierte Arbeitstätigkeiten auszuüben, weil sich diese inzwischen in der materiell-gegenständlichen Fertigung wie in Büros und Verwaltungen im Prinzip ganzheitlich organisieren lassen. Denn Routinearbeiten, als von Menschen auszuführende, reduzieren sich, so daß keine Notwendigkeit mehr für reine Routinearbeitsplätze besteht. Damit entfiere die Möglichkeit, Frauen ohne Qualifikation, lediglich angelernt, zu Billiglöhnen anzuheuern. Daß um neue Formen der Arbeitsorganisation stark gekämpft werden muß, zeigen die vielen Teilzeitarbeits- oder Tele-Heimarbeitplätze, an denen die alte Trennung aufrechterhalten, sogar noch erweitert wird, wenn auch mit „verkürzter Arbeitszeit“.

Vorausgesetzt, es gelingt, die Arbeitslosigkeit niederzukämpfen, also tatsächlich zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten (viele mit mehr Arbeitsplätzen auszustattende Bereiche wären vorhanden) zu erreichen, hätten Frauen dennoch einige subjektive Hürden zu überwinden, um quantitativ und qualitativ gleichberechtigt bezahlte Beschäftigung zu erlangen. Ein „weibliches Arbeitsvermögen“ allerdings, welches Frauen zu sozialen pflegerischen Tätigkeiten („personenbezogene Dienstleistungen“)³⁹ angeblich prädestiniere, sollte keine Hürde sein. Zwar wurde es von Feministinnen⁴⁰ als Kategorie kreiert, tatsächlich aber unkritisch aus der bürgerlichen Berufssoziologie⁴¹ entlehnt, der es als Legitimation diene, um die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt festzuschreiben.

So wenig von Tätigkeiten im allgemeinen ohne weiteres auf ein „entsprechendes“ Vermögen rückgeschlossen werden kann, also etwa „für das Kochen eines leckeren Puddings nicht das ‚Puddingkochvermögen‘“⁴² Bedingung ist, läßt sich ein weibliches Arbeitsvermögen an sich – als „gedachte psychische Leistungsvoraussetzung“⁴³ – aus der Gegebenheit ableiten, daß Frauen konzentriert in sog. typischen Frauenberufen tätig sind. Obwohl längst aufgewie-

39 Vgl. Stooß / Weidig, a. a. O.

40 Vgl. Ilona Ostner, Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt / M. 1978.

41 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen, Frankfurt / M. 1976.

42 Winfried Hacker, Allgemeine Arbeits- und Ingenieurpsychologie, Berlin / DDR 1973, S. 74.

43 Ebd.

sen, daß die sog. freie Berufswahl in Wirklichkeit ein vielschichtiger, sowohl psychisch / motivational als auch ganz handfest an den „Bedürfnissen“ des Arbeitsmarktes ausgerichteter Lenkungsmechanismus ist, hält sich diese Kategorie zählebig. Gerade die Sozialisation von Mädchen ist sehr massiv und subtil zugleich auf die gesellschaftliche Familien- und Mutterrolle der Frauen ausgerichtet. Dennoch ist sie keine so irreversible und festgefügte Prägung einer Frauenpersönlichkeit,⁴⁴ daß spezifische Befähigungen von Frauen für sozialpflegerische Berufe als quasi naturgegeben anzunehmen sind. Nicht zuletzt ist gerade der Einsatz von Generationen von Fabrikarbeiterinnen anschaulicher Gegenbeweis. Wenigstens vom Aspekt der „Begabung“ von Frauen für technische Berufe her sind die Modellversuche „Frauen in Männerberufen“ als erfolgreich zu betrachten.

Generell haben auch Frauen, trotz ihrer weiblichen Sozialisation, individuelle Handlungsmöglichkeiten, d. h. sie können sich entweder innerhalb gegebener, sie in ihrer Entwicklung behindernder gesellschaftlicher Bedingungen bewegen oder sich handelnd gegen diese gesellschaftliche Behinderung stemmen.⁴⁵

Wobei es hier nicht darum gehen kann, die den Frauen zugeschriebenen Tätigkeiten als solche zu diskreditieren, wie es die gesellschaftlich übliche Bewertung tut. Im Gegenteil: Gerade soziale, pflegerische, psychotherapeutische und erziehende Tätigkeiten sind unentbehrlich und werden zunehmend bedeutungsvoller; weil Dienst am Menschen, müßten gerade sie die oberen Ränge der beruflichen Bewertungsskalen einnehmen. Diskriminierend für Frauen wirkt, daß die sozialen und erzieherischen Berufe den Frauen – solange es um untergeordnete Positionen geht – mehr als andere offenstehen und Frauen dort konzentriert zu finden sind – obwohl sie natürlich keine geschlechtsspezifische Eignung voraussetzen. Eher müßten Männer, die sich in der Regel kapitalistische Rentabilität und bürgerliches Leistungsprinzip als scheinbar genuin menschlich haben eintrichtern lassen, umdenken lernen. Gerade an der gesellschaftlichen Bewertung von Berufen bzw. Tätigkeiten zeigt sich einmal mehr: Es zählen einzig den Wert des Kapitals vermehrende Tätigkeiten.

Eine für Frauen am schwersten zu überwindende Hürde scheinen gleiche *Zugangsmöglichkeiten* zu Ausbildung und Arbeitstätigkeit zu sein angesichts einer Realität, in der die Arbeitsprozesse – und somit auch der Einsatz menschlicher Arbeitskraft – der Bewertung des Kapitals untergeordnet und gerade weibliche Arbeitskräfte auch Quelle von Extraprofiten sind. Die vielschichtigen Strukturen der Ausbeutungsverhältnisse sind es, die sich einer realen Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben zäh entgegenstellen. Insofern ist gerade hier der Kampf so schwierig, daß es besonderer Anstrengungen bedarf, ihn über eine längere Zeit mit allen Kräften erfolgreich zu entwickeln.

44 Vgl. auch Johanna Hund, Frauenerwerbsarbeit und Persönlichkeitsentwicklung, in: IMSF (Hrsg.), Wir wollen alles! Beruf – Familie – Politik. Frauenarbeit und Frauenbewegung, Frankfurt / M. 1983.

45 Vgl. Ute Osterkamp, Marxismus – Feminismus – Arbeiterbewegung, in: Forum Kritische Psychologie, Bd. 13, 1984, S. 41.

Subjektiv hat sich einiges positiv bei den Frauen verändert: Längst haben sie ihren historischen Rückstand im Bildungsbereich aufgeholt. Im Gegenteil: Generell sind die Abschlüsse von Mädchen in allen Schulsparten denen der Jungen gleich oder besser.⁴⁶ Ähnlich auch bei beruflichen Qualifizierungsgängen.⁴⁷ Nur sind Frauen hier insbesondere bei technisch/naturwissenschaftlichen Ausbildungsberufen sträflich unterrepräsentiert. Immerhin, „während ein Studium der Elektrotechnik auch heute nach wie vor nur von ganz wenigen Frauen ergriffen wird, haben diese in den ... beiden Studienbereichen Mathematik und Informatik ihre ‚Pionier- und Ausnahmephase‘ bereits hinter sich.“⁴⁸

So wenig die in verschiedenen Bundesländern mit viel politisch-propagandistischem Aufwand ins Werk gesetzten Modellversuche „Mädchen in Männerberufen“ schleusenöffnend den Zugang zu technischen Berufen bewirken konnten – in der Regel beschränken sich die Modellversuche auf eine Ausbildung in Handwerksbetrieben –,⁴⁹ so konnten sie vielleicht doch dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und Selbstbewußtsein zu fördern. Z. B. sind die Ergebnisse der Brigitte-Studie zu der Frage: „Finden Sie, daß Männer besser geeignet sind, mit Computern umzugehen?“ folgende: „35% aller Frauen antworteten mit ‚Ja‘ (Männer: 30%) und 63% mit ‚Nein‘ (Männer: 68%). Zwei Aspekte sind hierbei bemerkenswert: zum einen die noch einigermaßen große weibliche Zustimmung zu dieser Frage ..., zum anderen, daß erstaunlicherweise die Männer dieses Urteil ... weniger häufig als die Frauen fällen. (...) Bei genauerer Betrachtung indessen stellt sich heraus, daß es bei den Frauen überwiegend die älteren Jahrgänge sind, die von der besseren Eignung der Männer in hohem Maße überzeugt sind. (...) Bei den Frauen also läßt sich die Tendenz feststellen, daß ihr Selbstbewußtsein in bezug auf weibliche Technik-eignung desto größer ist, je jünger sie sind.“⁵⁰

Endlich einen Durchbruch auf dem Weg zu gleichberechtigtem Zugang zu allen Berufen könnten erfolgreiche Frauenförderpläne schaffen; m. E. sind sie die wichtigste Errungenschaft der Frauenbewegung. Denn dort, wo den Betriebsräten deren Aufstellung gelingt, wird konkret und vor Ort dokumentiert, daß Frauen einmal bei bestimmten (meist qualifizierten) Tätigkeiten unterrepräsentiert sind und zum anderen die bereits zur quasi naturgemäßen Erscheinung geratene Praxis sich verändern läßt, mehr noch, der Kampf hierum aufgenommen werden muß. Interessant ist, daß die Idee planmäßiger Frauenförderung geboren und entwickelt wurde zu einem Zeitpunkt stärkerer Konkur-

46 Vgl. Karin Jakubowski, Frauen und Mädchen an allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen, in: Emanzipation in der Krise?, a. a. O., S. 165.

47 Ebd.

48 Ute Hoffmann, Computerfrauen. Welchen Anteil haben Frauen an der Computergeschichte und -arbeit? München 1987, S. 152.

Natürlich bleibt offen, wie erfolgreich der Eintritt ins Berufsleben für diese Frauen wird; z. B. verdünnen sich die anteiligen Prozentzahlen bei Professorinnen und weiblichem wissenschaftlichem Personal an den Hochschulen statistisch bis zum Nichtmehrscheinen (ebd., S. 156).

49 Vgl. Frank Braun/Brigitte Gravalas, Die Benachteiligung junger Frauen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit, München 1980, S. 29 ff.

50 Brandes/Schiermann, a. a. O., S. 86

renz um Arbeitsplätze zwischen den Geschlechtern, noch dazu öffentlich lautstark untermalt durch die Diffamierung von Frauen als Doppelverdienerinnen.

Der vom Gesamtbetriebsrat bei dem Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm aufgestellte Frauenförderplan z. B. lautet wie folgt: „Der Plan zur Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben richtet sich an folgende drei Berufsgruppen:

1. Un- und angelernte Arbeiterinnen
2. Sekretärinnen und Zuarbeiterinnen in den bürowirtschaftlichen Berufen
3. Inhaberinnen von Fach- und Hochschulzertifikaten

und betrifft die Ausbildung und Fort- / Weiterbildung. Im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung (5 Jahre) soll nach und nach der Frauenanteil kontinuierlich aufgestockt werden, so daß 1990 geschlechtliche Parität eintritt.“⁵¹ Es käme also nun darauf an, Frauenförderpläne in die Arbeit der Betriebsräte zu integrieren, vor allem bei den Großkonzernen, wo es ins Gewicht fällt.

Natürlich ist dies ein Ansatz, der auf existierende Betriebe beschränkt ist. Es müßte mehr unternommen werden, um die generelle (strukturelle) Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufzuheben. Zusätzlich zu vorhandenen müssen neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und hierbei auch explizit Richtlinien zur „Gleichberechtigung von Frauen“ aufgenommen werden. Ein derartiges Konzept wurde z. B. in London mit der Gründung einer „Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung“ (auch und gerade Frauen werden hier berücksichtigt) entwickelt.⁵²

Der private *Reproduktionsbereich* ist die größte Hürde. Obwohl inzwischen mit einem entwickelten und weitverbreiteten Anspruch von Frauen auf qualifizierte Erwerbsarbeit zu rechnen ist, müssen noch ungleich größere (gemeinsame) Kräfte mobilisiert werden, um Kinderbetreuung und -erziehung zu der zentralen gesellschaftlichen Frauenfrage zu machen. Immer noch gibt es viel zu wenig öffentliche gut ausgerüstete, genügend mit qualifiziertem Personal ausgestattete Kindererziehungseinrichtungen. Immer noch wirkt die gesellschaftlich übliche Norm der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei Familien- und Hausarbeit tief bis in jede Familie. Für das Aufziehen von Kindern mehr oder weniger allein zuständig zu sein, gerät für viele Frauen von einer Hürde zur scheinbar unüberwindlichen Mauer, die sich ihnen sperrig in den Weg stellt.

Hierin zeigt sich, wie wenig unsere Gesellschaft und die offizielle Familienpolitik Frauen darin unterstützen, gleichberechtigt und eigenständig zu leben. Erwerbsarbeit für Frauen gilt nicht als Selbstverständlichkeit, sondern eher als Ausnahme für solche, die darauf angewiesen sind. Und nicht einmal für sie sind ausreichend Kindereinrichtungen, als Minimum an gesellschaftlicher

51 Christa Lippmann (Hrsg.), Technik ist auch Frauensache. Frauenförderung im Industriebetrieb, Hamburg 1986, S. 27.

52 Vgl. Siegfried Bleicher (Hrsg.), Technik für den Menschen. Soziale Gestaltung des technischen Wandels. Eine Dokumentation, Köln 1987, S. 196.

Unterstützung, vorhanden. Viele Frauen sind gezwungen, „Lösungen“ in oft sehr belastenden und teuren privaten Arrangements zu suchen. Nicht wenige resignieren vor den Schwierigkeiten.

Dennoch, die Ansprüche, welche Frauen in den letzten Jahren entwickelt haben, verhindern die Rückkehr in alte Zeiten. Heute betrachten die meisten Frauen es als legitim, erwerbstätig sein zu wollen, während noch in den 50er/60er Jahren der ideologische Druck auf sie, ihr Lebensideal in Kindern und Familie zu sehen, stark verinnerlicht war. Heute wollen viele Frauen eine Ehe nicht nur, um materiell abgesichert zu sein; selbst das gerät ja auch zusehends ins Wanken. Und schließlich ist heute das Selbstwertgefühl unter den Frauen gewachsen. Sie wollen als Frauen (und nicht nur als sich aufopfernde Familienmütter) gesellschaftlich anerkannt werden, und sie verknüpfen damit den Wunsch, Fähigkeiten zu erlernen, zu entfalten und zu verwirklichen.

Die kapitalistische Strategie einer Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen und -verhältnissen vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit hindert die Frauen heute, ihre Ansprüche zu realisieren bzw. verstärkt um Bedingungen zu kämpfen, die ihnen dies ermöglichen. Das „Hangeln“ von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum anderen, die Suche nach (u. U. mehreren) immer neuen Teilzeitjobs absorbiert fast sämtliche Energie und isoliert die Frauen voneinander.

Die Gewerkschaften nehmen den Kampf gegen die Flexibilisierung jetzt verstärkt auf; sie haben ansatzweise Erfolg beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Es müßte mehr zusätzliche Beschäftigung überhaupt erkämpft werden. Erst wenn dieser Kampf gewonnen ist – und er wird gewonnen, wenn er auch „Frauensache“ wird –, können die skizzierten Chancen für Frauen bei Arbeitstätigkeiten Realität werden. Dann wären auch die Verhältnisse nicht mehr so, wie sie heute sind.

Sozialistische
Einheitspartei Westberlins
Kreisvorstand Schöneberg
Belziger Str. 1, 1 Berlin 62

Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis

Klaus Pickshaus

1. Zur Fragestellung – 2. Flexibilisierung: Grundlagen, Triebkräfte und strategische Konzepte – 2.1. Technologischer Umbruch, neuer Rationalisierungstyp und Intensivierung der lebendigen Arbeit – 2.2. Soziale und politische Voraussetzungen und Wirkungen des Flexibilisierungskonzepts der Kapitalverbände – 2.3. Deregulierung als politisches Konzept des konservativen Umbaus – 3. Empirische Zwischenbilanz – die Verbreitung flexibilisierter Arbeitszeiten und Beschäftigungsverhältnisse – 3.1. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses – 3.2. Dimensionen und Trends der Arbeitszeitflexibilisierung – 3.3. Widersprüche und Trends – 4. Konflikte um Flexibilisierung und gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik – 4.1. Von der Konfrontation zum Sozialkompromiß? – 4.2. Unterschiedliche Durchsetzungskonzepte des Kapitals – 4.3. Zur Perspektive gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik

1. Zur Fragestellung

Nach den Tarifkompromissen in der Metall- und Druckindustrie vom Frühjahr 1987 hat eine Diskussion begonnen, vor welchen Problemen und Aufgaben die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den kommenden Jahren steht. Zwar bleibt auch nach der jetzt bis zum Ende der achtziger Jahre vereinbarten 37-Stunden-Woche die Aufgabe der Verallgemeinerung dieser Regelung und der Durchsetzung des weiteren Schritts zur 35-Stunden-Woche bzw. noch weitergehender Arbeitszeitverkürzungen. Dennoch ist das Problem der Perspektive gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik aufgeworfen, zumal in allen Tarifvereinbarungen inzwischen Arbeitszeitverkürzung mit Regelungen einer Flexibilisierung verbunden ist.

Die Tarifabschlüsse von 1987 sind, auch ohne daß es zu einem offenen Arbeitskampf kam, zweifellos Ergebnis eines neu austarierten Kräfteverhältnisses, das in widersprüchlicher Weise die gestärkten Positionen des Kapitals wie auch die relative Stabilität und Gegenmachtfähigkeit der Gewerkschaften ausdrückt. Es bleibt die Frage, welchen Stellenwert das Kapital und die konservative Regierung im beabsichtigten Modernisierungs- und Flexibilisierungsschub Integrationsangeboten an die Gewerkschaften zumessen wollen und können. Bekanntlich ist das Flexibilisierungskonzept nicht nur ein taktisch angelegter Gegenentwurf der Unternehmer zu einheitlichen Arbeitszeitverkürzungen, wie sie die Gewerkschaften fordern. Es stellt vielmehr ein umfassendes Programm der Neustrukturierung der Arbeits-, Sozial- und Klassen-

beziehungen dar, durch das kollektive Schutzrechte aufgelöst und die Basis gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit entzogen werden soll. Zugleich wird in den konservativen Entwürfen das Programm der Flexibilisierung mit der Aura eines Zukunftsoptimismus umgeben, der Individualitätsentfaltung und Autonomie in der Arbeitsgestaltung verheißt. Es ist also auch nach den ökonomischen Grundlagen und Triebkräften für die Flexibilisierung zu fragen, um Konfliktlinien und Anforderungen an eine gewerkschaftliche Alternative zu ermitteln.

Es ist offenkundig, daß in der aktuellen Periode tiefgreifenden technologischen und gesellschaftlichen Umbruchs das Kapital bei der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Veränderungen und den damit verbundenen Kräfteverschiebungen einen erheblichen Vorlauf gewonnen hat. Demgegenüber befindet sich die Arbeiterbewegung eher in einer Phase der Verteidigung und komplizierten Einstellung auf die sich schnell verändernden neuen Prozesse, ohne schon in der Lage zu sein, durch die Sammlung aller Kräfte und die Mobilisierung für ein eigenes Zukunftskonzept eine andere, reformorientierte Entwicklungsvariante durchsetzen zu können. Die technologische Modernisierung bleibt jedoch von den nationalen und internationalen Tendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses einschließlich der hieraus resultierenden Krisen bestimmt. Kommt es zu einer Zuspitzung weltwirtschaftlicher und nationaler Krisenentwicklungen, zu steigender Massenarbeitslosigkeit und Strukturkrisen, dann werden soziale und politische Spaltungs- und Polarisierungsprozesse zu einer schweren Bedrohung für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Da der Sektor „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse sich schon jetzt schnell ausdehnt, rücken die Sicherung und der Ausbau des Normalarbeitsverhältnisses ins Zentrum des gewerkschaftlichen Kampfes.

2. Flexibilisierung: Grundlagen, Triebkräfte und strategische Konzepte

Die Flexibilisierungsvorstellungen der Unternehmer beziehen sich auf vielfältige Bereiche und unterschiedliche Ebenen: Flexibilisierung der Löhne und des Tarif- und Sozialrechts, der Beschäftigungsformen und -verhältnisse wie Flexibilisierung der Arbeitszeitsysteme. Hier sollen eingehender diejenigen Formen betrachtet werden, die auf eine optimale Anpassung des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials an die neuen Produktionsbedingungen und jeweiligen betrieblichen Abläufe zielen.

2.1. Technologischer Umbruch, neuer Rationalisierungstyp und Intensivierung der lebendigen Arbeit

Eine Methode, die Arbeitszeit nach Maßgabe der Verwertungsziele des Kapitals an die jeweiligen Produktions- und Nachfragebedingungen anzupassen, ist seit langem bekannt: Überstunden oder Kurzarbeit sowie Schichtsysteme sind klassische Formen. Es stellt sich die Frage, inwieweit mit der Herausbildung eines neuen Typs der Produktionsmittel, dessen Kernelemente die Infor-

mationstechnologien sind, und mit der Durchsetzung eines darauf beruhenden neuen Rationalisierungstyps auch Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeitszeitflexibilisierung ein neues Niveau erreicht haben.

Charakteristikum von Informationstechnologien und neuen Automationstechniken ist ihre außerordentliche Flexibilität in der Anwendung und zugleich ihr Steuerungs- und Regelungspotential, das die räumliche und zeitliche Entkoppelung der menschlichen Tätigkeit von der Maschine ermöglicht und damit den Spielraum für die Gestaltung von Arbeitsplatz- und Arbeitszeitstrukturen erweitert. Dies ist die objektive Basis für die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals; zugleich eröffnen die Veränderungen bei entsprechender betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenmachtentfaltung Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse.

Die breite Einführung von elektronischen, informationsverarbeitenden Technologien zusammen mit anderen neuen Techniken in Produktion, Verwaltung und Zirkulation erfolgt heute unter dem Zwang zur umfassenden Intensivierung der Kapitalreproduktion. Seit Mitte der 70er Jahre drängen verschiedene Faktoren, die aus Veränderungen der inneren und äußeren Kapitalverwertungsbedingungen resultieren, „auf einen solchen Umbruch in Richtung auf einen spezifischen, von den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution geprägten Typ der intensiv erweiterten Reproduktion.“¹ Verengte Märkte, stagnierendes Wachstum sowie ein zunehmender Kosten- und Zeitdruck (u. a. als Folge des schnelleren moralischen Verschleißes der neuen Technologien) lassen die Unternehmer zu neuen Formen der Ökonomisierung übergehen. Sie richten sich in erster Linie auf das konstante Kapital, auf eine Reduktion der Kapitalbindung im Reproduktionsprozeß überhaupt, aber auch auf eine Ökonomisierung des variablen Kapitals, also der lebendigen Arbeit.

Die Umsetzung solcher Strategien, deren notwendige Voraussetzung computergestützte Organisations- und Steuerungstechnologien bilden, ist als „neuer Rationalisierungstyp“ beschrieben worden.² Er ist u.a. durch folgende Merkmale charakterisiert:

Erstens richten sich die neuen Strategien auf eine Integration aller Teilprozesse und bisher inselartigen Rationalisierungsschritte in einen betrieblichen Gesamttablauf. Dies zielt durch die Verbesserung der Durchlaufzeiten, des Nutzungsgrades der verschiedenen Bearbeitungsstationen und ihrer rationelleren Verknüpfung auf eine Umlaufbeschleunigung des konstanten Kapitals und eine Optimierung bzw. Reduzierung des Kapitaleinsatzes. „Just-in-

1 A. Leisewitz, Flexibilisierung und Kontrolle. Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 180. In diesem Beitrag werden die technologischen Grundlagen für die Flexibilisierungsstrategie ausführlich analysiert. Zum intensiven Reproduktionstyp vgl. auch das Autorenkollektiv des IPW, Staatsmonopolistische Intensivierung und Widersprüche der Reproduktion, IPW-Forschungsheft 4/1986, Berlin (DDR) 1986.

2 N. Altmann u. a., Ein „Neuer Rationalisierungstyp“. Neue Anforderungen an die Industriegesellschaft, in: Soziale Welt, Heft 2/3-1986, S. 189 ff. Vgl. hierzu den Beitrag von L. Peter in diesem Band.

time“-Produktion und neue EDV-gestützte materialwirtschaftliche Logistiksysteme, die als Ziel eine „lagerlose Fertigung“ und „bestandslose Distribution“ haben, sind Elemente solcher Planungen.

Damit ist ein zweites Merkmal angesprochen: die Einbeziehung der zwischenbetrieblichen Zusammenhänge, vor allem die datentechnische Verknüpfung mit den Zuliefer- und Vertriebsfirmen, die so noch stärker an das Konzernkapital gebunden werden.

Drittens konzentrieren sich die neuen Rationalisierungsstrategien auf das „elastische Potential von Technik.“³ Die neuen Technologien ermöglichen eine höhere Flexibilität der Anlagen, die eine schnellere Produktumstellung und Typenvariation erlaubt. Durch wachsende Anlagenflexibilität, die heute insbesondere schon in der Automobilindustrie (Elemente einer flexiblen Automation) zu finden ist, kann das Einzelkapital schneller auf Marktveränderungen reagieren, um seine Konkurrenzposition zu verbessern.

Die Rationalisierungsstrategien zur Ökonomisierung des konstanten Kapitals sind mit Konzepten einer flexibleren und intensiveren Nutzung der lebendigen Arbeit verbunden. Ökonomisierung von konstantem und variablem Kapital gehen insofern Hand in Hand. Deutlich wird dies bei Betrachtung der in verschiedenen Formen intendierten Flexibilisierung der Arbeitszeitsysteme und Beschäftigungsverhältnisse; sie ist Bestandteil einer personalwirtschaftlichen Einsatzplanung, die auf die Bedingungen des neuen Rationalisierungstyps reagiert und zugleich die Verwertungs- und Machtinteressen des Kapitals adäquat realisiert.

Zum einen sollen durch Veränderung der Arbeitsorganisation und neue Arbeitszeitsysteme das Arbeitskräftepotential an die jeweiligen Produktions- und Auftragsrhythmen mit ihren konjunkturellen und saisonalen Schwankungen angepaßt, kürzere Durchlaufzeiten erreicht und die Betriebsnutzungsdauer ausgeweitet werden. Zum anderen ist Flexibilisierung ein Mittel zur Intensivierung der lebendigen Arbeit. Durch die Anpassung der Arbeitszeiten der Beschäftigten an den Produktions- und Absatzverlauf werden die Poren des Arbeitstages verdichtet, indem Zeiten geringerer Arbeitsbelastung, Stillstands- und Leerlaufzeiten verringert oder ausgeschaltet werden sollen. Darüber hinaus versucht das Kapital, Lohnkosten unmittelbar einzusparen, indem für manche Beschäftigtengruppen Löhne und Lohnnebenkosten reduziert sowie Personalreserven zum Ausgleich von Produktionsschwankungen und Überstundenzuschläge eingeschränkt werden.

Der einzelnen Arbeitskraft soll aber nicht nur ein Maximum an Mehrarbeit abgepreßt werden. Das Kapital verfolgt auch das Ziel einer verstärkten Kontrolle und Unterwerfung des Gesamtarbeiters und der Erschwerung aller Ansätze zur betrieblichen Formierung der Arbeiterklasse. Eine Zersplitterung der Lohnarbeiter mit verschiedenen Arbeitszeitmustern und vertiefte Segmentierungen in Stamm- und Randbelegschaften mit unterschiedlichen Betriebsbindungen und -loyalitäten sind schon Ergebnisse der bisherigen Flexibilisierungsmaßnahmen.

3 Altmann u. a., a. a. O., S. 193.

2.2. Soziale und politische Voraussetzungen und Wirkungen des Flexibilisierungskonzepts der Kapitalverbände

Umfangreiche Flexibilisierungsforderungen wurden zum ersten Mal in der Öffentlichkeit von Gesamtmetall in den Tarifaueinandersetzungen 1984 vertreten.⁴ Inzwischen sind die Kernelemente dieses Konzepts von den Unternehmerverbänden übernommen worden (z. B. im Bankentarifkonflikt 1987) und zum zentralen Programmpunkt der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) avanciert.⁵ Die Kapitalorganisationen verarbeiten damit die Veränderung der Verwertungsbedingungen und entwickeln vereinheitlichte Handlungskonzepte. In dieser Strategie zielt Flexibilisierung nicht nur auf die personalwirtschaftliche „Ergänzung“ der neuen technologischen Rationalisierungsprozesse, sondern generell auf eine Unterhöhung und Aufweichung sozialer und kollektiv-rechtlicher Normen und Standards der Arbeitsbeziehungen und damit auf eine Einengung gewerkschaftlicher Gegenmachtmöglichkeiten. Der auf die Verbesserung der Weltmarktpositionen orientierte Modernisierungskurs als strategische Linie des bundesdeutschen Kapitals schließt somit auch eine Neufixierung der sozialen und Klassenbeziehungen ein.

Für die Durchsetzung der Flexibilisierungspolitik spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

1. Die Grundkonstellation wird durch das zunehmende Gewicht der industriellen Reservearmee bestimmt, das die Position der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften im System der Klassenbeziehungen seit Mitte der 70er Jahre geschwächt hat. Alle Prognosen weisen darauf hin, daß mit einem anhaltend hohen Niveau der Massenarbeitslosigkeit bis in die 90er Jahre zu rechnen ist; es wird bei zyklischen Krisenverschärfungen weiter emporschnellen, da aufgrund des kapitalsparenden Charakters der neuen Rationalisierungstechnologien weder ein neuer Wachstumsschub noch eine Ausweitung der Arbeitsplätze zu erwarten sind, wenn nicht beschäftigungspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden.⁶

Mit der Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen wird der Wirkungsmechanismus der Reservearmee weiter verstärkt, indem bei einem Abbau sozialer Schutzrechte die Personalauswahl der Unternehmen mit ihren Folgen für Verteilung und Selektion der Arbeitskräfte erleichtert wird. Zugleich verstärkt sich durch die Segmentierung der Belegschaften in Kerngrup-

4 Vgl. hierzu und zur Analyse des 84er Konflikts G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester, Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften, Soziale Bewegungen, Heft 16, Frankfurt/M. 1984, S. 9 ff.

5 Nach einem Bericht des „Handelsblatts“ heißt es im Jahresbericht 1986 der BDA: „Nicht pauschale Arbeitszeitverkürzung, sondern eine weitere Flexibilisierung und Differenzierung der Arbeitszeit seien notwendig...Die Arbeitgeber fordern, korrespondierend zur Erhöhung des technologischen Produktionsstandards die erstarrten Arbeitszeitblöcke weiter aufzulösen...“ (HB v. 9. 12. 1986).

Vgl. hierzu auch die Zusammenstellung „Unternehmervorstellungen zur Flexibilisierung“ in: Nachrichten 2/1987, S. 15/16.

6 Vgl. J. Goldberg, Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Frankfurt/M. 1985, S. 218 ff.

pen mit relativ festen sozialen Absicherungen und wenig geschützte Randbelegschaften der Druck auf das ganze innerbetriebliche Gefüge mit allen Wirkungen einer Disziplinierung und Intensivierung der Arbeit, aber auch der Differenzierung in den Interessenlagen der verschiedenen Lohnabhängigen-Gruppen. Die Randbelegschaften werden zu Puffern des flexiblen Arbeitskräfteeinsatzes.

„In diesem System ist die Arbeitslosigkeit sozusagen in Gestalt von Unterbeschäftigungsformen ins Beschäftigungssystem ‚integriert‘, damit aber auch eingetauscht worden gegen eine Generalisierung von Beschäftigungsunsicherheiten...“⁷ Diese Perspektive einer „Zweiteilung des Arbeitsmarktes entlang standardisierter und entstandardisierter Einsatznormen von Arbeitskraft“⁸, wie U. Beck sie durch den Flexibilisierungs- und Modernisierungsschub erwartet, ist aber nicht unvermeidliches Ergebnis der „Explosivität der Entwicklung in der Entfaltung der Produktivkräfte“, die „die Verhältnisse des Arbeitsvertrages und Arbeitsmarktes“⁹ sprengt, sondern Ziel einer *politischen* Deregulierungsstrategie des Kapitals, die auf dem arbeitsmarktpolitischen Machtvorsprung aufbauen kann und ihn weiter ausbauen will.

2. Anknüpfungspunkte für Flexibilisierung sind zweifellos auch in der Differenzierung von Arbeitszeitwünschen der Lohnabhängigen zu finden. Die „stille“ Durchsetzung von Gleitzeitsystemen insbesondere im Angestelltenbereich ist u. a. Ausdruck für das zunehmende Bedürfnis nach selbstbestimmter Arbeitszeiteinteilung. Individuelle Ansprüche auf freiere Disposition bei der Gestaltung der Arbeitszeit sind nach sozialer Lage, familiärer Lebenssituation, Qualifikation, Einkommen und Arbeitsbedingungen unterschiedlich ausgeprägt und vor allem unterschiedlich realisierbar. Präferenzen für flexible Arbeitszeit sieht G. Bosch u. a. in folgenden Gruppen:¹⁰

- unter Lohnabhängigen mittlerer und höherer Einkommensgruppen, die Freizeitgewinn auch mit Verzicht auf Einkommensanteile realisieren (z. B. Lehrer);
- unter der zunehmenden Zahl von Ein- und Zweipersonen-Haushalten, deren Zeitdisposition nicht so sehr durch ihre familiären Lebenszusammenhänge gebunden ist;
- unter der zunehmenden Zahl von Studenten, die infolge schlechterer sozialer Absicherung zu Teilzeit- und Gelegenheitsarbeiten gezwungen sind;
- unter der wachsenden Masse berufstätiger Frauen – vor allem unter den Müttern, die aufgrund der Defizite im gesellschaftlichen Reproduktionsbereich kürzere Arbeitszeiten wünschen und deshalb Teilzeittätigkeiten annehmen. Da die Frauenerwerbsquote trotz Krise weiter ansteigt, wächst auch dieses Potential für instabile und flexible Arbeitsverhältnisse.

Als eine entscheidende Determinante erweist sich auch hier der Druck der

7 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 227.

8 Ebd., S. 228.

9 Ebd., S. 235.

10 G. Bosch, Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft?, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 163 ff., hier: S. 171 f.

Reservearmee, der es dem Kapital ermöglicht, die Angebotsbedingungen zu diktieren, um persönliche Arbeitszeitwünsche für die Flexibilisierung zu nutzen. Mit dem Lockruf wachsender „Zeitsouveränität“ wird versucht, die Arbeitszeitbedürfnisse von Lohnabhängigen, die höchst ambivalent „akute Not-situationen, Abhängigkeiten und Konkurrenzbeziehungen wie auch neue Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung“ widerspiegeln,¹¹ für eine Durchlöcherung „starrer“ tarifvertraglicher und rechtlicher Schutzbestimmungen betreffs Lage und Dauer der Arbeitszeit zu mißbrauchen. Damit soll zugleich der gewerkschaftliche Kampf um einheitliche Verkürzung der Arbeitszeit unterlaufen werden.

Die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals kann Durchschlagskraft erhalten, weil sie Erfordernisse moderner Produktion und Möglichkeiten der Informationstechnologien aufgreift und gleichzeitig Anknüpfungspunkte in den unterschiedlich geprägten Arbeitszeitinteressen der Lohnabhängigen findet. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist der arbeitsmarktpolitische Machtgewinn der Unternehmer.

2.3. Deregulierung als politisches Konzept des konservativen Umbaus

Das auf die betriebliche und tarifliche Ebene zielende arbeitszeitpolitische Flexibilisierungskonzept der Unternehmer wird auf politisch-staatlichem Gebiet durch arbeits- und sozialrechtliche sowie beschäftigungspolitische Deregulierungsvorstellungen ergänzt. Deregulierung bedeutet hier Abbau aller Rechte und Maßnahmen, die dem arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz der Lohnabhängigen dienen sollen. Damit werden keine „rechtsfreien Räume“ geschaffen, sondern in wachsendem Maße kollektivrechtlicher Schutz als Erlungenschaft der Arbeiterbewegung durch die individuellen Formen des Zivilrechts ersetzt.

Das Programm der Deregulierung ist Teil eines grundlegenden Strategiewechsels des Monopol- und Finanzkapitals, mit dem zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Umorientierungen vollzogen wurden und der sich in der Etablierung einer konservativ-sozialreaktionären Herrschaftsvariante realisierte. Eine Regierungsübernahme durch den konservativen Machtblock wurde, nicht zuletzt angesichts der offenen Krise des sozialliberalen Integrationsmodells zu Beginn der 80er Jahre, als Voraussetzung dafür angesehen, ein konsistentes Programm des konservativen Umbaus und damit einer grundlegenden Neugestaltung der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse durchzusetzen.¹²

Für den „modernen“ Konservatismus in der BRD, wie ihn die Späth-Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ (1983) repräsentiert, erfordern die neuen Techniken die Befreiung „von der Bindung der Produktion an die starren Arbeitszeitregelungen von Tarifverträgen, Ar-

¹¹ Ebd., S. 172.

¹² Vgl. K. Pickshaus, Konservativer Umbau nach der Bundestagswahl, in: Marxistische Blätter 4/1987, S. 20 ff.

beitszeitverordnungen und Geschäftszeiten“.¹³ Den an diesen neuen Technologien Beschäftigten wird unter solchen Bedingungen autonomes, kreatives und flexibles Arbeiten verheißen.¹⁴ In dieser Vision sind zweifellos Übereinstimmungen mit den Auffassungen sozialdemokratischer Modernisierungsvertreter feststellbar.¹⁵ In der konservativen Strategie – gleich welcher Variante – wird allerdings keine Unklarheit darüber gelassen, daß der Staat, falls die Gewerkschaften Flexibilisierung nicht als zwangsläufige Konsequenz der Modernisierung der Wirtschaft akzeptieren, durch eine Veränderung der gesetzlichen Regelungen den Flexibilisierungsschub unterstützen wird.

Mit der Deregulierung wird auf einen Lebensnerv gewerkschaftlicher Politik gezielt: die allgemeine Schutzwirkung von Tarifverträgen und Sozialgesetzen. Das zentrale politische Ziel der konservativen Politik ist eine derartige Schwächung der Gewerkschaften, daß ihnen zur organisatorischen Bestandsicherung die Einbindung in einen – konservativ definierten – „sozialen Konsens“ als letzte Möglichkeit erscheint. Deregulierung umfaßt nicht nur den Abbau dieser oder jener Sozialleistung, sondern einen generellen Umbau der institutionellen und rechtlichen Verhältnisse, die das Sozial- und Arbeitsrecht, das Arbeitskampfrecht, das Kollektivvertragssystem, die Arbeitsmarktregulierung usw. betreffen. Marksteine dieses Umbaus sind die „Haushaltsoperationen“ 1982 bis 1984 sowie vor allem das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“ (BeschFG) von 1985, mit dem durch ein „gelenkigeres“ Arbeitsrecht – so die Regierungsbegründung – massiv Schutzrechte ausgehöhlt werden, ferner die Änderung des § 116 AFG vom Frühjahr 1986, mit der Streiks zum organisatorischen Existenzrisiko der Gewerkschaften werden.

Wenn auch mit inneren Widersprüchen und sozialpolitischen Manövern, wird dieser Deregulierungskurs auch nach den Bundestagswahlen 1987 von der konservativen Regierung fortgesetzt. Der Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das die bisher geltende Arbeitszeitordnung (AZO) ablösen soll, sowie die Pläne für eine Verlängerung des BeschFG, das die Ausbreitung flexibler Arbeitsverhältnisse massiv gefördert hat, über 1990 hinaus, belegen dies.

3. Empirische Zwischenbilanz – die Verbreitung flexibilisierter Arbeitszeiten und Beschäftigungsverhältnisse

3.1. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

Mit den tiefgreifenden Umbruchprozessen und dem Anschwellen von Dauerarbeitslosigkeit wird eine Krise des Normalarbeitsverhältnisses konsta-

13 Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Bericht der Kommission im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 169. Vgl. hierzu K. Roth, Strategie der Konservativen am Beispiel der „Späth-Kommission“, in: G. Lobodda/G. Richter (Hrsg.), Antworten auf den „Späth-Kapitalismus“, IMU-Institut-Studien 4, München 1985.

14 Zukunftsperspektiven ..., a. a. O., S. 23.

15 So zum Beispiel mit Peter Glotz. Vgl. seinen Vortrag beim Internationalen Metallgewerkschaftsbund im Juni 1986 in Montreal (Auszüge in: Der Gewerkschafter 7/1986, S. 38/39). Ähnliche Auffassungen finden sich bei Wolfgang Roth u. a.

tiert.¹⁶ G. Bosch hat den Begriff „Normalarbeitsverhältnis“ als „eine stabile, sozial abgesicherte, abhängige Vollzeitbeschäftigung“ definiert, „deren Rahmenbedingungen (Arbeitszeit, Löhne, Transferleistungen) kollektiv-vertraglich oder arbeits- bzw. sozialrechtlich auf einem Mindestniveau geregelt sind“.¹⁷ Zweifellos ist eine solche Definition historisch konkret für die BRD zu fassen; sie beschreibt eine Verallgemeinerung von sozialen Mindeststandards der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft, von denen immer auch Gruppen der Arbeiterklasse ausgeschlossen blieben (viele Ausländer und Frauen z. B.). Diese Verallgemeinerung ist als ein Ergebnis des Kampfes um die Normierung des Arbeitstages und der Stärke gewerkschaftlicher Gegenmacht zu verstehen – unterschiedlich ausgeprägt in den einzelnen Branchen, Betrieben und Regionen –, die das Wirken des Reservearmee Mechanismus zumindest einschränken konnte. Die Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses wird vorangetrieben durch die neuen Kapitalstrategien, die über Zeitverträge, Leiharbeitereinsatz und Expansion der Teilzeitarbeit den Personaleinsatz flexibilisieren und die durch gesetzliche Eingriffe in das Sozialsystem flankiert werden.

Während Arbeitszeitflexibilisierung mit den Arbeitskämpfen 1984 zu einem erstrangigen Konfliktthema wurde, konnte die konservative Regierung ein Jahr später mit dem BeschFG eine massive Öffnung zu flexibilisierten Arbeitsverhältnissen durchsetzen, ohne auf nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften zu stoßen. Das frühestens 1990 auslaufende Gesetz sieht eine Ausweitung der Möglichkeiten befristeter Beschäftigung bis zu 18 Monaten ohne Einschränkungen (bei Kleinbetrieben und Neugründungen sogar 2 Jahre), den Einsatz von Leiharbeitskräften beim Entleiher für sechs Monate (früher drei), Job-Sharing sowie Einschränkungen im Kündigungsschutz in Kleinbetrieben und restriktivere Bestimmungen für Sozialpläne vor.

Erste Untersuchungen von Auswirkungen des BeschFG zeigen folgende Trends:¹⁸

a) *Zeitverträge*: Der Anteil der befristet Beschäftigten hat sich nach einer repräsentativen Umfrage des FORSA-Instituts mit 8,5 % im Herbst 1986 gegen-

16 Mit unterschiedlichen Akzenten und Interpretationen U. Mückenberger, Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – Hat das Arbeitsrecht noch eine Zukunft?, in: Zeitschrift für Sozialreform, Hefte 7 und 8/1985, sowie G. Bosch, Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft?, a. a. O., Vgl. hierzu auch R. Wahsner, Das Arbeits- und Sozialrecht ist in Gefahr, in: A. Oppolzer u. a. (Hrsg.), Flexibilisierung – Deregulierung. Arbeitspolitik in der Wende, Hamburg 1986, S. 20 ff.

17 G. Bosch, a. a. O., S. 165.

18 Zu den ersten Untersuchungen der Gewerkschaften, der BDA, der Arbeiterkammer und Universität Bremen und des Dortmunder FORSA-Instituts siehe G. Bosch, Arbeitsmarkt, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 87, Köln 1987, S. 270 ff. Generell hierzu: G. Linne/S. Voswinkel, Befristete Arbeitsverhältnisse und das „Beschäftigungsförderungsgesetz“, in: WSI-Mitteilungen 7/1986.

über 4,1 % 1984 verdoppelt (von 900 000 auf 1,9 Mio.).¹⁹ Dabei wurden nach Schätzungen mindestens 600 000 ehemalige Dauerarbeitsplätze durch befristete Stellen ersetzt. Das Wissenschaftszentrum Berlin weist in einer Untersuchung aus, daß 1986 1,75 Mio. Personen (8 % aller abhängig Beschäftigten) in einem befristeten Arbeitsverhältnis standen; im Juni 1985 waren es 1,5 Mio.²⁰ Sowohl die IG Metall wie eine BDA-Untersuchung geben an, daß gegenwärtig ca. 50 % der Neueinstellungen befristet erfolgen. Dies bestätigt auch die Analyse des Wissenschaftszentrums Berlin.

Überproportionale Anteile befristeter Arbeitsverhältnisse sind in Branchen mit hohen Frauenquoten (Handel, Textil- und Bekleidungsindustrie), bei Teilzeitarbeitskräften, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen an den Hochschulen und in den Krisenregionen festzustellen. Da viele Jugendliche nach der Ausbildung nur Zeitverträge erhalten, wächst eine Generationengruppe, die im wesentlichen durch instabile Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist. Ein Viertel bis zur Hälfte der befristet Beschäftigten werden je nach Branche, Region und Qualifikation in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

b) *Leiharbeit*: Auch die Zahl der Leiharbeitskräfte („Arbeitnehmerüberlassung“) hat erheblich zugenommen. Nach einem konjunkturbedingten Rückgang 1982/83 stieg die Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit durch eine Stichtagmessung erfaßten Leiharbeitskräfte von ca. 33 000 (1984) und 49 000 (1985) auf über 70 000 (1986).²¹ Bezieht man alle Leiharbeitsverhältnisse eines Jahres ein, so ergeben sich weit über 200 000. Die Zahl der illegal überlassenen Leiharbeitskräfte, die statistisch nicht erfaßbar sind und zur Schattenwirtschaft gehören, wird zwischen 100 000 und 500 000 geschätzt. Schwerpunkte sind das Baugewerbe, aber auch der Metallbereich und die Chemiebranche.

Ebensowenig erfaßbar sind die Auswirkungen der verstärkt angewandten Methode der Unternehmer, bisher fest angestellte Beschäftigte in eine „erzwungene Selbständigkeit“ zu entlassen, um damit die Lohnnebenkosten einzusparen und die Risiken der Wirtschaftsentwicklung zu individualisieren. Beispiele für solche Tätigkeiten sind: Vertrieb und Transport (z. B. LKW-Fahrer), Satzherstellung, Buchhaltung z. T. in Heimarbeit, freie Journalisten, Außendienste der Versicherungen usw.²²

Befristete Arbeitsverhältnisse dienen ebenso wie Leiharbeit als Flexibilisierungsinstrumente, mit denen Personalreserven reduziert, vorübergehende saisonale „Arbeitsspitzen“ bewältigt und zugleich die Selektion neuer Arbeitskräfte verschärft und der Leistungs- und Disziplinierungsdruck erhöht wer-

19 FORSA-Analysen, Ungeschützte und statusgeminderte Arbeitsverhältnisse. Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Erhebung, Dortmund 1986, S. 1.

20 Wissenschaftszentrum Berlin, Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, April 1987, zit. nach einer Pressemitteilung der Grünen im Bundestag v. 13. 5. 1987.

21 Zu den Zahlen und Berechnungen vgl. M. Krüger, Leiharbeit – Zur Entwicklung eines personalpolitischen Flexibilisierungsinstruments, in: WSI-Mitteilungen 7/1987, S. 423 ff.

22 Diese Form betrieblicher Personalpolitik wird in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt von Udo Mayer und Ulrich Paasch untersucht. Vgl. hierzu: Die „erzwungene Selbständigkeit“, in: druck und papier 17/1987, S. 16.

den können. Viele Unternehmen sind mit dieser verfeinerten Form einer kapazitätsorientierten Arbeitskräfteplanung dazu übergegangen, dauerhaft ihre Stammbeschaftungen „abzuschmelzen“ und dafür flexibel verfügbare Randbeschaftungen aufzubauen. In dieser Segmentierung drückt sich auch eine Polarisierung von Qualifikationsanforderungen und der Qualität der Arbeitsbedingungen aus, da instabile Arbeitsverhältnisse eher durch geringe Qualifikationsanforderungen und kurze Anlernzeiten sowie belastende und gefährliche Arbeitsplätze charakterisiert sind.²³

Für personalpolitische Flexibilisierung spielt die Gruppe derer eine wachsende Rolle, die als Teilzeitkräfte nicht dem Schutz der Regelarbeitszeit unterliegen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (statistisch als Beschäftigte mit normalerweise 1–36 Wochen-Arbeitsstunden gefaßt) hat von 1980 bis 1986 um eine halbe Million auf insgesamt 3,15 Mio. zugenommen; davon sind über 90 % Frauen.²⁴ Etwa 40 % der Teilzeitbeschäftigten, ca. 1,1 Mio. gehörten 1985 zu den „geringfügig Beschäftigten“ (sogenannte „Pauschalkräfte“), die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, unter 430 DM im Monat verdienen und deshalb aus dem Schutz der Renten- und Krankenversicherung herausfallen. Nimmt man noch die Gruppe der sozialversicherten Teilzeitbeschäftigten mit bis zu 19 Wochenstunden hinzu, bei denen der Leistungsanspruch der Arbeitslosenversicherung entfällt, so wächst die Zahl der „ungeschützten“ Teilzeitarbeitsverhältnisse um knapp 400 000 auf insgesamt 1,5–1,6 Mio.

Durch das BeschFG wird die Konzentration der geringfügig Teilzeitbeschäftigten auf Kleinbetriebe gefördert, da für diesen Bereich Vorschriften des Kündigungsschutzes aufgeweicht wurden. Schwerpunkte der Teilzeitbeschäftigung liegen im öffentlichen Dienst, im privaten Dienstleistungsbereich sowie im Einzelhandel (hier 30 % aller Beschäftigten, in einzelnen Betrieben bis 70 %).²⁵ Besonders belastend ist die „Arbeit auf Abruf“ als eine Form der kapazitätsorientierten Teilzeitsysteme, auch wenn hier das BeschFG bestimmte Mindestnormen (4 Tage Ankündigungsfrist, mindestens 3 aufeinanderfolgende Arbeitsstunden usw.) festlegte.

Insgesamt ist durch das BeschFG „zweifelloso eine neue Qualität in der Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses erreicht worden, die auch die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Tätigkeit im Betrieb bedroht.“²⁶ Wachsende Gruppen mit instabilen Arbeitsverhältnissen, die kaum organisiert sind, erschweren die Entwicklung einheitlicher Handlungs- und Streikfähigkeit im Betrieb, und der Prozeß der Entrechtung und des Abbaus der sozialen Standards erreicht auch die Stammbeschaftungen. Zwar wurde das Problembewußtsein in jüngster Zeit in manchen Gewerkschaften geschärft, jedoch wir-

23 Das gilt auch für High-Tech-Unternehmen, wie eine interessante Betriebsanalyse von IBM Stuttgart belegt. Vgl. K. Maurer, Beschäftigtenstruktur und Arbeitsverhältnisse in einem Hochtechnologie-Großbetrieb, in: WSI-Mitteilungen 7/1987, S. 396 ff.

24 Vgl. zu den Zahlen und Erhebungsmethoden J. Goldberg, Die Entwicklung der Teilzeitarbeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1986, S. 1508 ff.

25 Vgl. U. Teske/J. Wiedemuth, Arbeitszeit im Einzelhandel. Humane Gestaltung oder Flexibilisierung?, in: WSI-Mitteilungen 5/1986, S. 347 ff.

26 G. Bosch, Arbeitsmarkt, a. a. O., S. 278.

ken die Versäumnisse der Vergangenheit als Hindernis bei der notwendigen Aktivierung dieses Feldes der Interessenvertretung. Nicht nur nahezu jeder Betriebsrat hat hier „seine Leichen im Keller“, sondern die Gewerkschaften insgesamt haben lange Zeit diesen Prozeß weitgehend tatenlos hingenommen, zumal in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien Lohnabhängige in instabilen Arbeitsverhältnissen kaum vertreten sind.

Nicht zuletzt der geringe Widerstand gegen die Verabschiedung des BeschFG 1985 zeigt, daß hier zum Teil auch ohne Kampf und ein eigenes Gestaltungskonzept Terrain aufgegeben wurde. Erst seit den 84er Tarifabschlüssen werden die Auswirkungen einer individuellen Arbeitszeitdifferenzierung in den Gewerkschaften breit diskutiert, obwohl Teilzeitarbeit als eine solche Form seit den 60er Jahren ein relevantes, aber auf Frauen konzentriertes Problem darstellt, dessen tarifliche und gesetzliche Absicherung aussteht.

Dimension und Dynamik der Ausweitung „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse erreichen inzwischen auch die männlichen Teile der Arbeiterklasse (siehe Tabelle 1). Sie breiten sich in Krisenregionen wie in prosperierenden High-

Tabelle 1: Erwerbstätige außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses 1984 und 1986 (in 1000)

	1984	1986
1. Erwerbstätige ¹	25 304	25 736
2. Abhängig Beschäftigte ¹	22 038	22 465
3. Registrierte Arbeitslose ¹	2 266	2 228
4. Stille Reserve ¹	1 288	1 161
Σ 3+4	3 554	3 389
5. Kurzarbeiter ²	384	197
6. ABM-Beschäftigte ²	80	102
7. Befristete Arbeitsverhältnisse ³	900	1 900 (1 750) ⁴
8. Registrierte Leiharbeitskräfte ²	32	70
9. Teilzeitarbeitskräfte ⁵	2 891	3 150
10. davon: nicht sozialversichert	1 056	ca. 1 200
Σ 5-10 (in Prozent von 2)	4 287 (19,4)	5 419 (24,1)
Σ 3-10 (in Prozent von 2-4)	7 841 (30,6)	8 808 (34,0)

1 Ifo, Wirtschaftskonjunktur 7/1987, S. A 11.

2 ANBA, Arbeitsstatistik 1984 und 1986 - Jahreszahlen. Die Angaben sind Jahresdurchschnittszahlen, die Zahl der während eines Jahres Betroffenen ist weitaus höher.

3 Ergebnisse einer Repräsentativumfrage von FORSA Dortmund.

4 Angaben nach einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag des BMAS, Berlin/W. 1987.

5 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2; MittAB 3/1986, S. 362; für 1986 eigene Schätzung.

Tech-Bereichen aus. Eine Bearbeitung dieser Defizite ist für die Gewerkschaften überfällig, zumal sich der Prozeß der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses fortsetzen wird.

Die Gesamtzahl der instabilen und „sozial ungeschützten“ Arbeitsverhältnisse ist von 1984 bis 1986 um ca. 1 Mio. auf insgesamt etwa 5,2 bis 5,4 Mio. gestiegen; das ist etwa ein Viertel der abhängig Beschäftigten. Die Zahl der wirklich Betroffenen liegt sicher höher, da vielfach nur auf Jahresdurchschnittszahlen und Schätzungen zurückgegriffen werden konnte. Gleichzeitig existiert eine Reservearmee von 3,4 Mio. Arbeitslosen, deren Grenzen zu den instabilen Arbeitsverhältnissen fließend sind. Bei einer zu erwartenden erneuten zyklischen Krisenverschärfung wird dieses Arbeitslosenheer zuerst und vor allem aus dem „ungeschützten“ Arbeitskräftepotential Zufuhr erhalten. Insgesamt sind also nur noch etwa 66 Prozent der abhängig Beschäftigten durch die Regelungen eines Normalarbeitsverhältnisses abgesichert.

In einer Periode, die ohnehin durch vielfältige neue Handlungs- und Organisationsanforderungen geprägt ist, bestimmt die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses eines der schwierigsten Felder künftiger gewerkschaftlicher Interessenvertretung, das die Gegenmachtfähigkeit in allen Bereichen beeinflußt. Neben der Deregulierung übt die Flexibilisierung der Arbeitszeiten einen besonders starken Druck auf das Normalarbeitsverhältnis aus.

3.2. Dimensionen und Trends der Arbeitszeitflexibilisierung

Nachdem die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie 1984 die Tabuisierung der 40-Stunden-Woche durchbrachen und sich eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch in anderen Wirtschaftsbereichen durchsetzte, konnten die Unternehmer in Verbindung damit tarifliche Regelungen zur Flexibilisierung von Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeiten erreichen. Ende 1986 galt für ca. 45 % aller Beschäftigten eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden oder weniger.²⁷ Ab 1. 4. 1988 wird für die Beschäftigten der Metall- und Druckindustrie die 37,5- und ab 1. 4. 1989 die 37-Stunden-Woche realisiert. Was geschieht innerhalb dieses Rahmens?

Variabilisierung der Arbeitszeiten

Die Anpassung des betrieblich eingesetzten Arbeitsvolumens an schwankenden Produktions- und Arbeitsanfall war bei einer „starrten“ Normalarbeitszeit mit den klassischen Methoden der Kurz- und Mehrarbeit (Überstunden, Sonderschichten) vorgenommen worden. In manchen Fällen haben Unternehmen zur gleichen Zeit für auftragsschwache Bereiche Kurzarbeit beantragt, während in anderen Abteilungen Mehrarbeit geleistet wurde. Während diese Formen im industriellen Sektor bisher vorherrschen, spielen im Handel und Dienstleistungsbereich seit langem variable Teilzeitarbeitssysteme (einschl. der extremen Form der Kapovaz) eine größere Rolle.

Für die Unternehmer besteht ein Nachteil der Mehrarbeit darin, daß sie

²⁷ Berechnung nach Angaben des WSI-Tarifarchivs, in: M. Kittner (Hrsg.), a. a. O., Tab. S. 117.

Zusatzkosten verursacht und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte unterliegt. Während seit 1970 der Einsatz von Überstunden stark zurückgegangen ist (1970: 157 Stunden jährlich pro Beschäftigten, 1980: 80, 1986: 68),²⁸ breiten sich variable Teilzeitarbeit, Jahresarbeitszeitsysteme und Gleitzeit auch im Produktionsbereich stärker aus. Mit Gleitzeit, die bei fehlenden tariflichen und betrieblichen Absicherungen eine variable Anpassung an den Arbeitsanfall erlaubt und vor allem im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich eingeführt ist, arbeiteten in der Gesamtwirtschaft 1972 6 % und 1980 12 % der Beschäftigten; neuere Schätzungen gehen bis zu 17 %.²⁹ Je größer der Betrieb und je höher der Angestelltenanteil, desto eher wird Gleitzeit praktiziert.

Insbesondere Unternehmen mit hoher Kapitalintensität und durchrationalisiertem betrieblichem Ablauf einschl. Zuliefer-, Lager- und Vertriebsbereich üben starken Druck in Richtung auf die Erhöhung der Anpassungsgeschwindigkeit der Produktion durch eine Planung des Arbeitskräfteeinsatzes im Jahresablauf aus. Schon 1984 war die Variabilisierung der Arbeitszeiten eine zentrale Forderung der Kapitalverbände. In den Tarifaueinanderetzungen 1987 forderten die Metallunternehmer eine Variabilisierung innerhalb eines Jahreszeitraums. Die individuelle wöchentliche Arbeitszeit sollte im Durchschnitt von 12 Monaten erreicht werden und Tagesarbeitszeiten bis zu 10 Stunden (in der Woche 50 Stunden) möglich sein.

Eine erste tarifliche Öffnung für eine begrenzte Variabilisierung enthielten die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie 1984. Danach war eine unterschiedliche Verteilung der Arbeitszeiten über einen Ausgleichszeitraum von 2 Monaten vorgesehen, innerhalb dessen die durchschnittliche neue Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden erreicht werden mußte. Eine empirische Auswertung der betrieblichen Umsetzung dieser Regelung zeigt, daß der Zweimonatszeitraum von etwa zwei Dritteln der Betriebe eingehalten, von fast 15 % aber eindeutig überschritten wird. Dies trifft vor allem auf Großbetriebe zu.³⁰ In den Tarifabschlüssen 1987 in der Metallindustrie wurde der Ausgleichszeitraum auf 6 Monate erweitert, was den Unternehmern einen erheblich größeren Anpassungsspielraum für Produktions- und Marktschwankungen gibt. Der Erfolg der Unternehmer in dieser Frage hängt nach Aussage des IG-Metall-Vorsitzenden Steinkühler damit zusammen, daß hier der Widerstand der Belegschaften am geringsten entwickelt war und in vielen Betrieben schon gegen den bisherigen 2-Monats-Zeitraum verstoßen wurde.³¹

Eine wichtige Rolle für die Variabilisierungsmöglichkeit spielt ferner die

28 Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Mitt AB) 3/1986, S. 380.

29 Vgl. H. Bielenski u. a., *Flexible Arbeitszeiten. Erfahrungen aus der Praxis*, Frankfurt/New York 1985, S. 401 f.

30 G. Bosch u. a., *Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche. Ergebnisse einer Auswertung von Betriebsvereinbarungen aus der Metallindustrie*, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 12, Düsseldorf 1986, S. 38 ff. Die Ergebnisse beziehen sich auf über 3000 Betriebsvereinbarungen. Vgl. auch R. Schmidt/R. Trinczek, *Erfahrungen und Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik*, in: *Prokla* 64, September 1986, S. 85 ff. Die Autoren stützen sich auf eine regionale Auswertung im mittelfränkischen Raum.

31 F. Steinkühler, *Politische Bestandsaufnahme*, dokumentiert in: *Nachrichten* 7/1987, S. 14.

Form der Arbeitszeitverkürzung: Über 50 % der Betriebe der Metall- und 76 % der Druckindustrie haben eine wöchentliche Form (zumeist freitags 1½ Stunden oder 3 Stunden jede zweite Woche), 30 % bei Metall (insbesondere Automobilindustrie) und fast 15 % bei Druck freie Tage, mit deren Bündelung sich eher Arbeitsanfallschwankungen ausgleichen lassen.³²

Den Druckunternehmen ist in den Tarifverträgen 1984 wie 1987 „aus betrieblichen Gründen“ die Möglichkeit für eine Jahresflexibilität in Form von Arbeitszeitverteilungsplänen eröffnet worden, von der allerdings nur 3 % – fast ausschließlich Großbetriebe (2 % der Beschäftigten) – Gebrauch machen.³³

Die von den Gewerkschaften gesehene Gefahr der „Saisonarbeit“ und der völligen Unterordnung der individuellen Zeitbedürfnisse unter die „betrieblichen Belange“ ist durch die Öffnung der Tarifverträge für eine Variabilisierung größer geworden. Demgegenüber zeigen die Arbeitszeitpräferenzen der Beschäftigten, daß – bei unterschiedlichen Optionen für wochennahe Formen oder freie Tage – Stetigkeit und Planbarkeit der Arbeitszeiten eine große Bedeutung haben und Konflikte über den vom Unternehmer bestimmten variablen Arbeitszeiteinsatz vorprogrammiert sind.

Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten

Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts besteht das Ziel der Unternehmer bei Einführung von flexiblen Arbeitszeiten hauptsächlich darin, „Produktionsanlagen besser auszunutzen (70 v. H. der Unternehmen)“.³⁴ Dies wird u. a. durch eine Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten versucht, bei der vor allem folgende Arbeitszeitvarianten angewandt werden: Überstunden, Gleitzeitsysteme, Schichtarbeit einschl. Teilzeitschichten, Samstags- bzw. Wochenendarbeit.³⁵ Hinzu kommt das immer häufigere „Durchlaufenlassen“ der Maschinen während versetzter Pausen.

Die verstärkte Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten kann unterschiedliche Ursachen haben:³⁶ Aus Versorgungsaspekten haben soziale und gesundheitliche Dienste, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrs- und Informationsdienste u. ä. verlängerte oder permanente Betriebsnutzungszeiten. In Teilen der Stahl- oder Chemieindustrie bedingt die stoffliche Struktur von Produktionsprozessen kontinuierlichen Betrieb. Der stärkste Druck, Betriebsnutzungszeiten auszuweiten, geht allerdings von den gegenwärtigen Rationalisierungsstrategien aus. Durch längere und intensivere Nutzung der kostspieligen modernen Anlagen soll dem raschen „moralischen Verschleiß“ durch den schnellen technologischen Wandel entgegengewirkt und so die Rentabilität erhöht werden. Ohne zusätzliche Investitionsnachfrage können die Produk-

32 Bosch u. a., Betriebliche Umsetzung ..., a. a. O., S. 26 ff.; druck und papier 15/1985, S. 7.

33 druck und papier 15/1985, S. 7.

34 Ifo-Schnelldienst 24/1986, S. 17.

35 Ca. 15 % aller Beschäftigten sind von Schicht- und Nachtarbeit betroffen. Vgl. ISO, Entwicklung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, Köln 1986, S. 1.

36 Vgl. H. Seifert, Durchsetzungsprobleme zukünftiger Arbeitszeitgestaltung, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 220.

tionskapazitäten erweitert werden, was allerdings in der Regel zu einer Verschärfung der Konkurrenz der Konzerne um die Absatzmärkte führen wird.³⁷

Der politisch brisanteste Konflikt mit den Gewerkschaften entzündete sich am Versuch der Unternehmer, den Samstag bzw. das Wochenende tariflich als reguläre Arbeitszeit zu verankern. Zwar arbeiten nach einer Repräsentativuntersuchung von 1983 jetzt schon 19 % aller Beschäftigten samstags und 9,2 % sonntags; dies beschränkt sich jedoch vor allem auf die genannten Bereiche von Dienstleistungen, Handel, Verkehr usw. (20–30 % Samstagbeschäftigte).³⁸

1984 wurden die tariflichen Vorschriften zur Samstagarbeit nicht verändert. Allerdings bieten nicht alle Tarifverträge einen Schutz vor einer Ausdehnung der Betriebszeiten auf den Samstag. Bei der betrieblichen Umsetzung der Metalltarifverträge von 1984 wurden fast in der Hälfte der Unternehmen Vereinbarungen zur Festschreibung der Betriebsnutzungszeiten abgeschlossen.³⁹ In einzelnen Betrieben gelang den Unternehmern allerdings ein Zugriff auf das seit den 60er Jahren freie Wochenende, z. T. mit Zugeständnissen bezüglich neuer Arbeitsplätze und einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit.⁴⁰

Auch innergewerkschaftlich erwies sich die Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten auf das Wochenende als kontroverses Thema, nachdem Vertreter der IG Chemie Samstagarbeit aus betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsgründen öffentlich akzeptierten.⁴¹ Dennoch erwies sich die Verteidigung des freien Wochenendes aus gesundheitlichen wie aus kultur- und freizeitpolitischen Gründen als ein entscheidender Mobilisierungsansatz der Gewerkschaften. In den Tarifvereinbarungen der Metallindustrie 1987 konnte die Sicherung des freien Samstags verbessert werden. In der Regel wird weiterhin auf betrieblicher Ebene ausgehandelt, wann Samstagarbeit als Ausnahme zulässig ist.

Bei weiterer Verkürzung der Wochenarbeitszeit werden die Unternehmer versuchen, die Betriebsnutzungszeiten durch verstärkten Schichteinsatz und variabel versetzte Arbeitszeitsysteme aufrechtzuerhalten oder gar auszudehnen. Neben der Begrenzung der Betriebsnutzungszeiten wird daher auch die Frage der künftigen Form von Arbeitszeitverkürzung in diesem Zusammenhang relevant. Bei einer 4-Tage-Woche z. B. wäre der Zugriff der Unternehmer auf den Samstag als regelmäßige Produktionszeit nicht aufzuhalten. Auch deshalb ist eine tägliche Arbeitszeitverkürzung aus gewerkschaftlicher Sicht vorzuziehen.⁴²

37 Vgl. am Beispiel der Tiefdruckbranche M. Schlecht, Ausweitung der Betriebszeiten?, in: WSI-Mitteilungen 1/1987, S. 27 ff.

38 U. Engfer u. a., Arbeitszeitsituation und Arbeitszeitverkürzung in der Sicht der Beschäftigten. Ergebnisse einer Arbeitnehmerbefragung, in: Mitt AB 2/1983, S. 95.

39 Bosch u. a., Betriebliche Umsetzung . . ., a. a. O., S. 57.

40 Vgl. unten Abschnitt 4.2.

41 Vgl. hierzu das Interview mit H. Rappe, dokum. in: Frankfurter Rundschau v. 15. 12. 1986, und die Diskussionen auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und der IG Druck und Papier im Oktober 1986.

42 Vgl. D. Hensche, Wertewandel und neue Bedürfnisse, in: I. Kurz-Scherf/G. Breil (Hrsg.), Wem gehört die Zeit. Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg 1987, S. 92.

Betriebliche Differenzierung der individuellen Arbeitszeiten

Die Tarifverträge in der Metallindustrie 1984 sahen erstmals die Möglichkeit der innerbetrieblichen Differenzierung der individuellen Regelarbeitszeiten zwischen 37 und 40 Wochenstunden vor. Diese Form der individuellen Flexibilisierung, wie sie im sogenannten Leber-Kompromiß vereinbart wurde, konnte in der Druckindustrie durch einen längeren Arbeitskampf verhindert werden.

Die individuelle Differenzierungsregelung war auch deshalb das konfliktreichste Thema, weil hiermit der Angriff auf den bislang einheitlichen Arbeitszeitstandard der Vollzeitbeschäftigten – für Teilzeitarbeitskräfte gilt er ohnehin nicht – gerichtet wurde. Das ökonomische Interesse des Kapitals läßt sich daran erkennen, daß in den Fällen einer Differenzierung die längeren Arbeitszeiten (40 Stunden) vor allem für „kostspielige“ Arbeitskräfte (hochqualifizierte bzw. spezialisierte Gruppen wie EDV-Fachleute, Facharbeiter mit CNC-Kenntnissen und Arbeitskräfte in leitenden Positionen bzw. in Engpaßbereichen) festgelegt wurden, während die kürzeren (37 Stunden) zumeist für Arbeitskräfte mit geringerer Qualifikation oder ältere Beschäftigte gelten.

Offensichtlich überwogen jedoch die politischen Interessen des Kapitals an einer Zersplitterung der Arbeitszeitmuster in den Belegschaften. Die empirischen Auswertungen belegen, daß in über 77 % der Betriebe nicht differenziert wurde.⁴³ Nur 5 % der Beschäftigten in der Metallindustrie haben eine von 38,5 Stunden abweichende individuelle regelmäßige Arbeitszeit. Insbesondere Konzernbetriebe mit einer bestimmenden Rolle im Unternehmerverband wie Siemens, Bosch, Mannesmann und vor allem Daimler-Benz setzten die Differenzierung durch. Offensichtlich sah Gesamtmetall die Funktion der Differenzierung darin, diese „als Speerspitze gegen die Regelarbeitszeiten zu nutzen, um damit die Aushebelung der normativen Schutzfunktion zugunsten weitergehender Flexibilisierung zu betreiben“.⁴⁴

Das WSI resümiert, daß es „1985 nicht zu dem befürchteten großen Einbruch in die Normalarbeitszeit gekommen“ ist.⁴⁵ Die Gründe sind u. a. darin zu suchen, daß für viele Betriebe solche Differenzierungsmodelle komplizierte Organisationsprobleme aufwerfen. Zum anderen konzentrierte sich hiergegen der gewerkschaftliche Widerstand. Viele Betriebe haben die Risiken solcher Konflikte und der daraus entstehenden Kosten gefürchtet. In den Metalltarifvereinbarungen 1987 konnte die IG Metall eine Verringerung des Differenzierungsspielraums von 3 auf 2,5 Stunden durchsetzen, und zwar ab 1. 4. 1988 zwischen 37 und 39,5 und ab 1. 4. 1989 zwischen 36,5 und 39 Stunden. Die IG Metall orientiert betrieblich darauf, daß auch dieser Spielraum nicht ausgenutzt wird.

43 Bosch u. a., Betriebliche Umsetzung . . . , a. a. O., S. 65; ebenso Schmidt/Trinczek, a. a. O., S. 96 ff.

44 Schmidt/Trinczek, a. a. O., S. 101.

45 Bosch u. a., Betriebliche Umsetzung . . . , a. a. O., S. 65.

3.3. Widersprüche und Trends

Die in der Arbeitszeitflexibilisierung enthaltenen Entsolidarisierungsgefahren werden noch dadurch verstärkt, daß die Ausgestaltung der Arbeitszeitverträge von 1987 wie 1984 jeweils auszuhandelnden betrieblichen Vereinbarungen überlassen bleibt, wodurch die in der Konkurrenzstruktur der kapitalistischen Wirtschaft angelegten betriebsegoistischen Tendenzen verstärkt und die vereinheitlichende Normsetzungsmacht der Gewerkschaften ausgehöhlt werden kann. Die Gewerkschaften versuchten der Gefahr durch zentrale Orientierungs- und Handlungsvorgaben zu begegnen und die Situation zugleich zu einer Aktivierung und Politisierung ihrer Betriebsarbeit zu nutzen. Auch wenn für die Ergebnisse die jeweiligen betriebsspezifischen Konflikt- und Kräftestrukturen prägend waren, wurde insgesamt eine erhöhte Sensibilität der Belegschaften und ihrer Vertretungsorgane für Arbeitszeitfragen erreicht.

Bei der Durchsetzung von Flexibilisierungsregelungen lassen sich unterschiedliche Linien feststellen. Barrieren für eine Arbeitszeitdifferenzierung und -variabilisierung größeren Umfangs ergeben sich in vielen Unternehmen daraus, daß noch keine leistungsfähigen elektronischen Arbeitszeiterfassungs- und -verarbeitungssysteme eingeführt sind. Sie wären Voraussetzung für eine effektive Nutzung und sind bisher vor allem in Betrieben mit Gleitzeitsystemen zu finden.

Dort allerdings, wo auf der Basis elektronischer Technologien die Integration der Teilrationalisierungsschritte und die Steuerung des betrieblichen Gesamt Ablaufs weit vorangeschritten sind, kann das Kapital auch eine personalwirtschaftliche Feinplanung realisieren. Vorprescher der Flexibilisierung sind vor allem Großbetriebe der materiellen Produktion, in denen sich der „neue Rationalisierungstyp“ am deutlichsten durchsetzt. Nach wie vor wird vom tertiären Sektor, insbesondere den Großbetrieben im Einzelhandel, die zunehmend zur elektronisch gestützten Personaleinsatzplanung übergehen, ein Flexibilisierungsdruck ausgehen.⁴⁶

Offensichtlich ist die politische Komponente bei der Durchsetzung von Flexibilisierungsmodellen. Alle Auswertungen des Verlaufs und der Ergebnisse der betrieblichen Umsetzungsrunde nach 1984 weisen auf die Vorreiterfunktion und die dominante Rolle des Konzernkapitals und der in den Unternehmerverbänden bestimmenden Monopolgruppen bei der Forcierung solcher Regelungen hin.⁴⁷

Wenn auch in mancher Hinsicht noch von einer „Inkubationszeit neuer Arbeitszeit“ gesprochen werden kann⁴⁸ und insgesamt der gewerkschaftliche Widerstand in den Betrieben viele Versuche verhinderte, so liegen die Haupttrends offensichtlich in der Nutzung der größeren Variabilisierungsspielräume zur Arbeitszeitplanung und in der Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten.

46 Vgl. J. Wiedemuth/R. Wolff, Gläserner Mensch – Neue Technologien und Arbeitszeit, in: G. Gerlach u. a., Dienst am Kunden. Der Handel zwischen Flexibilisierung und Ladenschluß, Hamburg 1987, S. 103 ff.

47 Bosch u. a., Betriebliche Umsetzung ..., a. a. O.; ebenso Schmidt/Trinczek, a. a. O., S. 94 ff.

48 Schmidt/Trinczek, a. a. O., S. 100.

Hier wird auch in Zukunft der größte Druck auf die Regelarbeitszeiten spürbar sein.

Nach den Tarifabschlüssen des Frühjahrs 1987 wird sich die Auseinandersetzung vorerst wieder auf die Kämpfe um „Geländegewinne“ im Betriebsalltag verlagern. Zugleich aber bleibt das politische Interesse des Kapitals an einer Deregulierung bestimmend, so daß politische Konflikte um die gesetzlichen Normierungen des „Normalarbeitsverhältnisses“ und den weiteren Abbau von Sozialrechten zu erwarten sind.

4. Konflikte um Flexibilisierung und gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik

Jede Bestandsaufnahme betrieblicher Umstrukturierungen wird eine Vielzahl von Fällen belegen können, bei denen neue Modelle flexibler Arbeitszeiten oder die Ausweitung „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse auf die Duldung oder Zustimmung der Betriebsräte und der Belegschaften stießen. Kann möglicherweise von einem wachsenden Integrationspotential der Flexibilisierung ausgegangen werden? D. Hensche hält es für einen „Irrtum zu glauben, die gegenläufigen Interessen der Unternehmer (an höchstmöglicher Verfügbarkeit der Arbeitskraft) und der Arbeiter und Angestellten (an verlässlicher, gestaltbarer und gesellschaftlich nutzbarer Freizeit) würden unter dem Zauberstab der neuen Technik in Harmonie zusammenfinden“.⁴⁹

Der Blick auf die betrieblichen und tariflichen Konflikte der letzten Jahre zeigt sehr unterschiedliche Ablaufs- und Lösungsformen dieser Interessenausinandersetzungen. Er macht ferner deutlich, daß die Flexibilisierung in übergreifende Strategien des Kapitals zur Neustrukturierung der Klassenbeziehungen integriert ist und zum Gegenstand offener Klassenkonflikte wurde.

4.1. Von der Konfrontation zum Sozialkompromiß?

1984 wurde um Arbeitszeitverkürzung und gegen die Flexibilisierungsziele des Kapitals einer der erbittertsten und längsten Arbeitskämpfe in der bundesdeutschen Geschichte geführt. Allein die massiven Aussperrungsmaßnahmen demonstrierten, daß es dem Kapital um eine grundlegende Schwächung der Gewerkschaften ging. 1987 wurden nach monatelangen Kampfvorbereitungen und breiter Mobilisierung der Gewerkschaften in Spitzengesprächen Kompromisse geschlossen, die ein ähnliches materielles Ergebnis wie 1984 ergaben: Eine eineinhalbstündige Arbeitszeitverkürzung und gewerkschaftliche Zugeständnisse bei der Flexibilisierung mit einer dreijährigen Laufzeit auch für Lohn- und Gehaltstarife, die als Chance der Erneuerung des „sozialen Friedens“ angepriesen wird.⁵⁰ Die Kapitalseite verbindet mit dem demon-

⁴⁹ Hensche, Wertewandel ..., a. a. O., S. 94.

⁵⁰ Vgl. ausführlicher zu den Ergebnissen und ihrer politischen Bewertung W. Roßmann, Renaissance der Sozialpartnerschaft? Arbeitszeitkompromiß 1987 und die Perspektiven der Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1987, S. 779 ff.; K. Pickshaus

strierten Sozialkompromiß die Zielstellung, ihn als dauerhafteren „sozialen Konsens“ zu befestigen und die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, in einen „Modernisierungspakt“ zu integrieren. Kooperation und Kompromißfindung erscheinen nunmehr auch auf anderen Konfliktfeldern eher möglich.

Welches Kräfteverhältnis und welche strategische Optionsverlagerung der führenden Kräfte im Kapitallager verbergen sich hinter dem Arbeitszeitkompromiß von 1987? Erweisen sich die Abstriche der Unternehmer an ihren Flexibilisierungszielen in der Tarifrunde und die relative Stabilität der in den Abschlüssen zum Ausdruck kommenden Kräftekonstellation möglicherweise als Pyrrhus-Siege der Gewerkschaften, die nur die fortwährende und schleichende Erosion ihrer Macht in den Betrieben verschleiern?⁵¹ Zweifellos sind die Gewerkschaften in den 80er Jahren in den „Zangengriff“ von ökonomischen Krisenprozessen, technologischem Umbruch und Strukturwandel des Reproduktionstyps sowie konservativer Offensive gekommen. Der Strategiewechsel in der herrschenden Klasse, der in der Regierungsübernahme durch den konservativen Block 1982 und dem Übergang zu einer konfrontativen Politik gegenüber den Gewerkschaften zum Ausdruck kam, kumulierte 1984 in einem Machtkonflikt, bei dem Regierung und Kapital auf eine gewerkschaftliche Niederlage kalkuliert hatten. Diese Zielsetzung scheiterte an der Mobilisierungs- und Streikfähigkeit von IG Metall und IG Druck und Papier auch unter den komplizierten Krisenbedingungen. Hierauf aufbauend, konnten die Gewerkschaften 1986/87 trotz des inzwischen verabschiedeten § 116 AFG durch organisatorische und arbeitskampftaktische Vorbereitungen, durch eine breite Mobilisierung mit Warnstreiks und Überstundenverweigerungen und durch die von Solidaritätsbeschlüssen des DGB geforderte Initiierung einer außerbetrieblichen Unterstützungsbewegung ihre Gegenmachtfähigkeit überzeugend demonstrieren.⁵²

Damit war auch für die Unternehmerverbände und die Regierung das Risiko gewachsen, daß bei Zuspitzung in einem Arbeitskampf eine unkalkulierbare politische Dynamik ausgelöst würde. Befürchtungen einer politischen Polarisierung, wie sie die britischen Erfahrungen der Streiks der Bergarbeiter nahelegten, wirkten deshalb auf beiden Seiten in Richtung einer Konflikteingrenzung.

Die Optionsverlagerung im Kapitallager von der offensiven Konfrontation zur Sicherung des „sozialen Konsenses“ reflektiert deshalb das relative Kräftegleichgewicht, das sich seit den Arbeitskämpfen 1984 und den politischen Bewegungen gegen den § 116 AFG 1985/86 herausgebildet hat. Hinter diesem auch im internationalen Vergleich recht stabil wirkenden Bild gewerkschaftli-

haus, Sozialkompromiß 1987 und künftige Konfliktfelder, in: Marxistische Blätter 6/1987, S. 6 ff., sowie Heinz Schäfer in: Nachrichten 5/1987 und W. Cieslak in: UZ vom 12. 5. 1987.

51 Diese Vermutung äußert J. Hoffmann in einer Analyse der Gewerkschaftsperspektiven nach den 84er Streiks: J. Hoffmann, Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren, in: Prokla 64, 1986, S. 8 ff.

52 Vgl. hierzu K. Pickshaus, Bleiben die Gewerkschaften streikfähig?, in: Marxistische Blätter 5/1987, S. 23 ff.

cher Gegenmacht in der BRD verbergen sich dennoch „Geländegewinne“ des Kapitals seit der „Bonner Wende“.⁵³ Zu nennen sind die Umverteilungserfolge zugunsten des Kapitals durch Lohn- und Steuerpolitik, die sich in der niedrigsten Nettolohnquote seit den 50er Jahren ausdrücken, ebenso die fortschreitende Deregulierung und die dargestellte Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Die gesetzlichen Eingriffe in das Arbeitskämpfrecht haben mit der Novellierung des § 116 AFG die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften erheblich verschlechtert, die zudem durch die Krise der Neuen Heimat politisch angeschlagen und finanziell geschwächt wurden.

Beide Faktoren – die Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften wie die nach wie vor ungebrochene Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und ihre stabile Verankerung⁵⁴ – bilden die neue, wenn auch labile „Geschäftsgrundlage“ für Integrationsangebote des Kapitals, die die gewerkschaftliche Akzeptanz für den Modernisierungs- und Flexibilisierungsschub sichern und erweitern sollen. Die sich als dauerhafter erweisende konservative Hegemonie und der Druck der Massenarbeitslosigkeit befördern innerhalb der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften zur Zeit eher Tendenzen der Anpassung. Eine sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Betriebs- und Gewerkschaftspolitik kann auf Vorstöße des Kapitals für korporatistische Arrangements setzen, die bei relativer sozialer Sicherung der Interessen der qualifizierten Lohnabhängigengruppen und Stammbesellschaften allerdings eine weitere Statusverschlechterung der „Randgruppen“ beinhaltet. Einen Prototyp dieser Politik repräsentiert die IG Chemie, die in den letzten Jahren bei Verzicht auf eigene Mobilisierung und z. T. scharfer Polemik gegen eine autonome Gewerkschaftspolitik letztlich von der Initiativfähigkeit und den Erfolgen der kämpfenden Gewerkschaften profitiert hat.

Über die Notwendigkeit oder Unabwendbarkeit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten scheint ein recht breiter und diffuser gesellschaftlicher Konsens zu bestehen, wenngleich die Zustimmungsqoten zu Arbeitszeitverkürzungen inzwischen höher liegen als zu Flexibilisierung.⁵⁵ Die Gewerkschaften werden dennoch bei der Weiterentwicklung ihrer arbeitszeitpolitischen Strategie von einer anhaltenden Flexibilisierungsdynamik ausgehen müssen. Mit der nach den 87er Tarifabschlüssen aufgestellten These vom „Ende eines gewerkschaftlichen Kampfzyklus“, der vor allem durch den Widerstand gegen eine Neuordnung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals und des konservativen Blocks geprägt war, war auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, für den Zyklus der kommenden Klassenausein-

53 Vgl. hierzu F. Deppe, *Krisenlogik und Gestaltungszwänge. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften und die politische Ökonomie des Kapitalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1987, S. 932 ff.

54 Für bislang ungebrochene stabile Verankerung der Gewerkschaften sprechen die positive Mitgliederentwicklung 1985 und 1986, die Erfolge bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1987 sowie die Ergebnisse der Infas-Untersuchung „Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre“, Düsseldorf (1987), die auf einer Repräsentativbefragung basieren.

55 Vgl. ebd., S. 96.

andersetzungen über eine Verteidigung der Interessen hinaus „Konzeptionen und Lösungen für die strukturellen industrie- und sozialpolitischen Zukunftsprobleme“ zu entwickeln, in denen die Herausforderung der Umbrüche in Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise bearbeitet und die neuen Bedürfnisse aufgenommen werden.⁵⁶

Dies wird auch für die Arbeitszeitpolitik gelten müssen. Aus den Erfahrungen von 1984 hatten die Gewerkschaften in der Vorbereitung der Tarifbewegungen 1987 über die allgemeine Forderung nach der 35-Stunden-Woche und eine Ablehnung der kapitalorientierten Flexibilisierung hinaus Ansätze eigener Arbeitszeitgestaltungskonzepte entwickelt, die das Bedürfnis vieler Beschäftigtengruppen an stärker selbstbestimmten Arbeitszeiten berücksichtigen sollen und auf kollektiven Schritten der Arbeitszeitverkürzung beruhen. Die IG Druck und Papier präziserte ihr Ziel in der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag als Regelfall einschließlich zusätzlicher Verkürzungen für Schichtarbeiter, während die IG Metall unverzichtbare Eckdaten (z. B. tägliche Höchst-arbeitszeit 8 Stunden, 5-Tage-Woche von Montag bis Freitag usw.) formulierte. Gefordert wurden ferner tariflich abgesicherte Gleitzeitmodelle sowie eine tarifliche Regelung von Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit.⁵⁷ Zweifellos wird die Beseitigung von tariflichen Regelungsdefiziten in diesen Bereichen für die kommenden Jahre eine vorrangige Aufgabe bleiben. Betriebliche und tarifliche Konflikte werden sich hieraus entwickeln.

4.2. Unterschiedliche Durchsetzungskonzepte des Kapitals

Zur Durchsetzung von Flexibilisierungsregelungen werden von den Unternehmern unterschiedliche Strategien verfolgt.

a) Auf betrieblicher Ebene haben *selektive kompromißorientierte Konzepte* oft den größten Erfolg. Ein Hauptziel besteht darin, die Betriebsnutzungszeiten auszudehnen, meist durch Erweiterung auf 6-Tage- oder sogar 7-Tage-Produktion. Für solche neuen Arbeitszeitregelungen (zumeist Wochenendschichten) werden Gruppen in der Belegschaft gewonnen, deren Lebenslagen dies erleichtern und deren Zustimmung mit besonders günstigen Angeboten erkaufte wird, so daß sich meist kein kollektiver Widerstand regt.

Erstes Beispiel: In seinem Regensburger Werk konnte der Siemens-Konzern Ende 1986 im Bereich der Megabit-Chip-Fertigung gegenüber dem Betriebsrat eine 7-Tage-Produktion durchsetzen, die mit „technischen Zwängen“ begründet wurde. Die Zustimmung wurde mit der Schaffung von 800 neuen Arbeitsplätzen und Flexi-Zuschlägen für die Wochenendschicht honoriert, die bis zur Verdoppelung der Normaleinkommen reichen. Von der Wochenendarbeit sind ca. 300 Beschäftigte betroffen – in der Mehrzahl unverheiratete

⁵⁶ W. Roßmann, a. a. O., S. 788.

⁵⁷ Vgl. im einzelnen das Positionspapier des IG-Metall-Vorstandes zur Arbeitszeitflexibilisierung, auszugsweise dokumentiert in: Prokla 64, 1986, S. 106 ff.

junge Frauen. In den anderen Siemens-Werken versuchte die IG Metall, diesen Verstoß gegen tarifliche Bestimmungen zu verhindern.⁵⁸

2. Beispiel: Ebenfalls in der Vorphase der Tarifbewegung wollten drei der insgesamt vier großen Konzerne im Tiefdruckbereich regelmäßige Samstagarbeit durchsetzen, die mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden und Neueinstellungen „belohnt“ werden sollte. Im Itzehoer Werk von Gruner + Jahr stimmte der Betriebsrat einer solchen Vereinbarung zu, weil hier mit der Entlassung von fast 300 Beschäftigten gedroht worden war.⁵⁹ Innergewerkschaftlich führte dies zu heftigen Debatten, die auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1986 in eine Bekräftigung der ablehnenden Haltung gegenüber solchen Flexibilisierungsvorstößen mündeten.

3. Beispiel: Als Reaktion auf die expandierenden und umkämpften Märkte für Compact-Disks (CD) versuchte das Unternehmen PDO in Hannover (Teil des Philips-Konzerns), eine generelle Produktionsausweitung auf den Samstag und, als dies der Betriebsrat ablehnte, eine befristete Einführung von Wochenendschichten durchzusetzen. Hierdurch sollten 350 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die allerdings nach dem BeschFG befristet wurden. Die Bezahlung der zwei Wochenendschichten liegt z. T. bei bis zu 95 % des Normalverdienstes. Die Erfahrungen seit 1985 belegen, daß dieser Teil der Beschäftigten von der Stammebelegschaft isoliert bleibt, durch unterschiedliche Arbeitszeitmuster selbst zersplittert und enormen Arbeitsbelastungen ausgesetzt ist und von der Interessenvertretung des Betriebsrats kaum erfaßt wird.⁶⁰

Durch selektive Strategien wird die Regelarbeitszeit an den Rändern, für Teilgruppen oder einzelne Betriebsbereiche durchlöchert. Das Potential hierfür ist durch den Arbeitsmarktdruck und die Differenzierung der Lebenslagen angewachsen. Günstige Konditionen für derartige Angebote sichern eine breitere Akzeptanz in den Belegschaften. Mit publizistisch ausgeschlachteten Vorzeigemodellen der Unternehmer wird gezielt Druck für einen generellen Abbau tariflicher und gesetzlicher Einschränkungen von Flexibilisierung entwickelt. Eine gewerkschaftliche Interessenvertretung, die, gestützt auf die oft vorhandene Akzeptanz in der Belegschaft, diese „Durchlöcherungsstrategie“ hinnimmt, wird auf Dauer die Grundlage ihrer eigenen Handlungsfähigkeit untergraben.

b) Um tariflich gesicherte Kernelemente der Regelarbeitszeit in Frage zu stellen, kalkulieren die Unternehmer auch *konfrontative Strategien* ein, da dieses Ziel über Teilzugeständnisse auf einer Kompromißbasis meist nicht durchsetzbar erscheint. In den Tarifaueinandersetzungen im Bankenbereich im Frühjahr 1987 entwickelte sich eine solche Konfrontation aus der Forderung der Unternehmer, Einkommensverbesserungen nur dann zu vereinbaren, wenn HBV und DAG eine tarifliche Erweiterung der Betriebszeiten und eine

58 Vgl. Metall Nr. 23, 21. 11. 1986; Handelsblatt v. 9. 12. 1986.

59 Vgl. Schlecht, a. a. O., S. 28 und 32.

60 Angaben nach der unveröff. Diplomarbeit von W. Daniel, Neue Zeitstrukturen im Industriebetrieb. Ein betriebliches Fallbeispiel, Hannover 1987.

Flexibilisierung der Arbeitszeit zugestehen, obwohl Arbeitszeitfragen gar nicht auf der Tariftagesordnung standen.⁶¹ Die Offensive der Banken zielte auf eine Ausweitung der Geschäftszeiten und auf den Einsatz von Akquisiteuren am Samstag und am Abend. Dies würde auch längere Arbeitszeiten für die Rechenzentren nach sich ziehen.

Die Verteidigung des freien Samstags durch die HBV wurde ähnlich wie in der Metallindustrie ein Kristallisationspunkt der ersten Mobilisierungswelle (zahlreiche Warnstreiks, 60 000 Unterschriften), so daß die Bankunternehmer ihr Junktim auf die Einführung von Spätschichten (z. B. Kundenberater bis 22 Uhr) und eine variable Arbeitszeitverteilung eingrenzten. Aufgrund der Erfahrungen mit der real schon praktizierten, durch der Arbeitsanfall bestimmten variablen Arbeitszeit (meist innerhalb der Gleitzeitspannen) entwickelte sich unter den Bankangestellten eine breite Front zur Verteidigung der tariflichen Regelarbeitszeit, die sich in Warnstreiks, Urabstimmungen und ersten kurzen regulären Streiks ausdrückte. Spezifische Aktionsformen führten die arbeitskampferfahrenen „Banker“ an den Streik heran: So wurde das „Privileg“ der Gleitzeit genutzt, um kollektiv erst zu Beginn der Kernarbeitszeit die Arbeit aufzunehmen, was Störungen im Geschäftsablauf verursachte und die Arbeitszeitfrage politisierte und zur Waffe machte.

Schwerpunkte der Warn- und eintägigen Kurzstreiks waren die EDV-Abteilungen und Rechenzentren der Banken, die als technische „Nervenzentren“ besonders störanfällig waren. Die EDV-Spezialisten sind im Vergleich zum kaufmännischen Bereich recht hoch organisiert, da sie z. T. aus Industriebereichen rekrutiert werden oder über einen politisierten Universitätsausbildungshintergrund verfügen. Besondere Arbeitsbelastungen durch den Neuaufbau der Datenzentren, Schichtdienst und regelmäßige Mehrarbeit hatten diese Beschäftigtengruppe für die Arbeitszeitfrage in besonderem Maße sensibilisiert und aktionsbereit gemacht.

Die Hauptwirkung der Streiks wurde weniger durch ökonomischen Druck als durch die politische Beispielwirkung erzielt, die erstmals die Arbeitskampffähigkeit in dieser Branche belegte und zu einer erheblichen Sympathiezunahme für die Gewerkschaften führte. Im Tarifabschluß vom Mai 1987 wurde eine generelle Flexibilisierung verhindert, allerdings für den Bereich Beratung und Akquisition ein einjähriger Test in begrenztem Rahmen zugelassen. Damit wurde die eigentliche Auseinandersetzung um die Flexibilisierung auf das Frühjahr 1988 vertagt, wenn für den Bankenbereich Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaft vorgelegt werden sollen.

Neben einer weiteren schnellen Ausweitung differenzierter betrieblicher Arbeitszeitmodelle werden sich die Gewerkschaften auf eine anhaltende Flexibilisierungsoffensive an der Tariffrent einzustellen haben (1988 allein in der Stahlindustrie, im Öffentlichen Dienst und im Bankenbereich).

61 Vgl. die laufende Berichterstattung der Mitgliederzeitschrift von HBV, „ausblick“. Zum Hintergrund vgl. F. Wiethold, Neue Arbeitskonzepte bei Banken und Versicherungen – neue Aufgaben für die Gewerkschaftsstrategie, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 362 ff.

4.3. Zur Perspektive gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik

Die Auseinandersetzung um die Flexibilisierungsstrategie wird ein Hauptkonfliktfeld zwischen Kapital und Arbeit bleiben. Hier bündeln sich Probleme des technologischen Umbruchs, Wirkungen konservativer Deregulierung auf das Normalarbeitsverhältnis und neue Bedürfnisse der Lohnabhängigen.

Ein ausschließlicher Blick auf die ökonomischen Triebkräfte könnte den Eindruck eines unaufhaltsamen Siegeszuges der Flexibilisierungskonzepte des Kapitals vermitteln – eine Faszination der Kapitallogik, der offensichtlich auch viele sozialdemokratische Politiker erliegen. Eine umfassende Betrachtung der bisherigen Auseinandersetzungen läßt erkennen, wie die Arbeiterklasse extensive Rationalisierungskonzepte verhindern oder begrenzen kann und daß bisher – im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern – in der BRD sogar ein relativ hohes Niveau an Schutzrechten und Gegenmacht verteidigt wurde. Vor allem aber gelang es, Wochenarbeitszeitverkürzungen für große Teile der Arbeiterklasse durchzusetzen. Zugleich entwickeln sich in diesen Kämpfen die Ansprüche der Lohnabhängigen an die Gestaltung der Arbeitszeit, an ihre Verkürzung wie an Mitbestimmung über ihre Lage und an Planbarkeit, und werden als Forderungen in die Auseinandersetzungen getragen.

Um Flexibilisierung und Deregulierung wirkungsvoll zu begegnen, ist ein konkretes Alternativkonzept der Gewerkschaften erforderlich, in dem die Lohnabhängigen auch jene Bedürfnisse und Probleme wiedererkennen, die sie bislang von den Gewerkschaften nicht oder nur halbherzig vertreten sehen und die deshalb Anknüpfungspunkte für die Kapitalkonzepte werden können.⁶² Die Positionspapiere der IG Metall (1986) wie der HBV (1987) zur Arbeitszeitflexibilisierung zeugen vom Prozeß der Erarbeitung eines solchen Konzepts.

Seit dem Arbeitszeitkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie und seit den Streiks 1984 ist die thematische Anlage gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik verbreitert worden. Neben der beschäftigungspolitischen Argumentation ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zunehmend als Einstieg in eine Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Entwicklung einer lebendigen und emanzipatorischen Alltagskultur und zur Vereinheitlichung der Arbeits- und Lebenschancen von Männern und Frauen begründet worden. Diese perspektivischen und politischen Dimensionen der Arbeitszeitverkürzung erhalten in der zukünftigen Auseinandersetzung mit der Flexibilisierungsrealität eine noch größere Bedeutung.

Die Situation nach den Tarifabschlüssen 1987 kann eine Chance bieten, ein umfassendes, offensives und langfristig angelegtes arbeitszeitpolitisches Konzept zu erarbeiten. Eine Fortentwicklung und inhaltliche Erweiterung wird u. a. zwei Bereiche erfassen:

62 Die Beiträge in dem Sammelband, der von I. Kurz-Scherf und G. Breil herausgegeben wurde (Anm. 42), zeigen die Konturen eines solchen Konzepts auf. Vgl. insbesondere die „Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfs zum 6-Stunden-Tag“.

1. Arbeitszeitpolitik wird sich betrieblich wie tarifpolitisch stärker mit einer offensiven solidarischen Arbeitspolitik verschränken müssen, die auf die Umstrukturierung der gesamten Arbeitsbedingungen und Qualifikationsstrukturen durch die „neuen Rationalisierungsstrategien“ Einfluß nimmt. Wie eine Zunahme des Leistungsdrucks durch kollektive Regelungen verhindert werden kann, ist innergewerkschaftlich schon lange an der Verbindung der Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach „definierten Arbeitsbedingungen“, also der Kontrolle der Leistungsverausgabung durch die Beschäftigten, diskutiert worden. Besondere Arbeitsbelastungen müssen entweder (wie Nacharbeit) eingeschränkt oder durch Freizeitzuschläge ausgeglichen werden. Gewachsene inhaltliche Ansprüche an die Arbeit können zur Entwicklung und Durchsetzung von Gestaltungsalternativen des Technik- und Arbeitskräfteeinsatzes im Betrieb genutzt werden. Die Erwartungen an die Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften sind hier sehr hoch.⁶³

Um eine Polarisierung der Qualifikationsanforderungen und eine zunehmende Segmentierung der Belegschaften zu verhindern, wird gewerkschaftliche Arbeitspolitik auf eine „Egalisierung von Arbeitsanforderungen und Tätigkeitsstrukturen“ vor allem durch Anreicherung von Arbeitsinhalten und eine systematische und dauerhafte Qualifizierungspolitik im Betrieb (während der Arbeitszeit!) sowie auf eine „Politik des solidarischen Personaleinsatzes“ orientieren, die systematisch Diskriminierungs- und Segmentierungselemente abbaut bei Sicherung ausreichender betrieblicher Arbeitskräftereserven.⁶⁴

2. Verteidigung und Ausbau eines Normalarbeitsverhältnisses werden angesichts weiterer konservativer Deregulierungspläne und eines möglichen krisenbedingten Hochschnellens der Massenarbeitslosigkeit zu einer entscheidenden Frage künftiger gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit. Das Ziel der Sicherung, Erweiterung und qualitativen Verbesserung der Beschäftigung wird sich vor allem auf die Bereiche beziehen müssen, die als vom Normalarbeitsverhältnis abweichende Beschäftigungen zum Hauptexerzierfeld für Flexibilisierung in allen Formen wurden. Neben Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen ist dies die Teilzeitarbeit, für die offensichtlich ein gesellschaftlicher Bedarf besteht, der sich zudem aufgrund patriarchalischer Strukturen in einer geschlechtsspezifischen Nachfrage äußert. Der Ausgleich der Regelungsdefizite und die tarifliche Sicherung von Mindestbedingungen und Gleichbehandlung (generelle Versicherungspflicht, Lage und Verteilung der Arbeitszeit, Weiterbildung und beruflicher Aufstieg usw.) sind vordringliche Aufgaben.⁶⁵

Die Neudefinition eines Normalarbeitsverhältnisses, das sich nicht wie bisher an männlichen Lebensentwürfen und Berufsverläufen orientiert, würde das Recht auf befristete Arbeitszeitreduktion für Eltern mit Kleinkindern bei gleichzeitiger Einkommenssicherung (einschließlich notwendiger staatlicher

63 Dies bestätigt die Infas-Untersuchung „Gewerkschaften vor ...“, a. a. O., S. 44 ff.

64 R. Bispinck/M. Helfert, Technischer Wandel und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 320/1.

65 Hierzu I. Kurz-Scherf, Zum Stellenwert der Teilzeitarbeit in einer emanzipatorischen Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitteilungen 11/1985, S. 659 ff.

Maßnahmen) ebenso wie das Recht auf Vollzeit Arbeitsplätze für alle einschließen. Vorrangig bleibt die weitere allgemeine Verkürzung der Regelarbeitszeit in Richtung des 7- und 6-Stunden-Tages, die der Strategie der Auflösung und Zerfaserung des Normalarbeitsverhältnisses entgegenwirken kann. Diese arbeitszeitpolitische Perspektive würde eine „Wahl und Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten“ einschließen. „Gesicherte Ansprüche einzelner Arbeitnehmer auf die Festlegung von Beginn und Ende ihrer täglichen Arbeitszeit, auf flexible Arbeitszeitformen sowohl bei Vollzeit als auch bei Teilzeit, abhängig von Bedürfnissen und Lebenssituationen, kommen hinzu.“⁶⁶

Individuelle Arbeitszeitgestaltung kann dann eine Alternative zur Flexibilisierung nach Kapitalbedürfnissen darstellen, wenn sie auf dem festen Fundament kollektiver Schutz- und Mitbestimmungsrechte Planbarkeit und Kalkulierbarkeit für die Lohnabhängigen garantiert. Dies setzt den Ausbau tariflicher und gesetzlicher Normen, also in der Sicht des Kapitals „starrer“ Regelungen, voraus.

Bisher sind in den Gewerkschaften erste Ansätze zur Bewältigung der Regelungsdefizite im Bereich der instabilen Arbeitsverhältnisse, aber noch kein geschlossenes und offensives Programm und ein Strategiekonzept sichtbar. Der neue Tarifvertrag zur Teilzeit in der Chemieindustrie (ab 1. 7. 1987) wirkt hier kontraproduktiv, da er wesentlichen Schutzbedürfnissen nicht entspricht und die Unternehmer eher zur Ausweitung der Teilzeitarbeit ermuntert.⁶⁷

Die IG Druck und Papier hat als erste Gewerkschaft eine Kampagne zu den „ungeschützten“ Arbeitsverhältnissen eingeleitet, die Beispielwirkung erzielen kann.⁶⁸ Die komplizierte Schlüsselfrage für einen Erfolg liegt darin, inwieweit die gewerkschaftlichen Kerngruppen und Stammebelegschaften für eine offensive und solidarische Interessenvertretung gewonnen werden können.

All dies mag nach einer Überforderung der gewerkschaftlichen Kraft klingen, zumal aus den Umbrüchen in Produktion, Sozialstruktur und Lebensweise zahlreiche neue Anforderungen erwachsen sind (Gewinnung der Angestellten und der lohnabhängigen Intelligenz, Entwicklung von Technikgestaltungskonzeptionen usw.), die neben den Verteidigungskämpfen den gewerkschaftlichen Kader vollauf in Anspruch nehmen.⁶⁹ Flexibilisierung und Deregulierung als Teile des Modernisierungskurses des Kapitals und der Konservativen zielen allerdings auf das Fundament gewerkschaftlicher Arbeit über-

66 So K. Zwickel, im IG-Metall-Vorstand zuständig für Tarifpolitik, in einem Referat auf der Bezirkskonferenz der IG Metall, Bezirk Stuttgart, vom 25.-27. Juni 1987, dokumentiert in: Nachrichten 8/1987, S. 15.

67 Vgl. zur genaueren Analyse B. Degen, Steine statt Brot – Tarifvertrag der IG Chemie zur Teilzeitarbeit, in: Nachrichten 6/1987, S. 32.

68 Vgl. die Broschüre des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Flexible Arbeitszeiten und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Gewerkschaftliche Antworten, Schriftenreihe für Betriebsräte, Heft 37, Stuttgart o. J. (1987). In diesem Heft werden konkrete betriebliche, tarifpolitische und rechtliche Handlungsorientierungen vermittelt. Ab Herbst 1987 beginnt eine langfristig angelegte zentrale Mobilisierungskampagne.

69 Vgl. K. Pickshaus, Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, a. a. O., S. 306 ff.

haupt: auf eine Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und die Auflösung ihrer kollektiven Strukturen und Gegenmachtfähigkeit. Die Beeinflussung dieses sich vollziehenden Neustrukturierungsprozesses und die Sicherung und der Ausbau von sozialen und politischen Schutzrechten sind somit Voraussetzungen für die Handlungsfähigkeit und Formierung als Klasse geworden. Der Kampf um die Sicherung eines Normalarbeitsverhältnisses ist zugleich Element einer Politik, die die gewerkschaftlichen Organisationsdefizite in der Jugend, die z.T. keinen Zugang zu stabilen Beschäftigungsverhältnissen mehr hat, unter den Frauen, im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen usw. beseitigen will und hier aktive Interessenvertretungsstrukturen aufbaut.

Für die Gewerkschaften besteht angesichts der Vielfalt neuer Handlungsfelder und der komplexeren Struktur der individuellen und kollektiven Interessen die Aufgabe, solche allgemeinen Forderungen zu entwickeln, in denen die verschiedenen Interessenlagen gebündelt werden können. Dies ist in den vergangenen Jahren mit Forderungen wie v. a. nach der 35-Stunden-Woche, der Verteidigung der Streikfreiheit, der Abwehr des Sozialabbaus gelungen, bei denen über Einzelgewerkschaften hinaus eine Politisierung bis in den außerbetrieblichen Bereich gelang.

Welche Themen und Konfliktfelder könnten im bevorstehenden Kampfzyklus diese politische Potenz entfalten? In der 35-Stunden-Forderung konnten in der zurückliegenden Periode die Abwehr- und Widerstandskämpfe gegen die konservative Offensive erfolgreich gebündelt werden. Eine einfache „Neuaufgabe“ dieser Forderung (spätestens 1990 in der Metall- und Druckindustrie) wird möglicherweise nicht die notwendige mobilisierende Schubkraft entfalten, auch wenn es vordringlich bleibt, diesen Schritt der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen und zu verallgemeinern. Eine mögliche inhaltliche Erweiterung der Arbeitszeitbewegung sieht D. Hensche in folgenden Dimensionen:⁷⁰

- eine Perspektive weitergehender Arbeitszeitverkürzungen, etwa in Richtung der 32-Stunden-Woche;
- Schutz vor den negativen Folgen der Rationalisierung z. B. durch Technologietarifverträge, eine Tarifierung gesicherter Arbeits- und Leistungsbedingungen;
- Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses und Abwehr der weiter um sich greifenden ungeschützten Arbeitsverträge.

Die Diskussion wird darum geführt werden, welche politischen Kristallisationsforderungen eine vereinheitlichende Mobilisierung der Opfer der Flexibilisierung, der Lohnabhängigen in den Krisensektoren wie der wachsenden Gruppen qualifizierter Arbeitskräfte in den expandierenden High-Tech-Industrien gleichermaßen ermöglichen. Die Abwehr weiterer Angriffe der konservativen Koalition (neues Arbeitszeitgesetz, Neuaufgabe des BeschFG, Änderung des Ladenschlußgesetzes u. a. m.) kann eine Politisierung des gewerk-

70 D. Hensche, *Nachbetrachtungen zur Tarifbewegung*, in: *druck und papier* 12/1987, S. 6 ff., hier S. 8/9.

schaftlichen Kampfes bewirken, der allerdings mit eigenen politischen Gestaltungsvorschlägen (z. B. fortschrittliches Arbeitszeitgesetz⁷¹) verbunden werden muß, um die herrschende Politik unter Druck zu setzen.

Angesichts einer möglichen Zuspitzung weltwirtschaftlicher und nationaler Krisenprozesse muß der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und für beschäftigungspolitische Maßnahmen als Teil einer alternativen Wirtschaftspolitik sowie für die Sicherung und den Ausbau des Normalarbeitsverhältnisses zum zentralen Thema gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Dabei geht es auch um die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung als handlungsfähige Kraft.

71 Sowohl die Bundestagsfraktion der SPD wie die der Grünen haben Entwürfe für ein neues Arbeitszeitgesetz vorgelegt. Vgl. auch „Aufruf für ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz“, in: *Arbeitsrecht im Betrieb* 3/1986, S. 64–67.

Rationalisierung und betriebliche Gegenmacht – Opel-Belegschaft im Umbruch

Rainer Eienkel/Gero von Randow

1. Der größte Industriekonzern der Welt – 2. Die Opel-Strategie – 3. Neue Rationalisierung in Aktion – 3.1 Teamkonzept zur Integration von Instandhaltungs- und Inspektionsaufgaben in die Produktion – 3.2 Qualitätszirkel – 3.3 Flexibilisierung der Arbeitszeit: Anpassung der Arbeit an Maschinenlaufzeiten – 4. Gewinner und Verlierer – 5. Bereit zur Gegenwehr? – 6. Anforderungen der Zukunft

1. Der größte Industriekonzern der Welt

Seit rund einem Jahrzehnt vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel in der Automobilindustrie der entwickelten kapitalistischen Länder. Was sich umwälzt, sind die Konzernstrategien, die Produktionstechnologien, die Arbeitsorganisation – und damit die Bewegungsbedingungen für den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. Dieser Prozeß beeinflusst nicht nur die Lebensperspektiven der Beschäftigten in der Automobilindustrie. In diesem Industriezweig fungiert in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern ein großes und hoch monopolisiertes Kapitalesegment. Er ist Massenverbraucher von Rohprodukten und Fertigteilen, Großanwender neuer Technologien und – zumindest in der BRD – der wichtigste Exportzweig. Zugleich ist gerade in diesem Industriezweig die Tendenz zur Internationalisierung der Produktion besonders ausgeprägt. Was sich in der Automobilindustrie verändert, beeinflusst daher die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung als ganze und damit, bezogen auf die Bundesrepublik, die Bedingungen politischen Handelns für Frieden und demokratischen Fortschritt.¹

General Motors (GM) ist der größte Industriekonzern der Welt. Ihm gehört auch der Opel-Konzern. Die typischen GM-Autos sind nicht Spezialfahrzeuge und Luxuswagen, sondern Massenware. Die Wirkungen der bereits vielfach dargestellten Tendenz zur Überakkumulation im Automobilsektor² bekam gerade GM mit voller Wucht zu spüren. Anfang der 80er Jahre reagierte der Konzern mit einer neuen Unternehmens-Strategie:

– Übergang zu neuen Fertigungsprinzipien und -technologien (insbesondere

¹ Siehe K. Dohse / U. Jürgens / T. Malsch, Reorganisation der Arbeit in der Automobilindustrie; Veröff. des WZB, Berlin (West) 1984, S. 1.

² Statt einer Literaturübersicht siehe zuletzt: H. v. Bargen / H. Vossen, Die Automobilindustrie: Krisenbranche der 90er Jahre? In: Marxistische Blätter 4/87, S. 38 ff.

Computer Integrated Manufacturing – CIM);

- Diversifizierung des geschäftlichen Engagements, vor allem in den High-Tech- und Rüstungssektor – wovon sich GM auch einen synergetischen Effekt versprach. So kaufte GM für fünf Milliarden Dollar den SDI-Mittäter und High-Tech-Multi Hughes Aircraft.

GM versteht CIM nicht als Menge von Maschinen, sondern als neue Arbeitsorganisation mit Hilfe vernetzter Informationstechnologie. Mit CIM sollen die Autos billiger, schneller und mit besserer Qualität hergestellt werden. GM will mit CIM die Arbeitsteilung im Gesamtkonzern flexibler steuern – weltweit verteilte Arbeitsfunktionen so kombinieren, als liefen sie in einem Werk ab. So soll die Produktion des „Weltautos“ möglich werden, dessen Grundtyp von Land zu Land und Fall zu Fall abgeändert wird. Und wird in Großbritannien gestreikt, dann schickt die Zentrale in Detroit die Fertigungsdaten aus Japan statt dessen eben nach Rüsselsheim . . .³

Auch in der gegenwärtigen Umstellungsphase sollen die Profite weiter sprudeln, und so kommt manches ehrgeizige Projekt ins Stocken („Saturn“); insgesamt gesehen hält GM jedoch den Kurs durch, mit Milliardenaufwand die Neuen Technologien als Unterlage für neue Fertigungsprinzipien und neue Unternehmensführung zu nutzen.

2. Die Opel-Strategie

„Wir wollen die Nummer Eins bei den Profiten werden“ – so der ehemalige Opel-Finanzchef Durkin. Gerade im Kampf um die Profitrealisierung auf immer enger werdenden Märkten erhält der Profitanteil am Produktwert strategische Bedeutung. Für die Beschäftigten bedeutet das vor allem eine Erhöhung der Ausbeutungsrate.

Mit Macht läßt der Konzernvorstand die Arbeitsproduktivität steigern. Während die Zahl der im Gesamtkonzern Beschäftigten im Zeitraum 1981–1985 von 60 612 auf 57 273 sank, stieg der Umsatz pro Beschäftigten im gleichen Zeitraum um über 55 Prozent. Produzierte jeder Opelaner 1981 noch durchschnittlich 13,5 Autos, so waren es 1985 bereits 16,4.

Hintergrund dieser Entwicklung ist eine Rationalisierung und Reorganisation der Arbeit bei Opel, für die der Opel-Vorstand zu Beginn der 80er Jahre in Absprache mit GM einen langfristigen Fahrplan vorlegte. Ende 1981 referierte der damalige Leiter der Rüsselsheimer Planungsabteilung, Klaus Rieger, vor Vertretern der Darmstädter IHK die wichtigsten Richtlinien dieser Strategie.⁴ Sie soll folgende Ebenen des Betriebsgeschehens erfassen:

- Produktionstechnik;
- Einstellung zur Arbeit;
- Organisations- und Beschäftigungsformen;

3 Vgl. S. Roth / K. Franz, *Schöne neue GM-Welt*, in: *Wechselwirkung* Nr. 26, August 1985, S. 42 ff.

4 K. Rieger, *Die japanische Herausforderung an die Automobilindustrie*; Vortrag vor dem Juniorenkreis der IHK Darmstadt, 1981 (unveröff. Ms.).

- Entscheidungs- und Managementsysteme;
- Finanzausstattung;
- Verhältnis Unternehmensführung – Gewerkschaften.

Nicht 16, sondern durchschnittlich 36 Einheiten könne, so das Vorstands-Konzept, jeder Beschäftigte im Jahr produzieren, wenn bei Opel nach japanischem Muster moderne Fertigungstechnologie und Arbeitskraft optimal eingesetzt würden, etwa durch

- Rationalisierung indirekter Arbeit durch deren Einbeziehung in die unmittelbare Produktion;
- Steigerung der Erstqualität statt Reparatur und Nacharbeit;
- Reduzierung der durch Ausfall und Werkzeugwechsel verursachten Verlustzeiten und damit Erhöhung der effektiven Maschinennutzungszeit;
- effektivere Maschinennutzung durch die Anwendung des Gruppenkonzepts;
- Vermeidung jeglichen Transports innerhalb der Fertigungsbereiche.

Eine Schlüsselfunktion hat die Arbeitseinstellung: „Unsere Mitarbeiter müssen zu einer Einstellung kommen, wo sie eine zugewiesene Maschine quasi als ihr Eigentum betrachten und deren Funktionieren als ihre Verantwortung sehen“ (Rieger-Papier).

3. Neue Rationalisierung in Aktion

Mit einem Investitionsprogramm von über fünf Milliarden Mark unterzog der Opel-Konzern in den letzten fünf Jahren seine Produktionsstätten einer „Rundumerneuerung“. In Rüsselsheim investierte er mehr als eine Milliarde Mark in die Produktionseinrichtungen für den neuen Omega. 300 Millionen Mark kostete eine der modernsten Lackierereien Europas, die im Bochumer Opel-Werk gebaut wurde. Nach der Modernisierung des Motorenbaus ist Bochum nunmehr der größte Motorenhersteller im GM-Konzern. An allen Ecken und Enden mehren sich die Anzeichen, daß das vom Opel-Vorstand öffentlich angekündigte CIM-Konzept bereits umgesetzt wird. CAD/CAM, Industrieroboter, Personalinformationssysteme, Betriebsdatenerfassung, CNC-Maschinen – die technische Revolution erreicht in allen Abteilungen und Arbeitsbereichen ein rasendes und nunmehr für alle Beschäftigten wahrnehmbares Tempo.

Sie geht einher mit einer stetigen Abnahme der Beschäftigtenzahlen. Von 1979 bis 1985 wurden über 10000 Arbeitsplätze bei Opel wegrationalisiert. 1986 beseitigte der Konzernvorstand 500 Bochumer Arbeitsplätze. Bis 1990 droht in Bochum durch Auslagerung ganzer Fertigungsbereiche 800 bis 1000 Beschäftigten der Arbeitsplatzverlust. Darüberhinaus erwartet die Adam Opel AG von einer bei McKinsey in Auftrag gegebenen Analyse Hinweise darauf, wie weitere 800 Arbeitsplätze in Bochum gestrichen werden könnten.

Der Betriebsrat (BR) des Rüsselsheimer Werks befürchtet einen Verlust von 2000 Arbeitsplätzen durch Auslagerungen. Der BR-Vorsitzende spricht von 25 bis 30 Prozent Arbeitsplatzvernichtung in Rüsselsheim aufgrund des „Rationalisierungsschubes“ im Zusammenhang mit der Omega-Produktion.

„Rationalisierungsverlierer“ werden erkennbar. Und die übrigbleibenden – sind das nun die „Rationalisierungsgewinner“? Untersuchen wir einige Schwerpunkte der Rationalisierung, um der Antwort auf diese Frage näher zu kommen.

3.1 Teamkonzept zur Integration von Instandhaltungs- und Inspektionsaufgaben in die Produktion

Der Opel-Vorstand will Reparatur, Wartung und Endkontrolle in das Aufgabenspektrum neugebildeter „Produktionsteams“ integrieren. Der Betriebsrat lehnte ein entsprechendes „Pilot-Projekt“ im Bochumer Rohbau ab. Er befürchtet, daß durch den Einsatz von Fachpersonal in der unmittelbaren Produktion bisherige Produktionsarbeiter in die Arbeitslosigkeit verdrängt würden. Außerdem besteht die Gefahr einer weiteren Intensivierung der Arbeit. Anstelle des Teamkonzepts fordert die betriebliche Interessenvertretung die Einführung der Gruppenarbeit, die insbesondere die Höherqualifizierung aller produktiv Beschäftigten einschließt. Dieses Gegenmodell ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- Qualifizierte Arbeit mit neuer Technologie für alle Beschäftigten;
- Weiterbildungsmöglichkeiten für alle – während der Arbeitszeit;
- Abbau gesundheitlicher Belastungen, weniger Streß und einseitige Beanspruchung;
- Kollegialität statt Gruppenkonkurrenz.

Als Antwort auf das Teamprojekt im Rohbau entwickelte der Bochumer Betriebsrat folgende Forderungen:

- Kein Abbau der Belegschaft;
- jeder wird für alle Tätigkeiten des Teams ausgebildet;
- die Arbeitsgruppe erhält jede Woche eine Stunde Zeit, um sich über die Arbeit abzustimmen, den Arbeitswechselplan aufzustellen usw.

Die Konzernleitung schlägt weitere Wege ein, um Facharbeiter für indirekte Tätigkeiten in Produktionsteams zu integrieren und „olympiareife All-round-Mannschaften“ in den Abteilungen zu bilden. So wurde in der Rüsselsheimer Omega-Produktion die alte Belegschaft gnadenlos ausgesiebt. Für die Bedienung der neuen Einrichtungen wurden vor allem die jüngeren Werksangehörigen und die deutschen Facharbeiter geschult. Ausländische und ältere Arbeiter kamen aufs Abstellgleis. Auch im Bochumer Getriebebau erleben wir, wie Teile der alten Belegschaft durch Beschäftigte mit höherer Qualifikation ersetzt werden. Dabei handelt es sich vornehmlich um Jungfacharbeiter, die in ihren erlernten Berufen (z. B. Dreher, Schlosser, Elektriker) keine Anstellung erhalten und mittlerweile in der unmittelbaren Produktion arbeiten. So entstehen weitere Voraussetzungen für die angestrebte Integration von Produktions- und Facharbeitern zu Teamgruppen.

3.2 Qualitätszirkel

Einen großen Rationalisierungseffekt will die Konzernleitung mit der Einführung von Qualitätszirkeln (QZ) erzielen. Mit QZ sollen Erfahrung und Wissen der Beschäftigten um Produktionsabläufe und organisatorische Prozesse für die Rationalisierung ausgenutzt werden.

Die IG Metall (IGM) sieht die Gefahr, daß QZ sich zu Konkurrenzorganisationen neben gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten entwickeln können. Und ähnlich wie bei der Teamarbeit ist zu befürchten, daß mit QZ ein Erfolgsdruck erzeugt wird, der dazu führt, „Kollegen, die nicht mithalten können und dem Gruppenzwang im Wege stehen, an die Wand zu drängen, Schuldzuweisungen vorzunehmen, Konkurrenzbeziehungen zu den Nachbargruppen zu entwickeln und damit gewachsene Solidarbeziehungen und informelle Schutzregelungen zu gefährden.“⁵

Der erste Versuch der Opel-Unternehmensleitung, QZ als „Pilotprojekt“ im Bochumer Opel-Werk einzuführen, wurde vom Betriebsrat abgelehnt. Statt dessen forderte der Betriebsrat Arbeitsgruppen, denen genügend Zeit zur Verfügung steht, um gemeinsam mit den Interessenvertretungen Verbesserungen der Produktionsabläufe und Arbeitsbedingungen zu entwickeln.

Nach dem Scheitern des Bochumer Pilotprojekts will die Unternehmensleitung QZ auf anderen Wegen und mit anderen Bezeichnungen durchsetzen. Herrschte ursprünglich noch eine konsequente Abwehrposition im Betriebsrat vor, so zeigen sich doch seit einiger Zeit Akzeptanz und stille Zustimmung zu solchen „Partizipationsprogrammen“. Eine maßgebliche Rolle übernimmt jetzt ein Projekt namens „Crosby“. Angeblich nur zur Qualitätsverbesserung („Null-Fehler-Arbeit“) untersuchen „Crosby-Zirkel“ alle Bereiche, die direkt oder indirekt mit der Produktion in Verbindung stehen. Selbst IGM-Funktionäre haben sich – noch dazu in der offiziellen Werkszeitschrift – vorbehaltlos für dieses Projekt ausgesprochen.⁶

3.3 Flexibilisierung der Arbeitszeit: Anpassung der Arbeit an Maschinenlaufzeiten

Die Geschäftsleitung strebt die Verlängerung der Betriebs- und Maschinenlaufzeiten an, z. B. durch Pausendurchlauf während der persönlichen Erholzeiten sowie während der Pausen gemäß Arbeitszeitordnung. Hinzu kommen weitere Formen flexibler Arbeitszeitregelung. So forderte der Opel-Personalchef kürzlich die 60-Stunden-Woche einschließlich der Samstagsarbeit sowie die Möglichkeit, Maschinen und computergesteuerte Anlagen auch am Sonntag einsetzen zu können. Notwendig sei außerdem die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden, da nur so eine effektive Maschinennutzung erreichbar sei.

Eine heftige Auseinandersetzung ist um die Gleitzeitregelung für Angestellte entbrannt. Während im Kaiserslauterer Opel-Werk Normalschichtler seit

5 Kontrollierte Autonomie, in: WZB-Mitteilungen, Dezember 1986, S. 16 ff.

6 Vgl. Opel-Post 1/87.

Frühjahr 1986 unter Gleitzeit arbeiten und eine ähnliche Regelung in Rüsselsheim seit Frühjahr 1987 läuft, regt sich im Bochumer Opel-Werk Widerstand gegen diese Form der Flexibilisierung. Denn die angestrebte Regelung schließt ein EDV-gestütztes Zeitermittlungssystem mit Hilfe von Magnetkarten ein. Gewerkschaft und Betriebsrat befürchten die schleichende Integration von Zeit-, Zugangskontroll- und Betriebsdatenerfassungssystemen. Bei diesem Thema reagiert die Belegschaft äußerst sensibel. Die Auseinandersetzungen um die Volkszählung '83 zeigten ihre Wirkung auch darin, daß die Einführung des berüchtigten PAISY 1984 auf heftigen Widerstand stieß und über 6000 Beschäftigte damals schriftlich erklärten, daß sie ihre persönlichen Daten nicht zur Verarbeitung freigeben würden.

4. Gewinner und Verlierer

Bei Opel erkennbar ist eine „zunehmende Spaltung der Belegschaft in eine ganz geringe Anzahl hochqualifizierter Rationalisierungsgewinner und in eine Mehrheit von Rationalisierungsverlierern, die zunächst an den Rand des innerbetrieblichen Arbeitsmarktes abgedrängt werden, bevor sie – bei absehbaren konjunkturellen Schwankungen – in das vielfache Millionenheer der Arbeitslosen absinken“ – das stellte eine IGM-Studie über die neue Lackiererei in Bochum im Februar '87 fest.⁷ Der Arbeitsplatzabbau in dieser Abteilung bleibt zwar – verglichen mit ähnlichen Fällen bei anderen Automobilherstellern – noch begrenzt. Doch vollzieht sich eine Aufteilung der in der neuen Lackiererei Beschäftigten in eine kleine Gruppe hochqualifizierter Anlagenführer („Observer“) und eine Mehrheit von Kollegen, deren Tätigkeiten eine „Rationalisierungslücke“ füllen, in die bei einem der nächsten Rationalisierungsschübe Industrieroboter eindringen können.

Die Reorganisation der Arbeit verläuft bei Opel, anders möglicherweise als bei VW oder auch in GM-Werken anderer Länder,⁸ nicht primär als „job enrichment“, „Reprofessionalisierung“ usw. Wenn Funktionen neu zusammengefaßt werden, wie z. B. in der Anlagenführung, dann werden bei Opel zumeist nicht die angelernten Produktionskräfte dafür qualifiziert. Die Firma rekrutiert das Personal für solche Aufgaben aus dem Bestand an hochqualifizierten, bislang nur indirekt produktiven Facharbeitern (Wartungs-, Instandhaltungspersonal usw.).

5. Bereit zur Gegenwehr?

Die Betriebsrealität verändert sich, und mit ihr das Denken und Handeln vieler Kolleginnen und Kollegen. Hergebrachte Lösungen passen nicht mehr. Besorgnis, Technik-Angst, Technik-Feindlichkeit, Unruhe und auch Wut ver-

7 IGM-Studie zur neuen Lackiererei bei Opel Bochum (Februar 1987).

8 Eine sehr differenzierte Darstellung gibt: A. Boes, Neue Produktionskonzepte in der Automobilindustrie der Bundesrepublik Deutschland? (Dipl.-Arbeit FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Univ. Marburg, März 1987).

breiten sich. Der geballte Einsatz neuer Technologie am Arbeitsplatz verunsichert, ruft aber auch bei vielen die Suche nach neuen Antworten hervor. Damit einher geht auch die Suche nach dem eigenen Platz in der „neuen Welt“.⁹ Zugleich wirken die von den demokratischen Massenbewegungen aufgeworfenen Fragen nach der Verantwortung und der Legitimation für technologische Neuerungen, nach dem Sinn der Arbeit und nach der richtigen Lebensweise auf viele der ohnehin ins Nachdenken gekommenen Kolleginnen und Kollegen bei Opel ein.¹⁰

Diese Suche nach Orientierungen führt zu neuen Konflikten und neuen Chancen der Gegenwehr. Das verläuft nicht ohne scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der Interessenvertretungen im Betrieb.

So ist bei einem großen Teil der Interessenvertreter ein ausgesprochener Rückzug auf „sozialpartnerschaftliche“ Positionen zu beobachten. Noch immer versuchen BR-Mehrheiten in den einzelnen Werken, mit Rezepten aus der Zeit eines größeren Verteilrahmens die neu gestellten Fragen zu beantworten. Diese Politik führt immer tiefer in die Sackgasse. Widersprüche zwischen Belegschaftsinteressen sowie dem offiziellen Anspruch der Interessenvertretungen und der Praxis brechen auf.

Demgegenüber wächst der Teil der Belegschaft, und gerade an der Basis der Vertrauensleute, der aus dieser Sackgasse umkehren will. Es schwindet die Bereitschaft, die Opel-Rationalisierungsstrategie hinzunehmen oder gar zu befürworten. Konfliktorientierte Interessenvertretung wird populär.

Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Entstehen und Erstarken fortschrittlicher *politischer* Strömungen im Betrieb: Sozialisten (innerhalb und außerhalb der SPD), Grün-Alternative, Kommunisten. Kommunistische Betriebsarbeit hat Tradition bei Opel; sie verbindet sich für die meisten Kolleginnen und Kollegen mit dem Namen bestimmter bekannter Persönlichkeiten im Betrieb. Ein nicht zu unterschätzendes Moment sind jene Kollegen, die sich vor Jahren als linksradikal organisierte Intellektuelle dafür entschieden hatten, im Großbetrieb politische Arbeit zu leisten; andere politische Zusammenhänge vermitteln sich über die Grünen. Die verschiedenen linken Strömungen entwickeln zusehends ihre Zusammenarbeit.

Eine Besonderheit des Bochumer Standortes besteht darin, daß der Betrieb erst vor 25 Jahren entstand. Klassenerfahrungen der Facharbeiter aus dem Montanbereich durchmischen sich mit sozialen Erfahrungen anderer Belegschaftsteile. Die Belegschaft ist nicht durch gemeinsame Wohnerschaft kulturell geeint; die Kolleginnen und Kollegen kommen aus einem räumlich weiten Einzugsbereich und aus sehr verschiedenen sozialen Erfahrungswelten. Unter diesen Bedingungen konnten sich Strukturen betrieblicher Interessenvertretung nicht so stark verfestigen wie in Betrieben mit längerer Tradition. Das macht anfälliger für Spaltung, aber auch offener für Veränderung.

9 Dargestellt bei R. Einkenkel, Wissenschaftlich-technische Revolution am Beispiel eines Großbetriebs der Automobilindustrie, in: Marxistische Blätter 6/86, S. 24 ff.

10 Vgl. S. Voets / G. v. Randow, Wer macht die wissenschaftlich-technische Revolution? In: Marxistische Blätter, 6/86, S. 7 ff.

Auseinandersetzungen um die Konfliktbereitschaft sind nicht neu im Bochumer Opel-Werk. 1968 bereits gab es zwei IGM-Listen; die damaligen „Progressiven“ bilden heute die BR-Mehrheit und repräsentieren die eher beharrende Strömung.

Beide Tendenzen, die partnerschaftliche und die konfliktbereite, prallen in Bochum härter und härter aufeinander – härter wohl auch als in Rüsselsheim oder Kaiserslautern. Es sind gerade die Rationalisierungsmaßnahmen, an denen sich die Geister scheiden, denn sie werfen neue Fragen auf – und zugleich die „alte Frage“ der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen.

Ein Wendepunkt der Auseinandersetzungen war der Kampf gegen PAISY zu Beginn der 80er Jahre. Diese Debatte wurde nicht zuletzt durch die Tatsache beeinflusst, daß der Aufschwung der neuen demokratischen Massenbewegungen Ende der 70er Jahre auf die Belegschaft einwirkte – gerade auch in Bochum, einer Stadt mit nicht wenigen Kristallisationspunkten dieser Bewegungen wie z. B. der Ruhrgebiets-Universität. Die gegen PAISY gerichtete Ablehnungsfront erfaßte schließlich die Mehrheit des Vertrauensleute-Körpers, so daß der Bochumer BR gegen PAISY votierte – anders als der Rüsselsheimer und der Gesamtbetriebsrat (GBR), der eine Betriebsvereinbarung für PAISY befürwortete. Im Zusammenhang mit PAISY machten die politischen Linksströmungen bei Opel/Bochum erste Erfahrungen der Zusammenarbeit.

Der zweite große Schritt war dann die Auseinandersetzung um das oben erwähnte „Rieger-Papier“. Es war nämlich keineswegs die Konzernleitung, die nach Bekanntwerden des „Rieger-Papiers“ dessen Brisanz herunterspielte. Diese Rolle übernahmen maßgebliche Teile der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung. „Sandkastenspiele“ und „Spinnereien“ seien die Ausführungen Riegers, und diejenigen Vertrauensleute und Betriebsräte, die vor dem neuen Konzept warnten, seien „Scharfmacher und Querulanten“. So wurde wertvolle Zeit verschwendet, Strategien der Gegenwehr und Alternativkonzepte zu entwickeln. In der Auseinandersetzung um die Art und Weise, wie der neuen Rationalisierungsstrategie zu begegnen sei, formierten sich die konfliktbereiten Kräfte am Bochumer Standort.

Da die konfliktorientierte Strömung über Jahre ihre Positionen ausbauen konnte, stellte sich schließlich die Frage, wie sie sich zur Mehrheitsfähigkeit formieren könne. So entwickelte sich im Frühjahr 1986 der informelle Herausgeberkreis einer Betriebszeitung („Opel-Forum“), an dem sich Betriebsräte und Vertrauensleute beteiligen, die dem politisch linksstehenden Spektrum zuzurechnen sind. Auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Programmatik und Beschlüsse wird von diesem Kreis Interessenvertretungsarbeit für Opel diskutiert und umgesetzt.

In der Vertreterversammlung der IG Metall in Bochum kommt mittlerweile knapp die Hälfte aller Delegierten dieses mit 17 500 Beschäftigten größten Betriebs des mittleren Ruhrgebiets aus diesem Kreis. Auch bei den Betriebsratswahlen zeigte sich eine Verschiebung zugunsten der konfliktorientierten Strömung. Im Bochumer BR kann mittlerweile innerhalb der IGM-Fraktion ein knappes Drittel dem Kreis um das „Opel-Forum“ zugerechnet werden.

6. Anforderungen der Zukunft

Keine Arbeiterorganisation kann angesichts der neuen Betriebsrealitäten weitermachen wie bisher. Überdies sind diese Bedingungen nur im Kontext übergreifender Veränderungen zu verstehen, wie sie die Linke gegenwärtig unter dem Stichwort „Umbruch“ diskutiert.

Gerade diese neue Kompliziertheit charakterisiert die Ausgangslage. Interessenvertretung ist weniger denn je eine Summe von Teilkämpfen entlang des Klassenkonflikts, sondern zunehmend das Ringen um ein Gesamtkonzept der Arbeit und der Lebensweise. Das bedeutet für die Interessenvertretung nicht zuletzt, eine alternative Unternehmenspolitik zu entwerfen, d.h. sie müssen „so tun, als ob uns der Laden gehört“. Damit machen sie sich nicht „die Sorgen der Unternehmer“, denn ihr Ausgangspunkt wäre dann nicht das Profitziel, sondern das gesellschaftliche Interesse. Solche Alternativen müssen konkret sein, um mobilisierend zu wirken; zugleich müssen ihre Voraussetzungen angegeben werden: Veränderungen der betrieblichen und z.T. überbetrieblichen Kräfteverhältnisse. Die DKP-Betriebsgruppe beginnt gegenwärtig einen Diskussionsprozeß darüber, ob und wie die progressiven Strömungen im Betrieb ein Gegenmodell „Opel 2000“ entwickeln können, das Alternativen zur heutigen Produktpalette und Arbeitsweise bei Opel enthält.

So sehr also Mitbestimmungsrechte und Kampfmöglichkeiten für eine Abwehrtaktik gegen Einzelmaßnahmen ausgeschöpft werden müssen – damit beginnen die meisten Kämpfe –, so sehr muß alsbald der Kampf für positive Gegenkonzepte beginnen, unter Einschluß ihrer technologischen Grundlagen.

Um diese Politik entwickeln zu können, müssen wir über die fällige Erweiterung der Organisationen nachdenken: Noch immer ist kaum jemand aus dem Angestelltenbereich unter den Aktiven, auch nicht aus dem wissenschaftlich-technischen Sektor. Kämpferische Tendenzen zeigen sich vor allem in den anderen Belegschaftsgruppen, wobei die Wortführer dem qualifizierten Facharbeiterstamm zuzuordnen sind. Das beschreibt weniger den Bewußtseinszustand der technischen oder kaufmännischen Angestellten, sondern eher die Unfähigkeit der Organisationen, diese Belegschaftsgruppen zu gewinnen.¹¹

Wir gehen davon aus, daß gerade dieses Segment der Belegschaft gewerkschaftliche und politische Dynamik sowie ökonomisch-technische Kompetenz birgt, die für die kommenden Auseinandersetzungen um die Rationalisierung bitter nötig sind; auch in der betrieblichen Interessenvertretung ist die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Politik unübersehbar.

Wer beurteilen will, was sich im Werk verändert und welche Alternativen es geben kann, braucht vor allem eins: Information. Aus allen Winkeln des Werks. Und das setzt eine wache Belegschaft, vor allem ein gut funktionierendes Netz von fixen Vertrauensleuten voraus. Mehr noch: Auf Dauer wird es immer seltener so sein, daß die richtigen Handlungsorientierungen erst in einer Zentrale entwickelt und dann an die Basis zum Vollzug herabgemeldet

11 Vgl. S. Bleicher, *Solidarität 2000*, Veröff. Ms. 1987.

werden können. Wir haben vielmehr über eine veränderte Rolle der Basis nachzudenken. Einzelfragen dieser oder jener Abteilung sind objektiv komplexer verknüpft mit den übergreifenden Fragen, und zugleich wächst — insgesamt gesehen — das Wissen und die Kompetenz der Beschäftigten vor Ort. Ihr eigenständiges Engagement und zugleich ihre stärkere Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung der Interessenvertretungsarbeit ist zu fördern. Die Herausbildung einer konfliktbereiten und politisierten Tendenz unter den IG-Metallern bei Opel Bochum geht nicht zufällig einher mit dem Anspruch, die Interessenvertretungsarbeit zu demokratisieren.

So entwickelt sich ein Politikverständnis in der Arbeiterbewegung, das von jenem sich in den demokratischen Bewegungen herausbildenden neuen Politik-Typus nicht eben weit entfernt ist und dessen Qualität die Selbsttätigkeit der beteiligten Individuen ist. Diese Bewegungen, vor allem die Friedensbewegung, haben auch den Kolleginnen und Kollegen bei Opel das Politische auf neue Weise nähergebracht und ihren Horizont erweitert, vor dem sie die betrieblichen Probleme um so schärfer erkennen lernen.

Gewerkschaften und Technologiepolitik

Hellmuth Lange

1. Technikpolitische Neuorientierung im DGB – 2. Ursachen der Neuorientierung – 3. Varianten der Neuorientierung – 4. Neue Anforderungen – 4.1 Verwissenschaftlichung technisch-organisatorischer Problemlösungen – 4.2 Systemcharakter/systemische Wirkungen technisch-organisatorischer Lösungen – 4.3 Politisierung der Konflikte und wachsendes Gewicht der „Basis“ – 5. Perspektiven

1. Technikpolitische Neuorientierung im DGB

In seinem Schlußwort zur technologiepolitischen Konferenz des DGB erklärte Ernst Breit: Die Frage, „wie *der technische Wandel* sozial gestaltet werden kann ... (ist) so alt wie die Gewerkschaften selbst“.¹ Im Arbeitsprogramm „Neue Technologien/Rationalisierung“ der ÖTV heißt es sogar: „*Die Technik* sozial gestalten, damit technischer Wandel zum sozialen Fortschritt wird, das ist seit Beginn der Industrialisierung das Bestreben der Arbeiterbewegung“.² Die in diesen Formulierungen beschworene Kontinuität entspricht nicht der tatsächlichen historischen Entwicklung. Gewiß ging es stets darum, den technischen Wandel in der einen oder anderen Weise sozial zu gestalten: durch die Sicherung bzw. Erhöhung der Löhne, durch die Beschränkung der Arbeitszeit, durch ausreichenden Arbeits- und Unfallschutz usw. Die Losung von der sozialen Gestaltungsbedürftigkeit des technischen Wandels hat jedoch in den letzten Jahren eine ganz spezifische Bedeutung angenommen. Es geht dabei gerade nicht um den technischen Wandel im allgemeinen, sondern – wie es in dem zitierten ÖTV-Programm prägnant formuliert wird – um einen ganz speziellen Aspekt des technischen Wandels und seiner Beeinflussung: „Die Technik sozial gestalten.“ Diese Aufgabe verkörpert keinesfalls das Bestreben der Arbeiterbewegung „seit Beginn der Industrialisierung“. Sie wird überhaupt erst im Verlauf der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu einer gewerkschaftlichen Forderung. Die IG Druck und Papier und die IG Metall hatten hier Vorreiterfunktionen. Es dauert Jahre, bis diese Forderung in allen DGB-Gewerkschaften akzeptiert ist. Erst in jüngster Zeit wird sie Bestandteil repräsentativer programmatischer Formulierungen und zentraler Losungen des DGB, so etwa des Aufrufs zum 1. Mai im Jahre 1987 („Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Technik sozial gestalten“).

1 E. Breit, Vollbeschäftigung und Lebensqualität durch Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung, DGB 1985, S. 3 (Hervorh. H. L.).

2 Arbeitsprogramm Neue Techniken/Rationalisierung der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1986 (Hervorh. H. L.).

Es ist nicht zu übersehen, daß dieser Prozeß einen technikpolitischen Umbruch darstellt, dessen Spezifik sich gerade aus dem Bemühen um die Überwindung der bis dahin vorherrschenden technikpolitischen Grundlinie der DGB-Gewerkschaften ergibt. In diesem Sinne wird dem DGB zu Recht ein neues „Problembewußtsein“ zugesprochen.³ Gewerkschaftliche Funktionäre sprechen von einer programmatischen „Neuorientierung“.⁴ Selbst beharrliche Kritiker räumen ein, daß sich (im Verhältnis zu den 50er und 60er Jahren) „die Position zur technischen Rationalisierung ... ganz erheblich gewandelt hat“.⁵

Die Anfänge des Wandels reichen bis in die 60er Jahre zurück.⁶ Unmittelbare Vorläuferfunktion besitzt vor allem die Auseinandersetzung um die Humanisierung der Arbeit seit dem ersten Drittel der 70er Jahre.⁷ Der spätere Wandel der technikpolitischen Auffassungen bereitet sich hier vor. Während die Humanisierung der Arbeit bis zur ökonomischen Krise 1974/75 weithin als Bestandteil einer allgemeinen gesellschaftspolitischen Reformbewegung („Mehr Demokratie wagen!“) verstanden wurde, die den abhängig Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung zusätzlichen Spielraum der Entfaltung eröffnet, tritt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre angesichts fortschreitender Rationalisierungsprozesse immer deutlicher der Aspekt der Verhinderung von weiteren Einschränkungen des Handlungsrahmens der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretung in den Vordergrund.⁸ Die Erfahrung zunehmender Einschränkungen zwingt dazu, die bis dahin als ausreichend betrachtete technikpolitische Grundlinie⁹ in Frage zu stellen. Dabei bleibt die Überzeugung von der Notwendigkeit des Abrückens von der eigenen Tradition, „die den Begriff des ‚technischen Fortschritts‘ häufig unkritisch verwendet“ (Steinküh-

3 G. Brandt/O. Jacobi/W. Müller-Jentsch, Anpassung an die Krise. Gewerkschaften in den 70er Jahren, Frankfurt/M., New York 1982, S. 159.

4 K. Benz-Overhage, Herausforderungen der Gewerkschaften durch Wissenschaft und Technik – Thesen zur Entwicklung forschungs- und technologiepolitischer Positionen der IG Metall, in: Hochschule in der Demokratie, Freiburg 1986, S. 219.

5 U. Briefs, Technische Rationalisierung, in: U. Briefs/E. Fehrmann/R. Hickel u. a., Technologische Arbeitslosigkeit. Ursachen, Folgen, Alternativen, Hamburg 1984, S. 105.

6 Dazu: H. Klosterhuis, Rationalisierung und gewerkschaftliche Gegenwehr, Frankfurt/M. 1979.

7 Dazu: G. Trautwein-Kalms, Gewerkschaften und Humanisierung der Arbeit: Zur Bewertung des HdA-Programms, Frankfurt/M., New York 1980; siehe auch schon M. Helfert: Industrielle Arbeit als politische Gestaltungsaufgabe, in: WSI-Mitteilungen 1/1971, S. 17–27.

8 Vgl. G. Trautwein-Kalms, a. a. O., S. 211.

9 Diese kommt etwa in der IGM-Entschließung zur Automation des Jahres 1958 (gleichlautend DGB-Bundeskongreß 1962) zum Ausdruck (in: Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA, Frankfurt/M. 1965, S. 336 ff.). Ferner: H. Klosterhuis, a. a. O.; für die Zeit der Weimarer Republik: P. Hinrichs/L. Peter, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1976; A. Hoff, Gewerkschaften und Rationalisierung – ein Vergleich gewerkschaftlicher Argumentationsmuster heute und vor fünfzig Jahren, in: Mehrwert. Beiträge zur Kritik der Politischen Ökonomie, Nr. 15/16 (1978), S. 167–208; G. Stollberg, Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt/M., New York 1981.

ler),¹⁰ zugunsten eines entsprechend „kritischen Grundverständnisses“ (Hensche)¹¹ nicht auf einzelne Funktionäre beschränkt. Bereits der 12. Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 stellte ebenso einmütig wie ausdrücklich fest, „daß die gewerkschaftliche Position zur Rationalisierung und zum technischen Wandel kritisch überdacht werden“ müsse.

Die heutige technikpolitische Grundauffassung läßt sich in folgenden beiden Punkten zusammenfassen:

Erstens: „Technik ist nicht neutral“ (Steinkühler),¹² sondern Ausdruck der Nutzung von naturgesetzlichen Zusammenhängen nach Maßgabe je bestimmter praktischer Zielsetzungen, die ihrerseits stets Ausdruck gesellschaftlicher Interessenkonstellationen sind. Die herrschenden gesellschaftlichen Interessen prägen sowohl die Zwecke, zu denen Technik eingesetzt wird, als auch die Entscheidung für einzelne technische Entwicklungsvarianten und deren konkrete Ausgestaltung einschließlich der damit zusammenhängenden sozialen Konsequenzen für die Benutzer am Arbeitsplatz und anderswo. „Nicht die Technik an sich, sondern die Interessen und die Politik, die hinter der Technikentwicklung und -anwendung stehen, sind die eigentliche Bedrohung“ (Bleicher).¹³

Zweitens: Der heutige Entwicklungsstand der Technik bzw. des technologischen Wissens birgt nicht nur in vieler Hinsicht größere und stärker in die Breite wirkende Gefahren als früher, sondern zugleich auch „Chancen, wie sie historisch nicht alle Tage vorkommen“. Mehr als jemals in der Vergangenheit gilt für die Technologien der Gegenwart und der Zukunft: Sie „determinieren nicht, wie die Arbeitsbedingungen geregelt sind; sie zwingen nicht zu einer bestimmten Form der Arbeitsorganisation, und sie legen nicht die Verteilung von Qualifikationen fest. Dies alles sind offene Fragen, die die Technologien aufwerfen und die durch politische Interessen und ihre Durchsetzung beantwortet werden.“¹⁴ Gleiches gilt für die Gestaltung des Verhältnisses Produktion – Nutzung – Abfall – Umwelt.

Aus beiden ergibt sich die Leitformel des neuen technikpolitischen Selbstverständnisses der DGB-Gewerkschaften: Soziale Beherrschung durch soziale Gestaltung des technischen Wandels.¹⁵

Allerdings zeigt sich bald, daß es mit der Propagierung einer neuen technikpolitischen Formel nicht getan ist: Nicht weniger als sieben Jahre nach Verab-

10 F. Steinkühler, Gewerkschaftliche Positionen zur sozialen Beherrschbarkeit der Technik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9 / 1985, S. 563–570.

11 D. Hensche, Es wird Zeit, auch einmal nein zu sagen. Wo soziale Beherrschbarkeit zur Lebenslüge werden kann, in: ebd., S. 554–562.

12 F. Steinkühler (1985), a. a. O., S. 564.

13 S. Bleicher, Die soziale Bewältigung der technischen Herausforderung. Zukunftsperspektiven von Arbeit, Gesellschaft und Politik. Technologiepolitische Konferenz des DGB vom 12. bis 14. 9. 1985 in Bonn, hektograph. Ms., S. 12.

14 Ebd., S. 14.

15 Vgl. auch Antrag 138 („Gewerkschaften und neue Technologien“) des 13. DGB-Bundeskongresses 1986. Dazu auch J. Grumbach / K. P. Henning, Kriterien zur Auswahl u. Bewertung neuer Technologien, in: „Technik und Gesellschaft“, hrsg. von der Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW, H. 8, S. 9–25.

scheidung des zitierten Antrages E 24 wird von Karl-Heinz Janzen – für die Zukunft – in Aussicht gestellt, was der 12. Gewerkschaftstag der IG Metall bereits zur tagespolitischen Forderung erhoben hatte: die „bisherige positive Grundeinstellung der Gewerkschaften zum technischen Fortschritt zu überprüfen und zu verändern“.¹⁶ Die praktische Umsetzung der neuen Formel bereitet offensichtlich Schwierigkeiten. Ursachen liegen sowohl in den äußeren Handlungsbedingungen der Gewerkschaften als auch im wenig eindeutigen Charakter der neuen Formel selbst und in „internen“ Problemen ihrer Präzisierung und ihrer Umsetzung in praktisches gewerkschaftliches Handeln. Es kann daher nicht verwundern, wenn inzwischen innerhalb der Gewerkschaften bzw. im Zusammenhang der konkreten gewerkschaftlichen Tagesarbeit bezüglich der Forderung nach sozialer Beherrschung des technischen Wandels durch soziale Gestaltung der Technik eine gewisse Ernüchterung um sich greift, während sie sich auf politischer Ebene in der gesamten Breite des Spektrums unter Einschluß großer Teile der Anhänger von CDU und FDP¹⁷ einer womöglich noch immer wachsenden Unterstützung erfreut. Inzwischen empfehlen sogar so exponierte Unternehmerverbände wie Gesamtmetall den angeschlossenen Unternehmen, sie möchten sich bemühen, „den technischen Wandel ... ‚sozialverträglich‘ zu machen“ – allerdings nicht als Ausdruck eines Einschwenkens auf die Linie der Gewerkschaften, sondern um die Zustimmung der Arbeitnehmer zu solchen Lösungen zu erlangen (vor allem zur Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen), über die „ein Konsensus mit der IGM ... nicht zu finden ist“.¹⁸

Bezüglich der allgemeinen Zustimmung zur Forderung nach sozialer Gestaltung der Technik gilt somit heute uneingeschränkt, was Hans Matthöfer 1980 über die Forderung nach Humanisierung der Arbeit sagte: „Neben vielen Vorteilen, die solche Einigkeit hat, begründet sie auch die Gefahr der Vertuschung und Bemäntelung unterschiedlicher, ja gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Ziele und Strategien... Von verhältnismäßig begrenzten Vorstellungen über die Verbesserungen der Arbeitssicherheit reichen sie bis zur Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der es weder Arbeitsleid noch abhängige Arbeit geben kann.“¹⁹ In *diesem* Rahmen ist die Formel von der sozialen Gestaltung der Technik in keiner Weise mehr als Ausdruck einer

16 Zit. n. W. Fricke / K. Krahn / G. Peter, Arbeit und Technik als politische Gestaltungsaufgabe. Ein Gutachten aus sozialwissenschaftlicher Sicht, hrsg. v. Senator f. Bildung, Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen, Sonderheft 5 der Reihe Arbeit des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, hrsg. v. W. Fricke, 1984, S. 33.

17 Vgl. INFAS, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Bad Godesberg 1987. M. Birke u. a. stellen eine Abnahme „gestaltungseuphorischer“ Einschätzungen „mit der Nähe zu den realen betrieblichen Entwicklungen und Erfahrungen“ fest. (M. Birke u. a., Gewerkschaftspolitische Ansätze und Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeit und Technik, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW 1986, hrsg. v. W. Fricke u. a., Bonn 1986, S. 456.)

18 FAZ v. 18. 7. 1986; dazu H. Schäfer in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 9/86, S. 6.

19 H. Matthöfer, Humanisierung der Arbeit und Produktion in der Industriegesellschaft, 3., überarb. Aufl., Köln 1980, S. 11f.

besonders kritischen technikpolitischen Auffassung zu verstehen. Sie ist vielmehr eine „Leerformel“ (Briefs)²⁰ bzw. ein „Allgemeinplatz“ (Fricke)²¹ geworden, auf dem sich jeder mit jedem treffen kann, ohne daß dies an der Unterschiedlichkeit der Ausgangspositionen und der Zielstellungen der Beteiligten etwas ändern würde. Dieser Sachverhalt reproduziert sich – wenn auch begrenzt durch den unstrittigen Bestand allgemeiner gewerkschaftspolitischer Grundpositionen – innerhalb der Gewerkschaften.

2. Ursachen der Neuorientierung

Auch in einem weiteren Sinne erscheint es als problematisch, die fragliche Forderung umstandslos als Ausdruck eines „kritischen“ Verständnisses zu begreifen. Eine solche „Lesart“ erweckt den Eindruck, als seien die älteren technikpolitischen Positionen der Gewerkschaften schlechthin unkritisch gewesen und als sei die heutige Überwindung einiger Schranken primär das Resultat eines „richtigeren“ Bewußtseins. Demgegenüber ist festzustellen: Schon die älteren Positionen hatten nicht nur subjektive, sondern auch objektive Voraussetzungen. Selbst der aus heutiger Sicht äußerst fragwürdige „Technikoptimismus“ früherer Zeiten hatte Gründe!²² Auch der Übergang zu neuen technikpolitischen Positionen beruht weniger auf einem „richtigeren“ Bewußtsein als in erster Linie auf praktischen Erfahrungen, die aus tiefgreifenden Veränderungen bis dahin vorherrschender objektiver Gegebenheiten, nämlich politischer, sozialer, ökonomischer und nicht zuletzt technologischer Gegebenheiten, entstanden sind.

Die wichtigsten objektiven Ursachen sind vielfach beschrieben und analysiert worden.²³ Sie sollen deshalb hier nur benannt werden. Es sind – abgesehen von jenen, die sich aus der stofflichen Spezifik der jüngeren Produktivkraftentwicklung selbst ergeben (vgl. Abschnitt 4) – die folgenden: Der tiefe ökonomische Einbruch der Jahre 1974/75; die auf dieser Grundlage erfolgende erhebliche Intensivierung der – auch während der ersten Hälfte der 70er Jahre schon beachtlichen – technischen und organisatorischen Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmer;²⁴ die damit einhergehende Zunahme des Arbeitsdrucks und der Kontrolle; die massenhafte Entwertung von Qualifikationen; die nachhaltigen Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Belegschaften (im Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten

20 U. Briefs (1984), a. a. O., S. 106.

21 W. Fricke u. a., a. a. O., S. 12.

22 D. Hense (1985), a. a. O., S. 556.

23 Zusammenfassend H. Jung, Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahr 2000, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, 1985, S. 11–45; F. Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung?, Köln 1984; K. Pickshaus, Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, a. a. O., S. 306–328.

24 Dabei handelt es sich nicht allein um quantitative, sondern auch um qualitative Veränderungen: Es entsteht zumindest in Umrissen ein neuer Rationalisierungstypus. Vgl. A. Leisewitz, Umbruchperiode und gewerkschaftliche Technologiepolitik, in: Marxistische Blätter 6/1985, S. 44–50; ferner R. Bispinck / M. Helfert, Technischer Wandel und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 315 f.

wie auch innerhalb beider Gruppen);²⁵ die wachsende und sich auf hohem Niveau stabilisierende Massenarbeitslosigkeit und schließlich die Gefährdung ganzer Berufsgruppen, darunter auch solcher, die – wie die Setzer – für einzelne Gewerkschaften bislang zu den tragenden Kräften gehörten,²⁶ sowie die Erfahrung drastischer Reduktionen des Gewichts gewerkschaftlicher Streikaktionen (z. B. beim Erscheinen von Zeitungen trotz streikender Belegschaften).

Alle genannten Faktoren sind schon für sich genommen einschneidend genug. Ihre Verkettung und ihr gleichzeitiges Auftreten wurde zu Recht als dramatisches Alarmzeichen verstanden, und zwar um so mehr, als die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in den Jahren der Regierung Schmidt und danach auch auf parlamentarischer Ebene drastisch zurückging. All dies zwang und zwingt dazu, das gewerkschaftspolitische Instrumentarium auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen und nach neuen Möglichkeiten der Interessenvertretung zu suchen. Da die Vorstöße der Unternehmer in allen Fällen auch auf neuen technisch-organisatorischen Regelungen fußen, richtete sich die gewerkschaftliche Aufmerksamkeit zwangsläufig auch auf die Frage nach der Angemessenheit der technikalpolitischen Konzeption des DGB und seiner Einzelgewerkschaften.

3. Varianten der Neuorientierung

Die relative Unbestimmtheit der Formel von der sozialen Beherrschungsbedürftigkeit des technischen Wandels mittels sozialer Gestaltung der Technik erwies sich zunächst als Vorteil. Sie war mit keiner der unterschiedlichen Strömungen und Konzeptionen innerhalb der DGB-Gewerkschaften so eng verbunden, daß ihre Übernahme in die Programmatik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften als Einbruch in die eigenen Positionen hätte verstanden werden müssen. Tatsächlich liegen die Wurzeln der Erkenntnis von der gesellschaftlichen Abhängigkeit der stofflichen Gestaltung technischer und technisch-organisatorischer Problemlösungen in den unterschiedlichsten wissenschaftlichen, ideologischen und gesellschaftspolitischen Traditionszusammenhängen: von der marxistischen Auffassung der Technik als einem Element der doppelt widersprüchlich determinierten Produktivkraftentwicklung (einerseits durch naturgesetzliche und andererseits durch – in sich ebenfalls widersprüchliche – historisch konkrete gesellschaftliche Interessenkonstellationen)²⁷ über die systemtheoretische Verkürzung dieses Zusammenhangs im Rahmen der techniktheoretischen Überlegungen im Einflußbereich des Vereins Deutscher Ingenieure seit Ende der 60er Jahre²⁸ bis zum sozialdemokratisch-reformistischen Konzept der weltmarktbezogenen Modernisierung der

25 Vgl. H. Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 44–83.

26 Vgl. H. Klosterhuis, a. a. O., S. 27 ff.

27 S. Krämer-Friedrich, Technik, Gesellschaft und Natur. Versuch über ihren Zusammenhang, Frankfurt/M., New York 1982.

28 Etwa G. Ropohl (Hrsg.), Eine Systemtheorie der Technik, München 1975.

Industriegesellschaft auf der Grundlage qualitativen Wachstums (u. a. mittels umweltschonender und in anderer Weise nützlicher Produkte)²⁹ und schließlich jener, vor allem durch Herbert Marcuse verkörperten, zum heutigen Anti-industrialismus führenden Traditionslinie der Kritischen Theorie, derzufolge die „Maschinerie“ in solchem Maße durch ihre kapitalistischen Entstehungsbedingungen determiniert ist, daß sich mit ihrer Übernahme im Sozialismus auch ihre Entfremdungsmechanismen so umfassend reproduzieren, daß der Sozialismus als Versuch zur Überwindung der Grenzen des Kapitalismus sich auf diese Weise unausweichlich disqualifiziert.³⁰ Elemente aller dieser Auffassungen finden sich auch innerhalb der Gewerkschaften.

Die Formel von der sozialen Gestaltungsbedürftigkeit und -fähigkeit der Technik bildet den gemeinsamen Rahmen. Die konkrete Bedeutung dessen, was unter der gemeinsamen Formel verstanden wird, ist entsprechend vielfältig und z. T. kontrovers. Den wichtigsten Kristallisationspunkt der Kontroversen bildet die Steinkühlersche Aufforderung zum Übergang vom traditionellen „Ja, aber...“ zum „Nein, wenn nicht...“.³¹ Gemeint ist ein grundsätzliches Nein zur Einführung neuer Systeme, sofern nicht zuvor ihre „soziale Verträglichkeit“ nachgewiesen und gesichert ist. Diese Maxime solle an die Stelle eines früheren grundsätzlichen Ja zur Einführung neuer Technik treten, deren negative soziale Begleiterscheinungen durch entsprechende Kompensationsmaßnahmen lediglich abgemildert wurden bzw. werden sollten.³² Demgegenüber hat Detlef Hensche mit Vehemenz die Auffassung vertreten, daß das „Nein, wenn nicht...“ in solchen Fällen nicht ausreicht, in denen entweder eine unvertretbare Störanfälligkeit von Systemen gegeben ist oder in denen „Technologien und technische Systeme so mit ihrem Zweck zusammenfallen, daß die Durchsetzung konkurrierender sozialer Zwecke ausgeschlossen ist... Unter diesen Umständen ist es müßig, über die Frage der sozialen Beherrschbarkeit nachzusinnen.“ Die einzig sinnvolle Entscheidung sei in derartigen Fällen „ein Verbot, ohne Wenn und Aber“.³³

In einer stärker gesellschaftspolitischen Akzentuierung, letztlich aber mit ähnlichen Konsequenzen wie Hensche, verweist auch der 2. Landesvorsitzende der IG Druck und Papier in Hessen, M. Balder, auf Grenzen der sozialen Beherrschbarkeit: „Wirkliche Alternativen zu den profitorientierten Zwecken, wie sie von den Unternehmern gesetzt werden, und wirkliche soziale Beherrschbarkeit der neuen Technologien lassen sich nur unter veränderten gesellschaftlichen Machtverhältnissen realisieren. Und diese müssen voll und konsequent propagiert werden.“³⁴ Ohne nennenswerte Einschränkungen der

29 Etwa V. Hauff / F. W. Scharpf, *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Frankfurt / M., Köln 1975.

30 Vgl. H. Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied / (West-)Berlin 1967, S. 14 ff.

31 F. Steinkühler, *Einbahnstraße Technik? Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den „neuen Technologien“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/1984, S. 188–196.

32 Vgl. Anm. 9.

33 D. Hensche, a. a. O., S. 559 f.

34 M. Balder, *Skepsis gegen soziale Beherrschbarkeit neuer Technologien*, in: *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, 1/1986, S. 20–23.

Unternehmermacht seien auch dem gewerkschaftlichen Anspruch, über die „künftige Streckenführung des Technologiezuges“ (Bleicher) mitzubestimmen, enge Grenzen gesetzt. Daraus folge: Die Gewerkschaften „müssen ... auch bereit sein, ggf. den Zug zu blockieren. Erst dann werden wir uns mit den Unternehmern auch über die Streckenführung unterhalten können.“³⁵ Balder wendet sich damit gegen einen Vorwurf, den Bleicher auf der technologiepolitischen Konferenz des DGB erhoben hatte. Er hatte dort kritisiert, daß die Gewerkschaften „gegen den Virus der Technikdämonisierung“ in den letzten Jahren wenig Widerstand aufgebracht hätten, daß „Kolleginnen und Kollegen den DGB aufgefordert haben, endlich eine klare Boykothaltung einzunehmen und sich zum modernen ‚Maschinensturm‘ zu bekennen“. Und schließlich hätten „sich die Gewerkschaften in eine fruchtlose Diskussion darüber begeben, ob ... dem technischen Wandel mit einem ‚Ja, aber ...‘ oder mit einem ‚Nein, wenn nicht ...‘ begegnet werden solle.“³⁶

Obwohl all dies als Bestandteil eines Weges „in die technologiepolitische Sackgasse“ kritisiert wird, ergibt sich in der Konsequenz doch auch eine Übereinstimmung mit den zitierten Auffassungen Henschkes und Balders: „Nicht ein Nein zur Technik, sondern das klare Nein zu einer Politik in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, die den Technikeinsatz einseitig im Interesse der Arbeitgeber fördert, muß das Kernziel unserer Politik und Mitgliederorientierung sein.“ Zugespitzt formuliert: „Es geht um die Politisierung der Technikauseinandersetzung und nicht um die Technisierung der Politik.“³⁷

Die trotzdem nicht zu überhörenden Differenzen liegen in den Antworten auf die Frage, *welche* Politik den gestellten Anforderungen gerecht wird. Balder zielt auf die kapitalistische Profitproduktion als solche; in diesem Sinne wünscht er „in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft ohne die Unternehmer auskommen zu können“.³⁸ Bleichers Bemerkungen zielen auf eine an industriegesellschaftlichen Vorstellungen orientierte Modernisierungspolitik, die die „einseitig im Interesse der Arbeitgeber“³⁹ wirkende gegenwärtige Technologie- und Gesellschaftspolitik durch eine Politik ersetzt wissen möchte, die durch mehr soziale Symmetrie gekennzeichnet ist. Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, H. Rappe, geht auf diesem Wege erheblich über Bleicher hinaus. Der Fluchtpunkt seiner Überlegungen ist „die Chance der deutschen Volkswirtschaft in der Hochtechnologie“.⁴⁰

Zusammenfassend läßt sich also festhalten: Unter dem Eindruck von öko-

35 Ebd., S. 22.

36 S. Bleicher, Technologiepolitik auf dem Prüfstand. Gewerkschaftliche Forderungen an die Politik, Technologiepolitische Konferenz des DGB vom 12. bis 14. 9. 1985 in Bonn, hektograph. Ms.

37 Ebd.

38 M. Balder, a. a. O., S. 21. Zum weiteren Verlauf der Kontroverse vgl. in den „Nachrichten“ die Beiträge von E. Fehrmann (H. 9/1986), C. Rzaza (H. 12/1986), U. Briefs (H. 4/1987) und G. Schneider (H. 5/1987).

39 S. Bleicher, Technologiepolitik..., a. a. O., S. 12.

40 Verlierer und Gewinner. Neue Technologien, Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Round-table-Gespräch, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 3/1985, S. 203.

nomischer Krise, unternehmerischen Rationalisierungsoffensiven und wachsenden Durchsetzungsproblemen der Gewerkschaften vollzieht sich eine technikpolitische Neuorientierung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, die sowohl analytisch als auch in der Bewertung des technischen Fortschritts zu kritischeren Positionen gelangt als in der Vergangenheit. Sie findet ihren Ausdruck in der heute weitgehend akzeptierten Formel von der sozialen Beherrschungsbedürftigkeit des technischen Wandels mittels sozialer Gestaltung der Technik. Diese Übereinstimmung bildet allerdings nicht das Ende technikpolitischer und sonstiger gewerkschafts- und gesellschaftspolitischer Meinungsverschiedenheiten, sondern eine neue Grundlage ihrer Austragung.

4. Neue Anforderungen

Die Realisierung der gestellten Aufgabe schreitet bis heute recht langsam voran. Daran dürfte sich auch in Zukunft wenig ändern. Die Ursachen liegen nicht nur in konzeptionellen Meinungsverschiedenheiten innerhalb und zwischen den Gewerkschaften und in den erwähnten äußeren Schwierigkeiten der Gewerkschaften in Gestalt veränderter politischer, sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen, sondern zum erheblichen Teil auch in Problemen, die sich aus den stofflichen Besonderheiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung selbst ergeben.

Dazu zählt erstens, daß technische und technisch-organisatorische Lösungen zunehmend das Resultat eines *wissenschaftlichen* Vorlaufs sind, der neues Wissen verarbeitet, der sich außerhalb des Erfahrungs- und Zugriffsbereichs der „vor Ort“ Beschäftigten vollzogen hat und der bei diesen zu einer mehr oder minder nachhaltigen Entwertung „vor Ort“ erworbenen Arbeitswissens führt. Dazu gehört zweitens, daß die Erfolge in der Informationsverarbeitung die „Maschinisierung“ erheblicher Bereiche von „Kopfarbeit“ erlauben, und zwar – der Tendenz nach – in jeglichem Arbeitsfeld. Es handelt sich in diesem Sinne tatsächlich um eine Veränderung in der „*Anatomie der Arbeit*“ (Marx). Die betreffenden Veränderungen sind daher außergewöhnlich tiefgreifend, und sie treten massenhaft auf. Drittens wächst – durch die Möglichkeiten der Informationsverarbeitung zusätzlich verstärkt – der *Systemcharakter* wissenschaftlich-technischer Produkte (man spricht zu Recht immer weniger von Turbinen, Auto, Gewehren etc. und immer häufiger von Energie-, Verkehrs-, Waffen- und sonstigen Systemen) sowie a) ihrer materiellen und qualifikatorischen Entstehungsvoraussetzungen (häufig bis in die Grundlagenforschung hinein), b) ihrer äußeren (insbesondere infrastrukturellen) Funktionsvoraussetzungen (Bsp. Autotransport, Bsp. Verkabelung) und c) ihrer mittelbaren (ökologischen, sozialen, kulturellen) Folgen. Es geht damit nicht mehr allein um die Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Einzelwirkungen, sondern – auch – um die Notwendigkeit, die *Struktur* technisch-organisatorischer Systeme und ihrer Voraussetzungen und Folgeprobleme *im ganzen* zu beeinflussen. Derartige Einflußnahmen laufen aber zwangsläufig auf eine alternative Gestaltung technisch-organisatorischer Entwicklungen und Systeme hinaus. *Insofern* erwächst die Forderung nach „sozialer Gestaltung des technischen

Wandels“ auch unmittelbar aus den stofflichen Besonderheiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung.

Auf sie zu verzichten hieße nicht etwa, sich mit dem gegebenen Niveau der Interessenvertretung zu begnügen, sondern immer mehr an Handlungsmöglichkeiten und Einfluß zu verlieren und somit auf ein entsprechend niedriges Niveau zurückzufallen. Die Forderung nach sozialer Gestaltung des technischen Wandels ist damit für die Gewerkschaftsbewegung unverzichtbar geworden. Dabei geht es gewiß auch um die breite Mobilisierung von Gestaltung*phantasie*. Nicht weniger wichtig ist jedoch die Entwicklung konkreter Gestaltung*fähigkeit* und die notwendige Gestaltung*bereitschaft*. Die darin begründeten Herausforderungen der Gewerkschaftsbewegung sind außerordentlich groß. Im folgenden sollen drei Aspekte erörtert werden.

4.1 Verwissenschaftlichung technisch-organisatorischer Problemlösungen

Ohne kontinuierliche Information über die Funktionsprinzipien und die möglichen sozialen Konsequenzen neuer Systeme und die damit verbundenen organisatorischen Konzepte der Unternehmer wird eine wirksame Gegenwehr der Beschäftigten schon vom Ansatz her unmöglich: Angesichts der Entwertung ihres beruflichen Erfahrungswissens durch extern entwickelte wissenschaftlich-technische Lösungen können sie mangels fachlicher Kompetenz oftmals nicht einmal angemessene Abwehrforderungen formulieren. Um so weniger vermögen sie alternative Gestaltungsvorschläge zu entwickeln. Hier sind in der Regel auch der Betriebsrat und der örtliche gewerkschaftliche Funktionärskörper überfordert.⁴¹ Einen dauerhaften Ausweg eröffnet letztlich nur eine breite thematische und institutionelle Öffnung des gesellschaftlichen Wissenschaftsbetriebes für die spezifischen Interessen und Fragestellungen der Lohnabhängigen im allgemeinen und ihrer Gewerkschaften im besonderen sowie die Etablierung eines entsprechenden Wissenstransfers. Die Suche nach Möglichkeiten einer in Themenwahl und Themenbearbeitung (von der Auswahl und Präzisierung der Fragestellungen über die Formen der Informationserhebung und -verarbeitung bis zur Formulierung von Ergebnissen und den Formen ihrer Veröffentlichung) ausdrücklich „arbeitnehmerorientierten Wissenschaft“ bildet den gewerkschafts- und wissenschaftspolitisch augenfälligsten Reflex der bezeichneten Problemlage.⁴²

41 Vgl. M. Angermaier, Betriebliche Interessenvertretung und externe Beratung. Erfahrungen am Beispiel der Technologieberatungsstelle Oberhausen, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 382. Das Problem liegt – anders als früher – oft nicht in einem Mangel, sondern – als Ausdruck einer gezielten Konfliktvermeidungsstrategie der Unternehmer – z. T. in einem Überfluß an rationalisierungsrelevanten Informationen, die nicht verarbeitet werden können.

42 Vgl. S. Katterle / K. Krahn (Hrsg.), Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen, Köln 1980. Dazu gehören auch eigene Umfragen der Gewerkschaften: „Werkzeuge müssen menschlicher werden.“ Eine Untersuchung der Bezirksleitung Stuttgart der IGM unter Einbeziehung von 100 000 Arbeitnehmern, Stuttgart 1979; „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht“. Rationalisierung in der Metallwirtschaft. Eine Bestandsaufnahme des Vorstandes der IGM in 1100 Betrieben, Frankfurt / M. 1983; „Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung.“ HBV-Umfrage unter (6086) Beschäftigten in Banken und Versicherungen, Düsseldorf 1984.

Um die Realisierung dieser schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre entwickelten Zielsetzung⁴³ wenigstens in Ansätzen absichern zu können, sind Anstrengungen vor allem in dreierlei Richtung unternommen worden. Erstens wurde versucht, die Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere zu einzelnen Hochschulen, im Rahmen von Kooperationsverträgen zu vertiefen und zu institutionalisieren. In diesem Zusammenhang sind einzelne Kooperationsverträge (Bremen, West-Berlin, Bochum, Dortmund, Saarbrücken, Marburg, Hamburg)⁴⁴ und die fünf Kooperationsstellen zu nennen.⁴⁵ Zweitens entstehen Einrichtungen zur Beförderung eines an den Interessen der Gewerkschaft orientierten Transfers von Know-how aus dem Wissenschaftssystem in die gewerkschaftliche Praxis (Technologieberatungsstelle des DGB in NRW und Innovations- und Technologieberatungsstellen der IGM in Hamburg und West-Berlin).⁴⁶ Drittens sehen sich die Gewerkschaften genötigt, auf politischer Ebene mehr Einfluß zu entfalten. Dies gilt sowohl hinsichtlich der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik⁴⁷ als auch für die Ausbildungspolitik, insbesondere soweit sie die Inhalte und berufspolitischen Zielsetzungen und die Formen des Studiums künftiger Naturwissenschaftler und Ingenieure betrifft.⁴⁸

Die gewerkschaftlichen Ziele dieser Bestrebungen wurden bislang nur in ersten Ansätzen erreicht. Gleichwohl ist (im Vergleich zu den 60er Jahren) ein Entwicklungsprozeß zu verzeichnen, der beachtlich ist. Zum einen wurde das Wissenschaftssystem überhaupt mit dem gewerkschaftlichen Anspruch auf eine Öffnung für die Interessen und Probleme der Lohnabhängigen konfron-

43 E. Frister, Gewerkschaften und Hochschulen, in: Hochschulen und Gewerkschaften, hrsg. v. H. D. Bamberg u. a., Köln 1979, S. 474–483; H.-O. Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1977, S. 969–981.

44 Hochschulen und Gewerkschaften, a. a. O.

45 Dortmund, Hamburg, Kassel, Oldenburg, Tübingen; Informationsmaterial „Präsentation des Projekts ‚Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen‘. Untersuchung der Möglichkeiten einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Gewerkschaften“, 11. 12. 1985 Bonn, hrsg. v. Kooperationsprojekt, DGB-Bundesvorstand, Abt. Gesellschaftspolitik; Kooperationsprojekt: Hochschule/Gewerkschaften. Verlauf und Ergebnisse, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 5/1986.

46 U. Schumm-Garling, Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Technologiepolitik: Technologieberatungsstellen und Konversionsarbeitskreise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 299–306; Selbstdarstellungen: Innovations- und Technologieberatung. Information der Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall, Hamburg 1980; Innovations- und Technologieberatung Berlin. Drei Strategien für die Arbeitnehmerinteressen, in: Der Gewerkschafter, 5/1986, S. 6–8; Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW: Reihe: Technik und Gesellschaft. Zum geplanten Ausbau der Technologie-Beratungsstellen siehe: WSI-Informationen Arbeit 1/1987. In diesen Zusammenhang gehört auch das „Zentrum ‚Arbeit, Technik, Umwelt‘“ (ZATU) in Nürnberg. Dazu: H. Pfäfflin, in: „Technik und Gesellschaft“, a. a. O., H. 7.

47 Zu einer arbeitnehmerorientierten Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, WSI-Mitteilungen 12/1978; ferner: W. Fricke u. a., a. a. O., S. 32 ff.

48 Leitsätze des DGB zur Studienreform, in: H. D. Bamberg u. a., Hochschulen und Gewerkschaften, a. a. O., S. 436–442; daneben Vorschläge zur Reformierung einzelner Studiengänge (Chemie, Biologie, neuerdings Maschinenbau und Elektrotechnik). Dazu die Studie über Ausbildung und Beruf von Ingenieuren des Maschinenbaus und der Elektrotechnik: Eine Literaturstudie, hrsg. von DGB und IGM, Düsseldorf/ Frankfurt 1986.

tiert und zur Stellungnahme gezwungen. Zum zweiten gingen (vor allem im Zusammenhang des HdA-Programms) von diesen gewerkschaftlichen Ansprüchen wichtige Anstöße für die Industriosozologie aus. Vom Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ (SoTech) des Landes Nordrhein-Westfalen gehen vergleichbar intensive Wirkungen auf die Forschung aus.⁴⁹ Das Ergebnis besteht nicht allein in einer großen Zahl wissenschaftlicher Publikationen, sondern auch in einer noch vor zwanzig Jahren kaum denkbaren Ausdehnung und Verstärkung der Kontakte zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaften.

Die gewerkschaftsinternen Resultate scheinen zunächst vor allem darin zu bestehen, daß gerade die Kette relativer Mißerfolge in dem Versuch, das HdA-Programm der Bundesregierung als – aus gewerkschaftlicher Sicht – Schlüsselprogramm der Forschungspolitik zu nutzen, innerhalb der Organisation die Notwendigkeit einer wirksamen gewerkschaftlichen Beeinflussung der staatlichen Forschungspolitik erst in ihrer ganzen Bedeutung hat sichtbar werden lassen.⁵⁰ Im Hinblick auf das SoTech-Programm sind daraus rechtzeitig Konsequenzen gezogen worden.⁵¹ Mit der Neuformulierung und Intensivierung der Bemühungen um die betriebliche wissenschaftlich-technische Intelligenz – u. a. in ihrer Funktion als Trägerin von benötigtem Expertenwissen – ist in den letzten Jahren eine weitere Anpassung der gewerkschaftlichen Politik an die Erfordernisse der Informationsbeschaffung und -verarbeitung vollzogen worden. Die IGM hat hier bis heute eine Vorreiterrolle.⁵²

Das *externe* Problem der Beschaffung des notwendigen Wissens über die Funktionsprinzipien und die sozialen Dimensionen neuer technisch-organisatorischer Systeme und Rationalisierungsprozesse stellt nach alledem heute nicht mehr das Hauptproblem dar. Demgegenüber treten immer stärker gewerkschaftsinterne Probleme in den Vordergrund. Das gilt zuerst für die innergewerkschaftliche Vermittlung dieses Wissens an Mitglieder und Funktionsträger. In diesem Sinne sind in den vergangenen Jahren von den Einzel-

49 Sozialverträgliche Technikgestaltung. Materialien zum Programm, hrsg. v. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, März 1985; Das SoTech-Programm nach 2 Jahren. Zwischenbericht, ebd., 1987. „Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW“ (1985 ff.); eine ähnliche, wenngleich erheblich bescheidenere Rolle spielt in Bremen das Programm Arbeit und Technik. Siehe dazu die Tagungsbände der ersten beiden Symposien „Arbeit und Technik“ aus den Jahren 1983 und 1987.

50 Vgl. G. Trautwein-Kalms, a. a. O., S. 59 ff.

51 Die Gewerkschaften waren an seiner Formulierung von Anfang an beteiligt. Allerdings bezieht sich das Programm nicht allein auf die Bürger in ihrer Eigenschaft als Lohnabhängige, sondern auch als „Konsumenten, Familienmitglieder u. a.“ (Sozialverträgliche Technikgestaltung, a. a. O., S. 13). Dazu D. Mahlberg, Zwischenbilanz der gewerkschaftlichen Beteiligung an der Technologie-Initiative Nordrhein-Westfalen, in: „Technik und Gesellschaft“, a. a. O., H. 6, S. 11–17.

52 Vgl. Einbahnstraße Technik? Ingenieur-Konferenz der IG Metall in Baden-Württemberg, Stuttgart 1983; Der Mensch muß bleiben. Aktionsprogramm: Arbeit und Technik, IG Metall, Frankfurt / M. 1984; Forschungsprojekt „Organisierung von Ingenieuren“. Berufliche Situation, Selbstverständnis und Interessenorientierung von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in Zusammenarbeit mit der IG Metall. Abschlußbericht. West-Berlin 1986.

gewerkschaften und vom DGB in großer Zahl Materialien erstellt worden, die in leicht faßlicher Weise Auskunft über technische und organisatorische Grundprozesse und -konzepte geben (Personalplanung, -datenerfassung, Bildschirmgeräte, -text, neue Medien, Computereinsatz in der Konstruktion u. a. m.).⁵³

Das größte interne Problem besteht in den Schwierigkeiten der Belegschaften, sich verfügbares Wissen anzueignen, auf seiner Grundlage Handlungsansätze zu entwickeln und sie in die Tat umzusetzen. Die Gewerkschaften haben dem schon im Rahmen des HdA-Programms durch die Konzipierung eigener „Umsetzungsprojekte“ Rechnung zu tragen versucht.⁵⁴ Im SoTech-Programm wird diesem Ansatz noch größere Bedeutung beigemessen.⁵⁵ Ein weiteres Instrument zur Erleichterung des praktischen Handelns im Falle von Rationalisierungen sind – mehr oder minder allgemein gehaltene – Leitfäden.⁵⁶

Die Tendenz zur Entwertung von technologischem Arbeits- und sonstigem Erfahrungswissen wird von einer Tendenz zur Entwertung gewerkschaftlicher Kampferfahrung, überkommener Formen der innergewerkschaftlichen Kommunikation und der Politikentwicklung begleitet, die sich naturgemäß im Funktionärskörper besonders nachhaltig bemerkbar macht. Im gleichen Maße wächst auch hier die Bedeutung des Zugriffs auf *wissenschaftliches* Wissen und der Fähigkeit, damit zu arbeiten, und zwar nicht nur im Hinblick auf neue Anforderungen in den Betrieben, sondern auch im „Innenleben“ der gewerkschaftlichen (und politischen) Arbeiterbewegung. Ein äußerer Ausdruck dieser Tendenz ist der wachsende Anteil solcher Funktionäre, die weitergehende Bildungseinrichtungen besucht haben – bis hin zu den vielbeschworenen „Doktoren im Vorstand“ (FAZ). Ein weniger spektakulärer, in der Praxis aber wohl erheblich gewichtigerer Aspekt besteht darin, daß heute zwei verschiedene Funktionärstypen „koexistieren“, die sich – als Typus des klassischen Arbeiterfunktionärs auf der einen Seite und als Absolventen sekundärer und tertiärer Bildungsgänge auf der anderen Seite – nicht nur in ihren formellen Bildungsgängen und im Weg ihrer gewerkschaftlichen „Karriere“, son-

53 Diesem Ziel dient auch das Bildungsschwerpunkthema des DGB im Jahre 1985/86 „Neue Technologien. Gefahren, Chancen, Perspektiven“.

54 Vgl. K. Benz-Overhage, Menschengerechte Arbeits- und Technikgestaltung in Fertigung und Verwaltung am Beispiel des HdA-Gestaltungsprojekts der IG Metall, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW 1986, a. a. O., S. 443–449. Im Rahmen dieses vom BMFT geförderten Projektes wurde ein – allerdings sehr kleiner – gewerkschaftlicher Beraterstab für Umsetzungsprobleme aufgebaut.

55 Die Vermittlung der Ergebnisse wird als „eine intensive, permanente Hauptaufgabe der zweiten Halbzeit“ des Programms angesehen (Das SoTech-Programm nach zwei Jahren, a. a. O., S. 64).

56 Etwa: Der Betriebsrat 11–12/1984 (IG Chemie – Papier – Keramik), Personaldaten und EDV, S. 550ff.; Arbeitsheft Rationalisierung für Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Achtung – McKinsey kommt! (HBV), Düsseldorf 1981; Das 10-Schritte-Programm. Eine Hilfe zur Selbsthilfe für Betriebsräte bei betrieblichen Rationalisierungsvorhaben in der Produktion (IG Metall), Frankfurt/M. 1985; Bearbeitung von Rationalisierungsproblemen in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung (ÖTV), Stuttgart 1986; C. Döbele-Berger, Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei der Einführung von Neuen Technologien in Büro und Verwaltung, hrsg. von der Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken 1985.

dem auch in ihren sozialtypischen persönlichen Interessen und Verhaltensmustern voneinander unterscheiden und die sich auf dieser Grundlage z. T. erheblich aneinander reiben. Je mehr die soziale Gestaltung des technischen Wandels zu einer Aufgabenstellung des gewerkschaftlichen Alltags wird, um so mehr spitzt sich die hier skizzierte interne Problematik zu.

4.2 Systemcharakter/systemische Wirkungen technisch-organisatorischer Lösungen

Das notwendige Verständnis technisch-organisatorischer Veränderungen muß heute – ihrem „systemischen Charakter“⁵⁷ und dem Systemcharakter ihrer materiellen und qualifikatorischen Entstehungsvoraussetzungen, ihrer äußeren Funktionsvoraussetzungen und ihrer mittelbaren Folgen entsprechend – sehr viel weiter gefaßt werden als in der Vergangenheit. Dies verlangt nicht alleine im Betrieb eine entsprechend umfassende Sichtweise, sondern auch eine erhebliche Ausweitung des Blickfeldes in Richtung auf solche Zusammenhänge und Abhängigkeiten, die über den Betrieb als den klassischen Kernbereich gewerkschaftlicher Aufmerksamkeit und Urteilskraft hinausgehen: die Zukunft der Abteilung als Problem der Entwicklung des Betriebes bzw. ganzer Branchen (z. B. Werften, Stahl). Die Zukunft des Unternehmens als Funktion der Entwicklung der Kommunen bzw. ganzer Regionen und umgekehrt. Die Veränderungen am Arbeitsplatz als Teil übergreifender wissenschaftlich-technischer und technisch-organisatorischer Entwicklungen (Informations- und Kommunikationstechnologien, Energieproduktion, Gentechnologie). Betriebliche Innovationen als Konsequenzen zentraler Forschungs- und Technologiepolitik.

Der Zwang, sich mit den betriebsübergreifenden Zusammenhängen wissenschaftlich-technischer (und ökonomischer) Umbrüche auseinanderzusetzen, ist zwar nicht neu, hat aber qualitativ und quantitativ erheblich an Gewicht gewonnen. Die Gewerkschaften beginnen sich darauf einzustellen. Allerdings überwiegt bislang noch die Analyse, während der Aspekt der alternativen Gestaltung weniger stark entwickelt ist. Es existieren Darstellungen bereichs- und branchentypischer *Rationalisierungskonzepte*,⁵⁸ Darstellungen mit programmatischen Ausarbeitungen zu charakteristischen Entwicklungsproblemen einzelner *Branchen*,⁵⁹ einzelner *Regionen*,⁶⁰ und auch einzelner *wissen-*

57 R. Bispinck / M. Helfert, a. a. O., S. 317.

58 Vgl. Elias 2. Ein Rationalisierungskonzept in der Versicherungswirtschaft (HBV); Die Maschinerie treibt Dich. Daten, Hintergründe und Folgen der Rationalisierung in der Textilindustrie (Gewerkschaft Textil – Bekleidung); Rationalisierung und elektronische Datenverarbeitung in der Kommunalverwaltung (ÖTV); Rationalisierung im Schreibdienst (ÖTV).

59 Werften, Stahl (IGM).

60 Arbeitsplätze fürs Revier – Chancen eines beschäftigungswirksamen Strukturwandels am Beispiel des „Entwicklungszentrum Dortmund – Modell östliches Ruhrgebiet“, dazu K. Eichler, in: Gründer- und Technologiezentren. Technik und Gesellschaft, H. 7, hrsg. von der Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW 1986, S. 36 ff.; kritisch zum Programm der Landesregierung „Zukunftstechnologien in Nordrhein-Westfalen“: Forschungspolitik in NRW. Diskussionsbeiträge zum Programm ..., hrsg. vom GEW-Landesverband NRW 1985;

schaftlich-technischer Schlüsselbereiche,⁶¹ sowie zu Möglichkeiten und Umrissen alternativer Produktionsprogramme.⁶²

Wo der Versuch unternommen wird, den betriebsübergreifenden Wirkungszusammenhängen technologischer Veränderungen Rechnung zu tragen, entstehen weitere Herausforderungen. Die Gewerkschaften werden – insbesondere in Gestalt von Bürger-, Wissenschaftler- und sonstigen Initiativen – mit politischen Akteuren konfrontiert, auf deren Kooperationsbereitschaft sie sowohl wegen deren Sachverstand als auch der spezifischen Handlungsmöglichkeiten und des politischen Gewichts derartiger Gruppen (Umweltprobleme,⁶³ Infrastrukturprobleme, Probleme des Städte- und Wohnungsbaus, Energieprobleme) nicht selten angewiesen sind. Da aber derartige Initiativen, Zusammenschlüsse und Gruppen den Gewerkschaften nicht selten fremd gegenüberstehen (bezüglich ihrer institutionellen Strukturen und Arbeitsprinzipien in politischer, ideologischer und soziokultureller Hinsicht), kommt es von beiden Seiten immer wieder zu Konflikten und Abgrenzungen. Konkrete Erfolge in der Beeinflussung des technischen Wandels sind aber nur in dem Maße denkbar, wie derartige Tendenzen in Grenzen gehalten und die unvermeidlichen Konflikte produktiv genutzt werden. Andererseits geht gerade von den systemischen Wirkungszusammenhängen der modernen Technik ein nachhaltiger Zwang aus, in die Richtung einer solchen Kooperation voranzuschreiten. Entsprechende Ansätze haben sich sowohl in bezug auf einzelne wissenschaftlich-technische Schlüsselbereiche (z. B. Gentechnologie) als auch in regionalen Zusammenhängen herausgebildet (z. B. Saarland, Bremen, NRW, Nürnberg). Sie bewegen sich aber bis heute in sehr engen Grenzen.

DGB-Strukturprogramm Küste, hrsg. von den DGB-Landesbezirken Nordmark und Niedersachsen, 1980; Arbeit für die Küste. Vorschläge für ein Beschäftigungsprogramm Küste. Entwurf, hrsg. von der IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg in Zusammenarbeit mit GEWOS, Hamburg 1984; ferner H. Heseler / E. Lübbling (Hrsg.), Beschäftigungspolitik in Bremen. Materialien einer gemeinsamen Arbeitstagung der IG Metall und des Kooperationsbereichs Universität / Arbeiterkammer, Bremen 1985.

- 61 Neue Informations- und Kommunikationstechniken. Eine Stellungnahme des DGB (1984); Die medienpolitische Diskussion über Kabelfernsehen und Breitbandverteilnetze (ÖTV) 1984; Inhouse-Netze (ÖTV) 1984; P. Martin, Entwicklung und Anwendung von CNC-Werkzeugmaschinensteuerungen unter besonderer Berücksichtigung der Werkstattprogrammierung, Kassel 1984; Gentechnologie. Chancen und Risiken, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, München 1985; Soziale Gestaltung neuer Techniken im öffentlichen Personennahverkehr (ÖTV), 1986.
- 62 Vgl. Heraus aus der Sackgasse: Mitbestimmung bei den Produkten, in: Die Mitbestimmung 4-5/1984; Alternative Fertigung, ebd. 12/1982; E. Heinemann / E. Lübbling, Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion, Kooperation Universität / Arbeiterkammer, Bremen 1983; J. Fischer u. a. (Hrsg.), Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung. Kollegen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) für eine Alternative Fertigung, Kooperation Universität / Arbeiterkammer, Bremen 1984.
- 63 S. dazu: Umweltschutz und qualitatives Wachstum, DGB 1985; Arbeit und Umwelt, in: Die Mitbestimmung, 4-5/1985; Umweltschutz und Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen 12/1985; E. Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie, Frankfurt / M. 1985.

4.3 Politisierung der Konflikte und wachsendes Gewicht der „Basis“

Aus dem wachsenden Systemcharakter der neuen Technik ergibt sich weiter, daß die Beeinflussung der immer komplexeren und ausgedehnteren Vernetzungszusammenhänge auch entsprechend weitreichendere Instrumente erfordert. Eine solche Einflußnahme berührt entsprechend schneller und nachhaltiger die hierarchisch übergeordneten Entscheidungsebenen bis hin zur Bundesebene.⁶⁴ Zugleich werden schneller und nachhaltiger Kernbereiche der gesellschaftlichen Machtfragen berührt: vom Anspruch auf Mitbestimmung bei der Einführung neuer Systeme und der Ausgestaltung der damit zusammenhängenden arbeitsorganisatorischen und Entlohnungsfragen im Betrieb über Gestaltungsansprüche auf der Ebene der Kommunen, der Regionen und der Branchen bis hin zur gesamtgesellschaftlichen Ebene: von der Forschungspolitik bis zur Wirtschaftspolitik, von der rechtlichen Normierung chemischer Belastungen von Mensch und Natur bis hin zur allgemeinen Regelung der Mitbestimmung in der Betriebsverfassung. In allen Fällen stoßen die Gewerkschaften „unausweichlich auf die bestehenden Machtstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft“:⁶⁵ Damit entsteht eine Tendenz zur umfassenden Politisierung aller Elemente der Auseinandersetzung um alternative Gestaltungen technisch-organisatorischer Prozesse. Im Gegenzug ist eine nicht minder „umfassende Politisierung der Gewerkschaftsarbeit erforderlich“.⁶⁶ Insofern lassen sich die heutigen Herausforderungen weder auf die Entfaltung von Gestaltungsphantasie noch auf die Ausbildung einer wachsenden gewerkschaftlichen Sachkompetenz reduzieren. Die nachhaltigste Herausforderung besteht darin, daß auch die Fähigkeit und Bereitschaft wachsen muß, sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu konfrontieren und sie im Interesse der abhängig Beschäftigten zu verändern.

Die Herausforderung ist doppelter Art: Sie bezieht sich auch hier zum einen auf das Instrumentarium des „externen“ Handelns in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern und der staatlichen Seite. Nicht minder bedeutsam ist die „interne“ Dimension der Herausforderung, und zwar sowohl bezüglich der erforderlich werdenden Mobilisierungsformen⁶⁷ einschließlich der notwendigen Informations- und Kommunikationsprozesse als auch bezüglich der Richtung der Mobilisierung. Das in diesem Zusammenhang augenfälligste Moment besteht in folgendem: In beiderlei Hinsicht wächst die Bedeutung der gewerkschaftlichen „Basis“ als Subjekt der Interessenvertretung.

Was die „externe“ Seite betrifft, ist die Durchsetzung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten mehr als je zuvor zu einer Schlüsselfrage geworden. Im

64 Vgl. F. Steinkühler (1985), S. 566 ff.

65 Ders., Rede zum Ingenieurkongreß der SPD 1986, zitiert nach DVZ/die tat vom 28. 2. 1986.

66 Ders., zitiert nach: Verlierer und Gewinner ..., a. a. O., S. 436; im gleichen Sinne Karl-Heinz Janzen auf der technologiepolitischen Konferenz des DGB: Die Sozialverträgliche Gestaltung „von Arbeit und Technik muß *politisch* also mit dem Willen aller unserer Mitglieder und Funktionäre, durch Mobilisierung der Belegschaften durchgesetzt werden“ (Technischer Wandel – Herausforderung an die Gewerkschaften, S. 27; Hervorhebung im Original).

67 Vgl. die DGB-Konferenz „Streikrecht, Demokratisierung, Sozialstaat“ vom März 1987 (dazu: Neue Streikformen, in: „Nachrichten“ 4/1987, S. 13–17).

Gegensatz zu der gewerkschaftlichen Losung „Neue Technologien erfordern mehr Mitbestimmung“⁶⁸ lehnt es die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände „allerdings weiter kategorisch ab, daß die Einführung neuer Techniken zum Anlaß genommen wird, die Mitbestimmung auszuweiten“, da sie „für unvereinbar mit der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit über Investitionen und Innovationen“ gehalten wird.⁶⁹ Es geht um Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen drei gewerkschaftlichen Handlungsebenen: auf allgemeinpolitischer Ebene, auf der Ebene der Tarifvertragsgestaltung und auf der Ebene der unternehmens- bzw. betriebs- und arbeitsplatzspezifischen Regelungen. Obwohl auch die 1982 vom DGB-Bundeskongreß beschlossene „Mitbestimmungsinitiative“ trotz allen Bemühens zur Überwindung der „Unzulänglichkeiten früherer Mitbestimmungskampagnen“⁷⁰ einen überwiegend deklamatorischen Charakter behielt, hat die Mitbestimmungsdiskussion doch in den zurückliegenden Jahren eine beachtliche Konkretisierung ihrer Ziele und Aufgabenstellungen erfahren. Sie reichen von der Mitbestimmung am Arbeitsplatz⁷¹ über die Mitbestimmung bei der Einführung spezieller Technologien,⁷² bei der Software-Gestaltung,⁷³ bei der Schaffung von Mischarbeit⁷⁴ bis zur Problematik der Mitbestimmung bei der Produktgestaltung bzw. -konversion.⁷⁵ Neben der traditionellen Ebene des Kampfes um gesetzliche Regelungen von Mitbestimmungsmöglichkeiten durch Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz⁷⁶ spielt vor allem die Problematik tarifvertraglicher Absicherungen von Mitbestimmungsmöglichkeiten eine Schlüsselrolle.⁷⁷

68 Vgl. Die Mitbestimmung 1/1985.

69 FAZ vom 2. 4. 1985. Anstelle dessen seien die Arbeitnehmer und Betriebsräte rechtzeitig über Planungen zur Einführung neuer Techniken zu unterrichten. Bei der neuen Technik, so der Verband, treten um so weniger Schwierigkeiten auf, je eher die Belegschaft darüber informiert werde. Mitbestimmung sei hingegen „unvereinbar mit der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit über Investitionen und Innovationen“. Eine ähnliche Argumentation wurde – mit Erfolg – gegen das hessische Personalvertretungsgesetz vorgetragen. Dazu H. Schröder, Staatsgerichtshof gegen gleichberechtigte Mitbestimmung, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 9/1986, S. 19 f.

70 Die Mitbestimmung 3/1983, S. 92; zur Mitbestimmungsinitiative vgl. ebd., H. 2-3/1985.

71 Vgl. ebd., H. 5/1983, S. 199 ff.

72 Etwa: Computereinsatz in der Konstruktion (CAD), Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW, Düsseldorf 1985.

73 Vgl. E. Becker-Töpfer, Software-Ergonomie, in: WSI-Mitteilungen 8/1985, S. 474-481.

74 Vgl. Mischarbeit und Mitbestimmung, DGB 1985.

75 Vgl. Die Mitbestimmung 4-5/1984.

76 Vgl. Die Mitbestimmung 3/1983.

77 Vgl. „Tarifpolitische Notwendigkeiten der sozialen Gestaltung des Wandels von Technik und Arbeitsorganisation“, Stellungnahme der Abteilungsleiter „Tarifpolitik“ der DGB-Gewerkschaften, in: „Nachrichten“ 9/1986, S. 14-17; Überblicke: I. Kurz-Scherf, Mitbestimmung durch Tarifvertrag, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 185-200; R. Bispinck/M. Helfert, a. a. O., S. 325; R. Bispinck, Rationalisierung und gewerkschaftliche Tarifpolitik, in: U. Briefs u. a. (1984), a. a. O., S. 145-167; H. Jantzen/K. Lang, Tarifpolitik und gesellschaftliche Strukturreform, in: E. Altvater u. a., Arbeit 2000. Über die Zukunft der Industriegesellschaft, Hamburg 1985, S. 196-216; Forderung für einen Lohnrahmentarifvertrag (Südwürttemberg-Hohenzollern/Südbaden), IG Metall 1982; L. Fietzek/C. Weber-Deutschmann, Zur Entwicklung der qualitativen Tarifpolitik der IG Druck und Papier, Wissenschaftszentrum, West-Berlin 1984; neuerdings: „Technologie-Tarifvertrag“ (Antrag 81 des 14. o. Gewerkschaftstages

Breitere Erfolge erscheinen freilich nur dann möglich, wenn mit der Formulierung entsprechender Teilziele und Strategien zugleich die „internen“ Voraussetzungen geschaffen werden, von denen die Entfaltung der gewerkschaftlichen Kampfkraft abhängt. Der technische Umbruch erzwingt hier die Revision vieler bisheriger Informations-, Kommunikations- und Mobilisierungsformen. Das Gewicht der Mitgliederbasis im allgemeinen und „vor Ort“ wächst dabei in einem Maße, das es rechtfertigt, nicht nur von einem quantitativen Bedeutungszuwachs, sondern – jedenfalls perspektivisch – von einer neuen Qualität zu sprechen.

Für eine solche Ansicht sprechen folgende Punkte. Den Unternehmern geht es – objektiv begründet durch die gewachsene Gesellschaftlichkeit von Wissenschaft und Technik und die darin begründete Tendenz zur Politisierung selbst von Teilproblemen – immer öfter und frühzeitiger „ums Prinzip“. Daraus folgt zum einen: Ein erfolgreiches Handeln der gewerkschaftlichen Leitungen auf „ihren“ Ebenen (z. B. Tarifpolitik, Beeinflussung politisch-parlamentarischer Prozesse in Bund und Ländern) erfordert heute mehr als je zuvor die Mobilisierung der vollen gewerkschaftlichen Kraft, mithin der „Basis“. In dieser Perspektive bleibt die operative Eigenständigkeit der „Basis“ allerdings noch – traditionell – gering. Sie ähnelt einer Eingreiftruppe, die je nach taktischer Entscheidung der Truppenführung in Alarm versetzt, ins Gefecht geführt, wieder herausgenommen und schließlich demobilisiert wird.⁷⁸

Die Rolle der „Basis“ wächst noch aus einem anderen Grunde – und hier mit anderen Konsequenzen. Wie oben dargelegt, setzt bereits die Formulierung „paßgerechter“ Abwehrforderungen heute in besonderer Weise sachkundige Belegschaften voraus. In die gleiche Richtung weist der Umstand, daß vertragliche Abmachungen mit den Unternehmern (Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge) häufig „vor Ort“ in eigenen Auseinandersetzungen durchgesetzt und ggf. präzisiert werden müssen. Die Schwierigkeiten bei der betrieblichen Umsetzung der Verhandlungsergebnisse des Kampfs für die Einführung der 35-Stunden-Woche liefern dafür bis heute zahllose Beispiele.⁷⁹ Bispinck und Helfert sprechen von einer tarifvertraglichen „Konkretionslücke“, die auf der Ebene der Tarifverträge grundsätzlich nicht geschlossen werden kann, so daß die unvollkommen bleibende „Gestaltungsorientierung“ der Tarifpolitik durch eine „Mitbestimmungsorientierung“ ergänzt werden sollte, die dann den Rahmen für „eine betriebsnahe Arbeitsgestaltungspolitik“ mit entsprechenden Rechten der betroffenen Beschäftigten setzt.⁸⁰ Die heute gegebene Möglichkeit flexibler und permanenter technisch-organisatorischer Umgestaltungen im Betrieb läßt das Gewicht dieses Faktors schnell wachsen. Auch von

der IG Druck und Papier, 1986), in: „Nachrichten“ 11/1986, S. 19. Vgl. dazu M. Balder., ebd., 12/1986, S. 20f.

78 M. Birke u. a. sprechen von „instrumenteller Partizipation“ (dies., Gewerkschaftspolitische Ansätze und Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeit und Technik, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1986, a. a. O., S. 454).

79 Vgl. J. Frerichs u. a., Der betriebliche Umsetzungsprozeß der Arbeitszeitverkürzung, in: ebd., S. 54ff.

80 R. Bispinck / M. Helfert, a. a. O., S. 326.

daher wird eine Stärkung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft „vor Ort“ immer wichtiger – nicht nur rein quantitativ, sondern auch qualitativ im Sinne größerer Kompetenz und Eigenständigkeit bei der Formulierung von Teilzielen, im Kampf um deren Realisierung und bei der Verteidigung errungener Erfolge: „Die soziale Beherrschung der Technik – die Technikgestaltung – muß ... unmittelbar im Betrieb ansetzen“.⁸¹

Andererseits verliert darüber der gewerkschaftliche „Apparat“ nichts von seiner Bedeutung.⁸² Die faktische Politisierung aller mit der Entwicklung und Nutzung von Wissenschaft und Technik zusammenhängenden Fragen bewirkt, daß selbst solche Teilziele, die sich nur auf einen personell eingegrenzten Bereich beziehen, durch die unmittelbar betroffenen Belegschaften „vor Ort“ oft kaum mehr allein durchgesetzt werden können. Auch hier ist die Unterstützung der Organisation vonnöten, um auch nur an einzelnen Punkten Durchbrüche erzielen zu können. In der Organisation dieser Unterstützung liegt eine auf weite Strecken neue Aufgabe der Leitungsorgane der Gewerkschaften. Das bedeutet allerdings in der Praxis, daß die Leitungen gegenüber der jeweiligen Basis ein Stück ihrer klassischen funktionalen Dominanz und operativen Eigenständigkeit aufgeben müssen. Sie verlieren nicht an Gewicht, sondern sie müssen ihr Gewicht stärker auch dafür einsetzen, der Basis als „Dienstleistungseinheit“ zur Seite zu stehen, um deren Kampfkraft zu entwickeln und zu erhalten.

5. Perspektiven

Auch wenn die Gewerkschaften in ihrer eigenen Arbeitsweise gegenwärtig noch weit davon entfernt sind, allen diesen Erfordernissen zu genügen, so sind heute zumindest schon Ansätze sichtbar. Die notwendigen Veränderungen sind zum einen quantitativer Art: Es werden auf allen Ebenen, von den Hauptvorständen⁸³ bis in die Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, mehr Kollegen gebraucht, die imstande sind, die Umsetzung und Fortentwicklung der technikpolitischen Beschlüsse selbständig und mit der nötigen Kompetenz voranzutreiben. Ferner wird die technikpolitische Information, Schulung und Betreuung der Belegschaften bzw. ihrer gewerkschaftlich aktiven Kerne noch erheblich zunehmen und verbessert werden müssen.⁸⁴ In qualitativer Hinsicht

81 F. Steinkühler (1985), a. a. O., S. 565 f. Es geht um eine „Aufwertung der strategischen Bedeutung der betrieblichen Handlungsebene“ (Bispinck / Helfert, a. a. O., S. 325).

82 Dazu M. Birke u. a., a. a. O., S. 452.

83 Bispinck / Helfert verweisen zu Recht darauf, daß es innerhalb der Gewerkschaften dazu der Schaffung einer „arbeitspolitischen Infrastruktur“ bedarf. Gemessen an dem jetzt schon absehbaren Bedarf, bezeichnen sie – deutlich untertreibend – die Größe der betreffenden Abteilungen als „eher unscheinbar“ (a. a. O., S. 324).

84 So ist etwa in der Maschinenbauindustrie die Haltung der Betriebsräte, wie Manske feststellte, noch immer „in den meisten Fällen durch eine unsichere und passive Haltung gegenüber der Technikeinführung gekennzeichnet ... Die neue und schwierige Regelungsmaterie läßt sie vor eigenen Aktivitäten zurückschrecken; hinzu kommt, daß oft auch die nötigen Sachkenntnisse zur Beurteilung der Management-Maßnahmen fehlen.“ (F. Manske, Technische Angestellte, Rationalisierung und Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 353.)

scheint es erforderlich, das gewerkschaftliche Handeln durch Integrationsprozesse auf drei verschiedenen Ebenen auf die Bewältigung der technikpolitischen Herausforderungen zu konzentrieren. Das betrifft zum ersten die Koordination innerhalb und zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern (dem politisch-parlamentarischen, dem tarifpolitischen und dem unternehmens- und betriebsbezogenen Handeln) und ihre gemeinsame Ausrichtung auf ausgewählte Schwerpunkte. Das betrifft zweitens die Aufgabe, die Kompetenz und die praktischen Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Betroffenengruppen unter Berücksichtigung ihres Sozialcharakters und ihrer spezifischen Interessen zu erschließen und zu nutzen, insbesondere die der Angestellten und hier nicht zuletzt die der Naturwissenschaftler und Ingenieure. Zugleich müssen neue Formen gefunden werden, die helfen, die wechselseitige Fremdheit der betreffenden Belegschaftsgruppen wenigstens innerhalb des gewerkschaftlichen Aktivkreises zurückzudrängen.⁸⁵ Drittens geht es um die Überwindung einer rein betriebs- und arbeitsplatzbezogenen Betrachtungsweise technischer Entwicklungen zugunsten solcher Zielstellungen und Handlungsformen, die der betriebsübergreifenden Vernetzung ihrer Wirkungen und Probleme entsprechen.⁸⁶

In allen Gewerkschaften wird gegenwärtig einzelnen Aspekten der genannten Punkte verstärkte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Nur ein Teil der Gewerkschaften hat die betreffenden Zielstellungen in eigenen Programmen zusammengefaßt. Diese Programme weisen dabei einen sehr unterschiedlichen Grad jener Integration der Einzelaufgaben und der Entwicklung des zu ihrer Realisierung erforderlichen gewerkschafts- und organisationspolitischen Instrumentariums auf, die es erst erlaubt, von einem *Konzept* zu sprechen. Ein charakteristisches Beispiel für rein additive Nennungen von Aufgaben, denen darüber hinaus keine Angaben über die Entwicklung der zu ihrer Erfüllung notwendigen – und vielfach erst zu schaffenden – Infrastruktur beigegeben sind, bildet das bereits erwähnte ÖTV-Arbeitsprogramm „Neue Techniken/Rationalisierung“. Ähnliches gilt für das noch von Siegfried Bleicher verantwortete Teilprogramm „Angestelltenpolitik des DGB in den 80er Jahren“.⁸⁷ Analytisch gehaltvoller, selbstkritischer und gewerkschafts- und organisationspolitisch konstruktiver fallen dagegen die ebenfalls von Bleicher vertretenen „9 Thesen der IG Metall zur Angestelltenarbeit“⁸⁸ aus. Weiterführende Ansätze zur Entfaltung gewerkschaftlicher Gestaltungskraft durch frühzeitige Einbeziehung der betrieblichen Basis (vor allem im Zusammenhang tarifvertraglicher Zielstellungen) finden sich bei HBV und IG Druck.⁸⁹ Den höchsten

85 Die erwähnte Untersuchung von Manske bestätigt erneut, daß es in dieser Beziehung nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen Ingenieuren und Facharbeitern gibt und vermutlich auch weiter geben wird.

86 K. Pickshaus verweist zu Recht darauf, daß es sich in diesen Fällen nicht so sehr um „Felderweiterungen“ handeln sollte und kann als um Integrationsprozesse. (K. Pickshaus, Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften, a. a. O., S. 325.)

87 DGB, o. J.

88 Abgedruckt in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 6/1987, S. 13–18.

89 Dazu M. Birke u. a., a. a. O., sowie Anmerkung 77.

Grad der Integration im oben angesprochenen Sinne weist bislang das IG-Metall-Programm „Arbeit und Technik“ auf. Es ist darüber hinaus durch seine starke Handlungsorientierung das einzige Programm, das den Namen „Aktionsprogramm“ zu Recht trägt.

Die bislang vorliegenden Erfahrungen deuten darauf hin, daß auch das Programm „Arbeit und Technik“ – zumindest gegenwärtig – noch nicht ausreicht, um die notwendige gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit herzustellen. Bis zu einem gewissen Grade scheint es sogar zu Selbstblockierungen zu führen: Die hauptamtlichen Vertreter der Organisation sehen sich „objektiv gestiegenen Handlungsanforderungen“ ausgesetzt, denen „zunehmend eingeschränkte Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten auf seiten der Organisation gegenüberstehen“.⁹⁰ Eine vergleichbare Konstellation scheint auf Betriebsratsebene zu bestehen – mit der Konsequenz, daß jede „Seite“ von der jeweils anderen erwartet, sie möge durch vermehrten Einsatz den eigenen Engpaß überwinden helfen. Ein weiteres Problem scheint in der Gefahr zu liegen, daß die starke Betonung des Gestaltungsinteresses nicht hinreichend mit den brennenden beschäftigungspolitischen Fragen verzahnt wird oder verzahnt werden kann, so daß sich beide Momente als Alternativen wechselseitig im Wege zu stehen drohen.

Trotz derartiger Probleme sind die äußeren Bedingungen für eine Nutzung des Aktionsprogramms als Mittel einer „Generalmobilmachung“ unserer Organisation⁹¹ heute relativ günstig. Die erwähnte Befragung „Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre“ erbrachte unlängst „eine eindrucksvolle Unterstützung für die gewerkschaftliche Position“:⁹² 89% aller Befragten sprechen sich für eine „Mitsprache der betroffenen Arbeitnehmer bei der Einführung Neuer Technologie“ aus (50% sogar mit „sehr starker Zustimmung“),⁹³ und mehr als die Hälfte der Befragten wünscht eine „Beteiligung der Gewerkschaften an der gesellschaftlichen Steuerung des technischen Wandels“.⁹⁴ Dabei liegen die Werte in allen Befragtengruppen außer bei an- bzw. ungelerten Arbeitern (43%) deutlich über 50% (höhere Angestellte 54%, höhere Beamte 67%, Facharbeiter 55%). Selbst die CDU-Anhänger unter den Befragten sprechen sich noch mit 43% für eine Beteiligung der Gewerkschaften aus.⁹⁵

Allerdings wird unter „Beteiligung“ sehr Unterschiedliches verstanden: 32% plädieren für die Variante „Kooperation Gewerkschaften – Unternehmer“ (SPD-Anhänger 36%; gewerkschaftliche Aktivisten 34%), während die Variante „mehr Mitbestimmungsrechte für Gewerkschaften und Betriebsräte“ lediglich von 19% der Berufstätigen unterstützt wird (SPD-Anhänger 23%,

90 Ebenda, S. 4, 5, 7.

91 K.-H. Janzen, a. a. O., S. 23.

92 Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, a. a. O., S. 62.

93 Ebd., S. 61.

94 Ebd., S. 71.

95 Ebd., S. 72.

Grüne 34%). Selbst im Kreise der gewerkschaftlichen Aktivisten unterstützen der Umfrage zufolge nur 30% die letztgenannte Forderung.⁹⁶

Die Verfasser werten diesen Befund als Ablehnung einer nicht näher bezeichneten gewerkschaftlichen „Verweigerungsstrategie“ zugunsten einer Strategie, „die konstruktive Antworten auf eine komplexe Problemsituation liefert“.⁹⁷ Es könnte sich jedoch auch um einen Ausdruck ganz gewöhnlichen sozialpartnerschaftlichen Denkens und entsprechender Furcht vor Konfrontationen zwischen Kapital und Arbeit handeln.

Die Formel von der sozialen Gestaltungs- und Beherrschungsbedürftigkeit des Produktivitätsfortschritts stünde dem nicht notwendigerweise entgegen. Sie bildet für einen Teil ihrer Anhänger immer schon eine Formel, in der die ideologische und politische Grundfigur der „Industriegesellschaft“ in etwas zeitgemäßerer Form fortgeführt werden kann und soll: gesellschaftlicher Fortschritt durch Veränderungen der Produktivkräfte *anstatt* durch Veränderungen der gesellschaftlichen Macht- und Produktionsverhältnisse. Die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ als sozialpartnerschaftlich konservierendes Alternativkonzept zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen bringt diese Traditionslinie auch in den Gewerkschaften am nachhaltigsten zum Ausdruck.⁹⁸ Die Erfahrung zeigt jedoch: Jede praktische Auseinandersetzung um nachhaltige Gestaltungsfortschritte im Interesse der abhängig Beschäftigten kollidiert zwangsläufig mit den Interessen der Unternehmer und entfaltet sich insofern unvermeidlich und von vornherein als Konfrontation zwischen Lohnarbeit und Kapital.⁹⁹ Die Konsequenz: Entweder wird dieser Sachverhalt erkannt und zum Fluchtpunkt der gewerkschaftlichen Praxis erhoben, oder die Aufforderung zur sozialen Beherrschung des technischen Wandels durch soziale Gestaltung bleibt Rhetorik. Die neuen Techniken stellen die Gewerkschaften damit vor eine doppelte Herausforderung: Vor eine Herausforderung ihrer technikpolitischen *Handlungsfähigkeit* und vor eine Herausforderung ihrer gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen *Handlungsbereitschaft*.

96 Ebd., S. 75.

97 Ebd., S. 70.

98 Siehe etwa E. Loderer, Für eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1982, S. 16–22, und: ders., Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel?, in: Technologietagung der IG Metall (Frankfurt/M. 1977).

99 Im Aktionsprogramm Arbeit und Technik der IG Metall heißt es: „Nicht die Technik, nicht die Maschinen, sondern das dahinterstehende System der ‚Maschinenbesitzer‘ – also die Besitzverhältnisse und die alleinige Verfügungsgewalt über Entwicklung, Einführung, Anwendung und Gestaltung von Maschinen und Technik – ist die Ursache für soziale Unsicherheit und negative Rationalisierungsfolgen für Arbeitnehmer und Gewerkschaften.“ (a. a. O., S. 6.) Im Arbeitsprogramm Neue Techniken/Rationalisierung der ÖTV heißt es: „Technik sozial beherrschen heißt, die Auseinandersetzung mit Arbeitgeber- und Kapitalinteressen auf dem Feld der neuen Techniken ebenso hart und konsequent zu führen wie in anderen Sektoren unserer Arbeit.“ (a. a. O., S. 7.)

Politik und Technologie

Zu Ausgangspunkten technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung

Werner Stürmann / Stephan Voets

1. Ansprüche – 2. Umriss von Alternativen – 2.1 Internationale Kooperation statt Konfrontation, Abrüstung statt Aufrüstung – 2.2 Anders arbeiten und produzieren – alternativ wirtschaften – 2.3 Wende zu einer neuen Richtung der Produktivkraftentwicklung – 3. Anforderungen an organisiertes Handeln

1. Ansprüche

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind im Begriff, sich auf die gegenwärtige Umbruchsituation einzustellen. Eine der Ursachen dieses Umbruchs und zugleich eine entscheidende Schlüsselfrage ist heute die wissenschaftlich-technische Revolution (WTR). Offenbar kann den radikal veränderten nationalen und internationalen Bedingungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht zureichend im Rahmen bisheriger Politikkonzepte begegnet werden, sondern erst mit entsprechend radikal verändertem Herangehen. Dieses neue Herangehen an neue Herausforderungen verlangt von der Arbeiterbewegung beträchtliche Lernprozesse, die längst noch nicht bewältigt sind. Deswegen lassen sich heute auch Alternativen zur herrschenden Technologiepolitik nicht ohne weiteres entwickeln. Gegenüber den „Modernisierungsstrategien“ von Staat und Monopolen überwiegt auf der Linken das Suchen nach Orientierungen und Lösungen. Hiervon zeugt die mit recht unterschiedlichen Akzenten geführte Diskussion in den Gewerkschaften, die technologiepolitische Auseinandersetzung unter und zwischen den verschiedenen politischen Kräften – bei Sozialdemokraten und Grünen, Kommunisten und sozialistischen Gruppen, im Rahmen von Bürgerinitiativen, Alternativbewegung, progressiven Wissenschaftler-Initiativen, -Organisationen und -Zeitschriften.

Wie ist umzugehen mit einem überlasteten Weltzustand, in dem Vernichtung und Verbesserung, Erschwerung und Erleichterung des Lebens dicht beieinander liegen? Wie läßt sich unter solchen Bedingungen eine mit tiefen Krisen verbundene wissenschaftlich-technische Umwälzung meistern, zumal, wenn – jedenfalls gegenwärtig unter dem Kapitalismus – Verständnis, Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten der Bevölkerung zurückbleiben hinter Tempo, Folgen und Reichweite dieser Umwälzung?

Die Dynamik, mit der immer wieder neue Fragen, Probleme und Chancen entstehen, zwingt bei Strafe des völligen Zurückfallens dazu, ständig dazuzu-

lernen, wissenschaftlich zu denken und zu handeln. Diskussion und offene, breite Einbeziehung der Betroffenen werden zunehmend zu einer notwendigen Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung, der der staatsmonopolistische Kapitalismus durch integrative Beteiligungs- und Kooperationsstrategien entgegenzukommen sucht, die aber zugleich zum Ausgangspunkt immer neuer Konflikte und demokratischer Ansprüche und Bewegungen werden.

Michail Gorbatschow kennzeichnete auf dem 27. Parteitag der KPdSU die neuen Anforderungen, vor denen die Kommunisten stehen, folgendermaßen: „In den letzten Jahren sieht sich die kommunistische Bewegung vielen neuen Realitäten, Aufgaben und Problemen gegenüber. Alles zeugt davon, daß sie in eine qualitativ andere Entwicklungsetappe eingetreten ist. Die internationalen Bedingungen, unter denen die Kommunisten wirken, verändern sich rasch und gründlich. In der sozialen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, darunter in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse, kommt es zu einem wesentlichen Wandel. Die wissenschaftlich-technische Revolution wirkt sich auf die materielle Lage und das Bewußtsein der Werktätigen in der nichtsozialistischen Welt widersprüchlich aus. All das erfordert die Fähigkeit, vieles zu überdenken und auf der Grundlage der unvergänglichen Lehre von Marx, Engels und Lenin kühn und schöpferisch an neue Realitäten heranzugehen.“¹

Die Kommunisten der Bundesrepublik befinden sich mit Blick auf diese neue Fragen nicht am Nullpunkt; sie können in der Technologiepolitik auf relativ weit ausgearbeitete Aussagen und erste praktische Ansätze vor allem in der Betriebsarbeit verweisen.² Aber niemand, der Tempo und Tragweite der wissenschaftlich-technischen Revolution kennt, wird sich damit zufriedengeben können. Gefordert sind beträchtliche und ständige Fortschritte sowohl in der theoretischen Aufarbeitung wie in der praktischen Politik. Dieses Problem haben die Kommunisten mit allen Linkskräften, im Grunde mit der ganzen lohn- und sozialabhängigen Bevölkerung gemeinsam, und in dieser Gemeinsamkeit steckt auch eine Chance des Vorankommens.

In der Entwicklung von Alternativen stehen die marxistischen Kräfte unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen vor der Aufgabe, die ideologischen Spinnweben zu zerstören, die der demokratischen und Arbeiterbewegung den Ausblick auf ihre Perspektiven versperren sollen. Ohne aufklärende Aktionen und massenwirksame Bewegungen, die die gesellschaftlichen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Probleme, die sich mit der WTR unter kapitalistischen Bedingungen verbinden, zum Gegenstand breiter gesellschaftlicher und betrieblicher Diskussionen und Auseinandersetzungen machen, ist kein Alternativkonzept auf den Weg zu bringen.

Dabei besteht eine entscheidende ideologische Herausforderung darin, technikdeterministischen oder technokratischen Auffassungen entgegenzuwirken. Die bürgerliche Ideologie vom wissenschaftlich-technischen „Sach-

1 Michail Gorbatschow, Bericht an den XXVII. Parteitag der KPdSU, in: Sowjetunion zu neuen Ufern?, Düsseldorf 1986, S. 128.

2 Siehe dazu: Kommunisten und neue Technologien. Stellungnahme der DKP zur Technologiepolitik. Hrg. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf 1985; Thesen des 8. Parteitags der DKP, Düsseldorf 1986.

zwang“ ist massenwirksam. Unstreitig gibt es auch andere Tendenzen, solche der Technikbegeisterung ebenso wie der -verweigerung. Aber sieht sich nicht die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber den wissenschaftlich-technischen Umwälzungen als Objekt, als Opfer und „Anhängsel“, nicht aber als Gestalter und Subjekt? Führen nicht wachsende Risiken, fehlende Kenntnisse und Einflußmöglichkeiten vor allem zu Angst und Resignation? Passivität und Ohnmachtsgefühle sind weit verbreitet; sie widerspiegeln die Realität der benachteiligten Stellung der Arbeiterklasse und anderer lohnabhängiger Kräfte.

Im ideologischen Konzept der regierenden Rechtskräfte spielen Wissenschaft und Technik eine Schlüsselrolle bei der Zukunftsbewältigung. Unter vorgeblichen Sachzwängen soll nicht mehr diskutiert werden, *wie* Arbeit und Leben zu gestalten sind, *wozu* die modernen Produktivkräfte dienen sollen – und wozu nicht. Es bleibt sozusagen nur noch die Anpassung an „High-Tech“. Der aus der kapitalistischen Konkurrenz erwachsende Anpassungs- und Modernisierungszwang wird sowohl zur Drohung gegenüber allen „Modernisierungsverweigerern“ (mit den bekannten Argumenten wie Rückfall in der internationalen Konkurrenzfähigkeit, technologische Lücke, wachsende Arbeitslosigkeit als Folge von Widerstand gegen Rationalisierung und Arbeitsintensivierung und von „zu viel“ gewerkschaftlichen Rechten), aber auch zum Angebot: technologischer Umbruch als – wenn auch mit Belastungen und Krisen verbundene – Form der Zukunftsbewältigung und als individuelle Aufstiegschance besonders für die mit der neuen Technik verbundenen betrieblichen und gesellschaftlichen Gruppen. Daß solche Auffassungen heute bis weit in die Arbeiterbewegung hinein wirksam sind, ist bekannt.

Es liegt auf der Hand, daß Alternativen erst dann im Massenbewußtsein als sinnvoll und durchsetzbar erscheinen können, wenn dieser Glaube an den Sachzwang abgelöst wird durch Kenntnisse über gesellschaftliche Ursachen und Lösungsmöglichkeiten und durch das Vertrauen in die eigene Kraft – wenn also Lebensansprüche und Interessen, persönliche und soziale Ziele der scheinbaren Logik der Dinge übergeordnet werden. Blinde Technikgläubigkeit, technokratische, unpolitische Denkweisen müssen überwunden werden durch Aufklärung über ökonomische und politische Ursachen und Interessen, über Macht und Strategien der Konzerne und über die Möglichkeit von Gegenwehr und Alternativen, über die Berechtigung eigener Ansprüche.

Auf den ersten Blick scheint die wachsende Wissenschafts-, Technik- und Fortschrittskritik unserer Tage das gleiche Herangehen zum Ausdruck zu bringen wie die Technikgläubigkeit – nur spiegelbildlich verkehrt. Beides, Technikkritik und Technikgläubigkeit, geht in der Tat von der „Verselbständigung“ der modernen Produktivkraftentwicklung aus, die von den Produktionsverhältnissen losgelöst erscheint. Nur so ist die Vorstellung erklärbar, daß die Produktivkräfte uneinholbar „davonzulaufen“ scheinen, daß sie von Menschen nicht mehr steuer- und einflußbar sind.

Trotzdem muß ein wesentlicher Unterschied festgehalten werden: Die Kritik fragt oft danach, wo der Mensch bleibt, formuliert Lebensansprüche. Auch Kritik an zunächst nicht begriffenen Fehlentwicklungen kann den Zugang zur Auseinandersetzung öffnen, ebenso den Anspruch fördern, Alternativen zu

erarbeiten. Insofern ist es verständlich, wenn bürgerliche Ideologen skeptisch gegenüber produktivkraftkritischen Tendenzen bleiben. Progressive Politisierungstendenzen können — gefördert durch das Eingreifen demokratischer Bewegungen und die Tätigkeit marxistischer Kräfte — den gewünschten Konsens und die Akzeptanz kapitalistisch betriebener Technikentwicklung und -anwendung stören.

Zum Beispiel verdrängen nach der scheinbaren Logik der Dinge die stark arbeitssparenden computerisierten Anlagen zunehmend den Menschen; die Arbeit scheint „auszugehen“. Aber die Sichtweise wird radikal anders, wenn der Anspruch entsteht, daß es qualifiziertere, kürzere, belastungsärmere Arbeit für alle geben *muß* — und daß Wirtschaft, Produktion, Arbeit, Technik diesen Interessen anzupassen sind und nicht umgekehrt.

Grundvoraussetzung demokratischer Alternativen ist der Anspruch auf ein reicheres Leben, auf schöpferischere, vielseitigere Arbeit, auf freiere persönliche Entfaltung. Nichts wäre unsinniger, als nur nach abstrakten „Erfordernissen der WTR“ zu suchen und sich daran anzupassen.

Alternative Technologiepolitik muß daher jede technokratische Tendenz vermeiden — was keineswegs bedeutet, daß ideologische Auseinandersetzung unter Demokraten zu Verketzerung und Ausgrenzung führt. Prinzipielle Diskussionen über Differenzen und Widersprüche können auch Solidarität zur Voraussetzung und zum Ergebnis haben.

Alternative Technologiepolitik nutzt zwar technische Gestaltungsmöglichkeiten, aber sie geht vor allem aus von sozialen, kulturellen, ökologischen und demokratischen Ansprüchen der Lohnabhängigen. Sie braucht zwar viel Sachverstand, aber noch viel mehr Besinnung auf die eigenen Interessen, auf Humanismus und Moral. Ein neues Herangehen an die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Probleme heißt also vor allem: ein neues Denken und Handeln im Interesse einer progressiven Entfaltung gesellschaftlicher und persönlicher Potenzen.

Daraus ergeben sich unter anderem folgende Schlußfolgerungen. Erstens: Demokratische Alternativen der Technologiepolitik können nicht einfach das bestehende System von Forschung und Technologie abbilden, die vorgefundenen Maßstäbe und Bezugspunkte nicht einfach übernehmen. Sie benötigen einen eigenen, alternativen gesellschaftlichen Gegenentwurf zur herrschenden Ordnung, eine neue, über die Profitordnung hinausweisende Entwicklungslogik. Mit anderen Worten: Technologiepolitik der Arbeiterbewegung muß als Teil der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse entwickelt werden. Das bedeutet ein aktives, gesellschaftsveränderndes und der persönlichen Entfaltung dienendes Herangehen und verläßt das Terrain der fortwährenden Technikdiskussion ohne reale Gestaltungsmöglichkeiten. Diese neue Logik und dieses neue Herangehen haben nicht bloßes Wunschdenken zur Basis, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte, das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums und der Bedürfnisse.

Zweitens: Entwicklung und Durchsetzung alternativer Technologiepolitik können nur in einem demokratischen Prozeß vorankommen. In Betrieb, Hochschule, Forschungsstätte, in allen gesellschaftlichen Bereichen und bei

allen Themen können die Arbeiterklasse und alle nichtmonopolistischen Kräfte nicht bloß als Objekt der wissenschaftlich-technischen Umwälzung gelten. Ihre Meinung, ihre Sorgen und Bedürfnisse, ihre Vorschläge und vor allem ihre schöpferischen Fähigkeiten müssen gefragt und einbezogen sein. Es kann kein Zufall sein, daß Unruhe und Protest gerade dort immer wieder massiv aufbrechen, wo autoritäre, Demokratie und Entfaltungsmöglichkeiten zerstörende Tendenzen wirksam sind, also bei elektronisch automatisierter Schnüffelei durch Personalinformationssysteme, bei der Volkszählung usw. Ebenso prägt der Anspruch auf Gestaltung, Bestimmung der eigenen Lebenschancen wesentlich auch die Friedens- und andere soziale Bewegungen. Die moderne Wissenschaft und Technik ermöglicht und erfordert eine neue Stellung der Hauptproduktivkraft, der arbeitenden Menschen, in der Produktion wie in der Gesellschaft. Dementsprechend wachsen objektiv Notwendigkeit und Chancen umfassender Demokratisierung.

Vor diesem Hintergrund läßt sich auch bestimmen, worin die entscheidende politische Zuspitzung bei der Entwicklung und Durchsetzung technologiepolitischer Alternativen bestehen müßte. Nach unserem Dafürhalten besteht sie im radikalen Anspruch auf demokratische Kontrolle, auf Demokratisierung, auf Mitbestimmung und Öffentlichkeit. Wirkliche Alternativen müssen demnach immer zum Inhalt haben, daß das Schöpfertum, das Wissen, die Fähigkeiten und Meinungen der abhängig Beschäftigten gefragt sind. Weder die enormen Risiken noch die großen Chancen zur Erhaltung des Lebens, die die moderne Wissenschaft und Technik hervorbringt, dürfen der Hauptkraft der Produktion und Gesellschaft unbekannt und unbeeinflußbar bleiben.

Auch hier geht es also zunächst um Aufklärung und Enthüllung, Aufdecken von Gefahren, Abwehr und Gestaltungsmöglichkeiten, Angebote zur Diskussion, Aktivität, Engagement. Ein großes neues Feld der Politik muß von den Fortschrittskräften erarbeitet, besetzt und gestaltet werden. Uns scheint das die wesentliche Herausforderung bei der Entwicklung einer demokratischen Technologiepolitik zu sein.

Technologiepolitische Alternativen bedürfen so der Massenpolitik, der breiten Diskussion, Initiative und Bewegung. Niemand, der unser Land und das Ausmaß der Probleme kennt, wird erwarten, daß dieses Ziel ohne Schwierigkeiten erreicht werden kann. Aber einen erfolgversprechenderen Weg gibt es nicht – und hierzu zeigt sich in den demokratischen Bewegungen unseres Landes bereits eine Fülle von Anknüpfungspunkten, Erfahrungen und (wenn auch begrenzten) Erfolgen.

2. Umriss von Alternativen

Demokratische Alternativen zur kapitalistisch entwickelten bzw. angewandten Technik und Wissenschaft sind nicht gleichzusetzen mit einer alternativen Gestaltung *der* Technik oder *der* Wissenschaft. Zu ändern, zu gestalten sind vielmehr vor allem die Funktion und der soziale Inhalt der angewandten Wissenschaft und Technik. Dies schließt grundlegende Veränderungen der Schwerpunkte und Ziele bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik,

im System der Forschung etc. ebenso ein wie bei ihrer Materialisierung als gesellschaftliche Produktivkräfte, als komplexe technologische Systeme im Betrieb, in einer Region, im Rahmen von gesellschaftlichen Infrastruktureinrichtungen und im Maßstab der ganzen Volkswirtschaft.

Fortschritte der Gesellschaft oder gar der Menschheit können nicht auf wissenschaftlich-technischem Wege zustande kommen. Die sachlichen und ideellen Produktivkräfte bringen Potentiale zur Gestaltung der Verhältnisse hervor, nicht aber die Gestaltung selbst. Genau deshalb ist eine generelle Umorientierung von Wissenschaft und Technik erforderlich: weg von der Vertiefung internationaler, sozialer, ökologischer und anderer Probleme, hin zu deren Lösung. Wirksamkeit, Reichweite und Entwicklungstempo der modernen Produktivkräfte müssen so gestaltet werden, daß sie entweder keine neuen Gefahren, Risiken und Belastungen hervorbringen (bzw. bestehende zementieren), oder daß diese eingegrenzt und möglichst sicher gesellschaftlich beherrschbar gemacht werden. Sie müssen dazu beitragen, Existenzbedingungen der Menschheit zu sichern, die Arbeits-, Lebens- und Umweltqualität zu erhöhen. „Wir beurteilen die neuen Technologien und die Produktivkraftentwicklung insgesamt danach, inwieweit sie den Interessen des arbeitenden Menschen, der zugleich die Hauptproduktivkraft ist, nutzen.“³

Dies sind Kriterien für alle gesellschaftlichen Bereiche und Sphären. Eine demokratische Technologiepolitik verbindet sich vor allem mit Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspolitik. Sie ist als Teil und im Rahmen einer alternativen Friedens- und Ökologiepolitik zu entwickeln. Besonders in der Wirtschaftspolitik spitzt sich dabei heute die Konfrontation zwischen einer ausschließlich profit- und herrschaftssichernden Politik einerseits und einer die großen sozialen Probleme und besonders die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Angriff nehmenden, die Arbeits-, Lebens- und ökologischen Bedingungen verbessernden Politik andererseits zu.

Neu sind in der wissenschaftlich-technischen Revolution die Dimensionen, in denen das Leben gefährdet oder erleichtert werden kann, die Anforderungen an Erkenntnis und Handeln: Es geht um „eine neue Qualität von Voraussicht, Planmäßigkeit und Verantwortung sowie entsprechende Sicherheitsmaßnahmen und demokratische Kontrolle auf allen Ebenen, was letztlich nur unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an allen wichtigen Produktionsmitteln zu gewährleisten ist.“⁴

Alternative Technologiepolitik führt deshalb an die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen und der gesellschaftlichen Verhältnisse, also auch an prinzipielle Kapitalismuskritik und die Diskussion um Notwendigkeit und Überlegenheit des Sozialismus heran. Sie führt auch an die Diskussion jener Fragen heran, die mit der Durchsetzung jeder alternativen Politik unter den gegebenen internationalen Bedingungen und gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden sind. Gerade auf dem Felde einer alternativen Technologiepolitik wird sichtbar, welche Aufgaben und

3 Thesen des 8. Parteitag der DKP, a. a. O., S. 47.

4 Ebd., S. 48.

Chancen sich mit einer anderen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben, also der schrittweisen Durchsetzung einer Reformkonzeption, die die aggressivsten und reaktionärsten Kräfte und Tendenzen zurückdrängt und zugleich Ansatzpunkte zu sozialem und demokratischem Fortschritt schafft. Für die so charakterisierte gegenwärtige Kampf- etappe muß auch eine ihr angemessene demokratische Technologiepolitik entwickelt werden. Insofern ist hier die Zukunftsdiskussion über unser Land unmittelbar berührt.

Unter den gegebenen gesellschaftlichen und Kräfteverhältnissen erwachsen Alternativen vorrangig aus der Abwehr realer Gefahren, Belastungen, Risiken, Mißbräuche. Es scheint sich auch auf dem Feld der Technologiepolitik zu bestätigen, was im Mannheimer Programm der DKP als Grundgedanke für alle zukunftsentscheidenden Konflikte formuliert wurde: In der Abwehr von Verschlechterungen, in der Verteidigung des Erreichten treten die Kräfte auf den Plan, die, wenn sie sich formieren, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen können.⁵ Zwischen Abwehr und Gestaltung, Protest und Reform bestehen keine Schranken. Wer kritisiert, etwas nicht will, tut bereits den ersten Schritt zur Klärung dessen, was er will, wie die Alternativen aussehen können. Technologiepolitische Alternativen beinhalten eine widerspruchsvolle Einheit von konsequenter Verteidigung bestehender Errungenschaften bzw. Rechte und in die Zukunft weisenden Reformvorstellungen, die ein anderes Kräfteverhältnis voraussetzen. Es geht immer zunächst um die Abwehr noch reaktionärer Entwicklungen und weltweiter Bedrohungen, davon ausgehend um den Übergang zu einer friedlichen, demokratischen, ökologischen Politik. Wie lassen sich vor diesem Hintergrund Alternativen der Technologiepolitik umreißen?

2.1 Internationale Kooperation statt Konfrontation, Abrüstung statt Aufrüstung

Die wissenschaftlich-technische Revolution beeinflußt massiv die Entwicklung und Auseinandersetzung der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme. Die enormen Potentiale führen einerseits vor Augen, daß wichtige Voraussetzungen gegeben sind, um die globalen Probleme zu lösen; die gewaltigen Destruktivkraftpotentiale unterstreichen zugleich, daß der Wettstreit der beiden Systeme nur friedlich ausgetragen werden darf, wenn die Welt überhaupt eine Zukunft haben soll. Die moderne Wissenschaft und Technik darf bei Strafe des Untergangs kein Mittel der Konfrontation mehr sein. Stopp und Zurückdrängung von Rüstungsforschung und -produktion erweisen sich als zentrale Frage jeder fortschrittlichen Neuorientierung in der Technologiepolitik.

Eine solche Friedensorientierung muß die militärisch vergeudeteten wissenschaftlichen-technischen Kapazitäten endlich freisetzen für ihren notwendigen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme. Schutz und Wiederherstellung

⁵ Vgl. Programm der DKP, Düsseldorf 1978, S. 33 f.

der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erschließung regenerativer Energiequellen, Ressourcenschonung, neue ökologisch verträgliche Produktionsverfahren, Sicherstellung der Ernährungsgrundlagen der Menschheit fordern große Anstrengungen, die nur über nationale Grenzen hinaus zu bewältigen sind. Sie erfordern internationale Kooperation und Projekte, die ihrerseits dazu beitragen können, Konfrontation und „Steinzeitmentalität“ abzubauen.

In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution selbst Teil der globalen Probleme geworden ist und damit zu weltweiter Kooperation zwingt. Die Realität sieht allerdings heute noch anders aus. Mit der Internationalisierung des Kapitals verbindet sich eine Vertiefung seiner Krisenprozesse; die globalen sozialen („Schuldenkrise“!) und ökologischen Probleme nehmen heute dramatische Formen an; nach wie vor herrscht eine gespannte internationale Atmosphäre unter dem Druck imperialistischer Hochrüstung und des damit verbundenen Konfrontationsstrebens. Trotz verschiedenster Formen internationalen Krisenmanagements und supranationaler Kooperation auch in den Ost-West-Beziehungen kann insofern kaum von einer vorausschauenden und dem Problemdruck gerecht werdenden Politik zur Lösung dieser globalen Probleme gesprochen werden. Im Gegenteil. Die Einbeziehung der Wissenschafts- und Technologiepolitik in den Konfrontations- und Hochrüstungskurs, ihre Ausrichtung an der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz binden gewaltige Ressourcen, führen zu vielfältigen Deformationen der Produktivkraftentwicklung und schließen zugleich wachsende neue Risiken ein, die — etwa bei der Kernenergie, der Großchemie, wahrscheinlich auch der Gentechnik — andere Länder und kommende Generationen, möglicherweise auch die Zukunft der Erde überhaupt betreffen. Auch hier ist internationale Kooperation dringend gefordert, um Risiken verringern und die Abhängigkeit von zu riskanten Verfahren, Anlagen und Stoffen vermindern zu können.

2.2 Anders arbeiten und produzieren – alternativ wirtschaften

Mit dem Vordringen der elektronischen Informationsverarbeitung und generell der neuen Technologien wachsen in erheblichem Maße technische Möglichkeiten, Arbeitsorganisation und Funktionsteilungen zwischen Mensch und Technik flexibler zu gestalten. Dies ist freilich ein langfristiger Prozeß, bei dem nicht einfach alle technischen Restriktionen der Arbeit aufgehoben werden, aber sie werden doch „lockerer“. Gegensätzliche Interessen hinsichtlich der Organisation der Arbeit prägen sich damit stärker auch in ihrer konkreten technischen Gestaltung aus. Im Prinzip werden an jedem Arbeitsplatz radikale Verbesserungen im Sinne der Arbeitserleichterung und -anreicherung oder Verschlechterungen durch steigende Intensität, Belastungen, Kontrollen und Einengung von Spielräumen möglich. Unbestreitbar ist auch, daß mit wachsender Komplexität der Produktions- und Arbeitsmittel auch die Anforderungen an Qualifikation und Kenntnisse der Arbeitenden wachsen – auch wenn dies heute gleichfalls sich nur als ein sehr widersprüchlicher Prozeß durchsetzt. Die neuen Technologien schreiben, was die Gestaltung der

Arbeitstechnik und -organisation betrifft, keine Lösung vor, aber der Zwang wächst, auf sie Einfluß zu nehmen, mitzuplanen, auszuwählen, zu gestalten. Das aber heißt: Was den arbeitenden Menschen zugute kommen soll, muß erkämpft werden.

Unter der Vorherrschaft des Großkapitals stehen Wissenschaft und Technik vorrangig im Dienst der Schwächung der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterbewegung. Der Strategiewechsel der herrschenden Klasse unter Ausnutzung der Krise – die Kündigung der bisherigen Variante sozialintegrativer Politik und der Angriff zur Zurückdrängung der Machtpositionen und Errungenschaften der Arbeiterbewegung – ist auch durch den technologischen Umbruch in den Betrieben erleichtert worden.

Flexibilisierung, „Deregulierung“, Einschränkung der kollektiven Gegenwehrmöglichkeiten, Druck durch Massenarbeitslosigkeit auf den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter – das sind wesentliche Stichworte, die die Richtung der Nutzung neuer Technik unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen durch die Unternehmer deutlich machen. Ihr Ziel ist es dabei auch, einen „neuen sozialen Konsens“ – allerdings auf wesentlich erniedrigtem Niveau – zu erzwingen, nicht zuletzt die soziale Akzeptanz der kapitalistischen Nutzung neuer Technologien.

Eine zentrale Forderung alternativer Technologiepolitik lautet daher ausgehend von den Gestaltungsmöglichkeiten neuer Technik: Kürzere, qualifiziertere, belastungsärmere Arbeit für alle, Aufgabenbereicherung und soziale Kontakte statt Arbeitsplatzvernichtung, Intensivierung, Vereinseitigung, Entqualifizierung und Isolation. Alternative Technologiepolitik ist beschäftigungsorientiert, sie zielt auf menschengerechte Arbeitsgestaltung, wachsende Qualifikation in der Arbeit für alle.

Mit einer bloßen Arbeitsplatzorientierung kann es allerdings nicht sein Bewenden haben. Demokratische Beschäftigungspolitik und Arbeitsgestaltung führen zwangsläufig zu bildungs- und wirtschaftspolitischen Forderungen und Initiativen. Es geht um eine aktive, offensive Bildungspolitik, die sich gegen alte und neue Benachteiligungen wendet, „Auslese“ und „Eliten“ ersetzen soll durch qualifiziertere, breitere Allgemein- und Berufsbildung, ständige, sozial gesicherte Weiterbildung.

Das Feld politischer und sozialer Interessenvertretung wird für die Arbeiterklasse breiter. Hinsichtlich der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wird (so zum Beispiel auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall) zunehmend diskutiert, daß es nicht alternativ um Forderungen nach höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit oder weniger Belastung gehen kann, sondern daß diese Forderungen im Zusammenhang und unter Einschluß der Arbeits-, Technik- und Qualifikationsgestaltung zu stellen sind. Die Zuspitzung in der Arbeitszeitfrage, im Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit steht dem nicht entgegen, sondern sie bündelt die verschiedenen Ansprüche.

Alternative Technologiepolitik bezieht sich nicht nur darauf, *wie* produziert wird, sondern hängt untrennbar auch mit der Frage zusammen, *was* produziert wird. Zukunftssichere, sinnvolle Arbeit läßt sich nur für gesellschaftlich nützliche Produkte leisten. Exportorientierte Modernisierung, „High-

Tech“-Konkurrenz, zunehmende Rüstungsproduktion führen zu Vereinseitigungen der Wirtschaft, provozieren und verschärfen Strukturkrisen. Gleichzeitig bleiben Bedürfnisse oft unbefriedigt, zum Beispiel weil Massenkauferkraft fehlt, vor allem bei Arbeitslosen und in die „neue Armut“ Gedrängten. Technologiepolitische Alternativen müssen daher im Rahmen von wirtschaftspolitischen Alternativprogrammen entwickelt werden. Ein sozial-ökologisch orientiertes 100-Milliarden-Beschäftigungsprogramm würde nicht nur die Arbeitslosigkeit verringern, sondern auch vernachlässigte Problembereiche wie Umwelt, Gesundheit, Wohnungs- und Verkehrswesen in Angriff nehmen. Daraus ergeben sich zugleich neue Schwerpunkte für die Forschungs- und Technologieentwicklung, eine tendenzielle Abkehr von der bisherigen profitorientierten Ausrichtung.

Wirtschafts- und technologiepolitische Alternativen benötigen bundesweite Programme. Auf dieser Basis können regionale strukturpolitische Alternativen besser greifen. Die Einheit von regionalen Lösungsansätzen dort, wo sich Strukturprobleme zuspitzen, und gesamtgesellschaftlichen Alternativen wird zum drängenden Erfordernis für realistische Kampfperspektiven.

2.3 Wende zu einer neuen Richtung der Produktivkraftentwicklung

Mit dem Vergesellschaftungsschub der wissenschaftlich-technischen Revolution wird der Übergang zu planmäßiger, sozialer, ökologisch ausgerichteter und demokratisch geplanter Produktion objektiv immer dringender. Der staatsmonopolistische Kapitalismus kann diesen Anforderungen im Prinzip zwar nicht gerecht werden, aber er verfügt über beachtliche und durch die WTR gesteigerte Anpassungsfähigkeiten zur Schaffung neuer Bewegungsformen der privaten Kapitalverwertung. Die Verwertungslogik stößt hierbei immer wieder auf Grenzen, die das Kapital nur um den Preis neuer Widersprüche hinausschieben, aber nicht grundsätzlich überwinden kann. Arbeitskräfte sollen einerseits verdrängt werden, andererseits aber stellt sich zunehmend heraus, daß in erheblichem Umfang motivierte und qualifizierte Kräfte benötigt werden, zum Beispiel bei CIM-Strategien. Massiv geraten kurz- und langfristige Interessen beim Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in Konflikt. Die Durchsetzung der weltmarktorientierten „Modernisierung“ im Interesse des Monopolkapitals wird mit wachsenden inneren Struktur- und Regionalkrisen bezahlt.

Richtung und Inhalt der Produktivkraftentwicklung werden zunehmend zum Gegenstand von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Gesellschaftlichen Fortschritt durchzusetzen, ja die Existenz der Menschheit zu sichern, bedeutet heute mehr denn je, gesellschaftliche Bedürfnisse von einem prinzipiell gegen die monopolistische Kapitalverwertung gerichteten Interessensstandpunkt zu definieren. Der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital ist und bleibt die Grundachse der sozialen Konflikte; die Interessen der Arbeiterklasse und die Massen der Lohnabhängigen müssen insofern der zentrale Bezugspunkt jeder langfristig erfolversprechenden Alternativkonzeption sein. Von hier aus sind heute in der Auseinandersetzung um die Orientierung

von Wissenschaft und Technik auch Anforderungen an die Produktivkraftentwicklung zu stellen. Stichworte sind in diesem Zusammenhang:

- Aufbau und Nutzung größerer Kapazitäten für den Umweltschutz, die sozialen Dienste, das Bildungswesen, ein neues Verkehrssystem;
- Ökologisierung der Produktion durch drastische Verminderung der Schadstoffemission, zunehmend abproduktfreie Verfahren, Ressourcenschonung, Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- Umstellung der Landwirtschaft auf gesundheits- und umweltverträgliche Produktionen;
- Verwissenschaftlichung und Demokratisierung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien.

Wirkungs- und Sicherheitsforschung, Folgeabschätzungen und Verträglichkeitsprüfungen müssen zum untrennbaren Bestandteil der Produktivkraftentwicklung gemacht werden. Es ist möglich und erforderlich, neue Verfahren und Produkte grundsätzlich in Alternativen und Varianten zu entwickeln, um Auswahlmöglichkeiten zu vergrößern, insbesondere in Risikobereichen (Energie-, Chemie-, Ernährungswirtschaft z. B.).

Die Entscheidung über Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte, Risiken und Chancen der Produktivkraftentwicklung dürfen nicht länger den Großkonzernen und von ihnen abhängigen Experten überlassen bleiben. Das erfordert größtmögliche Öffentlichkeit, ständige Aufklärung, wachsende Prüfungs- und Kontrollmöglichkeiten. Die arbeitenden Menschen dürfen nicht bevormundetes, überwachtes, in Existenzunsicherheit gehaltenes „Anhängsel“ moderner Maschinerien sein. Die modernen Produktivkräfte müssen für sie real verstehbar, beeinflussbar, kontrollierbar und nützlich sein. Deshalb sind heute aller Ideenreichtum, alles Engagement gefordert, um Kenntnisse und Einflußmöglichkeiten der arbeitenden Menschen zu vergrößern: mehr Veto- und Mitbestimmungsrechte, Schaffung eines Systems von Verträglichkeits- und Sicherheitsprüfungen, ständige Aufklärung durch Wissenschaftler und Gewerkschaften. Dementsprechend sind gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen zu schaffen oder auszubauen.

3. Anforderungen an organisiertes Handeln

Der Kampf um die Durchsetzung einer alternativen Technologiepolitik erfordert angesichts der zunehmenden Differenzierungen in der Sozialstruktur und speziell der Arbeiterklasse viele Anstrengungen zur Klärung und Formulierung der gemeinsamen Interessen, Forderungen und Prioritäten. Hegemoniefähig wird nur, wer in der Lage ist, die verschiedenen sozialen, politischen und geistigen Vorstellungen der Arbeiterklasse in ein schlüssiges Gesamtkonzept zu integrieren und mit den Interessen benachbarter nichtmonopolistischer Schichten zu verbinden. Niemand sollte annehmen, daß dies ein leichter Prozeß wäre und das Gemeinsame schon auf der Hand liegen könnte.

Sogenannte „Rationalisierungsverlierer“ und „Rationalisierungsgewinner“, qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitskräfte, Frauen und Männer, Arbeiter ausländischer oder deutscher Herkunft — sie alle müssen bereit sein,

für gemeinsame Ziele zu kämpfen. Hinzu kommt, daß auch die Verschärfung der Strukturprobleme in einigen Regionen hohe Anforderungen an die Solidarität der Arbeiterklasse stellt, ebenso an ihre Fähigkeit, sich auf gemeinsame Positionen für eine diesem Problem entsprechende Wirtschafts- und Technologiepolitik zu einigen.

Eine tragfähige Alternative zu den großkapitalistischen Modernisierungskonzeptionen kann sich nur als Annäherung von Zukunftsvorstellungen, als konzeptionelle Übereinkunft gerade der demokratischen Kräfte entwickeln. Ein breiter Verständigungsprozeß in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, unter Wissenschaftlern wie Arbeitern, Jugendlichen wie Älteren steht an, nicht nur im Interesse gemeinsamer Forderungen, sondern auch gemeinsamer Aktivitäten.

Einige Gesichtspunkte für diese Alternativen haben wir aus unserer Sicht oben dargelegt. Hinzu kommen nicht oder nur unzulänglich geklärte Fragen, auf die noch in breiter demokratischer Diskussion Antworten gefunden werden müssen. Wir möchten einige dieser Fragen kurz benennen:

— Liegt es im wesentlichen am gegenwärtig ungünstigen Kräfteverhältnis, wenn die arbeitenden Menschen im allgemeinen, die demokratische und Arbeiterbewegung im besonderen von den technologischen Umwälzungen sozusagen überrollt werden? Oder übersteigen Tempo, Wirksamkeit und Reichweite dieser Umwälzungen allmählich jedes menschliche Maß? Fehlt es nur an Einflußmöglichkeiten oder stellt die Einflußnahme zumindest derzeit eine Überforderung dar (wer kann zum Beispiel verantwortlich entscheiden, welche gentechnischen Entwicklungen und Anwendungen es geben soll)?

Nach unserer Überzeugung läßt sich diese Frage nicht spekulativ beantworten, sondern erst auf der Grundlage reicherer praktischer Erfahrungen und intensiverer theoretischer Diskussionen. Aber es bleibt zu beachten: Angesichts der Dimension vieler neuer Risiken können bestimmte Gefahren nicht mehr einfach „ausprobiert“ werden, müssen Grundsatzentscheidungen unter Umständen im voraus getroffen werden. Hieraus ergeben sich auch für die Arbeiterbewegung ganz neue Probleme der „Technologiebewertung“, zum Beispiel im Sinne einer stärkeren Orientierung am Prinzip der Vorsicht.

— Bleibt vor diesem Hintergrund die Aussage richtig, daß es wesentlich um einen Gestaltungsprozeß geht, in dessen Verlauf zur Durchsetzung eigener Interessen auch Protest- und Blockadeorientierungen sinnvoll sind? Oder gewinnt die Blockierung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien einen herausragenden Stellenwert?

Aus jahrzehntelangen Erfahrungen weiß die Arbeiterbewegung um den Zusammenhang von Verweigerungen einerseits, dem Durchsetzen von Verbesserungen andererseits. Jeder Streik ist eine Verweigerung, zielt aber auf Verbesserungen der eigenen Lage. Diese Erfahrung kann jedoch nicht einfach auf die wissenschaftlich-technische Revolution übertragen werden.

Das neue Problem, das sich stellt, besteht darin, daß Gestaltungs- und Mitbestimmungsansprüche bislang in der Regel zu spät kamen, also den Charakter nachträglicher Korrektur hatten. Heute geht es aber zunehmend darum, Folgen vorzusehen, schädliche oder riskante Wege gar nicht erst einzu-

schlagen. Erforderlich wird vorausschauende Gestaltung, das heißt auch Auswahl.

Nach unserer Überzeugung stellt dies nicht prinzipiell Reformen in Frage, wohl aber ihr verbreitetes Verständnis in der demokratischen und Arbeiterbewegung. Reformkonzeptionen können nicht mehr für isolierte Bereiche entwickelt werden, sie können nicht mehr nur auf lokale oder regionale Gegebenheiten zielen. Reformen müssen eingebettet sein in ein gesellschaftliches Gesamtkonzept „neuer Politik“ und antimonopolistischer Orientierung, Voraussetzungen und Folgen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit einbeziehen, Entscheidungen auf nationaler Ebene und internationale Kooperation abfordern.

— Gibt es überhaupt eine einheitliche Problemstellung für alle neuen Technologien? Bestimmte Grundprobleme — etwa: ungünstiges Kräfteverhältnis, militärischer Mißbrauch, Gestaltungs- und Qualifizierungszwang — erscheinen relativ gleich. Ist es nicht trotzdem notwendig, stärker zu unterscheiden zwischen verschiedenen Hauptrichtungen des technologischen Umbruchs?

Ein Schlüsselprozeß, vermutlich der langfristig entscheidende, besteht in der Durchsetzung eines grundsätzlich neuen Typs von Arbeitsmitteln: der „intelligenten“ Anlage, auf die geistige Arbeitsfunktionen übertragen werden können. In dieser Umwälzung entsteht eine Fülle neuer Fragen, Probleme und Chancen. Trotzdem verhält es sich offenbar so, daß in einem recht hohen Maße Erfahrungen aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit angewandt werden können. Tarifpolitik und Betriebsvereinbarungen können Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung, progressive Arbeitsinhalte durchsetzen. Die — wenn auch unzulänglichen — Informations- und Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz können offensiv genutzt, ihre Ausweitung kann auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Bei einem anderen Schlüsselprozeß, der neuartigen Nutzung von Naturkräften, scheinen die Bedingungen und Probleme wesentlich anders zu sein. Bei Kernenergie, Großchemie, möglicherweise auch Gentechnik, sind derart gefährliche Stoffe und Verfahren im Spiel, daß den Risiken nicht mit den „konventionellen“ Methoden des „Abfederns“ und Abmilderns sozialer Folgen begegnet werden kann. Das Entstehen der Ökologiebewegung signalisiert in diesem Zusammenhang eine neue Qualität der Anforderungen an Politik, Ökonomie und Ideologie.

Nach unserer Überzeugung bleiben schematische Gleichsetzungen der verschiedenen Hauptrichtungen des technologischen Umbruchs unproduktiv. ISDN-Netze und Kernkraftwerke bringen jeweils spezifische Probleme und Risiken mit sich, auch wenn es bei diesen großtechnischen Einrichtungen wichtige Parallelen gibt. Umgekehrt kann den Risiken durch die Freisetzung gentechnisch veränderter Lebewesen auf traditionellen Entscheidungswegen nur absolut unzureichend begegnet werden — sowohl im parlamentarischen wie auch im betrieblichen Raum.

Eine andere Verzahnung von Wissenschaft und Politik, ein intensiverer Meinungsaustausch zwischen verschiedenen Massenbewegungen, besonders zwischen Arbeiterbewegung, demokratischen Wissenschaftlern und Bürgerin-

initiativen, scheint ebenso erforderlich wie die Entwicklung neuer politischer Instrumentarien, seien es neue Kontrollgremien oder zum Beispiel Volksentscheide.

Die Diskussion dieser – und anderer – offener Fragen wie die Entwicklung von Alternativen erweisen sich als demokratische Herausforderung: Wer im Bevölkerungsinteresse handeln und mehrheitsfähig werden will, muß aufklärend wirken, massenhaft Bedürfnisse aufgreifen, verschiedenartige Meinungen einbeziehen, Gemeinsamkeiten entwickeln. Erst so kann Gegenmacht möglich und wirksam werden.

Eine demokratische Technologiepolitik erfordert einerseits günstigere politische Kräfteverhältnisse, andererseits muß sie diese auf ihren Feldern wesentlich mit herbeiführen. Dazu gehört vorrangig:

- die Stärkung und Dynamik außerparlamentarischer Bewegung, besonders der Arbeiterbewegung;
- die Festigung von Aktionseinheits- und Bündnisbeziehungen zwischen allen sozialen und politischen Kräften, die objektiv ein Interesse an demokratischen Veränderungen haben;
- Fortschritte in der Verständigung der oppositionellen Kräfte über Alternativen zur herrschenden Politik;
- Stärke, Organisiertheit und Ausstrahlungskraft der Linken, besonders der marxistischen Kräfte.

Von diesen Faktoren hängen sehr direkt Stärke und Einfluß der Arbeiterbewegung, ihre Politik- und Handlungsfähigkeit ab. Erfolge haben zur Voraussetzung, daß es gelingt, alle Teile der Arbeiterklasse, die Arbeitenden wie die Arbeitslosen, die gegenwärtig Beschäftigten und die Nachwachsenden, Frauen und Männer zusammenzuführen. Diese Integration und Solidarisierung muß untrennbar verbunden sein mit der konsequenten Hinwendung zu den qualifizierten Teilen der Arbeiterklasse und zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Ohne diese Schlüsselgruppierungen und -schichten kann nicht genug Durchschlagskraft entwickelt werden.

Nach unserer Überzeugung bedarf es bei allen demokratischen Kräften einer gründlichen Diskussion über ihre Integrations- und Bündnisfähigkeit, gerade auch gegenüber diesen wachsenden Teilen der lohnabhängig Beschäftigten. Es erscheint auch deshalb besonders dringlich, derartige Fähigkeiten weiterzuentwickeln, weil diese Gruppierungen nicht im luftleeren Raum leben, sondern politisch und geistig stark umkämpft sind. In den qualifizierten Teilen der Arbeiterklasse sind reformistische Einflüsse besonders stark, in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz wirken – bei noch geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad – vielfältige konservative Einflüsse.

Was in diesem Zusammenhang Siegfried Bleicher für die IG Metall feststellt, sollte alle Kräfte der Arbeiterbewegung anregen. Er geht in seinem Papier „Solidarität 2000“ davon aus, daß die Mitgliederstruktur der IG Metall die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur ungenügend widerspiegelt, vor allem die starke Anteilszunahme der Angestellten in den Betrieben. Nach seiner Überzeugung muß das auch zu neuen Überlegungen hinsichtlich der Zielgruppen und der Anlage gewerkschaftlicher Arbeit führen: „Umfragen

unter Arbeitnehmern machen ... deutlich, daß die politischen Auffassungen und Einstellungen von Facharbeitern und Angestellten größere Gemeinsamkeiten und größere Übereinstimmungen aufweisen, als dies beispielsweise in den Auffassungen von Facharbeitern und an- und ungelerten Arbeitern der Fall ist.“ Bewußtsein und Handeln dieser entscheidenden Zielgruppen entsteht nach Bleicher „nicht mechanisch oder wie eine chemische Reaktion dadurch, daß sich die Arbeits- und Lebensumstände verschlechtern. Kritische Denkpotentiale entwickeln sich an glaubwürdigen, nachvollziehbaren Alternativen.“ Es gelte, „die über den Tag hinausweisenden gesellschaftspolitischen Alternativen und Utopien der Arbeiterbewegung wieder aufzugreifen“.⁶ Mit Blick auf diese Zielgruppen sprach Klaus Zwickel auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall von einem „neuen Belegschaftstypus“, der gewohnt ist, „im Team zu arbeiten, sich auch ständig mit verschiedenen Lösungswegen auseinanderzusetzen. Er will keine Formeln, sondern individuell überzeugt werden. Er will nicht glauben, sondern wissen, er ist es aber nicht gewohnt, seine Meinung erst dann einbringen zu können, wenn er einen bestimmten Status erreicht hat, zum Beispiel als Vertrauensmann. ... Es wird darauf ankommen, gewerkschaftliche Arbeitsformen zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, wo nicht erst langweilige Formalien abgewickelt werden müssen, um zu inhaltlichen Diskussionen, gerade mit diesem Personenkreis, zu kommen.“⁷

Es geht nach diesen Vorstellungen also nicht nur um die Suche nach neuen kampfstarken Teilen der Arbeiterbewegung. Es geht ebenso um neue Chancen zur Entwicklung der Identität der Arbeiterklasse, die heute immer weniger durch kollektive Arbeitserfahrungen und immer mehr durch Überzeugungsarbeit entsteht.

Die gegenwärtige Umbruchperiode und speziell die wissenschaftlich-technische Revolution erfordern offenbar ein erweitertes und vertieftes Verständnis von Arbeiterpolitik, vor allem ein stärkeres Anknüpfen an geistigen Prozessen und Bedürfnissen in der Arbeiterklasse. Damit stellen sich in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auch neue Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenz, geistige Beweglichkeit, Aufgeschlossenheit und konsequentes, ehrliches Vertreten der eigenen Position.

6 IG Metall, Abtlg. Angestellte, Solidarität 2000, Manuskript, Frankfurt / M. 1987, S. 5 ff.

7 15. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall, Protokoll d. 3. Tages, Frankfurt / M. 1986, S. 279.

Politische Kultur – ein Forschungsweg des Marxismus?

Friedhelm Kröll / Kaspar Maase

1. Zur Herkunft des Konzepts politische Kultur – 2. Neues Interesse seit dem Ende der 70er Jahre – 3. Politische Kultur in der neueren sowjetischen Politikforschung – 4. Zu Problemen und Perspektiven eines marxistischen Konzepts politische Kultur aus bundesdeutscher Sicht – 5. Einige Diskussions- und Arbeitsschwerpunkte

1. Zur Herkunft des Konzepts politische Kultur

Mit der Veröffentlichung des „Handwörterbuchs zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland“¹ hat der Begriff politische Kultur den Status eines zitierfähigen Konzepts angenommen, wenngleich bis heute die Stimmen des Zweifels nicht verstummt sind. Jedenfalls, die Lektüre des dortigen Stichwortartikels „Politische Kultur“² verstärkt einmal mehr den Eindruck, daß Herkunft und Ambiente nicht dazu angetan sind, das Konzept politische Kultur so ohne weiteres in die marxistische Politikforschung einzufügen. Galkin, dessen Vorschläge die entsprechende Diskussion wiederbelebt haben, hat zu Recht daran erinnert, daß „der Begriff der politischen Kultur ... außerhalb der marxistischen Tradition entstanden“³ und also erhöhte Aufmerksamkeit im Zuge einer kritischen Aneignung geboten ist.

Nimmt man das Auftauchen des Begriffs „political culture“ als Indikator, dann ist die Grundlegung dieses Konzepts in der Mitte der fünfziger Jahre zu verorten. Damals begannen einige US-amerikanische Politik- und Sozialforscher nach neuen Zugängen Ausschau zu halten, um die Politik mit realitätsnäheren Modellen zur Analyse der „Kalkulierbarkeit und Steuerung von Stabilität und Wandel politischer Systeme – vor allem aus der Perspektive und von den Interessen einer Super- oder Weltordnungs- bzw. Interventionsmacht wie die USA –“⁴ zu versorgen. Wohin entwickeln sich die jungen Staaten, die sich aus der kolonialen Hegemonie lösen? Wohin bewegen sich die vom Faschismus befreiten, politisch-kulturellen „Modernisierungsnachzügler“ Bundesrepublik, Italien und Japan? Diese vom Standpunkt des Erhalts der hege-

1 M. Greiffenhagen, S. Greiffenhagen, R. Prätorius (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981.

2 P. Reichel, Artikel Politische Kultur, in: Greiffenhagen u. a., a. a. O.

3 A. A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1986, S. 138.

4 Reichel, a. a. O., S. 320.

monialen Stellung der USA aus aufgeworfenen Fragen bildeten den ursprünglichen Problemhorizont.

In methodologischer Hinsicht stellte die Einführung des Konzepts politische Kultur den Versuch dar, die Kluft zwischen politikwissenschaftlicher Mikro- und Makroanalyse zu verringern. Im Wege der Herausarbeitung von Vermittlungsmomenten zwischen der Ebene der politischen Sozialisation und der Funktionsweise politischer Systeme sollte die Grundschwäche der Politologie, Zerfällung der Analyse in behavioristischen Psychologismus und statische Institutionenlehre, überwunden werden. Politische Kultur bezog sich dementsprechend auf die vermittelnden Ebenen und Mechanismen, worüber das Verhalten im politischen Sinn geleitet wird. Sie wurde als Gesamtheit von Orientierungen, Grundüberzeugungen und stereotypisierten Meinungen aufgefaßt, die dem politischen Prozeß Folgerichtigkeit und Sinn vermitteln und die zugleich diejenigen Leitvorstellungen und Normen enthalten, die das politische Verhalten der Individuen steuern. Anders, das Konzept politische Kultur sollte den „verallgemeinerten Ausdruck der psychologischen und subjektiven Dimension der Politik“⁵ zur Geltung bringen, ohne in den Fehler eines psychologischen Reduktionismus zurückzufallen.

Mit der komparatistisch arbeitenden Studie von Almond und Verba „The Civic Culture“ (1963),⁶ inzwischen eine Art „Klassiker“, wurde der erste umfassende Entwurf empirisch-typologischer Erforschung politischer Kultur(en) vorgelegt. Gerade der ideologisch-affirmative, der politikfunktionalistische Grundzug des Konzepts und die hierüber intonierte Apologie der imperialen Ambitionen der US-democracy⁷ haben wesentlich dazu beigetragen, daß dieses Konzept zu Anfang der siebziger Jahre innerhalb der konservativen Politikforschung der BRD auf freundlichen Rezeptionswiderhall gestoßen ist. (Erst um einiges später, in gleichsam partizipationskultureller Uminterpretation ist die Forschungsidee politische Kultur von sozialdemokratisch orientierten Politik- und Sozialwissenschaftlern aufgegriffen worden.)

Die Einfahrt der politischen Kulturforschung sowie deren spezifische Akzentuierung erfolgte in der BRD vornehmlich über die Wegstrecke der Wahlsoziologie. In einer 1972 erschienenen Dissertation, an der der spätere bayerische Kultusminister Maier als Berater und Korreferent mitgewirkt hat, wurden erstmals der Entwicklungs- und Rezeptionsstand umfassend resümiert sowie die Forschungsziele für die bundesdeutsche Politikwissenschaft formuliert. Diese Zwischenbilanz wird mit einem ebenso bemerkenswerten wie bezeichnenden Vorwort, das Licht auf die politisch-inhaltlichen Motive wirft,

5 L. Pye, *Political Culture*, in: *International Encyclopedia of Social Sciences*, New York 1961, vol. 12, S. 218.

6 G.A. Almond, S. Verba, *The Civic Culture – Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Neudruck Princeton 1972. Zu erwähnen sind noch die Nachfolgestudien L.W. Pye, S. Verba (ed.), *Political Culture and Political Development*, Princeton 1965; W.A. Rosenbaum, *Political Culture*, London 1975.

7 Vgl. zur Kritik F. Kröll, *Bemerkungen zum Konzept „Politische Kultur“ in der bürgerlichen Wahlforschung*, in: IMSF (Hrsg.), *Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse*, München 1978; ders., *Die Mythologisierung der Wahlkabine. Zur Kritik der herrschenden Wahlforschung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/1980.

eröffnet: „Die Anfänge dieser Arbeit gehen zurück auf die häufig gestellte Frage, warum es nicht gelang, ‚Westminster nach Afrika zu verpflanzen‘, bzw. in Afrika und in ‚Entwicklungsländern‘ im allgemeinen stabile politische Systeme zu errichten, die der doppelten Herausforderung nach ökonomischer Leistungsfähigkeit unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gerecht werden könnten.“⁸ Aber nicht nur dieser Problematik sollte die Forschungsperspektive politische Kultur gewidmet sein. In Anspielung auf das Problem der „Unregierbarkeit der westlichen Demokratien“ galt das Interesse zugleich der Leistungskraft des Konzepts für die Erforschung der Determinanten und Mechanismen des Erhalts des politischen Status quo namentlich in der BRD.⁹

Zum Zeitpunkt der Justierung des Blicks auf die Problematik der politischen Kultur als verallgemeinertem Ausdruck der subjektiven Dimension des politischen Prozesses erschienen hierzulande die ersten Studien zur Untersuchung des Wählerpotentials der DKP. Studien, die um die Frage des sog. Radikalismuspotentials, als Reflex wachsender ökonomischer, politischer und geistig-kultureller Krisenhaftigkeit der BRD-Gesellschaft, kreisten.¹⁰ Studien, die einige Zeit später, gleichsam in Farbenverschiebung, ihre Fortsetzung in der Erforschung des wachsenden „Protestpotentials“ als möglicher Quelle der Etablierung der Grünen ins Parteigefüge der BRD fanden.¹¹ Anders: Insbesondere die bundesdeutsche Wahlforschung erhoffte sich von der Einbeziehung der Forschungskonzeption politische Kultur eine Bereicherung sowie theoretische Fundierung ihrer symptomatologischen Analysen zur Krisendiagnose möglicher Umbrüche in der wahlpolitischen Landschaft bzw. des Wählerverhaltens. Es ging letztlich um die Frage der Steuerbarkeit, der stabilitätsorientierten Verarbeitung und systemkonformen Lösung der sich abzeichnenden „Krise des Parlamentarismus“ infolge sich ausbreitender neuer sozialer Bewegungen und politischer Alternativen.¹² Das Konzept politische Kultur ist auch in der bundesdeutschen Rezeption von Anfang an dem Geist der ideologischen Affirmation und des Erhalts der Funktionsfähigkeit des politischen Systems der staatsmonopolistischen Ordnung zugeformt gewesen.

2. Neues Interesse seit dem Ende der 70er Jahre

1979 erschien (nach Teilabdruck als SPIEGEL-Serie) unter dem Titel „Ein schwieriges Vaterland“ eine Studie von Martin und Sylvia Greiffenhagen.¹³ Diese Schrift markiert den Beginn einer erneuten Zuwendung zum Konzept

8 D. Berg-Schlosser, Politische Kultur — Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse, München 1972, S. 9.

9 Vgl. ebd.

10 H.-D. Klingemann, F.U. Pappi, Politischer Radikalismus, München/Wien 1972.

11 R.-O. Schultze, Nur Parteiverdrossenheit und diffuser Protest?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1980.

12 Vgl. Kröll, Die Mythologisierung ..., a. a. O.

13 M. und S. Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands, München 1979.

politische Kultur in der akademischen Politikwissenschaft der BRD.¹⁴ Welche Gründe dafür lassen sich nennen?

Einen aktuellen Anlaß bildete die Sorge sozialdemokratisch und radikal-demokratisch orientierter Wissenschaftler, mit der repressiven Reaktion des Staates auf terroristische Aktionen und mit der massenmedial angepeitschten Hatz auf widerständige Minderheiten werde eine Wende zum drastischen Abbau bürgerlich-demokratischer Positionen eingeleitet.¹⁵ Sie sorgten sich um die bedrohte „Fähigkeit zum Dialog“ und fragten nach den autoritären Traditionen, die im „kollektiven Gedächtnis“ wirkten und in den Berufsverböten aktualisiert schienen. Vor diesem Hintergrund sind die Versuche zu sehen, ein Leitbild politische Kultur zu entwerfen, das jene Wertorientierungen, Einstellungen und Normen politischer Konfliktaustragung zusammenfaßt, die eine offene Entwicklung pluralistischer Demokratie sichern sollen.¹⁶ In diesem normativen, wertenden Sinn hielt der Begriff Einzug bei Politikern und Publizisten, wurde zum Kampfbegriff der verschiedenen Lager und etablierte sich in der politischen Sprache der Bundesrepublik.

Ein zweiter, tieferliegender Grund für die Wiederbelebung des Konzepts: Im Laufe der 70er Jahre wurde unübersehbar, daß die politische Integration über die Institutionen des parlamentarischen Repräsentativsystems Bruchstellen aufwies. Bürgerinitiativen und außerparlamentarische Bewegungen machten ebenso wie die trotz Krise aufrechterhaltene Streikfähigkeit der Gewerkschaften auf ein wachsendes Potential „unkonventioneller“ Formen der Interessenvertretung aufmerksam, dessen alle „Partizipations“theorien nicht Herr wurden. Der in der Politikwissenschaft dominierende Bezug auf die Institutionen, die Konzentration auf Umfrageergebnisse, die die Bewertung des traditionellen politischen Systems widerspiegeln sollten, und die Reduktion der Politik auf „how to vote“ waren für die neuen Herausforderungen nicht gerüstet.

Ein dritter Impuls: In der bürgerlichen Reaktion auf diese Veränderungen fand die Dimension der Werte als Faktor wie als Gegenstand der Politik neue Aufmerksamkeit. Das Spektrum reicht von analytisch akzentuierten Studien in der Folge von Ingleharts „Wertwandel“-These¹⁷ über Versuche, aus Befragungsergebnissen Rezepte für ein systemerhaltendes „Werte-Management“

14 Einen guten Überblick gibt der Forschungsbericht von W. M. Iwand, *Paradigma Politische Kultur*, Opladen 1985, hier v. a. S. 220 ff.

15 Vgl. H. Gerstenberger, *Politische Kultur und Klasseninteresse in der Bundesrepublik Deutschland*, in: H. Brüggemann, H. Gerstenberger, W. Gottschalch u. a., *Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland*, Berlin/W. 1978, S. 67 ff.

16 Vgl. neben den Greiffenhagens den Versuch einer partizipationstheoretischen Neubegründung des Konzepts durch P. Reichel, *Politische Kultur – mehr als ein Schlagwort?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/1980, S. 382 ff.; ders., *Politische Kultur in der Bundesrepublik*, Opladen 1981.

17 Vgl. dazu J. H. v. Heiseler, *Wandel des Wertsystems?*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 5, Frankfurt/M. 1982, S. 72 ff.

abzuleiten,¹⁸ bis zum offenen Weltanschauungskampf um „Grundwerte“, „Mut zur Erziehung“ und „Tendenzwende“.

Empirische Studien zu politischen Orientierungen und Verhaltensdispositionen stellen fest, daß die bisher verwendeten Raster und Abgrenzungslinien, mit deren Hilfe Einstellungen und politisches Verhalten vorherzusagen und auch zu beeinflussen war (Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft, zur Gewerkschaft oder zu einer der beiden christlichen Konfessionen z. B.), tendenziell durch neuartige Determinanten („ökologische“, „subjektthematische“, „globolethische“ etc. Konfliktlinien) erweitert bzw. „durchschossen“ werden. Zwischen die grundlegenden sozialen Bestimmungen und das politische Verhalten schieben sich Einflüsse, die von den Sozialwissenschaften in Form von Wertebündeln¹⁹ oder von in Lebensstilen bzw. sozialen Milieus verfestigten Wertprioritäten²⁰ erfaßt werden.

Derartige politische und theoretische Herausforderungen führten zur Bereitschaft, den politischen Kultur-Ansatz erneut zu prüfen. Trotz aller Bedenken dominierte letztlich das Votum für den Versuch, „den Pudding an die Wand zu nageln“ (Kaase). Das Konzept politische Kultur komme nämlich offensichtlich dem „Bedürfnis nach besserem Verständnis insbesondere der Faktoren und Prozesse entgegen, die Kontinuität und Wandel (revolutionär oder anders) der politischen Ordnung bedingen. Hinzu tritt... seine vermutete Fähigkeit, politische Prozesse besser als nur unter Berücksichtigung struktureller und institutioneller Faktoren zu erklären.“²¹ Die von Kaase in seinem „Pudding“-Bild angedeutete Fragwürdigkeit beruht auf dem bewußten Eklektizismus²² des gewählten Ansatzes. Die Analyse politischer Prozesse im Rahmen eines materialistischen Geschichts- und Gesellschaftskonzepts und beruhend auf den grundlegenden Instrumenten der Klassen- und Interessenanalyse wird als überholt, weil vorgeblich nicht in der Lage, die subjektive Seite der Politik zu erfassen, abgelehnt. Aus dem empirischen Nachprüfen einzelner Beziehungen zwischen politischem Verhalten und erfragbaren subjektiven Orientierungen der Bürger soll Stück für Stück eine Theorie der politischen Kultur im Rahmen eines system- bzw. regulationstheoretischen Modells erwachsen.²³

Genau umgekehrt, nämlich nicht regulations-, sondern bruch- und veränderungsthematisch motiviert sind vereinzelt Versuche von Marxisten, die in der

18 Vgl. E. Noelle-Neumann, *Werden wir alle Proletarier?*, Zürich 1978; *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen*, Bericht im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, v. a. S. 38 ff.; H. Klages, W. Herbert, *Wertorientierung und Staatsbezug*, Frankfurt/New York 1983.

19 Vgl. Klages/Herbert, a. a. O.

20 Zum Milieu-Ansatz vgl. Sinus, *Planungsdaten für eine mehrheitsfähige SPD*, Heidelberg, März 1984; zum Lebensstil-Ansatz P. Gluchowski, *Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/1987, S. 18 ff.

21 M. Kaase, *Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“* oder auch: *Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*, in: M. Kaase, H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen 1983, S. 166.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. ebd., S. 162 ff.

zweiten Hälfte der 70er Jahre die Kategorie politische Kultur aufgriffen. Ihnen ging es darum, die historisch-materialistische Gesellschafts- und Klassenanalyse zu differenzieren. Bemüht, die Kategorie „Kultur“ zur Analyse der subjektiven Vermittlungen des historischen Prozesses zu nutzen, richtete sich der Blick auf geschichtlich-soziologisch und sozialpsychologisch erfaßbare Seiten der Subjektivität der Arbeiterklasse: „politische Kultur“ und „Organisations- und Kampfkultur“ wurden ebenso thematisiert wie ihre Prägung und Stabilisierung durch spezifische lokal-kulturelle Umfelder.²⁴ R. Opitz versuchte, für die historische Politikforschung das Konzept politische Kultur zur Fassung der „Komplexität der Bestimmungsfaktoren ideologischer Entwicklungsprozesse und Klimaveränderungen“²⁵ zu nutzen.

Wenn auch diese tastenden Versuche in der Bundesrepublik nicht sichtbar weiterentwickelt wurden, so scheinen sie doch in der Logik des Fortschreitens der marxistischen Theorie und Forschung gelegen zu haben. Denn inzwischen liegt auch aus der sowjetischen Politikwissenschaft ein Vorschlag vor, das Konzept politische Kultur aufzunehmen.

3. Politische Kultur in der neueren sowjetischen Politikforschung

In der neueren sowjetischen Politikforschung wird politische Kultur als sozialpsychologisches Konzept in dezidiert historischer Dimensionierung präsentiert. Die Problemachse bildet dabei das Bemühen, Untersuchungen zum gesellschaftlichen und zum Klassenbewußtsein dynamischer und facettenreicher zu konzeptualisieren, unter Bezugnahme auf die historisch gewordenen Prägemechanismen des politischen Verhaltens in Gestalt von „psychischen Stereotypen, ideologischen Traditionen und Verhaltensnormen, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben“.²⁶ Im Unterschied zur US-Politikforschung wird der klassen- und sozialstrukturelle Bezugsrahmen herausgestellt: „Jede Gesellschaft und jede Klasse besitzt ihren Mechanismus des ‚kollektiven Gedächtnisses‘, durch dessen eigentümliche Prismen alle neue Erfahrung geformt wird.“²⁷

Galkin richtet seine Anstrengungen darauf, mit Hilfe des „Begriffs der politischen Kultur...die Erscheinungen des gesellschaftlichen Bewußtseins..., die auf die Formierung, Entwicklung und Tätigkeit der politischen Institutionen sowie auf das politische Massenverhalten der Bürger einwirken“,²⁸ auf ihre nicht lotrecht aus der sozialökonomischen Grundlage ableitbaren Vermittlungsdeterminanten hin tiefschärfer zu fixieren. Dabei rücken der „Stellen-

24 Vgl. D. Ulle, Kulturtheoretische Imperialismusforschung, in: *Kultur der Arbeiterklasse (Marxismus Digest 31, hg. v. IMSF)*, Frankfurt/M. 1977, S.32; K. Maase, Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur im heutigen Kapitalismus, in: *IMSF (Hrsg.), Kulturelle Bedürfnisse...*, a. a. O., S.41–45; F. Kröll, Bemerkungen..., in: *ebd.*, v. a. S. 115–121.

25 R. Opitz, Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., *Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge*, Köln 1979, S. 36 (Fn.).

26 W. P. Jerusalemiskij, *Proletarische Psyche. Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1984, S. 22.

27 *Ebd.*

28 Galkin, a. a. O., S. 134.

wert und die Rolle der Tradition“²⁹ in den Vordergrund des analytischen Interesses. Der Begriff politische Kultur habe es ermöglicht, „daß sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler nicht nur auf das Problem der historischen Traditionen insgesamt konzentrierte, sondern auf jenen spezifischen Aspekt, der den Schlüssel liefert zu dem sehr aktuellen Problem der Beziehung zwischen dem Allgemeinen und Besonderen im Prozeß der Entwicklung der politischen Institutionen, der politischen Organisationen, der Formen des politischen Bewußtseins und Verhaltens in Ländern, die sich auf einer ähnlichen Etappe der sozialökonomischen Entwicklung befinden.“³⁰

Die realtypologisch-komparatistische Absicht ist unverkennbar, wie auch ersichtlich wird, daß Galkin dem „Zwischenreich“ der Wirkungsweise der politischen Kultur als verallgemeinertem Ausdruck der zu Kristallisationsformen des „kollektiven Gedächtnisses“ geronnenen subjektiven Dimension des Politischen eine relativ eigenständige Geltung und Wirkungsmacht zuerkennt. „Die politische Kultur bildet die Grundlage des politischen Verhaltens“³¹ insofern, als sozialökonomische Determinanten erst über die Brechung durch Sedimente, Strukturen und Prozesse der Akkumulation historischer und vor allem sozialer Erfahrungen bestimmenden und formierenden Einfluß ausüben. Der definitorische Vorschlag Galkins ist wohl geeignet, politische Kultur als genuinen Problembereich der politikwissenschaftlichen Analyse zu etablieren: „Unter politischer Kultur wird die institutionalisierte und nichtinstitutionalisierte historische und soziale Erfahrung einer nationalen oder transnationalen Gemeinschaft verstanden, die einen mehr oder minder starken Einfluß auf die Formierung der politischen Orientierungen und schließlich des politischen Verhaltens der Individuen, kleinen und großen gesellschaftlichen Gruppen ausübt. Mit anderen Worten ist politische Kultur das in Gesetzen, in Gewohnheiten und im politischen Bewußtsein fixierte Gedächtnis über die Vergangenheit sowohl der Gesellschaft insgesamt als auch ihrer einzelnen Elemente, vor allem der Klassen und sozialen Schichten.“³²

Galkins Versuch, politische Kultur als theoretisches und empirisches Element der marxistischen Politikforschung auszuarbeiten, kann getrost als Beherrigung der Klarstellung des alten Engels aufgefaßt werden, daß nach materialistischer Geschichtsauffassung das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens ist, aber es dem marxistischen Forscher nicht erspart werden kann, „die übrigen an der Wechselwirkung“ zwischen ökonomischer Lage und gesellschaftlichem Bewußtsein „beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.“³³

Allerdings, Galkins Definition sollte eher als Zwischenbilanz, als Ermunterung zu weiterer Ausformulierung des Konzepts politische Kultur verstanden werden denn als fertiges Resultat einer bereits erfolgten organischen Einfügung in das wissenschaftliche Arsenal des Marxismus. Wenngleich Galkin

29 Ebd., S. 135.

30 Ebd., S. 138.

31 Ebd., S. 161.

32 Ebd., S. 156.

33 F. Engels, Brief an Joseph Bloch vom 21.9.1890, MEW 37, S.463 ff.

differenzierende Analysen zur theoretischen Bestimmung a) der Grenzen des Phänomens politische Kultur und seiner Wechselbeziehung zu benachbarten Erscheinungen, so insbesondere mit Blick auf die Spezifik der ideologischen Verhältnisse, b) der Mechanismen der Formierung, Entwicklung und Ablösung der politischen Kultur sowie c) zu deren innerer Strukturiertheit vorgelegt hat, so gibt es doch noch eine Reihe von offenen Fragen, die sich vor allem auf die Problematik einer angemessenen Abbildung der Prozesse der Weitergabe der politischen Kultur „von Generation zu Generation“ beziehen. Es spricht einiges dafür, daß der Generationsbegriff sich als Schlüsselkategorie erweist, insofern, als hierüber der Bezug zur Realisierung der politischen Kultur „vor allem auf der Ebene der Persönlichkeit“³⁴ hergestellt werden kann, ohne den Kollektivcharakter dieses gesellschaftlichen Phänomens psychologisch aufzulösen.

Die neuere sowjetische Forschung zur politischen Soziologie des Kapitalismus, die mit dem Begriff der politischen Kultur arbeitet, zeigt eine auffällige Neigung, dieses Konzept insbesondere bei der Erforschung des „elektoralen Verhaltens“ anzuwenden.³⁵ Gewiß, es gibt keinen Grund, die Thematisierung und Erforschung der politischen Kultur auf das Feld der Wahlforschung einzuzengen (wenngleich in der BRD die marxistische Wahlforschung nicht eben üppig gedeiht und also belebender Impulse bedarf); aber Galkins Programm einer sozialstrukturellen und politisch-kulturellen Feinanalyse der „Wählerschaften“, der „Parteiwählerschaften“ sowie einer gewichteten Faktorenanalyse des konkreten Wahlverhaltens ist ein eindrucksvolles Exempel dafür, daß es sich lohnt, für die marxistische Analyse der allemal verzwickten Formierungs- und Deformierungsprozesse des gesellschaftlich-politischen Bewußtseins und Verhaltens auf das Konzept politische Kultur, auf die Analyse von Kontinuität und Brüchen des „kollektiven Gedächtnisses“ zurückzugreifen.

4. Zu Problemen und Perspektiven eines marxistischen Konzepts politische Kultur aus bundesdeutscher Sicht

Beim gegenwärtigen Forschungsstand wäre ein Streit darum, ob der *Begriff* verwendbar und was denn nun genau politische Kultur „ist“, wenig fruchtbar. Der Vorstoß der sowjetischen Forscher scheint vielmehr darauf zu verweisen, daß es in der Weiterführung bisheriger Analysen ein objektives Forschungsinteresse und einen realen Theoriebedarf gibt; sie richten sich auf die historisch-kulturellen und sozialpsychischen Dimensionen und Determinanten individuellen wie kollektiven politischen Handelns. Woran könnte sich der Nutzen einer derartigen Forschungsperspektive erweisen?

Die gegenwärtigen Umbruchprozesse in Lage, Bildung, Generationszusammensetzung und sozial-kulturellen Orientierungen der Arbeiterklasse mit der unübersehbaren Tendenz zu ihrer Differenzierung und der wachsenden Gefahr der Segmentierung der verschiedenen Schichten und Gruppen gegenein-

34 Galkin, a. a. O., S. 167.

35 Vgl. ebd., S. 120 ff.

ander machen es unabdingbar, über die Analyse der ökonomischen und sozialen Interessen und Erfahrungen hinaus zu untersuchen, welche neuen Klassenzusammenhänge sich bilden und wie politische Orientierungen durch unterschiedliche Milieus beeinflußt werden. Solche Milieus lassen sich nicht mit den Instrumenten der bisherigen marxistischen Sozialstrukturanalyse allein bestimmen. Angesichts des Nebeneinanders und der komplexen Wechselwirkung von traditionellen Sozialmilieus, um soziale Bewegungen sich bildenden Kommunikationszusammenhängen sowie in Lebensstilen sich verdichtenden Wertorientierungen und Generationsprägungen ist die Fortentwicklung der Fragestellung und auch der begrifflichen Werkzeuge dringend eingefordert. Im Gegensatz zu bürgerlichen Konzepten von politischer Kultur und Lebensstil steht für die marxistische Forschung aber nicht die Preisgabe des Klassenkonzepts an, weil sich „klassenkulturell bestimmte Lebenswelten“ angeblich auflösen,³⁶ sondern seine differenzierte Weiterführung: Politikanalyse ohne sozialökonomisch fundierte Interessenanalyse greift daneben.

Bei realistischer Betrachtung von Aufgabenstellung und Forschungsstand scheint es gegenwärtig vorrangig, einige Knotenpunkte und Einflußlinien zu untersuchen, von denen aus ein Koordinatenfeld für die Bestimmung und komplexe Untersuchung der politischen Kultur gezeichnet werden kann. Als Anregungen zur Erforschung, Konkretisierung und Verdichtung dieser Eckpunkte und ihrer Beziehungen sind die folgenden Definitionsansätze und Überlegungen zu verstehen. In Modifikation der Galkinschen Definition,³⁷ unter Einschluß des Zentralaspekts des „Prozesses der Transmission der politischen Kultur“,³⁸ ließe sich der Gegenstandsbereich etwa so umreißen: Unter politischer Kultur wird die in Gestalt von konservierenden *Milieus* institutionalisierte und nichtinstitutionalisierte historische und soziale *Erfahrung* einer nationalen, transnationalen sowie Klasseneinheit verstanden (unter Berücksichtigung regionaler Teilausprägungen), die einen mehr oder minder starken, mithin kontrollierenden Einfluß auf die Formierung der politischen Orientierungen und schließlich des politischen Verhaltens der nach sozialstruktureller Lage und Interessen unterschiedenen bzw. vereinheitlichten, d. h. gesellschaftlichen Individuen ausübt. Die institutionell/strukturell in Milieus sich festsetzenden politischen Kulturen verdichten sich sozialpsychologisch in kollektiven Gedächtnissen, die in Traditionen und Gewohnheiten, Erinnerungen und Wertstandpunkten, im „Klassenethos“ (Bourdieu)³⁹ oder in Gesetzen ihre Fixpunkte haben. Politische Kulturen erzeugen milieuspezifische, historisch-

36 U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, bringt eine Vielzahl bedenkenswerter Beobachtungen und treffender soziologischer Hinweise (v. a. S. 115–160) auf diesen fragwürdigen Nenner (Zitat S. 157).

37 Galkin, a. a. O., S. 156.

38 Ebd., S. 164.

39 Vgl. P. Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 166 f. Dazu K. Maase, Arbeiterklasse und „Habitus“ – Zu einigen Aspekten von Pierre Bourdieus Kulturosoziologie, in: Marxistische Blätter 6/1986, S. 95 ff.

kulturell bestimmte Klimata, die die Art und Weise der kontinuierlichen bzw. diskontinuierlichen Tradierung des Gedächtnisses von *Generation* zu *Generation*, die sich im Medium von Sozialisationsprozessen vollzieht, prägen.

5. Einige Diskussions- und Arbeitsschwerpunkte

5.1 Politische Kultur von Klassen(fractionen)

Wesentliches Ziel muß es sein, Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens in verschiedenen *Klassen(fractionen)* einer nationalen Gesellschaft herauszuarbeiten. Dies ist wesentlich aktuell *synthetisierende* und methodisch komparatistisch-typologische Arbeit, da sich die politische Kultur einer Klasse nicht im luftleeren Raum oder einem nur klassenmäßig bestimmten „Äther“ bildet. Hier sind die Erkenntnisse von Heiseler⁴⁰ und Werner⁴¹ zur *notwendig widersprüchlichen Struktur des Bewußtseins der Lohnarbeiter* aufzunehmen. Auch die politische Kultur von Klassen(gruppen) zu einem bestimmten Moment ist ein höchst widersprüchliches Konglomerat. Eine Vereinheitlichung oder zumindest Hierarchisierung im Klassensinn ist in erster Linie Auswirkung der Erfahrung eigenen Handelns, dem dann psychische Umorientierungen folgen.

Die Widersprüchlichkeit der politischen Kultur in der Arbeiterklasse folgt auch daraus, daß in sie die Traditionen verschiedener, sich geschichtlich und sozial überschneidender Gemeinschaften eingehen: in Deutschland religiöse Traditionen mit wiederum unterschiedlicher regionaler Färbung, Traditionen aus der politischen und Sozialgeschichte verschiedener Räume, landsmannschaftliche Besonderheiten. Auch die Traditionen und das kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung sind stark lokal/regional differenziert und haben sogar bedeutende Akzente, die sich aus der Geschichte einzelner Großbetriebe und ihrer Belegschaften ergeben. Im Fortgang der Analyse kommt es v. a. darauf an, den Komplex jener *Faktoren* zu bestimmen, *die die Bereitschaft zu interessenvertretendem Handeln beeinflussen und ausmachen*.

Wesentliche Schnittpunkte und Erkenntnisinstrumente marxistischer Analyse politischer Kultur liegen im *Beziehungsfeld Klassen- und Sozialstruktur – Institutionen – Generationen*. Wandlungen in der Sozialstruktur sind einerseits grundlegende Faktoren der Veränderung politischer Kultur. Andererseits ist die subjektive Wahrnehmung und Beantwortung der mit dem Wandel verbundenen neuen Erfahrungen gebrochen und geprägt durch die Traditionen des sozial-kulturellen Umfelds. In diesem Umfeld – für das im heutigen SMK der Begriff „Milieu“ neu zu fassen ist – spielen Institutionen mit sozialisierender Wirkung eine wesentliche Rolle, v. a. Medien und Bildungssystem. Sie sind in ihrer Wirkung wiederum gebrochen und vermittelt über soziale Organisationen bzw. stabilere persönliche Kommunikationszusammenhänge: Familie,

40 J. H. v. Heiseler, Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S.370 ff.

41 H. Werner, Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein – zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein, in: ebd., S.341 ff.

Gleichaltrigengruppen, Vereine. Intensiv zu untersuchen sind die Organisationen/Institutionen von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung: Belegschaft, Gewerkschaft, Partei, ihre Medien und Öffentlichkeiten. Sie haben wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung und Wirkung des kollektiven Gedächtnisses der Klasse.

All diese Stränge gilt es zusammenzuführen, wenn Kontinuität und Bruch im *Generationsübergang* untersucht werden. Hier ist der wesentliche Ort des Wandels, hier realisieren sich die quantitativen Veränderungen in Sozialstruktur, Bildungsschichtung etc. unter dem Einfluß bestimmter prägender Generationserfahrungen in qualitativen Veränderungen der politischen Kultur der Klasse(nfraktion).⁴²

5.2 Milieutheorie – Milieuanalyse

Es schält sich heraus, daß eine vorrangige Forschungsaufgabe die Entwicklung einer marxistischen, empirisch gestützten Theorie der Milieus bildet. Im allgemeinsten Sinn wird damit ein spezifisches, in die alltägliche Kommunikation einbezogenes und das individuelle wie kollektive Bewußtsein und Verhalten bis zur sozialen Kontrolle beeinflussendes soziales Umfeld bezeichnet. Diese „Mikroumwelt“ ist im Prozeß auch ihres Wandels zu fassen, in dem spontane, traditionelle und organisierte Faktoren des Milieus zusammenwirken.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD stellen sich neue Fragen. Eine zentrale lautet: Wie ist die soziale und „ökologische“ Basis wesentlicher für die politische Kultur in der Arbeiterklasse relevanter Milieus zu bestimmen? Mit der Abtrennung betrieblicher von außerbetrieblichen Lebenszusammenhängen (Nachbarschaft, Vereine etc.), mit der Schrumpfung sozial homogener Arbeiterwohngebiete ist die Basis traditioneller Arbeitermilieus geschwächt, verstärken sich Tendenzen der Umbildung und Neuformierung. Gleichzeitig bilden sich „quer“ oder zumindest „schräg“ zu den sozialstrukturellen Milieulinien Zusammenhänge wie die jugendliche „Gesellschaft der Altersgleichen“,⁴³ die stark über das Milieusegment Schule geprägt sind. Mit den Jugendkulturen öffnen sich Einflußschienen für die Ideologien konsum- und markenorientierter Lebensstile; aber zugleich können bestimmte Sektoren der musikalischen Massenkultur wie die engagierte Rock- und Popszene zu Kristallisationspunkten werden, die mit dem Einfluß und Umfeld progressiver sozialer Bewegungen verknüpft sind (Künstler für den Frieden, Rock gegen Apartheid und Ausländerfeindlichkeit etc.).

Kaum Untersuchungsergebnisse liegen bisher vor über Milieus im weitgespannten Angestellten- und Beamtenbereich, über die Verschränkung mit den Einflüssen verschiedener Mittelschichtgruppen und der Intelligenz usw. Schließlich dürfte wichtig sein, die Beziehungen zwischen Milieus, sozialen

42 Vgl. H. Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S.62 ff., sowie den Beitrag von K. Dörre in diesem Band.

43 Vgl. K. Allerbeck, W. Hoag, Jugend ohne Zukunft, München 1985, v. a. Kap. 2.

Bewegungen und Massenmedien zu untersuchen. Die Allgegenwart der Massenmedien und ihre politisch nivellierende und prägende Wirkung gehören zu den Wesenszügen der politischen Kultur im SMK und werden mit den gegenwärtigen Umbrüchen in Technologie und Lebensweise eher noch verstärkt. Milieus sind also auch als ein sozialer Ort der kollektiven Verarbeitung von Medienbotschaften auf dem Hintergrund und mit den Mitteln einer spezifischen sozialen Erfahrung und eines spezifischen, lokal und regional akzentuierten kollektiven Gedächtnisses zu untersuchen. Dabei ist der Bezug zu und Einfluß von sozialen Bewegungen und ihren Organisationen ein wesentlicher Faktor.

Die Weitergabe von Orientierungen und Bindungen an die Arbeiterbewegung über familiär und nachbarschaftlich verankerte Traditionen verliert an Bedeutung; die Kommunikations- und Ausstrahlungspunkte eines dezidierten Arbeiterbewegungsmilieus in Organisationen, Freizeitgesellung, politischen, sozialen und kulturellen Initiativen bedürfen dringend der Untersuchung. Gleichzeitig können wir beobachten, wie ein auf die „neuen sozialen Bewegungen“ orientiertes Milieu mit einem relativ stabilen Fundus gemeinsamer Wertorientierungen sich auch „ökologisch“ in bestimmten Quartieren und Regionen verankert und auch jenseits der „Szene“ in sozial gemischten Wohn- und Lebenszusammenhängen über eine spezifische Mittelschichtbasis hinaus Einfluß gewinnt.

Um Entwicklungen und Wandlungen in der politischen Kultur zu erfassen, scheint es daher angebracht, die Untersuchungseinheiten oder Trägergruppen flexibel zu bestimmen. Zu den prägenden und verändernden Faktoren zählen offensichtlich jene recht homogenen, wesentlich durch gemeinsame Anschauungen und Wertstandpunkte sowie ein bewußt homogenisiertes kollektives Gedächtnis ausgezeichneten Milieus, die sich um die aktiven Kerne und ideologischen Strahlpunkte sozialer Bewegungen bilden.⁴⁴ Das gilt für die Aktivist*innen der klassenautonomen Arbeiterbewegung wie für die dezidiert alternative Szene. Die Beziehungen zwischen den beiden Dimensionen – einer primär sozialstrukturell definierten und einer wertmäßig-ideologisch-kulturell definierten – als Indikatoren und Formen der Entwicklung der politischen Kultur scheinen größerer Aufmerksamkeit wert.

5.3 „Weite“ oder „enge“ Auffassung politischer Kultur?

Zu diskutieren ist ebenfalls, ob politische Kultur vorrangig in einem weiteren oder engeren Sinn zu untersuchen ist. Eine Analyse von Milieus liegt als „Einstieg“ nahe und verspricht Erkenntnisse, die auf wichtige Entwicklungstendenzen und Formierungsbedingungen in der Arbeiterklasse und den Mittelschichten hinweisen. Dabei wird zu prüfen sein, wie weit es notwendig ist, die *national-historische Dimension* der politischen Kultur intensiver zu erfor-

⁴⁴ Vgl. dazu die Überlegungen von W. P. Jerusalemiskij, Neue linke politische Kultur als Kampf-
feld für die Hegemonie der Arbeiterklasse, in: IMSF (Hrsg.), Intelligenz, Intellektuelle und
Arbeiterbewegung in Westeuropa, Frankfurt/M. 1985, S. 254 ff.

schen. So ist zu fragen, ob die Spezifika der Krisenreaktion in Arbeiterbewegung und Bourgeoisie der BRD, die im internationalen Vergleich mit anderen antietatistisch-aggressiven SMK-Varianten⁴⁵ die Positionen der demokratischen und sozialen Bewegungen sowie den materiellen und ideologischen Status quo relativ wenig verschoben haben, nur aus dem aktuellen Kräfteverhältnis oder auch aus Momenten der nationalen politischen Kultur zu erklären sind. Da wäre an die Verankerung antifaschistisch-demokratischer Einstellungen v. a. in den jüngeren und mittleren Generationsgruppen⁴⁶ ebenso zu denken wie an die Fixierung der positiven Erfahrungen, die die Großbourgeoisie mit dem „Produktionsfaktor sozialer Frieden“ gemacht hat.

Eng oder weit ist aber auch der Kreis der Faktoren zu fassen, die als Determinanten politischen Handelns herangezogen werden. Empirisch praktikabler ist sicher die Beschränkung auf Einstellungen und Werte, die sich direkt auf das politische System und den Klassenkampf um die Macht im Staat beziehen. Im Forschungsprozeß wird sich erweisen, wie notwendig eine Ausdehnung in jene Dimensionen ist, die Galkin etwa mit dem Bezug auf den „Nationalcharakter“ anspricht⁴⁷ und die, sozial zugespitzt, mit dem Begriff der Klassenpsychologie der Arbeiterklasse diskutiert werden.⁴⁸ Hier ginge es dann um das *gesamte System überkommener Werte*, Verhaltensorientierungen und -muster — das allerdings *spezifisch nach seiner „politischen Relevanz“* (im weiten Sinn) *befragt* wird. Einstellungen zur Arbeit, Auffassungen von den Geschlechterrollen oder Vorstellungen von der zu respektierenden persönlichen Würde des einzelnen beeinflussen, ob und wie Individuen und Gruppen politisch eingreifen. Mit der zunehmenden Vergesellschaftung und damit Politisierung aller Lebensbereiche scheint ein derart komplexes Herangehen bedeutsamer. Das verlangt allerdings auch eine innere Strukturierung des Werte- und Traditionsfundus unter dem Gesichtspunkt, welche *Schlüsseleinstellungen* ausschlaggebend sind dafür, ob sich bestimmte Erfahrungen und Ansprüche auch in Handeln umsetzen.

5.4 Schwerpunkt: Wahlforschung oder interessenvertretendes Handeln?

Eine weitere wichtige Entscheidung ist die, in bezug auf welche Bereiche des politischen Verhaltens die marxistische Erforschung der politischen Kultur vorrangig zu entwickeln ist. Einiges spricht dafür, der Empfehlung Galkins zu folgen und das Konzept im Bereich der Wahlforschung voranzutreiben. Hierzulande ist „die Teilnahme (oder Nichtteilnahme) an der Wahlprozedur die am weitesten verbreitete und massenhafte Form politischen Verhal-

45 Vgl. H. Jung, Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, Frankfurt/M. 1986, S. 65ff.

46 Vgl. den Beitrag von E. Gottschaldt in diesem Band.

47 Galkin, a. a. O., S. 160.

48 Vgl. G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1978, S. 6–44; H. Werner, Die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse und die „neuen sozialen Bewegungen“, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 80ff.; Die soziale Psyche der Klassen und Schichten im heutigen Kapitalismus, Berlin/DDR 1987.

tens; insofern hat das Studium des elektoralen Handelns der Massen eine außerordentlich große Bedeutung für ein Verständnis der dort ablaufenden Prozesse.⁴⁹ Wählen bzw. Nichtwählen ist, wie alles politische Verhalten, ein eminent kollektiver, milieugeprägter Vorgang, der ergiebige Aufschlüsse über das aktualpolitische Bewußtsein gibt. Wir können derzeit bemerkenswerte Umbrüche in den Milieu-Landschaften beobachten, Prozesse des Zerfalls und der Neubildung, die sich an wahlsoziologischen Indikatoren messen lassen; Ansätze der neueren nichtmarxistischen Wahlforschung in Richtung auf Differenzierung der sozialstrukturellen und ideologischen Scheidelinien⁵⁰ und Milieus bzw. Lebensstile⁵¹ sind dabei zu nutzen.⁵²

So werden politische Kulturanalyse und Theoriebildung von vornherein dem heilsamen Zwang zur Empirie unterworfen. Schließlich können empirienaher Längsschnittanalysen mit Hilfe der ökologischen Wahlstatistik dazu beitragen, einen politik-soziologischen Begriff der Generation zu entwickeln.

Mit dieser, einschlägige Defizite abbauenden Fokussierung auf Trendanalytik des Wahl- und Wählerverhaltens ist keine konzeptionelle Einengung der politischen Kulturforschung auf den Bereich elektoraler Soziologie präjudiziert. Gleichwohl geht die Diskussion darüber, ob eine derartige Gewichtung der Wahlsoziologie nicht dazu führt, die Stimmabgabe, die Wählerbewegung bzw. die parlamentarische Ebene politischer Ausdrucksformen unzulässig zu überschätzen. Denn gerade das marxistische Herangehen an die Politik relativiert das Wahlverhalten bzw. die Stimmabgabe im Gesamtspektrum der Formen interessensvertretenden Handelns. Darüber hinaus ist offen, ob die Verschiebungen im Wählerverhalten ein brauchbarer Indikator sind für jene tiefgreifenden Wandlungen, denen Einstellungen und Praxen großer Bevölkerungsteile seit dem Ende der 60er Jahre unterworfen sind. Reflektiert sich im Wählerverhalten zureichend die spannungsreiche Wechselbeziehung zwischen neuen Formen interessensvertretenden Handelns, dem Aufschwung außerparlamentarischer Bewegungen und der Trägheit tradiert, hier: elektoraler Ausdrucksformen? Verdeckt die Wahl- und Wählerlandschaft nicht eher die Dynamik der Veränderungen der politischen Einstellungen und Handlungsformen (bis hin zum Wandel der Einschätzung und des Verhaltens gegenüber dem parlamentarischen Repräsentativsystem) als daß sie sie zum Vorschein bringt? Die Leistungskraft von Wahlforschung als symptomatologisches Organ politischer Prozesse steht zur weiteren Diskussion an.

Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß nach den Ergebnissen der marxistischen Bewußtseinsforschung gerade das eigene Handeln und seine Erfahrungen ein dynamisches Moment in Richtung auf das klassenmäßige Verarbeiten der Widersprüche des Arbeiterbewußtseins bilden. Das dürfte auch für seinen Einfluß auf die politische Kultur gelten. Auch für diese Wandlungen liegt vielfältiges empirisches Material vor, da ja die wachsende

49 Galkin, a.a.O., S. 120.

50 Vgl. U. Fest, H. Krieger, Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/1987, S. 33 ff.

51 Vgl. Fn. 20.

52 Vgl. den Beitrag von J. Dietrich in diesem Band.

Neigung zu „unkonventionellen‘ (Protest-)Verhaltensbereitschaften“⁵³ und die Sicherung der Systemakzeptanz⁵⁴ anhaltende Aufmerksamkeit der bürgerlichen Politikwissenschaft finden. Der Generationsaspekt und seine Beziehung zum Sozialstrukturwandel sind auf diesem Feld ebenfalls fruchtbar zu studieren.

5.5 Wandlungen im „politischen Stil“

Schließlich scheint es sinnvoll, bestimmte Dimensionen des politischen Verhaltens, die man als den spezifischen „politischen Stil“ von Bewegungen und Organisationen bezeichnen könnte, in die politische Kulturforschung einzubeziehen. Wie Bewegungen und Organisationen ihr „Leben“ und ihre Entscheidungsbildung gestalten, welche Ansprüche an Engagement und Loyalität sie durchsetzen, welche Form sie ihren Aktionen geben und was sie damit insgesamt an kollektiver Identität oder „Image“ ausstrahlen, verändert sich gegenwärtig in der BRD deutlich. Darin artikuliert sich u. a. ein kultureller Wandel in Lebensauffassung und Persönlichkeitsansprüchen, in individuellen Kompetenzen und sozialen Bedürfnissen, der für die Zukunft der Arbeiterbewegung bedeutsam ist. Ansprüche und Präferenzen in bezug auf den „politischen Stil“ der verschiedenen kollektiven politischen Subjekte (Initiativen, Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien etc.) beeinflussen Entscheidungen über Stimmabgabe, Organisierung und aktives Engagement. Sie überlagern sich mit sozialstrukturellen und Interessenlinien und bilden ein wesentliches Moment der „kulturellen Barrieren“ zwischen Arbeiterbewegung und „neuen sozialen Bewegungen“.⁵⁵ Zugleich gründen gewandelte Erwartungen an den „politischen Stil“ der Arbeiterbewegung in den Veränderungen der Klasse selber und erfordern von den Organisationen, solche Ansprüche zu berücksichtigen und in ihre gesamte politische Kultur zu integrieren.

53 Klages / Herbert, a. a. O., S. 13.

54 Vgl. O. W. Gabriel, Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.

55 Vgl. K. Maase, Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 37 ff.

Die Krisengeneration – zwischen Massenprotest und konservativer Hegemonie

Klaus Dörre

1. Generationsfolge und Wandel politischer Kultur – der „Weitergabemechanismus“ – 2. Die politische Kultur der Krisengeneration im Spiegel empirischer Jugendstudien – 3. Widersprüche, Subjekte, politische Kultur – 3.1 Globale Widersprüche – 3.2 Ökonomische Stagnation und Krisenerfahrung – 3.3 Lebensweisekonflikte – 4. Hegemoniekonstellationen, politischer Zyklus, Generationsprofil – 5. Neue linke politische Kultur? – 6. Generation – Klasse – politische Kultur

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 zeichnete sich durch beträchtliche *alters- und generationsspezifische Differenzierungen* aus. Die konservativ-liberale Koalition verdankte ihren Wahlsieg vor allem den über 45jährigen; in den mittleren Altersgruppen ergab sich – im Unterschied zum klaren konservativen Übergewicht bei der 83er-Wahl – eine Pattsituation; die jüngeren Jahrgänge votierten mehrheitlich für die Oppositionsparteien.¹ Dem demoskopisch gestützten „Wende-Jugend“-Klischee zum Trotz entschieden sich über 50 Prozent der unter 25jährigen für SPD oder Grüne.² Sie setzten damit den seit der Bundestagswahl 1969 bestehenden Trend von nach links abweichenden Jungwählerergebnissen fort.³ Bemerkenswert ist, daß sich diese „Linksverschiebung“ von Parteipräferenzen und Wahlentscheidungen auch im Alterungsprozeß der Generationen als relativ stabil erwiesen hat und quasi durch die Altersgruppen „nach oben gewachsen“ ist.⁴

Altersschichtung des Wahlverhaltens und im Wahlakt selbst nur partiell sichtbar werdende Veränderungen politischer Einstellungen, Präferenzen und Handlungsmuster legen es nahe, nach der Bedeutung politischer Generationsprofile für Klassenbildungsprozesse und kollektives Handeln zu fragen. Damit ist zugleich eine Problemstellung umrissen, die eine Integration des Konzepts „politische Kultur“ in einen marxistischen Analyserahmen sinnvoll erscheinen läßt. Ziel der Untersuchung von Generationsbildung und -wandel ist das Aufspüren von Vermittlungsgliedern zwischen gesellschaftlicher Klassen-

1 Zum Jungwählerverhalten bei der Bundestagswahl 1987 siehe: Dörre, K.: Jungwähler '87: Keine Mehrheit für die Wende, in: Demokratische Erziehung 3/1987, S. 26 ff.; Bick, W. u. J. Hofmann-Göttig: „Die Wahlurne übt auf junge Frauen nur geringen Reiz aus“, in: FR, 5. 2. 1987, S. 12.

2 „Wie die Arbeitnehmer stimmten“, in: FR, 11. 2. 1987, S. 4; es handelt sich um die Analyse ausgewählter Wahlkreise sowie repräsentativer Umfrageergebnisse kurz vor der Wahl.

3 Dazu u. a.: Hofmann-Göttig, J.: Die jungen Wähler, Frankfurt/M. 1984.

4 Bick / Hofmann-Göttig, a. a. O.

struktur und politischem Handeln der Individuen. Dabei wird ein „weiter“ Politikbegriff zugrundegelegt, der auf das gesamte Spektrum von im Verhalten sozialer Gruppen präsenten Formen bewußter Interessenvertretung bezogen ist.⁵

Die hier im Anschluß an eine knappe Skizze des intergenerativen Weitergabemechanismus politischer Traditionsbestände angestellten Überlegungen beschränken sich auf einen Teilaspekt der komplexen Beziehungen von Generationsfolge und politischer Kultur; sie zielen auf die Generationsgestalt der Jugend der 80er Jahre, das politische Profil der *Krisengeneration*.⁶

1. Generationsfolge und Wandel politischer Kultur – der „Weitergabemechanismus“

Politische Kultur als das in „Gesetzen, Gewohnheiten und im politischen Bewußtsein fixierte Gedächtnis über die Vergangenheit sowohl der Gesellschaft insgesamt als auch ihrer einzelnen Elemente“⁷ bezeichnet vergleichsweise träge, nur schwer modifizierbare, institutionalisierte wie nichtinstitutionalisierte politische Werte, Normen, Orientierungen und Verhaltensstandards. Die dominante Seite der intergenerativen Übermittlung politischer Kultur ist demnach das *Moment der Kontinuität*, also die Konservierung politischer Bewußtseins- und Verhaltensmuster. Diese Kontinuität wird durch ein System „abgeleiteter gesellschaftlicher Verhältnisse“⁸ gesichert, dessen Betätigung es den Individuen ermöglicht, sich zu sozial und politisch handlungsfähigen Persönlichkeiten „auf der Höhe ihrer Zeit“ zu entwickeln. Es handelt sich um ein verzweigtes Netz von Sozialbindungen, Institutionen, Erziehungseinrichtungen, „ideologischen Apparaten“, formellen und informellen Gruppen, sozialen und politischen Organisationen, das die Individuen im Prozeß individueller Vergesellschaftung durchlaufen, wobei sie sich bestimmte Bedürfnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen aneignen, welche ihrerseits Umfang, Form und Richtung der individuellen Teilhabe am politischen Geschehen bedingen.

Die Internalisierung von Elementen politischer Kultur beginnt mit der frühkindlichen Entwicklungsphase und der dann einsetzenden Ausprägung klassen- und schichtspezifischer *Habitusformen*. Der Habitus ist eine sich im Verlauf der Biographie konstituierende Struktur, die über ein zumeist unbewußt

5 Der Analyseansatz unterscheidet sich damit von Konzeptionen, die sich hauptsächlich auf Parteipräferenzen und Wahlentscheidungen konzentrieren. Es geht darum, Veränderungen politischer Kultur innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik zu untersuchen. Eine solche Fragestellung ist mit Galkins normativ-wertendem Stufenmodell politischer Kultur nicht adäquat zu bearbeiten. Vgl.: Galkin, A. A.: Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur, Frankfurt/M. 1986, S. 169 ff.

6 Zur Krisengeneration gehören in etwa die 1985 15- bis 25jährigen. Da Generationen ein historisch-soziales Phänomen sind, ist das Lebensalter jedoch nur ein unzureichender Indikator für die Zugehörigkeit zu einem Generationszusammenhang. Zur Klassifizierung von Generationen in der Bundesrepublik siehe: Jung, H.: Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 63 ff.

7 Galkin: a. a. O., S. 156.

8 Dölling, I.: Individuum und Kultur, Berlin/DDR 1986, S. 29 f. u. S. 31.

wirksam werdendes Kontinuum von Geschmacksurteilen, moralisch-kulturellen Orientierungen, schematisierten Formen des Fühlens, Denkens, Sprechens usw. individuelles Verhalten steuert.⁹ Als nicht nur „strukturierende, die Praxis wie deren Wahrnehmung organisierende“, sondern auch durch die materiellen Lebensbedingungen der Individuen „strukturierte Struktur“,¹⁰ erhält der Habitus eine sozial differenzierte, generationstypische Ausformung. Die Habitusformen sind nicht Bestandteil des politischen Bewußtseins im engeren Sinne; zur „zweiten Natur“ der Individuen geworden, beeinflussen sie aber gemeinsam mit dem Klassenethos über „feststehende“ Gewohnheiten und Lebensregeln Auswahl und Aneignung politischer Erfahrungen, Wertungen und Verhaltensstrategien. Sie stellen eine Art inneres Regulativ dar, das in jeder neuauftretenden Situation externe Zwänge wie selbstverständlich in subjektiv gewollte Handlungen transformiert und so klassenspezifische Formen politisch-kultureller Ausgrenzung und Selbstaussgrenzung reproduziert.¹¹

Die eigentliche Aneignung komplexer politischer Grundhaltungen erfolgt in der „zukunftsoffenen“ Jugendphase. Der Aneignungsprozeß wird durch die Habitusformen vorstrukturiert, ist aber in erster Linie Resultat der bewußten Verarbeitung von über die Vergesellschaftungsinstanzen vermittelten historisch-politischen Ereignissen und Erfahrungen.

Erste „Mosaiksteine“ politischer Grundüberzeugungen, etwa Parteibindungen und -präferenzen, werden z. T. schon im Kindesalter, zwischen dem 9. und 15. Lebensjahr, über „latentes Lernen“ im Familienzusammenhang erworben. In der Regel ist die politische Kommunikation in den Familien jedoch gering entwickelt und ihr unmittelbarer Einfluß auf politisch-ideologische Überzeugungen Jugendlicher begrenzt. Mit wachsendem Alter steigt die Bedeutung außerfamilialer „Vergesellschaftungsinstanzen“; politische Lernprozesse Jugendlicher werden zunehmend durch Bildungseinrichtungen, Gleichaltrigengruppe und Medien gesteuert. Schulen vermitteln ein Minimum an systematisch-politischem Wissen; sie fungieren als Umschlagplätze politisch-kultureller Orientierungen und sind Orte selbsttätiger Interessenwahrnehmung mittels Schülervertretungen, politischen Jugendorganisationen, Zeitungen etc. In späteren Abschnitten der Biographie treten – je nach sozialer Position – Betrieb oder Hochschule an die Stelle dieser „Sozialisationsinstanz“.

Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen fördern die Entstehung von Gleichaltrigengruppen, die politischen Informationsaustausch ermöglichen, kollektive Deutungen politischer Ereignisse vornehmen und einen eigenen Stil des Umgangs mit Politik entwickeln. Bei der Stabilisierung eigenständiger politischer Grundüberzeugungen sind Bindungen an solche zumeist sozial homogenen Gruppen häufig von ausschlaggebender Bedeutung. Der Einfluß von Massenmedien besteht wesentlich in der Präsentation und Selektion von

9 Bourdieu, P.: Die feinen Unterschiede, Frankfurt / M. 1982, S. 277 ff.

10 Ebd., S. 279.

11 Maase, K.: Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit, Frankfurt / M. 1984, S. 244 f.

Informationen und Ereignissen, die dann Gegenstand der politischen Kommunikation werden.

Insgesamt fällt den, sicher noch um Vereine, Freizeiteinrichtungen usw. zu ergänzenden „Sozialisationsagenten“ lediglich eine sozial differenzierende, entwicklungsverstärkende oder -hemmende Funktion zu. Wichtigste Quelle des individuellen politischen Bewußtseins ist das sich während der Jugendphase häufig in raschen, sprunghaften, Wendepunkte in den Biographien markierenden Entwicklungsschüben vollziehende Lernen aufgrund persönlicher Erlebnisse und Erfahrungen.¹² Die im Jugendalter erworbenen politischen Grundorientierungen besitzen eine relative Persistenz; d. h., sie determinieren als akkumulierte Erfahrungen künftiges politisches Verhalten, ohne dessen Inhalt und Richtung a priori festzulegen.¹³ In ihrer zeittypischen Ausformung sind diese elementaren Orientierungen die Basis der Genese *politischer Generationen*.

Der Generationsbegriff reflektiert die konkret-historischen ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Bedingungen, unter denen sich der massenhafte Erwerb individueller Erfahrungen und Kompetenzen vollzieht.¹⁴ Generationen beruhen auf einer „verwandten Lagerung“ der ihnen zurechenbaren Individuen „im sozialen Raume“.¹⁵ Derartige im Geschichtsprozeß gesetzte *Generationslagen* synchronisieren die Biographien ihrer Träger, indem sie die handelnden Subjekte auf der Basis eines historisch vorgefundenen Niveaus materieller Lebensverhältnisse am gleichen „Abschnitt des kollektiven Geschehens“ teilhaben lassen und somit individuelle wie kollektive Erfahrungs- und Handlungsräume begrenzen.¹⁶

Generationszusammenhänge entstehen als Produkt der tätigen Auseinandersetzung nachwachsender Jahrgangskohorten mit von älteren Generationen geschaffenen und hinterlassenen sozialen und politischen Verhältnissen. Politisches Generationsbewußtsein ist verdichtetes Substrat der durch die „Soziali-

12 Zur „politischen Sozialisation“ als Grundlage der Generationsbildung siehe: Fogt, H.: Politische Generationen, Opladen 1982, S. 55 ff.; sowie: Galkin, a. a. O., S. 165 ff.

13 Politisches Lernen dauert prinzipiell lebenslänglich. Die akkumulierten Erfahrungen und die spezifischen Entwicklungsbeschränkungen im Kapitalismus lassen individuelle politische Umorientierungen mit zunehmendem Alter jedoch zu einem schmerzhaften Prozeß werden. Siehe dazu auch: Sève, L.: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 10, Frankfurt / M. 1986, S. 17 ff.; Holzkamp, K.: Jugend ohne Orientierung, in: Forum Kritische Psychologie 6, 1980, S. 196 ff.

14 Nach Marx ist die den biologischen Reproduktionszyklus voraussetzende Generationsfolge als soziales Phänomen die elementarste Bewegungsform der Geschichte: „Die Geschichte ist nichts als die Aufeinanderfolge der einzelnen Generationen, von denen jede die ihr von allen vorhergegangenen übermachten Materiale, Kapitalien, Produktionskräfte exploitiert, daher also einerseits unter ganz veränderten Umständen die überkommene Tätigkeit fortsetzt und andererseits mit einer ganz veränderten Tätigkeit die alten Umstände modifiziert...“ (Marx, K. u. F. Engels: Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 45).

15 Mannheim K.: Das Problem der Generationen, in: ders.: Wissenssoziologie, Neuwied 1964, S. 509 ff., hier S. 526. Mannheims „formalsoziologische“ Analyse ist in vielerlei Hinsicht erhellend. Im Unterschied zu seinem Ansatz wird hier jedoch davon ausgegangen, daß die Klassenanalyse eine allgemeinere, über die Kategorie „politische Generation“ hinausgehende Erklärungskraft besitzt.

16 Ebd., S. 528.

sationsinstanzen“ gefilterten Wahrnehmung von gesellschaftlich-politischen Widersprüchen, Kräfteverhältnissen, Konfliktlinien und Ereignissen, welche den generationstypischen „Zeithorizont“ für die Übermittlung und Modifikation politischer Kultur bilden.

Der Generationsbegriff synthetisiert also subjektive und objektive (politische) Entwicklungsprozesse. Er bildet das Resultat der individuellen Aneignung politischer Orientierungen und Handlungsmuster ab, indem er von der biographischen Einmaligkeit dieser Prozesse abstrahiert und das die Individuen einer Generationsgruppe miteinander Verbindende – von epochalen Erfahrungen geformte Biographiemuster, Werthierarchien und Anspruchshaltungen – in seiner sozialen Differenziertheit beschreibt. Im Hinblick auf die Beziehung von Klassenstruktur, Generationsfolge und politischem Bewußtsein sind einige weitere Konkretionen von Bedeutung:

1. Generationen besitzen keine von der gesellschaftlichen Klassen- und Sozialstruktur gesonderte Existenz; sie tragen zur inneren Differenzierung von Klassen und Klassenfraktionen bei, motivieren gegebenenfalls neue Entwicklungen innerhalb der Klassenzusammenhänge und sozialen Gruppen.¹⁷ „Politisches Generationsbewußtsein“ darf deshalb nicht als in sich homogener, harmonisierender Bewußtseinstyp gedacht werden. Die den Trägern eines Generationszusammenhangs gemeinsamen Erfahrungen werden immer schon durch das Prisma von Schicht- und Klassenzugehörigkeit, Geschlechterverhältnissen, ethnischen und regionalen Besonderheiten, politisch-ideologischen Positionen, Sozialbeziehungen und Organisationsbindungen zerlegt und folglich von den Individuen unterschiedlich verarbeitet und interpretiert. Eine scharf konturierte Generationsgestalt kann daher durchaus mit zugespitzten politisch-ideologischen Polarisierungen innerhalb des Generationszusammenhangs zusammenfallen.¹⁸ Mehr noch: Die individuellen und kollektiven Widerspruchserfahrungen sind der eigentliche „soziale Kitt“ der Generationsbildung, denn das eine Generation prägende Verhältnis von Altem und Neuem setzt sich wesentlich über die an den zeittypischen Konfliktlinien aufbrechenden Gegensätze, Bewegungen und politischen Auseinandersetzungen durch.¹⁹

17 Vester, M.: Solidarisierung als historischer Lernprozeß, in: Krebs, D. (Hrsg.): Die hedonistische Linke, Neuwied, 1971, S. 149. Siehe auch: Cohen, Phil.: Die Jugendfrage überdenken, in: Verborgene im Licht. Neues zur Jugendfrage, Frankfurt / M. 1986, S. 22 ff.

18 Der Gedanke klingt auch bei Mannheim an, wird aber nicht konsequent weitergeführt: „Im Rahmen desselben Generationszusammenhangs können sich also mehrere, polar sich bekämpfende Generationseinheiten bilden. Sie werden gerade dadurch, daß sie aufeinander, wenn auch kämpfend, abgestimmt sind...“ (Mannheim, a. a. O., S. 547).

19 Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu Fogts Konzept der politischen Generation. Während Fogt vermutet, daß das eine Generation Verbindende um so stärker relativiert wird, je schärfer die Unterschiede zwischen den Generationseinheiten ausfallen (a. a. O., S. 100), wird hier das Gemeinsame gerade aus den generationstypischen Widersprüchen erklärt. Eine solche Sichtweise wird indirekt auch durch Fogt nahegelegt, wenn er z. B. gesellschaftlich-politischen Krisen mit ihrer polarisierenden Wirkung generationskonstitutive Kraft zuspricht.

2. Die Klassen und Schichten überlagernde soziale Realität von Generationen entsteht also aus der kollektiven Epochenerfahrung, deren sozial differenzierte Verarbeitung wiederum durch Vergesellschaftungsbedingungen, Habitusformen und Wertorientierungen bestimmt wird, in denen sich ein konkret-historisches Reproduktionsniveau materialisiert hat. Sozioökonomisch-politische *Krisen* und *Strukturbrüche* bezeichnen die wichtigsten Schichten *generationskonstitutiver Ereignisse*. Die mit ihnen verbundenen polarisierenden Erfahrungen zwingen die nachwachsenden Kohorten zur Überprüfung tradierter Orientierungen und motivieren zur Herausbildung neuer politischer Wertmuster und Handlungsdispositionen.²⁰

Damit erklärt sich die unterschiedliche Intensität von Generationszusammenhängen: In geschichtlichen Perioden mit reaktiv konstant bleibenden ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen verschwimmen die Unterschiede zwischen den Generationsgruppen, die Generationszusammenhänge bleiben vergleichsweise locker, und Veränderungen der politischen Kultur vollziehen sich wenig spektakulär und oft kaum wahrnehmbar. Anders dagegen in Phasen des krisenhaften Umbruchs mit zugespitzten Konflikten und rasch wechselnden Kräftekonstellationen. Solche Generationslagen lassen die Unterschiede zwischen den Generationsgruppen hervortreten, führen zu Brüchen im politischen Bewußtsein und schweißen die in sich möglicherweise stark polarisierten Generationszusammenhänge regelrecht zusammen.²¹

3. Generationen sind nicht einfach passiver Reflex äußerer Umstände, sie werden – innerhalb eines gegebenen historischen Rahmens – von handelnden Subjekten erzeugt und geformt. Allerdings haben nicht alle einer Generation zuzurechnenden Individuen gleichermaßen Anteil an der Genese politischer Generationsprofile. Im Prozeß der Generationsbildung fällt den politisch aktivsten Jugendlichen verschiedener *Generationseinheiten* eine Schlüsselrolle zu.²² Sie treiben die Überprüfung tradierter Bewußtseinsinhalte und Verhaltensstrategien voran, passen sie den neuen Gegebenheiten an und entscheiden darüber, welche gesellschaftlichen Widerspruchskomplexe handlungsrelevant werden. Es sind diese Minderheiten, denen die Politisierung der kollektiven Generationserfahrung obliegt.

4. In Generationskonflikten artikuliert sich das Aufeinanderprallen von auf

20 Nach Fogt werden epochale Erfahrungen über einen generationstypischen Lernmodus angeeignet. Bestimmte Schlüsselerlebnisse lösen danach eine Art „Wahrnehmungsschock“ aus und führen dann über intensivierete Informationssuche zu einer Änderung individueller politischer Orientierungsmuster (a. a. O., S. 80 ff.; S. 90). Vgl. dazu auch Galkin, a. a. O., S. 164.

Eine weitere Differenzierung besteht in der unterschiedlichen Intensität politischer Lernprozesse. Galkin unterscheidet drei Formen des Verschmelzens von politischer Kultur und Persönlichkeit: die typologische, die identifikatorische und die solidarische. Für letztere bedarf es eines Systems von Vorstellungen über Interessen und Ziele der eigenen Gruppe (a. a. O., S. 165). Das Engagement in sozialen Bewegungen würde z. B. diesem Typus intensiven politischen Lernens entsprechen.

21 Vgl.: Mannheim, a. a. O., S. 551.

22 Generationseinheiten sind im marxistischen Sinne wohl altersspezifische Segmente von Klassenfraktionen; mit Begriffen wie „Milieu“, „politische Formation“ und „Meinungsführer“ können sie weiter differenziert werden.

verschiedenen gesellschaftlichen Reproduktionsniveaus angeeigneten Habitusformen, Anspruchshaltungen und Lebenserfahrungen. Der Habitus wird zwar durch die soziale Erfahrung modifiziert, als „inkorporierte Struktur“ tendiert er jedoch dazu, auch dann seinen Erzeugungsbedingungen gemäß zu funktionieren, wenn die materiellen Lebensverhältnisse sich längst gewandelt haben.²³ Die hierin angelegten Ungleichzeitigkeiten von objektiven Lebensbedingungen und kognitiven Dispositionen erklären, weshalb gesellschaftliche Ereignisse und Konflikte immer aus einer generationspezifischen Perspektive heraus wahrgenommen und verarbeitet werden.

Verstärkt wird dieser „Hysteresiseffekt“ (Bourdieu) durch Systeme verfestigter Ansprüche und Erwartungen, die in unterschiedlichen historischen Epochen erzeugt wurden, aber in der Gesellschaft, in Klassen und sozialen Gruppen nebeneinander existieren. Was der einen Generation von Lohnarbeitern noch als Resultat mühevoller Bestrebungen und Kämpfe gilt, bezieht der Lohnarbeiternachwuchs bereits wie selbstverständlich in seine Lebensführung ein. Hier liegt eine wesentliche Ursache der alters- und generationspezifischen Differenzierungen und Fragmentierungen von Klassenzusammenhängen.

5. Die während eines generationsformenden Geschichtsabschnitts erworbenen Erfahrungen lagern sich im „kollektiven Gedächtnis“ ab und gehen so in den Vergesellschaftungsprozeß nachfolgender Generationsgruppen ein. Insofern kann davon gesprochen werden, daß jede Generation ihre eigene politische Kultur hervorbringt.

2. Die politische Kultur der Krisengeneration im Spiegel empirischer Jugendstudien

Die während der zurückliegenden Umbruch- und Krisenperiode aufgewachsenen Jugendlichen haben eine *eigenständige Generationsgestalt* ausgebildet, in deren Zentrum – so jedenfalls der Tenor des umfangreichen empirischen Materials – ein zeittypisch polarisierter demokratisch-partizipatorischer Bewußtseinsschub steht: Im Vergleich zu den 50er Jahren hat das allgemeine politische Interesse Jugendlicher, insbesondere junger Frauen, erkennbar zugenommen. Politik wird kaum noch als pflichtgemäße Privatsache verstanden; statt dessen gründet sich Interesse auf den Wunsch, mitreden und mitentscheiden zu können.²⁴ Der Wahlakt gilt nicht mehr als einzig legitimer Weg politischer Einflußnahme; Unterschriftenlisten, Demonstrationen und Ausübung gewerkschaftlicher Rechte sind zu mehrheitlich akzeptierten Formen politischer Interessenvertretung geworden. Blockaden, Besetzungen und spontane Streiks werden zumindest von relevanten Minderheiten für sinnvoll gehalten.²⁵

23 Bourdieu, P.: *Questions de Sociologie*, Paris 1980, S. 151, zit. n.: Steinrück, M.: *Generationen im Betrieb*, Frankfurt/M. 1986, S. 50.

24 Zinnecker, J.: *Politik, Parteien, Nationalsozialismus*, in: *Jugendliche u. Erwachsene '85*, hrsg. v. Jugendwerk d. dt. Shell, Opladen 1985, Bd. 3, S. 321 ff, hier: S. 366 ff.

25 SINUS: *Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel*, Opladen 1983, S. 54 f.

Der Schwerpunkt des Engagements Jugendlicher hat sich von den politischen Jugendorganisationen in lockere Zusammenschlüsse, Initiativen und Selbsthilfegruppen verlagert.²⁶ Autoritär-konservative Einstellungen – etwa die Befürwortung eines Einparteiensystems mit einem „starken Mann an der Spitze“²⁷ – stoßen im Unterschied zur Nachkriegsgeneration bei Jugendlichen nur noch auf geringe Zustimmung.²⁸ Ein, wenngleich diffuser, Antifaschismus ist zum Massenbewußtsein geworden.²⁹ Die Zustimmung zu parlamentarischer Demokratie und ihren Institutionen wird in der jungen Generation stärker denn je von den Möglichkeiten zur direkten Beeinflussung und von der Transparenz politischer Entscheidungen abhängig gemacht.

Was in empirischen Generationsvergleichen häufig als linearer Übergang von postfaschistischen zu partizipatorisch-demokratischen Bewußtseinsformen erscheint, entpuppt sich freilich in der Realität als widersprüchlicher, keineswegs automatisch zugunsten der politischen Linken wirkender Prozeß. Trotz eindeutiger Ablehnung des historischen Nationalsozialismus und des organisierten Neonazismus haben sich mit Ausländerfeindlichkeit und nationalistischen Einstellungen neue „Einfallstore“ für extrem rechte Politikvarianten etabliert.³⁰ Aber auch demokratische Wertorientierungen können, sofern sie an grundsätzliche Zustimmung zum bestehenden Herrschaftssystem gebunden bleiben, in neokonservative Politikkonzepte überführt werden.³¹ Für sich genommen ist der partizipatorisch-demokratische Bewußtseinsschub daher kein hinreichender Indikator für Protest- und Widerstandspotentiale; er ist primär Reflex der „Bildungsexpansion“ – einer mit der Höhe des formalen Bildungsniveaus wachsenden Neigung, politisch zu werten und zu diskutieren, eine „eigene“ politische Meinung zu haben und zu artikulieren.³²

Allerdings ist die das Bewußtsein der Krisengeneration prägende inhaltliche Ausrichtung demokratischer Wertorientierungen maßgeblich durch den Ende der 70er Jahre einsetzenden Zyklus außerparlamentarischer Massenbewegungen beeinflußt worden. Hohe Sympathiewerte für Umwelt-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittliches Vertrauen zu den das politische System tragenden Institutionen und die zwischen 1979 und 1983 sprunghaft angestiegene Demonstra-

26 Ebd.

27 Noch 1952 ermittelte eine vom amerikanischen Oberkommissariat durchgeführte Umfrage die Vorliebe von 56% der befragten Jugendlichen für „eine einzige starke und nationale Partei“. Vgl.: Schelsky, H.: Die skeptische Generation, Frankfurt / M. 1984 (Neuaufgabe), S. 341.

28 Zinnecker, a. a. O., S. 397 ff.

29 Ebd.; sowie: Allerbeck, K. u. W. Hoag: Jugend ohne Zukunft?, München 1985, S. 135.

30 Allerbeck / Hoag, a. a. O., S. 138 ff.; siehe auch die hohen Zustimmungsqoten zu nationalistischen „Wandsprüchen“, in: Jugend '81, hrsg. v. Jugendwerk d. dt. Shell, Hamburg 1981, Bd. 1, S. 509.

31 Bestes Beispiel sind die USA, wo politische Partizipationsbedürfnisse der Mittelschichten nahtlos in „Ein-Punkt-Kampagnen“ des konservativen Lagers umgeleitet wurden. Vgl. dazu Davis, M.: Phoenix im Sturzflug, Berlin / West, 1986, S. 43 f.

32 Bourdieu 1982, a. a. O., S. 632 ff.

tionsbeteiligung Jugendlicher³³ verweisen auf die Verknüpfung von politischen Partizipationsbedürfnissen und oppositionellem politischem Engagement.

Folgt man den Befunden der Shell-Studien von 1981 und 1985, so hat sich das politische Bewußtsein der Krisengeneration entlang einer „quer“ zu den sozialen Klassengrenzen verlaufenden Konfliktachse polarisiert. Träger und Anhänger der neuen Protestbewegungen – zumeist Jugendliche mit hohem Bildungsstatus, Neigung zu Selbstentfaltungswerten und unkonventionellen Lebensentwürfen, pessimistischer Zukunftssicht und Affinitäten zu den Grünen – gelten als dominante, das „Meinungsklima“ innerhalb des Generationszusammenhangs bestimmende Gruppe. Ihnen werden die eher zukunftsoptimistischen, an unpolitischen Fan- und Modestilen orientierten, in den unteren Bildungsgruppen und dem Arbeitermilieu überdurchschnittlich repräsentierten „konservativen“ Jugendlichen gegenübergestellt.³⁴

Problematisch an dieser Interpretation ist, daß sie aus einer verengten Optik heraus erfolgt. Die Produktionssphäre und die durch sieresignativer „Konformismus“ Lohnarbeiterjugendlicher erscheint.

Der knappe Rekurs auf empirische Jugendstudien vermag Hinweise auf die politische Kultur der Krisengeneration zu liefern; die z. T. gravierenden Unterschiede und Diskontinuitäten zwischen den Jugendgenerationen der zurückliegenden zwei Jahrzehnte sind damit aber weder umfassend dargestellt noch hinreichend erklärt. Im weiteren soll darum versucht werden, den zeittypischen Erfahrungshorizont der Jugendlichen und damit die Triebkräfte des Wandels politischer Kultur genauer zu erfassen.

3. Widersprüche, Subjekte, politische Kultur

Generationskonstitutive Ereignisse und Erfahrungen waren im für die politische Formierung der Krisengeneration entscheidenden Geschichtsabschnitt eng mit dem Auftreten neuer gesellschaftlicher Widerspruchskomplexe³⁵ und Konfliktfelder verbunden. Zu nennen sind: *Globale Widersprüche* mit ihren menscheitsbedrohenden Gefahrenpotentialen, verschärfte *Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Verteilungskämpfe* sowie aus der kapitalistischen Vergesellschaftung der Individuen resultierende *Lebensweisekonflikte*.

Historisch neu ist nicht nur die Interdependenz, das wechselseitige Aufeinanderwirken der verschiedenen Konfliktlinien, sondern auch der die subjektive Verarbeitung von Widerspruchserfahrungen regulierende Typ kapitalisti-

33 Zur Verdeutlichung der Dimensionen: Nach dem Höhepunkt der Raketenauseinandersetzung 1983 gaben 20% der 14- bis 21-jährigen an, bereits an einer Demonstration teilgenommen zu haben (1979 8%), weitere 46% erklärten, sie könnten sich eine Teilnahme in näherer Zukunft vorstellen. Veen, H.J.: Lebensperspektiven, Arbeitsorientierungen und politische Kultur Jugendlicher, in: v. Voss, R. u. K.F. Friedrich: Die Jungwähler, Bonn 1986, S. 35 ff.

34 Jugend '81, a. a. O., S. 501.

35 Zum Widerspruchsbegriff siehe: Klein, D.: Ökonomische Widersprüche im Kapitalismus, Frankfurt/M. 1976. Im Kontext des Konzepts „politische Kultur“ interessiert wesentlich die subjektive Seite von gesellschaftlichen Widersprüchen.

scher Vergesellschaftung von Jugend. Kernstruktur dieses Vergesellschaftungsmodus,³⁶ der sich in den Jahren der Nachkriegsprosperität herausgebildet und seither seine Konturen weiter ausgeprägt hat, ist ein expandierender Bildungs- und Ausbildungssektor und darauf basierend eine sozial verallgemeinerte, verschulte, häufig bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein verlängerte Jugendphase. In Verbindung mit Umbrüchen in der Lebensweise schwächt die „verschulte“ Jugendphase den Einfluß schichtspezifischer Sozialmilieus, betrieblicher Normen und gewerkschaftlicher Organisationsnetze auf die „zweite Geburt der Persönlichkeit“ (A. N. Leontjew) und verlagert die Genese individuellen politischen Bewußtseins in einen vornehmlich durch Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Medien, Gleichaltrigengruppen, Vereine etc. strukturierten Erfahrungsraum.³⁷

3.1 Globale Widersprüche

In der Formierungsphase der Krisengeneration fiel die verlängerte biographische Freisetzung von Lohnarbeit mit der durch die wachsende Brisanz globaler Widersprüche verursachten Politisierung der gesellschaftlichen Reproduktionssphäre zusammen. Die Bewußtwerdung globaler Gefährdungslagen ließ eine eigentümliche politische Dynamik entstehen, machte den alltäglichen Lebensprozeß der Individuen, die stoffliche Seite des Produzierens und Konsumierens, zum politischen Konfliktfeld. „Risikobewußtsein“, wie U. Beck die gedankliche Vorwegnahme möglicherweise irreversibler gesellschaftlicher Fehlentwicklungen nennt,³⁸ wurde zur subjektiven Triebkraft sozialer Massenbewegungen.

Oggleich häufig in der Verdinglichung von Bedrohungsursachen befangen bleibend, entspricht das in der Krisengeneration vermasste „politische Katastrophenbewußtsein“ nicht einfach vorindustriellen, romantisch-idealistischen Protesthaltungen,³⁹ es ist im Kern rationale Artikulation elementarer Gattungsinteressen. Da kaum durch sinnliche Erfahrungen gestützt, bedarf diese Bewußtseinsform beständiger argumentativer Erneuerung durch „Gegenwissenschaft“ und soziale Bewegungen, ansonsten droht die Allgegenwart der in jede Faser der individuellen Reproduktion hineinreichenden Gefährdungen in Ohnmacht und Fatalismus umzuschlagen. Schon weil ein Leben im permanenten Ausnahmezustand unmöglich ist, werden Verdrängungsmechanismen in Gang gesetzt. Drohende Katastrophen sind zu ignorieren, solange sie nicht stattfinden oder ihre Folgen unsichtbar bleiben. Die politische Entschärfung von „Risikobewußtsein“, seine Begrenzung auf sich in der Wahl des „richtigen“, umweltbewußten Lebensstils erschöpfende Vorbeugehaltun-

36 Ausführlicher dazu: Dörre, K.: Die neuen Unberechenbaren, in: Demokratische Erziehung 1/1987, S. 5 ff. Um die innere Widersprüchlichkeit dieses Vergesellschaftungstyps zu betonen, habe ich – anknüpfend an U. Beck und K. Maase – vorgeschlagen, von „individualisierter Vergesellschaftung“ zu sprechen.

37 Ebd.

38 Beck, U.: Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986.

39 So z. B.: Bürklin, W. P.: Grüne Politik, Opladen 1984, S. 10 f.

gen oder auch der Zukunftsängste bewußt konterkarierende Yuppie-Stil finden so eine sozialpsychologische Basis.

3.2 Ökonomische Stagnation und Krisenerfahrung

Die Reaktualisierung „gewöhnlicher“ kapitalistischer Krisenphänomene läßt an „inkorporierte Bildungskapitale“ (Bourdieu) geknüpfte Ansprüche und Erwartungen Jugendlicher mit einer drastischen Einschränkung von Berufs- und Lebensperspektiven kollidieren. Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und ihren sozialen Folgen gehen bei den Jugendlichen in ein Arbeitsbewußtsein ein, das sich gerade durch die hohe Wertschätzung qualitativer Anspruchsdimensionen von den Wertorientierungen früherer Lohnarbeitergenerationen unterscheidet.⁴⁰ Die Auswirkungen auf die politische Kultur sind zwiespältig: Innere Fragmentierung und Segmentierung des Lohnarbeiter-nachwuchses sowie mangelnde Präsenz aktiv-solidarischer Formen von Krisenbewältigung im „kollektiven Gedächtnis“ der Arbeiterklasse⁴¹ haben bewirkt, daß die im Klassenhandeln enthaltenen individuellen Optionen⁴² zur „Normalform“ der Verarbeitung von Krisenerfahrungen geworden sind. Ein Großteil der Jugendlichen hat sich gezwungenermaßen mit der Krise arrangiert; Phasen der Arbeitslosigkeit, befristete und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Aufgabe von Berufswünschen usw. werden eingeplant und individuell verarbeitet. Da relevanten Gruppen der jungen Generation noch immer relativ krisensichere Beschäftigungssegmente offenstehen, lassen sich materielle wie qualitative Arbeitsansprüche in konservative Leistungsideologie einbinden und in individualistische Aufstiegs- und Konsumorientierungen überführen. Die – allerdings wachsende – Minderheit der von dauerhafter Marginalisierung bedrohten, in die neuentstehenden urbanen Ghettos abgedrängten Jugendlichen konnte bislang – vom militanten Protest autonomer Gruppen abgesehen – politisch weitgehend „ruhiggestellt“ werden.⁴³

Latente Unzufriedenheit ist vor allem in den Protestbewegungen von Schülern und Studenten, aber auch in betrieblichen Übernahmekämpfen aktiviert worden.⁴⁴ Eher unterschwellig hat sie sich (z. B.) im Wahlverhalten Jugendlicher niedergeschlagen. Von den bis 21jährigen Arbeitslosen bekundeten immerhin ca. 40% ihre Bereitschaft, grün zu wählen – und das ohne genauere Kenntnis der programmatischen Positionen dieser Partei.⁴⁵

40 Siehe dazu: Baethge, M. u. a.: Arbeit und Gewerkschaften, Göttingen 1985, S. 30 ff.

41 Zoll, R. (Hrsg.): „Die Arbeitslosen könnt' ich alle erschießen“, Köln 1984.

42 Zur Typologie des Klassenhandelns siehe: Therborn, G.: Auf der Suche nach dem Handeln. Geschichte und Verteidigung der Klassenanalyse, in: PROKLA 66, 1987, S. 128 ff., bes.: 149 ff.

43 Zur subjektiven Verarbeitung von Arbeitslosigkeit und Krisenerfahrungen siehe: Alheit, P. u. C. Glaß: Beschädigtes Leben, Frankfurt/M. 1986.

44 Zur jüngsten Protestwelle von Schülern und Studenten siehe die Beiträge in: Marxistische Blätter 7/1987.

45 Angaben nach: Brand, K.W. u. H. Honolka: Ökologische Betroffenheit, Lebenswelt und Wahlentscheidung, Opladen 1987, S. 46.

3.3 Lebensweisekonflikte

Lebensweisekonflikte entfalten sich in erster Linie im sozialen Nahbereich der Individuen; sie betreffen u. a. die Geschlechterverhältnisse, Möglichkeiten und Grenzen individueller Lebensplanung, das Verhältnis von Arbeit und Freizeit und die Gestaltung von Familien-, Partnerschafts- und Sozialbeziehungen. Ihre Quelle ist die im kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß angelegte potentielle Erweiterung von Individuationschancen bei sukzessiver Unterwerfung der Individuen unter die fremdbestimmte Entwicklungslogik des Kapitals.

Produktivkraftentwicklung und Veränderung der Reproduktionsverhältnisse haben, vermittelt über die Erhöhung der Durchschnittseinkommen, sozialstaatliche Sicherung, Arbeitszeitverkürzung und Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus, zu einer kulturellen Evolution der Lebensformen geführt.⁴⁶ Die damit einhergehende allmähliche Erosion von tradierten Wohnmilieus, Lebensstilen und Wertsystemen schafft Raum für neue kulturelle Praxen und Wertvorstellungen Jugendlicher, bedeutet aber auch den Verlust allgemein akzeptierter Handlungsorientierungen und hat Züge einer akuten „Wertekrise“ angenommen. Ansätze einer auf Selbstentfaltungswerten, partnerschaftlichen Formen des Zusammenlebens und Partizipationsansprüchen basierenden „Ethik der Pflichten gegenüber sich selbst“ (Beck) mischen sich in der Krisengeneration mit der Remobilisierung von traditionellen, trügerische Verbindlichkeit verheißenden, konservativen Tugenden und Pflichtwerten.

4. Hegemoniekonstellationen, politischer Zyklus, Generationsprofil

Eine zweite generationskonstitutive Erlebnisschicht umfaßt der durch den Vormarsch bürgerlich-konservativer Formationen signalisierte *politische Strukturbruch*. Die ökonomischen Krisenprozesse leiteten eine Periode der Schwächung von Arbeiterbewegung und Reformkräften ein.⁴⁷ In der Bundesrepublik lösten das Scheitern der etatistisch-reformistischen Politikvariante und der Regierungswechsel bei vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen politische Schlüsselerlebnisse aus. Interessenkämpfe in Betrieben, an Schulen und Hochschulen wurden zunehmend aus einer defensiven Position geführt, sollten „das Schlimmste“ verhindern. Selbst große Massenbewegungen konnten kaum noch politische Zugeständnisse erreichen. Bei vielen Linken der APO- und Reformgeneration war dies mit einschneidenden Desillusionierungs- und Frustrationserlebnissen verbunden. Teile der linken Intelligenz erklärten ihren „Abschied vom Proletariat“; die Anfang der 70er Jahre ansatzweise gelungene Thematisierung von Marxismus und Arbeiterbewegung in den Bildungsinstitutionen ging stark zurück.

46 Vgl.: Maase, Lebensweise, a. a. O.

47 Deppe, F.: Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945 bis 1985. Von der Bewegung zur Stagnation, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8, Frankfurt/M. 1985, S. 58 ff.

Mit den äußeren Rahmenbedingungen wandelten sich die subjektiven Antriebskräfte des oppositionellen politischen Handelns Jugendlicher. Anstelle von Aufbruchstimmung und Reformeuphorie der späten 60er und frühen 70er Jahre traten existentielle Ängste, das Gefühl, „mit dem Rücken zur Wand zu stehen“. Sozialistisches „Überschußbewußtsein“ und dezidiert antikapitalistische Begründungen politischer Strategien, wie sie die aktiven Gruppen der APO- und der Reformgeneration teilweise ausgezeichnet hatten, spielten als handlungsleitende Motive nur eine untergeordnete Rolle.⁴⁸

Zugleich wurden betont optimistische, systemkonforme Haltungen bei einem Teil der Jugendlichen auf neue Weise hoffähig. Obwohl dieser Trend bisher nicht in einen großen Aufschwung des organisierten Konservatismus mündete – die CDU-Nachwuchsorganisationen sind profillos und wenig ausstrahlungskräftig⁴⁹ –, erweiterte er doch die politische Basis des Rechtsblocks innerhalb der jungen Generation.⁵⁰

Die krisenhafte Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und der Hegemonieverlust des sozialdemokratisch geführten Regierungsblocks leiteten einen neuen Kampfzyklus ein, der zunächst primär von den neuen sozialen Bewegungen getragen wurde. Nicht nur aufgrund der Brisanz ihrer Themen, sondern auch wegen ihrer moralisch-politischen Radikalität, ihren Symbolen und Aktionsformen gelang es diesen Bewegungen, heterogene Unzufriedenheitspotentiale politisch zu bündeln, ihnen in Forderungen und politischen Mobilisierungen einen adäquaten Ausdruck zu verleihen.

Der außerparlamentarische Massenprotest eröffnete klassenautonomen Kräften innerhalb der Gewerkschaften Ansatzpunkte für eine kämpferische Interessenpolitik.⁵¹ Teile der Gewerkschaftsbewegung begannen sich unter dem Eindruck neuer Kapitalstrategien aus korporatistischer Konfliktregulierung zu lösen. Nach dem Höhepunkt der Raketenauseinandersetzung 1983 bestimmten sie mit Arbeitszeitverkürzung und dem Kampf gegen den § 116 die wichtigsten politischen Konfliktfelder und Mobilisierungsschwerpunkte. Aktiviert wurden in diesen Kämpfen vor allem Auszubildende und jüngere Lohnarbeiter in den gewerkschaftlich hochorganisierten Großbetrieben der Metall- und Druckindustrie; auf die Gesamtheit der Krisengeneration bezogen blieb ihr Einfluß begrenzt. Anders als die spontane Streikbewegung der 60er bewirkten die ungleich größeren und zugespitzteren Klassenkämpfe der 80er Jahre aufgrund der politisch-gesellschaftlichen Gesamtkonstellation und der Defensivposition der Arbeiterbewegung auch bei den politisch agilsten Jugendlichen keine Initialzündung.

48 Siehe dazu Beiträge in: Preuss-Lausitz, U. u. a.: *Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder*, Weinheim 1983.

49 Grafe, P.J.: *Schwarze Visionen*, Hamburg 1986, S. 33 ff.

50 Zur organisierten politischen Rechten: Farin, K. u. L. A. Müller: *Die Wende-Jugend*, Hamburg 1984.

51 Pickshaus, K.: *Die Gewerkschaften und der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche*, in: IMSF (Hrsg.): *Zur Zukunft der Gewerkschaften*, Frankfurt / M. 1985, S. 25.

5. Neue linke politische Kultur?

Das politische Profil der Krisengeneration stützt die u. a. von Jerusalemiskij vertretene These, wonach sich in der Bundesrepublik – unter wachsendem, z. T. dominantem Einfluß der Intelligenz – eine „neue linke politische Kultur“ herauszukristallisieren beginnt. Allerdings ist Jerusalemiskijs weite Fassung des „Neuen“ – er addiert quasi die gesamte gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung samt ihrer Wählerschaft sowie ein Großteil der Überlebens- und Alternativbewegung – problematisch.⁵² Zwar gibt es bei Themen, Konfliktfeldern, Wertorientierungen und Interessenlagen viele Überschneidungen von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen; es darf aber nicht übersehen werden, daß der politisch-kulturelle Wandel wesentlich durch oppositionelle Zentren außerhalb der Arbeiterbewegung vorangetrieben worden ist und zu brisanten Differenzierungsprozessen innerhalb des Klassenzusammenhangs und der Klassenorganisationen geführt hat. Um nicht den Blick für bereits manifeste oder noch zu erwartende Brüche innerhalb des linken politischen Lagers zu verstellen, scheint es angebracht, die Elemente der neuen oppositionellen Kultur genauer zu bestimmen.

Krisenerfahrungen, politisches „Katastrophenbewußtsein“, Selbstentwertungswerte, Partizipationsansprüche und radikal-demokratische Einstellungen sind bei einem Teil der Jugendlichen zu einer stabilen *links-alternativen Wertorientierung* verschmolzen. Nicht ein sich verallgemeinernder „Postmaterialismus“, sondern gerade das generationstypische Zusammenfallen der Blockierung von Berufs- und Lebensperspektiven mit neuen Widerspruchserfahrungen und Anspruchssystemen hat ein sich vorwiegend aus Abiturienten, Studenten, jungen Akademikern und Kopfarbeitern zusammensetzendes Generationssegment zum wichtigsten sozialen Träger dieser systemkritischen Bewußtseinsform werden lassen. Die Formen der Aneignung und Ausprägung links-alternativer Wertorientierungen weisen viele Züge einer labilen Umbruchsituation auf. Deutlich wird dies an einem verbreiteten „individualisierten Politikverständnis“: dem Mißtrauen gegenüber umfassenden ideologischen Systemen und komplex-hierarchischen Organisationsstrukturen sowie der Betonung von Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung beim politischen Handeln. In einer historischen Periode, die umfassenden Gesellschaftsentwürfen und Utopien scheinbar ihre Tragfähigkeit genommen hat, soll der radikale Bezug auf die eigene Person, ihre Möglichkeiten und Grenzen, Gewißheit darüber verschaffen, für welche Ziele es sich zu engagieren lohnt.⁵³

52 Jerusalemiskij, W. P.: Neue linke politische Kultur als Kampffeld für die Hegemonie der Arbeiterklasse, in: IMSF (Hrsg.): Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa, Frankfurt/M. 1985, S. 254 ff.

53 In dieser Haltung offenbart sich ganz offensichtlich auch das Bewußtsein einer politischen Minderheitenposition – ein Aspekt, der durch die z. T. gewollte, z. T. erzwungene Abgrenzung gegenüber der Arbeiterbewegung noch zusätzlich Gewicht erhält. Von daher scheint es voreilig, die Politikform der neuen sozialen Bewegungen bereits als „den“ Widerstandstyp eines „postfordistischen Kapitalismus“ zu deuten. Vorsichtige Überlegungen in diese Richtung finden sich bei: Hirsch, J. u. Roth, R.: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986, S. 193 ff.

Das innere Gerüst der neuen oppositionellen Kultur wird von dem im Umfeld der Protestbewegungen entstandenen Geflecht loser Aktionsbündnisse, Initiativen, Ein-Punkt-Koalitionen und gegenkulturellen Zentren gebildet. Diese *Bewegungsmilieus*,⁵⁴ welche vornehmlich von gemeinsamen Grundüberzeugungen und nicht so sehr durch sozialräumlich bestimmbare Wohn- und Lebenszusammenhänge zusammengehalten werden, wirken als Katalysatoren links-alternativer Wertorientierungen. Mit dem Einzug der Grünen in die Parlamente erhielt die neu formierte oppositionelle Kultur auch auf der Ebene des politisch-parlamentarischen Systems eine Entsprechung. Die Ausstrahlungskraft links-alternativer Wertmuster geht aber weit über die grüne Wählerschaft⁵⁵ hinaus; sie reicht bis in aktive Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinein⁵⁶ und äußert sich auf spezifische Weise auch bei den verschiedenen „bunten“ und autonomen Gruppierungen.

Generationstypisch ist also sowohl die Ausbreitung als auch die politische Ausdifferenzierung links-alternativer Bewußtseinsformen. Die vorwiegend aus Mittelschichten und Intelligenz stammenden Aktivgruppen der neuen sozialen Bewegungen verkörpern gewissermaßen die „inhärierende Tendenz“ ihrer Generationslage (Mannheim); sie haben einem „Epochengefühl“ Ausdruck verliehen und sind so auch zu „Meinungsführern“ von nicht in links-alternativen Milieus eingebundenen Jugendlichen geworden. Für den eher konservativ orientierten Teil der Krisengeneration stellen sie den Antipoden dar, gegenüber dem politisch-ideologische Abgrenzungen vollzogen werden.

6. Generation – Klasse – politische Kultur

Klassen- und schichtspezifische Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen gleicher Generationserfahrungen sind bislang kaum systematisch untersucht worden. Studien aus dem Umfeld des CCCS (Centre for Contemporary Cultural Studies) Birmingham⁵⁷ machten den Versuch, die Vermittlung von Lebensalter und Klasse über das „Lesen“ subkultureller Stile zu erschließen. Dabei gelang zwar die Zerstörung der Fiktion einer homogenen, klassen- und schichtübergreifenden Jugendkultur, doch beschränkten sich die Analysen zumeist auf expressive Stilbildungen von Minderheiten des Arbeiterklasse-Nachwuchses.⁵⁸ Generationswandel und Modifikationen politischer Kultur sind für Klassenbildungsprozesse aber in einem umfassenderen Sinne rele-

54 Vgl.: Maase, K.: Betriebe ohne Hinterland?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, S. 256 ff. Zum Begriff „Bewegungsmilieu“ siehe auch: Hirsch/Roth, a. a. O.

55 Für den engen Zusammenhang von Bewegungsmilieus und grüner Parteipräferenz spricht z. B., daß 1982 zwischen 60 und 70% der Grünwähler in BIs, Umwelt- oder Anti-AKW-Gruppen aktiv waren (Brand, a. a. O., S. 47).

56 Siehe dazu: Milke, G.: Die Arbeitermasse als SPD-Basis ist Nostalgie, in: FR, 24.3. 1987

57 Einen guten Überblick bietet: Clarke, J. u. a.: Jugendkultur als Widerstand, Frankfurt/M. 1979.

58 Vgl.: Murdock, G. u. R. McCron: Klassenbewußtsein und Generationsbewußtsein, in: Ebd., S. 15 ff.

vant als es der CCCS-Ansatz reflektiert. Dazu abschließend einige – aufgrund der Forschungslage notwendig vorläufige – Überlegungen.

1. Die Radikalisierung der Generationsproblematik durch verlängerte Jugendphase und kapitalistische Umbruchkrise bedingt eine altersgruppenspezifische Differenzierung innerhalb der Lohnarbeiterschaft. Bis in den gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterklasse hinein ist die Zugehörigkeit zu politischen Generationen ein Filter für die Wahrnehmung und Verarbeitung politisch-gewerkschaftlicher Konflikte. So ist z. B. das Lebensalter noch vor dem Bildungsgrad die aussagekräftigste soziodemographische Variable für das Verhältnis von Gewerkschaftsmitgliedern zur Friedensbewegung.⁵⁹ Anders ausgedrückt: Die den Formierungszeitraum einer Generationsgruppe bestimmenden Konfliktfelder und -themen gehen in die kollektive Erfahrung des Lohnarbeiternachwuchses ein und bedingen eine zeittypische Ausformung politischer Wertorientierungen und Handlungsmotive.

2. In welchem Maß generationskonstitutive Widerspruchserfahrungen in verallgemeinertes Klassenhandeln umgesetzt werden, hängt entscheidend von der gewerkschaftlichen Organisierung und Aktivierung des Lohnarbeiternachwuchses ab. M. Steinrücke hat anhand betrieblicher Fallstudien gezeigt, wie generationsspezifische Konfliktverarbeitungsmuster in den Prozeß der Klassenbildung eingehen.⁶⁰ Als Merkmale der unter den jüngsten befragten Druckarbeitern verbreiteten Einstellungen und Wertmuster nennt sie u. a. die zum „Interessenbrennpunkt“ gewordenen kommunikativen Aspekte des Arbeitsverhältnisses, quasi intellektuelle Praktiken des Sich-Informierens, Diskutierens und Aufklärens, universalistische Haltung zu betrieblichen und überbetrieblichen Konflikten, die Wertung eines Streikergebnisses als politischen und „Kommunikationserfolg“ sowie grundsätzliche Kritik an der Gewerkschaftsorganisation bei zu langem Zögern mit Kampfmaßnahmen.⁶¹ Die Studie belegt, daß häufig als „Antiinstitutionalismus“ und „Abwendung von anonymen Großorganisationen“ gedeutete partizipatorisch-demokratische Bewußtseinsformen durchaus Grundlage einer „kollektiven und egalitären Konfliktbereitschaft“ sein können, „die sich auch in einer vollen Unterstützung zumal kommunikativer und kämpferischer gewerkschaftlicher Aktivitäten niederschlägt.“⁶²

Dieser empirische Befund trifft natürlich nur auf Minderheiten des gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeiternachwuchses zu. Zwar sind gewerkschaftliche Wertorientierungen in der Krisengeneration verbreitet⁶³, aktivieren lassen sie sich in der Regel aber erst dann, wenn Jugendliche die Nützlichkeit

59 Armingeon, K. u. R. Schmitt: Wie „friedensbewegt“ sind die Gewerkschafter?, in: Politische Vierteljahresschrift 4 / 1986, S. 423 ff.

60 Steinrücke, a. a. O. Die Generationeneinteilung der Autorin entspricht nicht der diesem Aufsatz zugrunde liegenden Klassifizierung. Dennoch treffen die empirischen Befunde auch auf Teile des zur Krisengeneration gehörenden Lohnarbeiternachwuchses zu.

61 Ebd., S. 267 ff.

62 Ebd., S. 271.

63 INFAS: Jugendliche und Gewerkschaften: Zwischen „Programmatischem Konsens“ und „Institutioneller Kritik“, Bonn, o. J.

gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretung selbst erleben.⁶⁴ Wo dies nicht gewährleistet ist, entfalten sich spontane gewerkschaftliche Orientierungen – das Bewußtsein eines strukturellen Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die hohe Akzeptanz von Streiks, Betriebsbesetzungen und Blockaden und die große Bereitschaft, von Lohnarbeiterinteressen ausgehend an betrieblichen Entscheidungen mitzuarbeiten – außerhalb der Gewerkschaftsorganisation; sie bleiben weitgehend „passives“ Bewußtsein.⁶⁵

3. Neben dem Typus des jungen Facharbeiters mit langem Aufenthalt in den Bildungsinstitutionen, entwickelten Partizipationsansprüchen und „intellektuellem“ Politikverständnis, finden sich nach wie vor Gruppen von Lohnarbeiterjugendlichen, deren politische Orientierungen durch intakte ländlich-konfessionelle oder traditionelle Industriearbeiter-Milieus bestimmt werden. Die intergenerativen Wandlungen politischer Kultur vollziehen sich in den einzelnen Klassenfraktionen in unterschiedlicher Intensität. Dies verstärkt die soziokulturelle und politische Differenzierung des Lohnarbeiternachwuchses. Oftmals sind es primär gewerkschaftliche Aktivgruppen, die eine sich in Betrieben und Lehrwerkstätten spontan reproduzierende Tendenz zur Beschränkung auf ein enges Verständnis von gewerkschaftlicher Interessenvertretung durchbrechen und überbetrieblich-politische Konfliktfelder thematisieren.

Herausforderung für die organisierte Arbeiterbewegung

Die sich auf vermehrte Bildungsbeteiligung gründenden Formen individualisierter Vergesellschaftung von Jugend und die Vielfältigkeit gesellschaftlicher Konfliktfelder verlangen von den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiter(jugend)organisationen die Fähigkeit zu raschen, flexiblen Neueinstellungsprozessen. Dies betrifft nicht allein die Ebenen von Programmatik und politischer Strategie. Viel wird davon abhängen, ob es künftig gelingt, die Seismographenfunktion von Jugend- und Studentenbewegungen und den damit einhergehenden politisch-kulturellen Veränderungen richtig zu deuten. Eine wesentliche Voraussetzung für die stärkere Aktivierung Jugendlicher in Gewerkschaften und sozialistischen Verbänden ist, daß Ansprüchen an selbstbestimmtes politisches Engagement sowie demokratische und durchschaubare Entscheidungs- und Organisationsstrukturen adäquat Rechnung getragen wird. Geschieht dies nicht, so kann der Generationswandel in eine altersspezifische, aber auch politische Fragmentierung der Lohnarbeiterschaft umschlagen, die sich äußerst negativ auf die politische Ausstrahlung und Mobilisierungsfähigkeit der organisierten Arbeiterbewegung auswirken dürfte.

64 Baethge u. a., a. a. O., S. 53 ff.

65 Arbeiterjugendliche heute – vom Mythos zur Realität; hsg. v. Arbeitsgemeinschaft außerschulische Bildung e. V., Frankfurt / M. 1986, S. 32 ff.

Zwischen Stabilität und Wandel – Tendenzen im Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland

Jochen Dietrich

1. Determinanten des Wahlverhaltens – 2. Die Bundesrepublik – eine Insel der Stabilität? – 3. Ursachen der Veränderung des Wahlverhaltens – 3.1 Sozialstruktur und Wahlverhalten – 3.2 Wertwandel, konfessioneller Wandel und Wahlverhalten – 3.3 Generationenablösung und Wahlverhalten – 4. Einige Schlußfolgerungen

1. Determinanten des Wahlverhaltens

Die Beteiligung an Wahlen ist in der Bundesrepublik Deutschland wie in allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten die massenhafteste Form politischen Verhaltens. Und wie das politische Verhalten im allgemeinen wird das Wahlverhalten von einer Vielzahl von Faktoren determiniert,¹ die sich grob in vier – unterschiedlich gewichtige – Kategorien unterteilen lassen:

– *strukturelle Determinanten*, allen voran die sozio-ökonomische Stellung von Individuen und ganzen Klassen und Schichten und die damit weitgehend zusammenhängende Milieuzugehörigkeit, spezifische regionale und landsmannschaftliche Prägungen, Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie das historisch herausgebildete Parteien- und Institutionengefüge etc;

– *kulturelle Determinanten* wie der Einfluß der Konfessionszugehörigkeit, die gesellschaftlichen Normen und Wertorientierungen sowie deren spezifische Ausprägung und Wandlung zwischen den Generationen etc.;

– *konjunkturelle Faktoren*, worunter die wirtschaftspolitische Lage, die außen- und innenpolitische Situation, die Gewichtung, Veränderung und Bedeutung der politischen Themen, die im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen, zu verstehen sind, und

– *politisch-situative Faktoren*, worunter die Gesamtheit der Bedingungen des aktuellen Parteienwettbewerbs zu verstehen ist, (Meinungsklima, Ansehen der Kanzlerkandidaten, Kanzlerbonus, Wahlkampf etc.).²

Die Vielschichtigkeit der Wechselbeziehungen zwischen diesen Determi-

1 Zur Entwicklung politischen Verhaltens siehe: Alexander A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt / M. 1986, S. 68 ff.

2 Vgl. Rainer-Olaf Schulze, Wählerverhalten und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland, in: Westeuropas Parteiensysteme im Wandel, Stuttgart 1983, S. 9.

nanten kann gerade im Falle des Wahlverhaltens nicht genug betont werden. Gewiß ist die Zugehörigkeit zu Klassen und Schichten der gewichtigste Faktor, der das Wahlverhalten bestimmt, „er ist von allgemeinem Charakter und kommt in den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten im Verlaufe einer langen Zeitspanne zum Vorschein.“³ Doch gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, eines dynamischen Wandels der Sozialstruktur, eines Schwundes stabiler, traditioneller Bestimmungsfaktoren des politischen Verhaltens, des ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels bekommen Differenzierungen und Überlagerungen ein wachsendes Gewicht.

Das Wahlverhalten ändert sich nicht kurzfristig. Es vollzieht sich wie „jede politische Handlung im Rahmen von Grenzen, die sich historisch herausgebildet haben; diese sind im Prinzip veränderlich, jedoch während einer bestimmten Zeitspanne stabil.“⁴ In diesem Beitrag sollen längerfristige Tendenzen des Wandels im Wahlverhalten untersucht werden, von denen aufgrund der Veränderungen der strukturellen und kulturellen Determinanten mit einiger Wahrscheinlichkeit auszugehen ist.

2. Die Bundesrepublik – eine Insel der Stabilität?

Die Bundesrepublik gilt als eine parlamentarische Demokratie „mit einmaliger politischer Stabilität“.⁵ Zu diesem Bild der Stabilität gehören folgende Fakten:

- In den fast 40 Jahren der Existenz der Bundesrepublik ist es auf Bundesebene nur zweimal zu einem Regierungswechsel gekommen. Herbeigeführt wurden diese Wechsel jedoch nicht durch Wahlen, der Wähler hatte sie lediglich „ratifiziert“. Ähnlich stabil sind die Verhältnisse auf Länderebene. Ein Regierungswechsel durch Wählervotum ist die Ausnahme, ein im Vergleich zu anderen kapitalistischen Industriestaaten (Italien, Großbritannien, Frankreich) grundlegender Unterschied.
- Die Wählerbewegung, der „swing“, war bei fast allen Wahlen bis zum Ende der 70er Jahre (außer 1969) äußerst gering und bewegte sich in einer Größenordnung von drei bis vier Prozent.⁶
- Die nationale Wahlbeteiligung lag in der Bundesrepublik mit Ausnahme der Wahlen von 1949 und 1987 immer um die 90-Prozent-Marke herum, deutlich höher als in vergleichbaren westlichen Staaten.
- In den ersten 30 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik war das Wählerverhalten geprägt von einer „Konzentration zu einem zweipoligen Parteiensystem“.⁷ Bis 1980 konnten Union und Sozialdemokraten über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen (s. Tab. 1).

3 Galkin, a. a. O., S. 124.

4 Ebd., S. 69.

5 Ursula Feist / Klaus Liepelt, Die Wahl zum Machtwechsel: Neuformierung der Wählerschaft oder Wählerkoalition aus Hoffnung?, in: Journal für Sozialforschung 3 / 1983, S. 287.

6 Vgl. Klaus Liepelt, Wahlforschung – Was bewegt den Wähler?, in: Politische Partizipation, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 220, Bonn 1985, S. 55.

7 Schulze, a. a. O., S. 10.

Tabelle 1: Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1949

Jahr	Anteil der Zweitstimmen in %					
	WBT in %	CDU ¹	SPD	FDP	GRU	SON ²
1949*	78,5	31,0	29,2	11,9	—	27,8
1953	85,8	45,2	28,8	9,5	—	16,5
1957	87,8	50,2	31,8	7,7	—	10,3
1961	87,7	45,3	36,2	12,8	—	5,7
1965	86,8	47,6	39,3	9,5	—	3,6
1969	86,7	46,1	42,7	5,8	—	5,5
1972	91,1	44,9	45,8	8,4	—	0,9
1976	90,7	48,6	42,6	7,9	—	0,9
1980	88,6	44,5	42,9	10,6	1,5	0,5
1983	89,1	48,8	38,2	7,0	5,6	0,4
1987	84,4	44,3	37,0	9,1	8,3	1,4

* 1949 hatte jeder Wähler nur eine Stimme

1 In Bayern CSU, 1957, auch im Saarland

2 1949 davon BV 4,2; KPD 5,7; DP 4,0; Z 3,1; WAV 2,9; Unabhängige 4,8

1953 davon BP 1,7; KP 2,2; GB/BHE 5,9; DP 3,3

1957 davon DP 3,4; GB/BHE 4,6

1961 davon DFU 1,9; GDP 2,8

1965 davon DFU 1,3; NPD 2,0

1969 davon NPD 4,3; ADF 1,2

1972 davon DKP 0,4

1976 davon DKP 0,5

1980 davon DKP 0,3

1983 davon DKP 0,2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1987 – eine Analyse der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987, Mannheim 1987, A 1.

Die Entwicklung zum „zweipoligen Parteiensystem“, in der sich CDU/CSU und SPD zu „Volksparteien“ entwickelten, vollzog sich in zwei Etappen. Zunächst führte sie auf der Grundlage des bundesdeutschen Nachkriegskonsenses, als dessen Eckpfeiler (auf der Basis des „Wirtschaftswunders“) sich das Bekenntnis zu Westintegration, sozialer Marktwirtschaft und Restauration sowie die „Staatsdoktrin Antikommunismus“ herausbildeten, zur Konzentration der bürgerlichen Wählerschichten auf die CDU/CSU. Im Laufe der 60er Jahre wurden die Sozialdemokraten stärker, „als es der SPD durch weitgehende Anpassung gelang, in neue, erstmals traditionell bürgerliche Parteien wählende Bevölkerungsschichten einzudringen.“⁸

Seit der Mitte der siebziger Jahre, die allgemein gekennzeichnet sind durch die Vertiefung der kapitalistischen Krisenprozesse, die Verschärfung der globalen Probleme und den durch die wissenschaftlich-technische Revolution beschleunigten ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandel, verändert sich auch das Wählerverhalten. Im Zuge der sozialdemokratischen „Krisenmanagementpolitik“ und der Entwicklung starker außerparlamentarischer Be-

wegungen konnte sich seit dem Ende der 70er Jahre eine vierte Partei, die Grünen, im parlamentarischen Bereich etablieren. Die „lange unaufhaltsam scheinende Entwicklung zum Zwei-Parteien-System“⁹ war damit gestoppt, offensichtlich inzwischen ein bewußtes Anliegen der Wähler: 70 Prozent befürworteten 1987 den Einzug der FDP ins Parlament (1983: 54 Prozent), 54 Prozent den der Grünen (1983: 28 Prozent), und eine wachsende Zahl der Wähler lehnt „absolute Mehrheiten“ ab.¹⁰

Insgesamt nahm die „Konzentration“ des Wahlverhaltens ab. Die beiden „etablierten Volksparteien“ erhielten bei der Bundestagswahl 1987 zusammen nur noch 81,3 Prozent der Stimmen. Erstmals verloren die beiden großen Parteien gleichzeitig. Zugleich stieg die Zahl der Wechselwähler. Während sie in den 60er Jahren rund 10 Prozent der Gesamtwählerschaft ausmachte,¹¹ wird ihr Anteil heute zwischen 20 und 40 Prozent geschätzt. Des weiteren machen die Wähler bei Bundestagswahlen in wachsendem Maße von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch. „Bezogen auf die jeweilige Gesamtwählerschaft ist der Splittingwähleranteil seit der Bundestagswahl 1961 von 6,5 Prozent auf 11,6 Prozent bei der Bundestagswahl 1983 angestiegen.“¹²

Die Parteibindungen schwächten sich ab. „Während zu früheren Zeiten bis zu zwei Drittel der Anhänger der beiden großen Parteien starke Bindungen und etwa ein Viertel mäßige Parteibindungen zu ihren Parteien gezeigt hatten, gaben 1983 nur noch etwa 40 Prozent der SPD-Anhänger und 45 Prozent der Unionsanhänger starke Parteibindungen an. Diese Tendenzen zeigten sich vor der jetzigen Wahl (Bundestagswahl 1987, d. V.) noch deutlicher.“¹³

Die Wahlbeteiligung sinkt. Die Bundestagswahl 1987 hatte die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1949, und auch auf der Ebene der Kommunal- und Landtagswahlen ist ein Rückgang, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, sichtbar. Alles in allem scheinen die Wähler „unberechenbarer, differenzierender, wechselhafter, enthaltungsbereiter, aber auch emotionaler und ungebundener“¹⁴ zu entscheiden.

3. Ursachen der Veränderung des Wahlverhaltens

3.1 Sozialstruktur und Wahlverhalten

Die Beziehungen zwischen der Sozialstruktur und dem Wahlverhalten sind offensichtlich und scheinen in weiten Bereichen seit langer Zeit stabil zu sein. Bei den *Arbeitern* dominiert seit 1953 eindeutig die Sozialdemokratie. Seit den

9 FORSA-Analysen, Bundestagswahl am 25. Januar 1987: Bewegung im Parteienspektrum, Dortmund 1987, S. 1.

10 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1987 – eine Analyse der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987, Mannheim 1987, S. 48.

11 Vgl. Peter Radunski, Der Wähler in der Stimmungsdemokratie, in: SONDE 2/1985, S. 5.

12 Peter Gluchowski, Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/1987, S. 18.

13 Forschungsgruppe Wahlen, a. a. O., S. 9.

14 Radunski, a. a. O., S. 3.

60er Jahren kann die SPD immer über 50 Prozent der Stimmen der Arbeiter auf sich vereinigen, zeitweise (in den 70er Jahren) betrug ihr Vorsprung vor der Union über 30 Prozentpunkte. Die Affinität der Arbeiter zur SPD ist besonders ausgeprägt, wenn diese Mitglieder der Gewerkschaft sind, und sie steigt zugleich mit wachsender Größe der Betriebe.¹⁵ Aus einer von INFAS vorgenommenen Unterscheidung nach Qualifikationsgesichtspunkten geht hervor, daß in den letzten 10 Jahren der Einfluß der SPD bei den „Ungelernten“ ansteigt, während er bei „Angelernten und Facharbeitern“ rückläufig ist.¹⁶

Bei den *Angestellten und Beamten* ist das Wahlverhalten wesentlich instabiler. Die Union konnte sich hier seit dem Ende der 60er Jahre, mit Ausnahme der „Willy wählen“-Wahl 1972 und der „Anti-Strauß“-Wahl 1980 zwischen 45 und 48 Prozent einpendeln. Der SPD ist es nicht gelungen, die im Laufe der 60er Jahre gewonnenen Potentiale unter den Angestellten und Beamten konstant an sich zu binden; sie mußte von 1972–1987 einen Verlust von 13 Prozentpunkten hinnehmen (s. Tab. 2), so daß die Union in diesem Bereich mittlerweile einen deutlichen Vorsprung hat. Auffällig ist weiterhin das überdurchschnittliche Potential für die Grünen unter Angestellten und Beamten.

Tabelle 2: Wahlabsicht von Arbeitern, Angestellten und Beamten von 1953–1987 (in %)

Arbeiter:									
Parteien	1953	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
CDU/CSU	35	36	42	39	27	37	30	41	33
SPD	48	56	54	58	66	60	62	55	59
FDP	4	5	2	1	6	2	6	1	2
Grüne	–	–	–	–	–	–	1	3	6
Andere	14	3	1	2	1	1	0	0	0
Angestellte und Beamte:									
Parteien	1953	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
CDU/CSU	49	50	54	45	33	48	37	47	47
SPD	27	30	34	46	50	43	50	43	37
FDP	14	18	10	7	17	10	11	4	6
Grüne	–	–	–	–	–	–	2	6	10
Andere	10	2	2	3	0	0	0	0	0

Quelle: F. U. Pappi, *Parteiensystem und Sozialstruktur in der BRD*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2/1973; *Infas-Repräsentativumfragen*, jeweilige Wahl.

15 Vgl. Ursula Feist/Hubert Krieger, *Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens – Eine Analyse zur Bundestagswahl vom 25. Januar 1987*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 12/1987, S. 33 ff.

16 Vgl. ebd.

Bei den *Selbständigen* dominiert konstant und eindeutig die CDU/CSU. Bei der Bundestagswahl 1987 erzielte sie 70 Prozent, die SPD 16, die FDP 8 und die Grünen 6 Prozent. Alles in allem bietet sich im Verhältnis von Sozialstruktur und Wahlverhalten – mit Ausnahme der „Wellenbewegung“ bei Angestellten und Beamten – ein Bild der Stabilität und Kontinuität.

Doch der Schein trügt, wurden doch bisher nicht der Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur, dem die Bundesrepublik seit geraumer Zeit unterliegt, und die darin zum Vorschein kommenden neuen Momente des Wandels im Wahlverhalten – die insbesondere für die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik von Bedeutung sind – erfaßt.

1. Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Bundesrepublik erfährt seit geraumer Zeit bedeutsame Veränderungen. Die Verschiebung der Anteile der verschiedenen Wirtschaftsbereiche an der Beschäftigung ist gewaltig. Zwischen 1960 und 1984 erfuhr der Agrarsektor einen Rückgang von 13,4 auf 5,2 Prozent der Beschäftigten, und der Bereich der nichtagraren Produktion (Bergbau, Industrie, Baugewerbe, Verkehr, Nachrichtenübermittlung) sank von 53,7 auf 47,7 Prozent, während der Dienstleistungssektor (Handel, Dienstleistungen, Banken, Versicherungen, Staat etc.) von 32,9 auf 47,2 Prozent anstieg.

Damit verbunden ist ein Wandel in der Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung. Zum einen ist die Zahl der „Selbständigen“ gesunken und die Zahl der Lohnabhängigen gestiegen, auf der anderen Seite gibt es deutliche Verschiebungen in den Anteilen von Arbeitern einerseits und Angestellten und Beamten andererseits. 1960 waren 70,9 Prozent der Erwerbstätigen lohnabhängig, davon 50,9 Prozent Arbeiter und 20 Prozent Angestellte und Beamte. 1984 waren 87,5 Prozent lohnabhängig, davon jedoch nur noch 41,2 Prozent Arbeiter und 46,3 Prozent Angestellte und Beamte.¹⁷

Die Umwandlung der Sozialstruktur ist mit wesentlichen Veränderungstendenzen der Lebensweise verbunden: Die Bindungen zwischen betrieblicher Klassenerfahrung und außerbetrieblichem Lebenszusammenhang lockern sich. Ehemals homogene proletarische Milieus unterliegen einem Erosionsprozeß. Innerhalb der Arbeiterklasse bilden sich Gruppen mit höchst unterschiedlichen Lebensstilen heraus, politisch-kulturell gleichgesinnte Kleingruppen und Milieus gewinnen an Bedeutung. Mit dem Abbau traditioneller Lebenszusammenhänge und Lebensformen wachsen die Zwänge und Fähigkeiten für eine individuelle Bewältigung und Gestaltung des eigenen Lebens, die Ansprüche auf Entfaltung der Persönlichkeit gewinnen in der Lebensweise und -planung einen neuen Stellenwert.¹⁸

Die wahlpolitischen Folgen der Wandlung von Sozialstruktur und Lebensweise sind tiefgreifend:

– Das Schrumpfen des Anteils der Arbeiter an den Erwerbstätigen hat zur

17 Alle Angaben nach: Kurt Steinhaus, Materielle Produktion, Dienstleistungen und die Arbeiterbewegung, in: Marxistische Blätter, 4/1987, S. 61.

18 Vgl. Kaspar Maase, Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald – Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise, Köln 1987.

Folge, daß der Anteil der Wählerschaft mit traditionell starken Bindungen an die Sozialdemokratie sinkt.

– Mit der Anteilszunahme von Angestellten und Beamten, der Veränderung der inneren Zusammensetzung der Arbeiterklasse sowie dem Anwachsen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz ist der Teil der Wählerschaft angewachsen, der „über keine gewachsenen Parteiloyalitäten verfügt und überdies wegen seiner sozialökonomischen Heterogenität in seinen politischen Präferenzen nicht eindeutig festgelegt“¹⁹ ist. Der Einfluß der traditionellen Bestimmungsfaktoren auf das Wahlverhalten verringert sich damit.

Am deutlichsten sichtbar werden die Folgen in den Großstädten, wo der Wandlungsprozeß die größte Dynamik aufweist. Hier zeigt sich, daß vor allem die Sozialdemokratie unter dem Wandel zu leiden hat. In nicht weniger als neun der zehn größten Städte der Bundesrepublik verlor die SPD bei der Bundestagswahl 1987 überdurchschnittlich an Stimmen: In Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München über 5 Prozentpunkte, in Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln und Nürnberg 2–4 Prozentpunkte. Der Vergleich der Ergebnisse in den „Metropolen“ zwischen 1972 und 1987 verdeutlicht den Trend noch klarer, wobei auffällig ist, daß die Verluste der SPD fast identisch sind mit den Stimmenergebnissen der Grünen (s. Tab. 3).

Tabelle 3: Städte im Vergleich 1972–1987

	1972 %	SPD 1987 %	Diff.	Grüne 1987 %
München	47,9	30,9	– 17,0	13,4
Frankfurt	47,0	33,7	– 13,3	13,3
Hamburg	54,5	41,2	– 13,3	11,0
Stuttgart	44,7	31,8	– 12,9	12,7
Bremen	58,1	46,5	– 11,6	14,5
Köln	52,9	43,0	– 9,9	11,2
Hannover	53,2	43,4	– 9,8	10,6
Essen	58,9	52,0	– 6,9	7,4
Dortmund	61,9	55,2	– 6,7	8,0
Duisburg	64,0	59,4	– 4,6	6,5
Bundesgebiet	45,8	37,0	– 8,8	8,3

Quelle: Infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl 1987.

2. Ein relativ neues Phänomen in der Geschichte der BRD ist die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. Sie hat Auswirkungen weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus, muß doch ein viel größerer Kreis von Menschen mit der ständigen Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes leben. Eine INFAS-Analyse, die das erwerbstätige Elektorat (Arbeiter, Angestellte und Beamte) differenziert nach sicheren und unsicheren Arbeitsplätzen, gibt erste Hinweise auf

¹⁹ FAZ, 2. 2. 1987, S. 11.

die Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit auf das Wahlverhalten.²⁰ Aus der Analyse geht hervor: Je sicherer der eigene Arbeitsplatz eingeschätzt wird, um so größer ist die Präferenz für die CDU/CSU; oder andersherum: Je gefährdeter der Arbeitsplatz erscheint, um so mehr dominieren die Bonner Oppositionsparteien. Diese Einschätzung deckt sich mit der Tatsache, daß die SPD bei der Bundestagswahl 1987 in Gebieten mit überproportionaler Arbeitslosigkeit und in den Standorten der Krisenbranchen Kohle, Stahl und Werften überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen konnte.

Erste Untersuchungen über das Wahlverhalten von Arbeitslosen, die derzeit immerhin über 5 Prozent der Gesamtwählerschaft ausmachen, kommen zu folgenden Hauptergebnissen:²¹

– Der Anteil der Nichtwähler ist bei den Arbeitslosen deutlich höher als bei den Wahlberechtigten insgesamt. Bei der Bundestagswahl 1983 (Wahlbeteiligung insgesamt: 89,1 Prozent) hatten zwischen 17 (INFAS) und 26 Prozent (Rattinger) der Arbeitslosen nicht die Absicht, zur Wahlurne zu gehen. Besonders drastisch ist die Wahlapathie bei den Erwerbslosen mit niedriger Qualifikation: 30 Prozent von ihnen gingen laut Rattinger 1983 nicht zur Wahl.

– Gehen die Arbeitslosen zur Wahl, so wählen sie überwiegend sozialdemokratisch, was nicht verwunderlich ist, rekrutiert sich das Heer der Erwerbslosen doch vorrangig aus dem Stammwählerpotential der Sozialdemokratie, aus der Arbeiterschaft. Anfang 1985 hatten die Sozialdemokraten einen deutlichen Vorsprung vor den Unionsparteien: 49 Prozent der Arbeitslosen wollten SPD, nur 17 Prozent CDU/CSU wählen. Besonders beachtlich ist das Abschneiden der Grünen mit 17 Prozent, während die FDP bei Arbeitslosen keine Rolle spielt.

Im Vergleich zum Beginn der achtziger Jahre sind die Parteipräferenzen bei Arbeitslosen im wesentlichen stabil geblieben. Damals erreichte die SPD einen Anteil von 44 Prozent, die Union hingegen nur 24 Prozent, Grüne und andere Parteien 10 Prozent. Doch diese Stabilität täuscht. Die Analyse im Zeitverlauf zeigt, daß im Vorfeld der Bundestagswahlen 1983 erhebliche Veränderungen eintraten. SPD und CDU/CSU lagen Kopf an Kopf, der Kompetenzverlust der SPD im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die „Aufschwung wählen“-Propaganda der Union schlugen durch.

Überdurchschnittlich ist die Neigung der Arbeitslosen zu den Grünen, was kaum daran liegen kann, daß sie hier zur Lösung der Beschäftigungsprobleme die größere Kompetenz vermuten. Die Wahl der Grünen widerspiegelt vielmehr das ausgeprägte Protestwahlverhalten unter den Arbeitslosen. Die Affi-

²⁰ Vgl. Feist/Krieger, a. a. O., S. 33 ff.

²¹ Vgl. Hans Rattinger, Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential, in: Max Kaase/Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 257 ff.; ders., Politisches Verhalten von Arbeitslosen, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin (West) 1985, S. 97 ff.; Ursula Feist/Dieter Fröhlich/Hubert Krieger, Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 45/1984; Hubert Krieger, Arbeitsmarkt und politische Stabilität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 17/1986.

nität zu den Grünen ist unter allen Gruppen von Arbeitslosen deutlich höher als in der gesamten Wählerschaft, wenn auch nicht überall gleich stark. An der Spitze liegen die Gruppen der Intelligenz: 41 Prozent der arbeitslosen Abiturienten und Akademiker tendieren laut INFAS zu den Grünen, bei den unter 25jährigen sind es nach Rattinger sogar über 50 Prozent. Doch auch unter arbeitslosen Jungwählern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen erzielen die Grünen beachtliche Ergebnisse: 30 Prozent neigen zu den Grünen, mehr als dreimal soviel wie in der vergleichbaren Gruppe der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Insgesamt sind bei den Arbeitslosen die Elemente Apathie und Protest prägender für das Wahlverhalten als beim übrigen Elektorat.

3. Ein wesentlicher Faktor des wirtschaftlichen Wandels ist heute der breite Einsatz von neuen Technologien. In einer ersten INFAS-Untersuchung wird der Versuch unternommen, Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Erwerbstätigen, die mit neuen Technologien umgehen, und denen, die mit konventioneller Technologie arbeiten, herauszufinden. Danach lagen im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 bei den Erwerbstätigen, die mit neuer Technologie umgehen, CDU/CSU und SPD mit jeweils 43 Prozent gleichauf. Die Grünen erreichten 9 Prozent bei den „High-Tech“-Beschäftigten.

Bemerkenswert deutlich sind die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten: Arbeiter, die mit neuer Technologie umgehen, präferierten zu 66 Prozent die SPD, zu 31 Prozent die Union und zu 5 Prozent die Grünen. Fast umgekehrt ist das Verhältnis bei den Angestellten. Nur 31 Prozent präferierten die SPD, 47 Prozent hingegen die CDU/CSU und 14 Prozent die Grünen. Besonderes Augenmerk verdienen die Ergebnisse bei Gewerkschaftsmitgliedern (Arbeiter und Angestellte): „Der Umgang mit neuer Technologie modulierte bei dieser Bundestagswahl wesentlich den traditionell SPD-affinen Einfluß gewerkschaftlicher Bindung an das politische Verhalten. Gewerkschaftsmitglieder, die mit modernen Technologien umgehen, präferierten zu 53 Prozent die SPD; unter Mitgliedern, die Arbeit an konventionellen Maschinen verrichten, waren es 67 Prozent. Die Union ist damit relativ stark bei denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern verankert (39 Prozent), die mit neuer Technologie umgehen. In der Gegengruppe – d. h. bei Arbeitnehmern, die konventionelle Arbeitsmittel bei ihrer Arbeit einsetzen – erreichte die Union (18 Prozent) weniger als jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied.“²²

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind keine „gehärteten Fakten“, dennoch machen sie auf Tendenzen aufmerksam, die angesichts des sich fortsetzenden Wandlungsprozesses für die weitere wahlpolitische Entwicklung der BRD von großer Bedeutung sein können.

4. Ein weiteres wesentliches Moment des wirtschaftlichen und sozialen Wandels ist die veränderte Stellung der Frauen in der Gesellschaft. Die gewachsene Erwerbstätigkeit, die Ausweitung der Bildungschancen für Frauen, die Ausweitung des „kommunikativen Umfeldes“ und die nachhaltigen Wirkungen der Frauenbewegung haben weitreichende Veränderungen im Wahlverhalten der Frauen bewirkt.

22 Feist/Krieger, a. a. O., S. 46.

In den fünfziger und sechziger Jahren unterschied sich das Wahlverhalten der Frauen deutlich von dem der Männer (s. Tab. 4). Die Frauen waren eine wahlpolitische Domäne der Union. Von 1953–1969 hatte die CDU/CSU einen „Frauenüberschuß“ zwischen 9,9 (1969) und 8,3 (1953) Prozentpunkten. Umgekehrt verhielt es sich bei der SPD. Sie hatte von 1953–1969 ein „Frauendefizit“ zwischen 7,7 (1965) und 4,9 (1953) Prozentpunkten. Die FDP mußte damals wie heute (mit Ausnahme der Wahl 1980) mit einem leichten „Frauendefizit“ leben.

Tabelle 4: Das Wahlverhalten der Geschlechter

		1953	1961	1969	1972	1976	1980	1983	1987
CDU/CSU	Frauen	47,2	49,6	50,6	46,0	48,8	43,8	49,2	45,1
	Männer	38,9	40,3	40,6	43,0	47,2	44,2	47,7	42,5
	gesamt	43,3	45,3	46,0	44,6	48,0	44,0	48,5	43,8
SPD	Frauen	27,6	32,9	40,4	45,7	43,1	43,9	39,4	37,8
	Männer	32,5	39,7	45,6	46,9	43,6	43,1	38,4	38,5
	gesamt	29,9	36,1	42,8	46,3	43,3	43,5	38,9	38,1
FDP	Frauen	10,4	12,2	5,3	7,7	7,6	10,8	6,3	8,3
	Männer	11,7	13,6	6,1	8,8	8,1	10,5	7,2	9,2
	gesamt	11,0	12,9	5,6	8,2	7,8	10,6	6,7	8,7
Grüne	Frauen						1,2	4,8	7,7
	Männer						1,6	5,9	8,3
	gesamt						1,4	5,3	8,0
Andere	Frauen	14,8	5,3	3,7	0,6	0,5	0,3	0,3	1,2
	Männer	16,9	6,4	7,7	1,3	1,2	0,6	0,7	1,6
	gesamt	15,8	5,8	5,6	0,9	0,8	0,4	0,5	1,4

Quelle: Repräsentative Wahlstatistiken des Statistischen Bundesamtes, jeweilige Wahl.

Die Bundestagswahlen 1972 brachten die Wende im Wahlverhalten der Frauen. Bei der CDU/CSU reduzierte sich 1972 der „Frauenüberschuß“ auf 3 Prozentpunkte. 1980 erzielte die Union erstmalig ein „Frauendefizit“ und erhielt auch absolut weniger Frauenstimmen als die SPD. Mit den Wahlen von 1983 und 1987 pendelte sich der „Frauenüberschuß“ der Union bei knapp über 1 Prozentpunkt ein. Die SPD konnte 1972 ihr „Frauendefizit“ auf 1,2 Prozentpunkte reduzieren und ab 1980 mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen. 1987 mußte die SPD wieder ein „Frauendefizit“ hinnehmen. Die Partei der Grünen, die Frauenthemen in der Öffentlichkeit am deutlichsten zur Sprache bringt, hat bei allen Wahlen ein Defizit an Frauenstimmen. Insgesamt hat es im Wahlverhalten der Frauen über 30 Jahre eine Verschiebung von rechts nach links gegeben; seit 1972 haben sich die Parteipräferenzen der Geschlechter recht kontinuierlich angeglichen.

Auch in der Wahlbeteiligung gibt es eine Tendenz der Angleichung zwischen Männern und Frauen, sie ist jedoch nach wie vor bei Frauen geringer

als bei Männern. Während 1953 3,1 Prozent weniger Frauen zur Wahl gingen als Männer, waren es 1983 nur noch 1,3 Prozent, vermutlich ein Ausdruck des gestiegenen politischen Interesses bei Frauen.²³ In letzter Zeit ist eine deutliche Zunahme der Wahlabstinenz vor allem bei jungen Frauen zu beobachten.²⁴

3.2 Wertwandel, konfessioneller Wandel und Wahlverhalten

Der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel der Gesellschaft der Bundesrepublik hat weitreichende Veränderungen der Einstellungen, Bedürfnisse und Wertorientierungen zur Folge.²⁵ Träger des Wertewandels sind vor allem die jungen Menschen. Er ist zugleich dort am ausgeprägtesten, wo das Bildungsniveau am höchsten ist. „Die Angehörigen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten haben diese Bewegung schon tiefer und schneller vollzogen als Arbeiter; aber bei den Arbeitern und (etwas stärker) den Arbeiterklassegruppen der Angestellten und Beamten läßt sich die gleiche Tendenz feststellen.“²⁶ Dennoch bleiben erhebliche Unterschiede vor allem zwischen den Generationen bestehen, stimmen doch nur 49 Prozent der „erwachsenen Kinder“ mit den „Moralvorstellungen“, nur 47 Prozent in den „Einstellungen zur Religion“, 28 Prozent in den „Politischen Ansichten“ und nur 13 Prozent in den „Ansichten zur Sexualität“ mit den Eltern überein.²⁷ Der Wertewandel ist vielfältig:

– Die Einstellungen zu Ehe und Familie haben sich deutlich gewandelt. „Der Anteil junger Männer und Frauen (unter 25), die der Ehe keine entscheidende Bedeutung für das Gelingen eines Lebens beimessen, hat sich zwischen 1963 und dem Ende der siebziger Jahre von 39 auf über 82 Prozent verdoppelt.“²⁸ Damit geht einher die Veränderung der Ansprüche an die Ehe. Die Scheidungsrate hat sich zwischen dem Beginn der sechziger Jahre und der Mitte der siebziger Jahre verdoppelt, die Zahl der unverheiratet zusammenlebenden Partner, der alleinerziehenden Mütter und Väter wie die Zahl der Ein-Personen-Haushalte ist gestiegen.

Einschneidend verändert haben sich die Einstellungen zu den traditionellen

23 Noch 1966 waren 44 Prozent der Männer und 32 Prozent der Frauen der Auffassung, Politik sei „Männersache“. 1984 waren „nur noch“ 24 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen dieser Meinung.

24 Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986, S. 39.

25 Die Literatur zum Thema Wertewandel hat in den letzten Jahren eine große Konjunktur. Umfassendes Material bieten u. a.: Elisabeth Noelle-Neumann / Renate Köcher, Die verletzte Nation – Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987; Helmut Klages / Willi Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug, Frankfurt a. M. 1983; Michael v. Klipstein / Burkhard Strümpel (Hrsg.), Gewandelte Werte – Erstarre Strukturen. Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben, Bonn 1985.

26 Johannes Henrich von Heiseler, Wandel des Wertesystems?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt / M. 1982, S. 77.

27 Vgl. Noelle-Neumann / Köcher, a. a. O., S. 51.

28 Ebd., S. 83.

Rollen der Geschlechter.²⁹ Die Vorstellung, es müsse in Gesellschaft und Ehe Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau geben, ist inzwischen in der Mehrheit der Bevölkerung verankert. Die Konsequenzen äußern sich deutlich in der Veränderung des Wahlverhaltens der Frauen.

– Deutlichen Veränderungen sind die Erziehungsziele unterlegen. Während das Erziehungsziel „Selbständigkeit und freier Wille“ von 1951–1981 bei den Befragten in der Bedeutung von 30 auf 52 Prozent steigt, fällt das Erziehungsziel „Gehorsam und Unterordnung“ von 59 auf 30 Prozent.³⁰ Die hier allgemein sichtbar werdende Entwicklung von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ (Disziplin, Gehorsam, Ordnung, Pflichterfüllung, Fleiß, Treue etc.) zu „Selbstentfaltungswerten“ (Emanzipation, Gleichheit, Partizipation, Autonomie, Selbstverwirklichung etc.) findet wahlpolitisch ihre Entsprechung in der wachsenden Bedeutung solcher Werte wie „mehr soziale Gerechtigkeit, weniger Ungleichheit, mehr Selbstverwirklichung, mehr Demokratie, mehr grundlegende gesellschaftliche Reformen“.

Die Folge ist, daß – vor dem Hintergrund wachsender Zukunftsprobleme der Menschheit – die globalen Probleme wie Umweltschutz oder Friedenssicherung in der Hierarchie der „political issues“ an Gewicht gewinnen und neben den für das Wahlverhalten besonders wichtigen „Konfliktlinien“ (soziale Lage und konfessionelle Bindung) eine neue Scheidelinie – die in der Wahlforschung so bezeichnete „ökologische Konfliktlinie“ (wobei „ökologisch“ im weitesten Sinne zu verstehen ist) – prägenden Einfluß auf das Wahlverhalten vor allem der exponierten Träger des Wertewandels hat.

– Die konfessionell-religiöse Bindung hat bedeutenden Einfluß auf das Wahlverhalten.³¹ Dabei zeigt sich, daß sich Katholiken mehrheitlich für die CDU/CSU und Protestanten mehrheitlich für die SPD entscheiden, ein Faktum, das über die gesamte Geschichte der Bundesrepublik zu beobachten ist.³² Die konfessionelle Prägung des Wahlverhaltens durchzieht alle sozialen Klassen und Schichten. Der Anteil der CDU/CSU-Wähler ist unter den katholischen Arbeitern, Angestellten und Beamten wie Selbständigen deutlich höher als in den Gesamtgruppen.³³ Die Präferenz für die Union steigt mit dem Grad der Kirchenbindung. Dies gilt in besonderem Maße für die Katholiken, aber auch für die Protestanten.

Da weniger die allgemeine Konfessionszugehörigkeit, sondern mehr die Bindung an die jeweilige Kirche das Wählerverhalten nachhaltig beeinflusst,³⁴

²⁹ Vgl. Heiseler, a. a. O., S. 77 ff.

³⁰ Vgl. Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt/M., New York, S. 19.

³¹ Vgl. Johannes Henrich von Heiseler, Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 183 f.

³² Vgl. Karl Schmitt, Religiöse Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens: Entkonfessionalisierung mit Verspätung, in: Oberndörfer, a. a. O., S. 191 ff.

³³ Vgl. Franz Urban Pappi, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 373.

³⁴ Wesentlichster meßbarer Indikator für die Kirchenbindung ist die Häufigkeit des Kirchgangs. Des weiteren gehört dazu: Übereinstimmung mit der kirchlichen Glaubenslehre, politische

ist von einem Rückgang der Bedeutung der „konfessionellen Konfliktlinie“ für das Wahlverhalten auszugehen, da sowohl bei Protestanten wie auch bei Katholiken, deren konfessionelle Bindung traditionell größer ist, die Bindung an die Kirche nachläßt. Die Verankerung der religiösen Werte und Normen hat abgenommen. Nur noch jeder Dritte hält sich für religiös, nur 17 Prozent halten Religiosität für eines der bedeutendsten Ziele in der Erziehung.³⁵

Zugleich haben wir es seit der Mitte der sechziger Jahre mit einem „dramatischen Schwund der kirchlich gebundenen religiösen Praxis“³⁶ zu tun. Von 1952–1982 ist der regelmäßige Besuch des Gottesdienstes bei den Katholiken um 19 Prozentpunkte, bei den Protestanten um 7 Prozentpunkte zurückgegangen. Besonders junge Menschen wenden sich von der Kirche ab: In 30 Jahren hat sich der Anteil der Katholiken und Protestanten von 16–29 Jahren, die regelmäßig zur Kirche gehen, mehr als halbiert; der Rückgang ist bei den Katholiken in absoluten Zahlen erheblich größer als bei den Protestanten.

All das hat zur Folge, „daß die konfessionellen Unterschiede im Wahlverhalten um so geringer sind, je niedriger das Alter der Befragten ist, ... was vor allem dadurch zustandekommt, daß auf katholischer Seite die Jüngeren in wesentlich geringerem Maße den Unionsparteien zuneigen als die Älteren“.³⁷ Bei der Bundestagswahl 1987 waren die Verluste der CDU/CSU in den Wahlkreisen mit besonders hohem Katholikenanteil (wie auch schon in früheren Bundes- und Landtagswahlen zu beobachten) überdurchschnittlich – eine Bestätigung des aufgezeigten Trends.³⁸

3.3 Generationenablösung und Wahlverhalten

Das Wahlverhalten weist – differenziert nach Altersstruktur – erhebliche Unterschiede auf. Das Wahlverhalten der Jungwähler (18–25 Jahre) hat sich während der letzten gut 30 Jahre mehrfach verändert. Von 1953–1967 hatten die SPD und, in etwas geringerem Maße, die CDU/CSU positive Jungwählerbilanzen und die FDP deutliche Jungwählerdefizite. Von 1969–1980 kam es zu einer deutlichen Abkehr der Jungwähler von der Union, während die SPD positive bis sehr positive Jungwähler-Bilanzen erzielten (Höhepunkt: „Willy wählen“-Wahl 1972 mit 54,7 Prozent) und auch die FDP im sozialdemokratischen Sog ihre Negativbilanz der sechziger Jahre korrigieren konnte.

Seither gibt es starke Schwankungen. Die Union erzielte 1980 (Anti-Strauß-Wahl) ein hohes Jungwählerdefizit, das sie 1983 wieder etwas ausgleichen konnte, während die SPD 1983 erstmals deutliche Jungwähler-Defizite hinnehmen mußte, wovon vor allem die Grünen profitierten, die von 1980–1983 ihren Anteil unter Jungwählern um 9 auf 14 Prozentpunkte steigern konnten. Das bedeutet, daß die Jungwähler ein Drittel der gesamten Wählerschaft der

Relevanz des Glaubens, Bindung an die Kirche und an die Kirchengemeinde (Schmitt, a. a. O., S. 314).

35 Vgl. Noelle-Neumann / Köcher, a. a. O., S. 178.

36 Oberndörfer, a. a. O., S. 12.

37 Schmitt, a. a. O., S. 321 f.

38 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a. a. O., S. 16.

Grünen ausmachten. Die FDP mußte 1983 aufgrund des „Wendemanövers“ starke Einbußen bei den Jungwählern hinnehmen.

Bei der Bundestagswahl 1987 verfestigte sich der Anteil der Grünen, die SPD konnte ihre 83er Verluste etwas ausgleichen, während die Union erneut starke Jungwählerdefizite zu verzeichnen hat. Seit 1969 ist das Jungwählerverhalten im Vergleich zur Gesamtwählerschaft deutlich nach links verschoben. Und auch 1987 existiert in der „Krisengeneration“³⁹ eine „Mehrheit links von CDU/CSU“.

Darüber hinaus ist in den Altersgruppen von 25–35 und von 35–45 das „Linkspotential“ in den letzten 30 Jahren enorm gewachsen, wobei in den achtziger Jahren eine Verschiebung zuungunsten der SPD und zugunsten der Grünen eingetreten ist. Insgesamt verfügen SPD und Grüne in den Altersgruppen bis 45 Jahre, unter der Krisen-, der Reform- und der APO-Generation,⁴⁰ über eine Mehrheit, während die gegenwärtigen Regierungsparteien die Mehrheit in den Altersgruppen ab 45 haben, die schon immer kontinuierlich in der Mehrheit konservativ wählen.

Das Wahlverhalten hat sich erst im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik deutlich nach Alter differenziert. Während 1953 die Parteipräferenzen bei allen Altersgruppen nahezu gleichmäßig verteilt waren, unterscheiden sich heutzutage die Altersgruppen erheblich. Während z. B. 1953 bei der CDU/CSU der maximale Unterschied zwischen den einzelnen Altersgruppen 5,2 Prozentpunkte betrug, so waren es 1983 11,3 Prozentpunkte. Am deutlichsten wird das unterschiedliche Wahlverhalten der Altersgruppen bei den Grünen. Während 13,8 Prozent der Jungwähler den Grünen 1983 ihre Stimme gaben, taten dies nur 1,2 Prozent der über 60jährigen, eine Differenz von 12,6 Prozentpunkten.

Der Wandel des Wahlverhaltens vollzieht sich vor allem in den jüngeren Altersgruppen. Offensichtlich verdichten sich hier alle Momente der durch die Veränderungen der Sozialstruktur bedingten Wandlungen in Lebensweise und Lebensorientierung, der konfessionelle Wandel sowie die Veränderungen der Wertorientierungen, Haltungen und Bedürfnisse.⁴¹

4. Einige Schlußfolgerungen

Das Wahlverhalten ist in Bewegung geraten. Es ist – bei weiterem Wirken starker Momente der Stabilität und Kontinuität – gekennzeichnet durch eine größere Flexibilität, die sich ausdrückt in gewachsener Wechselbereitschaft und der Zunahme von Wahlabstinz, in abnehmender traditioneller Bindung an die Parteien und in der „Dekonzentration“ der Stimmabgabe.

Worin liegen die Ursachen für die gestiegene Flexibilität? Der sozialökonomische Wandel der Gesellschaft der Bundesrepublik hat mit der Veränderung

39 Ich beziehe mich hier auf die Generationsgruppierung in: Heinz Jung, Die Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 63.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. Klaus Dörre, Die neuen Unberechenbaren, in: Demokratische Erziehung 1/1987, S. 5 ff.

der Zusammensetzung der Erwerbstätigen Wählerschichten hervorgebracht, deren Wahlverhalten zunehmend weniger von den traditionellen Determinanten des Wahlverhaltens geprägt ist. Die Dominanz der „sozialen Konfliktlinie“ ist nach wie vor unübersehbar, aber sie hat an Gewicht verloren. Die wachsenden Schichten der Angestellten und Beamten, der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz sind die wesentlichen Träger des Wandels des Wahlverhaltens.

„Nicht nur in der sozialen Struktur, sondern auch in der gesamten Lebensweise und kulturellen Existenz der Arbeiterklasse vollziehen sich wichtige Änderungen ... Mit höherer Qualifikation, mit der größeren nervlichen Belastung im Produktionsprozeß, mit den daraus resultierenden neuen Anforderungen an die Wiederherstellung der Arbeitskraft sowie mit der von der Arbeiterbewegung erkämpften Verkürzung der Arbeitszeit entwickeln sich neue kulturelle Bedürfnisse, neue Ansprüche der Persönlichkeitsentfaltung“⁴² sowie neue Wertorientierungen und Freizeitbedürfnisse. Eine wahlpolitische Folge ist ein Rückgang des Einflusses der „konfessionellen Scheidelinie“ auf das Wahlverhalten und die Herausbildung einer wesentlich komplexeren, widersprüchlicheren Determination des Wahlverhaltens, was in der Zunahme der Bedeutung der „Überlebensfragen“ der Menschheit für das Wahlverhalten, in der „Überlagerung“ durch den Generationenwechsel etc. zum Ausdruck kommt. Der Veränderungsprozeß ist keineswegs eine Entwicklung zu einer entpolitisierten „Amerikanisierung“ des Wahlverhaltens, wie häufig unterstellt wird,⁴³ sondern ist verbunden mit einem Prozeß der „Politisierung“ der Wählerschaft.

Für die in ihrer wahlpolitischen Orientierung in erster Linie auf die Interessenvertretung der Arbeiterklasse bezogenen kommunistischen und sozialistischen Kräfte, über deren Wählerpotential mangels Daten keine Aussagen gemacht werden konnten, erwachsen ebenso wie für die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Bundesrepublik insgesamt aus dem Wandel des Wahlverhaltens neue Risiken und Probleme, aber auch neue Chancen und Möglichkeiten. Hier sind folgende Gesichtspunkte zu nennen:

1. Am entwickeltsten ist die Flexibilisierung des Wahlverhaltens zwar in den wachsenden Gruppen der Angestellten und Beamten, der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz, doch auch in der Arbeiterschaft sind aufgrund der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeit und der damit verbundenen Veränderungen des Betriebsalltags, der Auflösung der „Einheit“ von Arbeit, Wohnen und Freizeit durch das Schwinden geschlossener „Arbeitermilieus“ sowie durch die Veränderungsprozesse in der persönlichen und politischen Sozialisation der jungen Menschen (längerer Bildungsweg, früheres Verlassen der Familienzusammenhänge etc.) Prozesse des Wandels im Wahlverhalten zu erwarten, die auch die heute wahlpolitisch noch stabilen Regionen wie z. B. das Ruhrgebiet in den nächsten Jahren erfassen werden. Es be-

42 Thesen des 8. Parteitags der DKP, in: Protokoll des 8. Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, Neuss 1986, S. 573.

43 Vgl. Radunski, a. a. O., S. 3.

darf des rechtzeitigen Einstellens insbesondere der politischen Kräfte der Arbeiterbewegung, will man in diesen Regionen nicht ähnliche Einbrüche wie in den großstädtischen „Metropolen“ erleben.

2. Die größere Beweglichkeit im Wahlverhalten ist Ausdruck des Differenzierungsprozesses in der Lebensweise und der Herausbildung neuer, heterogener Milieus. Diese Differenzierung erfordert wahlpolitisch ein differenziertes Angebot der politischen Interessenvertretung und die Entfaltung der unterschiedlichsten Zugänge zu einer gemeinsamen politischen Zielsetzung. Dieser Differenzierungsprozeß geht einher mit einer wachsenden „Durchdringung“ der Milieus verschiedener Klassen und Schichten, wobei die stark meinungsprägenden Auffassungen und Haltungen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz auch andere Schichten – bis hin zu relevanten Teilen der Arbeiterklasse – beeinflussen. Für das wahlpolitische Kräfteverhältnis hat deshalb der Kampf um Einfluß in diesen Schichten eine wachsende Bedeutung.

3. Ein zentraler – auch das Wahlverhalten beeinflussender – Faktor für die weitere Entwicklung der BRD ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Zunahme des Einsatzes neuer Technologien. Gerade hier scheint auch wahlpolitisch eine neue „Bruchstelle“ zu liegen, die von wachsender Bedeutung für das gesellschaftliche Kräfteverhältnis ist. Der Kampf der gewerkschaftlichen (siehe die entwickelte Angestelltendebatte in der IG Metall) und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung um die Hegemonie in der gesamten Arbeiterklasse und darüber hinaus in der wachsenden technischen Intelligenz ist damit vor neue Herausforderungen gestellt.

4. Die mit dem sozialen Wandel gewachsene Bedeutung des Reproduktionssektors sowie die objektiv veränderten Problemlagen haben das Interesse und die Aufmerksamkeit für globale Probleme auch wahlpolitisch deutlich erhöht. Fragen der Umweltzerstörung und der Friedenssicherung sind in der Hierarchie der „political issues“ inzwischen ganz oben anzusiedeln, auch wenn nach wie vor die wirtschaftlichen Erwartungen und die sozialen Probleme am prägendsten für das Wahlverhalten sind. Für die Kräfte „links von der CDU/CSU“ wird es darauf ankommen, ihre Zukunftsvision für die weitere Entwicklung des Landes noch enger zu verknüpfen mit einer „globalen Sicht der Dinge“.

5. Das nach links verschobene Kräfteverhältnis unter den jungen Wählern ist keineswegs dauerhaft stabil. Schon seit längerem versuchen konservative „Modernisierer“ von Geißler bis Späth „die Transformation neuer kultureller Orientierungen in Zustimmung zu entsolidarisierenden, technokratisch-elitären Gesellschaftsentwürfen. Die reale Individualisierung soll in individualistisches Bewußtsein umgemünzt und zur Zementierung konservativer Hegemonie genutzt werden.“⁴⁴ Seitens der Linkskräfte bedarf es umfassender Anstrengungen zur Verstärkung kollektiver Interessenvertretung gerade unter der Jugend.

Für die Realisierung einer „Mehrheit links von der CDU/CSU“ wird es darauf ankommen, neben der Stabilisierung des Einflusses in der Arbeiterschaft den Kampf um den Einfluß in den wachsenden Schichten der Angestellten und Beamten, der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz aufzunehmen. Dieser entscheidet sich zunehmend daran, wer die besseren Konzeptionen zur Bewältigung der neuen Menschheitsprobleme (globale Fragen, wissenschaftlich-technische Revolution etc.) hat und diese am überzeugendsten mit Vorschlägen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme verbinden kann.

Veränderungen im Sozialismusbild der Bevölkerung der Bundesrepublik

Friedemann Schuster

1. Veränderte Einstellungen im Spiegel demoskopischer Umfragen – 2. Antikommunismus oder politische Entspannung? – Der Einfluß der Friedensbewegung – 3. Sozialistische Orientierungen aus „archäologischen Ablagerungen“?

Die Veränderungen des Sozialismusbildes der Bevölkerung der Bundesrepublik, die sich seit einigen Jahren vollziehen, sind nicht zu übersehen. Sie treten zu unterschiedlichen Anlässen, Ereignissen, Situationen zumeist als Meinungen, aber auch in politischen Aktionen hervor.

1. Veränderte Einstellungen im Spiegel demoskopischer Umfragen

Die deutlichsten Veränderungen sind in der Beurteilung der sozialistischen Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik festzustellen. Im März 1987 wurden die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen veröffentlicht. Danach genießt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, bei den Bundesbürgern höheres Ansehen als USA-Präsident Ronald Reagan. 60 Prozent halten Gorbatschow für einen Mann, dem man vertrauen kann, 45 Prozent halten Reagan für vertrauenswürdig. 52 Prozent sind vom Abrüstungswillen der UdSSR überzeugt, 45 Prozent glauben an die Aufrichtigkeit des Abrüstungswillens Washingtons. Damit wurde erstmals seit Gründung der Bundesrepublik die UdSSR in dieser Frage positiver bewertet als die USA.¹

Ebenfalls im März 1987 hatte das Dortmunder Forsa-Institut die Ergebnisse einer *Stern*-Umfrage zu den sowjetischen Vorschlägen für den Abzug der sowjetischen und amerikanischen atomaren Mittelstrecken-Raketen aus Europa veröffentlicht. 92 Prozent bezeichneten diese Vorschläge als „sehr gut bis gut“. Die Skala der positiven Beurteilung reichte von 91 Prozent der CDU-Anhänger über 94 Prozent der SPD-Anhänger bis zu 98 Prozent der Grünen-Anhänger.

Auch bei dieser Umfrage war die Frage gestellt worden: „Wer ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig mehr um die Sicherheit des Friedens und Abrüstung bemüht: Präsident Reagan oder Generalsekretär Gorbatschow?“ Die Antwort-

¹ Forschungsgruppe Wahlen, Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 1987. ZDF-Politbarometer, vervielf. Ms., S. 71,63.

ten verteilten sich so: Gorbatschow 49 Prozent; Reagan 9 Prozent; beide gleich 30 Prozent. Aufschlußreich sind auch die Antworten auf die Frage: „Sind die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows Ihrer Meinung nach ehrlich gemeint oder nicht?“ Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) sagten: „Ehrlich gemeint.“²

Mit diesen Meinungen korrespondiert die Entwicklung der Antworten auf die Frage nach dem Willen der Sowjetunion zur Verständigung mit dem „Westen“; wurde sie 1959 von 17 Prozent bejaht, so erhöhte sich dieser Anteil 1981 auf 36 Prozent und 1983 auf 45 Prozent. Man kann annehmen, daß sich dieser Trend bis 1987 weiter verstärkt hat. Die Wandlung in der Beurteilung der Ernsthaftigkeit sozialistischer Friedens- und Abrüstungspolitik läßt sich an der Beantwortung der über mehrere Jahre entsprechend gestellten Frage von Allensbach ablesen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Meinungen zum Abrüstungsinteresse „des Ostens“ (1956–1983)

Frage: „Haben Sie den Eindruck, daß der Osten ernsthaft an der Abrüstung interessiert ist?“

	1956 April %	1964 April %	1981 Juli %	1981 Dez. %	1982 Juni %	1983 Febr. %
Ja, bestimmt	8	6	13	17	17	19
Vielleicht	16	16	26	37	39	36
Bestimmt nicht	57	53	44	30	30	34
Unmöglich zu sagen	19	25	17	16	14	11
	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–83, München 1983, S. 639.

Der Eindruck der Ernsthaftigkeit verstärkte sich über die Jahrzehnte nur langsam. Der eigentliche Sprung ist wegen der Lücke von 17 Jahren nicht zu belegen; es ist aber wahrscheinlich, daß er zusammenhängt mit den seit 1979 anwachsenden Auseinandersetzungen um die NATO-Nachrüstung und mit dem neuen Herangehen der sowjetischen Politik an das Rüstungsproblem.³

1985 hatten Meinungsforschungsinstitute nach dem Genfer Gipfeltreffen bereits ermittelt, eine Mehrheit der Bundesbürger habe Gorbatschow als einen besseren Staatsmann denn Reagan eingeschätzt.⁴ Welche Wandlungen sich im öffentlichen Bewußtsein allein seit Beginn der achtziger Jahre vollzogen haben, geht aus einem Vergleich mit den Allensbach-Umfragen 4008 und 4018 des Jahres 1982 hervor: Damals waren lediglich 13 Prozent der Meinung, man könne dem „Osten“ vertrauen; 48 Prozent erklärten, sie könnten dem „Osten“ nicht vertrauen. Die CDU-Anhänger waren zu 59 Prozent von Mißtrauen gegenüber den sozialistischen Ländern erfüllt, die SPD-Anhänger

2 STERN, 12. 3. 1987, S. 38.

3 Vgl. Karl-Heinz Gensicke, Friedensbewußtsein in der BRD und konservative „geistige Wende“, in: IPW-Berichte 2/1987, S. 17ff.

4 STERN, 20. 11. 1985, S. 84.

zu 41 Prozent und die Anhänger der Grünen zu 29 Prozent. Aber auch schon damals gingen 49 Prozent derer, die sich als aktive Anhänger der Friedensbewegung bezeichneten, davon aus, man könne dem „Osten“ vertrauen.

Ein Vergleich von Umfrage-Ergebnissen der 50er, 60er und 70er Jahre zeigt, daß sich immer weniger – 59 Prozent, 42 Prozent und 40 Prozent – durch die Sowjetunion bedroht fühlten.⁵ Eine ähnliche Tendenz zum Abbau des antisowjetischen Feindbildes läßt sich an der Veränderung der Einstellung gegenüber dem sowjetisch-westlichen Verhältnis ablesen. Auf die Frage, ob man glaube, daß der „Westen“ und die Sowjetunion auf Dauer friedlich miteinander auskommen könnten, sagten im Jahre 1954 20 Prozent „Ja“. Dieser Anteil erhöhte sich in den 70er Jahren, als die neue Politik der Entspannung wirkte, auf annähernd die Hälfte der Bundesbürger (1976: 49 Prozent), um sich dann anfangs der achtziger Jahre bei über 50 Prozent zu stabilisieren (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Einstellung zur friedlichen Koexistenz (1954–1980)

Frage: „Glauben Sie, daß die westlichen Länder und Rußland auf die Dauer friedlich miteinander auskommen können, oder glauben Sie das nicht?“

	1954 Dez. %	1956 Nov. %	1962 Juni %	1976 Juli %	1979 Sept. %	1980 Feb. %
Können friedlich auskommen	20	36	36	49	56	51
Glaube ich nicht	66	54	51	33	27	38
Keine Meinung	14	10	13	18	17	11
	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–83, a. a. O., S. 637.

Zusammenfassend kann man sagen: Waren Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre die meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland der Meinung, vom „Osten“, von den „Russen“, vom Kommunismus drohe die Gefahr eines militärischen Überfalls, vor dem man sich unter allen Umständen schützen müsse und weshalb man NATO, Bundeswehr und schließlich auch Atomwaffen brauche, so hat sich diese Einstellung seit Ende der 60er und während der 70er Jahre schrittweise verändert. Nur 1980 wuchs das Bedrohungsgefühl nochmals an, als die kapitalistischen Medien wegen eines vermuteten sowjetischen Eingreifens in Polen und wegen des tatsächlichen sowjetischen Eingreifens in Afghanistan einen hysterischen Antisowjetismus entfachten.

Dem folgte jedoch Ernüchterung in dem Maße, in dem die NATO-Staaten die Atomraketen-Stationierung in der BRD durchzusetzen begannen. Zu diesem Zeitpunkt war bei der Mehrheit der Bevölkerung eine gewisse Äquidistanz zu den „Supermächten“ festzustellen, die Annahme, Friedensbedrohung

⁵ Siehe Kurt Steinhaus, Zu einigen Entwicklungstendenzen des politischen Klimas in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 143–155.

gehe gleichermaßen von den USA und der UdSSR aus. Heute ist die Sowjetunion zu „derjenigen Blockmacht“ geworden, „die von den Grünen im Bundestag mehr denn je als Hoffnungsträger für einen Ausstieg aus der Rüstungspirale angesehen wird“.⁶

Während der Ostermärsche 1987 sprach ein Vertreter kirchlicher Friedensgruppen aus, was viele Menschen heute denken: „Der böse Satz, ‚Geht doch nach drüben‘, hat sich auf andere Weise bewahrheitet. Unsere Träume und Wünsche haben drüben einen Platz gefunden. Wir sind nicht die 5. Kolonne Moskaus, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Moskau ist der verlängerte Arm unserer Sehnsüchte und Hoffnungen für eine atomwaffenfreie Welt.“⁷

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahmen bundesdeutscher Teilnehmer am Moskauer Forum im März 1987. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, stellte fest: „Das war keine Propaganda. Auch die Amerikaner waren vertreten. Es war eine Unterhaltung der internationalen Geschäftswelt mit maßgeblichen Leuten, die hier tatsächlich eisern an den Reformen arbeiten. Natürlich fiel das Wort ‚Handel ist gleich Frieden‘. Aber warum soll man das nicht sagen?“

Der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter äußerte: „Die wichtigste Aufgabe ist heute die Erziehung zum Frieden. Ich glaube, Gorbatschow hat das verstanden.“ Der Schriftsteller Bernt Engelmann sagte: „Das Friedensforum in Moskau war ein Beitrag, die Hoffnung auf das Überleben der Menschheit zu stärken.“ Und Friedrich Wilhelm Christians, Sprecher der Deutschen Bank, bekannte: „Es ist für mich erregend, diese, wie ich meine, historische Wandlung zum Ende dieses Jahrhunderts mitzuerleben.“⁸

Diese Kommentare beziehen sich auf das Bemühen der Sowjetunion um neues Denken und neues Handeln angesichts der Möglichkeit der Selbstzerstörung der Menschheit. „Es gibt heute in der Welt eine solche wechselseitige Abhängigkeit, daß alle Völker wie eine Gruppe von Alpinisten an der Wand eines Berges hängen. Sie können sich entweder gemeinsam zum Gipfel durchschlagen oder gemeinsam in den Abgrund stürzen.“⁹

Die Veränderungen in den Einstellungen gegenüber dem Sozialismus hängen anscheinend zusammen mit der Haltung zur Menschheitsfrage Nr. 1, der Frage nach Krieg oder Frieden. Es stellt sich die Frage, ob hier eine Seite des Sozialismus gesehen wird, der man zustimmen kann, ohne den anderen gesellschaftlichen Merkmalen des Sozialismus zustimmen zu müssen. In diesem Falle wäre weiter zu fragen: Öffnet die Zustimmung zur heutigen Friedenspolitik des Sozialismus die Tür zum besseren Verständnis auch seiner bislang noch fremd oder unakzeptabel erscheinenden Realitäten? Zumindest scheinen sich die geistigen Horizonte der Menschen zu öffnen hin zu den Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen der Friedensbereitschaft und der Frie-

6 Aus einem Brief der Grünen-Bundestagsabgeordneten Annemarie Borgmann an ihre Parteifreunde, veröffentlicht im SPIEGEL, Nr. 51/1986.

7 Hans-Jürgen Benedict, Hamburg, zitiert nach: UNSERE ZEIT, 22. April 1987.

8 Alle Zitate zum Moskauer Friedensforum aus: STERN, 9/1987, S. 36.

9 M. Gorbatschow, zitiert nach: NEUES DEUTSCHLAND, 11./12. 4. 1987.

denkfähigkeit des Sozialismus/Kommunismus. Wenn die Sowjetunion heute in den Augen nichtsozialistischer Politiker zum Hoffnungsträger für die Vermeidung des atomaren Holocaust geworden ist, so ist damit auch die Frage aufgeworfen, unter welchen Bedingungen die demokratische, die ökonomische, die soziale, die geistige Dynamik des Sozialismus Einfluß gewinnen kann auf die Vorstellungen von neuen Formen menschlichen Zusammenlebens in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

2. Antikommunismus oder politische Entspannung? – Der Einfluß der Friedensbewegung

Indirekt sind Bewußtseinsveränderungen gegenüber dem Sozialismus, insbesondere gegenüber der Sowjetunion und der DDR, im Bundestagswahlkampf 1986/87 deutlich geworden. Als Bundeskanzler Kohl in der kaum verhüllten Absicht, sich antikommunistisch und antisowjetisch zu profilieren, den KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow mit dem faschistischen Chefpropagandisten Goebbels und anschließend die Gefängnisse der DDR mit faschistischen Konzentrationslagern verglich, da fand dies nicht wie früher Beifall; eine Mehrheit der Bevölkerung, der Parteien und der bürgerlichen Medien äußerte Ablehnung.

Das Bielefelder Emnid-Institut fragte im November 1986, ob es richtig oder falsch von Kohl gewesen sei, Gorbatschow mit Goebbels zu vergleichen. 90 Prozent erklärten: „Es war falsch, sich so zu äußern.“ Nur 9 Prozent hielten eine solche Äußerung für richtig. Den Befragten, die Kohls Vergleich für falsch hielten, wurden zwei weitere Meinungen vorgelegt. Es entschieden sich für die Antwort: „Der Vergleich ist nicht gerechtfertigt“ 64 Prozent. „Der Vergleich ist zwar berechtigt, aber als Bundeskanzler darf man sich nicht so äußern“ – dem stimmten 26 Prozent zu. Nur eine Minderheit erklärte also die Äußerung Kohls lediglich für inopportun; die große Mehrheit blieb bei der sachlichen Verurteilung als nicht gerechtfertigt.¹⁰

Der *Spiegel* kommentierte zutreffend: „Kohl hinkt mit der antisowjetischen Einstellung, die aus seiner Passage über Gorbatschow und Goebbels spricht, hinter der Zeit her. Er hat einen Trend nicht wahrgenommen (oder will ihn nicht wahrhaben), der sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Einstellung der Bundesbürger zu Moskau im Allgemeinen und zu der oft beschworenen Gefahr aus dem Osten im Besonderen hat sich gewandelt.“¹¹ Belegt wurde diese Einschätzung mit Hinweisen auf Umfragen. Der neue Trend zeigte sich laut *Spiegel* „insbesondere, als EMNID einige Fragen wiederholte, die das Institut vor fünf Jahren, im September/Oktober 1981, gestellt hatte. In einer wichtigen Frage wechselte die Mehrheit. Damals machten sich 55 Prozent ‚Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden‘, nun – im November ’86 – ver-

10 Siehe SPIEGEL, Nr. 46/1986, S. 28.

11 Ebenda, S. 29.

treten 59 Prozent die Gegenmeinung: „Ich mache mir keine Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden.“¹²

Natürlich dürfen diese Tendenzen nicht überschätzt werden. Zu erinnern ist an das Wort von Marx und Engels über die „Gedanken der herrschenden Klassen, die in jeder Epoche die herrschenden Gedanken sind.“¹³ Ganz ohne Zweifel sind die den Herrschenden der Bundesrepublik dienlichen, dem Sozialismus/Kommunismus feindlichen oder ablehnenden „Gedanken“ nach wie vor am weitesten verbreitet. Die bürgerlichen Medien schüren Tag für Tag, offen, unverblümt, plump, aggressiv oder verdeckt, verbrämt, geschmeidig, „aufgeklärt“ Antikommunismus. Manche Realitäten, vor allem auf jenen Feldern des Lebensstandards, die vom Konsumgüterangebot geprägt sind, scheinen die Vorbehalte gegenüber sozialistischen Ländern zu rechtfertigen. Ähnliches gilt für die Felder Demokratie und Menschenrechte, wenn Intoleranz gegenüber Kritik, wenn überflüssige und schädliche Einengungen praktiziert werden.

Jedoch sind den „herrschenden Gedanken“ des Großkapitals heute mit Blick auf die sozialistischen Länder Grenzen gezogen. Denn wir leben, im Unterschied zu Marx' Zeiten, in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Seit der ersten siegreichen sozialistischen Revolution von 1917 herrscht der Imperialismus nicht mehr uneingeschränkt im Weltmaßstab und ist angesichts der verdichteten Kommunikation im eigenen Bereich nicht mehr in der Lage, die Köpfe von sachgerechten Informationen aus der Welt des Sozialismus völlig frei zu halten. Das gilt um so mehr, je offener der Sozialismus seine Probleme darstellt und so Spekulationen und „Enthüllungen“ den Boden entzieht. Friedensvorschläge beispielsweise, die von dort kommen, sind heute nach wenigen Stunden in den Wohnstuben der Menschen hierzulande.

Damit stellen sich zwei weitere Fragen: Wie und in welchem Maße hat die Ausstrahlungskraft des Sozialismus in der Friedensfrage zur Entfaltung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik beigetragen? Und umgekehrt: Stimmt die These, daß eine wichtige Ursache für die Veränderungen im Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Sozialismus im Wirken der Friedensbewegung liegt?

1982 verstanden sich 32 Prozent der Bevölkerung als Anhänger der Friedensbewegung; unter den jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren bezeichnete sich jeder zweite (51 Prozent) so. Noch jeder Dritte in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren war bereit, sich mit dieser Bewegung zu identifizieren, in den Altersgruppen von 45 bis 59 Jahren und von 60 und mehr Jahren jeder Fünfte.¹⁴

Die Friedensbewegung hat als ein wesentliches Anliegen die Herausbildung des Massenbewußtseins, daß im Atomzeitalter Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann. Und an der Nahtstelle der beiden Weltsysteme konnte

12 Ebenda.

13 Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 46.

14 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–83, München 1983, S. 645.

eine besondere Sensibilität gegenüber Friedens- oder Kriegspolitik entstehen, wie auch eine schärfere, weil direktere Beobachtung dessen, was die beiden Systeme tun, um die Kriegsgefahr abzuwenden und Abrüstung tatsächlich zu betreiben. Das Mitwirken der Kommunisten in der Friedensbewegung hat nicht wenig zur Herausbildung von Bewußtsein über den engen Zusammenhang von Frieden und Sozialismus beigetragen; daher muß auf das Wirken der Deutschen Kommunistischen Partei hingewiesen werden, die als einzige Partei der BRD sozialistische Politik und Programmatik vertritt, und damit an bestimmten Punkten der gesellschaftlichen Bewegung Wirkungen auslöst.

Schon 1981 fragte Allensbach, ob die Bundesbürger dafür seien, daß Friedensdemonstrationen, Unterschriftensammlungen und andere Friedensaktionen auch unter Teilnahme „kommunistischer Gruppen“ stattfänden (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Meinungen zur Beteiligung „kommunistischer Gruppen“ an der Friedensbewegung (1981)

„Auch mit kommunistischer Beteiligung“	Dafür	Dagegen	Unentschieden
Bevölkerung insgesamt	35 %	38 %	27 %
SPD-Anhänger	44 %	35 %	21 %
CDU-Anhänger	26 %	29 %	25 %
FDP-Anhänger	35 %	32 %	33 %
Grünen-Anhänger	95 %	–	5 %

Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–83, a. a. O., S. 644.

Diese relativ hohe Akzeptanz kommunistischer Mitwirkung an Friedensaktivitäten wäre zu früheren Zeiten undenkbar gewesen. Sie verweist auf jene Seiten der politischen Kultur, die sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik neu herausgebildet haben und der Kalten-Kriegs-Ausgrenzung der Kommunisten entgegenstehen.

3. Sozialistische Orientierungen aus „archäologischen Ablagerungen“?

Wichtig im Zusammenhang der Ursachenforschung für den Einstellungswandel ist Galkins Hinweis auf die „archäologischen Ablagerungen“ im gesellschaftlichen Bewußtsein, aus welchen unter bestimmten Bedingungen grundlegende gesellschaftliche, darunter auch politische Orientierungen erwachsen können.¹⁵ Galkin erläutert: „Es gibt Ereignisse, deren Wirkungen während vieler Jahrzehnte und sogar im Verlauf von Jahrhunderten zu bemerken sind... Tief geprägt wurde die Entwicklung von Wertvorstellungen und

¹⁵ Alexander A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur, Frankfurt/M. 1986, S. 99.

politischen Orientierungen von Massengruppen der Bevölkerung durch die Weltkriege, insbesondere durch den Zweiten Weltkrieg.“¹⁶

Es ist nicht zu bestreiten, daß sich der Zweite Weltkrieg tief in das Bewußtsein der Deutschen eingepreßt hat; nicht nur wegen der millionenfachen persönlichen und materiellen Opfer, der Schrecken der Bombennächte, des leidvollen Getrenntseins, des Verlustes angestammter Heimat; sondern auch – wengleich zunächst nur zögernd – was die Verarbeitung der faschistischen und militaristischen Verbrechen betrifft, die Schuldhaftigkeit gegenüber unseren Nachbarvölkern, insbesondere gegenüber dem polnischen Volk, den Völkern der Sowjetunion und gegenüber den Juden.

Heute fragt man sich, welche „Ablagerungen“ im Bewußtsein die Tatsache hinterlassen hat, daß die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg in den Jahren nach 1945 nicht nur zu antimilitaristisch-antifaschistisch-demokratischen Neu-Orientierungen führten, sondern darüber hinaus antikapitalistisch-sozialistische Wertvorstellungen zur Geltung kamen. Entsprechende Positionen wurden nicht nur von der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertreten. Sie fanden sogar Eingang in die Programmatik der Christlich-Demokratischen Union mit der Feststellung: „Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist.“¹⁷ Diese kapitalismuskritischen Positionen fanden damals massenhafte Zustimmung in Volksabstimmungen für die Enteignung monopolistischer Großunternehmen und für die Überführung in gesellschaftliches Eigentum.¹⁸

Man kann solche „archäologischen Ablagerungen“ noch weiter zurückverfolgen, um die These aufzustellen, daß sozialistische Ideen gerade in Deutschland historisch tief verwurzelt sind. Solche „archäologischen Ablagerungen“ im gesellschaftlichen Bewußtsein gehen zurück auch auf die Glanzzeiten deutscher Sozialdemokratie, die auf den theoretischen Grundlagen von Marx und Engels mit ihrem Erfurter Programm „für die Abschaffung der Klassenherrschaft“, für den Sozialismus, Arbeitermassen gewann, stärkste Wählerpartei wurde (im Jahre 1893 23,3 Prozent der Stimmen und 1912 34,8 Prozent erreichte). Die Sozialdemokratie ist, bei allem Auf und Ab, bei allen Drehungen und Wendungen, für viele Menschen bis in diese Tage Hoffnungsträger für eine wie auch immer gestaltete sozialistische Zukunft geblieben.¹⁹

Vor diesem Hintergrund ist ein in der Öffentlichkeit kaum beachtetes, aber in bestimmten konservativen Kreisen mit Erstaunen und Betroffenheit aufgenommenes Allensbacher Umfrage-Ergebnis zu betrachten. Anfang 1986, zu einem Zeitpunkt, da sich die rechtskonservative Regierung in Bonn alles in allem recht erfolgreich wähnte, wurde in einer repräsentativen Umfrage nach den vier politischen Attributen „liberal“, „sozialistisch“, „christlich“, „konservativ“ und ihrer Resonanz in der Bevölkerung gefragt. Am schlechtesten wur-

16 Ebenda, S. 105.

17 Ahlener Programm der CDU vom 3. 2. 1947, in: Die Programme der CDU, Bonn 1980, S. 11.

18 Siehe: IMSF (Hrsg.), Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente, Frankfurt/M. 1978.

19 Zu den SPD-Wahlergebnissen siehe: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1981.

de der Begriff „konservativ“ beurteilt, der „sogar noch schlechter wegkommt als die Bezeichnung ‚christlich‘“, wie Allensbach sein Umfrageergebnis kommentiert. Die eigentliche Überraschung war das Ergebnis für „sozialistisch“. 41 Prozent der Befragten befanden, daß die Bezeichnung „sozialistisch“ für eine Partei spricht. Wiederum der Kommentar von Allensbach: „60 Prozent der SPD-Wähler sagten, daß das politische Attribut ‚sozialistisch‘ bei einer Partei auf etwas Positives hinweist. Bei den Grünen, die ja unter anderem auch jenen eine neue Heimat geboten haben, die am mangelnden Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie verzweifelt sind, gibt es sogar 64 Prozent, die aus der Bezeichnung ‚sozialistisch‘ Gutes heraushören... Überraschend ist sicherlich, daß das Wort ‚sozialistisch‘ als Kennzeichen für eine Partei auch bei den FDP-Wählern auf eine doch noch recht hohe Sympathie stößt. 47 Prozent stehen dem Begriff freundlich gegenüber. Und selbst bei den CDU/CSU-Wählern gibt es immerhin 26 Prozent, für die das Attribut ‚sozialistisch‘ einen guten Klang hat.“²⁰

Welche Vorstellungen im einzelnen damit auch verbunden sein mögen – der Wert „Sozialismus“ scheint tief verankert, tiefer, als Linke und Rechte zuweilen vermuten. Er konnte in den Nachkriegsjahren zurückgedrängt werden, als der Antikommunismus Staatsdoktrin war. Aber eine Tendenz zur Befreiung aus diesen reaktionären Fesseln scheint begonnen zu haben, als „in den späten fünfziger Jahren der selbstkritische Umgang mit der älteren und jüngeren deutschen Geschichte“ einsetzte und damit „eines der besten Elemente politischer Gesittung (entstand), das in diesem Staatswesen entwickelt worden ist.“ So Martin Broszat in der „Historiker-Debatte“.²¹

Es wäre wichtig, den Linien nachzugehen, die von hier zu den heutigen Veränderungen im Bewußtsein führen. Ihre Tendenz läßt sich vielleicht so zusammenfassen: Zur politischen Kultur dieses Landes soll ein offenes, vernünftiges, friedliches Verhältnis zu den sozialistischen Ländern gehören.

20 Allensbacher Berichte, 1986, Nr. 18, S. 2–3.

21 DIE ZEIT, Nr. 41/1986.

Zur Einschätzung eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation

Eva Gottschaldt

1. Problematische Datenlage – 2. Zur Aufarbeitung des Faschismus an der Macht im Massenbewußtsein – 3. Einige Rahmenbedingungen neofaschistischer Agitation – 4. Überlegungen zur antifaschistischen Strategie

1. Problematische Datenlage

Die bayerischen Landtagswahlen 1986 und die Bundestagswahl vom Januar 1987 bieten Anlaß, darüber nachzudenken, wie realistische Angaben über Umfang, Stärke und Stabilität eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation erarbeitet werden können. Unter welchen Umständen werden Menschen, bei denen Argumentationsmuster und politische Ziele des Neofaschismus auf Sympathie stoßen, mobilisiert, also dazu bewegt, für diese Ziele aktiv einzutreten?

Stimmabgabe ist eine Form aktiven politischen Verhaltens, und in Bayern entschieden sich 3% der Wähler für die Republikaner – jene 1983 wegen eines Kredits an die DDR, der auf die Initiative von Strauß zurückging, als Protestformation rechts von der CSU gegründete Partei, in welcher zunehmend offen neofaschistische Positionen Ziele und Agitation bestimmen und Leute eine politische Heimat finden, die durch Mitarbeit in anderen neofaschistischen Organisationen und Kreisen geprägt sind.¹ Bei den Bundestagswahlen konnte die NPD ihre Stimmen mehr als verdreifachen (von 68 000 auf 226 298) und wird 1,2 Mio. DM aus Steuergeldern als Wahlkampfkostenerstattung einstreichen. Eine erschöpfende Analyse dieser Entwicklung ist hier nicht nur aus Platzgründen unmöglich; es fehlt – dazu wird weiter unten etwas zu sagen sein – an empirischem Material. Hier sollen einige Überlegungen vorgestellt werden, Punkte, die m. E. beachtet werden müssen, wenn gefährliche Fehleinschätzungen vermieden werden sollen.²

Es gibt z. B. keine einfachen Korrelationen zwischen Massenarbeitslosigkeit

1 Zu den Republikanern vgl. Oskar Neumann, „Republikaner“ – keine Exoten, sondern Stütze der Stahlhelmfraktion, UZ, 31. 10. 1986; Stefan Jacoby, Die Republikaner. Eine neue rechts-extreme Sammlungsbewegung, DVZ/die tat, 10. 4. 1987.

2 Es erweist sich immer wieder als Handicap, daß es in der Bundesrepublik keine institutionalisierte marxistische Neofaschismusforschung gibt. Der Tod des Kölner Politologen Reinhard Opitz, dessen – unter erbärmlichen Lebensbedingungen angefertigte – brillante Arbeiten diese Lücke oft vergessen ließen, stellt die marxistischen Antifaschisten hierzulande verstärkt vor das Problem, eine kontinuierliche Analyse der Entwicklung neofaschistischer Formationen und Organisationen auf marxistischer Grundlage zu sichern.

und Marginalisierung lehrstellenloser Jugendlicher einerseits und Erfolgen neofaschistischer Agitation andererseits: Der Langzeitarbeitslose wird sich aus dem formalen Zusammenhang politischer Willensbildung (Stimmabgabe, Veranstaltungsbesuch, Parteieintritt, Parteiarbeit) eher „ausklinken“, eben nicht mehr mobilisierbar sein. Das Lebensgefühl und die Bedürfnisse, deren Erfüllung der vom martialischen Auftreten der Neofaschisten faszinierte Fußballfan in Stadion und Kneipe erhofft, stehen einer Integration in eine nach Führerprinzip strukturierte Nazigruppe eher entgegen. Der geschlossene Übertritt der Dortmunder „Borussenfront“ zur Kühnen-ANS nach deren Verbot 1983 ist nicht Ausdruck einer *allgemeinen* Tendenz gewesen.³

Dennoch ist die Gefährdung Jugendlicher durch den Neofaschismus größer, als eine Untersuchung aus dem Jahr 1982 vermuten lassen könnte.⁴ Bezüglich der Sympathie für die NPD und der Haltung gegenüber „nationalistisch eingestellten Gruppen (z. B. Wiking-Jugend)“ ergaben sich damals keine relevanten Unterschiede zwischen arbeitslosen Jugendlichen und solchen, die eine Lehr- oder Arbeitsstelle hatten. Daß sich aus den Prozentzahlen keine direkte Beziehung zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Sympathie für „nationalistisch eingestellte Gruppen“ ergibt, darf nicht davon ablenken, daß es in der Gesamtgruppe immerhin fast 3 % waren, die solche Gruppen „gut fanden“ und unter Lehrern und Erziehern seit Mitte der siebziger Jahre von der sogenannten Hitlerwelle die Rede ist, von Hakenkreuzschmierereien und „Judenwitzen“ in der Schule. In diesem Zeitraum verdreifachten sich die Mitgliederzahlen neofaschistischer Jugendorganisationen!⁵

Natürlich gibt es zwischen dieser Entwicklung und der Tatsache, daß Jugendliche seit 1974/1975 mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit (im Vergleich mit anderen Jahrganggruppen) konfrontiert sind, Zusammenhänge. Für die Frage nach einer antifaschistischen Strategie ist die differenzierte Betrachtung wichtig: Jugendarbeitslosigkeit als einen – neben anderen – wichtigen Faktor bei der Herausbildung einer kritischen psychischen und Bewußtseinslage zu sehen, auf die zu reagieren es verschiedene Möglichkeiten gibt, von denen die Entwicklung von Sympathie für neofaschistische Ideen und Organisationen und Integration in die Naziszene *eine* ist. Warum gerade diese ergriffen wird – das ist einer der Punkte, über die wir uns Klarheit verschaffen müssen, wenn wir uns überlegen, wie wir der neofaschistischen Gefahr entgegentreten können.⁶

3 Vgl. Hessische Sportjugend – Fußballfanprojekt. Zwischenbericht von Dieter Bott und Gerold Hartmann, „Wir sind alle Frankfurter Jungs“, Frankfurt/M. 1985.

4 Untersuchungen über „Veränderungen in der Motivationsstruktur Jugendlicher und junger Erwachsener“, 1981 vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bei SINUS (Heidelberg) und INFRATEST-Sozialforschung in Auftrag gegeben: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Materialband 1 zur SINUS-Studie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit. Band 200/1. Stuttgart 1985, Frage 33 u. 34. Tabelle 868 und 872.

5 Dazu: Peter Dudek (Hrsg.), Hakenkreuz und Judenwitz. Antifaschistische Jugendarbeit in der Schule, Bensheim 1980.

6 Dazu: Ulrich Hartmann, Hans-Peter und Sigrid Steffen, Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Anregungen, der wachsenden Gefahr entgegenzuwirken, München 1985, insbes. Kap. 11.

Insgesamt ist die Materialgrundlage für eine Untersuchung des Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation schlecht. Wahlergebnisse geben lediglich eine quantitative Auskunft über *eine* Möglichkeit politischen Verhaltens. Seit der direkt auf den „Rechtsextremismus“ abzielenden SINUS-Studie von 1979/1980 ist keine vergleichbare Untersuchung mehr durchgeführt worden. Abgesehen von dem totalitarismustheoretischen „Extremismus“-Begriff, der der SINUS-Studie zugrunde liegt, ist ihre Heranziehung aufgrund der seitherigen Entwicklung zunehmend problematisch. Die Studie wurde vor dem raschen Anwachsen der neuen Friedensbewegung, damit vor Beginn der auch daraus resultierenden politischen Polarisierung (deren entscheidendes Moment das Aufbrechen des „verteidigungs“politischen Konsenses ist) erstellt. Die Auswirkungen der Auseinandersetzungen um die Beschäftigung ausländischer Kollegen, die Kampagne gegen die Inanspruchnahme des grundgesetzlich garantierten Asylrechtes konnten von SINUS noch nicht berücksichtigt werden, ebensowenig wie die heftigen Debatten zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit aus Anlaß des 30. Januar 1983 und des 8. Mai 1985. (Debatten übrigens, an denen sich gezeigt hat und die mit bewirkt haben, daß die Frage nach dem Geschichtsbild und dem Stellenwert des Faschismus darin immer mehr zum zweiten entscheidenden Moment der Polarisierung im ideologischen Kräfteverhältnis wird, zum Punkt, an dem sich die Geister scheiden. Die jüngste ideologische Offensive konservativer Historiker hat diese Polarisierung nicht rückgängig machen können, sondern im Gegenteil verschärft.)

SINUS kam u. a. zu dem Ergebnis, daß 13% aller Wähler in der Bundesrepublik ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ besitzen.⁷ Die Auswertung einer Umfrage, die bei der Formulierung der Statements jene Themen berücksichtigte, die zur Zeit in der Nazipresse mit Vorrang behandelt werden, käme vermutlich zu weit höher liegenden Schätzungen (Nationalismus, „Ehrenschutz“ der „Frontsoldaten“, Ausländerbeschäftigung, Aidsgefahr, § 218). Insgesamt konnten das erst später erfolgte Umschwenken der bedeutendsten neofaschistischen Formation, der NPD, auf das Thema Ökologie und der Versuch, über Stichworte wie „Blockfreiheit“, „Neutralität“ und „deutscher Sonderweg“ Einfluß auf die Friedensbewegung zu erlangen, in der SINUS-Studie noch nicht berücksichtigt werden.

Eine Studie über die Wähler der Republikaner 1986 bzw. der NPD 1987 gibt es noch nicht. Umfragen zu Einzelthemen (INFAS zu Ausländerfeindlichkeit 1982, STERN über Antisemitismus 1986) berücksichtigen einzelne ideologische Elemente, die zwar – in jeweils unterschiedlicher „Aufmachung“ – zum Repertoire jedweder neofaschistischen Gruppierung in der Bundesrepublik gehören. Aus ihrem Vorhandensein in der Alltagsideologie eines Befragten kann aber nicht ohne weiteres auf das Vorhandensein eines geschlossenen neofaschistischen Weltbildes bei dem Betreffenden geschlossen werden.

7 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben . . .“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 78.

Umgekehrt wäre es fahrlässig zu glauben, Menschen ohne geschlossenes neofaschistisches Weltbild wären für neofaschistische Gruppierungen bzw. deren Ziele nicht mobilisierbar. Der Erfolg der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“, die im März 1982 bei der Kommunalwahl 3,8 % der Stimmen erhielt (und sich 1986 aufgelöst hat, um ihren Mitgliedern den Übertritt zu den Republikanern zu ermöglichen)⁸, die heftige Debatte um die Beschäftigung ausländischer Kollegen und um das Asylrecht sowie in jüngster Zeit die Kampagne für medizinisch sinnlose und im Kern rassistische Maßnahmen gegen HIV-(„Aids“-)Infizierte zeigen, daß ein geschlossenes neofaschistisches Weltbild eben nicht Voraussetzung für aktives Handeln (öffentliches Eintreten, Leserbriefe schreiben, wählen etc.) ist, welches objektiv neofaschistische Ziele befördert, ob dies dem Einzelnen bewußt ist oder nicht.

Voraussetzung für die Mobilisierung von Menschen für diese Ziele scheint es vielmehr zu sein, daß die neofaschistische Agitation an tatsächlich vorhandenen Ängsten und Befürchtungen anknüpft *und* mit einer eingängigen Argumentation angeblich wirksame Lösungen anbietet. Insofern, als es den Neofaschisten in weitgehender Übereinstimmung mit rechtskonservativen Kreisen gelungen ist, mit der Kampagne gegen Ausländerbeschäftigung und Asylrecht ebenso wie mit der Hetze gegen die von Aids besonders bedrohten Bevölkerungsgruppen Befürchtungen anzusprechen, die zahlreiche Menschen teilen (und denen im Falle von Aids ja tatsächlich eine klassenunabhängige Gefahr zugrundeliegt), könnte man von einer wirksamen populistischen Agitation sprechen. Deren besondere Gefährlichkeit liegt darin, daß durch sie ein rassistisch-biologistisches (völkisches) Wir-Gefühl erzeugt wird: Wir Nationalbewußten gegen die Überfremdung, wir Gesunden/Sauberen gegen die Kranken/Perversen usw. In der neofaschistischen Argumentation zur Bekämpfung von Aids werden (latenter) Rassismus, eine mit Ängsten und rigiden Moralvorstellungen belastete Einstellung zur Sexualität und völkische Blutmythologie (anknüpfend an das vorhandene Wissen über die Übertragungswege des Virus) zu einem brisanten Gemisch kombiniert.⁹ Die ideologischen Hilfsdienste, die der Neofaschismus der „geistig-moralischen Wende“ vorpreschend, testend, Spielraum erweiternd und Massenbasis schaffend erweist, lassen sich im Falle Aids besonders deutlich erkennen.¹⁰

8 Stefan Jacoby, a. a. O. (Anm. 1).

9 Als ein Beleg von vielen hier ein Leserbrief aus der Deutschen Wochenzeitung vom 22. 5. 1987, S. 11: „Von Aids waren ursprünglich nur zentralafrikanische Affen befallen. Wie einige nordamerikanische Ärzte und auch ein Mitteilungsblatt des Gesundheitsamtes Bitburg behaupten, wurde Aids durch Sodomie zwischen einigen Bewohnern Zentralafrikas und den kranken Affen auch auf Menschen übertragen. Von diesen gelangte dann die schreckliche Geschlechtskrankheit zunächst nach Mittel- und dann nach Nordamerika. Einige Asylanten schwarzer Hautfarbe schleppten später Aids, diese neuzeitliche Pest, in die Bundesrepublik Deutschland ein.“ Zu diesem Problem vgl. auch: Eva Chr. Gottschaldt, AIDS-Angst und AIDS-Hetze. Eine Herausforderung für Antifaschisten, in: antifaschistische rundschau. Mitgliederzeitschrift der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M., Juni 1987, S. 12.

10 Vgl. Reinhard Opitz, Die Funktion des Neofaschismus, in: Kurt Faller, Heinz Siebold (Hrsg.), Neofaschismus. Dulden? Verbieten? Ignorieren? Bekämpfen? Antifaschistisches Arbeitsbuch, Frankfurt/M. 1986, S. 122f.

Überdies ist fraglich, ob überhaupt sinnvollerweise von einem „geschlossenen“ neofaschistischen Weltbild gesprochen werden kann. Bedingt doch gerade die Funktion des Faschismus als Bewegung, Menschen massenhaft gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren, Phrasenhaftigkeit, Widersprüchlichkeit und ggf. skrupellose Wendungen um 180 Grad in der Programmatik neofaschistischer Gruppierungen!

2. Zur Aufarbeitung des Faschismus an der Macht im Massenbewußtsein

Die Frage nach einem Ansprechpotential für neofaschistische Agitation kann in der Bundesrepublik nicht getrennt von der Frage diskutiert werden, welchen Stand die Aufarbeitung der Erfahrung mit den Faschismus an der Macht bisher erreicht hat. Denn: Alle neofaschistische Argumentation und Agitation bezieht sich offen oder verdeckt in irgendeiner Weise auf den historischen Faschismus: verherrlichend, sich taktisch absetzend, teil-rechtfertigend ect.

Aufarbeitung meint hier *mehr* als das Erforschen der Wirklichkeit in den verschiedenen Lebensbereichen unter faschistischer Herrschaft und die Publikation der Forschungsergebnisse. Aufarbeitung meint hier auch *mehr* als die breitgestreute Information über faschistische Verbrechen und antifaschistischen Widerstand. (Hier haben Lehrer, Volkshochschulen, Filmemacher, Geschichtswerkstätten, Verlage etc. Beachtliches geleistet.) Gemeint ist: das Herinnehen des Wissens um die Realität des Faschismus in die kollektive Erfahrung der Bevölkerung, die Hereinnahme der persönlichen Konfrontation mit dem Wissen über Naziverbrechen und Widerstand in die individuelle Erfahrung auf intellektueller und emotionaler Ebene – mit der Folge, daß eine *tragsfähige antifaschistische Grundeinstellung zum Maßstab* der politischen und moralischen Beurteilung von gesellschaftlichen Zusammenhängen, politischen Entwicklungen und persönlichen Verhaltensweisen wird.

Hier gibt es im Alltagsbewußtsein der Bundesbürger Defizite, die nicht unterschätzt werden dürfen. Die Funktion der ideologischen Offensive rechter Historiker 1986/87 ist u. a., genau dies zu verhindern: daß der Antifaschismus im Alltagsbewußtsein zur Grundhaltung und Leitlinie wird. Wie es der Historiker und Kanzlerberater Michael Stürmer formulierte: „Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in einem geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“¹¹

Bis heute ist hier eine Entwicklung wirksam, die in den Umständen der Entstehung der Bundesrepublik angelegt war und die – neben dem ökonomischen Aufschwung der „Wirtschaftswunder“Zeit und der Neutralisierung des faschistischen Protestpotentials durch Renazifizierung und finanzielle Zuwendungen an „Entnazifizierungsgeschädigte“ (Ausführungsgesetz zu Art. 139

¹¹ Das Parlament, Nr. 20/21, 1986.

GG)¹² – zunächst zu einer relativen Bedeutungslosigkeit eigenständiger neofaschistischer Gruppierungen zwischen der Mitte der fünfziger und der Mitte der sechziger Jahre führte: Fast alle entscheidenden Denkmuster und Einstellungen, die vom Faschismus aufgegriffen und zur verbrecherischen Konsequenz zugespitzt worden waren, fanden sich – in angepaßter Form – in den Medien, den Unterrichtsstunden, am Stammtisch, kurz: in den Köpfen der Bundesbürger wieder.

Vieles, was zu den konstitutiven Bestandteilen neofaschistischer Ideologie gehört, war in Staatsdoktrin und öffentlicher Meinung offen oder modifiziert aufgehoben. Als Paradigma galt der Antikommunismus, Dogma war das Feindbild des auf baldigen Angriff sinnenden Russen, mit dem das Wissen über die von der Wehrmacht in der UdSSR angerichteten Verwüstungen und von SS-Einsatztruppen verübten Massaker verdrängt wurde. Im gesellschaftlichen Selbstverständnis als „soziale Marktwirtschaft“ fand die Volksgemeinschaftsideologie Anknüpfungspunkte. Diese hatte mit jener die Vorstellung gemein, die These von einem grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit sei historisch überholt, das weitere Festhalten an ihr für das Gemeinwesen von solcher Gefährlichkeit, daß es Verfolgung und Illegalisierung erfordere. Kommunismusverdacht diente bereits vor dem KPD-Verbot als Grund für politische, berufliche und soziale Ausgrenzung.

Die alte Volk-ohne-Raum-Vorstellung fand ihre zeitgemäße Form in der unablässig wiederholten Forderung nach Befreiung der DDR von „SED-Regime“ und sowjetischer „Besatzung“ bzw. nach Rückgabe ehemals deutscher Gebiete – die Heim-ins-Reich-Parole, verbrämt und moralisch überhöht durch die staatlich verordnete und allgemein geteilte Trauer über die deutsche Teilung, ihrerseits jedes ernsthafte Nachdenken über die Ursachen dieser Entwicklung verhindernd. Ähnliche Kontinuitätslinien ließen sich nachzeichnen bezüglich der vorherrschenden Vorstellungen von der Rolle der Frau und den Strukturen der „glücklichen Familie“; sie werden deutlich in den in der Erziehung vermittelten Werten („Anständigkeit“, „Sauberkeit“, „Fleiß“ etc.).

Mit der Gründung der Bundeswehr, deren Generäle alle bereits in der Wehrmacht der faschistischen Kriegspolitik gedient hatten, fand der Militarismus – die Vorstellung von soldatischen Tugenden im politikfreien Raum – wieder staatlichen Rahmen und Zugang zu Menschen aller Bevölkerungsschichten. Wenn es auch nicht als opportun galt, offen antisemitisch aufzutreten, so fand latenter Antisemitismus doch Ausdruck in Stammtisch-Spekulationen über die tatsächliche Zahl der Opfer des Holocaust und in Schmiereien an jüdischen Grabsteinen und Synagogenwänden.

Den meisten kleinen Nazis, Mitläufern, Nicht-Faschisten blieb die Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, mit der Rolle des Faschismus in der persönlichen Biografie erspart. Sie wurde ersetzt durch spärliche verbale Distanzierung und kollektives Schweigen. Menschen mit zum Faschismus offenen Grundeinstellungen konnten sich, ohne in persönliche Wider-

12 Abgedruckt in: Georg Fülberth, *Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten*, Köln 1982, S. 86.

sprüche zu geraten, auf die damaligen Regierungsparteien orientieren, sich mit den Inhalten der offiziellen Ideologie identifizieren. Die Frage nach dem Ansprechpotential für neofaschistische Agitation in der Gegenwart steht im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit – durch alle Brüche aufgrund der seither erfolgten gesellschaftlichen Entwicklung hindurch – die hier angedeuteten Kontinuitätslinien noch wirksam sind und/oder jetzt wieder verstärkte Wirksamkeit erlangen.

Natürlich hat es seither bezüglich der Einstellung zum historischen Faschismus wichtige Verschiebungen im ideologischen Kräfteverhältnis gegeben. Insbesondere die Studentenbewegung 1967/68 hat dazu beigetragen, das Tabu zu brechen, mit dem bis dahin die Frage nach der Vergangenheit (auch der Vergangenheit einzelner Repräsentanten der staatlichen Gewalt und von Vertretern der Wissenschaft) belegt gewesen war. Aber abgesehen davon, daß die Hauptthemen der Studentenbewegung im Bereich der internationalen Solidarität angesiedelt waren (Iran, Vietnam), gab es innere Gründe dafür, daß die kritische Haltung der Studenten damals nicht in einen faschismustheoretisch fundierten und aktiven Antifaschismus münden konnte: „Die studentische Generation Ende der sechziger Jahre hatte den Faschismus nicht oder nicht bewußt erlebt, so daß es für sie keine biographischen Gründe mehr gab, die ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zu scheuen. Andererseits waren die Studenten dieser Generation als (fast ausschließlich bürgerliche) Kinder eines gerade erst zu Ende gegangenen ‚Wirtschaftswunders‘ und eines zu Ende gehenden Kalten Krieges so gut wie bar jeder aktuellen oder historischen Verbindung zur Arbeiterbewegung. Ihr begieriges Aufgreifen der an den Universitäten fast gänzlich verschütteten marxistischen Theorie führte daher zunächst weder an die Seite der Arbeiterbewegung noch zur grundsätzlichen Ablehnung des Antitotalitarismus (der bei ihnen allerdings die Forderung nach Entspannung und Anerkennung der DDR nicht ausschloß).“¹³

Innerhalb der ideologischen Grenzen des „Antitotalitarismus“ blieb auch der Protest der Gewerkschaften gegen die NPD, die bis 1968 61 Landtagsitze in sieben Bundesländern erobert hatte und deren Einzug in den Bundestag 1969 durch demokratischen Protest – allerdings auch aufgrund des sich abzeichnenden Wiederaufschwungs nach der Rezession von 1966/67 – nur knapp verhindert werden konnte.

In den folgenden 10 bis 15 Jahren wurde allerdings eine Reihe von Faktoren wirksam, die gemeinsam und sich gegenseitig verstärkend das ideologische Kräfteverhältnis soweit veränderten, daß an die Stelle des allgemein akzeptierten Tabus für die Repräsentanten von Staat und Parteien die Verpflichtung getreten ist, so oder so zum historischen Faschismus Stellung zu beziehen und die eigenen Schlußfolgerungen aus dieser historischen Erfahrung darzulegen. Nur einige dieser Faktoren können hier genannt werden.

Im Zuge der Enttabuisierung des Faschismusthemas in den Universitäten büßte der (der Diskreditierung der sozialistischen Arbeiterbewegung und des

13 Thomas Doerry, Antifaschismus in der Bundesrepublik. Vom antifaschistischen Konsens 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1980, S. 21.

realen Sozialismus dienende) Totalitarismusbegriff an ideologischer Wirksamkeit ein und konnte die an der Aufrechterhaltung des Tabus interessierten Kreise nicht mehr zuverlässig vor der Frage nach den Verantwortlichen für die Errichtung der faschistischen Diktatur und nach ihren Trägern und Nutznießern schützen. Mit der Konstituierung der DKP 1968 und der Gründung des MSB Spartakus 1971 gaben sich Kräfte eine organisatorische Struktur und erwarben sich langfristig damit bessere Möglichkeiten des Eingreifens in die öffentlichen Auseinandersetzungen, die von einem Faschismusverständnis ausgingen, das sich an der marxistischen Klassenanalyse orientierte und nicht durch die Fiktion eines die politische Mitte bedrohenden Totalitarismus von rechts und links eingeschränkt war.

Die – seit 1972 auf der Grundlage des „Extremistenbeschlusses“ der Ministerpräsidenten praktizierten – Berufsverbote standen augenfällig in der Tradition politischer Ausgrenzung und Verfolgung im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus. Das sich gegen sie formierende Bündnis von Demokraten unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft stellte sich geradezu zwangsläufig in die Tradition der historischen antifaschistischen Bündnisse (Pariser Volksfrontkomitee, Nationalkomitee Freies Deutschland). Die Entstehung dieser (in den „Berufsverbotekomitees“ und in der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ organisierten) Bewegung war zugleich ein wichtiger Schritt bei der Erarbeitung einer zeitgemäßen Bündnispolitik und ein Prozeß der Aneignung der historischen Erfahrung mit dem Faschismus an der Macht und des Widerstandes. Im Hinblick auf das ideologische Kräfteverhältnis kann die Berufsverbotepolitik im Sinne ihrer Befürworter als gescheitert betrachtet werden.

Der Putsch in Chile und die dazu offen geäußerte Zustimmung aus den Reihen der Unionsparteien wurden innerhalb der Linken als Warnung vor den Gefahren begriffen, die der bürgerlichen Demokratie auch in der Bundesrepublik von rechts drohen, und veranlaßten vertiefte Diskussionen über eine antifaschistische Strategie und die Bedeutung antifaschistischer Bündnisse über die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung hinaus (Volksfront). Auch diese Diskussion beinhaltete die Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen.

Die neue antifaschistische Bewegung erreichte ihren ersten Höhepunkt in der Demonstration, die mit 40 000 Teilnehmern aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg in Frankfurt stattfand, einen zweiten mit der Internationalen Manifestation für die Auflösung der SS-Verbände in Köln am 22. April 1978. Der DGB, der vor der Teilnahme in Köln noch gewarnt hatte, faßte auf seinem 11. Bundeskongreß im gleichen Jahr Beschlüsse, in denen vor der Verharmlosung des Faschismus gewarnt, zur Bekämpfung des Neofaschismus aufgerufen und die Behandlung des Faschismusproblems in allen Schulen gefordert wurde. Vor diesem Hintergrund konnte die demokratische Öffentlichkeit den Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger erzwingen, dessen Mitwirkung als Marinerichter an Todesurteilen kurz vor Kriegsende vom Schriftsteller Rolf Hochhuth aufgedeckt worden war.

1979 verstärkten sich gegenseitig die emotionale Betroffenheit durch die Fernsehserie „Holocaust“, die Empörung über den die Täter schonenden, die Opfer oft tief verletzenden Verlauf des Majdanek-Prozesses und das Bewußtsein darüber, daß der Ablauf der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen am 31. Dezember 1979 alten und jungen Faschisten erweiterten Propagandaspielraum verschaffen würde. An der Internationalen Kundgebung in Straßburg, zu der die „Internationale Initiative der Opfer des Faschismus“ aufgerufen hatte, nahmen am 21. April 1979 30000 Menschen teil.

Zugleich erlangten die lokalen Aktivitäten gegen den Neofaschismus, der sich im Zuge der seit 1974 spürbaren strukturellen Wirtschaftskrise radikalisierte, Ende der siebziger Jahre deutlichen Auftrieb. Die antifaschistische Bewegung erweiterte und vertiefte ihr theoretisches Fundament, was sich in den Beiträgen des Antifaschistischen Kongresses widerspiegelte, der aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung in Mannheim stattfand.¹⁴

Beim Übergang in die achtziger Jahre wird die demokratische Öffentlichkeit auch durch die Aktivitäten geprägt, mit denen die antifaschistische und die Friedensbewegung zum einen auf den Nato-Aufrüstungsbeschluß vom Herbst 1979, zum anderen auf das Oktoberfestattentat vom Dezember 1980 reagieren. Die zunehmende Polarisierung des Kräfteverhältnisses kommt am deutlichsten im Entstehen einer einflußreichen Friedensbewegung einerseits und in der Wende zum Konservatismus an der Macht (Ende der sozial-liberalen Ära im Oktober 1982) zum Ausdruck.

Obwohl eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Antifaschismus in der Bundesrepublik noch fehlt, sei hier festgehalten, daß es ein ganzes Faktorenbündel gewesen ist, das zu einer Veränderung der öffentlichen Haltung gegenüber dem historischen Faschismus geführt hat, und daß die Generationsablösung Ende der sechziger Jahre ein Bestandteil dieses Bündels ist.¹⁵ Interessant wäre es, zu untersuchen, inwieweit auch der vorsichtig begonnene Übergang zu „normalen“ Kontakten mit Repräsentanten der DDR (März 1970 Kanzler Brandt in Erfurt, Mai 1970 der Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Stoph, in Kassel) die allmähliche Wiederfreilegung verschütteter Traditionen ermöglicht hat, die den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung gemeinsam sind und von denen die Gegnerschaft zum Faschismus die wohl wichtigste darstellt. Die „neue Ostpolitik“ ermöglichte zudem auch mit der Zeit eine differenziertere Darstellung der DDR-Wirklichkeit, was mit dazu beitrug, die Totalitarismuskonzeption obsolet werden zu lassen.

14 Wolfgang Abendroth u. a., *Wie Faschismus entsteht – und verhindert wird*. Materialien vom Antifaschistischen Kongreß Mannheim, hrsg. von der Antifaschistischen Initiative in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1980.

15 Wie die Enttabuisierung des Faschismusthemas Ende der sechziger Jahre in den Universitäten dann zeitversoben im außeruniversitären Bereich Wirkung zeigt, müßte im Rahmen einer umfassenderen Studie gezeigt werden. Hier müßten z. B. die Entwicklung der Beschlußlage der Gewerkschaften, die Lernzielkataloge für die Unterrichtsfächer Geschichte/Gemeinschaftskunde, die Auswirkungen der Bildungsreform insgesamt, die Kursangebote an Volkshochschulen (insbes. der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“) u. a. m. untersucht werden. Reizvoll wären Längs- und Querschnittuntersuchungen der Lokalpresse im Hinblick auf die Themen Faschismus und Widerstand.

Für uns ist entscheidend, daß die skizzierte Veränderung des ideologischen Kräfteverhältnisses bezüglich der Einschätzung des historischen Faschismus in der öffentlichen Meinung zugunsten antifaschistischer Positionen nicht mit einer Aufarbeitung des Faschismus im o.g. Sinne gleichgesetzt werden darf. Einerseits endete in jüngster Zeit jeder Versuch rechtskonservativer Kreise, endlich einen „Schlußstrich zu ziehen“, mit einem ideologischen „Eigentor“: Ob Bitburg oder Historikerdebatte – jeder Vorstoß führte zu verstärkter öffentlicher Diskussion und letztlich zu einer Stärkung des Antifaschismus. „Die Äußerungen zum Thema ‚Vergangenheitsbewältigung‘ haben nicht verfangen, sie dürften mehr Wähler abgeschreckt als angezogen haben“, schrieb der CDU-Parteitheoretiker Warnfried Dettling in einer Wahlanalyse.¹⁶ Zugleich entwickelt der Neofaschismus eine neue Dynamik und verbucht relative Erfolge.

3. Einige Rahmenbedingungen neofaschistischer Agitation

Aufschlußreich für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung ist ein Vergleich mit jener Phase in der Geschichte der Bundesrepublik, als der Neofaschismus in Gestalt der NPD wieder aus seiner relativen Bedeutungslosigkeit hervorkam und zu einem wirksamen politischen Faktor wurde. Nachdem die die Ära Adenauer kennzeichnende sture Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern gescheitert war und nun nach Auswegen aus der Sackgasse gesucht wurde, konnten rechtsstehende Anhänger der Union, besonders das Wählerpotential der „Vertriebenen“, ihre Forderungen bei der CDU/CSU nicht mehr sicher aufgehoben wissen. Die Nachfrage nach einer Rechtsopposition stieg sprunghaft an, als die CDU im Rahmen der Großen Koalition gemeinsam mit der SPD zu einer realistischeren Außenpolitik überging. Nationalistisch, revanchistisch eingestellte Wähler orientierten sich nun auf jene Kraft, die versprach, all das entschlossen in Angriff zu nehmen, was die Union versprochen, aber nicht eingelöst hatte: die Wiedervereinigung durchzusetzen und „Deutschland“ den ihm angeblich zustehenden internationalen Respekt und Einfluß zu verschaffen.

Dazu kamen die Auswirkungen der 1966 einsetzenden Wirtschaftskrise auf das Bewußtsein vor allem der Mittelschichten. Aus dem Gefühl der sozialen Bedrohung und wirtschaftlichen Unsicherheit heraus gingen Unionwähler zur NPD über. Die Illusion von der krisenfreien „sozialen Marktwirtschaft“ bröckelte, die NPD lockte unter den Schlagworten „gesunde Volkswirtschaft“ und „Gemeinsinn“ mit der unverfälschten Volksgemeinschaftsideologie. Gefühle der Unsicherheit und Bedrohung wurden bei autoritär eingestellten Menschen auch durch das Entstehen demokratischer Massenbewegungen (Vietnam, Studentenbewegung etc.) verstärkt. Angesichts spektakulärer Aktionen der Studenten am Rande der formalen Legalität schien der Ruf nach einem starken Staat, der „mal richtig durchgreifen würde“, angemessen. Die NPD versprach, ihn zu schaffen.

16 Der Spiegel, Nr. 6/1987.

1986 erklärte die NPD: „Der Werteschwindel liegt heute sichtbar offen. Die CDU/CSU hat all das in ihre Politik übernommen, was angeblich durch die Wahl des kleineren Übels verhindert werden sollte. Die Erklärung der Oder-Neiße-Linie zur polnischen Westgrenze durch Helmut Kohl, der ungebremsste Ausländerzustrom, die Massenarbeitslosigkeit, die ‚legale‘ Massentötung ungeborenen Lebens haben die ‚Wende‘-Politik als das entlarvt, was nur als ein millionenfacher Betrug am Wähler zu bezeichnen ist.“¹⁷

Anders als in den sechziger Jahren stehen jedoch z. Z. keine Kursänderungen in der Außenpolitik an, die im Bewußtsein von Bürgern mit rechter Alltagsideologie eine vergleichbare Dramatik erhalten könnten. Die Vorstellung, revanchistische Ziele seien gegenüber der DDR und Polen in absehbarer Zeit durchsetzbar, hat anderthalb Jahrzehnte lang kaum Nahrung erhalten, kann also nicht in vergleichbarer Weise brüskiert werden.

Um so dramatischer – verglichen mit 1966 – sind die Auswirkungen der seit 1974 mit unwesentlichen Unterbrechungen anhaltenden Dauerkrise. In den Köpfen derer, die noch Arbeit haben, stellt sie sich als – manchmal verdrängte – Dauerbedrohung dar, verstärkt durch Strukturverschiebungen aufgrund raschen technologischen Fortschritts. Anders als vor zwanzig Jahren kann die neofaschistische Agitation auf die Anwesenheit ausländischer Kollegen verweisen, Existenzangst und latenten Rassismus zu massenwirksamer Demagogie zusammenführen. (1967 waren 459 000 arbeitslose Deutsche gemeldet, der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug 3%, Frauen und Kinder eingerechnet.) Das Versäumnis einer wirklichen Aufarbeitung des Faschismus erhält hier noch eine gefährlichere Brisanz als in den sechziger Jahren, kam doch INFAS bereits 1982 zu dem Ergebnis, daß 49% der Bundesbürger mehr oder weniger ausländerfeindlich seien.¹⁸ Gestiegene Gewalttätigkeit gegen Ausländer ist Ausdruck gewachsener Bereitschaft, die eigene rassistische Einstellung in aktives Handeln umzusetzen und so – bewußt oder nicht – im Sinne des Neofaschismus zu handeln.

Eine Reihe von Einstellungen, die bislang eher in einen durch den historischen Faschismus diskreditierten Tabubereich gehörten und nur in verhüllter Form in der Programmatik der CDU/CSU und der Alltagsideologie ihrer Anhänger aufgehoben waren, sind durch Äußerungen von Unionspolitikern in den Raum des sanktionsfrei diskutierbaren zurückgeholt worden (Antisemitismus/Rassismus). Zugleich gibt es (nicht nur in der Fachwelt) den Versuch, den historischen Faschismus durch seine Einordnung in eine die gesamte Menschheitsgeschichte durchziehende Kette von Verbrechen zu relativieren. Kanzleräußerungen über angebliche KZs in der DDR, der Goebbels-Gorbatschow-Vergleich stellen die Vulgärform der „Historikerdebatte“ dar, die auf das Bewußtsein von Bürgern mit rechter Alltagsideologie zielt. Das Tabu, das eine wirkliche Aufarbeitung nicht ersetzen konnte, wird brüchig, das Fehlen einer tragfähigen antifaschistischen Grundeinstellung erneut zur Gefahr.

17 Rede des NPD-Vorsitzenden Mußgnug auf dem Willinger Bundesparteitag 1986, S. 33 des verbreiteten Textes.

18 Die Zeit, 23. 4. 1982.

Der ideologische Spielraum des Neofaschismus wird auch dadurch ausgedehnt, daß Teile des konservativen Lagers auch auf die formale Distanzierung ihm gegenüber zunehmend verzichten, was sich an z. T. wörtlichen Übereinstimmungen in den Argumentationen zu bestimmten Themen (Asylrecht, Aids) zeigen läßt. Scharnierfunktion übernehmen Zeitschriften wie „Criticòn“ oder „Mut“ und Einrichtungen wie das Studienzentrum Weikersheim. Diesen erweiterten Spielraum verstanden die Neofaschisten im Bundestagswahlkampf insofern erfolgreich zu nutzen, als sie sich auf die Wahlempfehlung zugunsten der NPD einigten. Zur Zeit ist noch nicht eindeutig auszumachen, welche der beiden relevanten Formationen rechts von der CSU die größere Dynamik entwickeln wird: die eingangs charakterisierten Republikaner oder das aus der NPD und der DVU Gerhard Freys gespeiste und mittlerweile als Partei konstituierte Wahlbündnis DVU – Liste D, neben dem NPD und DVU weiterexistieren. Vorsichtig sei vermutet, daß die bessere Tarnung als konservative Kraft und die ausgefeiltere Programmatik für die Republikaner sprechen, in deren Reihen sich das Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der offen neofaschistischen Kräfte verschieben kann, wenn enttäuschte NPD- bzw. DVU – Liste D-Wähler zu ihnen stoßen.¹⁹

4. Überlegungen zur antifaschistischen Strategie

Die Betrachtung der Rahmenbedingungen, die zum Anwachsen eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation geführt haben, ersetzt nicht die Antwort auf die Frage, unter welchen konkreten Bedingungen der in seinem Alltagsbewußtsein eher rechts eingestellte Einzelne die Bereitschaft entwickelt, aktiv – mindestens durch Stimmabgabe – für neofaschistische Positionen einzutreten. Gewiß lassen sich hier anhand von Interviews und Biographievergleichen typische Faktorenkonstellationen ermitteln, wie dies z. B. Eike Hennig für den Bereich des jugendlichen Neofaschismus versucht, ohne m. E. zu einer befriedigenden Antwort zu kommen: „Der Übergang von Meinung zu Verhalten und damit auch die Bereitschaft, sich rechtsextremistischen Gruppen anzuschließen, ergibt sich als bestimmte Verarbeitung von politischer Entfremdung und Deprivation: die politischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland bieten keine Möglichkeit für ein (selbstlos-idealistisches) Engagement und werden als unglaublich sowie korrupt scharf abgelehnt. Die sich gerade bildende Identität läßt es nicht zu, sich an derartiger Sachlichkeit zu beflecken, weil die dann nötigen Kompromisse die eigene Person und deren ganzheitlichen Messianismus moralisch entwerten würden.“²⁰

19 Diese Einschätzung ist das Ergebnis einer Arbeitstagung der Kommission Neofaschismus beim Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten Ende April 1987. Nach dem Erfolg der Liste D bei den Bremer Landtagswahlen vom 13. 9. 1987 ist hier sicher weiter zu diskutieren.

20 Eike Hennig, Neonazistische Militanz und Terrorismus. Thesen und Anmerkungen, in: Gewalt von rechts. Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik, hrsg. v. Referat „Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus“ im Bundesministerium des Inneren, Bonn 1982, S. 115. Auszüge aus den zugrundeliegenden Interviews in: Der Spiegel, Nr. 46/1981, S. 35 ff.

Diese Beschreibung erklärt aber nicht, warum die sich gerade bildende Identität, um ihren ganzheitlichen Messianismus nicht zu beflecken, sich nicht z. B. besonders rigorosen Formen „alternativen Lebens“, etwa Sekten, zuwendet. In der „Adoleszenzkrise“ allein findet sich jedenfalls keine zureichende Erklärung für die neofaschistische Karriere der von Hennig interviewten Jugendlichen.

Aufschlußreicher im Hinblick auf die Prävention ist ein weiterer Befund: „Aus der Umwelt der betreffenden Jugendlichen ist auf die große Bedeutung der volkstümlichen NS-Legende, die durch Angehörige der Großvätergeneration vermittelt wird, aber auch auf das Ansprechen durch ‚Altnazis‘ (z. B. beim Kauf von Militaria auf Flohmärkten und bei der Suche nach Lektüre) hinzuweisen. Für latent bereits überzeugte Jugendliche spielt die Publizität bereits bestehender Organisationen eine überragende Auslöserfunktion.“²¹ Im Rahmen einer wirksamen antifaschistischen Strategie geht es demnach darum, den Zufall zu organisieren: dafür zu sorgen, daß Jugendliche eben nicht von „Altnazis“ „beim Kauf von Militaria“ angesprochen werden können. Und umgekehrt, daß Begegnungen mit NS-Opfern und Widerstandskämpfern, Gedenkstättenbesuche etc. den Prozeß der Aufarbeitung im o. g. Sinne in Gang setzen, der „die Vermittlung der volkstümlichen NS-Legende“ wirkungslos werden läßt. Das aber erfordert den *politischen* Kampf um die Veränderung der Rahmenbedingungen auf den verschiedenen Ebenen: für die Durchsetzung des Verbotes neofaschistischer Propaganda und Organisation (Art. 139 GG), für die Vermittlung der antifaschistischen Grundhaltung im Unterricht, für die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit etc.

Für die Erarbeitung einer antifaschistischen Strategie können wir auf Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte zurückgreifen: Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war die „neue Ostpolitik“ Gegenstand einer heftigen Debatte, die die gesamte Gesellschaft erfaßte. Gegen das neue außenpolitische Konzept formierte sich das von der NPD angeführte Spektrum neofaschistischer Gruppierungen in der „Aktion Widerstand“. Mit der Durchsetzung des neuen Kurses und dem Beginn des Prozesses hin zur Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 *und* mit der (durch die konjunkturelle Entwicklung ermöglichten) Reformpolitik wurde die Basis für neofaschistische Positionen zunehmend schmaler. Das Aufzeigen *und* die Durchsetzung neuer politischer Perspektiven nahmen der NPD politischen Spielraum. Die Durchsetzung einer Politik, die die sowjetischen Abrüstungsvorschläge ernst nimmt und konstruktiv beantwortet, umfassende Beschäftigungsmaßnahmen, konsequenter Umweltschutz, eine Außenpolitik, die z. B. gegenüber Südafrika und Chile entschieden für die Einhaltung der Menschenrechte eintritt, u. a. m. würden auch heute neofaschistischer Agitation den Boden entziehen.

21 Ebenda, S. 117.

Rassistische Erneuerung des Konservatismus

Vera Kissel

1. Ausländerfeindlichkeit und Konservatismus – 2. Das „Heidelberger Manifest“ – Paradigma des modernen Rassismus – 3. Die Verflechtungen des „Heidelberger Manifests“ – 4. Rassismus in der konservativen Ausländerpolitik – 5. Kurswechsel der Wirtschaft – 6. Ausländerfeindlichkeit als subjektive Krisenverarbeitung – 7. Methodische Notiz – 8. Die Asylantenkampagne 1986

„Die Rasse sieht immer so drein, wie das Geschäft sie braucht“ – vor mehr als 50 Jahren formulierte Ernst Bloch,¹ was auch im Sommer und Herbst 1986 in der Bundesrepublik erfahrbar war: diesmal half „die Rasse“ den Konservativen bei ihren Wahlgeschäften, diesmal wurde sie in Gestalt der „Asylantenflut“ den Bundesdeutschen präsentiert.

Meine These: Neuer Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit setzen sich in den 80er Jahren nicht nur in enger Verzahnung durch – die Durchsetzung rassistischer Ideologiemuster ist sogar notwendiges Moment im Konstitutionsprozeß eines neuen Nationalismus.²

1. Ausländerfeindlichkeit und Konservatismus

Als „reaktionäres Krisenbewußtsein der Bourgeoisie“³ gewinnt im Verlauf der 70er und 80er Jahre der Konservatismus an Bedeutung – dies nicht allein in der Bundesrepublik, sondern international. Staatsmonopolistische Herrschaftslegitimation und -sicherung können nun nicht mehr auf konservative militärische und nationalistische Traditionen verzichten.

In der Nachkriegszeit allerdings empfahl sich in der Bundesrepublik (begünstigt durch die dem „Wirtschaftswunder“ zu dankenden ökonomischen Spielräume für soziale „Gratifikationen“) aufgrund der historischen Verquickung von konservativer und faschistischer Ideologie und Politik der zeitweilige Verzicht auf diese Traditionen. So zwingt bis heute diese Geschichte des deutschen Konservatismus seinen „Erneuerern“ spezifische Züge auf, die es

1 Ernst Bloch, Rasetheorie im Vormärz, in: Erbschaft dieser Zeit, Bd. 4 der Gesamtausgabe, Frankfurt/M. 1962, S. 90.

2 Ich stütze meine Ausführungen auf meine mit Petra Ehring verfaßte Diplomarbeit: Arbeitsmi-granten in der Presse. Eine inhaltsanalytische Untersuchung am Beispiel der Dortmunder „Ruhr-Nachrichten“, Dortmund 1985, in der wir exemplarisch die rassistische Erneuerung des Konservatismus und ihre Widerspiegelung in der Presse untersuchen.

3 Ludwig Elm, Konservative Ideologie und Politik in der BRD, Ausgangspositionen und Perspektiven am Beginn der achtziger Jahre, in: ders., Konservatismus in der BRD. Wesen, Erscheinungsformen, Traditionen, Berlin 1982, S. 11.

erlauben, an die wesentlichen konservativen Inhalte anzuknüpfen, ohne die historische Hypothek der Verbindung zum Faschismus zu übernehmen.⁴

Kernelemente konservativer Ideologie – kreisend um „Macht“, „Eigentum“ und „Ordnung“ – prägen die Gesamtheit rechtsextremer Ideologien. Gesellschaftlichkeit konstituiert sich aus dem Wechselspiel von „Masse“ und „Elite“ eines „Volkes“. Dies sind die Einbruchstellen rassistischer Ideologie in den Konservatismus, aber auch eine entscheidende Brücke zu anderen rechtsextremen Positionen: „Die Antithese zur Egalität bildet gegenwärtig die ideologische Querverbindung ‚neokonservativer‘ und neofaschistischer Strömungen“.⁵ Die Führung der Massen durch eine Elite wird im Rückgriff auf sozialbiologistische Deutungsmuster legitimiert. Die Herrschaft weniger über die Mehrheit wird verklärt zur natürlichen Konstante jeder menschlichen Gesellschaft. Soziale Ungleichheit wird so naturalisiert, das Prinzip des „Stärkeren“, der sich durchsetzt, als ein zentraler Bestandteil des Rassismus, tritt im Gewande der „Begabten“ und „Leistungsfähigsten“ auf. Der Klassenantagonismus wird aufgehoben in einen mystischen Volksbegriff der neuen deutschen „Leistungsgemeinschaft“.⁶ „Legenden von der Herkunft und Wesensart sowie einer weltweiten Zusammengehörigkeit der ‚Deutschen‘, des ‚Deutschtums‘ und des ‚deutschen Volkes‘ gewinnen dabei einen wachsenden Stellenwert.“⁷

Dieses Konzept strahlt weit über die Mittelschichten aus, spricht es doch den „Besitzer in jedem von uns“ an. In die völkische Konzeption „nationaler Identität“ integriert, werden so auch noch „Habenichtse“ zu „Besitzenden“: Der Deutsche, besitzt er auch nichts als seine Arbeitskraft, *hat* doch immer noch seine „nationale Identität“, seine „kulturelle Eigenart“. Sein „Deutschtum“ wird ihm in der konservativen Ideologie als unveräußerlicher Besitz qua Nationalität angeboten, ein Besitz, der gegen alle Feinde und Fremden innen und außen zu verteidigen ist. Damit ist das grundlegende rassistische Deutungsmuster in moderner Form rekonstituiert.

2. Das „Heidelberger Manifest“ – Paradigma des modernen Rassismus

Der Prozeß der rassistischen Erneuerung des Konservatismus zu Beginn der 80er Jahre kann rekonstruiert werden. Im Mittelpunkt meiner Analyse steht das „Heidelberger Manifest“ (HM), jenes Dokument „neurechter Ideologie“, mit dem 1981 eine neue Phase in der Geschichte des deutschen Rassismus eingeleitet wurde: Hier wurde zum ersten Mal – wissenschaftlich verbrämt und mit professoraler Autorität ausgestattet – Ausländerfeindlichkeit sprachlich und argumentativ so aufbereitet, daß der Zugang zu den Massen-

4 Vgl. Hans Adamo, Von Adenauer bis Kohl, in: ders. (Hrsg.), CDU/CSU. Gestern und heute, Frankfurt/M. 1983, S. 12 ff.

5 Arno Klönne, Ausländerfeindlichkeit, in: Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) (Hrsg.): Kongreß Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit am 16./17. 3. 1983 in Frankfurt, Dokumentation, Marburg 1984, S. 5.

6 Reinhard Opitz, Ausländerfeindlichkeit, „Neue Rechte“ und „Identität“, in: Ebd., S. 14.

7 Ludwig Elm, Konservative Ideologie ..., a. a. O., S. 28.

medien gelang. Geradezu paradigmatischen Charakter für den modernen Rassismus gewann das HM aber dadurch, daß seine Inhalte in Ideologie und Politik des Konservatismus aufgenommen wurden.

Ich beziehe mich bei der Analyse auf die zweite Fassung, die nach ersten öffentlichen Protesten entstand, stelle nur da, wo die Differenzen bedeutungsvoll sind, die erste Fassung neben die zweite.⁸

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zugang von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums.“⁹

„Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der – ausgelöst durch eine emphatisch-optimistische Wirtschaftspolitik – dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Lande leben und arbeiten.“

In der ersten Fassung wird bereits im ersten Satz direkt ausgesprochen, worum es den Verfassern geht: ein neuer Nationalismus soll konstituiert werden, begründet aus einer besonderen „Identität“ des deutschen Volkes. Das geschieht, indem das „deutsche Volk“ in den Kontext von Bedrohung gestellt wird – Millionen von Ausländern unterwandern es, „Überfremdung“ droht dem deutschen „Volkstum“. Damit ist eine vom Wesen her rassistische Argumentation artikuliert, Völker werden nur im Gegensatz zueinander gedacht, der Fremde wird zum Feind, der – fast unmerklich – das deutsche Volk von innen her erobert.

In der zweiten Fassung gehen die Autoren diskreter vor: Aus der antikomunistischen Rede von der „Unterwanderung“ wird die bürokratische Rede vom „Vorgang“. Der aus dem „Wörterbuch“ der faschistischen „Herrenmenschen“ stammende Begriff der „Überfremdung“ ist eliminiert; die Ausländer sind wieder euphemistisch zu „Gastarbeitern“ geworden. Aus der abwehrenden öffentlichen Reaktion lernend, ziehen sich die Verfasser in der zweiten Version aus den sprachlich markierten Tabuzonen der Nachkriegszeit zurück, knüpfen an dem an, was gesellschaftlicher Konsens ist, die rassistischen Inhalte der ersten Fassung so hinüberrettend. Dieses Verfahren ist für die zweite Fassung des HM typisch. Zunächst wird die Bedeutungsstruktur des „deutschen Volkes“ in biologistischer Form gebildet.

„Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren.“

„Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: Die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.“

⁸ Links die erste, rechts die zweite Fassung.

⁹ Zit. nach „Frankfurter Rundschau“, 4. 3. 1982, ebenso alle folgenden Zitate der beiden Fassungen.

Die Deutschen drohen auszusterben, sie müssen als Volk „erhalten werden“; die biologistische Bedeutung von der „Erhaltung der Art“ klingt an. Dies wird durch den folgenden Satz bestärkt: „Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.“ Die Spezifik des HM liegt in der Methode, die Bedeutungsstrukturen der „Rasse“ zu bilden, ohne „Rasse“ als Begriff zu gebrauchen, ja sogar indem es sich offen gegen Rassismus abgrenzt: „Wir betonen ... daß wir ... uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Linksextrémismus wenden.“

„Eine anti-rassistische Einführung eines neuen Rassismus“ nennt Wieland Elfferding diese Methode.¹⁰ Die Einteilung in „höhere“ und „niedere“ Rassen ist ein wesentliches Element des Rassismus. Im HM ist die rassistische Hierarchisierung in die Form eines „Ethnopluralismus“ gehoben, in *deutscher* Perspektive selbstverständlich: „Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet ... Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden.“

Formuliert als „natürliches Recht jeden Volkes“ werden natürliche gegenüber gesellschaftlichen und historischen Faktoren hervorgehoben, Entwicklung wird so letztlich von der Rasse bestimmt. Expansionismus und Aggressivität gegenüber anderen Völkern, im nationalsozialistischen Rassismus auf die Spitze getrieben, werden den Entwicklungen der Nachkriegszeit angepaßt: Im HM geht es nicht um die Unterwerfung, gar Vernichtung unwerter Völker, sondern um ihre „Erhaltung“ – und zwar in einem vereinten Europa – unter deutscher Führung, versteht sich. Trotzdem assoziiert die Rede von den „erhaltenswerten“ Völkern den nazistischen Diskurs von den „lebensunwerten“ Völkern. Dem müssen die Autoren in ihrer zweiten Fassung Rechnung tragen. Sie wenden sich ausdrücklich gegen diese Interpretation: „Wer aus diesem Begriff folgert, daß es nicht erhaltenswerte Völker gäbe ... mißdeutet gröblich unser Anliegen.“

Doch wird der Begriff der „Erhaltung“ so angeordnet, daß er dem nationalsozialistischen Rassebegriff und der damit verbundenen Vorstellung der Rassehygiene assoziiert werden kann. Dies wird durch die Verknüpfung des Integrationsbegriffs mit der bereits dargestellten „Gefährdung“ des deutschen Volkes erreicht: „Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.“ In der ersten Fassung wurde dies noch deutlicher ausgesprochen, durch einen vorhergehenden Satz, der im Gewande systemtheoretischer Begrifflichkeit biologistisch argumentierte: „Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden.“

¹⁰ Vgl. Wieland Elfferding, Notiz zum Diskurs des „Heidelberger Manifests“, in: *Das Argument*, Nr. 138, Berlin 1983, S. 255.

Verstärkt wird dieses rassistische Assoziationsfeld durch die Beschwörung einer drohenden „Einschmelzung“,¹¹ bzw. der „ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“¹², die in modernisierter Form das im Rassismus seit Gobineau zentrale Thema des „Kulturzerfalls durch Rassenmischung“ aufnimmt. An die biologistische Bedeutung des „Volkes“ wird nun die nationale angefügt: „... Gefährdung des *eigenen* Volkes, *seiner* Sprache, Kultur und Religion ...“ (Hervorhebung von mir, V. K.)

Die vorangehenden Passagen führen exemplarisch vor, wie ausgehend von einem „Ethnopluralismus“, der das Recht aller Völker auf Erhaltung ihrer Eigenart setzt, der neue Nationalismus in Gestalt seiner Zentralkategorie der „nationalen Identität“ gebildet wird. Reinhard Opitz bezeichnet das Konzept des „Ethnopluralismus“ als das wesentliche Feld, auf dem das neue Nationalbewußtsein aufgebaut werden soll. Die Rede von der „nationalen Identität“ wird zur „ideologischen Generalbegründung und -rechtfertigung sowohl der ... Anti-Ausländer-Politik im Innern als auch ... des die gesamte außenpolitisch-internationale Programmatik der ‚Neuen Rechten‘ ausmachenden Rufs nach der ‚völkischen Neuordnung Europas‘ ...“¹³ Der neue Nationalismus bedarf geradezu einer rassistischen Begründung: Da in einer von Klassegegensätzen zerrissenen Gesellschaft die Mystifikation einer die auseinanderstrebenden Teile zusammenführenden „nationalen Gemeinschaft“ nicht aus den gesellschaftlichen Verhältnissen abgeleitet werden kann, muß dieser Zusammenhang außerhalb des Gesellschaftlichen – im Natürlichen gesucht werden. Die Rasse wird zur einheitsstiftenden Substanz der Nation,¹⁴ der Rassismus zum „Versuch, über den ‚Rassenkampf‘ nach außen und innen hin die Auseinandersetzung der Klassen sich selbst und andere vergessen zu lassen!“¹⁵

Das Zeitgemäße des HM liegt in seinem geschickten Anknüpfen an unmittelbare Lebenserfahrungen der Bundesdeutschen und an Wertvorstellungen, die sich in den 70er Jahren herausgebildet und seitdem weit verbreitet haben. Die Rede von der „Erhaltung“ greift ökologische Motive auf. Ganz unverstellt erscheint dies gegen Ende des Manifests:

„Die Rückkehr der Ausländer (...) wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, nicht nur gesellschaftliche sondern auch ökologische Entlastung bringen.“

„Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihren Heimatländern (...) wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten!“

Die Ausländer sind nicht nur eine „Belastung“, die unsere Kultur zu überfremden droht, sie belasten auch noch unsere eh schon strapazierte Umwelt! Der Hinweis auf die Siedlungsdichte der Bundesrepublik in der ersten Fassung ist nur eine sachlich maskierte Form der nationalsozialistischen Rede vom „Volk ohne Raum“. Von Alltagserfahrungen vieler Bundesdeutscher

11 In beiden Fassungen.

12 In der ersten Fassung.

13 Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt/M. 1984, S. 325 f.

14 Vgl. Reinhard Kühnl, Nation, Nationalismus, Nationale Frage, Köln 1986, S. 28.

15 Arno Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen. Köln 1984, S. 74.

werden ideologische Brücken zu einer rassistischen Ideologie geschlagen. So wird die Angst vor „Überfremdung“ gleich zu Beginn erzeugt durch das sinnfällige Bild der „Fremdlinge in der eigenen Heimat“:

„Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.“

„Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsplätzen fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.“

Die Erfahrung vieler Bundesdeutscher im Zusammenleben mit Ausländern wird „assoziativ an andere Entfremdungen“ angeschlossen und legt nahe, „die wachsende *Unwirtlichkeit der Städte* den ‚Gastarbeitern‘ anzulasten.“¹⁶

Deutlich wird aber auch eine weitere Besonderheit des Manifests – Ausländerfeindlichkeit erscheint als Ausländerfreundlichkeit: „...nicht die Menschen zu den Maschinen bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern und nicht hier bei uns.“ Politik gegen die Ausländer erscheint geradezu als Bewahrung der Ausländer vor dem Verlust ihrer „nationalen und kulturellen Identität“.

Das HM knüpft an „freiheitlich-demokratische Grundwerte“ an. Es verbindet die Bedrohung durch „Überfremdung“ mit dem Streben nach Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Damit stellt es sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner aller etablierten Parteien, von der Sozialdemokratie bis zur CDU/CSU: „Wir scheuen uns nicht, daran zu erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs schwerste gefährdet werden könnte. Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete fremd werden?“

„Die anvisierte Breite eines ausländerfeindlichen Bündnisses“ (Elfferding)¹⁷ manifestiert sich in der Weite der Assoziationsfelder, mit denen der neue nationalistisch-rassistische Volksbegriff verknüpft wird – Grundgesetz, Ökologie, Nationalismus (Wiedervereinigung), Familienideologie. Damit rückt das HM vor allem in ideologische Nähe zu den konservativen Parteien CDU und CSU.

3. Die Verflechtungen des „Heidelberger Manifests“

Wie es dazu kommen konnte, daß aus dieser geistigen Nähe konservative *Politik* wurde, ist am Unterzeichnerkreis des HM deutlich zu machen. So war Prof. Stadtmüller erster Vorsitzender der von Kurt Ziesel gegründeten und der CSU sowie dem rechten Flügel der CDU nahestehenden „Deutschlandstiftung“. Außerdem ist er Mitglied in der „Hanns-Seidel-Stiftung“ der CSU. Der katholische Theologe Prof. P. Manns aus Mainz und der inzwischen verstor-

¹⁶ Wieland Elfferding, a. a. O., S. 257 (Heraushebung von mir. V. K.).

¹⁷ Ebd., S. 260.

bene J. Illies aus Gießen sorgten für Kontakte zu den Kirchen. Illies war Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands und Mitarbeiter der konservativen Psychologin Christa Meves,¹⁸ mit der er gemeinsam mehrere Bücher in der Herder-Bücherei veröffentlichte, einer Buchreihe, die in populärer Form konservative Ideen in Massenaufgabe verbreitet. Besondere Publizität erlangte Prof. Theodor Schmidt-Kaler von der Universität Bochum, Sprecher des Heidelberger Kreises und „ideologischer Kopf des ganzen Unternehmens (Burgkart).¹⁹ Sein Ruf als Bevölkerungsexperte brachte ihm mehrmals Beraterverträge mit dem nordrhein-westfälischen Landtag und der Bundesregierung ein.²⁰ Öffentliches Aufsehen erregte Schmidt-Kaler mit einem Vortrag im Oktober 1981 vor dem Düsseldorfer „Rhein-Ruhr-Klub“, einer renommierten Wirtschaftsvereinigung. Sein Referat zur provozierenden Frage „Was kostet es, ein Volk zu zerstören?“ prophezeite „Rassenkrawalle“, wenn die Anzahl der Ausländer nicht begrenzt werde.²¹ Diese programmatische Rede zeigte die erwarteten Reaktionen im neofaschistischen Lager,²² gleichzeitig verfehlte sie aber auch nicht ihre Wirkung auf konservative Politiker. So konnte Schmidt-Kaler auf einer Veranstaltung des „Schutzbundes zur Erhaltung des deutschen Volkes“ in Heidelberg am 23. 1. 1982 mit Stolz vermelden, „daß unmittelbar nach dieser Rede der Innensenator West-Berlins, Heinrich Lummer, und kurz darauf der damalige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Gerhard Stoltenberg, bei ihm telefonisch um Rat nachgesucht hätten.“²³ Nur wenig später wurden in beiden Ländern Erlasse rechtskräftig, die den Zugang von Ausländern drastisch beschränkten.

4. Rassismus in der konservativen Ausländerpolitik

Der Ausländerbeauftragte des bischöflichen Ordinariats Limburg, Herbert Leuninger, urteilte über die für die Entwicklung der Ausländerpolitik richtungsweisende Bundestagsdebatte am 4. 2. 1982: „Der Geist des Heidelberger Manifests weht durch die Bundestagsdebatten.“²⁴ Ein Vergleich des von CDU/CSU eingebrachten Entschlußantrags zur „Ausländerpolitik“ vom 21. 1. 1982 – neben dem SPD-Antrag Grundlage der Debatte am 4. 2. 1982 – mit dem HM und dem Heidelberger Maßnahmenkatalog verdeutlicht fatale Parallelen. So lautet der zentrale Absatz in der Begründung des CDU/CSU-Antrags: „Mit einem durchschnittlichen Ausländeranteil von 7 v. H. – in Teilbereichen bis zu 25 v. H. – ist die Grenze der Belastbarkeit für unseren Staat und

18 Christa Meves ist Mitautorin der Thesen „Mut zur Erziehung“ der CDU/CSU und Preisträgerin der Konrad-Adenauer-Stiftung.

19 Claus Burgkart, Das „Heidelberger Manifest“ – Grundlage staatlicher Ausländerpolitik?, in: Rolf Meinhardt (Hrsg.), Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 149.

20 Ebd.

21 Vgl. WAZ vom 21. 10. 1981, zit. in: Ebd.

22 Ebd., S. 150.

23 Ebd., nach einem Protokoll der Veranstaltung.

24 Herbert Leuninger, Referat der Veranstaltung „Kampfansage an Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, München, 25. 2. 1982, S. 16, zit. nach: Claus Burgkart, a. a. O., S. 152.

seine Bevölkerung, für Infrastruktur sowie für Wohnungs- und Arbeitsmarkt erreicht, mindestens in Ballungsräumen weit überschritten. Infolge dieser Entwicklung drohen heute schon irreparable Schäden für das politische und soziale Umfeld, für Staat und Wirtschaft, für zwischenmenschliche Beziehungen von Deutschen und Ausländern, für die Ausländer selbst und das Verhältnis der Ausländergruppen untereinander.“²⁵

Noch deutlicher zeigt sich diese Korrespondenz in den Reden von Alfred Dregger (CDU) und Carl-Dieter Spranger (CSU) zur Begründung des Antrages. Dreggers Rede zentriert sich argumentativ um die bedrohte „nationale Identität“ der Deutschen. Ein wichtiger Argumentationsschritt ist das Umfunktionieren des Integrationsbegriffes „in einen Kampfbegriff gegen die Ausländer“ (Burgkart),²⁶ eine Variante der sich ausländerfreundlich gebenden Ausländerfeindlichkeit. Typische Deutungsmuster rassistischer Ideologie werden von Dregger artikuliert. Vorausgesetzt wird eine – über der Geschichte stehende – „menschliche Natur“, die eine bestimmte „Denkweise“ der Menschen zur Folge hat. Die biologisierende Sichtweise kultureller Prozesse ist hier noch nicht ausgesprochen, kann aber assoziiert werden. In der Rede von der „menschlichen Natur“ macht der Rassebegriff sich bereits geltend. Politikmachen heißt in diesem Kontext den „Gesetzen“ der „menschlichen Natur“ entsprechend zu handeln. Diese Biologisierung der Politik bedeutet: Völker wollen ihre „nationale Identität“ bewahren. Gefahr droht dieser, je mehr Ausländer von einem Volk aufgenommen werden und je „fremder“ diese Ausländer dem „aufnehmenden Volk“ sind. Deshalb müssen die verschiedenen Ausländergruppen unterschieden werden, in die Integrationsfähigen und -willigen und in die Integrationsunfähigen und -unwilligen. Im Original liest sich diese Argumentationskette so: „Es ist immer falsch, bei politischen Entscheidungen die menschliche Natur und die Denkweise der Menschen zu mißachten. Die Völker, nicht nur das deutsche, legen in der Regel Wert darauf ihre *nationale Identität* zu bewahren. Diese läßt es zu, eine begrenzte Zahl von Ausländern aufzunehmen. Je näher die Ausländer dem aufnehmenden Volk stehen, um so mehr können es sein.“²⁷

Den Deutschen „nah“ und deshalb zu integrieren sind für Dregger: „Menschen mit einer fremden Staatsangehörigkeit, aber deutscher Sprache und Kultur“ und „Ausländer aus dem europäischen Kulturkreis“.²⁸ Nicht mehr zu integrieren sind die Türken, mit ihren „kulturellen Mentalitätsunterschieden“.²⁹ Der nationale Sündenbock ist markiert und wird „in die Arena geschickt“ (Fromm): „Das türkische Volk wurde nicht vom Christentum, sondern vom Islam geprägt. (...) Türken sind aber – von Ausnahmen abgesehen

25 Man vergleiche: Bundestagsdrucksache 9/1288, Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 21. 1. 1982 mit der Einleitung des Heidelberger Maßnahmekatalogs, a. a. O.

26 Claus Burgkart, a. a. O., S. 153.

27 Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, 9. Legislaturperiode, 83. Sitzung, S. 4892, (Heraushebung von mir. V. K.).

28 Ebd.

29 Ebd., S. 4893.

– nicht nur nicht zu assimilieren, sie sind auch schwer zu integrieren.“³⁰ Ebenfalls nicht zu integrieren ist für Dregger „eine vierte Ausländergruppe“, „die Menschen aus den asiatischen und den afrikanischen Ländern ... Auch diese Menschen entstammen anderen Kulturkreisen. Auch sie werfen bei weiterer Zunahme nicht lösbare Integrationsprobleme auf.“³¹ Argumentatives Zentrum ist der nationalistisch-rassistische Identitätsbegriff des HM. Als überhistorischer „Grundwert“ gesetzt organisiert er die gesamte Argumentation.

Zu bestimmen, was das nun genau ist, Identität eines Volkes, bleibt der Vorstellungskraft des Zuhörers überlassen. Sicher ist allein, daß Identität Fremdes, zumindest zuviel Fremdes nicht verträgt. Sicher ist auch, daß der Verlust dieser Identität nicht eintreten darf. Hier wird deutlich, von welcher mystischen Kraft der nationale Identitätsbegriff ist. Zugleich gibt er Handlungsorientierungen: Die deutsche Identität – dies hohe Gut – muß verteidigt werden. Aggressivität gegen die drohende Gefahr und die, die sie verkörpern, ist impliziert.

Um die Widerstände eines aufgeklärten Bewußtseins gegen die Konsequenzen dieses Denkens endgültig zu beseitigen, wird die Argumentation ethnopluralistisch gewendet: *Alle* Völker wollen ihre Identität bewahren, auch die Ausländer, die zu uns kamen, besonders die Türken, Asiaten und Afrikaner. Es ist also auch in ihrem Interesse, die Bundesrepublik wieder zu verlassen. Die Abwehr von Überfremdung wird in eine Geste paternalistischer Großzügigkeit transformiert (bekannt aus dem HM), die nur das Beste für die Ausländer will: „Es wäre besser, die Maschinen zu den Menschen zu bringen, als die Menschen zu den Maschinen zu bringen.“³²

Spranger von der CSU bleibt es überlassen, die vom HM in die Diskussion gebrachte deutschlandpolitische Variante (Gefährdung der Wiedervereinigung, wenn sich die Teilgebiete „ethnisch fremd werden“) politikfähig zu machen und für die Bundesrepublik „als Teil des gespaltenen Deutschlands eine historische und verfassungsrechtliche Verantwortung für die gesamte deutsche Nation“ zu beschwören. Deutschland könne „nach seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis kein Vielvölkerstaat sein oder werden.“³³

30 Ebd.

31 Ebd., S. 4894.

32 Ebd., S. 4893. Noch deutlicher hat Dregger seiner Besorgnis um den „Erhalt der deutschen Nation“ im Rahmen einer CDU-Fachtagung „Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft“ am 20./21. 10. 1982 Ausdruck verliehen. Auf einer Podiumsdiskussion nannte er „die Vorstellung einer Einheitsgesellschaft, in der alle Kulturen, Religionen und Nationen eliminiert sind, einen Weltstaat mit Einheitszivilisation (...) eine gräßliche Vorstellung“. „Reiche Länder mit geringem Selbstbehauptungswillen“ warnte er davor, ihre Grenzen auf Dauer zu öffnen, und schloß mit der Feststellung: „Es ist nicht unmoralisch zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.“, in: Heiner Geißler (Hrsg.), *Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft*, Bd. II, München 1983, S. 155 f.

33 Plenarprotokoll, a. a. O., S. 4913.

5. Kurswechsel der Wirtschaft

Materielle Basis für die ausländerfeindliche Politik der Konservativen ist der „Kurswechsel der Wirtschaft“.³⁴ Bis zum Frühjahr 1982 hatten die Arbeitsmigranten eine einflußreiche „Lobby“ in der bundesdeutschen Wirtschaft. Trotz Massenarbeitslosigkeit wollte das Kapital nicht auf die ausländischen Arbeitskräfte verzichten: Sie verrichteten Arbeiten, die Deutsche nicht übernehmen wollten, sollten in den 90er Jahren die durch den Geburtenrückgang entstandene „Facharbeiterlücke“ überbrücken. Vor allem war da aber die lohndrückerische Funktion der ausländischen Reservearmee. Doch Ende 1982 wurden in der Ausländerpolitik neue Akzente gesetzt. Deutlich wird dies in der Stellungnahme der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), die sie zur Anhörung der Bund-Länder-Kommission vorlegte; ebenso in der vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) vorgelegten Stellungnahme. Am 10. 3. 1983 dann verabschiedete der Vorstand des BDA seine „Grundauffassung des Ausländerproblems“.³⁵ Dort wird festgestellt, daß aufgrund des starken Anstiegs der ausländischen Wohnbevölkerung und der „Konzentration ... auf bestimmte Nationalitäten“ die „Integrationskraft der deutschen Gesellschaft erschöpft“ sei, „im Sinne einer objektiven Leistungsgrenze, nicht nur im Sinne einer subjektiven Toleranzgrenze“: „Die Grenze der Aufnahmefähigkeit für Ausländer“ sei auch für die deutsche Bevölkerung erreicht. Und wieder sind es die Türken, die aufgrund der „Mentalitätsunterschiede“ und der „andersartigen kulturellen Herkunft“ zum Problem werden.³⁶

Als Folge der hohen und vor allem der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit ist das „Anspruchsniveau“ bundesdeutscher Arbeitskräfte so weit gesunken, daß sie auch Arbeitsplätze, die früher nur mit ausländischen Arbeitskräften besetzt werden konnten, annehmen; ebenso ist das Lohnniveau der Inländer, der Wert der Ware Arbeitskraft gesunken. Die ausländische Arbeitskraft hingegen nähert sich in ihrem Wert der inländischen Arbeitskraft an, wenn sie faktisch zum Einwanderer wird. Damit verliert sie aber auch zunehmend ihren spezifischen Wert für das Kapital, Quelle von Extraprofit zu sein. Eine Ausländerpolitik, die erstens die Zahl der Ausländer reduziert und zweitens die verbleibenden Ausländer ideologisch und materiell als Reserverarmee rekonstituiert ist also genau das, was heutigem Kapitalinteresse entspricht. Die besondere „Ausbeutungsfähigkeit“ der Ausländer resultiert ja gerade aus ihrer Lage, nur auf Zeit ins Land geholt zu werden und dort zu leben, unter der ständigen Bedrohung, wieder in die Heimat zurückkehren zu müssen. Wenn sich die Aufenthaltsdauer verlängert, das Ausbildungsniveau steigt, die Familien nachgeholt, deutsche Konsumgewohnheiten angenommen werden, Rechtsansprüche sich vergrößern, dann steigen insgesamt die Reproduktionskosten und mit ihnen der Wert der ausländischen Arbeitskraft. Die Profite

34 Claus Burgkart, a. a. O., S. 159.

35 BDA (Hrsg.), Das Ausländerproblem. Die Grundauffassung der Arbeitgeber. Köln 1983; DIHT-Stellungnahme zur Ausländerproblematik, o. J. (1983).

36 BDA, a. a. O., S. 13.

schmälern sich: Das Instrumentarium des Ausländergesetzes soll deswegen gerade im Ausweisungsrecht erweitert werden, um staatlich die Lebenslage der Arbeitsmigranten wieder den Anforderungen eines „Aufenthalts auf Zeit“ anzupassen. Vor allem auch Ansprüche ans Sozialsystem sollen gesetzlich beschränkt werden.

Schließlich: Die Anwesenheit von Millionen ausländischen Arbeitskräften kann ideologisch mit dem Problem Nr. 1 — der Massenarbeitslosigkeit — verknüpft werden. Am Beispiel der Ausländer wird der deutschen Bevölkerung sinnfällig vorgeführt: Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik haben die ernste Lage erkannt und handeln — sie reduzieren die Ausländerzahl. Dieses Handeln kann sogar erste Erfolge verbuchen: Immer mehr Ausländer — getrieben von Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und mit Rückkehrprämien gefördert — verlassen die Bundesrepublik. Die „Türkenkampagne“ der Konservativen unmittelbar vor und nach der „Wende“, die dann in eine „Rückkehrkampagne“ überführt wurde, hatte genau diesen Sinn: als Indiz zu wirken, wenn nicht für den „Aufschwung“, so doch zumindest für eine „Wende“, die auf Zustimmung in der Bevölkerung hoffen darf.

6. Ausländerfeindlichkeit als subjektive Krisenverarbeitung

Politik ist mit Ausländerfeindlichkeit jedoch nur machbar, weil damit an Erfahrungen und ihnen entsprechende Deutungsmuster vieler Bundesdeutscher angeknüpft wird. Die Geschichte des Kapitalismus zeigt: Rassismus entsteht in Zeiten der Krise; Verunsicherung und zugespitzte Klassenseinandersetzungen erscheinen rassistisch verkleidet.³⁷ Dies macht auch den Grund aus, auf dem in den 80er Jahren Ausländerfeindlichkeit erwächst. Im Konflikt zwischen fremden Kulturen werden die Konflikte entfremdeter Gesellschaftlichkeit ausgefochten; rassistische Deutungsmuster bemächtigen sich der Widersprüche am Arbeitsplatz, in der Schule, im Wohngebiet und formen sie um in die Bedrohung der Deutschen durch die Fremden. Allgegenwärtig ist die Krise, Verunsicherung verbreitend und im Kampf der vielen um die eigene Lebenssicherung Furcht und Haß vor allem, was anders scheint, schürend: „Das Fremde/Neue gewinnt nur unter den Bedingungen der allgemeinen Entfremdung, d. h., der Ausgeliefertheit an die Entscheidungen anderer bzw. an die gesellschaftliche Entwicklung bedrohlichen Charakter.“³⁸

Ausgeliefertheit der eigenen Existenz an fremde Entscheidungen, der Zwang mit denen, die in gleicher Lage sind, um Arbeit zu konkurrieren, verbreitet Angst und Feindseligkeit unter den Menschen. Wenn in der Krise die Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sozialleistungen, Wohnraum härter wird, wachsen auch Fremdbestimmtheit, Ohnmacht und Angst, mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mitzuhalten. Angst vor Überfremdung, vor Verlust

37 Vgl. Georg Lukács, *Die Zerstörung der Vernunft*, Bd. III: Irrationalismus und Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1974.

38 Ute Holzkamp-Osterkamp, *Psychologisierung der „Ausländerfeindlichkeit“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Köln 8/1984, S. 981.

der eigenen „nationalen Identität“ durch die Anwesenheit der Ausländer, bringt in „verkehrter“ Form die allgemeine Erfahrung der individuellen Bedeutungslosigkeit und Austauschbarkeit zum Ausdruck. Wer sich selbst als austauschbar erfährt, vermag sich – wenigstens zeitweilig – im Überlegenheitsgefühl der eigenen „deutschen Identität“, der besseren Kultur über seine Bedrohtheit hinwegzutrusten.

Im Haß auf den Fremden werden die aus eigener Fremdbestimmtheit entspringenden Konflikte lebbar, ohne daß sich mit ihren eigentlichen Verursachern – den Mächtigen – angelegt werden muß; dem kommt entgegen, daß im Fremdenhaß zum Ausdruck gebracht werden kann, was dem Alltagsbewußtsein sich spontan als Vorstellung aufdrängt – die Fremden seien die eigentlichen Verursacher von Not und Krise. Dies, weil „der Fremde zwar nicht der Grund der Not ist, aber in der Konfrontation/Rivalität mit dem Fremden sich der materielle Konflikt präsentiert.“³⁹

Die Verursacher sind benannt und die Lösungen einfach: Sie sind fremd, allzu fremd, sie sind zuviele und werden immer mehr, sie können oder wollen nicht werden wie wir, so müssen sie eben gehen – damit genug für uns zum Leben bleibt. Zu Sündenböcken „auserwählt“ werden vor allem „die“ Türken, „die“ Asiaten und Afrikaner, denn: „Was fremd ist, das ist nicht nur das Andersartige, Ungewöhnliche und Unvertraute, es ist oft auch das Machtlose.“⁴⁰ Der Fremde als Bedrohung, die nun nicht mehr allein von außen kommt, schon im eigenen Lande steht, „flutartig“ uns zu „überschwemmen“ droht. Dieser Fremde vermag die auseinanderstrebenden Klasseninteressen umzubiegen. Über alle Klassenschranken hinweg muß das deutsche Volk wieder zusammenstehen, gegen die Gefahr der „Überfremdung“. Die Spaltung der Gesellschaft verläuft nicht mehr zwischen Arbeiterklasse und Kapital, sondern durch die Arbeiterklasse selbst hindurch. Deutsche Arbeiter und Arbeitslose stehen nun gegen ausländische Arbeiter und Arbeitslose. So kann nicht zu Bewußtsein kommen, daß da, wo das Kapital herrscht, alle Arbeitenden „Fremde“ sind: als Arbeitende nur um des Profits willen gelitten, „Gastarbeiter“, die jederzeit entlassen und aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden können.

7. Methodische Notiz

Meine Ausführungen zur Frage, wann Ausländerfeindlichkeit als „Denkform“ subjektiv funktional wird, müssen mit Notwendigkeit so allgemein bleiben; jede konkretere „Prognose“, wann und unter welchen Voraussetzungen bei wem Ausländerfeindlichkeit handlungsrelevant wird, wäre auf Spekulation verwiesen. Diese Feststellung mag überraschen, hat doch gerade die Erforschung von „Einstellungen“ und „Vorurteilen“ in der (empirischen) Sozialwissenschaft eine lange und vor allem exzessive Tradition, wurden die methodischen Instrumentarien zur „Messung“ dieser Einstellungen in Jahrzehnten

39 Arno Klönne, *Ausländerfeindlichkeit*, a. a. O., S. 3.

40 Mario Erdheim, *Fremdkörper*, in: *Kursbuch 62*, Berlin 1980, S. 53.

ständig verfeinert und verbessert. Doch waren empirische Methoden nie „neutral“ und somit einfach aus ihrem kategorialen, theoretischen und methodologischen Bezug herauszulösen. Es gehört meiner Ansicht nach zur Ironie der Geschichte marxistischer Sozialwissenschaft, wenn sie genau dieser positivistischen (und ideologisch interessierten) Auffassung von der Objektivität und Neutralität empirischer Methoden aufsaß und oft genug noch aufsitzt, und diese im eigenen erkenntnistheoretischen Bezugssystem einfach „anzuwenden“ sucht(e).

Gerade das Einstellungskonzept aber erweist sich nach eingehender materialistischer Analyse⁴¹ als unbrauchbar: die herrschende Forschungspraxis mutet den Erforschten „Urteile zu, die sachlich unausweisbar sind. Die methodisch durchgesetzte Gegenstandsunangemessenheit der Urteilsstruktur erzwingt von der Vp (Versuchsperson, V. K.) die Entäußerung affektiver Projektionen auf dargebotene Reize, die selber, indem sie die Möglichkeit der Rekonstruktion von Zusammenhängen wegen der durch sie repräsentierten Partialisierung unmöglich machen, auch nicht die Erfassung von Widersprüchen erlauben. Die affektiven Projektionen der Vp erscheinen als frei flottierende Aspekte, losgelöst sowohl von ihren ‚gegenständlichen‘ Ursachen wie von den subjektiven Notwendigkeiten der Lebensbewältigung der Vp, die so in ihren Urteilen unter das Niveau lebenspraktischer Vernünftigkeit gedrückt werden.“⁴²

Wie sollen aber derart produzierte Erkenntnisse über Einstellungen gegenüber „den Türken“ oder „den Asylanten“ (unweigerlich die wissenschaftliche „Begleitmusik“ zu den Ausländerkampagnen der letzten Jahre) widerspruchsfrei in eine marxistische Analyse aufgenommen werden?

Dahinter verbirgt sich ein generelles Problem marxistischer Sozialwissenschaft: der immer noch zum größten Teil unaufgeklärte kategoriale Gehalt von „Subjektivität“ und „Ideologie“ im Rahmen einer materialistischen Gesellschaftstheorie und ihre methodologischen Implikationen. Nur wenn diese Voraussetzungen geklärt sind, lassen sich im Rahmen von Einzeltheorien solche empirischen Phänomene wie „Ausländerfeindlichkeit“ fundiert erforschen und erklären.

Einer Lösung nähergebracht werden können diese Forschungsdesiderata marxistischer Sozialwissenschaft nur, wenn sie die von ihr selbst oft genug reklamierte Interdisziplinarität praktiziert und schöpferisch aneignet, was in den letzten 15 Jahren von der marxistischen Subjektwissenschaft, vor allem der Kritischen Psychologie, erarbeitet wurde. „Kategorischer Imperativ“ für eine derart weiterzuentwickelnde sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie wäre, „Kategorien für die Betroffenen“ zu konzipieren, „deren Subjektivität eben auch in der Art und Weise der Durchführung des aktuellen Forschungsprozesses nicht suspendiert werden darf“.⁴³ Theoretische und metho-

41 Vgl. Morus Markard, *Einstellung — Kritik eines sozialpsychologischen Grundkonzepts*, Frankfurt/New York 1984.

42 Ebd., S. 186.

43 Ebd., S. 214.

dische Konzepte der bürgerlichen Sozialwissenschaften, die dieser Anforderung zumindest ansatzweise genügen (wie z. B. die Handlungsforschung), wären kritisch anzueignen und aufzuheben. Ziel wäre dabei immer die „Einsicht in reale Beschränkungen der Lebensmöglichkeiten der Betroffenen und damit die Aufdeckung der auf die schrittweise realisierbare Aufhebung der Beschränkung gerichteten Handlungsmöglichkeiten“.⁴⁴ Vor allem hier ist der Punkt auszumachen, an dem Sozialwissenschaft politisch praktisch wird.

8. Die Asylantenkampagne 1986

Das Besondere an der Asylantenkampagne gründet weder in Inhalten noch in Formen – diese sind seit dem Heidelberger Manifest bekannt –, sondern in der Spezifik der politischen Situation, in der sie entfaltet wird: 1981/82 wie 1986 soll konservative Politik sich als handlungsfähig im Kampf gegen „Ausländer- und Asylantenfluten“ erweisen. Doch 1981/82 ist eine konservative „Wende“ in der Bundesrepublik erst noch vorzubereiten und durchzusetzen – 1986 muß die „Wende“ in ihrer zweiten Phase abgesichert werden. Mit Regierungsgewalt ausgestattet, kann rassistische Politik 1986 von den Konservativen in ganz anderem Ausmaß praktiziert werden als 1982! So wird mit dem Gesetz zur Änderung des Asylverfahrens vom 13. 11. 1986 das Grundrecht auf politisches Asyl – auch ohne Grundgesetzänderung – faktisch liquidiert.

Die Kampagne kommt 1986 nicht über Nacht – ihre Argumentationsmuster werden in Konferenzen entwickelt und von Meinungsführern öffentlich gemacht: Bereits Anfang 1985 veranstaltet die Hanns-Seidel-Stiftung, personell mit dem Heidelberger Kreis verflochten (s.o.), eine Tagung zum Asylrecht, über die der „Bayernkurier“ am 2. März 1985 u.a. berichtet: „Heute ist die Bundesrepublik Deutschland der einzige Staat der Welt, der das Asylrecht in seine Verfassung aufgenommen hat, und sicher einer derjenigen, dessen Wille, Hilfe zu leisten, am meisten mißbraucht wird. Heute, so Spranger, haben wir eine zunehmende Tendenz, jede Menschenrechtsverletzung als ausreichenden Grund für die Berufung auf politische Verfolgung zu qualifizieren. Nach diesem Maß aber wäre der Großteil der Menschheit in Deutschland asylberechtigt ... Die Aufnahmekapazität ist erschöpft, in vielen Ballungsgebieten längst überschritten...“⁴⁵

FAZ-Mitherausgeber und -Leitartikler Johann Georg Reißmüller übernimmt es dann, jene Argumente zu formulieren, die von Konservativen im Sommer und Herbst 1986 in die Auseinandersetzung gebracht werden. So schreibt er bereits am 5. 9. 1985 unter der Überschrift „Die Last wird zu schwer“: „Wie soll dieses enge überbevölkerte Land immer neue Zehntausende aufnehmen können? Wie soll die jetzt schon strapazierte Natur fertigwerden mit den unvermeidlichen Folgen der Ansiedlung von immer mehr Asylbe-

44 Ebd., S. 219.

45 Zit. nach Peter-Christian Löwisch, „Sie wollen uns hier raushaben“, in: Matthias Hellfeld (Hrsg.), Im Schatten der Krise. Rechtsextremismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit, Köln 1986, S. 138.

werben? (...) Für weitere Massenzuwanderungen vor allem aus anderen Kulturkreisen reichen die Reserven der Natur und der Ökonomie nicht, reicht auch nicht die psychische Hinnahmebereitschaft der Bevölkerung, die ihre Heimat nicht verlieren will. Wir müssen da ohnehin noch eiserne Reserven verwahren für die dringlichsten Fälle. Wenn es eines Tages wieder einen Massenauszug aus einem der östlichen Nachbarländer geben sollte, könnte das westliche Deutschland sich nicht verschließen.“⁴⁶

Und am 15. 7. 86 macht Reißmüller sich dann — die Kampagne ist erst wenige Tage alt — zum Vorreiter der Hetze gegen Fremde: „... wäre es nicht an der Zeit, ein Herz auch für die in vielen Städten von der Masseneinwanderung aus Asien und Afrika schier erdrückten deutschen Bewohner zu haben? (...) Wenn es eines Tages in China wieder eine Unterdrückung nach Art der Kulturrevolution Maos geben, wenn in Indonesien oder Bangladesch, in Pakistan oder Nigeria ein Unterdrückungsregime mit blutiger Gewalt wüten sollte, könnten leicht Millionen, ja Dutzende Millionen verfolgter Chinesen und Ostbengalen, Pakistaner oder Nigerianer bei uns politisches Asyl verlangen — und sie müßten es erhalten. (...) Bewahrt uns also nur Zufall oder Mangel an Reisemöglichkeiten davor, daß wir in wenigen Jahrzehnten ein wegen Überfüllung von sozialen, nationalen, religiösen Konflikten erschüttertes Land mit asiatisch-afrikanischer Bevölkerungsmehrheit werden?“⁴⁷ Die bekannten Deutungsmuster: Angst vor „Überfremdung“ der deutschen Identität, Umwelt und Gesellschaft, besonders unerwünscht sind Asiaten und Afrikaner.

Geschaffen werden soll jenes Klima, dessen eine „Schicksalwahl“ (Geissler) bedarf. Heraufbeschworene Drohungen jedoch müssen — anders als Tschernobyl wenige Wochen zuvor — von der Regierung gehandhabt und abgewendet werden können; derart, daß SPD und Grüne als Vaterlandsverräter präsentiert werden können.⁴⁸ Entfacht wird eine Kampagne, die die drohenden Asylantenfluten aus dem Osten — dem „Einfallstor Ostberlin“ — hereinströmen sieht. Zimmermann formuliert ganz offen, daß die Asylanten zum Wahlkampfthema gemacht werden sollen,⁴⁹ Kohl vertagt eine Kabinettsentscheidung bis nach der Sommerpause, also nah genug an den Wahltermin — und Mitte November — zur Eröffnung der heißen Wahlkampfphase — verabschiedet die Koalition ein Asylverfahrensgesetz, mit dem sie ihren potentiellen Wählern „starken Staat“ und den Willen zur Bewältigung der „Überfremdungskrise“ dokumentiert. Lehrreich ist diese Kampagne für die Linke in der Bundesrepublik vor allem aus einem Grund: Die Renaissance des Rassismus, eng verbunden mit den Tendenzen eines neuen Nationalismus,⁵⁰ wird in der sich verschärfenden Krise des Imperialismus an Bedeutung gewinnen. Ausländerfeindliche Kampagnen gehören inzwischen zum „ständigen Inventar“ des Konservatismus und werden Brücken schlagen, wenn der Übergang zu autoritäreren Herrschaftsvarianten dem Kapital opportun erscheint. Die Aus-

46 Ebd., S. 136 f.

47 FAZ, 15. 7. 1986, S. 1.

48 Spiegel Nr. 35/1986, S 76.

49 Ebd.

50 Vgl. Reinhard Kühnl, a. a. O., S. 52 ff.

einandersetzung um das Existenzrecht von Ausländern in unserer Gesellschaft wird in dieser Perspektive zu einer Schlüsselfrage der demokratischen Entwicklung unseres Landes.

Dabei wird ausländerfeindlichen Tendenzen in dem Maße „der Boden entzogen, wie die Menschen der Gefahr, ins gesellschaftliche Abseits gedrängt und (...) als ‚Ballastexistenz‘ behandelt zu werden, dadurch begegnet, daß sie gemeinsam für Verhältnisse kämpfen, innerhalb derer mit den gesellschaftlichen Grundlagen der Aussonderung aller ‚Überflüssigen‘, ‚Nicht-dazu-Gehörenden‘ auch die Gefahr behoben ist, selbst durch die Aussonderung betroffen zu werden.“⁵¹

51 Ute Holzkamp-Osterkamp, a. a. O., S. 981.

Die Auseinandersetzung um die Volkszählung 1987 – Versuch einer Zwischenbilanz

Eberhard Dähne/Martin Kutscha

1. Zum aktuellen Stand der Erhebung – 1.1 Chaos – 1.2 Probleme mit den Zählerinnen und Zählern werden zu Problemen der Zählung – 2. Zur Bewegung gegen die Volkszählung – 2.1 Repression – 2.2 Initiativen, Organisationen, Positionen – 3. Die politische Brisanz: Die Volkszählung als „Probe auf die Regierbarkeit“ – 4. Der Widerstand gegen die Zählung als Ansatz für eine Demokratiebewegung?

1. Zum aktuellen Stand der Erhebung

1.1. Chaos

Gegenwärtig – Anfang August – lassen sich Stand und Fortgang der Auseinandersetzung erst in Konturen skizzieren. Vielerorts werden „Erinnerungsschreiben“ versandt, Säumige mit Mahnschreiben, teilweise auch schon mit Bußgeldbescheiden traktiert. Das gilt besonders für die kleinen und mittleren Gemeinden. Anderenorts sind aber noch nicht einmal die Erhebungsbögen (zur Erinnerung: Stichtag war der 25. Mai!) verteilt. In Berlin sollen beispielsweise 150 000, in Hamburg 100 000 Bögen ihre Adressaten noch nicht erreicht haben.¹

Unter anderem ist das auf die plötzliche „Erkrankung“ von zwangsverpflichteten Zählerinnen und Zählern zurückzuführen. Viele Zählstellen haben noch keinen Überblick darüber, was sich an Material in den zurückgesandten Briefumschlägen befindet. Von der Möglichkeit brieflicher Rücksendung machten vor allem in den Großstädten 50 % (und mehr) der Auskunftspflichtigen Gebrauch.² Soweit bereits eine Übersicht besteht, sollen bis zu 60 % aller zurückgesandten Fragebögen – mit Schwerpunkt in den Groß- und Universitätsstädten – fehlerhaft ausgefüllt sein.³

Es kann davon ausgegangen werden, daß ein Großteil dieser Fehler nicht ohne Absicht zustandekam, will man der Bevölkerung nicht pauschal die Intelligenz absprechen. Die in den bewußten Falschaussagen zum Ausdruck gelangte „stille Renitenz“⁴ wird durch folgende exemplarische Fälle belegt: Da gab ein Bürger aus dem Kreis Heilbronn an, seine Wohnung sei 999 Quadrat-

1 Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 32/1987.

2 Vgl. FAZ v. 7.7.87; „Der Spiegel“, Nr. 28/1987.

3 Vgl. FR v. 4.7.87; „Der Spiegel“, Nr. 28/1987.

4 J. Molck, in: DVZ/die Tat v. 10.7.1987

meter groß und koste eine Mark Miete. Eine Hausfrau kennzeichnete ihre berufliche Tätigkeit, sachlich durchaus zutreffend, als „selbständig“. Eine achtzigjährige Greisin in Hamburg fährt laut Angabe mit dem Motorrad zur Arbeit und bezahlt DM 1850,- Monatsmiete.⁵

Innenminister Zimmermann meinte, daß sich die Beantwortung per Post als „eine absolute Erschwerung der korrekten Durchführung der Zählung erwiesen“ habe und es falsch gewesen sei, diese Möglichkeit überhaupt einzuräumen.⁶

Eine noch nicht überschaubare Anzahl von Personen hat die Volkszählungsbögen weder an die Erhebungsstelle zurückgeschickt noch bei Sammelstellen der Boykottbewegung abgegeben und wartet das weitere Vorgehen der Behörden ab.

Selbst wenn es den Erhebungsstellen in der kommenden Zeit gelingt, durch Zwangsmaßnahmen noch eine Anzahl von Bögen beizutreiben, bleibt das Problem der massenhaften Falschangaben bestehen. Auch durch kostenaufwendige Rückfragen dürfte es kaum möglich sein, eine vollständige Korrektur der Fehler und Ausfälle herbeizuführen, zumal viele Falschangaben auch durch die verschiedenen Plausibilitätskontrollen⁷ nicht erkannt werden können. Als weiteres Problem kommt die mangelnde Aktualität der Daten infolge des erheblichen Zeitverzugs hinzu. In Frankfurt wird z. B. damit gerechnet, daß die Arbeit der Erhebungsstelle erst im Frühjahr 1988 abgeschlossen werden kann.⁸

Ähnlich wie die interessengebundenen Angaben über die Zahl von Demonstrationsteilnehmern differieren die über den Umfang des Boykotts. Das Bundesinnenministerium schätzt die Zahl der Verweigerer auf „weit unterhalb von zwei Prozent“. Demgegenüber rechnet das Bonner Koordinationsbüro der Boykott-Initiativen mindestens mit 10% „harten“ und „weichen“ Verweigerern.⁹ Bei den Ministeriumsschätzungen dürfte es sich zum Großteil um Leute handeln, die sich geweigert haben, die Zählunterlagen überhaupt anzunehmen, was aber nicht der Linie der meisten Boykottinitiativen entsprach, die darauf orientierten, den Unmut über die Erhebung nicht an den Zählerinnen und Zählern auszulassen und sich nicht zu früh zu exponieren.

Die Auskunft, die die Wülfrather DKP-Fraktion auf eine Anfrage im Stadtrat bekam, dürfte in etwa repräsentativ für die Situation in vielen Hochburgen der Verweigerung sein: Mit 1 600 von 20 000 ausgegebenen Haushaltsmantelbögen – also 8% – gestaltete die örtliche VOBO-Initiative ein postmodernes Kunstwerk; 3% aller Wülfratherinnen und Wülfrather hatten es abgelehnt, die Bögen überhaupt in Empfang zu nehmen. Schließlich stellte der Verant-

5 Beispiele aus FAZ v. 7.7.1987; FR v. 1.7.1987.

6 FR v. 6.7.1987.

7 Zum Verfahren vgl. P. Würzberger, B. Störtzbach, B. Stürmer, Volkszählung 1987. Rechtliche Grundlagen und Konzept nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983, in: *Wirtschaft und Statistik*, H. 12/1986, S. 946 f.

8 Vgl. FR v. 4.8.1987.

9 Vgl. FR v. 4.7.1987.

wortliche für die Erhebung fest, daß viele Bögen falsch ausgefüllt seien und mit einem Abschluß der Zählung erst im November zu rechnen sei.¹⁰

1.2 Probleme mit den Zählerinnen und Zählern wurden zu Problemen der Zählung

Angesichts der drohenden Zwangsverpflichtung konnte das Zählersoll fast überall quantitativ erfüllt werden. Wegen plötzlicher Erkrankung – teilweise noch während der Zählung – fehlten dann aber beispielsweise in Frankfurt schließlich doch Hunderte von Personen. Die Zwangsverpflichtung, die Auffüllung der Zählerreihen mit Sozialhilfeempfängern, Schülern, Hausfrauen, die mit einem „Taschengeld für den Urlaub“ geködert wurden, usw. schufen keine guten Voraussetzungen für eine im Sinne des amtlichen Zwecks „ordentliche“ Erhebung; beispielsweise sprach der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Regensburg von „problematischer Auswahl“.¹¹ Viele oppositionelle Zählerinnen und Zähler waren zwar präsent, erfüllten aber ihre Aufgabe qualitativ unzureichend. Ähnlich wie im Hinblick auf die „stille Renitenz“ beim Ausfüllen der Bögen trifft hier eine Erkenntnis zu, die schon im „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts formuliert wurde: „Da staatlicher Zwang nur begrenzt wirksam werden kann, wird ein die Interessen der Bürger überspielendes staatliches Handeln allenfalls kurzfristig vorteilhaft erscheinen; auf Dauer gesehen wird es zu einer Verringerung des Umfangs und der Genauigkeit der Informationen führen“.¹²

In ganzen Straßenzügen wurden die Bögen lediglich in die Briefkästen gestopft, wo sie im üblichen Werbematerial untergingen, oder „klammheimlich“ vor den Wohnungstüren abgelegt (und teilweise ebenso wieder eingesammelt). An vielen Orten – durchaus nicht nur in den Großstädten – erfolgte die Aushändigung der Erhebungsunterlagen ohne Feststellung der Angaben, die der Zähler „mündlich erfragen“ sollte:

- Zahl und Namen der Personen im Haushalt
- Name des Wohnungsinhabers
- Zahl der Haushalte und der Arbeitsstätten im Gebäude und in der Wohnung
- Leerstehen der Wohnung...¹³

In ihrer Not gingen die Erhebungsstellen dazu über, die Zählunterlagen mit der Post zu verschicken, was ebenfalls dem Sinn einer „Volkszählung“ widerspricht. Vom Standpunkt einer im Sinne der amtlichen Statistik „ordentlichen“ Zählung ist mißlich, daß sich die von uns aufgezeigten vielfältigen Fehlerquellen nicht „zufällig“ über die Regionen der Bundesrepublik verteilen. Sie häufen sich in den Groß- und Universitätsstädten und in diesen wiederum

10 Vgl. UZ v. 29.7.1987.

11 Vgl. Mittelbayerische Zeitung v. 30./31.5.1987.

12 BVerfG NJW 1984, 423.

13 Vgl. P. Würzberger, B. Störtzbach, B. Stürmer, a. a. O., S. 943.

in bestimmten Stadtvierteln und -quartieren. Vor allem die Zählerfehler lassen sich auch nicht durch repräsentative Nacherhebungen¹⁴ korrigieren.

Fazit: Die Feststellung der „Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen“ und anderer, daß die Volkszählung statistisch und politisch gescheitert sei, scheint zuzutreffen.¹⁵

2. Zur Bewegung gegen die Volkszählung

2.1 Repression

Noch Ende März wollten 12% der Bevölkerung sich der Zählung verweigern; weitere 8% erklärten sich lediglich deshalb zum Antworten bereit, weil sie sich keinen Zwangsmaßnahmen aussetzen wollten.¹⁶ Die Reaktion der Herrschenden: Bewilligung von weiteren 30 Millionen DM für die Propaganda durch das Statistische Bundesamt, Repression und eine massive „Schlammschlacht“ gegen die Volkszählungsgegner.¹⁷ Generalbundesanwalt Rebmann scheute sich nicht, Boykottaufrufe mit Sprengstoffanschlägen – nicht erst seit dem „Celler Loch“ ist Skepsis über deren Urheber angebracht – in Verbindung zu bringen und das den Grünen anzulasten. Er forderte 10000 DM Bußgeld für Aufrufe zum Boykott und hielt es für nützlich, „wenn wir schon jetzt eine Vorschrift hätten, die den Aufruf zu Ungehorsam gegen Gesetze unter Strafe stellt“.¹⁸ Bundeskanzler Kohl verglich die VZ-Gegner mit Faschisten. Die Bundesregierung prüfte – orientiert am Fluglotsenurteil des Bundesgerichtshofes von 1978 – ob zivilrechtliche Schadensersatzansprüche gegen Boykotteure möglich seien.¹⁹

In Baden-Württemberg (nur dort?) wurde eine eigene Nachrichtenstelle im Landeskriminalamt eingerichtet, Autokennzeichen im Umfeld von Veranstaltungen mit dem Flensburger ZEVIS-System abgeglichen, Polizeiiinformationssysteme liefen auf Hochtouren. Ein Merkblatt des Stuttgarter Finanzministeriums riet den Gemeinden, die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts zu Kommunalvertretungen für Volkszählungsgegner in Betracht zu ziehen.²⁰

In allen Bundesländern wurden Informationsstände und Veranstaltungen verboten und (auch das eine neue Qualität) zensiert, häufig „ab- und ausgeräumt“. Es gab Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Postkontrolle. Gegen Beamte wurden Disziplinarverfahren mit der Begründung eingeleitet, der Aufruf zum Boykott verstoße gegen die Treuepflicht zur freiheitlich

14 Zum möglichen Verfahren vgl. Statistisches Bundesamt, Volkszählung vom 27. Mai 1970, H. 26: Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volkszählung 1970, Stuttgart-Mainz 1978, S. 28 ff.

15 Vgl. FR v. 20.7.1987.

16 Vgl. FR v. 4.4.1987.

17 Vgl. die Übersicht bei U. Bückler, Jagd auf Volkszählungsboykotteure/innen und rechtliche Gegenwehr, in: VDJ-Forum 2/1987, S. 7 ff.

18 Vgl. FR v. 17.3.1987.

19 Vgl. FR v. 31.3.1987.

20 Vgl. FR v. 21.5.1987.

demokratischen Grundordnung. Diese Entfesselung der Exekutive erfolgte wohlgerne angesichts von „Ordnungswidrigkeiten“ und vermittelte so eine Ahnung davon, wozu dieser Staatsapparat fähig ist, wenn er einmal ernsthaft in Bedrängnis geraten sollte.

Der schwerwiegende Grundrechtseingriff in Gestalt von Hausdurchsuchungen wurde von der Exekutive sowie Gerichten²¹ damit gerechtfertigt, daß die auf Flugblättern enthaltene Empfehlung, zwecks Anonymisierung die Heftnummern von den Volkszählungsbögen abzuschneiden, eine Aufforderung zur Sachbeschädigung darstelle. Andere Gerichte haben diese bizarre juristische Konstruktion nicht nachvollzogen: Die leeren Volkszählungsbögen, so argumentierten sie, würden kaum einen nennenswerten Gebrauchswert verkörpern.²²

Über spektakuläre Fälle wie die Verhängung hoher Bußgelder gegen einzelne Vertreter der Grünen, die öffentlich zum Boykott aufriefen, über Beschlagnahmeaktionen und Hausdurchsuchungen hat die Presse relativ ausführlich berichtet. Neben der gewollten und z.T. auch erreichten Abschreckung hatten diese Aktionen aber auch eine für ihre Urheber kontraproduktive Wirkung: Da diese Sanktionsmaßnahmen so offensichtlich außer Verhältnis zur „Schwere“ des behaupteten Gesetzesverstosßes standen, stießen sie bei größeren Teilen der liberalen Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf Ablehnung und bewirkten eine Politisierung der Auseinandersetzung. „Von wannen kömmt diese obrigkeitliche Raserei?“ fragte Hoimar v. Ditfurth im „Spiegel“ und gab darauf die Antwort: „Das Geräusch, das wir da über unseren Köpfen hören, ist nichts anderes als das Niedersausen der altbekannten Fliegenklatsche, mit der reaktionäre Regenten seit je versucht haben, jedwede von der eigenen abweichende Meinung als ‚staatsgefährdend‘ zu erschlagen.“²³

Der Durchführung der Volkszählung selbst hat die Justiz bisher kaum Hindernisse entgegengestellt. Im Gegenteil, sogar die Tatsache, daß Beamte aus Bereichen des Verwaltungsvollzuges mit der Auswertung der Volkszählungsdaten betraut worden sind (so z. B. der Leiter des Sozialamtes (!) als Leiter einer Erhebungsstelle), wurde von Gerichten nicht als Verstoß gegen das Abschottungsgebot gewertet.²⁴ Es gebe, so hieß es z. B., keinerlei Anlaß für Zweifel, daß diese Beamten die Geheimhaltungspflichten und Verwertungsverbote bei der Volkszählung einhalten würden. Damit wird dem Staat gerichtlicherseits gerade jener Vertrauensvorschuß zugebilligt, den ein Großteil der Bevölkerung aus guten Gründen verweigert.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist allerdings noch nicht absehbar, welche Tendenzen sich in der Rechtssprechung zur Auseinandersetzung um die Volkszählung letztlich durchsetzen werden – dies wird wesentlich vom weite-

21 Vgl. FAZ v. 29.7.1987; Landgericht Bonn Az 51 Gs 368/87.

22 So die Begründung u. a. des LG Lübeck, Az 4 Qs 143/87; LG Karlsruhe (Kammer Pforzheim) Az Qs 107/87, Demokratie und Recht, H. 3/1987; LG Osnabrück, Az 22 Qs 65/87; AG Aachen, Az 41 Gs 1246/87.

23 „Der Spiegel“ Nr. 21 v. 18.5.1987.

24 Z. B. VG Oldenburg, Beschl. v. 22.6.1987, Az I VG D 118/87; VGH Mannheim, Beschl. v. 21.5.1987, NJW 1987, 1717.

ren Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung und den sich entwickelnden Kräftekonstellationen abhängen. Vorstellungen, mit Hilfe der Barriere des „Rechtsstaats“ die Volkszählung stoppen zu können, haben sich indes längst als Illusion erwiesen.

2.2 Initiativen, Organisationen, Positionen

Schon früh zeigte sich, daß die Totalerhebung kritische Aufmerksamkeit erregte. Diese speiste sich u.a. aus den Erfahrungen der 83er-Bewegung gegen die Zählung, resultierte aus der „Entzauberung der staatlichen Planungskompetenz“²⁵ und einer gegenüber den 70er Jahren deutlich veränderten Einstellung gegenüber dem Staat. „Die Unbefangenheit der Bürger gegenüber Staat und Verwaltung, die 1975 fast noch ungeschmälert vorhanden war, ist in den letzten Jahren weitgehend verlorengegangen.“²⁶

Tabelle 1: Einstellung zum Informationsbedürfnis des Staates 1975 und 1984 (Bevölkerung ab 14 Jahren)

Alternative Entscheidung:	August 1975	Mai/Juni 1984
A. Der Staat und seine Behörden sollten über jeden einzelnen Bürger möglichst viel wissen, damit er die Interessen und Bedürfnisse der Bürger besser befriedigen kann.	62	33
B. Der Staat und seine Behörden sollten über den einzelnen Bürger möglichst wenig wissen, damit das Privatleben der Bürger gesichert bleibt.	36	65

Quelle: H. Becker, a. a. O., S. 413.

Eine repräsentative Infratestbefragung vom Mai/Juni 1984 brachte auch Ergebnisse im Hinblick auf die Einstellung zur Volkszählung, die sich wahrscheinlich bis zur Jahreswende 1986/87 nicht entscheidend verändert haben. 41 % aller Befragten waren für eine solche Zählung, 23 % dagegen, unentschieden und uninformiert waren 36 %. Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab es nicht. Die Gegner der Zählung waren erwartungsgemäß in den Altersjahren 18–34 Jahre, bei Leuten mit höherem Schulabschluß, bei Auszubildenden und vor allem bei den Arbeitslosen (46 % ablehnend!) überrepräsentiert.²⁷ Selbst unter den CDU/CSU- und FDP-Wählern gab es beachtliche Minderheiten gegen eine Zählung.

25 H. Becker, Bürger in der modernen Informationsgesellschaft. Einstellungen zur Technik und zum Datenschutz. In: Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat. Strategien zur Wahrnehmung der Freiheitsrechte im Computerzeitalter. Symposium der Hessischen Landesregierung, 3.–5. September 1984, hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei, Wiesbaden, S. 350.

26 Ebenda, S. 412.

27 Alle Daten nach ebenda, S. 436 ff.

Tabelle 2: Einstellung zu einer Volkszählung nach Parteienpräferenz (Wahlentscheidung 1983) im Mai/Juni 1984

	Dafür	Dagegen	Unentsch./ weiß nicht	Summe
Alle Befragten	41	23	36	100
Wähler der:				
CDU/CSU	55	13	32	100
SPD	36	27	37	100
FDP	49	19	32	100
Die Grünen	11	57	32	100

Quelle: H. Becker, a. a. O., S. 486, 490 (Eigene Berechnungen).

Die Daten entsprechen in etwa der Erwartung. Sie verweisen zugleich auf eine der Ursachen der „obrigkeitlichen Raserei“. Die große Gruppe der Unentschiedenen – selbst unter den Wählern der Grünen war sie so groß wie bei denen von CDU und FDP – sollte eingeschüchtert und zu zählungskonformem Verhalten gedrängt, die Zahl der Gegner verringert werden. Die Befragungsergebnisse geben auch einen Hinweis auf die Ursachen der widersprüchlichen Ergebnisse des Widerstandes. Durch den hohen Anteil offenbar bewußter Falschangaben haben viele verdeutlicht, daß sie den Versprechungen der Bonner Politiker, die Volkszählungsdaten würden zum Nutzen der Bürger verwandt und jeglicher Mißbrauch sei ausgeschlossen, keinen Glauben schenken.

Auf der anderen Seite hat die relativ geringe Beteiligung am „harten Boykott“ durch Abgabe der Volkszählungsbögen bei den Sammelstellen der Initiativen (neben organisatorischen Problemen) gezeigt, daß der politische Stellenwert eines solchen demonstrativen Akts nur von einem Teil der Volkszählungsgegner erkannt wurde. Dabei dürfte eine Rolle spielen, daß viele den Gang zu einer Sammelstelle deshalb unterlassen, weil sie anonym bleiben wollen und sich nicht sicher sind, was dort – in einem ihnen unbekanntem politischen Milieu – mit ihren Bögen passiert. Deshalb ist auch zu vermuten, daß die Gruppe derer, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Anfang August) in den Groß- und Universitätsstädten ihren Fragebogen noch zu Hause liegen hat und abwartet, nicht gering ist. Das heißt, daß die Initiativen in ihrer Arbeit (eigentlich) nicht nachlassen dürften.

Angesichts der vorhandenen Einstellungen der Bevölkerung hatte die Aufklärungstätigkeit große Bedeutung. Die Zahl von Teilnehmern an Informationsveranstaltungen war überraschend groß. Selbst in Regionen, in denen die Linke ansonsten wenig Resonanz findet, gab es reges Interesse und Aktivitäten einer Protestbewegung, die sozial und politisch sehr bunt zusammengesetzt war. „Humanistische Union, Autonome, linke Gewerkschafter, CDU-Mitglieder, Liberale, die schon immer gegen zuviel Staat waren, Sozialhilfe-

empfänger, Hausfrauen, Kommunisten, Taxifahrer und Jungdemokraten, Grüne und krawattentragende Beamte.“²⁸

Dieses Bild der Informationsveranstaltungen entsprach aber nicht der Zusammensetzung der Initiativen. Als es an die „harte Arbeit“ ging – Flugblätter, Plakate, an mehreren Tagen in der Woche Präsenz an Altpapiersammelstellen, Samstag Infostand, nachts usw. –, waren die Initiativen häufig doch auf einen „harten Kern“ zurückgeworfen, der auch bisher zum großen Teil bereits an linken Projekten und Aktionen (Frieden, Öko, Anti-KKW usw.) zumindest als Demonstrant/in teilgenommen hatte. Es ergaben sich allerdings neue – durch die Mühe, aber auch den Spaß der gemeinsamen Arbeit verfestigte – Kontakte. Es hat sich wieder gezeigt, daß Öko- und Dritte-Welt-Läden, Frauenprojekte, Cafés und Kneipen der Szene und die Geschäftsstellen der Grünen eine wichtige Rolle bei der Organisation des Widerstandes vor allem in solchen Regionen spielten, in denen die linke Infrastruktur insgesamt unterentwickelt ist.

Schon angesichts der Zusammensetzung der Initiativen war ein beträchtlicher Teil der Aktivität zunächst nach innen, auf die Klärung inhaltlicher Fragen gerichtet. Neben der Beratung und dem Einsammeln von Fragebögen gab es trotz aller Behinderungen durch die Behörden zahlreiche Infostände, Feste und andere Aktionen. Fragebögen baumelten auf Wäscheleinen in Fußgängerzonen und auf Plätzen, wurden plakatiert, stiegen mit Luftballons empor, regneten von Kirchtürmen, wurden auf ihrer Rückseite zu Flugblättern, dienten zur Herstellung von Herdentieren und Denkmälern.

Insgesamt war die Arbeit aber sehr schwierig, weil die örtliche und überregionale Presse die verschiedenen Aktivitäten nach dem Stichtag weitgehend totschwieg. Lediglich die Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ und die „tageszeitung“ berichteten regelmäßig, erreichten aber in der Regel nur Leser, die ohnehin bereits in Bewegung waren.

Schon bei den Informationsveranstaltungen hatte sich gezeigt, daß viele Menschen mehr auf eine individuelle juristische Abwehrstrategie setzten als auf den bewußten Akt kollektiver Verweigerung. Insofern scheint uns der Verlauf der Auseinandersetzung auf der einen Seite das verbreitete Mißtrauen gegenüber „dem Staat“ widerzuspiegeln, auf der anderen Seite aber auch die geringe politische Erfahrung breiter Teile der Bevölkerung. Positiv ist anzumerken, daß sich viele Frauen und Männer zum ersten Mal mit dem „juristischen Kram“ beschäftigten, lernten, was ein Verwaltungsakt und -gericht ist, was Zwangs- und Bußgelder sind, wie und an wen Ein- und Widersprüche zu formulieren sind usw. Das kann zukünftig für den Kampf gegen die Zerstörung unserer Heimat und die Vergiftung unserer Umwelt nützlich sein.

Aber auch dort, wo die Initiativen nicht nur berieten und „sammelten“, sondern darüber hinaus aktiv arbeiteten, spielte nach unserer Übersicht die über die Zählung hinausweisende, demonstrative, politische Dimension des Boykotts – Nein zum „Sicherheitsstaat“! – nach dem Stichtag (durchaus anders in der Informationsphase) eine eher untergeordnete Rolle. Die Erwä-

28 Roland Appel, „Die Grundrechte stehen zur Disposition“, in: taz v. 12.6.1987.

gung, daß nicht die Sammlung von Daten an sich, sondern der Mißbrauch, den die herrschende Klasse unseres Landes mit ihnen treibt, die Gefahr darstellt,²⁹ fand kaum Gehör. Wie – notwendigerweise vereinzelte – Diskussionserfahrungen mit eher dem SPD-Spektrum zuneigenden Menschen zeigten, stieß die generelle Ablehnung von Bestandsaufnahmen des quantitativen Umfangs und der qualitativen Struktur der Bevölkerung häufig auf Unverständnis. „Das ist Maschinenstürmerei.“ „Wir müssen doch wissen, wieviel Kindergartenplätze wir heute, in 5 und 10 Jahren brauchen, damit wir uns dafür einsetzen können. Ob wir uns durchsetzen, ist eine ganz andere Frage.“ Die große Zahl der gegenüber der Volkzählung Unentschiedenen (vgl. Tabelle 2) würde wahrscheinlich ähnliche Argumente vortragen.

Auch die aktuellen Ausprägungen des „Sicherheitsstaates“, wie sie in den skandalösen Praktiken der Strauß-Administration mit Berufung auf die Aids-Gefahr oder in dem rechtswidrigen Vorgang der Absperrung des Berliner Stadtteils Kreuzberg anlässlich des Reagan-Besuchs sichtbar wurden, spielten in der Argumentation kaum eine Rolle. Dabei zeigt gerade das Beispiel Kreuzberg die Möglichkeiten des Datenmißbrauchs. Solche Sperrungen (Berlin wird leider kein Einzelfall bleiben) lassen sich zukünftig selektiver und geräuschloser – Stichwort: regionale und stadtteilbezogene „Sozialkataster“ – handhaben. Abschließend: Die eigentliche Bewährungsprobe der Initiativen vor allem in den Groß- und Universitätsstädten steht noch bevor, wenn es darum geht, kollektiven Widerstand gegen die Buß- und Zwangsmaßnahmen des Staatsapparates zu organisieren.

Als bedeutsame Schwäche der Bewegung ist zu sehen, daß es – anders als 1983 – nicht gelang, größere Teile von Gewerkschaften und SPD gegen die Zählung zu mobilisieren. GEW und ÖTV waren zumindest auf örtlicher Ebene durch die Zählerproblematik sensibilisiert, erhielten aber von den übergeordneten Gremien kaum Unterstützung. Beschlüsse gegen das Zählwerk kamen bei allen Einzelgewerkschaften und dem DGB meistens nicht über die Kreis- und Bezirksebene hinaus. Inhaltlich gelang es der Bewegung nicht – der Versuch wurde auch kaum unternommen – die alte Gewerkschaftsforderung nach „gläsernen Taschen“ der Unternehmen und Unternehmer gegen die Absicht der Zählung zu stellen, „gläserne Menschen“ zu schaffen. Als eine die Regel bestätigende Ausnahme kann auf einen Aufsatz von Detlef Hensche – „volkszählung: fragt die krupps und nicht die krauses“ – verwiesen werden.³⁰

Es ging also darum, aufzuzeigen, wo die notorischen Datenverweigerer sitzen, die den „statistischen Wildwuchs“ roden wollen,³¹ Bilanzen frisieren und sehr schweigsam werden, wenn Statistiken über Einkommen und Vermögen erstellt werden sollen. Datensammlungen über die Wirtschaft und ihre Entwicklung bergen für diese Leute die Gefahr in sich, „daß sie häufig glauben

29 Vgl. dazu: E. Dähne, H. Holländer, M. Kutscha, Volkzählung 87 – Kritik – Möglichkeiten des Widerstandes, in: M. Kutscha, N. Paech (Hrsg.), Totalerfassung. „Sicherheitsgesetz“, Volkzählung, Neuer Personalausweis, 2. Auflage, Köln 1987, S. 237 ff.

30 druck + papier, H. 9/1987.

31 Handelsblatt v. 21.9.1978.

machen, man wisse genug, um zu planen“.³² Daten über Investitionsplanungen usw. sind aus dieser Sicht etwas Heikles, das verschleiert und zurückgehalten werden muß. Insofern muß aus der Sicht der Arbeiterbewegung selbstkritisch angemerkt werden, daß die Position der Boykott-Bewegung im Hinblick auf die Arbeitsstättenzählung, die solche Planungsdaten bringen kann, zu undifferenziert war. Die Forderung hätte lauten müssen, daß die Fragebögen, die von den Arbeitsstätten größerer Unternehmen zu beantworten wären, wesentlich umfangreicher, ökologisch, wirtschafts- und sozialstrukturell haltvoller hätten sein müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Staatsapparat mit dem gleichen Maß an Repression wie gegen die Gegner der Volkszählung gegen antwortverweigernde Nadelstreifenherren vorgegangen wäre.

3. Die politische Brisanz: Die Volkszählung als „Probe auf die Regierbarkeit“

Je mehr sich die öffentliche Diskussion um die Volkszählung ausweitete und der Widerstand formierte, um so deutlicher wurde auch, daß es längst nicht mehr allein um die Frage des statistischen Nutzens geht. Von konservativer Seite wurde die Volkszählung durchaus realistisch als „Probe auf die Regierbarkeit“ gewertet. Die Demoskopin Noelle-Neumann begründete dies wie folgt: „Eine gesetzlich beschlossene Maßnahme mit abstraktem, nicht leicht erklärbarem Nutzen, die aber nicht an der Mehrheit der Bürger vorbeiläuft, sondern von jedem einzelnen ein Mitmachen verlangt, ist idealer Gradmesser. Sobald die Zahl der Ausfälle die etwa übliche Zahl von ungültigen Stimmzetteln bei einer Wahl überschreitet, wird daraus ein Symptom der Schwäche des Staates, der sich nicht durchzusetzen vermag“.³³

In der Tat ist es den politischen Führungsinstanzen nicht gelungen, die bei einem relativ hohen Anteil der Bevölkerung bestehenden Zweifel am sozialen Nutzen der Volkszählung zu zerstreuen. Das Scheitern der Volkszählungspropaganda zeigt einen signifikanten Verlust von Vertrauen in den Staat als glaubwürdigen, neutralen und zuverlässigen Sachwalter des „Gemeinwohls“. Dieses Schwinden der Identifikation der Bevölkerung mit „ihrem“ Staat, schon im Vorfeld der geplanten Volkszählung '83 und dann 1987 deutlich geworden, bietet der konservativen Seite denn auch Anlaß zur Besorgnis. „In ihrem abstrakt humanitären Gegengeist“, so äußert sich z. B. Schwickert, ein der Carl-Schmitt-Schule entstammender Autor, enthüllten die einer Volkszählung mit Skepsis begegnenden Bevölkerungsschichten „eine innerliche, seelisch tiefgreifende Unbezüglichkeit zum konkreten substantiellen Herrschaftsanspruch ‚ihres‘ Staates – als der erfahrungsweise unentlastbar/uneinholbar für das Wohl des Ganzen letztverantwortlichen, d. h. souveränen, Sphäre der politischen Entscheidung“.³⁴ Den tieferen Grund für die „Entwürdigung des Staa-

32 FAZ v. 4.6.1981.

33 FAZ v. 13.5.1987.

34 R. Schwickert, Soziale Herrschaftsverweigerung in der westdeutschen Gegenwart, in: Der Staat, Jg. 1986, S. 531.

tes“ sieht Schwickert im „weit verbreiteten Verlust des kollektiven, nationalen Selbst“. ³⁵ Seine Diagnose gliedert sich damit ein in die Ideologiekonzepte der bundesdeutschen Reaktion, Sinnstiftung per Wiederherstellung einer „nationalen Identität“ zu betreiben. ³⁶

Die realen gesellschaftlichen Ursachen für den Vertrauens- und Legitimationsverlust des Staates bleiben dabei außerhalb des Blickfelds. Die Krisenstrategien des staatsmonopolistischen Systems haben sich bei einem großen Teil der Bevölkerung längst als vielfältige konkrete Erfahrungen niedergeschlagen, sei es der eigenen Arbeitslosigkeit, der Zerstörung der natürlichen Umwelt oder des brutalen Polizeieinsatzes gegen eine Protestdemonstration. Für den abverlangten Vertrauensvorschuß, daß der Staat die Volkszählung für eine sozialstaatliche Politik im Interesse der Bevölkerung nutzen werde, bildet dies nicht eben eine günstige Basis.

Da es nicht gelang, auf der Ebene politischer Akzeptanz die Bevölkerungsmehrheit für das Volkszählungsprojekt zu gewinnen, setzten die herrschenden Kräfte auf die Mittel der Einschüchterung, Drohung und des Zwanges, gestützt auf das Argument der Legalität. Immerhin kann dieses Argument beim weitverbreiteten Konsens ansetzen, daß zu den demokratischen Prinzipien die staatsbürgerliche Pflicht gehört, sich den „ordnungsgemäß“ zustande gekommenen Entscheidungen einer parlamentarischen Mehrheit zu fügen. Mit der Entwicklung der großen demokratischen Widerstandsbewegungen, vor allem der Friedensbewegung, ist allerdings auch dieser Konsens ins Wanken geraten. ³⁷

Der von den Konservativen so vehement beschworenen Legitimität der „Mehrheitsentscheidung“ liegt die Fiktion zugrunde, daß das parlamentarische Entscheidungssystem eine angemessene Repräsentation der Bevölkerungsinteressen gewährleiste. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit hingegen sind viele von den administrativen Führungsspitzen getroffene Entscheidungen, die von der parlamentarischen Mehrheit jeweils nur noch abgesegnet werden, materiell kaum noch auf die Volkssouveränität rückführbar. Der mehrheitlichen Stimmabgabe für die konservativen Parteien bei der Bundestagswahl läßt sich eben kein Votum z. B. für bestimmte Aufrüstungsschritte oder für eine Totalerfassung des Volkes entnehmen. Die Billigung der Raketenstationierung durch den Bundestag entgegen dem eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung hat für viele offenbart, in welchem Maße sich die bundesdeutschen Regierungsorgane vom Grundsatz der Volkssouveränität abgekoppelt haben. Manche haben auch die Erkenntnis gewonnen, daß der Bundestag keineswegs ein adäquates Abbild der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Interessenpositionen in der Bundesrepublik darstellt und daß die politischen Entscheidungsprozesse in diesem Staat keineswegs nach dem Par-

35 Ebenda, S. 535.

36 Vgl. hierzu die Beiträge zur sog. „Historikerdebatte“.

37 Zur Diskussion um Mehrheitsprinzip, Widerstand und „zivilen Ungehorsam“ näher M. Kutschka (Hrsg.), *Demonstrationsfreiheit. Kampf um ein Bürgerrecht*, Köln 1986, S. 48 ff.; ders., *Rechtsgehorsam und/oder Widerstand?*, in: *info demokratie*, 2/1987, S. 4 ff.

lamentarismusschema der offiziell gepflegten Staatsbürgerkunde ablaufen.³⁸ Wo das wirkliche „Zentrum der Macht“ zu verorten ist, hat nicht zuletzt der Flick-Spendenskandal auf verblüffend anschauliche Weise verdeutlicht.³⁹ Die Parteispendenaffäre offenbarte darüber hinaus, welch opportunistisches Verhältnis die Führungsspitzen des Staates selbst zur Legalität pflegen. Die Aufdeckung dieser und anderer Praktiken staatlicher Organe („Celler Loch“) dürfte die Motivation der Staatsbürger, sich strikt gesetzestreu zu verhalten, nicht gerade gefördert haben. Der Ausspruch des Bundeskanzlers, der sich seiner gesetzlichen Pflicht zur detaillierten Auskunft vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages mit den Worten entledigte: „Entschuldigung, aber was ich beantworte, überlassen Sie freundlicher Weise mir!“, ist zu einem gerngehörten Bonmot der Anti-Volkszählungsbewegung geworden.

Von mehreren Seiten sind Einwände gegen die Verfassungsmäßigkeit des Volkszählungsgesetzes sowie auch der Praktiken bei seiner Durchführung geltend gemacht worden. Diese Einwände sind durchaus berechtigt: Daß nach dem Stand der statistischen Methodendiskussion die Volkszählung als Totalerhebung überhaupt notwendig ist, hat die Bundesregierung nicht überzeugend nachweisen können, obwohl dies im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts zur Voraussetzung erhoben worden war.⁴⁰ Das Gebot strikter Abschottung der Volkszählungsdaten und ihrer Erhebung vom Verwaltungsvollzug, ebenfalls im Volkszählungsurteil formuliert, wurde in zahllosen Fällen mißachtet.⁴¹ Damit haben sich vielfältige Möglichkeiten ergeben, die Volkszählungsdaten unter der Hand eben doch mit Dateien der Verwaltungsbehörden (z. B. dem Melderegister) abzugleichen und auf diese Weise massiv in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung einzugreifen.

Inzwischen ist ein weiteres Argument gegen das staatliche Beharren auf der Auskunftserteilung bei der Volkszählung hinzugekommen. Wie vorne dargelegt wurde, muß das Volkszählungsprojekt im Hinblick auf seinen statistischen Nutzen als weitgehend gescheitert gelten; das Gesetzesprogramm hat sich damit als nicht realisierbar erwiesen. In dieser Situation würde es demokratischer Rationalität und dem Gebot einer sparsamen Haushaltsführung entsprechen, das Projekt einzustellen. Der Sinn seiner weiteren Durchführung, verbunden mit der Verhängung von Zwangs- und Bußgeldern, kann jetzt nur noch in der Disziplinierungsfunktion, in dem Versuch bestehen, staatlichen Durchsetzungswillen zu demonstrieren. Der Gesetzesvollzug wird damit zum Selbstzweck, der dem Bürger abverlangte Akt zum „Symbol einer

38 Vgl. hierzu die Diskussion zwischen J. Agnoli u. a. zum Thema „Krise des Parlamentarismus?“, in: *Demokratie und Recht*, 1987, S. 29 ff.

39 Vgl. H. Jung, F. Krause, *Die Stamokap-Republik der Flicks*, Frankfurt 1985.

40 BVerfG NJW 1984, 424/425; vgl. die Kritik der baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten R. Leuze in ihrem 5. Tätigkeitsbericht (Auszüge in: M. Hoffmann/J.-P. Regelmann, *Volkszählung '87*, Braunschweig 1986, S. 75); ferner V. F. Rottmann, *Volkszählung '87 – wieder verfassungswidrig?*, in: *Kritische Justiz*, Jg. 1987, S. 82; M. Kutscha, *Kriminalisierung und Erfassung '87*, in: *Demokratie und Recht*, Jg. 1987, S. 8.

41 Vgl. bereits R. Leuze, in: FR v. 10.1.1987 sowie die Falldarstellungen in der Tagespresse; ausführlich: „Zeit“-Dossier v. 12.6.1987.

Unterwerfungshandlung“⁴², zum demütig entbotenen Gruß vor dem Geßlerhut. Diese Unterwerfungshandlung der Bevölkerung vor der Obrigkeit ist offensichtlich gewollt.

Gerade aber auch an diesem Punkt macht sich der Widerstand fest und erfährt zugleich eine thematische Verbreiterung. Wenn die Teilnahme an der Volkszählung nur noch als Akt der Unterwerfung, als Akt zur Wahrung eines obrigkeitsstaatlichen Prinzips fungieren soll, geht es um weit mehr als um den eigentlichen Anlaß, die Frage nach Sinn und Unsinn der Volkszählung. Die Auseinandersetzung wird nunmehr auch um das Rangverhältnis von Staatsgewalt und Volkssouveränität geführt, eine Schlüsselfrage der Demokratie also.

4. Der Widerstand gegen die Zählung als Ansatz für eine Demokratiebewegung?

Vielen in der Boykottbewegung engagierten Menschen galt die Volkszählung von Anbeginn als Symbol für einen Staat, der ihnen auf den verschiedensten sozialen Feldern als Bedrohung gegenübertritt und Zukunftschancen zerstört.⁴³ Die Volkszählung bot, da ihr Gelingen ja von der aktiven Mitwirkung aller abhing, die Möglichkeit zu einem massenhaften Mißtrauensvotum gegen diesen Staat und seine Politik: „Nie sind wir gefragt worden, weder bei der Raketenstationierung, noch beim Bau von Atomkraftwerken oder beim Sozialabbau. Jetzt aber sollen wir befragt werden, *ausgefragt*, und jetzt sagen wir Nein!“⁴⁴

Für einen Großteil derjenigen, die sich an der Volkszählung nicht wie verlangt beteiligten, waren aber wohl weniger grundsätzliche politische Erwägungen ausschlaggebend als ein diffuses Mißtrauen gegenüber dem staatlichen Umgang mit Bürgerdaten. Häufig beruhte die Ablehnung der Volkszählung weit mehr auf der Furcht vor dem „Großen Bruder“, der in die Individualsphäre einzubrechen droht, als auf einer klaren Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsmechanismen. Das Motto „Meine Daten gehören mir“ kann als repräsentativ für diese Haltung gelten.

Dieses Bewußtsein wird durch Befragungsdaten bestätigt. Der Aussage „Computer geben dem Staat zu viel Macht und zu viele Möglichkeiten Kontrolle auszuüben“ stimmten 1976: 49%, 1980: 55% und 1983: 60% aller Bundesbürger/innen zu.⁴⁵ Eine neuere INFAS-Untersuchung ergab: 77% aller abhängig Berufstätigen sehen als Folge des technischen Wandels in abgestuften Maße einen Anstieg der persönlichen Kontrollen und 64% befürchten unkontrollierte Macht der Technokraten. Noch 37% aller Befragten betrachten das zuerst genannte Merkmal als stark negative Auswirkung der neuen

42 H. v. Ditfurth, in: „Der Spiegel“, Nr. 21 v. 18. 5. 1987.

43 Zur Bedeutung von Symbolen für die politische Kultur neuer sozialer Bewegungen vgl. K. Maase, *Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5*, Frankfurt 1982, S. 34.

44 E. Dähne, H. Holländer, M. Kutscha, a. a. O., S. 245.

45 H. Becker, a. a. O., S. 351.

Technik und 22% aller Befragten sehen eine sehr starke Gefahr beim zweiten Merkmal.⁴⁶

Viele suchen auf eine als bedrohlich empfundene Entwicklung zum Überwachungsstaat noch durch individuelle Abwehrstrategien, durch einen Rückzug aus der Gesellschaftlichkeit zu reagieren statt durch aktives demokratisches Engagement. Das Scheitern einer ausschließlich juristisch angelegten Abwehr wird dann nahezu zwangsläufig als persönliche Niederlage gegen den Machtanspruch des Staates empfunden. Die politische Ambivalenz der Situation, daß der Staat sich vordergründig zwar „durchsetzt“, im Ergebnis jedoch weitere Legitimationseinbußen bei der Bevölkerung hinnehmen muß, wird kaum erkannt.

Dennoch hat die Auseinandersetzung um die Volkszählung für viele Menschen politisierend gewirkt und gesellschaftliche Lernprozesse gefördert, die Resignationstendenzen entgegenwirken und Ansatzpunkte für weiterreichendes gesellschaftliches Engagement bilden können. Die angesichts des Anlasses sowohl politisch als auch juristisch „unverhältnismäßigen“ staatlichen Zwangsmaßnahmen provozieren geradezu die Reflexion über das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit bundesdeutscher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in letzter Instanz auch über den Charakter dieses Staates. Die Erfahrungen aus der Volkszählung haben bei vielen Menschen auch das Bewußtsein geschärft für den Zusammenhang mit Grundrechtsgefährdungen in anderen Bereichen, etwa bei den Verfassungsschutz-„Überprüfungen“ in Betrieben oder bei der Verabschiedung der „Sicherheitsgesetze“. Dort, wo es gelingt, die in Teilen der Bevölkerung sichtbar gewachsene Sensibilität für die Demokratiefrage in eine kontinuierliche Arbeit der aus Anlaß der Volkszählung gebildeten Initiativen und Gruppen umzusetzen und auch für andere Bereiche fruchtbar zu machen, entstehen wichtige Ansatzpunkte für die Entwicklung einer neuen Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung in der Bundesrepublik.⁴⁷

Damit ergeben sich zugleich Chancen für eine Verbreiterung des sich im Kampf um demokratische Freiheitsrechte engagierenden gesellschaftlichen Spektrums. Roland Appel, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen, hat bereits Ansatzpunkte aufgezeigt: Den Volkszählungsinitiativen obliege nunmehr die Verpflichtung, „die Diskussion über den Stand der Grund- und Freiheitsrechte in dieser Gesellschaft weiterzutreiben und dabei neue Bündnispartner zum Beispiel bei den Gewerkschaften zu suchen. Es ist vielleicht nur Zufall, daß 1988 die Notstandsgesetzgebung ihr 20jähriges Jubiläum feiern kann. Das sollte Anlaß sein, mit diesen Kräften die Diskussion zu suchen und möglicherweise an Traditionen anzuknüpfen, die es auch in anderen

46 Hans-Böckler-Stiftung, (Hrsg.), Gewerkschaften vor der Herausforderung der 90er Jahre, Düsseldorf 1987, S. 46f.

47 Zu den Entwicklungsperspektiven näher die Beiträge von M. Jansen, H. Jung, M. Kutscha u. H. Bethge, in: Gutachten zur Lage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg. Initiative „Weg mit den Berufsverboten“), Hamburg 1987, S. 74ff.

Feldern genügend gibt. Berufsverbote und Antiterrorgesetze gehören ebenfalls dazu“.⁴⁸

Für die lange Zeit auf Sparflamme gehaltene Diskussion innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie über die Frage von Demokratie, Freiheitsrechten und den Charakter dieses Staates hat die Volkszählung neuen Zündstoff geliefert. Die im wesentlichen zustimmende Stellungnahme des DGB zum Volkszählungsprojekt ist in Gewerkschaftskreisen auf herbe Kritik gestoßen. Angesichts der mittlerweile absehbaren „politischen Kosten“ des Volkszählungsprojekts '87 revidierte auch die SPD ihre Haltung. „Eine Totalerhebung auf unfreiwilliger Basis“, kündigte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Däubler-Gmelin im Juli an, „wird es mit uns nicht mehr geben“.⁴⁹

48 taz. v. 12.6.1987.

49 Vorwärts, Nr. 28 v. 11.7.1987.

Die Linke und der Fortschritt

Diskussionskonferenz des IMSF

Alma Steinberg

1. Zum Begriff des Fortschritts – 2. Produktivkraftentwicklung, Technik, Fortschritt im Mensch-Natur-Verhältnis – 3. Wissenschaftsverständnis und Fortschritt – 4. Arbeiterbewegung und technischer Fortschritt – 5. Frieden, sozialer Fortschritt, Revolution

„Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage...“. Die Linke und der Fortschritt“. Unter diesem Motto veranstaltete das IMSF am 16./17. Mai in Frankfurt/M. eine Diskussionskonferenz. Nicht eine streng systematische Abhandlung der Gesamtproblematik war angestrebt; aufgegriffen werden sollten einige Fragestellungen, die sich in den aktuellen Debatten des linken und alternativen Spektrums herauskristallisiert haben: Welche Maßstäbe sind heute an Fortschritt anzulegen, wie ist das Verhältnis von technischem und sozialem Fortschritt, welche gesellschaftlichen Kräfte können Träger des sozialen Fortschritts sein, wie stellt sich das Verhältnis von Friedenssicherung, Überleben und Revolution dar?

Die Diskussion sollte der Verständigung marxistischer Kräfte dienen. Zu Wort kommen sollten aber auch Vertreter/innen aus dem sonstigen demokratischen und grün/alternativen Spektrum. Die Vorträge und Debatten fanden durchwegs im Plenum, vor etwa 300 Teilnehmer/inne/n statt. Materialien zur Tagung erscheinen als gesonderte Publikation.¹ Daher werden hier – unter thematischen Gesichtspunkten geordnet – nur einige zentrale Themenkomplexe und Diskussionsverläufe zusammengefaßt.

Festzustellen, so *André Leisewitz* (IMSF) einleitend, sei ein wachsendes Krisenbewußtsein, für das es in der Realität handfeste Anknüpfungspunkte gebe: die atomare Bedrohung, die Dynamik und Intensität des zerstörerischen Eingriffs in die Naturprozesse, die Risikobehaftetheit neuer Technologien, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit. Dies sei der Kontext, der Skepsis gegenüber Wissenschaft und Technik als Erkenntnis- und Handlungsmittel wachsen lasse, der Zweifel an der Möglichkeit von Fortschritt nähre. Es sei ein Kontext, der auch Marxisten zu neuem Denken zwingt – von den interna-

¹ IMSF (Hrsg.), „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage...“. Die Linke und der Fortschritt, Frankfurt/M. 1987.

tionalen Beziehungen bis zur Produktivkraftentwicklung; er fordere dazu heraus, die Maßstäbe für Fortschritt, die Widersprüche gesellschaftlich/historischen Fortschritts genauer zu fassen.

1. Zum Begriff des Fortschritts

Zu unterschiedlichen Aspekten des Fortschrittsbegriffs sprachen einleitend *Hans Jörg Sandkühler* (Bremen) und *Hans Heinz Holz* (Groningen).

Als universelles Konzept, so *Sandkühler*, bezeichne Fortschritt Geschichte, der die Menschen in ihren Zwecken ein Ziel geben. Fortschritt sei damit nicht subjektlos, sondern aufgeladen mit der Alternativität der Geschichte. Als gesetzmäßige Entwicklung habe Fortschritt bisher nur für die Gattung, für Klassen, nicht aber für die Individuen gegolten.

Als Bedürfnis nach Selbsttätigkeit und Selbstherrschaft sei Fortschritt vernünftig und wirksam. Solle dieses Bedürfnis die Arbeiterbewegung zu einer Politik des Fortschritts einen, müsse diese Politik universell sein, Natur, Ökonomie, Soziales und Kulturelles umfassen. Wenn Fortschritt kein abstraktes Prinzip bleiben solle, dürfe als Maßstab nicht mehr nur die Entwicklung der Gattung und der Klassen, sondern auch die der Individuen, ihrer Menschenwürde und ihres Glücks, herangezogen werden.

Holz arbeitete zunächst formale Bestimmungen und inhaltliche Rahmenbedingungen von Fortschritt heraus. In der Konkretisierung sei menschlicher Fortschritt linear zu beschreiben als Prozeß der Überwindung von Mängeln, Abhängigkeiten und äußeren Zwängen im Stoffwechsel mit der Natur (Produktivkraftentwicklung). Ausgehend von der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, impliziere die Unangemessenheit der Produktionsverhältnisse eine unangemessene Nutzung der Produktivkräfte. Insbesondere sei im Kapitalismus die Partikularität der Zwecke der herrschenden Klasse eine Ursache der Fehlentwicklung in der Nutzung der Produktivkräfte. Als Perspektive des Fortschritts bezeichnete *Holz* die Herstellung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen die Menschen frei von der Herrschaft partikulärer Zwecksetzungen ihren Stoffwechsel mit der Natur und dessen gesellschaftliche Organisation aus Vernunftgründen selbst bestimmen.

In der Diskussion verwies *Johannes H. von Heiseler* (IMSF) darauf, daß der frühbürgerliche Fortschrittsbegriff sowohl die Einheit der Wissenschaften untereinander als auch die Einheit von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt umfaßte. Im frühbürgerlichen Fortschrittsbegriff sei der Kampf um Freiheit, Gleichheit und Glück eingeschlossen gewesen. Erst durch die Abtrennung von diesen Zielen konnte Fortschrittsdenken als enges, eingleisiges Denken erscheinen. Heute habe sich der verstümmelte, nur auf Technikentwicklung bezogene Fortschrittsbegriff mehr denn je diskreditiert. Es komme darauf an, die Einheit des Fortschrittsbegriffs wiederzugewinnen. Dies könne allerdings nur auf einer anderen sozialen Grundlage geschehen.

Alessandro Mazzone (Rom) bezeichnete als den eigentlichen Gegenstand der Fortschrittsdiskussion die Problematik der Verantwortung des Menschen. Es sei ein reales geschichtliches Novum, daß Raubbau an der Natur, Hunger,

Not und Unwissen nicht mehr herrschen müßten. Dennoch hätten noch nie so viele Menschen auf der Welt gehungert, in Elend und Unwissenheit gelebt. Es sei dies gegenüber früheren Epochen ein Zustand, der systematisch und direkt durch die Menschen selbst hergestellt werde. Die Menschheit stehe heute an einem Punkt, an dem sie sich selbst eine menschliche Zukunft oder den eigenen Untergang schaffen könne.

An *Sandkühlers* Forderung, die Individuen in den Fortschrittsbegriff aufzunehmen, knüpfte sich eine Diskussion zu den Fragen Individuum – Naturverhältnis und Individualität – Kollektivität. *Manon Andreas-Grisebach* (Aarbergen-Kettenbach) plädierte dafür, das Bild einer entwickelten Individualität inhaltlich um den Bezug zur Natur zu erweitern, entwickelte Individualität auch als Fähigkeit zu begreifen, sich in die Natur gefühlsmäßig, ästhetisch und rational hineinzusetzen.

Christoph Strawe (Leinfelden) formulierte als das ausschlaggebende Kriterium für menschlichen Fortschritt das Voranschreiten zu gesellschaftlichen Verhältnissen, die dem einzelnen das Recht auf Selbstbestimmung gewährleisten. Er bezog sich dabei auf Rudolf Steiners „soziologisches Grundgesetz“. Daß gegenwärtig in der sozialistischen Debatte über die Entfaltung des einzelnen zu einem initiativreichen, selbstverantwortlichen Menschen nachgedacht werde, sah er als Bruch mit der „unseligen Gleichsetzung von Individualität und kleinbürgerlichem Individualismus“. In allen Bereichen der Gesellschaft komme es darauf an, das Institutionengefüge so zu transformieren, daß ein höheres Maß an Selbstgestaltung möglich werde.

Robert Steigerwald (Eschborn) hielt *Strawe* entgegen, daß der Begriff der Selbstbestimmung klassenspezifisch Unterschiedliches bedeute. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse beinhalte er zuallererst die Frage der politischen Macht. Erst in diesem Zusammenhang könne es um Fragen der realen Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen gehen.

Sandkühler unterstrich, daß es auch für das marxistische Fortschrittsverständnis entscheidend sei, gelungene Vergesellschaftung als Zunahme entwickelter Individualität zu begreifen. Zu einem sozialistischen Weltbild gehöre zunehmend ein Eigenbild der sozialistischen Individuen.

Lothar Peter (Bremen) problematisierte einen einseitigen Bezug auf die Kategorie der Individualität und der Individualisierung. Damit entstehe die Gefahr, zu übersehen, daß es in der Arbeiterbewegung gegenwärtig gerade an Kollektivität und gemeinsamer Handlungsfähigkeit mangle. Die Entwicklung kollektiver Formen des Handelns und der Kommunikation seien aber unabdingbare Voraussetzungen, daß sich unter kapitalistischen Bedingungen Fortschritt auch nur ansatzweise durchsetzen könne.

2. Produktivkraftentwicklung, Technik, Fortschritt im Mensch-Natur-Verhältnis

Aus unterschiedlicher Perspektive bezogen sich *Manon Andreas-Grisebach* (Die Grünen, Aarbergen-Kettenbach) und *Karl Hermann Tjaden* (Kassel) auf Fortschritt im Mensch-Natur-Verhältnis.

Werde, so *Grisebach*, technischer Fortschritt zum einen am Kriterium menschliche Gesellschaft, zum anderen am Kriterium Natur gemessen, dann ergäben sich daraus sehr unterschiedliche Schaden/Nutzen-Bewertungen. Könne aus dem technischen Fortschritt noch ein gewisser Nutzen für die menschliche Gesellschaft resultieren, so sehe das Ergebnis gänzlich anders aus, wenn technischer Fortschritt am Kriterium Natur gemessen werde. Vom Standpunkt des Subjekts Natur sei technischer Fortschritt stets Verderben gewesen. Bisheriger Fortschritt könne daher nur als anthropozentrischer, als gattungsbegrenzter „Binnenfortschritt“ charakterisiert werden. Das Festhalten an diesem Binnenfortschritt habe langfristig jedoch auch für die Menschen negative Folgen.

In einem zukünftigen, erweiterten Fortschrittsbegriff müsse der Anthropozentrismus überwunden werden, müßten mindestens zwei fundamental andere Kriterien Aufnahme finden. 1. das Kriterium der Globalität allen Lebens. Dies setze ein geändertes Mensch-Natur-Verhältnis voraus, nötige zur Anerkennung der Natur als gleichberechtigtes Subjekt. 2. müsse das Kriterium der Langfristigkeit gelten.

Auf *Grisebachs* Forderung, der Mensch müsse den anthropozentrischen Standpunkt überwinden, erwiderte *Josef Schleifstein* (IMSF), dies sei in den praktischen Lebenszusammenhängen des Menschen unmöglich. Der Mensch sei Lebewesen der Natur, er könne nicht aus den Naturzusammenhängen heraustreten; er sei gezwungen, zur Sicherung seines Daseins anderes Leben zu vernichten, er müsse sich wie alle „Tiere“ von der Gattung her verhalten. Der Mensch sei jedoch auf der philosophischen Ebene, in der Erklärung seines Werdens fähig, seinen Anthropozentrismus zu überwinden; er könne auf einer hohen Stufe der Menschheitsentwicklung die Idee der Naturliebe als humane Idee entwickeln.

Tjaden charakterisierte die kapitalistische Produktionsweise als sozial auf dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital beruhend; technisch sei sie zugeschnitten auf den enormen Verschleiß energetischer und stofflicher Ressourcen, und zwar in einem solchen Maß, daß der Widerspruch von Mensch und Natur selbst antagonistischen Charakter gewinne. Gesellschaftlicher Fortschritt bedeute die Überwindung des sozialen und des Mensch-Natur-Antagonismus, die Überwindung des in Jahrtausenden klassenmäßig Geprägten überhaupt.

Die ungenügende Analyse der stofflich-materiellen Basis der kapitalistischen Produktionsweise bemängelte *Tjaden* als Schwäche der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK), die sich einseitig mit den späten Formen des Kapitalismus befasse, die materiell praktische Basis, die zur allgemeinen Charakteristik der kapitalistischen Produktionsweise dazugehöre, jedoch vernachlässige. Ebenso messe die Konzeption der antimonopolistischen Demokratie dem notwendigen stofflichen Umbau des Produktivkraftsystems zu wenig Bedeutung bei.

Auf die Alternative einer sozialistischen Entwicklung unserer Gesellschaft eingehend, verwies *Tjaden* auf die Erfahrungen der sozialistischen Länder, die trotz negativer Phänomene aufzugreifen seien. Weiter müßten nicht nur ge-

samtgesellschaftlich, sondern auch im kleinräumigen, regionalen Maßstab konkrete Szenarien eines antikapitalistischen Entwicklungsweges ausgearbeitet werden.

In der Diskussion gingen mehrere Teilnehmer auf *Tjaden*s Kritik am Konzept der antimonopolistischen Demokratie und der Theorie des SMK ein. *Steigerwald* betonte, daß es beim Konzept der antimonopolistischen Demokratie zum einen darum gehe, den konkreten Gegner in einer bestimmten Kampfetappe zu kennzeichnen; zum anderen würden mit diesem Konzept Schritte aufgezeigt zu einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderung. Allerdings sei *Tjaden* recht zu geben, es bestünde die Aufgabe, den Begriff der antimonopolistischen Demokratie in allen Politikfeldern mit Leben zu füllen, neue Probleme zu integrieren.

Heinz Jung (IMSF) erinnerte daran, daß die Theorie des SMK in den letzten Jahren durchaus weiterentwickelt worden sei. Gegenwärtig würden gerade die staatsmonopolistischen Komplexe intensiv diskutiert. Das Konzept der Komplexe sei auch darauf ausgerichtet, die stofflichen Strukturen der Produktivkraftentwicklung in Zusammenhang zu bringen mit den monopolistischen Strukturen.

Leisewitz bemerkte, daß gerade die Monopole Zentren der Produktivkraftentwicklung seien. Wer über Alternativen der Produktivkraftentwicklung nachdenke, könne den Zusammenhang zwischen einer Veränderung der Produktivkraftentwicklung und einer antimonopolistischen Stoßrichtung nicht übersehen.

Hellmuth Lange (Bremen) verwies noch einmal auf die Notwendigkeit, stoffliche Alternativen zu entwickeln. Angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) werde das System des Stoffwechsels mit der Natur als Ganzes zu einem Problem. Marxistische Analyse müsse nicht nur die polit-ökonomische Bestimmung einzelner Etappen kapitalistischer Entwicklung leisten, sondern gerade gegenwärtig rationellen Formen des Stoffwechsels mit der Natur besondere Aufmerksamkeit widmen.

Jörg Goldberg (IMSF) machte auf einige Probleme bei der politischen Rückvermittlung stofflicher Alternativmodelle aufmerksam. Unter den Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz entscheide z. B. im Bereich der Einzelkapitale der Einsatz moderner Technologie wesentlich über den Erfolg der Unternehmen, damit auch über die Arbeitsplatzchancen der Belegschaft. Stoffliche Alternativmodelle müßten daher nicht nur politisch vermittelt, sondern gleichzeitig um Arbeitsplatzalternativen ergänzt werden. Dies sei wesentliche Voraussetzung dafür, die Betriebsbelegschaften in die Bewegung um stoffliche Alternativen einzubeziehen.

Edgar Gärtner (Besançon) sprach zum Thema Ökologie. Wichtigste ökologische Aufgabe sei die Stabilisierung der Biosphäre. Sie müsse global und lokal angegangen werden. Global sei der Stopp der Bevölkerungsexplosion ein zentrales Moment der Stabilisierung. Lokal bedeute Stabilisierung der Lebensbedingungen Sicherung von Heimat.

3. Wissenschaftsverständnis und Fortschritt

Hellmuth Lange setzte sich mit Gehalt und Aktualität des frühbürgerlichen Wissenschafts- und Rationalitätsbegriffs auseinander. Daß ein alternatives Naturwissenschaftsverständnis am Typus frühbürgerlicher Rationalität anknüpfen könne, versuchte er an Francis Bacon zu verdeutlichen. *Klaus Müschen* (Öko-Institut, Freiburg) befaßte sich mit der Bedeutung von Gegenwissenschaft im Kontext der Ökologiebewegung. *Torsten Bultmann* (MSB Spartakus, Bonn) äußerte sich zur Rolle der Intelligenz in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Müschen bezog sich bei der Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik weitgehend auf Ulrich Becks Konzept der „Risikogesellschaft“. Danach führe die Entwicklung der industriellen Produktivkräfte zunehmend zur Produktion von Risiken und Gefahrenlagen, die nur über die Wahrnehmungsorgane von Wissenschaft, ihre Theorien, Experimente, Meßinstrumente erkennbar würden. Im steigenden Maße bekämen daher Wissenschaft und Medien eine Schlüsselposition im sozialen Prozeß der Risikodefinition. Hier liege die besondere Bedeutung der mit der Ökologiebewegung entstandenen Gegenwissenschaft. Denn der Protest gegen die herrschende Natur- und Technikwissenschaft, die Kritik ihrer Folgen und Nebenwirkungen könne nur in verwissenschaftlichter Form artikuliert werden, sei abhängig von gegenwissenschaftlicher Vermittlung.

In Erwiderung auf *Müschen* setzte sich *Jung* kritisch mit der Becksschen Konzeption der „Risikogesellschaft“ auseinander. Auf die Bedeutung der Gegenwissenschaft bezogen, hob *Jung* ihre wichtige und produktive Rolle im Rahmen des gesamten Wissenschaftssystems hervor, betonte aber, daß die Aufkündigung des Technologiekonsenses bis in die Gewerkschaften hinein nicht allein auf „innerwissenschaftliche Ursachen“, auf die Herausbildung von Gegenwissenschaft zurückgeführt werden könne. Hier spielten auch die sozialen und ökonomischen Krisenprozesse eine Rolle.

Bultmann verwies darauf, daß die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der Wissenschaft immer auch die Frage nach dem gesellschaftlichen und politischen Verhalten der Intelligenz sei. Die Bedeutung der Intelligenz nehme mit der voranschreitenden WTR zu. Das Monopolkapital könne seine ökonomisch und technologisch auf die Ergebnisse der WTR gestützten Ziele nur realisieren, wenn es ihm gelinge, relevante Teile der Intelligenz als Leistungselite und Ideologieträger zu gewinnen und den „Rest“ zumindest zu neutralisieren. Diesen Bestrebungen stünden eine Reihe fortschrittlicher „Basistrends“ entgegen: der hohe, teilweise prägende Anteil der Intelligenz in den neuen sozialen Bewegungen, die zunehmende Politisierung der Technikentwicklung aus den unmittelbaren betrieblichen Auseinandersetzungen heraus, die mehrheitlich links orientierte Studentenschaft als politisch agilste Gruppe der Intelligenz.

4. Arbeiterbewegung und technischer Fortschritt

Das Fortschrittsverständnis der Arbeiterbewegung stand im Mittelpunkt der Statements von *Lothar Peter*, *Detlef Albers* (Bremen) und *Ulrich Briefs* (MdB Die Grünen, Posterholt).

Peter bezeichnete das gegenwärtige Fortschrittsverständnis der Arbeiterbewegung als widersprüchlich. Es sei aus der geschichtlichen Tradition eines kulturellen Wertsystems zu interpretieren, das unlösbar mit der kapitalistischen Industrialisierung verbunden sei. Über fast ein Jahrhundert hin habe sich die Arbeiterbewegung vorwiegend positiv auf die wissenschaftlich-technische Entwicklung bezogen. Kritik habe sich auf die Instrumentalisierung der Produktivkräfte als Verwertungsmittel des Kapitals gerichtet; die stoffliche Dimension des technischen Fortschritts und seine prekären Folgen für die Regenerierbarkeit der Natur seien dagegen unproblematisiert geblieben. Zurückgeführt werden könne diese Haltung auf die lange Zeit wenig sichtbaren Folgen von Naturzerstörung und Ressourcenverschleiß. Erst unter dem empirisch unabweisbaren Eindruck der Schäden des technischen Fortschritts habe sich seit den 70er Jahren die blinde Identifikation mit dem technischen Fortschritt gelockert. Dennoch könnten nur Risse im Fortschrittsverständnis der Arbeiterbewegung konstatiert werden, nicht schon ein qualitativ neues Verständnis von Technik und Natur.

Briefs plädierte für ein umfassendes Projekt selektiver, bewußter Technikkontrolle. Er argumentierte gegen die Auffassung, es müßten nur die gesellschaftlichen Bedingungen verändert werden, dann könne mit der gegebenen Technik weiter gearbeitet werden. Vielmehr seien bestimmte Techniken von vornherein mit inhumanen Implikationen entwickelt worden und könnten auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht im Interesse der Beschäftigten und der Gesellschaft eingesetzt werden. Technische Kontrolle heiße daher auch, technische Systeme zu verhindern, sie gegebenenfalls abzuschaffen.

Kritisch bewertete *Briefs* das Verhältnis der Gewerkschaften zur Technikentwicklung. Gerade in der Technikauseinandersetzung drohten die Gewerkschaften in eine langfristige Schwächephase abzugleiten. Den neuen sozialen Bewegungen sei es weit besser gelungen, betriebliche und außerbetriebliche Erfahrungen zu problematisieren, Proteste gegen die Anwendung neuer Technologien zu mobilisieren. Die Gewerkschaften müßten von diesen Bewegungen vor allem lernen, wie wirkungsvolle, weiterführende, phantasievolle Aktionen des Widerstandes zu entwickeln seien.

Albers verwies auf die sich nur langsam verändernde Haltung der internationalen Arbeiterbewegung zum technischen Fortschritt. Erst zögernd werde bisheriges Produzieren ökologisch in Frage gestellt. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit Technikoptimismus und -gläubigkeit sei erforderlich. Dennoch sei gegenwärtig in der Bundesrepublik die Debatte um die ökologische Krise relativ weit entwickelt.

Im gesellschaftspolitischen Spektrum sah *Albers* zwei relevante Antworten auf das ökologische Problem: das Umbauprogramm der Grünen und den Ir-

seer Programmwurf der SPD. Beide bedürften jedoch einer kritischen Auseinandersetzung. Die Grünen versuchten, die ökologische Krise durch Abkoppelung vom Weltmarkt zu bewältigen. Dies sei ein illusionärer Versuch, über einen insulären Weg das Modell westlicher Industriegesellschaften zu überwinden. Die SPD schlage dagegen eine ökologische Modernisierung im Rahmen des Weltmarktes vor – ein Modell, das unzulänglich sei, da es auch für die Zukunft am Weltmarkt als steuernder Instanz festhalte. *Albers* plädierte dagegen für eine Orientierung, die die notwendigen Zusammenhänge zwischen globalen ökologischen Krisenauswegen und dem Übergang zu einem weltweiten sozialistischen Umbau aufzeige. Strategisch heiße das, das Reformprojekt einer ökologisch veränderten Bundesrepublik als Motor einer europäischen Politik der Eurolinken zu begreifen, die wiederum Partner für die Dritte Welt werden und den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung unterstützen könne.

Kritisch setzte sich *Schleifstein* mit *Albers'* Vorstellung eines weltweiten ökologischen Umbaus auseinander. Wie solle dieser Umbau für die Milliarden Menschen der Dritten Welt aussehen, die in erster Linie nicht an ökologischem Produzieren, sondern an der Beseitigung des Hungers interessiert seien? Nicht von oben herab, so *Albers*, könne seine Forderung den Ländern der Dritten Welt nur dann erscheinen, wenn sie mit globaler Reichtumsumverteilung verbunden werde. Hier müsse über weltsozialistische Regulierung nachgedacht werden.

5. Frieden, sozialer Fortschritt, Revolution

Während sich die einleitenden Beiträge von *Jürgen Reusch* (IMSF) und *Willy Gerns* (DKP, Bremen) v. a. auf die Probleme der Friedenssicherung und auf das Verhältnis von Frieden und revolutionärem Fortschritt bezogen, fragten *Uwe Kremer* (Jungsozialisten, Bielefeld) und *Elmar Altvater* (Berlin/West) nach Strategien für die Lösung globaler Probleme.

Kremer schlug vor, „Koalition der Vernunft“ nicht nur in bezug auf die Friedensproblematik, sondern auch im Zusammenhang mit der WTR zu diskutieren. Die WTR bringe neue Anforderungen an das gesellschaftliche Denken und Handeln mit sich, hinter denen sowohl die Regulierungssysteme der kapitalistischen als auch der sozialistischen Staaten und das System der internationalen Beziehungen zurückblieben. Ausgehend von der Interdependenz der globalen Fragen, stelle sich die Aufgabe, auch für die weltweiten ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemlagen system- und klassenübergreifende Zwischenlösungen zu suchen.

Diese Perspektive sei jedoch untrennbar mit den nationalen Regulierungssystemen verknüpft. Damit rücke gerade die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Regulierungsvarianten in den kapitalistischen Metropolen ins Blickfeld. Erste Zwischenlösungen für neue internationale Beziehungen könnten nur in dem Maße gelingen, wie sich in den kapitalistischen Ländern demokratisch-reformistische Regulierungsvarianten durchzusetzen vermöchten. Hier komme der Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle zu.

Altwater fragte nach den Möglichkeiten weltweiter revolutionärer Veränderungen. Er bezweifelte, ob es in der gegenwärtigen welthistorischen Situation angemessen sei, in der Perspektive der Revolution zu denken – Revolution verstanden als adäquate Lösungsform für gesellschaftliche Problemlagen, als Bruch mit den alten Formen. Für das Erkennen und Lösen gesellschaftlicher Probleme müsse von mehreren Etappen der Problembearbeitung ausgegangen werden, von einem in Phasen verlaufenden Lernprozeß des Problemlösens. Aus der Differenz zwischen dem Tempo der Lernprozesse und dem weiteren krisenhaften Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung erwachse die Gefahr, daß die eigentliche revolutionäre Phase, die Etappe der neuen Problemlösung, zu spät komme.

Es gelte daher, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Zeit, die zentralen Krisenbereiche Arbeit, Geldsystem und Ökologie zu betrachten. Für keinen der Bereiche sah *Altwater* gegenwärtig die Etappe neuer Problemlösungen herangereift. Es komme darauf an, zu verhindern, daß sich die Problemlagen weiter zuspitzen. Es komme darauf an, Zeit für neue Lösungsformen zu finden, alle Anstrengungen auf die Antizipation neuer Lösungen zu konzentrieren. *Altwater* bezeichnete diese Bestrebungen als „Reformismus mit Emphase“. So könne die alte Dialektik von Reform und Revolution am ehesten wieder in Gang gesetzt werden.

In der Diskussion verwies *Werner Rügemer* (Köln) darauf, daß der durch die kapitalistische Gesamtlogik herbeigeführte Status quo in der Verlängerung auf die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen hinauslaufe. Der Bruch mit dieser Entwicklungslogik schließe ein, die Erde nicht mehr in eine erste, zweite und dritte Welt einzuteilen, sondern in der Kategorie der einen Welt zu denken.

Albert Engelhardt (Frankfurt) trug Überlegungen zum Zusammenhang von Fortschritt und Demokratie vor. Demokratie bedeute, die Bewegungsform gesellschaftlicher Entwicklung an humanen Zielen und optimalen Partizipationsmöglichkeiten zu orientieren. Dies gelte auch im globalen Maßstab. Demokratie habe sich auf die Gattungsinteressen, den Menschheitsfortschritt zu beziehen.

Dieter Kramer (Frankfurt) machte auf die kulturellen Probleme, die sich aus dem technischen und sozialen Fortschritt ergeben, aufmerksam. Die Fortsetzung unserer bisherigen Lebensweise bringe immer mehr Probleme mit sich und sei weltweit nicht übertragbar. Eine Bewältigung der gegenwärtigen „Krise der Lebensweise“ könne nur über die Entwicklung ihrer inneren Widersprüche gelingen. Hierbei komme dem kulturellen System eine wichtige Aufgabe zu.

Aus der Tatsache, so führte *Gerns* aus, daß ein atomar geführter Weltkrieg die Gefahr des Untergangs der menschlichen Zivilisation heraufbeschwöre, hätten die Kommunisten weitreichende Schlußfolgerungen für das Verhältnis von Friedenskampf und Klassenkampf gezogen. Gesicherter Frieden könne weniger denn je an den weltweiten Übergang zum Sozialismus gebunden werden. Bereits gegenwärtig müsse ein System der Friedenssicherung geschaffen werden. Historisch seien die Bedingungen hierfür günstiger geworden. Der

überragende politische Widerspruch in der Friedensfrage verlaufe heute nicht mehr pauschal zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern zwischen den aggressivsten Kreisen des Imperialismus und allen für Frieden und Vernunft eintretenden Kräften. Weder der System- noch der Klassenwiderspruch seien damit aufgehoben; keineswegs bedeute „Koalition der Vernunft“ Verzicht auf revolutionäre Umgestaltung. Allerdings müsse der revolutionäre Kampf im Nuklearzeitalter so geführt werden, daß die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung insbesondere von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vermieden werde.

Reusch charakterisierte die Friedensfrage als Klassen- und als Gattungsfrage. Als Klassenproblem wurzele die Rüstungseskalation in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, insbesondere im Monopol. Ein Atomkrieg sei in seiner Wirkung zwar klassen- und grenzüberschreitend, in seinen Ursachen jedoch keineswegs klassenspezifisch. Letztlich könnten Rüstungseskalation und Kriegsgefahr nur gebannt werden durch die Schaffung einer Gesellschaftsordnung, die den Menschen eine bewußte, planmäßige Organisation ihrer Existenz erlaube und eine destruktive Entwicklung der Produktivkräfte verhindere, sie der Anarchie von privaten und Minderheiteninteressen entziehe. Eine so gestaltete Gesellschaft sei ein Synonym für Sozialismus. In diesem Sinne seien Überwindung der Atomkriegsgefahr, Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung und Erkämpfung des Sozialismus zusammengehörende Aufgabenstellungen.

Das Neue an der heutigen Gefahrensituation, die drohende Vernichtung der Menschheit, gebiete es aber, einen Atomkrieg noch vor dem Übergang zum Sozialismus – hier und jetzt – zu verhindern. Der Wert Frieden sei dem Antagonismus der Systeme übergeordnet, sei Gattungsfrage.

Theoretisch und praktisch stelle sich damit die Frage nach der Friedensfähigkeit des Kapitalismus. Auch der Kapitalismus stehe vor einer historisch neuen Situation. Ein von ihm angezettelter Atomkrieg werde auch ihn selbst vernichten. Diese Situation hebe den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg nicht grundsätzlich auf, erinnere aber daran, daß dieser Zusammenhang als Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik ideologisch vermittelt werden müsse und sich nicht spontan verwirkliche. Die Politik der atomaren Kriegsdrohung sei nicht die einzig mögliche Politik auf kapitalistischer Grundlage. Auch andere Politikvarianten seien durchsetzbar. Dies gebe dem strategischen Ziel „Koalition der Vernunft“ eine reale Basis.

In der Diskussion fragte *Sandkühler*, ob die Annahme, daß in der gegenwärtigen Gefahrensituation die Existenz der Gattung auf dem Spiel stehe, nicht zu wenig geprüft sei und ob politische Strategien mit dieser ungesicherten Annahme gegenwärtig zu begründen seien. Neue revolutionstheoretische Überlegungen müßten sehr vorsichtig formuliert werden. Die atomare Kriegsdrohung habe längst auch eine ideologische Dimension gewonnen, die auf die Dämpfung des revolutionären Klassenkampfes abziele.

Volker Benad (Frankfurt) verwies auf die Gefahr, daß die von der Friedensbewegung und auch von den Kommunisten vorgenommene Zuspitzung „Frieden oder atomares Inferno“ eine resignative Endzeitstimmung fördere und

die Einsicht versperre, daß auch der Imperialismus sich des Risikos des atomaren Untergangs bewußt sei und versuche, diese Gefahr zu reduzieren. Denkbar sei durchaus eine imperialistische Strategie des Umrüstens, bei der die Gefahr des atomaren Untergangs abnehme, die Rüstungslasten aber weiterhin unerträglich hoch blieben.

Reusch stimmte *Benad* zu, daß es den imperialistischen Militärstrategen schon seit einiger Zeit darum gehe, einen Atomkrieg kalkulierbar und begrenzt zu machen, und daß es innerhalb des imperialistischen Lagers eine Reihe von Politikvarianten gebe. Dennoch vergrößere sich durch die Kumulation verschiedener Krisenprozesse die Gefahr, daß auch begrenzte Strategien außer Kontrolle gerieten. Insofern sei es berechtigt, von einer Bedrohung der Gattung zu sprechen – ohne dies allerdings absolut zu setzen. In der Tat gebe es mehr Möglichkeiten als die Alternative „friedliche Koexistenz oder atomares Inferno“.

Christoph Butterwegges (Bremen) Überlegungen bezogen sich auf das Verhältnis von Frieden und sozialem Fortschritt. Während Frieden und sozialer Fortschritt früher nur lose miteinander verbunden, in Zeiten revolutionärer Kriege sogar Gegensätze gewesen seien, bildeten sie heute eine untrennbare Einheit. Im Atomzeitalter avanciere Frieden zum Bedingungsfaktor sozialen Fortschritts.

In seinen abschließenden Bemerkungen führte *Kaspar Maase* (IMSF) aus: Maßstab für Fortschritt sei, daß *alle* Menschen ihre natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen so gestalten könnten, daß sie ihre Entfaltung als gesellschaftliche Naturwesen erlauben. Aus dieser Perspektive sei Fortschritt unteilbar, nicht mehr in der Mehrzahl, im Auseinanderfallen in mehrere „Fortschritte“ denkbar.

Der entscheidende Hebel zur Durchsetzung von Fortschritt heiße: gesellschaftliche Kontrolle und Planung von Produktion, Forschung und Entwicklung. Die WTR, die reale Entwicklung *einer* Welt als Lebensgrundlage *einer* Menschheit, habe die Dringlichkeit der Eigentumsfrage auf die historische Tagesordnung gesetzt.

Ungeteilter Fortschritt für 6 oder auch 10 Milliarden Menschen sei eine Herausforderung für Wissenschaft, Forschung und Technik. Technik müsse Zeit und Kraft freisetzen für die vernünftige Einrichtung der Welt. Nötig sei eine neue Qualität von Wissenschaft, ihre Dialektisierung, das Denken in komplexen Zusammenhängen.

Daß die *eine* Biosphäre nur stabilisiert werden könne, wenn sie als Einheit begriffen werde, sei Herausforderung an den Sozialismus, eine Herausforderung, die dieser angenommen habe in seiner Verantwortung für Frieden und Abrüstung, für das Überleben der Menschheit. Gefordert sei aber nicht weniger, als jeden Eingriff in Gesellschaft und Natur zu prüfen und zu berücksichtigen, welche Effekte er im Gesamtsystem der weltweiten Wechselwirkung habe. Dies sei eine gigantische Aufgabe für den Sozialismus, die jede Selbstgerechtigkeit der Betrachtung ins Abseits stelle.

Auszuweichen sei von der Identität von Fortschritt und Demokratie. Demokratie heiße nichts anderes, als das zu schaffen, was den Lebens- und Entfal-

tungsinteressen der Menschheit und der sie bildenden einzelnen am besten entspreche. Dies rücke die Fragen der Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten ins Zentrum.

Die Frage nach dem Fortschritt werfe die Frage nach dem Charakter unserer Epoche auf. Sie sei als Übergangsepoche zu charakterisieren. Die Menschheit müsse eine höhere, bewußtere, planmäßige Regelung ihrer gesellschaftlichen und natürlichen Lebensverhältnisse durchsetzen. Sie sei zum Fortschritt gezwungen bei Strafe langanhaltender Krisen, bei Drohung des kollektiven Untergangs.

Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Tagungsbericht

Ulrich Dolata

1. Neuer Techniktyp und veränderte Reproduktionsbedingungen – 2. Wissenschaftlich-technischer Umbruch und Krise der staatsmonopolistischen Regulierung – 3. Neue Widersprüche und Konflikte in den Klassenbeziehungen und im staatlich-politischen System

Die schnelle Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und ihr sukzessives Eindringen in Büro, Verwaltung und Produktion sind zu einem bestimmenden Merkmal des ökonomischen und sozialen Strukturwandels geworden. Der wissenschaftlich-technische Umbruch hat alle Ebenen des ökonomischen Reproduktionsprozesses erfaßt, entwickelt sich zu einer entscheidenden Triebkraft der internationalen Konkurrenz und bestimmt heute die staatliche Wissenschaftspolitik ebenso wie die Geschäftspolitik der Unternehmen. Er hat damit eine Reihe theoretischer wie auch praktisch-politischer Probleme aufgeworfen, die in marxistischen Diskussionen über Krise, Anpassungsspielräume und Entwicklungsperspektiven des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereits seit geraumer Zeit eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählen etwa die Abschätzung des technologischen Innovationspotentials bzw. -tempos und seiner möglichen Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung, Fragen der ökonomischen Regulierung und sozialen Beherrschbarkeit des Umbruchprozesses, Untersuchungen über Veränderungen im Qualifikationsprofil und in den Klassenbeziehungen oder Überlegungen zur Notwendigkeit strategischer Neuorientierungen in der Politik der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Mit Blick auf diese Umbruchprozesse und aktuellen Diskussionen fand am 2. und 3. Juni 1987 in Frankfurt/M. eine gemeinsame wissenschaftliche Konferenz des „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR“ (IMEMO, Moskau), des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR“ (IPW, Berlin/DDR) und des IMSF zum Thema „Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ statt. Diese Tagung war die vierte

gemeinsam von den genannten Instituten seit 1981 veranstaltete Konferenz zu aktuellen Problemen der Kapitalismusanalyse.

Diskutiert wurde in drei Themenblöcken auf der Grundlage von Materialien und Referaten, die jeweils eines der Institute vorbereitet hatte; dazu kamen Korreferate seitens der anderen Mitveranstalter. Folgende Referate lagen der Tagung vor: „Die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Auswirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß“ (IMEMO); „Die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung unter den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution“ (IPW); „Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus der BRD: Aktuelle Widersprüche und Konflikte in den Klassenbeziehungen und im staatlich-politischen System“ (IMSF). Mit diesen Themen sind zugleich die Schwerpunkte der Tagungsdiskussion benannt. Im folgenden kann es nur darum gehen, einige wichtigere Diskussionslinien wiederzugeben. Die Materialien der Konferenz werden (wie dies auch für die vorhergehenden gemeinsamen Tagungen gilt) veröffentlicht.¹

1. Neuer Techniktyp und veränderte Reproduktionsbedingungen

Im Vordergrund der ersten Diskussionsrunde stand die Verständigung über wissenschaftlich-technische und ökonomische Grundprozesse der aktuellen Umbruchperiode. Referate und Diskussion konzentrierten sich auf drei Problemkomplexe: *erstens* auf die nähere Bestimmung der stofflichen und ökonomischen Qualitäten des sich herausbildenden neuen Techniktyps, *zweitens* auf die Analyse seiner Wirkungen auf den kapitalistischen Reproduktions- und Akkumulationsprozeß und *drittens* auf die Frage nach dem Tempo, der Tiefe und den Perspektiven des Produktivkraftumbruchs.

Im Mittelpunkt des einleitenden Referats „Die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Auswirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß“ von *W.N. Schenajew* und *W.S. Tsirentschikow* (IMEMO) stand das Problem der historischen Einordnung des Umbruchprozesses und seiner Wirkungen auf die ökonomischen Reproduktionsbedingungen. Sie vertraten die Auffassung, daß bis zum Beginn der siebziger Jahre in Westeuropa ein extensiver Typ ökonomischer Entwicklung, für den eine hohe Material-, Arbeits- und Energieintensität charakteristisch war, dominierte. Das verhältnismäßig hohe Wirtschaftswachstum der 50er und 60er Jahre wurde in erster Linie durch die Einbeziehung zusätzlicher Ressourcen der lebendigen und verge-

¹ Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/M. 1987.

An der Tagung nahmen für das IMEMO teil: W.N. Schenajew, Leiter des Zentrums für Westeuropa-Studien des IMEMO; W.S. Pankow, Leiter des Sektors für BRD-Forschung; W.S. Tsirentschikow, A. Zimajlo, J. Judanow; für das IPW: L. Maier, stellv. Direktor des IPW; H.J. Höhme, R. Kowalski, H.-H. Angermüller, M. Bernien, M. Kohl; für das IMSF: H. Jung, F. Deppe, J. Goldberg, J. Huffschild, A. Leisewitz, K. Pickshaus, J. Priewe. Darüber hinaus war eine Reihe weiterer Experten aus der Bundesrepublik an der Diskussion beteiligt.

genständlichten Arbeit in den Produktionsprozeß erreicht, der überwiegende Teil der Investitionen schlug als Zuwachs von fixem Kapital zu Buche, die Kapitalintensität nahm in dieser Zeit stetig zu. Dem entsprach eine Form des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die sich vornehmlich durch die Weiterentwicklung und Vervollkommnung bereits vorhandener Technologien auszeichnete.

Die Beschränkungen dieses extensiven Modells ökonomischer Entwicklung wurden bereits in den sechziger Jahren spürbar und brachen zu Beginn der siebziger Jahre krisenhaft und eruptiv auf: Die Kapitalinvestitionen nahmen im Vergleich zur Profitentwicklung wesentlich stärker zu, so daß sich die Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung bzw. Stabilisierung der Profitrate erhöhten; die Entwicklung der zahlungsfähigen Nachfrage blieb immer deutlicher hinter dem zur erweiterten Kapitalreproduktion notwendigen Akkumulationstempo zurück; die schlagartige Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise führte vor dem Hintergrund der hohen Material- und Energieintensität der Produktion zu einschneidenden Veränderungen in den stofflichen und wertmäßigen Reproduktionsgrundlagen; die Synchronisierung der internationalen Wirtschaftsentwicklung blockierte überdies nun die Möglichkeit einer internationalen Kompensation bzw. Abschwächung nationaler oder regionaler Krisen.

Die Krisenperiode der Jahre 1974/75 und 1980–82 betrachteten *Schenajew/Tsirentschikow* folgerichtig als Phase des Übergangs zu einem vorwiegend intensiven Produktionstyp – eine Entwicklung, die ihrer Meinung nach in den USA bereits in den fünfziger Jahren einsetzte. Einen zentralen Stellenwert in diesem krisenhaften Umbruchprozeß wiesen sie der in diesen Jahren einsetzenden zweiten Welle der wissenschaftlich-technischen Revolution, der schnellen und umfassenden Entwicklung der Mikroelektronik, Biotechnologien und neuartiger Werkstoffe, zu. „In dieser Übergangsperiode tritt der wissenschaftlich-technische Fortschritt als wichtigster Kompensator einer objektiven Nichtübereinstimmung der extensiven Struktur des Kapitals und seines Reproduktionsprozesses mit den neuen Anforderungen an die ökonomische Entwicklung in Erscheinung.“ Die Entwicklung und Verbreitung prinzipiell neuer Technologien und die qualitative Erneuerung der Produktionsbasis wird zum bestimmenden Merkmal des neuen ökonomischen Entwicklungstyps. Seit Mitte der achtziger Jahre sei ein dynamischer Umrüstungsprozeß des Produktionsapparates festzustellen, der bestimmt werde von einer tiefen Erneuerung des Grundkapitals und bedeutenden qualitativen Verbesserungen in seiner materiell-stofflichen Zusammensetzung. Im Zuge dieser Umrüstung komme es schließlich auch zu einer Aktivierung des Integrationsprozesses in Westeuropa, der heute insbesondere im Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit deutliche Fortschritte mache.

R. Kowalski (IPW) bezeichnete in seinem Korreferat die aktuelle Umbruchperiode als revolutionären Übergang zu einem neuen Techniktyp, dessen zentrale Merkmale die Verbindung des Stoffwechselprozesses der Produktion mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie sein arbeits- und kapitalsparender Charakter seien. Er vertrat ähnlich wie *Schena-*

jew/Tsirentschikow die Auffassung, daß der alte Techniktyp, den er als elektromechanische Automatisierung kennzeichnete, an natürliche, technische und ökonomische Grenzen gestoßen sei, die mit der weiteren Ausprägung des neuen Techniktyps überwunden werden könnten und der intensiv erweiterten Reproduktion qualitativ neue Möglichkeiten eröffneten.

Kowalski erläuterte diese These am Beispiel der Investitionsentwicklung, deren Struktur und Effektivität vor dem Hintergrund des Vordringens der neuen Technologien wichtige Veränderungen erführen: *Erstens* sinke der Bauanteil an den gesamten Investitionen. *Zweitens* verschiebe sich die Gebrauchswertstruktur der Ausrüstungsinvestitionen mehr und mehr zugunsten der elektronischen Kontroll- und Steuerungselemente, deren Preis-Leistungs-Verhältnis sich rasch verbessere. *Drittens* erhöhe sich mit dem verstärkten Einsatz der neuen Technologien die Flexibilität des Anlagekapitals, so daß sich der spezifische Investitionsaufwand etwa im Fall eines Modellwechsels vermindere. *Viertens* schließlich wirkten unter diesen Bedingungen zunehmend auch die Ersatzinvestitionen kapazitätserweiternd. Insgesamt ergebe sich hieraus eine deutliche Tendenz zur Verbilligung des Kapazitätseffekts von Investitionen.

Die absehbaren Wirkungen, die sich mit der Ausbreitung des neuen, kapital- und ressourcensparenden Techniktyps auf die Kapitalakkumulation ergeben, schätzte *Kowalski* als sehr widersprüchlich ein. Er hielt eine verhältnismäßig schleppende und labile Akkumulationsbewegung auch in Zukunft für wahrscheinlich – vor allem aufgrund der weiteren drastischen Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Anlageinvestitionen und der auch weiterhin engen Anbindung der Investitionsentwicklung an den Wirtschaftszyklus. Zugleich unterstellte er jedoch einen enormen Akkumulationsbedarf im Zuge der Umsetzung alternativer Wirtschaftsstrategien und -programme beispielsweise im Umweltschutz, in der sozialen Infrastruktur oder der Energieversorgung und verwies damit auf den wachsenden Einfluß politischer Faktoren auf die künftige Investitions- und Akkumulationsentwicklung.

Im zweiten Korreferat setzte sich *J. Huffschnid* (Universität Bremen) mit einigen Thesen der sowjetischen Referenten auseinander. Gegen die Einschätzung, die ökonomische Entwicklung in den USA sei bereits seit Mitte der fünfziger Jahre durch eine intensiv erweiterte Reproduktion im Sinne einer breiten Durchsetzung der neuen Technologien gekennzeichnet, führte er als Einwände u. a. die langfristig niedrigen Wachstumsraten und den ausgesprochen verschwenderischen Umgang mit Energieressourcen an. Er verwies auf gravierende Deformationen des US-amerikanischen Reproduktionstyps infolge der ausgeprägten Militarisierung der US-Wirtschaft.

Zweitens problematisierte *Huffschnid* die These vom Übergang zu einem neuen Reproduktionstyp in Westeuropa im Laufe der siebziger Jahre. Er hielt dagegen, daß die schnelle Entwicklung neuer technologischer Potentiale zunächst noch wenig über ihre tatsächliche Nutzung aussage und betonte, daß der Anteil des „alten“ Produktionsapparates auch heute noch hoch sei. Er vertrat dementsprechend die These, daß wir noch „am Anfang des Anfangs“ bei der Durchsetzung der neuen Technologien stünden und folgerichtig von

einer weitreichenden Herausbildung eines neuen Typs ökonomischer Entwicklung bislang noch nicht die Rede sein könne.

Drittens verwies *Huffs Schmid* darauf, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt zwar eine wesentliche Grundlage, nicht jedoch die zentrale Determinante der künftigen ökonomischen Entwicklung sei. Wesentlich hierfür sei vielmehr die konkrete Art der Verfügung und politischen Steuerung des Umbruchprozesses. Er hielt die breite, schnelle Durchsetzung eines neuen Reproduktionstyps für unwahrscheinlich und vertrat die Ansicht, daß die Etablierung einer neuen Qualität der ökonomischen Reproduktion nur auf der Grundlage einer deutlichen Aufwertung etatistischer Steuerungsinstrumente denkbar sei.

In der Diskussion zu diesem Themenblock, die hier nur begrenzt wiedergegeben werden kann, spielte die Einschätzung des Standes und der Perspektiven des Umbruchprozesses eine zentrale Rolle.

J. Priewe (FH Darmstadt) wandte gegen die Referenten aus der UdSSR und der DDR ein, sie überschätzten das Tempo des technologischen Wandels. Auch er charakterisierte das Aufkommen und die Verbreitung der neuen Technologien als schrittweisen Übergang zu einer neuen Stufe der Produktivkraftentwicklung. *Priewe* betonte jedoch, daß ein qualitativer Bruch, eine revolutionäre Umsetzung des neuen Produktivkraftstyps in der realen ökonomischen Bewegung bislang nicht nachgewiesen werden könne. Er verwies darauf, daß sich im langfristigen Entwicklungstrend der Kapitalproduktivität bislang keine nennenswerten Brüche ausmachen ließen, und erklärte die Restabilisierung der Profitrate im vergangenen Jahrzehnt im wesentlichen aus Umverteilungsprozessen und weniger aus einer Senkung der organischen Kapitalzusammensetzung im Zuge der Einführung neuer technologischer Systeme und Anlagen. Schließlich vermerkte er, daß auch die krisenhafte Entwicklung der siebziger Jahre sich seines Erachtens nur marginal aus dem Auslaufen des alten Technik- und Reproduktionstyps erklären ließe. Ausschlaggebend hierfür sei vielmehr die anhaltende Nachfrageschwäche gewesen.

Auch *Huffs Schmid* warf das Problem der empirischen Belegbarkeit des Umbruchs auf. Ein Trendbruch sei bislang nur im Bereich der Energieintensität festzustellen; bei der langfristigen Entwicklung der Kennziffern Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie Kapitalintensität überwiege hingegen auch weiterhin Kontinuität.

H. Jung (IMSF) plädierte dafür, den Blick für Umbruch- und Anpassungsprozesse gerade dann zu schärfen, wenn sie nicht ohne weiteres über globale ökonomische Kennziffern empirisch zu erkennen seien. Eine solche enge ökonomische Betrachtung könne der Komplexität der Umbruchsituation nicht gerecht werden, die sich erst als Verzahnung von neuem Produktivkrafttyp, seinen Akkumulationswirkungen und neuen Formen der ökonomischen und sozialen Regulierung dieses Prozesses wirklich erfassen ließe. Ähnlich argumentierte auch *L. Maier* (IPW), der sich dafür aussprach, den Umbruch im Produktivkraftsystem und neue Entwicklungen im System der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse als engen Zusammenhang zu begreifen. *J. Judanow* verwies auf unterschiedliche Formen und Richtungen des techni-

schen Fortschritts im Sinne von neuen Technologien und Produkten und auf die z. T. gegenläufige Entwicklung in den drei imperialistischen Rivalitätszentren. Ein wesentlicher Aspekt des Umbruchs ist heute auch die rasche Entwicklung der Dienstleistungsfunktionen und -sphäre, die z. T. in engem Zusammenhang mit den neuen Technologien steht (*M. Kohl, IPW*).

2. Wissenschaftlich-technischer Umbruch und Krise der staatsmonopolistischen Regulierung

Damit war der Bogen zum zweiten Diskussionskomplex gespannt, in dessen Zentrum die Frage nach den Ursachen und Perspektiven der nunmehr bereits 15jährigen Krisenperiode und die Auseinandersetzung um Veränderungen und Anpassungsrichtungen im ökonomischen Regulierungsmechanismus standen.

H.-J. Höhme (IPW) verwies in seinem einführenden Referat („Die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung unter den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution“) zunächst darauf, daß sich die gegenwärtige Krisenphase nicht monokausal erklären lasse, sondern durch eine Vielfalt konkreter Krisen- und Labilitätsprozesse gekennzeichnet sei. Hierzu zählte er vor allem das Auslaufen struktureller, akkumulationsfördernder Sonderfaktoren der Nachkriegszeit, die überzyklisch aufgestaute Überakkumulation, das zyklusübergreifende Realisierungsproblem, den zunehmenden Wirkungsverlust der staatlichen Wirtschaftslenkung und die mit der Internationalisierung des Wirtschaftslebens zunehmende Interdependenz nationaler und internationaler Krisenfaktoren, die ökonomischen Belastungen der Hochrüstung sowie das Auslaufen des alten Produktivkraft- und Reproduktionstyps.

Kernproblem all dieser Krisenprozesse sei eine akute Verschärfung des Regulierungsproblems im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Einerseits verlange die auch nur zeitweilige Lösung bzw. Abschwächung der langfristigen Krisenfaktoren nach einer Umwälzung in den stofflichen und wertmäßigen Grundstrukturen des Reproduktionsprozesses, nach einer neuartigen qualitativen Gliederung und quantitativen Proportionalität der gesellschaftlichen Gesamtproduktion, wenn das Kapital verwertungs- und akkumulationsfähig bleiben soll. Andererseits überfordere dies den Regulierungsmechanismus, der heute wesentlich durch das weitgehend unkontrollierte Agieren der internationalen Konzerne und flankierende wirtschaftspolitische Einflußnahmen imperialistischer Staaten bzw. internationaler Wirtschaftsorganisationen charakterisiert sei. Diese strukturelle Nichtentsprechung habe zu einer umfassenden Funktionsstörung und Blockierung des Regulierungsmechanismus geführt und sei in eine akute Regulierungskrise gemündet. Ihre wichtigsten Symptome seien eine massive Überakkumulation von Kapital und eine zyklisch nicht mehr überwindbare Anhäufung einschneidender volkswirtschaftlicher Disproportionen.

In Reaktion auf die Entfaltung der Regulierungskrise komme es zu Anpas-

sungen in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen und Reproduktionsstrukturen und damit zu Veränderungen im ökonomischen Regulierungsmechanismus. *Höhme* nannte drei Hauptrichtungen, in denen sich dieser Anpassungsprozeß gegenwärtig entfaltet: *erstens* eine Zunahme internationaler Regulierungs- und Koordinierungsaktivitäten, *zweitens* den Übergang zu einem neuen Typ der Produktivkraftentwicklung, *drittens* die Anpassung des Arbeitskräftepotentials an veränderte Verwertungsbedürfnisse (etwa über die Durchsetzung von Flexibilisierungsstrategien). Insgesamt schätzte er das aktuelle Anpassungsvermögen der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse an veränderte Reproduktionserfordernisse als vergleichsweise gering ein. Die Herausbildung eines konsistenten neuen Regulierungstyps sei bisher nicht in Sicht, die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung sei ein Prozeß, der sich weit in die neunziger Jahre erstrecken dürfte.

In seinem Korreferat ging *J. Priewe* ebenfalls den Ursachen der Krisenentwicklung seit Mitte der siebziger Jahre nach. Im Zentrum seiner Krisenerklärung stand die anhaltende strukturelle Überakkumulation und Nachfrageschwäche, der seines Erachtens in erster Linie ein Strategiewechsel des Monopolkapitals zugrunde liegt: Der reale Fall der Profitrate sollte spätestens seit der Krise 1974/75 vor allem durch eine einschneidende Umverteilungspolitik zu Lasten der Löhne (und damit zu Lasten der Massenkauftkraft) aufgehalten werden. Parallel dazu wurde – als zweites Element der Kapitalstrategie – die weltmarktorientierte Modernisierung des Kapitalstocks auf der Basis der neuen Technologien forciert – ein Entwicklungstrend, der vor dem Hintergrund des arbeits- und kapitalsparenden Charakters der neuen Produktions- und Steuerungssysteme ebenfalls als produktionsbedingte Nachfrageschwäche zu Buche schlagen mußte und insgesamt wachstumshemmend gewirkt habe. Gleichwohl sei es den international agierenden Monopolen und Banken in den vergangenen zehn Jahren gelungen, auf der Grundlage dieses neuen Akkumulationstyps mit geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten eine erstaunlich günstige Kapitalrentabilität wiederherzustellen.

Gegen den Begriff der Regulierungskrise wandte *Priewe* ein, er gehe von einer „objektivistischen Entwicklungslogik“ in Richtung einer neuen Phase des Kapitalismus aus und vernachlässige damit die Möglichkeit unterschiedlicher Entwicklungsvarianten und Krisenüberwindungsstrategien. Insbesondere wandte er sich gegen die These, im Zuge der Regulierungskrise sei es zu einer deutlichen Aufwertung der internationalen Regulierung gekommen. Er warnte vor einer Überschätzung der internationalen Regulierungsintensität und -fähigkeit und fragte, ob nicht auch ein minimal regulierter internationaler Kapitalismus, der lediglich zu punktuellen Feuerwehr-Aktionen in der Lage sei, überlebensfähig sei.

W. S. Pankow (MEMO) ging in seinem Beitrag auf verschiedene Varianten staatlicher Regulierung ein und unterschied dabei eine neokonservative und eine dirigistisch-sozialreformistische Richtung. Er formulierte die These, daß die historische Tendenz einer ansteigenden Bedeutung staatlicher Interventionen in den Reproduktionsprozeß mit dem Aufkommen neokonservativer Wirtschaftsdoktrinen und Deregulierungsmaßnahmen abgebrems worden

sei. Insbesondere im Bereich der Konjunkturpolitik sei der staatliche Einfluß in den letzten Jahren zurückgenommen worden, während er aller Marktwirtschaftspropaganda zum Trotz im Bereich der selektiven Strukturpolitik und der Förderung von Hochtechnologien auch unter konservativer Ägide an Bedeutung gewonnen habe.

Aus der Diskussion sollen hier zwei Probleme hervorgehoben werden: *zum einen* die Auseinandersetzung um die Internationalisierungsthese und *zum anderen* die Frage nach den Anpassungsleistungen des Regulierungssystems vor dem Hintergrund des wissenschaftlich-technischen Umbruchs.

In einem längeren Beitrag faßte *L. Maier* (IPW) noch einmal die Kerngedanken der These von der Internationalisierung als einer neuen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammen. Die Basis für die beschleunigte Entwicklung des Internationalisierungsprozesses seit den siebziger Jahren sah er in der Herausbildung einer neuen Qualität der internationalen Arbeitsteilung, deren Kern er als umfassende intraindustrielle Handelsverflechtung charakterisierte, und in der engen internationalen Produktions- und Kapitalverflechtung, deren zentrale Träger die transnationalen Konzerne sind. Damit sei die Widerspruchsentsfaltung des Kapitalismus endgültig in internationale Dimensionen hineingewachsen und mache sich als objektiver Zwang zu neuen Formen der internationalen Regulierung geltend. In Reaktion auf diese Widerspruchsentsfaltung und unter dem Druck vielfältiger Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft hätten sich, so *Maier*, in den letzten Jahren neue internationale Regulierungsansätze – wie etwa ein dichtes Netz internationaler Konsultationen und regelmäßige Wirtschaftsgipfeltreffen oder internationale Wirtschaftsorganisationen mit erweiterten Handlungskompetenzen – herausgebildet. Die Sprengkraft für die weitere Entwicklung des internationalen Kapitalismus liege darin, daß diese neuen Formen der zwischenstaatlichen Regulierung deutlich hinter dem erreichten Grad der Internationalisierung der privaten Kapitalbewegung zurückblieben.

In direkter Anknüpfung unterstrich *J. Goldberg* (IMSF), daß intensive Bemühungen zur Begrenzung internationaler Krisenprozesse und Disproportionen im zwischenstaatlichen Bereich zunehmen und es tatsächlich immer wieder gelänge, in Feuerwehr-Aktionen weltwirtschaftliche Katastrophen zu vermeiden. Andererseits sei die internationale Abstimmung und Koordinierung jedoch nicht in der Lage, die Ursachen der Krisenprozesse zu beseitigen und in die weltwirtschaftliche Entwicklung gestaltend einzugreifen. Vorherrschend seien Ad-hoc-Maßnahmen, um akutes Ausbrechen schwelender Krisenherde zu vermeiden.

U. Dolata (Universität Bremen) warf die Frage, über welche konkreten Regulierungsformen sich der wissenschaftlich-technische Umbruch durchsetze, auf. Er nannte drei zentrale Grundmuster der Regulierung: *Erstens* privatmonopolistisch dominierte Durchsetzungsformen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs etwa in der Automobilindustrie oder im Stahlbereich, die sich in großangelegten Modernisierungs- und Rationalisierungsprogrammen sowie in einer gezielten Diversifikationspolitik in High-Tech-Bereiche äußerten. *Zweitens* Produktivkraftentwicklung in enger Koordination und Abstim-

mung zwischen privaten Konzernen, Banken und staatlichen Gremien bzw. Unternehmen im Rahmen staatsmonopolistischer Komplexe (z. B. in der Informations- und Kommunikationstechnik oder in der Luft- und Raumfahrtindustrie). *Drittens* wachsende Monopolisierung und staatsmonopolistische Regulierung des Wissenschaftssystems über die Schaffung von Verbundsystemen zwischen Wissenschaft und Produktion, die Konzentration von Wissenschaftspotential bei führenden Konzernen und die Zunahme internationaler Forschungskooperationen. *Dolata* vertrat die Auffassung, daß das Schwerkraft dieser Regulierungsformen im privatmonopolistischen Bereich liege, eine internationale staatsmonopolistische Kontrolle und Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs hingegen nicht in Sicht sei.

Abschließend ging *H.-J. Höhme* auf einige in der Diskussion aufgetretene Probleme ein. Er entgegnete zunächst auf *Priewes* Vorwurf einer „objektivistischen Entwicklungslogik“, daß es in der Tat objektive Anpassungszwänge des staatsmonopolistischen Regulierungssystems gebe. Dies schließe jedoch keine Entwicklungsautomatik in eine konkrete Anpassungsrichtung ein, sondern behalte durchaus die Möglichkeit unterschiedlicher Entwicklungsvarianten, etwa sozialreaktionär-privatmonopolistischer oder reformistischer Reaktionen auf die Anpassungszwänge. Des weiteren unterstrich *Höhme* noch einmal die Auffassung, daß sich die deutlichsten Veränderungen im Regulierungsmechanismus auch im internationalen Bereich auf der privatmonopolistischen Ebene vollzogen hätten. Dem internationalen Wirken der Konzerne sei auf der staatlichen bzw. zwischenstaatlichen Ebene auch heute kaum etwas entgegenzusetzen. Dies spräche für die voraussichtlich noch lange Dauer der gegenwärtigen Regulierungskrise.

3. Neue Widersprüche und Konflikte in den Klassenbeziehungen und im staatlich-politischen System

Der Frage nach aktuellen Widersprüchen und Konfliktfeldern in den Klassenbeziehungen, Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse und neuen politischen Bewegungen und Konstellationen vor dem Hintergrund der Umbruchphase war der abschließende Diskussionsblock gewidmet. In den Referaten und Diskussionen spielte insbesondere das Problem einer strategischen Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik eine wichtige Rolle.

In dem zu diesem Themenkomplex vom IMSF vorgelegten Material (Autorengruppe: *A. Leisewitz, K. Pickshaus, H. Jung, L. Peter* [Universität Bremen], *F. Deppe* [Universität Marburg]) wurde zunächst im Rahmen einer Bestandsaufnahme darauf verwiesen, daß unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs und der durch ihn induzierten Strukturveränderungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß eine tiefgreifende soziale Umstrukturierung und Neuformierung der Arbeiterklasse eingeleitet worden sei. Die Vergesellschaftung der Arbeit habe – trotz vieler Angleichungsprozesse – nicht zu einer Nivellierung und Vereinheitlichung der sozialen Struktur der Arbeiterklasse geführt. Ihr spezifisches Merkmal sei im Gegenteil eine facet-

tenreiche soziale Differenzierung und Segmentierung, wie sie sich etwa im Aufkommen hochqualifizierter Betriebseliten bei gleichzeitig zunehmender Arbeitszergliederung, Leistungsverdichtung und repetitiver Teilarbeit für einen wachsenden Teil der Beschäftigten äußere.

Im zweiten Teil ging es um aktuelle Kapitalstrategien und Kampfbedingungen der Gewerkschaften. Als zentraler Bestandteil einer langfristig angelegten Strategie zur intensiveren Nutzung der lebendigen Arbeit wurde das unternehmerische Konzept der Arbeitszeitflexibilisierung analysiert. Sein politischer Kern zielt auf die Entsolidarisierung und Spaltung der Belegschaften und damit auf die Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung. Als eine weitere zentrale Orientierung des Kapitals wurden die Versuche, arbeitskampfsichere Betriebe und Bereiche zu schaffen, herausgestellt. Überall dort, wo sich aufgrund von technologischen bzw. arbeitsorganisatorischen Entwicklungen die Störanfälligkeit der Produktion erhöht habe, versuchten die Unternehmen im Verein mit der konservativen Bundesregierung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Streiks zu verschärfen. Damit würde der Druck auf die Gewerkschaften, Verhandlungskompromissen in Tarifauseinandersetzungen zuzustimmen, enorm verstärkt.

Obwohl sich in der gewerkschaftlichen Rationalisierungs- und Technologiepolitik in den vergangenen Jahren weitreichende Veränderungen vollzogen hätten und es in mehreren Gewerkschaften zu konkreten Aktions- und Handlungsprogrammen auf diesem Gebiet gekommen sei, blieben die Handlungspotentiale und -spielräume der betrieblichen Interessenvertretung unter den gegebenen Kräftekonstellationen sehr begrenzt. Hinzu käme, daß in vielen Gewerkschaften auch heute noch eine verhältnismäßig bruchlose Akzeptanz der kapitalorientierten Modernisierungspolitik vorherrsche. Der Offensive des Neokonservatismus im politisch-staatlichen und ideologischen Bereich stünden die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung in vielen Ländern bislang ohnmächtig gegenüber. Obwohl die konservativen Kräfte den Boden des bisherigen Klassenkompromisses verlassen hätten, seien sie in der Lage, mit ihrer gesellschaftlichen Programmatik auch in Teilen der Arbeiterklasse Konsens zu mobilisieren. Insgesamt konstatierte die Autorengruppe für die Bundesrepublik nach wie vor eine beachtliche Breite und Stabilität der sozialen und politischen Basis der konservativen Modernisierungs- und Herrschaftsvariante.

Gleichwohl dürfe die Formierung neuer politischer und sozialer Konfliktfelder nicht übersehen werden. Die Autoren nannten als Beispiele die Massenarbeitslosigkeit und das sich ausbreitende Massenelend, die wachsende Sensibilität für die Probleme der Dritten Welt, den Kampf gegen Hochrüstung und Militarisation sowie die Umwelt- und Energieproblematik. Insbesondere die letzten beiden Problemfelder hätten in den vergangenen Jahren neben der Massenarbeitslosigkeit und der Kriegsgefahr zentrale Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein bekommen. Sowohl in der Ökologie- als auch in der Energieproblematik reflektiere sich der Charakter des technologischen Umbruchs und der wachsende Drang breiter Bevölkerungskreise, in politische Entscheidungsprozesse einzugreifen und sie zu demokratisieren.

In ihrem Korreferat ging *M. Bernien* (IPW) auf die charakteristischen Merkmale des Umbruchs in der Arbeit und auf seine Auswirkungen auf die Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Gewerkschaften ein. Den gegenwärtigen Umbruchprozeß in der Arbeit bezeichnete sie als einen Prozeß, der die prinzipielle Aufhebung der Unterordnung der Arbeitskraft unter das Maschinensystem beinhalte. Integratives Wissen und individuelle Initiativen, Einblicke in Systemzusammenhänge und Mitverantwortung der Belegschaften, kurzum die Entfaltung der produktiven und kreativen Kräfte der Arbeiterklasse würden zunehmend zu einer objektiven Notwendigkeit der Produktion. Dies stünde jedoch im Widerspruch zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Mechanismen der Abhängigkeit und Disziplinierung. Das Kapital wird unter diesen Bedingungen, so *Bernien*, zu einem Kompromiß gezwungen: Autoritäre und konfrontative Züge der Betriebsorganisation müßten in zunehmendem Maße durch konsensuale, auf Mitverantwortung der Belegschaften ausgerichtete Züge ergänzt werden.

Dieser Zwang zum Kompromiß, den das Kapital unter den Bedingungen des Umbruchs der Arbeit eingehen müsse, bedeute für die Gewerkschaften in der ständigen Konfrontation mit der Frage nach dem „konkret Machbaren“ zugleich die Chance, vor Ort an der konkreten Gestaltung des technologischen Umbruchs und der Arbeitsorganisation mitzuwirken. Forderungen nach Mitbestimmung schon in der Phase der Planung, Vetorechte der Gewerkschaften bei Einführung neuer Technologien seien unter den gegebenen Machtverhältnissen ebenso wie ihre Absicherung über tarifrechtliche Verträge kaum durchsetzbar. Wichtiger Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Politik müßten daher die inneren, sich aus den Verwertungszwängen ergebenden Widersprüche sein (Zwang zur „Aufwertung der lebendigen Arbeit“ vs. traditionelle Arbeitsteilung, -organisation und Disziplinierungsmechanismen des Kapitals). Insofern seien – bei deutlicher Betonung des antagonistischen Grundkonflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital – doch auch Ansatzpunkte für partielle Interessenübereinstimmungen zu sehen, die die Gewerkschaften ausschöpfen könnten. Das zeige sich zum Beispiel auch bei der Flexibilisierung der Arbeitsprozesse. Diese Konstellation schließe die Notwendigkeit ein, den Umbruch in der Arbeit nicht in erster Linie aus der Sicht der „Rationalisierungsoffer“ zu erklären; vielmehr müsse man sich vor allem jener Seite zuwenden, die die inneren Widersprüche vorantreibe, d.h. den Entwicklungsprozessen der Entfaltung kreativer schöpferischer, disponibler und qualifikatorischer Komponenten der Arbeiterklasse und den sie tragenden Gruppen und Schichten.

A. Zimajlo (MEMO) wies im zweiten Korreferat auf Aspekte hin, die im Referat des IMSF nicht berücksichtigt worden waren. *Zum einen* sei dies die zunehmende Militarisierung der Wirtschaft, die sich nicht nur deformierend auf die Struktur des Arbeitsmarktes und des gesellschaftlichen Qualifikationspotentials auswirke, sondern überdies mehr und mehr auch neue ökonomische Möglichkeiten zur Lösung sozialer Fragen absorbiere und untergrabe. *Zum anderen* sei dies die Internationalisierung der Produktion, die unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs nicht nur zu einer

Internationalisierung, sondern auch zu einer Intensivierung der Ausbeutung geführt habe.

Die Diskussion zur Vorlage des IMSF bezog sich in starkem Maße auf die Beurteilung aktueller politischer Grundprozesse und Fragen der Strategiebestimmung der Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit neuem Techniktyp und Umbruch in der Arbeit. *H.-H. Angermüller* (IPW) warnte vor einer Überschätzung der Stabilität und Dauerhaftigkeit der konservativen Herrschaftsvariante. Wichtige Faktoren anhaltender politischer Labilität auch vor dem Hintergrund eines konservativ geprägten Konsensus seien die Unsicherheiten in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die nach wie vor große Heterogenität in der konservativen Wählerbasis.

Eine lebhafte Diskussion entwickelte sich im Zusammenhang mit dem Korreferat von *M. Bernien*. Dazu sprachen u.a. *J. Hund* (HWP Hamburg), *U. Schumm-Garling* (Universität Dortmund), *W. Petschick* (Red. „Nachrichten“), *F. Deppe*, *K. Pickshaus*, *A. Leisewitz* und *W. Stürmann*. Drei zentrale Gedanken dieser Beiträge sollen abschließend hervorgehoben werden:

Zum einen wurde auf die Frage der Qualifikationsentwicklung im Zuge der Einführung neuer Technologien eingegangen. Dabei wurde betont, daß sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Durchsetzung dieses Prozesses der Sektor im eigentlichen Sinne kreativer Arbeit quantitativ eher einschränke und die Zahl der Niedrigqualifizierten bzw. gänzlich aus dem Produktionsprozeß Ausgeschlossenen zunehme. Dies schloß die Frage nach den Hauptadressaten eines alternativen Technologie- und Gestaltungskonzepts ein.

Zweitens wurde zum Flexibilisierungsproblem darauf hingewiesen, daß die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals im Kern auf eine Erweiterung der Verfügbarkeit der Arbeitskräfte und – etwa über die Ausdehnung nichttariflicher Arbeitsverhältnisse und von Teilzeitarbeitern – auf eine massive Senkung des Wertes der Arbeitskraft hinauslaufe. Natürlich müsse dem ein Flexibilisierungsbegriff der Arbeiterbewegung entgegengehalten werden; dieser Flexibilisierungsbegriff sei demjenigen der Unternehmer jedoch diametral entgegengesetzt und böte wenig Spielraum für Klassenkompromisse und gemeinsame Gestaltungskonzepte.

Mit Blick auf das Problem der Kompromißorientierung und -bereitschaft der Unternehmerverbände und des Monopolkapitals als Element der Regulierung von Klassenbeziehungen wurde *drittens* unterstrichen, daß das keynesianische Politikmodell einer Sozialpartnerschaft auf der Grundlage einer starken Gewerkschaftsbewegung aufgegeben worden sei zugunsten eines konservativen Modells, in dem starke Gewerkschaften keinen Platz haben. Unter diesen Bedingungen komme es besonders darauf an, autonome Handlungsspielräume der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten und die Durchsetzungsbedingungen gewerkschaftlicher Gegenentwürfe auf den verschiedenen Politikfeldern durch Stärkung klassenorientierter Kräfte und Bewegungen zu verbessern.

Elementare Mängel in der traditionellen Rezeption der Marxschen Form-Analyse

**Bemerkungen anlässlich von Band 12 der Marxistischen Studien
„Internationale Marx-Engels-Forschung“**

Hans-Georg Backhaus

Die Marxsche These, daß, wenn „selbst gute Köpfe die Sache nicht ganz richtig begriffen“ – hier seine Werttheorie in der Fassung von 1859 – „etwas Mangelhaftes an der ... Darstellung sein“ (31 / 534)* müsse, blieb in der marxistischen Orthodoxie bis heute durchweg unbeachtet; statt dessen tendierte man zu der Ansicht, daß Marx bei seinen wiederholten Bearbeitungen zu immer präziseren Darstellungen des Wertphänomens gelangt sei. Diese Unterstellung führte folgerichtig dazu, daß sich die traditionelle Rezeption und Kritik nahezu ausschließlich an den Text der zweiten, im 1. Kapitel historisierten, Ausgabe des *Kapital* gehalten hat.

Die intensive Beschäftigung mit dem *Rohentwurf* seit Mitte der 60er Jahre führte bekanntlich zu der wohl erstmals von Helmut Reichelt angedeuteten Auffassung, daß das Verständnis der „einfachen Zirkulation“ als „einfache Warenproduktion“ durch den späten Engels als eine verhängnisvolle Fehlinterpretation zu beurteilen sei; man gelangte zu der Überzeugung, daß nicht bloß nach einem halben, sondern sogar nach einem ganzen Jahrhundert im Hinblick auf das erste Kapitel, aber auch auf die Methode generell, „keiner von den Marxisten Marx begriffen“ hatte.

Tatsächlich zeichnet sich die traditionelle Rezeption nicht bloß durch eine historicistische Fehldeutung der „logischen Entwicklung“ aus, sondern ebenso durch eine Reihe innermarxistischer Kontroversen über Grundbegriffe und vor allem über das Verhältnis von Wert- und Geldtheorie; so erwies sich die Orthodoxie als unzulänglich gerüstet, die grundbegriffliche, insbesondere werttheoretische Haltlosigkeit des geldtheoretischen Nominalismus, wie er im Anschluß an Hilferding und Varga auch heute noch vertreten wird, umfassend darzulegen.

Die mangelhafte Verteidigung verweist auf eine mangelhafte Aneignung der Marxschen Texte durch die Orthodoxie. So mußte sich diese seitens eines nicht-marxistischen Interpreten die Feststellung gefallen lassen, daß die „dialektische Entwicklung“ des Austauschprozesses – „fast schon ein Paradigma

* Zitate werden – wo nicht anders vermerkt – nach der Marx-Engels-Werkausgabe, Berlin/DDR, (MEW) wiedergegeben: Die erste Zahl nennt den Band, die zweite die Seite.

von Dialektik“ – „noch nicht einmal in Ansätzen“¹ untersucht worden ist; tatsächlich klappt in den orthodoxen Lehrbüchern hinsichtlich des einschlägigen Textes, des 2. Kapitels, gähnende Leere, es wird schlicht übergangen; referiert werden Theoreme des 1. und 3. Kapitels, das 2. scheint nicht zu existieren: Orthodoxe Interpreten selektieren Marxsche Texte demnach kaum minder als revisionistische; Orthodoxie ist in der 120jährigen Wirkungsgeschichte des *Kapital* hinsichtlich der Marxschen Wert- und Geldtheorie immer nur Anspruch geblieben; so bleibt sie bis heute eine Antwort auf die Frage schuldig, was es mit den „dialektischen Sachen aus der Geldtheorie pp.“ (32/252) und generell mit dem Marxschen Versuch auf sich hat „at applying the *dialectic method* to Political Economy“ (31/379).

Wenn aber selbst Engels jene „dialektischen Sachen“ wieder vergaß, die er, wie aus seinem *Konzept* zum *Kapital* hervorgeht, zumindest ansatzweise begriffen haben mußte, so wird klar, daß die mangelhafte Aneignung und Verteidigung durch die „guten Köpfe“ auf „etwas Mangelhaftes an der Darstellung“ verweist – nicht bloß in der ersten Darstellung der Werttheorie von 1859, sondern auch in der letzten von 1872/73.

Die mangelhafte Aneignung der Texte erschwerte aber nicht bloß die innermarxistische Klärung der werttheoretischen Grundbegriffe, sie schwächte auch den offensiven Anspruch der Marxschen Theorie als einer „Kritik der politischen Ökonomie“: Nirgendwo ist gezeigt worden, inwiefern das 1. Kapitel als eine *Kritik* „der“ Werttheorien bürgerlicher Observanz konzipiert worden ist: nicht bloß der klassischen, sondern auch der vulgärökonomischen, d.h. der subjektiven Werttheorie. Die Marxsche Theorie vermag ihren Anspruch als Kritik „der“ Ökonomie, also auch der heutigen, nur gerecht zu werden, wenn sich zeigen läßt, daß schon die Form-Analyse der einfachen Zirkulation eine Kritik der neoklassischen und neoricardianischen Preistheorie impliziert; ihre Bedeutung reduzierte sich sonst auf eine Kritik der vor-„modernen“ Werttheorie und Ökonomie überhaupt. Inwiefern ist nun aber in der Marxschen Werttheorie eine Kritik selbst jener Preistheorie vorweggenommen, die sich als „wertbegriffsfreie“ scheinbar apriori jeder werttheoretischen Thematisierung entzieht? Die orthodoxen Verteidiger halten auch hier keine überzeugende Antwort parat. Man wird daher folgern müssen: Entweder ist die Marxsche Theorie tatsächlich überfordert, diese kritische Leistung erbringen zu können; oder das kritische Potential ist vorhanden, aber der „Darstellung“ haftet auch hier „etwas Mangelhaftes“ an; in dem einen wie in dem andern Fall ist die Position der traditionellen Orthodoxie nicht mehr haltbar.

Tatsächlich läßt sich ihr auch hier ein gewichtiges Versäumnis nachweisen; freilich ist nicht bloß in der orthodoxen, sondern in der traditionellen Rezeption und Kritik überhaupt dies übersehen worden, daß die Marxsche Wert- und Geldtheorie als eine „*Kritik der ökonomischen Kategorien*“ (29/550) konzipiert worden ist. Dem Unvermögen der Orthodoxie, die Werttheorie als eine Kritik der klassischen und subjektiven Werttheorie zu rezipieren, liegt ihre mangelnde Einsicht zugrunde, daß eine solche in der „Kritik der ökonomi-

1 Gerhard Göhler, *Die Reduktion der Dialektik durch Marx*, Stuttgart 1980, S. 87.

schen Kategorien“ zu fundieren ist. Werttheorie qua Kritik unterscheidet sich also prinzipiell von der bürgerlichen Werttheorie qua Preistheorie. Es müßte sich dann zeigen lassen, wie letztere in der ersteren „aufgehoben“, nämlich in ihren unklaren Intentionen und unreflektierten „Voraussetzungen“ über sich selbst aufgeklärt wird; allein so ließe sich der überzeugende Nachweis führen, daß sich die Marxsche Werttheorie immer schon im Rücken ihres Gegners befindet und ungeachtet alles „Mangelhaften an der Darstellung“ eine Alternative gar nicht zur Diskussion stehen kann, vielmehr alle Bemühungen um eine solche, wie im Fall des Neoricardianismus, hinter das von Marx erreichte Niveau der Problemstellung und Argumentation zurückfallen müssen.

Voraussetzung für die volle Ausschöpfung des Marxschen Argumentationspotentials im Kontext einer umfassenden Rekonstruktion – sie ist nur als Resultat einer kollektiven Anstrengung vorstellbar – ist die wissenschaftliche Distanzierung der Marxschen Texte, die, wie Alexander N. Jakowlew trefflich konstatierte, einer „Kanonisierung“ unterlagen und eine „religiöse Ehrfurcht vor den Dogmen“² auch die theoretische Entwicklung lähmte. Eine Rekonstruktion fordert freilich zunächst einmal ein Auseinandernehmen der Texte, eine Destruktion der Theorie, bevor sie sich in neuer Form wieder zusammensetzen läßt; es versteht sich, daß mit der MEGA-Edition eine solche Arbeit auf die Tagesordnung gesetzt ist.

In dem jüngsten Beitrag von Winfried Schwarz,³ der der „Diskussion um die ‚Historisierung‘ der Wertformanalyse“ gewidmet ist, akzeptiert der Autor eine meiner Grundthesen über den – wie ich formulierte – „esoterischen“ Gehalt der Formanalyse, der durch die „exoterische“ Historisierung in der 2. Ausgabe unkenntlich geworden ist; dabei suchte ich mit einer freilich problematischen Formulierung den kritischen Gehalt der Marxschen Werttheorie als „Kritik prämonetärer Werttheorien“ zu kennzeichnen: Eine wesentliche Konsequenz der ursprünglichen Fassung der Form-Analyse in der 1. Ausgabe des *Kapital* bestünde nämlich in dem, was ich das „Scheitern des prämonetären Austauschs“ nannte; sofern nun der „prämonetäre“ Produktentausch den bürgerlichen Naturaltauschmodellen als Paradigma bürgerlicher Wert- und Geldtheorie zugrundeliegt, ist mit dem Nachweis des „Scheiterns“ dieses Austauschs jene Theorie formanalytisch destruiert; man könnte auch so formulieren, daß in der Form-Analyse der „prämonetäre“ Austausch sich als ein „prävalorer“ enthüllt: die „prämonetären“ Waren „stehn sich daher überhaupt nicht gegenüber als Waren, sondern nur als Produkte oder Gebrauchswerte“ (23 / 101); die Konstruktion der bürgerlichen oder prämonetären Tauschtheorie muß also scheitern.

Es war aber nicht bloß zu zeigen, daß und wie die Wertform-Analyse unreflektierte Voraussetzungen der bürgerlichen Wert- und Geldtheorie aufdeckt und destruiert; meine 1979 verfaßte Arbeit wollte vielmehr ähnlich der fast

2 Alexander N. Jakowlew, Interview mit der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte, „Die Dialektik der Entwicklung wurde ersetzt durch religiöse Ehrfurcht vor den Dogmen“, 34. Jg. 1987, S. 400.

3 W. Schwarz, Die Geldform in der 1. und 2. Auflage des „Kapital“, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 12, Frankfurt/M. 1987, S. 200-213.

gleichzeitig entstandenen Göhlerschen Untersuchung einen ersten Beitrag zur Klärung des 2. Kapitels leisten; es war daran zu erinnern, daß das Verständnis des 1. Abschnitts als ein „dialektisch Gegliedertes“ (31/132) und damit generell der „dialektischen Entwicklungsmethode“ (31/313) des *Kapital* sich wesentlich in dem Versuch bewähren muß, den weißen Fleck der orthodoxen Rezeption, die Lücke zwischen dem 1. und dem 3. Kapitel füllen zu können. Tatsächlich weist das 1. Kapitel der 2. Ausgabe nicht mehr über sich hinaus; es erscheint als ein abgeschlossenes Ganzes; so können denn auch „Einführungen in das Kapital“ geschrieben werden, die sich ausschließlich dem 1. Kapitel zuwenden, das in der 1. Ausgabe noch gar nicht als ein scheinbar separat verständliches Kapitel konzipiert worden war, sondern bloß als 1. Teil des *übergreifenden* Kapitels „Ware und (!) Geld“. Aus dem 1. Teil wurde in der 2. Ausgabe das 1. Kapitel „Die Ware“ und aus dem 1. Kapitel der 1. *Abschnitt* „Ware und Geld“ der 2. Ausgabe.

Damit waren schon von der veränderten Gliederung her der Fehlinterpretation Tür und Tor geöffnet. Wie sehr hingegen von der ursprünglichen Gliederung her ein adäquates, ein dialektisches Verständnis der Werttheorie nahegelegt wurde, zeigt das 1867 verfaßte Engelssche *Konspekt* zum Kapital: jenem Stoff, der später den Inhalt des 1. Kapitels ausmachen sollte, gibt Engels eigenwillig die treffliche Überschrift „I. *Ware an sich*“ (16/245).

Hier wurde schon am Eingang der Marxschen Waren-Analyse gleichsam ein Warnzeichen aufgerichtet, den Inhalt des späteren 1. Kapitels keinesfalls als einen in sich abgeschlossenen mißzuverstehen: Vielmehr ist das, was bloß „an sich“ existiert, „noch nicht gesetzt“; die bloß „an sich“ seiende Ware ist eine unfertige, begrifflich unterbestimmte, die so nicht „wirklich“ ist. Es wird klar, daß sie einer „Fortbestimmung“ bedarf, also auch die Konstruktion eines „Austauschprozesses“ solch „an sich“ seiender, prämonetärer Waren Widersprüche implizieren, „scheitern“ muß. Bloß an sich seiende Bestimmungen sind auch nicht im Bewußtsein der Tauschpartner; die „Substanz“ des Werts ist folglich als „an sich oder bloß für uns“ qua Analytiker existierende Bestimmung lediglich ein „immanentes Maß“, das den Austauschenden nur in einer fortbestimmten, nämlich „verkehrten“ Form bewußt wird. Es war ein Warnschild nicht allein gegen eine historizistische Fehlinterpretation errichtet worden, sondern auch dagegen, das Kommensurabilitätsargument als ein subjektives Raisonement mißzuverstehen – man denke nur an die Fehlinterpretation Werner Beckers und anderer analytisch orientierter Marx-Kritiker.

Der tiefere Grund dafür, daß das 1. Kapitel nicht mehr über sich hinausweist und sich daher nicht mehr als Darstellung bloß „an sich oder für uns“ seiender Bestimmungen der Ware zu erkennen gibt, besteht in der Ersetzung des Abschnitts „Form IV“ (MEGA II/5, S. 43) durch „D) Geldform“ (23/84). Die „Form IV“ ist eine paradoxe, nämlich sich selbst aufhebende Form: Diese Verallgemeinerung der Form II führt dazu, daß alle Waren „sich selbst von der gesellschaftlich gültigen Darstellung ihrer Werthgrößen“ (MEGA, a. a. O.) ausschließen; was kann dies anderes heißen als dies, daß – wie es auf der 3. Seite des 2. Kapitels auch der 2. Ausgabe heißen sollte – die Waren sich nicht mehr als solche, sondern bloß als „Produkte“ gegenüberstehn. Mit der Til-

gung der paradoxen Form IV in der Zweitausgabe war der Anschluß dieser Überlegung des 2. Kapitels an die logische Konsequenz der Form-Analyse des 1. Kapitels, nämlich die Selbstaufhebung der prämonetären Wertform, uneinsichtig geworden.

Will man nun den Versuch unternehmen, die von Göhler als „emphatische Dialektik“ charakterisierte Darstellung der aporetischen Struktur des prämonetären „Austauschprozesses“ zu rekonstruieren, damit die „dialektische Entwicklungsmethode“ des 1. Abschnitts, so hat man damit zu beginnen, sich zunächst einmal über die Eigentümlichkeit des Beweisziels der Form-Analyse zu verständigen, sowie über den Kerngedanken der Beweisstruktur; nur von der Bestimmung des Beweisziels her läßt sich auch die umstrittene Frage diskutieren, ob die Neufassung der Form-Analyse in der 2. Ausgabe als Verbesserung oder vielmehr als Vulgarisierung zu begreifen ist.

Winfried Schwarz verneint nun meine These, daß mit der Vertauschung von „Form IV“ und „Geldform“ sowie mit der Historisierung der Form-Entwicklung Marx ein Mißgriff unterlaufen ist: das „Haupterkennnisziel der Geldklärung ... nämlich der innere notwendige Zusammenhang zwischen der Ware und dem Geld“, dieser „Kerngedanke“ bliebe „dem Leser noch klar vermittelt“⁴ – eine erstaunliche Behauptung angesichts der wirkungsgeschichtlichen Tatsache, daß die Hilferding-Varga-Schule diesen Zusammenhang als akzidentell begreift; erstaunlich auch hinsichtlich des Unvermögens der Orthodoxie, die „emphatische Dialektik“ des 2. Kapitels herauszuarbeiten; erstaunlich schließlich im Hinblick darauf, daß die durch die Veränderung hervorgebrachte *Verwechslung* von „an sich oder für uns“ seienden Bestimmungen mit „gesetzten“, „wirklichen“ nicht bloß die analytischen Fehlinterpretationen der Wert-Ableitung zu verantworten hat, sondern vermutlich auch das Vergessen dessen, was Engels als die „dialektischen Sachen aus der Geldtheorie pp.“ bezeichnet hatte, womit er zu jenem Zeitpunkt, also 1869, zumindest oberflächlich vertraut gewesen sein mußte.

Tatsächlich ist der Überarbeitung selbst die Charakterisierung des Zusammenhangs von Form und Substanz als „innerer notwendiger“ (MEGA II/5, S. 43) zum Opfer gefallen, die in der traditionellen Rezeption denn auch niemals thematisiert worden ist. Es ist auch nicht eindeutig auszumachen, was die traditionelle Rezeption sachlich darunter verstanden hat; etwa das, was Engels als „Notwendigkeit der Geldbildung“ begriffen wissen wollte, die dem „Philister auf historischem Wege“ (31/303) vermittelt werden könne? Hierunter verstand man allerdings immer nur höchst Triviales. Und welchem Beweisziel sollte der Nachweis dieses Zusammenhangs dienen? Der Widerlegung des Proudhonismus? Dann vermöchte er heute bloß noch dogmengeschichtliches Interesse zu beanspruchen. Die Frage nach dem Beweisziel der Form-Analyse verlagert sich demnach auf die Frage nach dem Beweisziel und der Beweisstruktur der Analyse des „notwendigen inneren Zusammenhangs“. Man wird zugeben, daß in der 120jährigen Rezeptionsgeschichte des *Kapital* eine klä-

4 W. Schwarz, a. a. O., S. 212.

rende Diskussion hierüber ausgeblieben ist; und zwar selbst im Rahmen der innermarxistischen Nominalismus-Kontroverse.

Mit der Formel vom nicht bloß notwendigen, sondern auch „inneren“, also *verborgenen* Zusammenhang resümiert Marx in der 1. Ausgabe den Ertrag der Wertform-Analyse – einer Untersuchung also, die, von der ansatzweisen Thematisierung bei Rubin abgesehen, bekanntlich kaum Beachtung fand und erstmals Ende der 60er Jahre aufgegriffen wurde; doch selbst damals war m.W. von einer Verborgenheit des Zusammenhangs nirgendwo die Rede. Im Text der 1. Ausgabe heißt es aber, das „entscheidend Wichtige“ sei gewesen, den Zusammenhang zwischen Form, Substanz und Größe des Werts „zu entdecken“; eine Entdeckung bezieht sich aber immer nur auf etwas Verborgenes. Dies wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß das „entscheidend Wichtige“ (!!) dem Beweis gleichgesetzt wird, daß „die Wertform aus dem Wertbegriff entspringt“.⁵

Wird man nun behaupten wollen, daß dies so formulierte Beweisziel der Form-Analyse „auch“ in der 2. Ausgabe „dem Leser noch klar vermittelt“ worden ist? Dies gilt nicht einmal für die 1. Ausgabe, denn es blieb völlig unklar, wogegen der Beweis gerichtet war, welche Autoren und Positionen attackiert werden sollten; warum dies „Entspringen“ etwas „entscheidend Wichtiges“ darstellt, und zwar auch jenseits der Polemik gegen die heute obsoletere Programmatik des Proudhonismus – all dies schien die traditionelle Rezeption wenig zu kümmern.

Man findet nämlich eine parallele Formulierung auch in der 2. Ausgabe: „Unsere Analyse bewies, daß die Wertform oder der Wertausdruck der Ware aus der Natur des Warenwerts entspringt, ...“ (23/75). Ist nun etwa hier und in der Fortsetzung des Satzes die Quintessenz der Wertform-Analyse klar vermittelt worden? Man wird vielmehr bezweifeln, ob dem Kundigen sogleich das „entscheidend Wichtige“ einfällt, würde man ihn auffordern, die Bedeutung dieser die Form-Analyse resümierenden These zu entwickeln, also den Satz sinngemäß fortzusetzen und zu aktualisieren. Und doch wird hier die Anti-These zur Marxschen Wertform-Theorie vorgestellt: „... nicht umgekehrt Wert und Wertgröße aus ihrer Ausdrucksweise als Tauschwert. Dies ist jedoch der Wahn der Merkantilisten ... wie Ganilh usw., als auch ihrer Antipoden ... wie Bastiat ... Die Merkantilisten legen das Hauptgewicht ... auf die Äquivalentform ..., die Freihandelshausierer ... auf die relative Wertform. Für sie existiert folglich weder Wert noch Wertgröße der Ware außer in dem ... Austauschverhältnis“ (23/75).

Es wird klar, daß die Form-Analyse sich gegen eine bestimmte *Verkehrung* von Wertform und Wertbegriff wendet, in der die Wertform – ein „Entsprungenes“, also Abgeleitetes und Sekundäres – sich als ihr Gegenteil, als ein Unmittelbares und Primäres darstellt; diese „Verkehrung“ soll sich objektiv vollziehen und der mit ihr gesetzte „*notwendige Schein*“ das Bewußtsein der Vul-

⁵ Erster Abschnitt der Erstausgabe des *Kapital*; wiederabgedruckt in: Karl Marx/Friedrich Engels, Studienausgabe, hrsg. von I. Fetscher, Frankfurt 1966, II. Bd., S. 240. Siehe auch MEGA II/5, S. 43.

gärökonomie determinieren. Daß sich die Marxsche Kritik verallgemeinern und aktualisieren läßt, zeigt der letzte Satz mit seiner zusammenfassenden Charakterisierung der Anti-These: Der Wert der Ware ist relativer Wert. Gailh und Bastiat etc. sind Anti-Ricardianer und Verfechter einer subjektiven Werttheorie, die sich damals wie heute durch jene Anti-These zur Marxschen Form-Analyse charakterisieren läßt; hierbei ist es gleichgültig, ob es sich um eine ihrer primitiven Fassungen handelt oder um die hochformalisierte moderner Gleichgewichtsökonomie.

Marx hat die anti-thetische Position vor allem auch dort im Auge, wo er Ökonomen vorwerfen kann, daß sie „Wert und Wertform verwechseln“ (23/64); etwa Samuel Bailey. So findet sich denn auch die klarste Erläuterung der allein wertform-analytisch faßbaren Voraussetzungen der subjektiven oder auch wertbegriffsfreien Ökonomie in der Marxschen Bailey-Kritik: „Bailey ... schließt ...: Der *Wertbegriff* wird nur gebildet – daher der Wert aus bloß quantitativem Verhältnis ... in etwas von diesem Verhältnis Unabhängiges verwandelt ..., weil außer den Waren *Geld* existiert ... Bei Bailey ist es nicht die Bestimmung des Produkts als Wert, das zur Geldbildung treibt ..., sondern es ist das Dasein des Geldes, das zur Fiktion des Wertbegriffs treibt ...“ (26.3/143).

Diese Passage charakterisiert keineswegs bloß einen Autor des 19. Jahrhunderts, der dem modernen Ökonomen kaum noch dem Namen nach geläufig ist, sondern den Standpunkt der „modernen“ Ökonomie überhaupt, insbesondere die „wertbegriffsfreie“, also neoricardianische: Am logischen Anfang steht das Geld, genauer der sog. numéraire, seine 1. Funktion; schon in dieser „Funktion“ gerät es zum „Fetisch“, sofern die „moderne“ Ökonomie es den „Dienst“ verrichten läßt, das Ungleiche gleich zu machen, also Produkte in Waren, d. h. Natürliches in Gesellschaftliches zu verwandeln. Es fungiert demnach als *Konstituens* abstrakter Wertgegenständlichkeit: die inhomogenen Gebrauchswerte stellen sich jetzt dar als „Wertmassen“, „Wertquanta“, „Wertmengen“, „Wertvolumina“ – von Menschen produzierte „Sachen außer dem Menschen“, d. h. „Fetische“.

Spricht Marx von der Wertform, näher der Geldform, daß „der Menschengeist sie seit mehr als 2000 Jahren vergeblich zu ergründen gesucht (hat)“ (23/12), so hat er hierbei Geld in genau dieser mysteriösen Funktion oder „verrückten Form“ (23/90) im Auge: „Das Geld macht, einem Maße gleich, ... die Dinge kommensurabel“, zitiert Marx Aristoteles, und ähnlich steht es denn 2200 Jahre später in jedem Lehrbuch „moderner“ akademischer Ökonomie. Marx gesteht zu, daß der *objektive* „Schein“ des Zirkulationsprozesses eine solche „Verrücktheit“ vorspiegelt; es ist wiederum auch „bloßer“ *Schein*, daß solcherlei geschieht: Es „ist bloßer Schein des Zirkulationsprozesses als ob das Geld die Waren kommensurabel mache. Es ist vielmehr nur die Kommensurabilität der Waren ..., die das Gold zu Geld macht“ (13/52). Die Priorität der Ware gegenüber dem Geld bedeutet also die Priorität der den Waren qua überindividueller Arbeitszeit eigentümlichen Kommensurabilität, die freilich nur „an sich oder für uns“ als Analytiker gegeben ist. Jener „Schein“ bewirkt, daß der wahre Sachverhalt den Austauschenden „verkehrt“ erscheint;

ihnen sind quasi-apriorisch die inkommensurablen Produkte in Preisform, also in einer monetären Form vorgegeben. Das Untersuchungsobjekt der Marxschen Werttheorie sind also nicht wie in der bürgerlichen Tauschhandlungen und intentionale Akte der Gleichsetzung, sondern das je schon gleichgesetzte, nämlich in monetärer Form sich präsentierende Tauschobjekt; das Untersuchungsziel ist die Klärung der „Genesis“ dieses Objekts, seiner quasi-apriorisch gegebenen, nämlich monetären Kommensurabilität oder der Daseinsweise der Gebrauchswerte als „Mengen“, „Massen“, „Volumina“ etc. von Wert.

Dieser mehrdeutige Begriff meint hier „*wirtschaftliche Dimension*“ der Dinge, das also, was die Qualität der beständig vom Ökonomen berechneten Quantitäten ausmacht; aufgefordert, die Qualität dieser Quantitäten zu bestimmen, muß der Neoricardianer oder Neoklassiker sich paradoxer Prädikate bedienen, die nicht bloß metaphysischer Herkunft sind, sondern das zu beschreibende Substrat negieren; spricht er doch von den ökonomischen Größen als „abstrakten“, „reinen“, „ideellen“, „idealen“ – kurzum „*qualitätslos*“ Größen; solcherlei Größen sind Pseudo-Größen und der immer wieder erhobene Vorwurf, die akademische Ökonomie habe sich zu einer „*mathematisistischen Pseudowissenschaft*“ entwickelt, ist letztlich hierin begründet.

Wert als Inbegriff ökonomischer, genauer makroökonomischer Quantität wird „*abstrakter Wert*“ genannt; da er sich weder auf die im Kontext schulökonomischer Begrifflichkeit allein legitimierbaren Kategorien Gebrauchswert und Tauschwert reduzieren läßt, ist der „*abstrakte Wert*“ *das* Mysterium neoklassischer oder neoricardianischer Ökonomie. Subjektive Werttheorie erweist sich als hoffnungslos überfordert, die Objektivität, d.h. aber die „*Gegenständlichkeit*“ des „*abstrakten Werts*“ auch nur zu thematisieren, geschweige denn abzuleiten; wie der Sprachphilosoph das Medium seiner Existenz, die Sprache, immer schon voraussetzen muß, so der subjektive Werttheoretiker den „*abstrakten Wert*“. Die Geld-„*Mengen*“ der Ökonomie sind Mengen abstrakten Wertes, doch der Schulökonom sieht sich außerstande, die Mengenhaftigkeit der ökonomischen Mengen, ihre Seinsweise und Genesis zu hinterfragen; da sie als umlaufende Geldmengen ihre abstrakte Natur behaupten, nämlich sinnlicher Wahrnehmung sich entziehen, andererseits nicht bloß im je individuellen Bewußtsein existieren können – bekanntlich wird ihnen eine Eigengesetzlichkeit zugeschrieben – muß es sich um existierende Abstrakta handeln oder eben um „*reelle Mystifikation(en)*“ (13/35), von Marx auch als „*Verkehrung(en)*“ (ebd.) gekennzeichnet.

Der „*abstrakte Wert*“ tritt in der akademischen Ökonomie stets in zwei Gestalten auf: als das „*Wertvolumen*“ sowohl der Ware wie des Geldes; in der Gestalt des letzteren gewinnt der „*abstrakte Wert*“ noch einen zweiten Charakter, er gilt als „*absoluter*“, nämlich vom Dasein der Waren *losgelöster*, „*verselbständigter*“ Wert oder befindet sich in „*absoluter Wertform*“ (24/313). Bis in die 50er Jahre hinein war sich ein erheblicher Teil der deutschen Ökonomie der „*Rätsel*“ von Wert und Geld durchaus bewußt; im Anschluß an Knapp und Gottl tendierte die bürgerliche Ökonomie immer mehr dazu, ihn als ein „*Apriori*“ auszugeben. Georg Simmel wurde sich während der Ausarbeitung

seiner *Philosophie des Geldes* bewußt, daß hier „das Allerelementarste bisher unüberwundene Schwierigkeiten“⁶ bereitet und das Nachdenken auf einen „toten Punkt“ gelangt; er durchschlägt den gordischen Knoten eines ganzen Nests aufgezeigter Aporien, indem er kurzerhand den Wert als ein rationell unableitbares „*Urphänomen*“⁷, als ein metaphysisch Erstes behandelt wissen will; die Möglichkeit von subjektiver Wertlehre als Wissenschaft ist damit im Grunde negiert.

Da die Einsichten Simmels und der deutschen Ökonomie der 20er Jahre von der heutigen niemals widerlegt, sondern nur verdrängt worden sind, kommt als Alternative zum verschwiegenen Agnostizismus der akademischen Wert- und Geldtheorie allein die Marxsche Form-Analyse in Betracht; liegt doch schon ihr die erst wieder von Simmel und Gottl thematisierte Problematik zugrunde, daß das Verhältnis von Ware und Geld ein mysteriöses „Verhältnis der Dinge unter sich“ (26.3/127) darstellt, dessen Glieder sich wechselseitig voraussetzen und negieren – somit nicht als Dinge, sondern bloß als „Momente“ eines Zusammenhangs gelten, den Gottl treffend als „wirtschaftlichen Zirkel“ beschrieben hat. Dinge existieren hier auch als soziale, und es muß also darauf ankommen, das „*Füreinanderdasein*“ der Dinge, d. h. ihre soziale „*Form*“, als Resultat einer „Verkehrung“ zu begreifen, weil „jedes, selbst das einfachste Element, wie z. B. die Ware, schon eine Verkehrung“ (26.3/498), nämlich „Träger“ von abstraktem Wert ist.

Daß die Schulökonomie in einem unendlichen Regreß ein Wertding auf ein anderes zurückführt und schließlich auf ein „*Urphänomen*“ oder „*Apriori*“ verwiesen ist, diese Einsicht ist keineswegs erst von Simmel gewonnen worden, sondern liegt schon der Marxschen Form-Analyse zugrunde. So wirft Marx Ricardo vor, daß dieser in die „Flachheit der Vulgärökonomie (fällt), die den Wert einer Ware ... voraussetzt, um dadurch hinterher den Wert der andren Waren zu bestimmen.“ (23/94); in Gestalt des Geldes oder zumindest des numéraire ist der „abstrakte“ und „absolute“ Wert qua „*Urphänomen*“ auch in die sog. moderne Ökonomie eingegangen, die inclusive des Neoricardianismus als formalisierte Vulgärökonomie zu charakterisieren ist.

Der numéraire soll die natürlichen Sachen oder inhomogenen Gebrauchswerte als „gesellschaftliche Dinge“ oder „Wertdinge“, d. h. als Daseinsweisen abstrakter „Wertvolumina“ konstituieren, womit das Problem des Werts doch lediglich auf den numéraire selbst verlagert worden ist. Schumpeter zufolge ist James Steuart die „Entdeckung“ jenes für Walras und Sraffa unentbehrlichen Instruments zuzuschreiben; die Marxsche Kritik hieran destruiert also einen Grundpfeiler sog. moderner Ökonomie. In dieser oder jener Variante impliziert nämlich die Lehre vom numéraire oder von der „*idealen Maßeinheit des Geldes*“ (13/59) die absurde Behauptung, daß unter dem Namen DM, Dollar etc. Geld „ideale Wertatome“ (13/60) darstellt, also jede gegen es eingetauschte Ware solcherlei Atome „einsaugt oder abgibt“ (13/66). Als Dar-

6 Brief Simmels an Heinrich Rickert, in: Buch des Dankes an Georg Simmel, hrsg. v. K. Gasen, Westberlin 1958, S. 96.

7 G. Simmel, *Philosophie des Geldes*, 7. Aufl., Westberlin 1977, S. 6.

stellung von Geld, d. h. als „Wertquantum“ oder „Wertmasse“ etc. ist so jede Ware Daseinsweise einer „Masse“, „Menge“ etc. von „idealen Wertatomen“ genannt DM, Dollar etc., kurzum ein „Fetisch“.

Insistiert man darauf, daß die ökonomischen Quantitäten wie jede Quantität eine *Qualität* ausdrücken, immer Quantität von *etwas* sind, so kommt der Walrasianer oder Sraffaianer nicht an der absurden Konsequenz vorbei, daß das, was er tagtäglich berechnet, Massen von „idealen Wertatomen“ sind – eben seine „reinen“, „idealen“ etc. Größen.

Es hieße nun den Sinn der Marxschen Form-Analyse gänzlich mißverstehen, wollte man die damit implizierte Kritik der Ökonomie als eine Persiflage begreifen; dieser liegt vielmehr eine Kritik der Kategorien dergestalt zugrunde, daß die „Verkehrungen“ als Ausdruck einer „wirklichen Verkehrung“ (26.3/445) begriffen werden müssen; hinzu tritt, daß sie sich „im Bewußtsein sehr verkehrt“ (26.3/163) widerspiegeln; doch vor allem geht es um den Nachweis, daß sich „notwendig ... der Wert ... zu dieser begriffslos sachlichen ... Form fortentwickle.“ (23/116)

Stellt man das Problem des Modellbegriffs *numéraire* einmal zurück, so bleibt das Problem des Geldes als „abstrakte Recheneinheit“; wie jede Maßzahl bezeichnen auch DM, Dollar etc. eine *Dimension*, die die Unterscheidung der verschiedenen Quantitätsträger ermöglichen soll; die Formeln der Realwissenschaft „enthalten nie reine, sondern immer benannte Zahlen; ihr empirischer Charakter hängt gerade davon ab, daß sie für einen bestimmten Phänomenbereich gelten und für einen anderen nicht“. Wollte man dies leugnen, so käme das etwa im Fall der Physik ihrer „Auflösung in Mathematik gleich“.⁸ Denselben Dilemma sieht sich aber die „moderne“ Ökonomie ausgesetzt. Da der Sraffaianer die „unquantitativen Grundbedeutungen der Symbole“ nicht zu bestimmen vermag, so berechnet er tatsächlich eine „Quantität von nichts, ein inhaltloses Größenverhältnis ohne Realität“⁹ – Ökonomie löst sich in Mathematik auf; der Neoricardianismus vermag seinen realwissenschaftlichen Anspruch nicht mehr länger aufrechtzuerhalten, sondern entpuppt sich als eine potenzierte Form des Modellplatonismus.

Will er aber nun beginnen, die „abstrakte Recheneinheit“ als das zu charakterisieren, was sie ist, nämlich als eine „Wert“-Einheit, so gerät er nur in eine andere Verlegenheit: Da ein relativer Wert (Preis) hier nicht in Frage kommt, vermag er unmöglich zu bestimmen, was in dieser Wortzusammensetzung „Wert“ bedeuten könnte. Gleiches gilt für den subjektivistischen Allokationsökonom. In ihrer Summierung heben sich nämlich Relationen, folglich auch relative Werte wechselseitig auf – eine Schwierigkeit, die dazu führt, daß beide Schulen der „modernen“ Ökonomie Begriffe wie Sozialprodukt und Wertschöpfung nur als Fiktionen gelten lassen können; das Problem der „Substrate“ oder „Dimensionen, in denen sich eine Quantitätsbestimmung bewegt“, läßt jedoch eine solche Ausflucht nicht mehr zu: Die „Dimension“ ökonomische Größe qua „Dimension“ Wert setzt die Existenz von realen so-

8 H. Schnädelbach, Erfahrung, Begründung und Reflexion, Frankfurt 1971, S. 92.

9 N. Hartmann, Philosophie der Natur, Westberlin 1980, S. 21.

wie homogenen und damit addierbaren Wertgrößen voraus, somit den Wert als „abstrakten“ und „absoluten“. Würde sich die Schulökonomie zu dem Eingeständnis durchringen, daß sie es in Gestalt der „Werteinheit“ Geld mit einem abstrakten und absoluten Wert zu tun hat, so bliebe ihr keine andere Wahl, als diesen metaphysisch zu deuten: als Urphänomen – womit sich Ökonomie als „exakte“ Disziplin aufgeben und einer irrationalistischen Metaphysik etwa Simmelscher Provenienz ausliefern müßte.

Die einzig denkbare Alternative bietet die Marxsche Theorie des Fetischismus: Die obskure Größe „abstrakter“ und „absoluter“ Wert existiert, freilich nur als objektiver, als „gegenständlicher Schein“ (23/97). Der „Mystizismus“ der Warenwelt, das als „Rätsel des Geldfetischs“ sichtbar gewordene „Rätsel des Warenfetischs“, besteht genau darin, daß sich der Wert notwendig zu einer „begriffslosen Form“ fortentwickelt und der Schulökonom de facto „Massen“, „Volumina“ etc. von „idealen Wertatomen“ berechnet; er weiß es nicht, aber er tut es. Konstatiert Marx einen „Fetischismus“ selbst der „klassischen Ökonomie“, so hat dieser genau hier seinen Ursprung; es gehört für Marx zur Definition „der“ Ökonomie, daß sie kritiklos mit „Fetischen“ operiert, fortwährend rationale und irrationale Formen von Preis und Wert kontaminiert, statt ihrer Verwendung eine „Kritik der Kategorien“ vorzuschicken.

Will man sich nicht damit abfinden, den Wert als Urphänomen oder Apriori hinzunehmen, muß es daher auf das ankommen, was Marx im Unterschied zur traditionellen Werttheorie „Genesis der Werte“ nennt – eine Genesis aus einer nicht-valoren Struktur: Es darf der Grund „der Werte nicht selbst wieder ... Wert sein ... vielmehr etwas, was den Wert konstituiert“, also „außer der Kategorie des Werts stehn muß“ (26.3/154 f.).

Marx entdeckte mit der abstrakten „Wertgegenständlichkeit“ eine Realität sui generis; der Aufweis ihres Charakters als „gegenständlicher Schein“ forderte die Ausarbeitung einer Theorie, die mit der traditionellen Werttheorie qua Tausch-Handlungstheorie nichts mehr gemein hat, sondern als eine quasi-ontologische oder besser *Konstitutionstheorie* des Werts charakterisiert werden muß. Tauschtheorie bewegt sich immer schon im Medium des Werts, behandelt ihn als Apriori, die Analyse seiner „Genesis“ fragt hingegen, „was den Wert konstituiert“, sucht also nach seinem *Konstituens*.

Die Marxsche „Genesis“ ist demnach eine „logische Entwicklung“, würde somit als „historische“ gänzlich mißverstanden. Das schwerwiegendere Mißverständnis freilich ist das „ökonomistische“ (13/42): Hier wird der „Wert“ einseitig als Bestimmungsgrund der Preise verstanden und die „Genesis“ als Modell; die Verwandlung des natürlichen Produkts in das soziale Wertding „versteht sich von selbst“.

„Genesis des Werts“ und „Genesis (der) Geldform“ (23/62) sind identisch, da der Wert eben notwendig zu seiner „begriffslosen Form“ sich fortentwickeln muß: Hier erscheint er dann jedermann, also dem scheinbar „wertbegriffsfrei“ konstruierenden Neoricardianer ebenso als „abstrakter“ und „absoluter“ wie dem subjektiven Werttheoretiker; sie leugnen ihn in seiner Gestalt als Ware und hypostasieren ihn in seiner Gestalt als Geld und Kapital. Gelingt es also, seinen *logischen* „Ursprung aus der Ware“ (13/49) nachzuweisen,

das Geld nämlich als „zweite“ oder „verwandelte Form“ der Ware zu dechiffrieren, so ist nicht bloß das „Fundamentalgesetz“ (42/681) der Banking-Theorie formanalytisch begründet, sondern auch der „absolute Wert“ Ricardos, d.h. die Arbeitswerttheorie – man wollte denn leugnen, daß Geld existiert. Dies, sowie die hiermit gesetzte Kritik des Fetischismus, der der subjektiven Wertlehre und dem Neoricardianismus notwendig korreliert, schließlich die Begründung des Unterschieds von rationellen und irrationellen Formen von Wert und Preis sind die Beweisziele der Form-Analyse.

Resümiert man nun ihre Beweisstruktur, so hat man zunächst einmal die von Marx aufgewiesene *Aporie* der bürgerlichen Theorie zu nennen – der erste Schritt jeder „dialektischen Entwicklungsmethode“; der eigentliche Beweis besteht nun darin, die „Unmittelbarkeit“ des Werts als Geld, das scheinbar Erste, als Resultat einer „vermittelnden Bewegung“ aufzuzeigen, die in ihm „verschwindet“ (23/107); diese wiederum ist aus „dem Widerspruch des Werts und seinem Dasein in einer besonderen Ware“ zu entfalten.

Es scheint nun, daß 1867 Engels diese „dialektischen Sachen“ zumindest ansatzweise verstanden hat; heißt es doch im *Konspekt* nicht bloß, daß am Anfang der Analyse die Ware als „Ware an sich“ zu begreifen ist, sondern in konsequenter Fortsetzung dieser These, daß erst *als Geld* „die Ware vollständig Ware“ (16/246) ist.

Dieser Kerngedanke einer keineswegs „reduzierten“, sondern „*emphatischen* Dialektik“ findet sich aber auch noch in der 2. Ausgabe des *Kapital*: es „projizieren sich ... alle Wertformen der Ware als Formen des Geldes“ (23/634). Derselbe Gedanke wird aber auch als Kern der Beweisstruktur der ersten Darstellung herausgestellt: die „allgemeinen Charaktere des Werts ... sind dieselben, die später (!) im Geld erscheinen (!)“ (13/315). Und im ersten Entwurf von 1857 heißt es kurz und bündig: „alle Eigenschaften, die als besondere Eigenschaften des Geldes aufgezählt werden, sind Eigenschaften der Ware als Tauschwert“ (42/77). Mehr noch, dieser Gedanke, der die Problematik der „Verkehrung“ einschließt, ist keimhaft schon in den Mill-Exzerpten von 1844 enthalten: Marx sieht eine „Umkehrung des ursprünglichen Verhältnisses“ von Waren und Geld darin, daß die ersteren Wert nur insofern besitzen, als sie Geld „repräsentieren“ (Erg. Bd. I, 446).

Wenn Marx in der 2. Ausgabe des *Kapital* ferner daran festgehalten hat, daß der „Austauschprozeß der Waren widersprechende ... Beziehungen einschließt“, „Widersprüche“ (23/118), so wird deutlich, daß er auch dort die Konzeption des 1. Abschnitts „Ware und Geld“ – in der 1. Ausgabe das 1. Kapitel – als ein „dialektisch Gegliedertes“ nicht aufgeben haben kann. Dies bedeutet aber, daß der sog. „Austauschprozeß“ des 2. Kapitels gar nichts anderes ist als die *form-unterbestimmte* „Zirkulation“ des 3. Kapitels, die jene „Widersprüche“ des Austauschprozesses zu „lösen“ hat, der als prämonetärer „scheitern“ muß. Erst die Formen der Zirkulation sind die „wirklichen Bewegungsformen des Austauschprozesses“ (23/119).

Auch hier ist ein theorie-kritisches Moment mitgesetzt. Es kennzeichnet nämlich die bürgerliche Tauschtheorie, daß sie am unmittelbaren „Tauschhandel als adäquate Form des Austauschprozesses der Waren fest(hält)“

(13/36), während es sich hierbei nur um seine „naturwüchsige Form“ (13/35) handeln kann.

Im zweiten Entwurf von 1861/63 wird der „Austauschprozeß“ ausdrücklich von seinen „Formen“ unterschieden: es ist die Rede von der „besondere(n) Form des Austauschs, die im Cirkulationsprozeß stattfindet“ (MEGA II/3.1, S. 19); der „Austausch“ vollzieht sich historisch gesehen in *zwei* Formen, „in der Form des unmittelbaren Tauschhandels“ oder „in der Form der Circulation“ (ebd., S. 22).

Der „wirkliche Austausch“ (13/68) der „Waren“ ist die Zirkulation, die „wesentlich vom unmittelbaren Produktentausch unterschieden“ (23/126) ist; dies ist der Grund, warum der „Waarenaustausch oder weiterbestimmt (!) die *Cirkulation* der Waare, die die Geldcirkulation einschließt“ (MEGA a. a. O., S. 241), im 1. Kapitel bloß „an sich“ thematisiert werden kann; auch der „Austauschprozeß“ des 2. Kapitels ist ein solcher nur „an sich“, muß folglich „weiterbestimmt“ werden; die Bestimmungen des 3. Kapitels sind die „weiterbestimmten“ des 1., die dort nur noch *unterbestimmt* auftreten, also noch nicht „wirklich“ sind, vielmehr bloß „an sich“.

Jenseits einer „dialektischen Entwicklung“ von Ware und Geld bleibt schließlich auch undurchsichtig, daß und warum der Zirkulationsprozeß nur *scheinbar* als ein „durch Geld vermittelter Tauschhandel“ (13/77) zu gelten hat; dieser Schein ist freilich ein notwendiger und ruft die quantitätstheoretische Fehldeutung der Zirkulation hervor. Obgleich nämlich die „Geldbewegung nur Ausdruck der Warenzirkulation, erscheint umgekehrt die Warenzirkulation nur als Resultat der Geldbewegung“ (23/130); die Quantitätstheorie ist also zu kritisieren als Produkt jener objektiven *Verkehrung*, die ein Entsprungenes und Sekundäres, nämlich das Geld und seine Zirkulation, als ein Unmittelbares und Primäres erscheinen läßt.

Die Rekonstruktion mannigfaltiger Verkehrungen steht so im Zentrum der Marxschen Form-Analyse; wenn der „innere Zusammenhang“ dieser Verkehrungen nicht rezipiert worden ist, wird man hierfür die popularisierenden Zwecken dienende Überarbeitung der 1. Ausgabe verantwortlich machen müssen; sie ist auch ein wesentlicher Grund dafür, daß der späte Engels seine „dialektischen Sachen“ von 1867 vergaß und den verhängnisvollen Weg jener Historisierung einschlug, die definitiv das Verständnis des 1. Abschnitts als ein „dialektisch Gegliedertes“ versperren mußte.

IMSF 1987

Publikationen, Veranstaltungen, wissenschaftliche Beiräte

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Dieser Bericht setzt die Übersicht aus Bd. 11, 1986, S. 423–427, der „Marxistischen Studien“ fort. Hinzuweisen ist auf die Gesamtbibliographie der IMSF-Publikationen: „Das IMSF – Kapitalismusforschung in der Bundesrepublik. Tätigkeiten und Arbeitsschwerpunkte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen 1968–1985“, Frankfurt/M. 1985. Der Berichtszeitraum dieser Übersicht reicht von September 1986 bis August 1987.)

Wissenschaftlicher Beirat des IMSF

Dem wissenschaftlichen Beirat des IMSF gehören an: *Dr. Hermann Bömer*, Dortmund; *Prof. Dr. Dieter Boris*, Marburg; *Dr. Christoph Butterwegge*, Bremen; *Prof. Dr. Frank Deppe*, Marburg; *Dr. Heike Fleßner*, Oldenburg; *Prof. Dr. Georg Fülberth*, Marburg; *Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid*, Bremen; *Johanna Hund*, Hamburg; *Prof. Dr. H.J. Krysmanski*, Münster; *Dr. Martin Kutscha*, Hamburg; *Prof. Dr. Lothar Peter*, Bremen; *Prof. Dr. Jan Prieue*, Darmstadt; *Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler*, Bremen; *Prof. Dr. Josef Schleifstein*, Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling*, Frankfurt/M.; *Dr. Angelina Sörgel*, Bremen; *Dr. Robert Steigerwald*, Eschborn.

Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF) beim IMSF

Im März 1987 hat das Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF) als eine Abteilung des IMSF seine Arbeit aufgenommen. Das ZMF orientiert seine Tätigkeit an den praktischen Bedürfnissen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung der Bundesrepublik und will mit marxistischen Orientierungsbeiträgen die Entwicklung dieser Bewegungen unterstützen. Insbesondere stellt es sich das Ziel, mit seiner wissenschaftlichen Arbeit zur stärkeren Mobilisierung der Arbeiterklasse im Friedenskampf beizutragen, den Zusammenhang von Kapitalismus, Rüstung und Krieg zu erforschen und an der theoretischen Erarbeitung von Alternativen mitzuarbeiten.

Das ZMF versteht sich als Kristallisationspunkt marxistischer Diskussion und Forschung zur Friedensfrage in der Bundesrepublik. Es ist mit dem IMSF und seinen Beiträgen zur Kapitalismusforschung auf der Basis der Theorie von Marx, Engels und Lenin organisch verbunden.

Wissenschaftliches Kuratorium des ZMF

Als beratendes Gremium wurde beim ZMF ein wissenschaftliches Kuratorium gebildet; ihm gehören an: *Wolfgang Bartels*, Trier; *Dr. Christoph Butterwege*, Bremen; *Peter Dietzel*, Bonn; *Helga Genrich*, Königswinter; *Prof. Dr. Georg Grasnick*, Berlin/DDR; *Dr. Bernd Greiner*, Hamburg; *Karl-Heinz Hansen*, Berg-Freisheim; *Dr. Wolfgang Hofkirchner*, Wien/Österreich; *Prof. Dr. Hans Heinz Holz*, Groningen/Niederlande; *Prof. Dr. Jörg Huffschmid*, Bremen; *Jürgen Jürgens*, Köln; *Prof. Dr. Gerhard Kade*, Berlin (West); *Lorenz Knorr*, Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski*, Münster; *Kurt Lund*, Kopenhagen/Dänemark; *Werner Pfennig*, Stuttgart; *Dr. Wladimir W. Rasmerow*, Moskau/UdSSR; *Dr. Fred Schmid*, München.

I. Publikationen

Soweit nicht anders vermerkt, sind die Publikationen von IMSF und ZMF erschienen im IMSF-Vertrieb und von dort zu beziehen.

I.A Publikationen des IMSF

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 12, I/1987, Frankfurt/M. 1987, 351 S., DM 38,- (Schwerpunkt Internationale Marx-Engels-Forschung).
2. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, II/1987, Frankfurt/M. 1987, 429 S., DM 38,- (Schwerpunkt „Umbrüche: Beherrschbarkeit der Technik; Rationalisierungstyp und Technologiepolitik; Tendenzen politischer Kultur“).
3. Informationsberichte des IMSF, Bd. 44: SPD wohin? Zur Analyse und Kritik des SPD-Grundsatzprogrammentwurfs, Frankfurt/M. 1987, 114 S., DM 9,80.
4. Informationsberichte des IMSF, Bd. 45: Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften. Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht, Frankfurt/M. 1987, 168 S., 12,80 DM.
5. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 19: Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“, Köln, 31. Mai/1. Juni 1986, hrsg. v. IMSF und ASK, Frankfurt/M. 1986, 295 S., 18,- DM.
6. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 20: Sozialismus heute. Realität – Theoretische Analyse – Perspektive. Materialien einer Konferenz der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (Moskau), der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Berlin/DDR) und des IMSF, Frankfurt/M. 1986, 87 S., 10,- DM.
7. Institutsmittteilung 32: Materialistische Rechtstheorie. Aktuelle Probleme und Aufgaben. Materialien eines internationalen Kolloquiums des Arbeitskreises „Materialistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M. 1986, 48 S., 5,- DM.

8. Institutsmittteilung 33: Zukunft der Lebensweise und Perspektiven des Sports. Materialien einer Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. 1986, 78 S., 10,- DM.
9. Broschürenreihe „Durchblick“, hrsg. v. IMSF, Heft 8: Das Gespenst der Flexibilisierung (Verf. *Gert Hautsch*), Edition Marxistische Blätter c/o Plambeck & Co, Neuss 1987, 16 S., 1,- DM.
10. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus* u. a. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M., vier Ausgaben.
11. *Winfried Schwarz*, Die große Vergeudung. Ist die Marktwirtschaft noch zu retten?, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 287 S., 14,80 DM.
12. *Heinz Jung* u. a., Nishidoitsu no Kokkadokusenshihonshugi. Ausgewählte Aufsätze aus „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“, Otsuki Shoten Publishers, Tokio 1986.
13. Japanische Übersetzung des Reprints der Originalausgabe und des Kommentars (verfaßt von *Winfried Schwarz*) zu der von Karl Marx überarbeiteten zweiten Auflage des „populären Auszugs“ aus „Das Kapital“ von Johann Most, „Kapital und Arbeit“. Iwanami Shoten publishers, Tokio 1986.

I.B Publikationen des ZMF

1. Auf dem Weg in den Rüstungsstaat? Zur Kritik der BRD-Rüstungsausgaben und der CDU-Militärpolitik, Frankfurt/M. 1987, 67 S., 8,- DM.
2. ZMF-Diskussionsbeiträge, Bd. 1: *Jürgen Reusch/Nora Wolf*, Null-Lösung. Zwischenbilanz und Perspektiven europäischer Sicherheit, Frankfurt/M. 1987, 40 S., 5,- DM.

II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

II.A Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen des IMSF

1. „Die Zukunft der Städte und Regionen – Kämpfe und Kampffelder einer alternativen Kommunalpolitik“. Kommunalpolitisches Kolloquium des IMSF am 27./28. September 1986 in Gladbeck. 170 Teiln. Vorträge und Diskussionen im Plenum und in neun Arbeitsgruppen.
Einleitende Plenumsbeiträge: *E. Dähne, H. G. Helms, S. Rutz*.
Konferenzmaterialien: IMSF (Hrsg.), Die Zukunft der Städte und Regionen, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 21, Frankfurt/M. 1987; Bericht in: Marxistische Blätter 6/1986.
2. „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage ...“ – Die Linke und der Fortschritt. Diskussionskonferenz des IMSF, 16./17. Mai 1987, Frankfurt/M., 300 Teiln.
Einleitungsbeiträge im Plenum: *D. Albers, E. Altvater, M. Andreas-Grisebach, U. Briefs, T. Bultmann, W. Gerns, H. H. Holz, U. Kremer, K. Maase, K. Müschen, L. Peter, J. Reusch, H.-J. Sandkühler, K. H. Tjaden*.

Konferenzmaterialien: IMSF (Hrsg.), „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage ...“. Die Linke und der Fortschritt, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 23, Frankfurt/M. 1987; Berichte und Auszüge in: Jugendpolitische Blätter 6/1987; rote blätter 7–9/1987; Nachrichten 6 und 8/1987; Marxistische Blätter 9/1987; Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987.

3. „Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Viertes trilaterales Kolloquium des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO), Moskau, des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Berlin/DDR, und des IMSF, 2./3. Juni 1987, Frankfurt/M.

Teilnehmer für das IMEMO: *J. Judanow, W. S. Pankow, W. N. Schenajew, W. S. Tsirentschikow, A. Zimajlo*; für das IPW: *H.-H. Angermüller, M. Bernien, H.-J. Höhme, M. Kohl, R. Kowalski, L. Maier*; für das IMSF: *F. Deppe, G. Deumlich, U. Dolata, J. Goldberg, J. Huffschmid, J. Hund, H. Jung, A. Leisewitz, W. Petschick, K. Pickshaus, J. Priewe, U. Schumm-Garling, W. Stürmann*.

Konferenzmaterialien: Veröffentlichung der Beiträge in der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“. Berichte in: Nachrichten 7/1987; Marxistische Blätter 9/1987; Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987.

4. „Umbruch in der Sowjetunion?“ – Zu aktuellen ökonomischen und politischen Umgestaltungsprozessen in der Sowjetunion. Tagung des Instituts für internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMRD), Moskau, der Zeitschrift „sozialismus“, Hamburg, und des IMSF, 5. September 1987, Frankfurt/M., 450 Teiln.

Einleitende Beiträge: *A. G. Aganbegjan, A. I. Beltschuk, HT. Bergmann, H. Brakemeier, H. Conert, A. A. Galkin, W. Gerns, F. Hitzer, H. Schäfer, T. T. Timofejew*.

5. „Neue Forschungsergebnisse zum politischen System der BRD“. Diskussionsrunde des Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 6. September 1986, 15 Teiln.

Einleitender Beitrag: *K. Röder*, (Berlin/DDR).

6. „Zukunft der Lebensweise und Perspektiven des Sports“. Diskussionsrunde des Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M., 1. November 1986, 35 Teiln.

Einleitende Beiträge: *K. Maase, H. J. Schulke*.

Veröffentlichung der *Materialien* in der Reihe Institutsmitteilungen, Nr. 33 (siehe I.A 8). Bericht in: Marxistische Blätter 1/1987.

7. „Methodik materialistischer Konservatismuskritik und aktuelle Entwicklungen des Konservatismus in der BRD“. IMSF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 15. Nov. 1986, 35 Teiln.

Einleitende Beiträge: *J. Bischoff, L. Elm (Jena), K. Naumann, K. Wanner*.

8. „Kindsein und Jungsein in der Bundesrepublik Deutschland“. Seminar des Arbeitskreises „Materialistische Pädagogik“ von Demokratischer Erziehung und IMSF, Frankfurt/M., 15./16. November 1986, 30 Teiln.

Einleitende Beiträge: *K. Dörre, W. Jantzen*.

Veröffentlichung der Einleitungsbeiträge in: Demokratische Erziehung 1/1987.

9. „Arbeitsrecht im Umbruch“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 21. Februar 1987, 60 Teiln.
Einleitende Beiträge: *M. Bobke, W. Däubler, H. Jung/K. Pickshaus, H. Wolter.*
Berichte in: Demokratie und Recht 2/1987; Forum Recht 2/1987; Marxistische Blätter 4/1987.
10. „Aspekte Politischer Kultur in der Bundesrepublik. Zur Brauchbarkeit der Kategorie ‚Politische Kultur‘ für die marxistische Politikanalyse“. IMSF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 14. März 1987, 20 Teiln.
Einleitende Beiträge: *T. Bruns/J. Dietrich, K. Dörre, B. Gäbler, E. Chr. Gottschaldt, F. Kröll, K. Maase, W. Rügemer, F. Schuster, K. Wanner.*
Materialien: Fotokopien erhältlich beim IMSF (Kopierkosten 10,- DM).
Bericht in: Marxistische Blätter 5/1987.
11. „Probleme der Vergesellschaftung heute“. IMSF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 28. März 1987. 20 Teiln.
Einleitende Beiträge: *H. Bömer, U. Dolata, J. Goldberg, J. Huffschnid, H. Jung, U. Kremer, A. Sörgel, W. Stürmann.*
Materialien: Fotokopien erhältlich beim IMSF (Kopierkosten 10,- DM).
Bericht in: Marxistische Blätter 5/1987.
12. „Lebensstile heute: Zum Umgang mit Konsumgütern – Beispiel Wohnen“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse, Frankfurt/M., 4. April 1987, 15 Teiln.
Einleitende Beiträge: *G. Bollenbeck, K. Warneken-Pallowski.*
13. „Familie und Familienpolitik“. IMSF-Kolloquium, Frankfurt/M., 30. Mai 1987, 30 Teiln.
Einleitende Beiträge: *H. Fleßner, H. Knake-Werner, E. Laudowicz, A. Steinberg.*
14. „Internationalisierung des Kapitalismus und eigenständige nationale Wirtschaftspolitik heute“. IMSF-Diskussionsrunde, Frankfurt/M., 31. Mai 1987, 20 Teiln.
Referenten: *H. Heininger/L. Maier (Berlin/DDR).*
Bericht in: Marxistische Blätter 7–8/1987.
15. „Repräsentative Demokratie – Plebiszit – Direkte Demokratie“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 27. Juni 1987, 25 Teiln.
Einleitende Beiträge: *M. Ernst, G. Häfner, C.-H. Obst, J. Schleißein.*
Bericht in: Marxistische Blätter 9/1987.
16. „Die Bundestagswahlen und die Strategie der Linken“. Veranstaltungsreihe von MSB Spartakus und IMSF im Wintersemester 1986/87 an Hochschulen in Bochum, Bremen, Freiburg, Hamburg, Köln, Marburg.
17. „Staatsmonopolistische Komplexe in der BRD. Theoretisch-analytisches Konzept und Realität“. Veranstaltungsreihe des IMSF in Verbindung mit örtlichen Trägern vom 2. bis 5. Februar 1987 in Bremen, Dortmund, Essen,

Frankfurt/M., Hamburg.

Referenten: *A. A. Djomin (Universität Leningrad), U. Dolata, A. Gottschalk, J. Huffschnid, H. Jung, A. Sörgel.*

18. „Gibt's für die Menschheit noch eine Sternstunde? West und Ost im Anpassungsdruck an die weltbedrohenden Probleme“. Vortragsreise von *D. Klein (Humboldt-Universität Berlin/DDR)* vom 25. bis 29. Mai 1987 in Bochum, Bremen, Hamburg, Münster, Oldenburg; Veranstalter: IMSF, MSB Spartakus, Masch.
19. „Fortschritt im Widerstreit“. Veranstaltungsreihe von MSB Spartakus bzw. einzelnen Fachschaften und IMSF im Sommersemester 1987 an Hochschulen in Augsburg, Bremen, Duisburg, Gießen, Hildesheim, Karlsruhe, Saarbrücken, Tübingen.

II.B Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen des ZMF

1. „Die Frage von Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter und die Aufgaben der marxistischen Friedensforschung“. Gemeinsames Symposium des Instituts für Moderne Sozialtheorien (IEZG), Sofia, und des ZMF am 29./30. Mai in Warna.
Einleitende Beiträge: *W.-D. Gudopp/J. Reusch, A. Lilow.*
2. „Christen – Marxisten – Christliche Friedensbewegung“. Diskussionsveranstaltung des ZMF zum Evangelischen Kirchentag, Frankfurt/M., 17. Juni 1987, 25 Teiln.
Einleitende Beiträge: *W.-D. Gudopp, W. Kreck.*
Bericht in: Neue Stimme 8/1987.

Autorinnen und Autoren

Hans-Georg Backhaus, Frankfurt/M., Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt; Arbeitsgebiet: Kritik der politischen Ökonomie.

Dr. Martin Bohle-Carbonell, Pinneberg, geb. 1954, wissenschaftlicher Angestellter; Arbeitsgebiet: Marine und limnische Hydrodynamik.

Dr. Bernhelm Booß-Bavnbek, Kopenhagen, geb. 1941, a. o. Prof.; Arbeitsgebiete: Partielle Differentialgleichungen, mathematische Modellierung.

Dr. Eberhard Dähne, Frankfurt/M., geb. 1938, Dipl.-Landwirt, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Reproduktion der Arbeitskraft, Stadt- und Regionalsoziologie.

Jochen Dietrich, Köln, geb. 1956, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter beim Parteivorstand der DKP; Arbeitsgebiete: Parteienentwicklung, Wahlforschung.

Klaus Dörre, Marburg/L., geb. 1957, Dipl.-Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften/Institut für politische Wissenschaft; Arbeitsgebiete: Jugendforschung, Gewerkschaften/Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Ulrich Dolata, Bremen, geb. 1959, Ökonom, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Marxistische Krisen- und Regulierungstheorie, Neue Technologien.

Rainer Einenkel, Witten, geb. 1954, Starkstromelektriker, IG-Metall-Vertrauensmann, Betriebsrat bei Opel-Bochum.

Edgar Ludwig Gärtner, Flieden und Besançon, geb. 1949, Hydrobiologe, Wissenschaftspublizist, Herausgeber des „Grünbuchs“.

Eva Gottschaldt, Marburg, geb. 1953, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Romanistik in Heidelberg und Marburg; Mitarbeiterin beim Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten; Arbeitsgebiete: Geschichte des Faschismus in Deutschland, Entwicklung des Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Arno Gottschalk, Bremen, geb. 1956, Dipl.-Ökonom, Doktorand; Arbeitsgebiete: Rüstung, Finanzkapital.

Prof. Dr. Horst Holzer, München, geb. 1935, Privatdozent für Soziologie an der Universität München, Lehrbeauftragter für Kommunikationssoziologie an der Universität Klagenfurt, freiberuflicher Forscher im Bereich „Alte und Neue Medien“; Arbeitsgebiete: „Neue“ Medien, Soziologie der „Informationsgesellschaft“, Gesellschaftstheorie.

Johanna Hund, Hamburg, geb. 1935, Soziologin, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Arbeitsgebiete: Probleme der Produktivkraftentwicklung, Frauenarbeit und Frauenbewegung.

Vera Kissel, Bonn, geb. 1959, Dipl.-Journalistin, Redakteurin des Studentenmagazins „rote blätter“; Arbeitsgebiete: Medieninhaltsanalyse, Neue Informations- und Kommunikationstechnologien und Persönlichkeitsentwicklung, Frauenforschung.

Dr. Friedhelm Kröll, Nürnberg, geb. 1945, Soziologe, Referent beim Bezirksvorstand der DKP Nordbayern; Arbeitsgebiete: Kultursoziologie, Wahl- und Vereinsforschung.

Dr. Martin Kutscha, Hamburg, geb. 1948, Rechtsanwalt, Redakteur der Zeitschrift „Demokratie und Recht“; Arbeitsgebiete: Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Rechtspolitik.

Prof. Dr. Hellmuth Lange, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Wissenschaftssoziologie.

Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., geb. 1947, Dipl.-Biologe, stellv. Leiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dr. Kaspar Maase, Bad Vilbel, geb. 1946, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Theorie und Soziologie von Kultur und Lebensweise.

Dr. Hans Mikosch, Wien, geb. 1949, Dipl.-Ing., Chemiker; Arbeitsgebiet: Molekularspektrographie.

Dr. Alexander Pechmann, München, geb. 1950, Dozent an der Volkshochschule München und Mitherausgeber der Zeitschrift „Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie“.

Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer im Studiengang Sozialwissenschaft der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Arbeits- und Industriesoziologie, Soziologie sozialer Bewegungen, Klassen- und Sozialstrukturanalyse.

Klaus Pickshaus, Frankfurt/M., geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Soziale Bewegungen.

Gero von Randow, Bochum, geb. 1953, Journalist, Referent beim Bezirksvorstand Ruhr/Westfalen der DKP; Arbeitsgebiete: Technologiepolitik, Berufliche Bildung, Regionalpolitik.

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Frankfurt/M., geb. 1938, Hochschullehrerin an der Universität Dortmund; Arbeitsgebiet: Industriesoziologie.

Friedemann Schuster, geb. 1929, Redakteur; Arbeitsgebiet: Theorie und Praxis kommunistischer Parteien.

Alma Steinberg, Frankfurt/M., geb. 1950, Dipl.-Pädagogin, Mitarbeiterin des IMSF; Arbeitsgebiete: Frauenbewegung und Frauenpolitik.

Werner Stürmann, Bochum, geb 1950, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstands der DKP.

Stephan Voets, Düsseldorf, geb. 1946, Referent für Wissenschafts- und Technologiepolitik beim Parteivorstand der DKP.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 9–32

André Leisewitz

Wissenschaftlich-technische Revolution und deformierte Produktivkraftentwicklung

Der Beitrag sieht das Wesen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution mit Blick auf den Arbeitsprozeß in der Übertragung geistig-intellektueller Funktionen des Menschen auf technische Mittel. Entsprechend bestimmen universelle Integrationstechnologien den neuen Rationalisierungstyp. Der neue, kapitalsparende Techniktyp bleibt bestimmt von den Deformationen, die das gesamte Produktivkraftsystem durch die Entwicklung in kapitalistischer Formbestimmtheit, v. a. durch die Orientierung auf Steigerung von Stoff- und Energieumsatz (statt komplexer Stoffausnutzung) erfahren hat. Angesichts neuer Risikopotentiale heißt das Schlüsselwort für rationelle Gestaltung und Kontrolle der Produktivkraftentwicklung heute Demokratisierung.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 33–51

Alexander von Pechmann

Technischer Fortschritt – Umbruch im Weltbild? Zur Diskussion über die Notwendigkeit „alternativer Weltbilder“

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat zur Debatte über ein „neues Denken“ geführt, das den Zukunftsproblemen angemessener sei. Der Beitrag befaßt sich mit zwei derzeit wichtigen Alternativkonzepten: der Forderung nach einem „ganzheitlichen Weltbild“ (Capra, Roszak u.a.) und nach einem neuen „Prinzip Verantwortung“ (Jonas). Er skizziert die aktuelle marxistische Diskussion über den neuen Wissenschaftstyp „Globalistik“ und die neuen Theorieprobleme, die mit der Informations- und der Gen-Technologie entstanden sind.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 52–67

Edgar Gärtner

Die Stabilisierung der Biosphäre. Über die Aufgaben der Ökologie vom Standpunkt des Marxismus

Der vom Marxismus von der Aufklärung übernommene Begriff der Naturbeherrschung wird durch die Konzeption der Stabilisierung der Biosphäre ersetzt, weil sich die Gesellschaft angesichts der Zuspitzung globaler Probleme kein anderes Ziel setzen kann als das der Bewahrung bzw. Wiederherstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen und weil nur dafür hinreichende wissenschaftliche Grundlagen vorhanden sind. Es wird hergeleitet, daß die globale Stabilisierung regional im Sinne antikapitalistischer Heimatgestaltung über Formen direkter Demokratie konkretisiert werden muß.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 68–80

Hans Mikosch

Komplexe Systeme in Natur und Technik – Probleme und Lösungsmöglichkeiten

Der Beitrag geht davon aus, daß politische Entscheidungen (v. a. Abrüstung) bedeutende Möglichkeiten erschließen können, um mittels Erkenntnis und Kontrolle die Gefährdung durch tech-

nische Systeme zu verringern. Es gibt aber grundsätzliche Probleme der wissenschaftlichen Erfassung und technischen Steuerung komplexer Systeme in Natur und Technik, die anhand von Normalsituationen und Unfällen diskutiert werden. Es werden Lösungsansätze vorgestellt und ihre gegenwärtigen Probleme und Grenzen erörtert. Mit dem Fortschritt der Produktivkräfte bleibt der Verzicht auf gefährliche, in ihren Auswirkungen nicht abschätzbare Technologien ein wichtiges Instrument.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 81–104

Bernhelm Booß-Bavnbek/Martin Bohle-Carbonell
Machbarkeit nichtbeherrschbarer Technik durch Fortschritte in der
Erkennbarkeit der Natur

Erfahrungen mit mathematischen Methoden in Naturwissenschaft und Technik werden vermittelt. Die Sicherheit und die Unzuverlässigkeit mathematischer Berechnungen und die Gründe dafür werden behandelt; Machbarkeit ohne Verstehen und Kontrolle wird gezeigt, aber auch die Sensibilität von Mathematik und Physik für die innerfachlichen Risiken im Grenzbereich unseres gegenwärtigen Wissens. Aus der Einschätzung von Fortschritten in der mathematischen Modellierung und Simulation und in anderen Bereichen der Naturerkenntnis und den dadurch ermöglichten Neuerungen in Technik, Politik und Alltag wird eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Machen und Beherrschen und die Notwendigkeit einer Neuorientierung unseres Denkens, Diskutierens und Handelns abgeleitet.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 105–120

Ulrich Dolata/Arno Gottschalk
Neue Technik – Rüstung – Destruktivkraftentwicklung.
Empirische Hinweise für die Bundesrepublik

Ausgehend von einer knappen Skizze der allgemeinen Durchsetzungsbedingungen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs im heutigen Kapitalismus untersucht der Beitrag am Beispiel der BRD Auswirkungen von Rüstungsforschung und Produktion auf die Entwicklungsrichtungen und die Struktur der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Er belegt, daß der Rüstungssektor dem zivilen Bereich nicht einfach Mittel und Ressourcen entzieht, sondern darüber hinaus auch qualitativ, strukturverzerrend und hemmend auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs einwirkt: Militärische Anforderungen präformieren technologische Entwicklungslinien und beeinflussen Struktur und Ausrichtung auch des zivilen Forschungssektors; ganze Industriezweige und Regionen gehorchen vornehmlich den Bedürfnissen des Rüstungs- und Militärapparates.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 121–142

Horst Holzer
Der Weg der Bundesrepublik in die „Informationsgesellschaft“ –
zu wessen Gunsten, auf wessen Kosten

Das, was Wirtschafts-, Staats-, Postvertreter heute in verschleiender Absicht „Informationsgesellschaft“ nennen, wird in seinen Qualitäten und Konsequenzen beschrieben, die aus einen aktuellen kapitalökonomischen und staatlich-administrativen Formbestimmungen resultieren. Vor diesem Hintergrund wird zweierlei verdeutlicht: 1. die Folgen, die die „Informationsgesellschaft“ für die Werktätigen und ihre Familien hat – Rationalisierung, Intensivierung und Kontrolle am Arbeitsplatz, Verdattung und lückenlose Erfassung durch die staatliche Administration, kommerzielle Ausbeutung von Kommunikationsmöglichkeiten; 2. die Ansatzpunkte der Gegenwehr auf der betrieblichen, staatlich-postalischen und der gesamtgesellschaftlichen Ebene.

Lothar Peter

Neue Formen der Rationalisierung. Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung

In der aktuellen arbeitssoziologischen Forschung ist der Begriff des „neuen Rationalisierungstyps“ geprägt worden. Er will die am weitesten fortgeschrittenen Tendenzen der Rationalisierung des Arbeitsprozesses systematisch beschreiben. Der Beitrag versucht, empirische und theoretische Aspekte des „neuen Rationalisierungstyps“ hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Lage der abhängig Beschäftigten darzustellen und zu interpretieren. Dabei geht es im letzten Teil des Beitrags insbesondere um die Herausforderungen, mit denen der „neue Rationalisierungstyp“ die Arbeiterbewegung konfrontiert. Ideen, wie die der „neuen Produktionskonzepte“ oder der „sozialen Beherrschbarkeit“ des technischen Fortschritts werden einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Ursula Schumm-Garling

Neue Technik und Rationalisierung von Angestelltenarbeit

Der Beitrag greift zunächst die Frage auf, ob wir uns auf dem Weg in die „Dienstleistungsgesellschaft“ befinden; betont wird die Notwendigkeit einer Differenzierung, die die Rolle produktionsnaher Dienstleistungen berücksichtigt. Am Beispiel der computerunterstützten Sachbearbeitung wird dann diskutiert, welche Folgen „systemische Rationalisierung“ für Angestelltenarbeit hat. Es steigen Intensität und herrschaftliche Verfügbarkeit der Arbeit mit widersprüchlichen Folgen für Qualifikation und Berufsperspektive. Im Bewußtsein dominiert weiterhin eine Aufstiegsorientierung. Gewerkschaftliche Politik kann an verbreiteter kritischer Haltung zu neuen Technologien und dabei spezifische Orientierungen auf Arbeit und Beruflichkeit unter den Angestellten aufgreifen.

Johanna Hund

„Neue Technik“ und Frauenarbeit

Im wesentlichen kennzeichnen die Situation zwei Tendenzen: Auf der einen Seite verschlechtern sich die Möglichkeiten für Frauen, erwerbstätig zu sein. Ihr Betroffensein von Rationalisierungen, Teilzeitarbeit, ungeschützten Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Armut ist ungleich stärker als das von Männern. Auf der anderen Seite tun sich mit dem Einsatz „Neuer Techniken“ auch neue Chancen für Frauen auf. Sie liegen insbesondere darin, daß mit dem Wegfall von einfachen, stupiden Routinetätigkeiten die Arbeitsinhalte sich verändern, Tätigkeiten somit qualifizierter und anspruchsvoller werden und generell neue Formen der Arbeitsorganisation und -gestaltung gefunden werden müssen, die eine alte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung tendenziell überholt erscheinen lassen.

Klaus Pickshaus

Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis

Das Flexibilisierungskonzept der bundesdeutschen Kapitalverbände stellt eine Reaktion auf neue Anforderungen der Kapitalverwertung unter den Bedingungen des Umbruchs zur informationstechnologischen Integration der Produktion dar; es zielt auf Rationalisierung und intensivierte Reproduktion des Kapitals. Es verbindet sich mit einer Offensive zur sozial- und tarifpolitischen

sowie arbeitsrechtlichen Deregulierung, die die lebendige Arbeit uneingeschränkt verfügbar machen und Gegenmachtspotenzen der Gewerkschaften schwächen soll. Schon ein Drittel der Lohnabhängigen fällt heute nicht mehr unter die Regelungen des Normalarbeitsverhältnisses. Gefragt wird, ob eine Strategie zu Schutz und Fortentwicklung des Normalarbeitsverhältnisses sowie zum Abbau ungeschützter Arbeit die Ansätze gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik weiterführen kann.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 229–238

Rainer Eienenkel/Gero von Randow

Rationalisierung und betriebliche Gegenmacht – Opel-Belegschaft im Umbruch

Mit Milliardenaufwand investiert General Motors in neue Technologien als Unterlage für neue Unternehmensstrategien und Fertigungsprinzipien. Die Automobilarbeit in den Opel-Werken verändert sich radikal, und mit ihr die Belegschaften. Wenigen „Gewinnern“ stehen dabei viele „Verlierer“ gegenüber. Die Suche nach Orientierungen führt zu neuen Konzepten der Gegenwehr; ein widerspruchsvoller Prozeß, auch innerhalb der Interessenvertretungen. Die neuen Betriebsrealitäten sind nur im Kontext übergreifender Veränderungen zu verstehen („Umbruch“). Es bilden sich neue Elemente politischen Klassenbewußtseins.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 239–260

Hellmuth Lange

Gewerkschaften und Technologiepolitik

Die „soziale Beherrschung des technischen Wandels“ ist heute innerhalb der DGB-Gewerkschaften allgemein als dringendes Erfordernis anerkannt. Was unter „sozialer Beherrschung“ zu verstehen ist und wie sie zu erreichen wäre, ist dagegen kontrovers geblieben. Der Verfasser zeichnet die betreffenden Kontroversen nach und stellt sie insbesondere in den Zusammenhang jener Herausforderungen, die sich aus der fraglichen technikpolitischen Zielstellung für die Gewerkschaften selbst ergeben.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 261–275

Werner Stürmann/Stephan Voets

Politik und Technologie. Zu Ausgangspunkten technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung

Die Autoren entwickeln aus marxistischer Sicht Ausgangspunkte technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung. Für die entscheidende politische Zuspitzung bei der Entwicklung und Durchsetzung technologiepolitischer Alternativen halten sie den radikalen Anspruch auf demokratische Kontrolle und Öffentlichkeit. Dies müsse alle Politikbereiche durchdringen. Es werden Umriss von Alternativen dazu dargelegt. Hervorgehoben wird, daß sich demokratische Technologiepolitik vor allem mit Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspolitik verbindet, sowie Teil einer alternativen Friedens- und Ökologiepolitik sein muß. Diese Anlage erfordert ein erweitertes und vertieftes Verständnis von Politik der und im Interesse der Arbeiterklasse, eine gewaltige Anstrengung für die Integrations- und Bündnisfähigkeit der demokratischen Kräfte

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 276–290

Friedhelm Kröll/Kaspar Maase

Politische Kultur – ein Forschungsweg des Marxismus?

Der Beitrag erörtert die Frage, ob das Konzept der „politischen Kultur“ für die marxistische Politikanalyse von Nutzen sein kann. Nach einer kritischen Prüfung der Herkunft aus der bürgerli-

chen Politologie wird ein neuerer sowjetischer Versuch zur Bestimmung der Kategorie politische Kultur vorgestellt. Die Autoren legen eine eigene Definition vor und skizzieren, wie die marxistische Analyse der politischen Kultur(en) in der BRD anzugehen wäre. In den Mittelpunkt stellen sie die Aufgabe, die Ergebnisse der Klassen- und Sozialstrukturanalyse mit der Untersuchung von Milieus und Generationswandlungen zu verbinden.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 291–307

Klaus Dörre

Die Krisengeneration – zwischen Massenprotest und konservativer Hegemonie

Veränderungen politischer Kultur setzen sich wesentlich über den Generationswandel durch. Das Konzept der „politischen Generation“ zielt auf das Aufspüren von Vermittlungsgliedern zwischen gesellschaftlicher Klassenstruktur und politischem Verhalten. Im Anschluß an eine knappe Skizze der intergenerativen Weitergabe politischer Kultur sucht der Artikel Konturen des politischen Profils der Krisengeneration nachzuzeichnen. Die Generationsgestalt der Jugend der 80er Jahre wurde in starkem Maße durch den Zyklus der neuen sozialen Bewegungen bestimmt. Teile der Krisengeneration haben die Herausbildung einer neuen oppositionellen Kultur vorangetrieben, die als Katalysator für links-alternative Wertorientierungen fungiert. Verlängerte Jugendphase und kapitalistische Umbruchkrise bedingen, daß Generationsunterschiede verstärkt bis in die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse hineinwirken. Die Zugehörigkeit zu politischen Generationen ist ein Filter für die Wahrnehmung und Verarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte durch die Lohnabhängigen. Für die organisierte Arbeiterbewegung wird der Generationswandel zunehmend zu einer Herausforderung, die zu raschen, flexiblen Neueinstellungsprozessen zwingt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 308–324

Jochen Dietrich

Zwischen Stabilität und Wandel – Tendenzen im Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland

Das Wahlverhalten ist in Bewegung geraten. Es ist - bei weiterem Wirken starker Momente der Stabilität und Kontinuität - seit der Mitte der siebziger Jahre gekennzeichnet durch eine wachsende Flexibilität, durch größer werdende Wechselbereitschaft und der Zunahme von Wahlabstinenz, durch abnehmende traditionelle Bindungen an die Parteien und durch eine „Dekonzentration“ in der Stimmabgabe. Der Beitrag untersucht die Veränderungen im Wahlverhalten, die sich aus dem Wandel der Sozialstruktur, aus Wertewandel und konfessionellem Wandel sowie aus der Generationenablösung ergeben. Darüber hinaus werden erste Schlußfolgerungen, die sich aus den Veränderungen des Wahlverhaltens für die politische Zielstellung „Neue Mehrheiten für eine neue Politik“ ergeben, aufgezeigt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 325–333

Friedemann Schuster

Veränderungen im Sozialismusbild der Bevölkerung der Bundesrepublik

Wichtige Veränderungen im Bewußtsein der Bevölkerung der Bundesrepublik vollziehen sich in der Bewertung des realen Sozialismus, vor allem der Sowjetunion. Mehrere Ursachen sind anzunehmen: das neue kommunistische Herangehen an die Friedensfrage angesichts der Selbstvernichtungsfahr, in die die Menschheit geraten ist; das Entstehen einer neuen Friedensbewegung in der BRD, die kritisch die Friedensfähigkeit der Gesellschaftssysteme hinterfragt; die tiefe Verwurzelung sozialistischer Ideen im Bewußtsein.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 334–346

Eva Gottschaldt

Zur Einschätzung eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation

Die – sich unter anderem in jüngsten Wahlergebnissen widerspiegelnde – steigende Attraktivität neofaschistischer Gruppen und neofaschistischer Propaganda fordert zu einer genauen Analyse des entsprechenden Ansprechpotentials heraus. Allerdings liegen bisher keine exakten Studien über soziale Herkunft, Lebenssituation und Motivation der Rechtsaußenwähler vor. Auch deshalb läßt sich noch keine bestimmte Bevölkerungsgruppe als besonders ansprechbar herausfiltern. In das Selbstverständnis und die Staatsdoktrin der frühen Bundesrepublik sind eine Reihe von Denkmustern aus dem Faschismus nahezu unverändert übernommen worden und bis heute bieten (latenter) Rassismus, Revanchismus und Denken in den Kategorien der Totalitarismuskonzepte Ansätze für neofaschistische Agitation. Die Paralyse der faschistischen Ideologie und damit das „Aushungern“ eines Ansprechpotentials für faschistische Agitation erfordern ein wirksames Aufarbeiten der Geschichte und die Überwindung der Totalitarismustheorie. Seit Mitte der sechziger Jahre sind hier von verschiedenen demokratischen Kräften wichtige Erfolge erzielt worden, die die Basis der NPD zu Beginn der siebziger Jahre deutlich schmälern konnten. Die erneut steigende Attraktivität faschistischer Gruppierungen verlangt nun wiederum, daß die fortschrittlichen Kräfte neue politische Perspektiven aufzeigen und durchsetzen, wie: eine aktive und konstruktive Abrüstungspolitik, wirksame Beschäftigungsprogramme, konsequenten Umweltschutz ...

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 347–362

Vera Kissel

Rassistische Erneuerung des Konservatismus

Die Geschichte des deutschen Imperialismus zwingt seinen „Erneuerern“ in der Bundesrepublik spezifische Züge auf, die es erlauben, an die wesentlichen konservativen Inhalte anzuknüpfen, ohne die historische Hypothek der Verbindung zum Faschismus zu übernehmen. Dabei ist die Durchsetzung eines modernen Rassismus notwendiges Moment im Konstitutionsprozeß eines neuen Nationalismus, in dessen Mittelpunkt die Gefährdung und Verteidigung der „deutschen nationalen Identität“ steht.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, 1987, S. 363–377

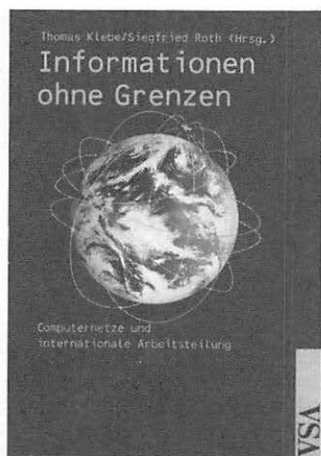
Eberhard Dähne/Martin Kutscha

Die Auseinandersetzung um die Volkszählung 1987 – Versuch einer Zwischenbilanz

Der offene und verdeckte Boykott sowie Unzulänglichkeiten der amtlichen Erhebung haben dazu geführt, daß die Zählung statistisch und politisch gescheitert ist. Die Arbeit der Boykottbewegung und anderer Organisationen wird kritisch dargestellt. Für die Herrschenden ist die Volkszählung eine „Probe auf die Regierbarkeit“, und die Auseinandersetzung wird letztlich um das Rangverhältnis von Staatsgewalt und Volkssouveränität geführt. Abschließend wird gefragt, ob der Widerstand gegen die Zählung als Ansatz für eine Demokratiebewegung dienen kann.



Joachim Hirsch/Roland Roth
**Das neue Gesicht
des Kapitalismus**
Vom Fordismus zum
Post-Fordismus
252 S.; DM 29,80



Thomas Klebe/Siegfried Roth
(Hrsg.)
Informationen ohne Grenzen
Computernetze und
internationale Arbeitsteilung
220 S.; DM 24,80

Elmar Altvater
Sachzwang Weltmarkt
Verschuldungskrise, gescheiterte
Industrialisierung, ökologische
Gefährdung — der Fall Brasilien
ca. 400 S.; ca. DM 34,80

Hildegard Ziegler-Schultes/Nikat
Ocztürk/Peter Kühne (Hrsg.)
**»Wir sind nicht nur zum
Arbeiten hier ...«**
Ausländer und Gewerkschaften
ca. 208 S.; ca. DM 19,80

Rudolf Hickel
**Ein neuer Typ der
Akkumulation**
Kritik orthodoxer
Nationalökonomie
ca. 160 S.; ca. DM 24,80

Herbert Kubicek/Arno Rolf
Mikropolis
Mit Computernetzen in die
Informationsgesellschaft
360 S.; DM 29,80

Richard Meng (Hrsg.)
Modell Rot-Grün?
Auswertung eines Versuchs
ca. 176 S.; ca. DM 24,80

VSA-Verlag
Stresemannstr. 384a
2000 Hamburg 50
Tel. 040/89 40 69

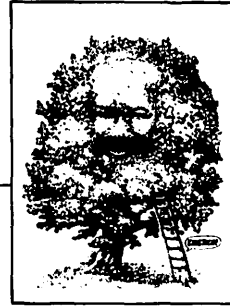
Gesellschaft

Prospekt
anfordern!

VSA

MARXISTISCHE BLÄTTER

Wir suchen die Diskussion um alle Fragen, die die sich verändernde Realität aufwirft. Wir beharren auf unserer Überzeugung, daß Bewegung Theorie braucht und Theorie Bewegungen nutzen muß. Wir ringen um das Gemeinsame und legen Streitpunkte offen. Linke Politik und globales Denken gehören für uns ebenso zusammen wie Wissenschaft und sozialer Fortschritt, wie Arbeiterklasse und Intelligenz oder Demokratie und Sozialismus. Wir mischen uns ein. Es lohnt sich.



**Zum Verbleib
bei dem/der Besteller/in**

Persönliche Vertrauensgarantie:
Ich habe am _____ die
MARXISTISCHEN BLÄTTER
zum jährlichen Bezugspreis von
46,- DM/32,- DM für mindestens
1 Jahr bestellt. Mir ist bekannt,
daß ich diese Bestellung ohne Angabe
von Gründen innerhalb einer Woche beim
Verlag Plambeck & Co. Postfach 10 10 53,
4040 Neuss 1, schriftlich widerrufen kann.
Zur Wahrung der Frist genügt
die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

**Bestellschein bitte ausschneiden und
einsenden an: Plambeck & Co.,
Postfach 10 10 53, 4040 Neuss 1**

● Ich abonniere die
MARXISTISCHEN BLÄTTER
für mindestens 1 Jahr zum
Preis von 46,- DM/32,- DM
(nicht Zutreffendes streichen und
ggf. Nachweis mitschicken).

Kündigungen müssen dem Verlag 6 Wochen vor Jahresende vorliegen.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

Telefon: _____

PLZ, Ort _____

Ich ermächtige Sie hiermit - widerruflich -, die Gebühren für
das Abonnement der **MARXISTISCHEN BLÄTTER** von meinem Konto
abzubuchen.

Mein Geldinstitut/Postgiroamt _____

BLZ

Konto-Nr.

Mit dem Ende des Abonnements erlischt die Einzugsermächtigung.
Abbuchungen sind nur von Girokonten möglich, die auf den Namen des
Abonnenten laufen.

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsbelehrung. Besteller haben das Recht, ihr Abonnement innerhalb
einer Woche beim Verlag Plambeck & Co., Postfach 10 10 53, 4040 Neuss 1, zu
widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung
(Datum des Poststempels) des Widerrufs. Die Kenntnis der
Widerrufsbelehrung bestätige ich hiermit durch meine Unterschrift.

Datum _____ Unterschrift _____



JEDE WOCH

I N T E L L I G E N T E

DAS PLUS

ZU IHREM BUCH

E S I S T Z E I T D I E

▼ *Volkszeitung*

Z U L E S E N

I M H A N D E L D M 2,-

3-Wochen-Test kostenlos. Tag und Nacht

02 11 / 16 00 10

oder Postkarte an **Postfach 2726, 4000 Düsseldorf 1**

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

MARXISTISCHE STUDIEN 1, 1978

Politische Ökonomie der BRD – Profitatendiskussion – Soziale Lage der Arbeiterklasse –
Krise/ Klassenkämpfe/ Klassenbewußtsein; 374 Seiten, DM 24,--

MARXISTISCHE STUDIEN 2, 1979

Ökonomische Stagnationstendenzen – Raumökonomie – Individuelle Konsumtion –
Gewerkschaftstheorie – Neue Technik – Widersprüche im Arbeiterbewußtsein;
437 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 3, 1980

Neue Technik und soziale Alternativen – Umweltpolitik – Einheitsgewerkschaft – Vereine –
Lebensweise – Internationale ökonomische Arbeitsteilung;
396 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 4, 1981

Staat / politisches System / Überbau – Korporatismus – Staatsbewußtsein / Wahlverhalten
– Streiks und Gegenmacht – Technik-Diskussion; 433 Seiten, DM 30,--

MARXISTISCHE STUDIEN 5, 1982

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung – Frauenbewegung – Friedensbewe-
gung/Friedensforschung; 461 Seiten, DM 30,--

MARXISTISCHE STUDIEN 6, 1983

Arbeiterklasse in den 80er Jahren: Klassenstruktur / Kämpfe / Bewußtsein – Politische
Ökonomie / SMK-Theorie – Friedensbewegung; 470 Seiten, DM 32,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 7, 1984

Arbeiterklasse im Betrieb: Formierungsbedingungen / Kämpfe / Bündnisse / Belegschaft-
ten – Neue Technik / Neue Arbeit – Staats- und Rechtslehre; 426 Seiten, DM 32,--

MARXISTISCHE STUDIEN 8, I/1985

1945/1985: Welthistorische Veränderungen – Geschichte der Arbeiterbewegung – Diskus-
sion „Ende der Arbeitsteilung?“; 319 Seiten, DM 32,--

MARXISTISCHE STUDIEN 9, II/1985

Zukunft der BRD / Linke Alternativen: Umbruchperiode / Basistrends der 90er Jahre / Poli-
tische Programme / Debatte um Alternativen; 677 Seiten, DM 38,-- (2. Auflage 1986)

MARXISTISCHE STUDIEN 10, I/1986

Marxistische Persönlichkeitstheorie – Internationale Beiträge: Theoretische Grundlagen –
Pädagogische und therapeutische Aspekte; 353 Seiten, DM 38,-- (2. Auflage 1986)

Dauerbezug

Im Dauerbezug erhalten Sie zwei Bände der Marxistischen Studien pro Jahr
sofort nach Erscheinen portofrei und mit 20% Rabatt.

Jahrbuch-Pakete

Band 1–9 im Paket zu 165,-- DM

Bei Abnahme von mindestens 4 Bänden erhalten Sie die Jahrbücher zu folgenden Preisen:
Band 1–3 zu je 15,-- DM; Band 4–8 zu je 20,-- DM; Band 9–10 zu je 30,-- DM

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF 11, 1986

Krisentyp der 80er Jahre: Kapitalstrategien – Entwicklungsvarianten – Alternativen

Krisentheorie, SMK-Entwicklungsvarianten

Jörg Goldberg

Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps

Jörg Hufschmid

Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante der Bundesrepublik?

Heinz Jung

Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute

Jörg Goldberg

Krisenerklärungen und die Alternativen der Linken

Jan Priewe

Der US-Kapitalismus in der Krise

John E. Parsons

Krise der US-Wirtschaft

Paul Boccara

Die ökonomische Strukturkrise in Frankreich

Ron Bellamy

Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien

Elvio Dal Bosco

Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Italien

Internationalisierung – Dimensionen der Monopolisierung – Neue Technik

Horst Heining / Lutz Maier

Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute

Bernhard Roth

Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Peter Imbusch / Jürgen Reusch

Verschuldung der Dritten Welt

Ulrich Dolata / Arno Gottschalk / Jörg Hufschmid

Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals

Caspar Schirmeister

Neuere Tendenzen im Monopol als finanzkapitalistischem Herrschaftsverhältnis

Angelina Sörgel

Das Finanzkapital – mehr als eine soziologische Kategorie

Hermannus Pfeiffer

Großbanken und Finanzgruppen

Ulrich Dolata

Neue Technik, Produktionsstrukturen und Anpassungsreaktionen des SMK

André Leisewitz

Neue Technik – neue Ausbeutungsformen – Lage der Arbeiterklasse

Hermann Bömer

Zur Debatte über das globale Energieproblem

Wilma Albrecht

Endogene Entwicklungskonzepte zwischen fortschrittlicher Perspektive und kleinbürgerlicher Sackgasse

Alternativen

Heinz Czymek

Das Ruhrgebietsprogramm der DKP

Johannes Klotz

Außerparlamentarische Bewegungen und die Positionsveränderungen in der Sozialdemokratie

Joachim Bischoff

Überakkumulation und Reformpolitik

Kurt Hübner / Michael Stanger

Konjunkturzyklen, lange Wellen und historische Stadien der Kapitalakkumulation

Hubert Kleinert

Umbau der Industriegesellschaft

Uwe Kremer

Ökonomische Krise und das Problem der Innovation

Ca. 400 Seiten, fester Einband, DM 38,--
Im Dauerbezug Preisnachlaß 20% und portofreier Versand

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF 12, 1987

Internationale Marx-Engels-Forschung

Karl Marx und Friedrich Engels – Entwicklungen, Übergänge, Resultate

Hans Jörg Sandkühler

Geschichtlicher Raum und gesellschaftliche Zeit des
Marxismus – Marx, Engels, MEW, MEGA

Erich Kundel / Alexander Malysch

Die neuen Schwerpunkte der Marx-Engels-Forschung in
der DDR und UdSSR für die MEGA

**Frühe Arbeiterbewegung, theoretische Quellen,
wissenschaftlicher Sozialismus**

Gian Mario Bravo

Der „Marxismus von Marx“ als politische Theorie

Lothar Knatz

Wissenschaftlicher Sozialismus und
Arbeiterkommunismus

Werner Goldschmidt

Bruno Bauer als Gegenstand der Marx-Forschung

Niels Mader

Charles Fouriers Bedeutung für Friedrich Engels

Martin Hundt

Die Kölner Zentralbehörde des Bundes der Kommuni-
sten 1850 / 51

Helmut Elsner

Zur Erstveröffentlichung von Daniels' „Mikrokosmos“

Ferdinando Vidoni

Die Naturwissenschaften im Marx'schen Werk

Konrad Lotter

„Positivismus“-Kritik und „positive Theorie“

Manfred Hahn

Forschung und popularisierende Literatur in der
Sowjetunion zum Sozialismus vor Marx

**Karl Marx – Die Entwicklung der politischen
Ökonomie**

Ljudmila Wassina

Die Manchester-Exzerpte vom Sommer 1845

Wolfgang Jahn

Die „Londoner Hefte 1850 – 1853“

Jörg Goldberg

Die Weltwirtschaftskrise von 1857 / 58 und die Ent-
wicklung der Krisentheorie bei Marx

Michail Ternowski / Alexander Tschepurenko

Zirkulation und Profit in den „Grundrissen“

Irina Antonowa

Zur Forschungsmethode der „Grundrisse“ 1857 / 58

Joachim Bischoff / Axel Otto

Die „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“

Winfried Schwarz

Die Geldform in der 1. und 2. Auflage des „Kapital“

Barbara Lietz

Die „Ergänzungen und Veränderungen zum ersten Band
des ‚Kapitals‘ (Dezember 1871 – Januar 1872)“

Jürgen Jungnickel

Zur Textveränderung von der 1. zur 2. deutschen Auflage
des ersten Bandes des „Kapitals“

Witali Wygodski

Marxsche politische Ökonomie im weiteren Sinne

Wladimir Schkredow

Untersuchungsmethode von Entstehung und Entwick-
lung des Kapitalismus im „Kapital“

Wiktor A. Wasjulín

Das Historische und das Logische bei Marx und Engels

Karl Marx, Friedrich Engels, Marxismus – Berichte international

Teinosuke Otani / Iichiro Sekine

Beschäftigung mit Marx und Engels in Japan

Montserrat Galceran Huguet

Beschäftigung mit Marx und Engels in Spanien

Andrés Barreda

Die Werke von Marx und Engels in Mexiko in den letzten
drei Jahrzehnten

Jacques Milhau

Marxismus – seine Veränderungen in Frankreich

Robert Steigerwald

Zur philosophischen Marxismus-Debatte in der bundes-
deutschen Geschichte

Johannes Henrich von Heiseler

Aspekte neuerer Marxismus-Diskussion in der BRD

Biographische Miscellen

Michael Krieriem

Das Firmenarchiv von Ermen & Engels wiederentdeckt

Manfred Schöncke

Erstveröffentlichung eines Marxbriefes von 1865

Marxistische Forschungseinrichtung im Ausland

Dejan Pawlow

Das Institut für Sozialtheorien der Gegenwart in Sofia

350 Seiten, fester Einband, DM 38,-. Im Dauerbezug 20% Preisnachlaß und portofreier Versand

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Aus dem Publikationsprogramm

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Theorie und Methode —

Monographien und Sammelbände ausländischer marxistischer Wissenschaftler zu Problemen von Gesellschaft, Ideologie und Wissenschaft

Theorie und Methode I

G. G. Diligenski

Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt am Main 1978, 252 Seiten, Typoskript, DM 15,—.

Aus dem Inhalt: I. Psychologie und Klassenbewußtsein;
II: Bedürfnisse und Massenbewußtsein;
III: Zur Psychologie der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus.

ISBN 88807-030-4

Theorie und Methode VII

Wadim P. Jerusalimskij

Proletarische Psyche

**Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der
Arbeiterklasse in der BRD**

253 Seiten, 63 Tabellen und Schaubilder, DM 15,—

ISBN 3-88807-015-5

Die sowjetische Studie verbindet historische und sozialpsychologische Gesichtspunkte mit der Interpretation aktueller und empirischer Befunde. Eine Leitfrage ist die nach Voraussetzungen und Anknüpfungspunkten für die Bildung sozialistischen Bewußtseins.

„Theorie und Methode“, Band IX

Alexander Galkin

Herrschaftselite · Politisches Verhalten · Politische Kultur

Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus

243 Seiten, Typoskriptdruck, Frankfurt/Main 1986, DM 15,—.

Der Band beschäftigt sich mit der Analyse politischer Prozesse im heutigen Kapitalismus. Im Mittelpunkt steht die ideologiekritische und theoretische Erörterung der Kategorien einer materialistischen Politikanalyse. Ein zweiter Teil behandelt aktuelle Prozesse, die für den Kampf der Arbeiterklasse entwickelter kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen und für ihre Perspektiven bedeutsam sind.

ISBN 3-88807-039-2

Bestellung an Ihre Buchhandlung oder direkt beim

IMSF-Vertrieb, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon 069/72 49 14

Aus dem Publikationsprogramm

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M.



Kaspar Maase

LEBENSWEISE DER LOHnarBEITER IN DER FREIZEIT

Empirische Materialien und theoretische Analyse.

IMSF-Informationsbericht Nr. 38

300 Seiten mit 151 Tabellen

und Schaubildern,

umfangreiches Literaturverzeichnis,
broschiert, 24,— DM.

Wie verbringen Arbeiter, Angestellte, Beamte ihre Freizeit? Welche Bedürfnisse und Wünsche haben sie? Warum bleiben sie weitgehend vom Reichtum der Kultur ausgeschlossen — und wo entwickeln sie sich als individuelle Persönlichkeiten wie als Klasse?

Die Studie erörtert umfangreiches Datenmaterial zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern: passive Erholung, Hausarbeiten, Kommunikation, Nachbarschaft, Vereine, Interessenvertretung, Häuslichkeit, Sport, Urlaub, Kunst und Medien, Weiterbildung, Hobbys.

Interessenvertretendes Engagement v.a. im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich erweist sich als Schlüssel zur Erweiterung der subjektiven Kultur der Lohnarbeiter.

IMSF-Institutsmitteilung Nr. 33

Zukunft der Lebensweise und Perspektiven des Sports

Materialien einer Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“ am 1. 11. 1986.

78 Seiten, Typoskript, DM 10,—
Unter Sportlerinnen und Sportlern wie in den Sportverbänden nehmen die Debatten um gesellschaftliches Selbstverständnis und Verantwortung des Sports zu; Zukunftsfragen werden intensiv diskutiert. Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung, die das Sportsystem gewaltigen Belastungsproben und Unterordnungsimpulsen aussetzen wird.

IMSF-Institutsmitteilung Nr. 25

Perspektiven der Lebensweise — marxistische und grün-alternative Gesichtspunkte

Materialien einer Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“.

Wie sehen Marxisten und Vertreter der Alternativbewegung die Krise der gegenwärtigen Lebensweise? Wie stellen sie sich eine Zukunft jenseits des Konsumismus vor? Nach welchen Gesetzen verändert sich die Lebensweise?

Beiträge von Engelhardt, Frank, Kottmann, Kramer, Kunde, Maase. II, 58 Seiten, hektographiert, 7,— DM.

Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 24

Alltag — Lebensweise — Kultur

Kulturwissenschaftliche Beiträge aus der ungarischen Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland.

Der Sammelband enthält Beiträge vornehmlich zu theoretischen und methodischen Aspekten der marxistischen Kulturwissenschaften. Behandelt werden Fragen der Kulturtheorie und Kulturpolitik, Lebensweise und Planung in Ungarn sowie Probleme der Lebensweise-theorie und Alltagsforschung, schulischer Bildungsprozesse und einer ontologisch fundierten historisch-materialistischen Kulturtheorie.

Autor(inn)en: Koncz, Kröll, Maase, Metscher, Tausendfreund, Thoma, Utassy.

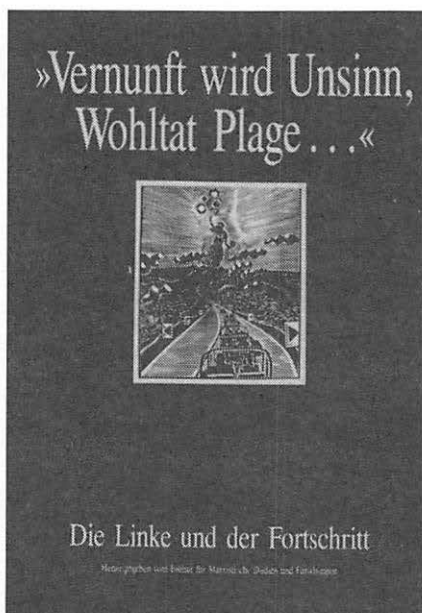
Ca. 180 Seiten, erscheint im Okt. 87.

Bestellung an Ihre Buchhandlung oder direkt an

IMSF-Vertrieb, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/72 49 14

Neuerscheinung

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main



Es schreiben: E. Altvater, M. Andreas-Grisebach, V. Benad-Wagenhoff, U. Briefs, T. Bultmann, Ch. Butterwegge, H. Dann, A. Engelhardt, E. Gärtner, W. Gerns, J. Goldberg, J. H. v. Heiseler, H. H. Holz, H. Jung, D. Kramer, U. Kremer, H. Lange, A. Leisewitz, K. Maase, A. Mazzone, K. Müschen, L. Peter, J. Reusch, W. Rügemer, H. J. Sandkühler, J. Schleifstein, W. Schwarz, R. Steigerwald, J. P. Stössel, Ch. Strawe, K. H. Tjaden, G. Wohland

ISBN: 3-88807-048-1

Ca. 140 Seiten, erscheint im Oktober 1987.

»Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage . . .«

Die Linke und der Fortschritt

Arbeitsmaterialien des IMSF Bd. 22

Der Fortschritt ist zum Gegenstand von Zweifeln und Debatten auf der Linken geworden. Angesichts der atomaren Bedrohung, des Hungers in der Dritten Welt, der Dynamik und Intensität der zerstörenden Eingriffe in die Natur, der Risikobelastetheit neuer Technologien stellt sich die Frage nach den Maßstäben und Kriterien von Fortschritt, nach den gesellschaftlichen Trägern und Strategien, die ihn befördern, in einem neuen Kontext.

Der Band greift — in kontroverser Diskussion linker, marxistischer und grün-alternativer Positionen — einige der gegenwärtig aktuellen Problemstellungen auf. Fragen der Produktivkraftentwicklung, des Mensch-Natur-Verhältnisses, der Überlebenssicherung, des Verhältnisses von Frieden und Revolution werden debattiert. Überlegungen zum Wissenschafts- und Technikverständnis sowie zu den gesellschaftlichen Trägern von Fortschritt bilden weitere Schwerpunkte.

Bestellung an Ihre Buchhandlung oder direkt beim

IMSF-Vertrieb, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon 069/72 49 14

Neuerscheinungen

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main



SPD wohin?

Zur Analyse und Kritik des SPD-Grundsatzprogramm-entwurfs

114 S., Frankfurt/Main 1987, DM 9,80
ISBN 3-88807-046-5

Nach den Bundestagswahlen, den Hessen-Wahlen und dem Rücktritt Willy Brandts als Parteivorsitzender, ist die Diskussion um die zukünftige Entwicklung der SPD voll entbrannt. Für die Perspektive der Zurückdrängung eines reaktionären Wendekurses und der Gewinnung einer Mehrheit links von der CDU/CSU bleibt dies eine zentrale Frage.

Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Diskussion in der SPD über ein neues Grundsatzprogramm ein, dessen Entwurf 1986 auf dem Nürnberger Parteitag vorgestellt wurde und in den Jahren 1987/88 intensiv debattiert werden soll, um es 1989 zu verabschieden.

Das IMSF legt eine Analyse und Kritik dieses Grundsatzprogramm-entwurfs vor, in der die Haupttendenzen der SPD-Diskussion und die Rolle der SPD für die Durchsetzung einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung untersucht werden.



Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften

Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht

168 S., Frankfurt/Main 1987, DM 12,80
ISBN 3-88807-047-3

Mitarbeiter:

Jörg Goldberg, Bernhard Hoheißel, Jörg Huffschmid, Heinz Jung, Peter Koch, Fritz Rische, Hermannus Pfeiffer, Angelina Sörgel
Der Fall der NEUEN HEIMAT ist mehr als ein Wirtschaftsskandal. Für die Gewerkschaften markiert er das Scheitern illusionärer, sozialpartnerschaftlich-geprägter Vorstellungen von „gemischter Wirtschaft“.

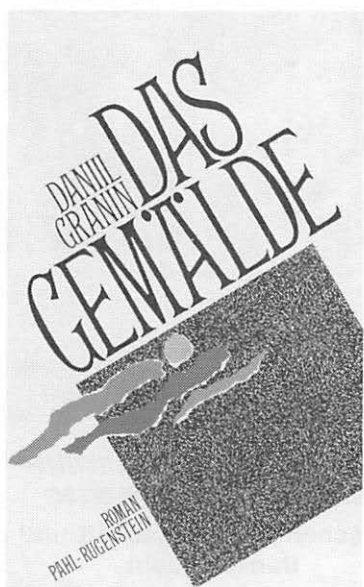
Diese bislang einzige Analyse der Rolle der Banken zeigt, wie eng dabei politische und wirtschaftliche Motive im Handeln des Finanzkapitals verquickt waren.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß mit dem Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen die politische Verantwortung für tragfähige Vergesellschaftungskonzeptionen nicht erledigt ist.

Bestellung an Ihre Buchhandlung oder direkt beim

IMSF-Vertrieb, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon 069/72 49 14

**Kunst durch Erkenntnis.
Erkenntnis durch Kunst.
Das ist Daniil Granins
Technik.**



**Daniil Granin
DAS GEMÄLDE
Roman. Aus dem Russischen
467 Seiten, Leinen, DM 29,80**

**Ein Buch über die Kunst
der Erkenntnis.
Nicht nur für Künstler!**

PAHL-RUGENSTEIN

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.